Nr. 497
7. Januar 2011

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Das Jahr 2010 endet mit Militäroperationen

Die letzte Woche des Jahres 2010 war von einer Zunahme militärischer Operationen der türkischen Armee geprägt. Der Nationale Sicherheitsrat als auch Ministerpräsident Erdoğan bekannten sich bei verschiedenen Gelegenheiten zu einer Fortsetzung der Kriegspolitik und einer Zurückweisung sämtlicher Forderungen der kurdischen Freiheitsbewegungen. Der Waffenstillstand der kurdischen Guerilla dauert trotzdem an und es werden nur Angriffe im Rahmen der legitimen Selbstverteidigung durchgeführt.
In der Woche ab dem 21.12. wurde insbesondere das Bombardement der Grenzregionen durch Kampfhelikopter ausgeweitet. Außerdem wurden etliche zuvor geräumte Gipfel erneut vom Militär besetzt. Dabei wurden auch mehrere Dörfer und deren landwirtschaftliche Flächen aus den Hubschraubern bombardiert.
Auch in der Region Qilaban (Uludere) in der Provinz Şirnex (Şirnak) begann am 22.12. eine großangelegte Operation. Das türkische Militär legte an verschiedenen Orten Hinterhalte und setzte Hubschrauber ein. Auch in der Region um Gever (Yüksekova) nahmen die Aktivitäten des Militärs zu.
In Kerboran (Dargeçit) in der Provinz Mêrdîn (Mardin) kam es zu einem Gefecht zwischen der kurdischen Guerilla HPG und dem türkischen Militär. Dabei geriet ein Guerilla verletzt in Gefangenschaft, ein weiterer wurde getötet.
Am 28.12. versuchte das türkische Militär mit Kobrahubschraubern in die Verteidigungsgebiete der Guerilla vorzudringen. Die Guerilla eröffnete das Feuer aus schweren Waffen und zwang die Helikopter, ohne eigene Verluste, zum Rückzug.
Aufgrund der anhaltenden Militäroperationen und der Eskalationshaltung der türkischen Regierung kommt es in vielen kurdischen und türkischen Städten zu militanten Aktionen. So wurde u.a. am 21.12. von einer Jugendinitiative kleine Sprengsätze auf Polizeistation und Staatsanwaltschaft in Bismil geworfen. Am 27.12. wurde ein Offizier in Colemêrg (Hakkari) / Çelê (Cukurca) an einem Kontrollpunkt durch einen Sprengsatz verletzt und auch in Amed (Diyarbakir) explodierten in der letzten Woche mindestens sieben Sprengsätze an staatlichen Einrichtungen bzw. Bordellen (ohne Menschen zu verletzen). In Wan zündete eine „Apoistische Jugendinitiative" zwei kleine Sprengsätze „zur Warnung" unter Autos von „Kollaborateuren mit der AKP und dem JITEM". JITEM ist der extralegale Geheimdienst, der für tausende Todesopfer in den letzten Jahrzehnten verantwortlich ist.
(ANF 2.1. ISKU)

Polizeigewalt gegen Kinder und Jugendliche nimmt weiter zu

Die Polizeigewalt gegen Kinder und Jugendliche in den kurdischen Provinzen Wan (Van) und Colemêrg (Hakkari) nimmt weiterhin zu. In den letzten zwei Jahren gab es allein 10 schwere Polizeiübergriffe auf Kinder und Jugendliche, die mit Kameras dokumentiert und veröffentlicht worden sind. Trotz der Bilder sowie weiteren Indizien ergriff die Polizei keine Maßnahmen gegen die Täter in den eigenen Reihen.

Der Fall Sedat Karadag
Während sich etliche der Folteropfer weiter in Behandlung befinden, wurde als letztes der Sprecher der kurdischen Jugendbewegung DYG durch einen Schuss in den Kopf verletzt. Er war in Gever (Yüksekova) von Soldaten gestoppt worden, stieg auf Anordnung aus und ihm wurde gezielt in den Kopf geschossen. Er wurde, obwohl es sich weiterhin in großer gesundheitlicher Gefahr befindet, wenige Tage nach der Notoperation inhaftiert. Der Provinzgouverneur von Colemêrg behauptete, Sedat Karadag habe sich selbst in den Kopf geschossen.

Gewehrkolbenschläge auf Kopf eines 14-Jährigen
Am 23.4.09 griff die Polizei eine Demonstration in Colemêrg (Hakkari), die gegen die Repression gegen die mittlerweile verbotene Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP) protestierte, an. Im Anschluss an die Demonstration verletzte ein vermummter Polizist den ballspielenden 14-jährigen Seyfi Turan schwer. Er schlug mit dem Gewehrkolben mehrfach auf den Kopf des 14-Jährigen ein. Das Ereignis wurde auf Kamera aufgezeichnet und erreichte eine große Öffentlichkeit. Die behandelnden Ärzte erklärten, dass er aufgrund der Schläge auf seinen Kopf ein lebenslanges Trauma erlitten habe. Der Prozess gegen den Täter wird bis heute verschleppt und wurde in eine westtürkische Stadt verlegt. Das bedeutet den faktischen Ausschluss der Familie des Opfers.

Folter vor laufender Kamera
Die Bilder der Schläge auf Seyfi Turan erinnern an ein Ereignis vom 22.3.2008 in Colemêrg. Im Anschluss an die Newroz-Feiern brach ein Polizist dem 15-jährigen Cüneyt Ertuş vor laufender Kamera mit einem Spezialgriff den Arm. Trotz der großen Aufmerksamkeit, die das Foto erzeugte, wurde Cüneyt Ertuş nach dem Ereignis inhaftiert und auch in Haft misshandelt. Trotz der offensichtlichen Folter vor der Kamera und der eindeutig identifizierbaren Tätern ist bisher nichts gegen diese geschehen. Stattdessen wurden gegen Cüneyt Ertuş vier Prozesse wegen „Mitgliedschaft in einer verbotenen Organisation" und „Propaganda für eine verbotene Organisation" vor dem Schwurgericht in Wan und „Verstoß gegen das Versammlungsgesetz", „Beschmutzung des Andenkens Atatürks" und „Beschädigung der Statue Atatürks" eröffnet. Cüneyt Ertuş wurde im letzten Prozess wegen „Begehens einer Straftat im Namen einer verbotenen Organisation ohne deren Mitglied zu sein" zu sechs Jahren und drei Monaten, wegen „Verstoß gegen das Versammlungsgesetz" zu drei Jahren und „Propaganda für eine verbotene Organisation" zu 10 Monaten, also ins-

→

Meldungen

Schmuggler an der Grenze Iran/Türkei erschossen
In der ostkurdischen Stadt Salman haben am 1.1. iranische Militärs das Feuer auf kurdische Schmuggler eröffnet. Hierbei kam eine Person namens Irec M. ums Leben. Eine weitere Person wurde verletzt.
Aufgrund der ökonomischen Rückständigkeit der Region ist der Schmuggel an der iranisch-türkischen Grenze oft die einzige Einnahmequelle der dort lebenden Bevölkerung. Nach Informationen von ANF wurden im vergangenen Jahr mindestens 52 Menschen getötet, als sie versuchten, die Grenze zu überqueren. *(ANF, 4.1., ISKU)*

Zehn BDPlerInnen in Istanbul festgenommen
Bei Polizeirazzien am Morgen des 4.1. sind im Istanbuler Stadtteil Maltepe insgesamt zehn BDPlerInnen festgenommen worden.
Die Razzien wurden von der Anti-Terror-Einheit der Istanbuler Polizei zeitgleich in verschiedenen Privatwohnungen durchgeführt. Eine Begründung für die Razzien und Festnahmen wurde von der Istanbuler Polizei nicht vorgelegt.
(ANF, 4.1., ISKU)

Hüseyin Xizri kann jeden Moment hingerichtet werden!
Dem wegen Unterstützung der PJAK (Partei für ein freies Leben in Kurdistan) zum Tode verurteilten Hüseyin Xizri droht die Vollstreckung des Urteils.
Im November 2008 wurde er nach Spionageuntersuchungen des Geheimdienstes in Urmiye festgenommen. Im Juni des vergangenen Jahres verurteilte ihn das Revolutionsgericht zum Tode.
Die Anklage belastete ihn mit der Behauptung die PJAK unterstützt und Anti-Propaganda gegen die iranische Führung getätigt zu haben.
In einem im letzten Oktober verfassten Brief, adressiert an Menschenrechtsorganisationen, sind Berichte von Folterungen in den Zentralen von Kirmanşah und Urmiye zu erlesen. Des Weiteren schreibt er: „Ich verfüge über kein Besuchsrecht und konnte bis jetzt niemanden mitteilen, dass ich noch am Leben bin." Nach seiner Verhaftung durch den iranischen Geheimdienst, und monatelang andauernder Folterung, erfolgte am 8. August 2009 die Verkündung des Todesurteils. Eine Beschwerdeklage gegen das Urteil wurde im

Massenmörder in Freiheit

Zehn führende Mitglieder einer islamischen Terrororganisation in der Türkei sind zu Wochenbeginn aus dem Gefängnis entlassen worden. Die Angehörigen der türkischen Hisbollah profitierten von dem im Rahmen der EU-Anpassung vor fünf Jahren geänderten Artikel 102 des Strafgesetzbuches, wonach Menschen ohne letztinstanzliche Verurteilung nicht länger als zehn Jahre inhaftiert werden dürfen. Die jetzt Freigekommenen waren 1999 wegen Mordes an 188 Menschen, darunter der Abgeordnete der kurdischen DEP-Partei Mehmet Sincar und der Schriftsteller Konca Kuris, zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt worden. Vor dem Obersten Gerichtshof läuft weiterhin ein Appellationsverfahren.
Vor dem Gefängnis wurden die Hisbollah-Führer, darunter der Leiter ihres bewaffneten Arms, Edip Gümüs, am Dienstag von einer jubelnden Menschenmenge in Empfang genommen. Die in den kurdischen Provinzen der Türkei organisierte sunnitische Hisbollah, die nichts mit der gleichnamigen schiitischen Widerstandsorganisation im Libanon zu tun hat, war in den 90er Jahren systematisch vom Staat als Konterguerillaorganisation gegen die Arbeiterpartei Kurdistans PKK gefördert worden. Viele ihrer Opfer wurden gefoltert und erdrosselt. Nach der Gefangennahme von PKK-Führer Abdullah Öcalan im Februar 1999 wurde die inzwischen unkontrollierbar gewordene und nicht mehr als Gegengewicht zur PKK benötigte Hisbollah durch großangelegte Polizeioperationen zerschlagen. Zahlreiche Hisbollah-Mitglieder kamen allerdings bereits nach wenigen Jahren aufgrund von Reuegesetzen frei und engagierten sich im Aufbau von Vereinen und Koranschulen. Allein in Diyarbakir, sonst eine Hochburg der linken kurdischen Befreiungsbewegung, können die der illegalen Hisbollah nahestehenden Vereine 80000 Anhänger auf die Straße bringen. Gegenüber der islamisch-konservativen AKP-Regierung hat die Hisbollah ein distanziertes Verhältnis.
Insgesamt 37 Gefangene kamen zu Wochenbeginn aufgrund von Artikel 102 frei, darunter auch einige Mitglieder der PKK und sozialistischer Organisationen. Sie müssen sich wöchentlich bei der Polizei melden und dürfen nicht ins Ausland reisen. Fünf Hisbollah-Mitglieder wurden direkt aus dem Gefängnis zur Musterungsbehörde gebracht, weil sie ihren Militärdienst noch ableisten müssen.

(jW, 6.1., ISKU)

Polizei löst Studentendemo mit Tränengas auf

In der Türkei haben sich Studenten am Mittwoch gewalttätige Auseinandersetzungen mit der Polizei geliefert. Mit Wasserwerfern und Reizgas gingen die Beamten in der Hauptstadt Ankara gegen rund 500 linksgerichtete Studenten an der Technischen Nahost-Universität vor, die Steine und Plastikflaschen warfen. Ein Kameramann wurde von einem Stein am Kopf getroffen. Mit dem Einsatz verhinderten die Polizisten einen Marsch der Studenten zur Zentrale der Regierungspartei AKP von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan. Der Protest richtete sich gegen die Hochschulpolitik der Regierung sowie gegen gewalttätige Einsätze der Polizei gegen frühere Studentendemonstrationen.
Im Dezember waren Polizisten mit großer Härte gegen demonstrierende Studenten in Istanbul vorgegangen; damals erlitt eine junge Frau nach Schlägen und Tritten von Beamten eine Fehlgeburt. Erdogan zog anschließend den Zorn der Studenten auf sich, indem er die Polizeiaktion verteidigte, den Studenten Verbindungen zu Extremisten vorwarf und die Medien wegen der Berichterstattung über den Einsatz kritisierte.

(DS, 5.1., ISKU)

Polizeigewalt gegen Kinder und Jugendliche

gesamt 10 Jahren und einem Monat verurteilt. Er ist schwer traumatisiert und befindet sich im Moment in Behandlung.

14-jähriges Kind ermordet
Am 31. März 2010 wurde in der Provinz Wan, im Landkreis Ebex (Caldıran) der 14-jährige Mehmet Nuri Tamcoban durch Schläge von Soldaten des Hangedik-Jandarma-Stützpunktes getötet. In darauf folgenden Forderungen nach Aufklärung bezeichnete der türkische Generalstab den Getöteten als den eigentlich Schuldigen. Trotz aller Versuche konnten die Mörder von Tamcoban bis heute nicht ermittelt werden.

16-jährige durch Schuss in den Kopf getötet
Am 21. Juli wurde in Wan die 16-jährige Canan Saldık durch Schüsse von Soldaten getötet. Obwohl ein Verfahren gegen fünf Soldaten und einen Offizier eröffnet wurde, wurde keiner von ihnen verhaftet.

13-Jähriger vor Kamera zusammengeschlagen
Während der Auseinandersetzungen nach einer Kundgebung der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) zum Verfassungsreferendumsboykott am 12.9.2010 in Wan wurde der 13-jährige I. S. von einer Mauer herunter gezogen, am Boden entlang geschleift und zusammengeschlagen. I. S. hat das Trauma des Übergriffs bis jetzt nicht überwunden. Er konnte aus Angst nach dem Übergriff nicht das Krankenhaus aufsuchen und leidet immer noch unter Schlafstörungen. Der Übergriff wurde auf Kamera aufgezeichnet. I. S. berichtet: „Als ich auf der Mauer stand, griffen mich die Polizisten und warfen mich auf den Boden. Danach schlugen und traten mich fünf Polizisten. Sie erlaubten mir nicht einmal zu sprechen.“

Gefolterter 16-Jähriger immer noch in Behandlung
Am 22. Mai 2008 wurde die Newroz-Feier, die vor dem DTP-Gebäude in Wan stattfinden sollte, von der Polizei heftig angegriffen. Nach dem Polizeiangriff wurde der 16-jährige M. K. vor laufenden Kameras von Dutzenden zivilen und uniformierten Polizisten misshandelt. Es wurden keinerlei Ermittlungen gegen die Polizisten, trotz dieses gut dokumentierten Falls von Folter eingeleitet. M. K. leidet unter einer schweren posttraumatischen Belastung und befindet sich immer noch in Behandlung, zeitweise in einer psychiatrischen Klinik in Ankara. Obwohl die Ärzte eine Behandlungsdauer in Ankara von vier Jahren veranschlagt hatten, musste die Familie den Jungen aufgrund ökonomischer Schwierigkeiten zurück nach Wan holen.

Offizier tötet 15-Jährigen durch gezielten Kopfschuss
Bei den Protesten in Colemêrg (Hakkari), am ersten Tag des Zuckerfestes im Oktober 2010, gegen den Tod von neun Guerillamitgliedern, schoss ein Offizier dem 15-jährigen Enver Turan gezielt in den Kopf. Der schwer verletzte Junge starb wenige Tage später im Krankenhaus. Der verantwortliche Offizier wurde festgenommen, allerdings wurde der Prozess aus Colemêrg (Hakkari) verlegt.

(DIHA, 23.12., ISKU)

März des vergangen Jahres abgelehnt. *(ANF, 2.1., ISKU)*

Sechzehn Morde an Frauen im Dezember
Allein im Dezember wurden in der Türkei 16 Frauen ermordet, überwiegend von Angehörigen wie Ehemännern, Vätern, Freunden und Brüdern. Dabei sind jene Frauen noch nicht erfasst, die auf Druck ihrer Ehemänner oder der Gesellschaft in den Selbstmord getrieben wurden oder die Opfer von Vergewaltigung und Belästigung wurden.
In den vergangenen sieben Jahren ist einer Studie zu Folge die Gewalt gegen Frauen um das vierhundertfache gestiegen.
60% der ermordeten Frauen hatten zuvor bei der Polizei oder der Staatsanwaltschaft um Hilfe gebeten und keine erhalten. Die meisten Mörder waren enge Verwandte, die die Frauen aus Gründen der „Ehre“ oder „Tradition“ töteten – die häufigsten Rechtfertigungen für Morde an Frauen. *(DIHA, 3.1., ISKU)*

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
jW	junge Welt
DS	Der Standard

Neuerscheinungen

Kurdistan Report Nr. 153
Januar/Februar 2011
www.kurdistanreport.de

Azadî-Infodienst Dezember 2010, u.a. mit einem Bericht über die II. Internationale Fachtagung «Der so genannte Anti-Terror-Kampf am Beispiel der Kurdinnen und Kurden – Praxis im europäischen Rechtsraum»
www.nadir.org/azadi

Termine

Gegen die Herrschaft des Kapitals!
Liebknecht – Luxemburg – Demonstartion 2011
Sonntag, 9.1.2011, 10 Uhr
Frankfurter Tor, Berlin

Hrant Dink Woche
Berlin, 13.–19. Januar 2011
hrantdinkforumberlin.wordpress.com

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 498
14. Januar 2011

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Aufruf zu den Menschenrechtsdelegationen 2011 nach Kurdistan

Newroz – Tag des Widerstandes

Newroz ist seit 612 v. u Z. ein wichtiger Tag für einige Volksgruppen im Mittleren Osten, u.a. für die Kurdinnen und Kurden. Es ist der Tag, an dem die Völker der Region gegen einen Tyrannen ihre Freiheit erlangt haben. Seitdem gilt dieser Tag als ein Symbol des Widerstands, der Freiheit und des Friedens.
Die Kurdinnen und Kurden mussten große Opfer aufbringen, damit heute Newroz offiziell stattfinden kann. Jedes Jahr kommen landesweit Millionen von Menschen zusammen. Hunderte von Menschen haben während der Kundgebungen bei Zusammenstößen mit türkischen Sicherheitskräften ihr Leben verloren. So 1992 bei Angriffen von Sicherheitskräften während der Newrozfeierlichkeiten in Cizre, wo annähernd 100 Menschen getötet wurden. Seitdem reisen traditionell Menschenrechtsdelegationen aus aller Welt zu Newroz in die kurdischen Gebiete. Sie beobachten, dokumentieren und werden Augenzeuge von den Ereignissen rund um das Newroz-Fest. Es ist auch ein Akt der Solidarität, mit der die Forderung nach Demokratie, Menschenrechten und Freiheiten manifestiert wird. Reisen nach Kurdistan zu den Newroz-Feierlichkeiten sind aber auch überwältigende Erfahrung über Politik von der Basis und Motivation für solidarisches Handeln.
In diesem Sinne rufen wir auch für Newroz 2011 zur Teilnahme an Delegationsreisen auf. Machen Sie sich über die Situation vor Ort selbst ein Bild, bieten Sie mit Ihrer Anwesenheit einen Schutz für die Bevölkerung, feiern Sie mit und werden Sie Augenzeuge historischer Momente.

Aufruf zur Wahlbeobachtung Juni 2011
In diesem Jahr finden auch landesweite Wahlen in der Türkei/Kurdistan statt. Die Kurdinnen und Kurden nehmen mit ihren eigenen Vertreterinnen und Vertretern an den Wahlen teil, obwohl die Wahlhürde in der Türkei 10 Prozent beträgt. Damit sind die Ausgangsbedingungen ungleich schwerer und verfolgen das Ziel, für Kurdinnen und Kurden eine gerechte politische Vertretung im Parlament zu verhindern. Seit April 2009 wurden über 1500 kurdische Politikerinnen und Politiker, darunter gewählte Bürgermeister und Parteivertreter, festgenommen. Mit dieser Operation wird die politische Betätigung kurdischer Parteien in Türkei/Kurdistan fast unmöglich gemacht.
Die Wahlphase ist immer begleitet von Repressionen. Im Vorfeld werden sowohl kurdische Politikerinnen und Politiker als auch kurdische Wählerinnen und Wähler bedroht, erpresst und eingeschüchtert. Auch Wahlbetrug findet statt: Urnen verschwinden, vor den Wahllokalen werden bewaffnete Soldaten postiert, die die Wähler zwingen, die kurdische Partei nicht zu wählen. Bis heute gab es in Kurdistan keine Wahl, die frei von Repression und Betrug gewesen wäre. Daher ist es von großer Bedeutung, wenn sich zu diesen Wahlen internationale Beobachterinnen und Beobachter vor Ort aufhalten würden.
Wir rufen Sie dazu auf, an Wahlbeoachtungsdelegationen teilzunehmen. Tragen Sie auf diese Weise mit dazu bei, dass das elementare Recht auf freie Wahlen verteidigt wird.
Für Kontakt und Informationen wenden Sie sich bitte an das Vorbereitungskomitee:
k.delegationen@googlemail.com
Tel.: 0162/5433256

YEK-KOM - Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland e.V.
CENI - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V.
YXK - Verband der Studierenden aus Kurdistan e.V.
KURD-AKAD - Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e.V.

Erfolgreicher Kampf gegen Männergewalt und Patriarchat

Autonomer Frauenrat in Mahmur

An vielen Orten Kurdistans und in der Diaspora organisieren sich Frauen basisdemokratisch – und stärken so Selbstbestimmung und politische Willensbildung. Ihr Ziel: eine demokratisch-ökologische, geschlechtergerechte Gesellschaft. Da ist zum Beispiel der Frauenrat „Ischtar“ in einem Flüchtlingscamp nahe der südkurdischen Kleinstadt Maxmur, etwa 60 Kilometer südwestlich der nordirakischen Distrikthauptstadt Erbil in der Wüste gelegen. Hier bauten sich KurdInnen, die Anfang der 90er Jahre vor den militärischen Attacken in den kurdischen Gebieten der Südosttürkei in den Irak geflohen waren, eine Selbstverwaltung auf. Die Frauen im Camp wiederum haben sich mit „Ischtar“ eine autonome Struktur geschaffen.
Der Rat ist nach der mesopotamischen Schutzgöttin benannt und stellt das gemeinsame Beschlussgremium aller Frauen im Lager dar. Zu den Einrichtungen, die unter seinem Dach agieren, gehören die Frauenakademie, Frauenzentren, Kindergärten, eine Schneiderei, ein Friseurladen und die Gruppe der Friedensmütter. Aber auch die Arbeit innerhalb der gemischten Strukturen wie beispielsweise im Volksrat, an den Schulen, in der Infrastrukturverwaltung oder im Volksgericht wird im Ischtar-Rat koordiniert. Seine Hauptstandbeine sind die Frauenkomitees in den vier Stadtteilen des Camps. Sie geben Informationen weiter, unterstützen Frauen im Alltag. Zumeist sind ihre Mitglieder auch die ersten Ansprechpartnerinnen bei Fällen von Gewalt in der Familie, Zwangsheiraten und anderen Formen patriarchaler Unterdrückung. In den Straßenzügen organisieren sie regelmäßige Frauenversammlungen und Bildungsarbeit an der Basis. Hier wird auch über lange tabuisierte Themen wie Empfängnisverhütung gesprochen.

Solidarität als Grundlage
Im Gespräch mit jW berichteten drei Mitglieder des Frauenrates von ihrer Arbeit. „Der Ischtar-Rat tagt alle 15 Tage. Alle Probleme von Frauen kommen hier auf die Tagesordnung“, erläutert Sehnaz Amed. Dabei versuche man, „eine gemeinsame Politik sowohl für die Belange von Frauen als auch für das gesamte Camp zu gestalten. Alle zwei Jahre gibt es eine generelle Frauenkonferenz, auf der Kritik und Selbstkritik

→

Meldungen

Xizri zur Vollstreckung der Todesstrafe nach Teheran gebracht
Der vom iranischen Staat zum Tode verurteilte kurdische politische Gefangene Hüseyin Xizri (Hussein Khezri) wurde zur Vollstreckung seiner Strafe in ein Gefängnis nach Teheran gebracht. Den letzten Kontakt zur Außenwelt hatte Xizri mit seinem Bruder am 5. Januar im Gefängnis von Urmiye. Dann wurde er nach Angaben der Gefängniswärter von Urmiye nach Teheran gebracht, wobei unklar ist, in welchem Gefängnis er zurzeit festgehalten wird.
Xizri wurde im Jahr 2008 in der ostkurdischen Stadt Kirmanshan (Kermanschah) mit dem Vorwurf der Mitgliedschaft in er PJAK festgenommen. In einem fünfminütigem Gerichtsverfahren wurde er daraufhin zum Tode verurteilt.
In seinem letzten Brief schilderte Xizri ausführlich die an ihm angewandte Folter. So sei er während seines 49-tägigen Verhörs in Kirmanshan schwerwiegender körperlicher und psychischer Folter ausgesetzt gewesen. Infolgedessen habe er in einem großen Maß an Sehkraft verloren.
Aktuell läuft im Internet eine Petition zur Aufhebung der Todesstrafe von Hüseyin Xizri unter folgendem Link:
http://www.gopetition.com/petition/39780/sign.html
(ANF, 12.1., ISKU)

Süleyman Celebi erhängt aufgefunden
Süleyman Celebi, der bei Mêrdîn (Mardin) in dem Dorf Zanqirt (Bilge) an der Tötung von 44 Menschen beteiligt war und eine lebenslanger Haftstrafe absaß, soll Selbstmord durch erhängen begangen haben. Süleyman Celebi saß im Nr. 1 F-Typ Gefängnis. Celebis Leichnam wurde am letzten Donnerstag um 12.30 Uhr mit einer Wäscheleine erhängt gefunden. Die Staatsanwaltschaft wurde zur Aufklärung des Selbstmordes eingeschaltet. Neben Celebi lag eine Notiz, deren Inhalt bisher nicht veröffentlicht wurde. Der Leichnam von Celebi wurde zur Autopsie gebracht.
Süleyman Celebi soll einer der Hauptverantwortlichen für das Massaker auf einer Hochzeitsfeier in dem Dorf Zanqirt (Bilge) vor zwei Jahren gewesen sein.
Laut Zeitungsberichten gibt es auch Spekulationen, dass er erhängt wurde, weil er die wahren Namen und Hintergründe für das Massaker benennen wollte. *(ANF, 6.1., ISKU)*

Polizeiangriff auf Demonstration für Sedat K. in Wan

In Wan (Van) wurde in der vergangenen Woche zu einer Demonstration für den inhaftierten und im Hungerstreik befindlichen DYG-Sprecher von Gever (Yüksekova) Sedat K. aufgerufen. Die Polizei stoppte die Demonstration mit Wasserwerfern und Gasgranaten. Insgesamt wurden 30 DemonstrantInnen von der Polizei festgenommen.
Die Demonstration, an der zahlreiche Verantwortliche der BDP als auch Mitglieder unterschiedlicher zivilgesellschaftlicher Organisationen teilnahmen, begann vor dem BDP-Gebäude in Wan und endete vor dem Krankenhaus, in dem Sedat K. auf der Station für Strafgefangene untergebracht ist.
Vor dem Krankenhaus hat der BDP-Abgeordnete aus Wan Özdal Ücer in einer Rede an die Demonstranten das Verhalten der Staatskräfte heftig angegriffen. „Die Gewissenslosen", so Ücer, „haben Sedat in den Kopf geschossen. Anschließend haben sie einen Haftbefehl gegen ihn ausgestellt. In welcher Justiz verhängt man gegen jemanden, der im Sterbebett liegt, einen Haftbefehl." Ücer forderte auch Sedat K. auf, seinen Hungerstreik zu beenden. Der Widerstand Sedats werde von tausenden Jugendlichen weitergeführt.
Auch der BDP-Abgeordnete aus Colemêrg (Hakkari) Hamit Geylani hielt eine kurze Rede, in der er betonte, dass Sedat für sein Volk Widerstand leiste.
Nach den Reden von Ücer und Geylani besuchte eine Delegation der Demonstranten Sedat K. im Krankenhaus, während der Rest der Demonstranten ihre Demonstration in Richtung Stadtzentrum fortsetzte. Allerdings griff die Polizei die Demonstranten mit Wasserwerfern und Gasgranaten an, um die Demonstration aufzulösen. Insgesamt nahm die Polizei 30 Demonstranten fest.

Sedat K. im Hungerstreik
Der am 10. Dezember durch eine Soldatenkugel schwerverletzte DYG (Demokratisch Patriotische Jugend) Gever (Yüksekova) Sprecher Sedat K. wurde, nachdem er für eine ärztliche Untersuchung nach Ankara gebracht worden war, wieder ins Gefängnis nach Wan (Van) gebracht.
Sedat K., der in Folge der Verletzung auf einem Auge das Augenlicht verloren hat, ist laut Angaben seiner Familie aufgrund der willkürlichen Behandlung durch die Sicherheitskräfte in den Hungerstreik getreten. Seit nunmehr fünf Tagen nehme Sedat K. keine Nahrung mehr zu sich. Sein Gesundheitszustand sei weiterhin im kritischen Bereich. Trotz Bemühungen seiner Familie und von Ärzten ist Sedat K. nicht gewillt, den Hungerstreik abzubrechen.

(ANF, 6./7.1., ISKU)

Autonomer Frauenrat in Mahmur

vorgebracht, Beschlüsse für die zukünftige Arbeit gefasst und die neuen Vertreterinnen des Ischtar-Rates gewählt werden."
Zu der Rolle, die das Modell des Rats spielt, meint Sevin Ali Mohammed: „Der Rat ist so etwas wie ein Dach, ein verbindendes Organ aller Fraueninstitutionen im Flüchtlingscamp. Er sichert Solidarität und gleichberechtigte Zusammenarbeit. Wenn Frauen einzeln agieren, können sie nichts verändern. Dann werden wir auch in der Bevölkerung nicht ernstgenommen. Durch unsere Einheit sind Selbstvertrauen und Stärke der Frauen gewachsen, so dass wir unsere Beschlüsse auch umsetzen können."
Und Reyhan Tepe beschreibt die Beziehungen zwischen „Ischtar" und den gemischten Selbstverwaltungsgremien: „Wir haben unser Camp auf der Grundlage des Demokratischen Konföderalismus in Volksräten organisiert. Ischtar ist unsere autonome Frauenstruktur, wir wählen unsere Vertreterinnen für den Volksrat. Im Volksrat gibt es eine Frauenquote von 40 Prozent. Gäbe es sie nicht, hätten Frauen zu Anfang kaum eine Chance gehabt. Denn die Gesellschaften des Mittleren Ostens sind immer noch patriarchal und sexistisch. Früher standen häufig nur Männernamen auf den Stimmzetteln. Doch heute zeigt sich auch im Wahlverhalten, dass sich Denken und Bewusstsein verändert haben. 2010 ist das erste Mal eine Frau zur Sprecherin des Volksrates gewählt worden. Frauen sind die treibende Kraft der Selbstverwaltungsstrukturen."
Der Ischtar-Rat hat Regeln für das Zusammenleben aufgestellt. Gewalt gegen Frauen, Zwangsverheiratungen in jungem Alter oder Brautgeldforderungen werden geahndet. Die Strafen, die verhängt werden, sehen die Mitarbeiterinnen des Gremiums als ein Mittel, sexistische Praktiken gesellschaftlich zu ächten und Veränderungsprozesse anzuregen.

Täter zur Rede gestellt
Beschlüsse, die im Frauenrat gefasst werden, haben Gültigkeit. „Wenn sie auch Männer oder ganze Familien betreffen, versuchen wir sie aber auch noch durch den Volksrat zu bringen", sagt Sehnaz Amed: „Denn wenn es ein genereller Beschluss ist, dann müssen sich auch alle Männer um dessen Umsetzung kümmern, und er findet eher allgemeine gesellschaftliche Anerkennun". Sevin Ali Mohammed beschreibt die Sanktionen und Verfahrensweisen, die zur Bekämpfung patriarchaler Gewalt in der Familie etabliert wurden: „Gefängnisse gibt es bei uns nicht. Es ist schon eine Strafe, zur Rede gestellt zu werden. Das ist jedem unangenehm, denn das bedeutet, dass der Vorfall öffentlich gemacht wird. In schweren Fällen von Gewalt gegen Frauen sorgen wir dafür, dass der Mann zunächst für 15 Tage aus seiner Familie genommen und isoliert wird. Ihm wird der Grund für diesen Beschluss erklärt, und er bekommt die Gelegenheit nachzudenken. Dann wird das Gerichtsverfahren vorbereitet und öffentlich angekündigt. Beim Verfahren muss sich der Mann mit der Kritik der anwesenden Bürger auseinandersetzen. Er wird sich dadurch bewusst, dass er gegen die Ethik des Zusammenlebens verstoßen hat und sein Verhalten durch die Gesellschaft nicht akzeptiert wird. Er kann dann Position beziehen. Abschließend werden Vorschläge zum weiteren Umgang mit ihm gemacht, über die dann abgestimmt wird. Der Vorschlag, für den die meisten Volksvertreter votieren, ist als Gerichtsbeschluss gültig. Die letzte und höchste Strafe, die verhängt werden kann, ist der Ausschluss aus dem Camp.
Trotz der begrenzten Möglichkeiten im Camp ist vor allem im Bildungsbereich viel geleistet worden. Durch die Aneignung von Wissen sind in der jungen Generation starkes politisches Bewusstsein und Selbstbewusstsein gewachsen. Frauen, die außerhalb des Camps abhängig beschäftigt sind, haben sich eigenständig im Komitee der Werktätigen organisiert. Der Ischtar-Rat unterstützt sie dabei. Wenn beispielsweise ihr Lohn nicht ausgezahlt wird, wenn die Arbeitszeiten nicht eingehalten werden oder sich andere an ihrer Arbeit bereichern, setzen sie sich dagegen gemeinsam zur Wehr. Dieses Verfahren hat Erfolg gezeigt. Beispielsweise wird bei Arbeiterinnen und Arbeitern aus Maxmur jetzt der Achtstundentag eingehalten, obwohl im Irak bis zu zwölf Arbeitsstunden pro Tag die Regel sind.

(jw, 6.1., ISKU)

Heftige Gefechte zwischen türkischem Militär und Guerilla in Dihê (Eruh)
Im Landkreis Dihê (Eruh) der Provinz Sêrt (Siirt) sind heftige Gefechte zwischen dem türkischen Militär und der Guerilla der PKK ausgebrochen. Das Gefecht sei im Rahmen einer Militäroperation mit Unterstützung von Helikoptern und örtlichen Dorfschützern entstanden. Über mögliche Opferzahlen sind noch keine Informationen eingegangen.
Zur selben Zeit wurden in Dihê in vier Privatwohnungen zeitgleich Razzien durch die Gendarmerie durchgeführt. Hierbei wurden insgesamt fünf Menschen, darunter die dortigen Verantwortlichen der BDP, festgenommen. Über die Hintergründe der Festnahmen wurden keinerlei Erklärungen gemacht.

(ANF, 6.1., ISKU)

Anzahl der Leichen im Massengrab auf 12 gestiegen
In einem Garten einer Gendarmerie-Station in Mutki in der Provinz Bedlis (Bitlis) wurden bei Ausgrabungen insgesamt 12 Menschenskelette gefunden. Die ersten zwei Ausgrabungsarbeiten wurden beendet. Man geht von einem Massengrab von 36 PKKlern aus, die hingerichtet worden waren. Es werden noch an drei weiteren Punkten Ausgrabungen durchgeführt.
Die Knochen wurden von den Experten getrennt und in die forensische Medizin geschickt

(ANF, 6.1., ISKU)

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
jW	junge Welt

Termine

Newroz 2010- eine Reise nach Kurdistan
Bericht der Hamburger Newrozdelegation, Film „Min dit" von Miraz Bezar (102 min), Folklore, Musik
14.1., 18 Uhr
Bürgerhaus Willhelmsburg
Mengestraße 20, Hamburg
Veranstalterin: Bürgerschaftsfraktion Die Linke Hamburg

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 499
21. Januar 2011

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Huseyin Xizri im Iran hingerichtet

Nach Angaben des iranischen Staatsfernsehens wurde in der ostkurdischen Stadt Urmiye ein mutmaßliches PJAK Mitglied hingerichtet. Zwar wurde der Namen des Hingerichteten nicht genannt, aber es wird davon ausgegangen, dass es sich hierbei um Hüseyin Xizri handelt.
Zuletzt wurde berichtet, dass Hüseyin Xizri für die Vollstreckung seiner Strafe nach Teheran gebracht worden sei. Diese Fehlinformation wurde von den Wärtern des Gefängnisses in Urmiye verbreitet, um die Familie des Inhaftierten und die Öffentlichkeit zu täuschen.
Xizri ist seit 2007 der mittlerweile achte politische Gefangene, der vom iranischen Staat hingerichtet wurde. Zuletzt wurden am 9. Mai 2010 die kurdischen Aktivisten Ferzad Kemanger, Ferhad Wekili, Eli Heyderiyan und Şirin Elem Hulu hingerichtet. Weitere 16 politische Gefangene sitzen zu Tode verurteilt in iranischen Gefängnissen.
Die Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans (KCK) bezeichnete die Hinrichtung als politisch motiviert. Sie werde zur Verschlechterung der Lage im Iran beitragen. In einer Erklärung wird diese Entwicklung als Versuch bezeichnet, den Waffenstillstand der PJAK zu stören. Die KCK betonten die Bereitschaft der kurdischen Kräfte, nach friedlichen Wegen zur Beendigung des Konflikts im Iran zu suchen. Die PJAK wurde dazu aufgerufen, ihre Kräfte in Verteidigungsbereitschaft zu halten.

KurdInnen in Paris und Marseille demonstrieren gegen den Iran
In Frankreich hat die Föderation der KurdInnen in Frankreich (FEYKA) zu Kundgebungen gegen die Ermordung von Huseyin Xizri aufgerufen. In Marseille wurde ein Transparent mit der Aufschrift: „Hinrichtung ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Schluss mit den Hinrichtungen im Iran“ entrollt. In Paris fand eine Kundgebung vor der Botschaft des Iran statt, an der sich hundert Personen beteiligten. Der Iran wurde für die Hinrichtungen verurteilt und als „Hinrichtungsrepublik“ bezeichnet.

10 Personen hingerichtet
Das iranische Regime hat seit Anfang des Jahres vermehrt Sammelhinrichtungen durchgeführt. In der Nähe von Teheran wurden am Morgen des 19. Januars 10 Personen hingerichtet.
Zu einer Zeit, in der sich die ökonomische und soziale Krise weiter zu spitzt, steigt ebenfalls die Anzahl der durchgeführten Hinrichtungen rapide an. Laut Angaben des iranischen Staatsfernsehens wurde am Morgen im Kerec-Gefängnis westlich von Teheran 10 Menschen erhängt, die wegen Drogendelikten verurteilt worden waren. Angaben zu den hingerichteten Personen wurden nicht gemacht.
Laut ANF-Archiv wurden seit Beginn des Jahres mindestens 60 Personen im Iran erhängt. Der Iran gehört zusammen mit China, Saudi Arabien und den USA zu den Ländern, in denen weltweit die meisten Hinrichtungen durchgeführt werden. Die Hinrichtungen haben besonders seit dem Amtsantritt des amtierenden Staatspräsidenten Ahmadinedschad zugenommen.
Laut iranischer Gesetzgebung können Vergewaltigung, bewaffneter Raub, Drogenhandel und Ehebruch mit der Todesstrafe sanktioniert werden. Jedoch verwendet das iranische Regime die Todesstrafen oftmals als Instrument, um gesellschaftliche Proteste zu unterdrücken, Rache zu nehmen und politische Botschaften zu senden. Die meisten Gefangenen werden ohne ein rechtmäßiges Verfahren zu erhalten in einer wenige Minuten dauernden Verhandlung zum Tode verurteilt.

(ANF, 16./17./19.1., ISKU)

Kurdische Antifaschisten vor Gericht

Wegen „gemeinschaftlichen versuchten Mordes“ und Landfriedensbruchs wird seit Montag in Stuttgart gegen acht Kurden vor der Jugendkammer verhandelt. Ein weiterer Prozess gegen neun zur Tatzeit bereits volljährige Kurden war unter erhöhten Sicherheitsstandards bereits am vergangenen Donnerstag vor der 1. Großen Strafkammer des Stuttgarter Landgerichts angelaufen.
Den zusammen 17 Angeklagten im Alter zwischen 18 und 33 Jahren wird vorgeworfen, am Abend des 8. Mai 2010 vermummt eine Gaststätte in Nürtingen gestürmt und mit Baseballschlägern und Eisenstangen auf die Gäste eingeprügelt zu haben. Bei dem weniger als eine Minute dauernden Überfall wurden der Wirt und drei Gäste am Kopf verletzt. „Tödliche Verletzungen der Opfer nahmen sie billigend in Kauf“, behauptet Staatsanwalt Stefan Biehl, obwohl keines der Opfer lebensgefährliche Verletzungen erlitten hatte. Biehl fordert für die Angeklagten, die seit sieben Monaten in Untersuchungshaft sitzen, Haftstrafen zwischen drei Jahren und drei Monaten und fünf Jahren. Die Staatsanwaltschaft vermutet eine Racheaktion von Anhängern der PKK. Eine Woche vor dem Übergriff waren einige der Angeklagten nach einem Streit vom Wirt aus der Kneipe geworfen worden. Ein Gast soll dabei beleidigende Äußerungen gegen PKK-Mitglieder gerufen haben. Im unter polizeilicher Beobachtung stehenden Mesopotamischen Kulturverein in Bad Cannstatt sei dann, so die Staatsanwaltschaft, der „generalstabsmäßig geplante Rachefeldzug“ besprochen worden.
Die Lokalpresse bemüht unter weitgehender Ausblendung politischer Hintergründe mit Überschriften wie „Ein Prozeß um Ehre und Stolz“ das Bild des heißblütigen Südländers. Doch nach jW-Informationen sollen sich in der überfallenen Gaststätte regelmäßig türkische Faschisten aus dem Umfeld der Grauen Wölfe getroffen haben, gegen die sich offenbar die Aktion richtete. Die Polizei nutzte den Kneipenüberfall für eine gründliche Durchleuchtung und massive Einschüchterung politisch aktiver Kurden im Großraum Stuttgart. Bei rund 40 Razzien in Wohnungen kurdischer Familien waren im Sommer zahlreiche junge Männer zum Teil von schwerbewaffneten Sondereinsatzkommandos der Polizei festgenommen worden.
Im überfüllten Gerichtssaal wurden die in Handschellen hereingeführten jungen Männer vergangene Woche von rund 80 Angehörigen und Freunden mit Applaus begrüßt. Eine Aussage zu den Tatvorwürfen lehnten die Angeklagten ab, obwohl das Gericht Strafmilderung in Aussicht gestellt hatte. Offensichtlich tappt die Staatsanwaltschaft, die erst einen der Angreifer eindeutig identifiziert haben will, im dunkeln. 49 Zeugen sind für die beiden auf 24 und 26 Verhandlungstage bis Mitte März terminierten Prozesse geladen.

(jW, 15.1., ISKU)

Meldungen

Hasankeyf ab April wieder geöffnet
Wie die türkische Tageszeitung Hürriyet berichtet, soll die historische Altstadt von Hasankeyf ab April wieder für Touristen geöffnet und damit die fast einjährige Blockadepolitik der Regierung beendet werden. Mit umgerechnet einer Millionen Euro will die Regierung in Ankara die Folgen des Felssturzes vom letzten Sommer beseitigen. Damit dürften die zahlreichen Proteste der Bewohner und der Umweltgruppen erfolgreich gewesen sein.
Im Juli 2010 hatte sich am Eingang zum historischen Bereich ein Felssturz ereignet, bei dem ein Mann ums Leben kam. Die türkische Regierung ließ daraufhin nicht etwa den Fels wegräumen, sondern den gesamten Bereich großräumig absperren und zwar so umfassend, dass weder die Sehenswürdigkeiten, noch die Restaurants zugänglich waren. Ein massiver Zaun verhinderte auch den Zugang zum nicht betroffenen Tigrisufer, woraufhin auch hier die beliebten Restaurants geschlossen werden mussten. Die Touristen blieben aus, die ohnehin geringen Einnahmen der Bewohner versiegten.
Die Besitzer der Restaurants und Souvenirläden wurden weder informiert noch für die Schließungen finanziell entschädigt. Praktisch alle Bewohner, unterstützt von Umweltgruppen und Prominenten, protestierten gegen diese „kalte Enteignung“ und forderten das zuständige Kulturministerium auf, den verschütteten Bereich zu räumen und Hasankeyf wieder zu öffnen. Mit Erfolg.
„Die Regierung in Ankara hat versucht, die Bewohner von Hasankeyf durch die Absperrung zu demoralisieren: die Menschen sollten ihren Widerstand gegen den Ilisu-Staudamm aufgeben und wegziehen. Das ist misslungen, es hat nur die Wut und das Misstrauen der Bewohner gegenüber der Regierung vergrößert“, so Ulrich Eichelmann von der Stop Ilisu Kampagne.

(eca, 18.1., ISKU)

Seit zwei Tagen Artellerieangriffe in den Cûdî-Bergen
Seit zwei Tagen werden von dem Hisar-Bataillon Angriffe auf das Cûdî-Gebirge durchgeführt.
Nach Informationen, die ANF vorliegen, wird das Cûdî-Gebir-

KCK-Verfahren: Sprachverbote, Schikane und Polizeigewalt

Der größte Massenprozess seit dem Militärputsch in der Türkei von 1980 gegen kurdische PolitikerInnen, BürgermeisterInnen, JournalistInnen und MenschenrechtlerInnen, ist in seiner Breite ein Prozess gegen die gesamte kurdische Zivilgesellschaft. Es wurden seit Beginn der Festnahmewelle im April 2009 mittlerweile nahezu 2000 Gefangene in türkischen Gefängnissen inhaftiert, allein wegen Teilnahme an Kundgebungen, Reden, journalistischer Arbeit etc. Damit stellt er für viele einen Gradmesser der Bereitschaft des türkischen Staates zu einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage dar. Daran gemessen hat der türkische Staat am 13.1. weitere Schritte gegen eine Lösung des Konflikts getan. Im Gericht wurde wieder das Benutzen der kurdischen Sprache durch die Angeklagten verboten, die Angeklagten wurden von der Militärpolizei schikaniert und vor dem Gericht, wie auch in vielen anderen kurdischen Städten, kam es zu schweren Polizeiübergriffen auf die demonstrierende Bevölkerung.

1. Prozesstag: Einschüchterungen und Sprachverbot

„Das Gericht und die Welt sollen wissen, dass ohne diese Problem zu lösen, auch die kurdische Frage nicht gelöst werden kann."

Der Prozess, der unter großer internationaler Beteiligung am 18.Oktober 2010 begonnen hatte, war vertagt worden, da sich die allein in diesem Prozess über 152 Angeklagten von denen heute 117 anwesend waren, für eine Verteidigung in ihrer kurdischen Muttersprache entschieden hatten. Deswegen wird der erneuten Verhandlungseröffnung in der kurdischen Öffentlichkeit eine große Bedeutung beigemessen. Vor dem Gericht versammelten sich schon am Morgen Tausende und begrüßten die Angeklagten mit Parolen und Jubel. Das Gericht verbot die Benutzung „einer Sprache, von der Gedacht wird, sie sei Kurdisch" erneut und entzog denen, die kurdisch Sprachen die Möglichkeit, sich zu verteidigen. Auch der im Prozess als Angeklagter teilnehmende Bürgermeister von Amed (Diyarbakır), Osman Baydemir erklärte: „Wir wollen weder Gnade noch Unterdrückung. Wir wollen nur Gerechtigkeit. Ich werde meine Verteidigung auf Kurdisch machen." Daraufhin wurde ihm das Mikrofon abgestellt und ihm verweigert sich zu verteidigen. Als der Angeklagte Yüksek Kamuran auf Kurdisch mit seiner Verteidigung anfing, entgegnete der Richter: „Soweit ich das verstanden habe sprechen sie Kurdisch." Dieser Antwortete daraufhin: „Ja, ich spreche Kurdisch. Wir sind Kurden und leben schon seit tausenden von Jahren hier." Daraufhin wurde auch ihm das Mikrofon entzogen. Trotz dieser Repression entschieden die Angeklagten, sich weiterhin nur auf Kurdisch vor Gericht äußern zu wollen. So ging es allen Angeklagten, die sich auf Kurdisch äußern wollten. Der Angeklagte Hüseyin Yilmaz erklärte, bevor auch ihm das Mikrofon abgedreht wurde: „Das Gericht und die Welt soll wissen, dass ohne dieses Problem zu lösen, auch die kurdische Frage nicht gelöst werden kann." Auch im Allgemeinen war das Klima im Gericht von Repression geprägt, so wurden männliche und weibliche Angeklagte durch einen Kordon von Militärpolizei getrennt.

Großkundgebung und heftige Polizeiübergriffe in Amed

An der vom Demokratischen Gesellschaftskongress (DTK) organisierten Kundgebung für „Demokratische Autonomie", die im direkten Kontext zur Fortsetzung des KCK-Verfahrens steht, nahmen mehr als 50.000 Menschen teil. Die Kundgebung fand unter Parolen wie: „Lasst uns die, die unsere Sprache verleugnen, verurteilen und die demokratische Autonomie aufbauen" oder „Die PKK ist das Volk und das Volk ist hier" und „Die die verurteilt werden sind nicht die kurdischen Politiker_innen, sondern das ganze Volk."

Die Menschenmenge formierte sich zu einem Demonstrationszug mit der Forderung nach Freilassung der Gefangenen in Richtung Gericht. Tausende Polizisten behinderten den Weg der Demonstration mit Barrikaden. Schließlich versammelte sich die Menge vor dem Gericht. Die Menschen tanzten, riefen Parolen und hörten Redebeiträge, als die Polizei plötzlich ohne Vorwarnung mit einem massiven Beschuss mit Tränengasgranaten begann. Gleichzeitig begann der Einsatz von Panzerfahrzeugen und Wasserwerfern. Aufgrund dieses Angriffs und der daraus resultierenden Panik wurden etliche Menschen verletzt, von denen sich viele in stationärer Behandlung im Krankenhaus befinden. Viele Hundert Menschen, unter denen sich auch viele alte Frauen und Kinder befanden, flohen in das neben dem Gericht gelegene Rathaus. Aufgrund des Gedränges zerbrachen die Eingangstore und deren Scheiben. Die Polizei setzte nach und schoss ebenfalls Gasgranaten in das Rathaus. Etliche Personen, insbesondere ältere Menschen fielen aufgrund des massiven Gaseinsatzes und des Gedränges in Ohnmacht.

Auch der Bürgermeister von Amed (Diyarbakır) Osman Baydemir wurde leicht verletzt, als er anderen helfen wollte. Aufgrund des Polizeiangriffs entstanden heftige Straßenkämpfe, die sich bis in die Abendstunden auf mehrere Stadtteile ausweiteten. Die Jugendlichen reagierten auf die Polizeiangriffe mit Molotowcocktails, Steinen und Feuerwerkskörpern und versuchten auf diese Weise die Menschen vor der massiven Polizeigewalt zu schützen. Viele Läden in der Gegend wurden durch Gasgranaten und Wasserwerfer beschädigt bzw. zerstört. Viele Menschen, die vorher nicht einmal an der Kundgebung teilgenommen hatten, mischten sich aufgrund des Polizeieinsatzes unter die Jugendlichen und warfen ebenfalls Steine. Aufmerksamkeit erregten Jugendliche, die einen Wasserwerfer bestiegen und die Wasserdüse zerstörten.

Auch in anderen kurdischen Städten griff die Polizei Protestdemonstrationen zum Prozessbeginn an. In Êlîh (Batman) versammelten sich viele tausend Menschen, die gleich zu Beginn der Demonstration von der Polizei angegriffen wurde. Eine große Anzahl Personen, darunter auch Kinder wurden verletzt. Die folgenden Straßenkämpfe weiteten sich aus und dauern bis in die Nacht an.

In Cizîr (Cizre) wie auch in Nisêbîn (Nusaybin), Qoser (Kızıltepe), Bismil und anderen Städten blieben heute die Läden aus Protest geschlossen. In Cizîr (Cizre) wurde eine Demonstration gegen das stadtweit verhängte Demonstrationsverbot ebenfalls von der Polizei mit Wasserwerfern und Tränengas angegriffen. Die Jugendlichen antworteten auch hier mit Molotowcocktails und Steinen.

In Mersin kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, als die Polizei hier ebenfalls eine Demonstration zu den Prozessen angriff.

In Gever (Yüksekova) wie auch in Colemêrg (Hakkari) griff die Polizei ebenfalls eine Protestdemonstration gegen den KCK-Prozess an. Aufgrund des Angriffs entwickelte sich insbesondere in Gever (Yüksekova) eine heftige Straßenschlacht. Die Jugendlichen antworteten auch hier mit Feuerwerkskörpern, Molotowcocktails und Steinen. In beiden Städten dauerten die Auseinandersetzungen bis in die Abendstunden an.

(ANF, hn, yn, 13.1., ISKU)

ge seit Mittwoch Nacht von dem Hisar-Bataillon mit schwerer Artellerie angegriffen. Die Angriffe konzentrieren sich auf die Region Girêreşo.

(ANF, 19.1., ISKU)

Syrische Armee tötet zwei PYD-Mitglieder

Syrische Soldaten haben einer Gruppe von Jugendlichen, die sich auf dem Weg in die Autonomieregion Kurdistan zum Hauptquartier der PYD befanden, an der Grenze aufgelauert. Bei dem Angriff wurden die kurdischen Jugendlichen Bekri Bekir und Dilgeş Ahmet von der syrischen Armee ermordet. Laut einer Erklärung der KCK-Westkurdistan befand sich am 12. Januar eine Gruppe Jugendlicher auf den Weg zum Hauptquartier der Partei der demokratischen Vereinigung Kurdistans (PYD). Während der Grenzüberschreitung lauerten der Gruppe syrische Soldaten auf. Obwohl niemand bewaffnet war, feuerten die Soldaten ohne Vorwarnung auf die Gruppe. Zwei der Gruppe wurden getötet, die anderen wurden festgenommen. Die beiden Leichname wurden vom Staat konfisziert. *(ANF, 18.10., ISKU)*

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
hn	hakkarinews
yg	yuksekovaguncel
jW	junge Welt
eca	ECA Watch Österreich

Termine

Protestdemonstrationen gegen die Todesstrafe und die Hinrichtungen im Iran und die Kriminalisierung kurdischer AktivistInnen

Freitag, 21. Januar 2011 - 15:00 Uhr - Minoritenplatz 8 (U3 Herrengasse) - Wien

Dienstag, 25.Januar 2011 - 15:00 Uhr - Friedrichstr./Mehringplatz (U-Bahn Hallesches Tor) - Berlin

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 500
28. Januar 2011

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Hungerstreiks und Proteskampagne im Iran

Proteste gegen Hinrichtungswelle

Einem Hungerstreik politischer Gefangener in Urmiye aus Protest gegen die Hinrichtung von Hüseyin Xizrî durch das iranische Regime haben sich weitere Gefangene angeschlossen. Hebibullah Hulperi Pur und Ahmed Temuye traten nach Angaben lokaler Quellen bereits am 4. Januar in den Hungerstreik; im Gefängnis Qezin schlossen sich Muhamed Budaqi, Ercan Qereyl und Yashar Qere am 17. Januar an. Am 17. Januar wurde der Gefangne Alo Ahmed Suleyman aus seiner Zelle im Gefängnis Urmiye geholt, ohne, dass es weitere Nachrichten über seinen Verbleib gibt. Cehangir Baduzade und Muhemed Amin Abdullahi, die im Gefängnis Urmiye gefangen waren und sich seit dem 17. Januar am Hungerstreik beteiligt hatten, wurden aus ihrer Zelle geholt und zum Geheimdienst in Urmiye gebracht. Ihre Zukunft ist ungewiss. Der Hungerstreik der anderen Gefangenen, Musfafa Ali Ahmed, Husen Mirzaye, Fezaye Yaman, und Abdullah Huseni, im Urmiye Gefängnis soll weiter andauern. Eine Gruppe weiterer Gefangener in den Gefängnissen von Awin Ardebil, Muhabad, Dizil Awa, und Sine beteiligen sich ebenfalls an den Protesthungerstreiks.

11 weitere Personen in Urmiye hingerichtet

Im Gefängnis Urmiye wurden am Mittwoch und Donnerstag insgesamt 11 Personen hingerichtet. Nach den Hinrichtungen kamen ca. 300 Verwandte und nahestehende Personen der Hingerichteten beim Gericht von Urmiye zusammen, um ihren Protest zum Ausdruck zu bringen.
Mit diesen Hinrichtungen stieg die Zahl der in den ersten Tagen des neuen Jahres im Iran hingerichteten Personen auf 89 an.

Parlamentarier unterstützen Kampagne gegen Hinrichtungen

38 Parlamentarier des südkurdischen Parlaments, darunter drei Christen, ein Turkmene, ein Kommunist, ein Mitglied der Islamischen Union, ein Sozialist, 10 Gorani, 12 von der YNK und neun Parlamentarier der KDP unterstützen die Kampagne gegen Hinrichtungen im Iran.

Trauerfeier in Amed

In Amed fand eine Trauerfeier mit hunderten Personen statt, der stellvertretende Vorsitzende der BDP, Selahattîn Demîrtaş verurteilte das Schweigen der Europäischen Union gegenüber den Hinrichtungen. Die BDP sandte einen Protestbrief an Ahmedinejad.

Der letzte Brief von Hüseyin Xizrî

Der vom iranischen Regime hingerichtete kurdische politische Gefangene Hüseyin Xizrî beschreibt in seinem Abschiedsbrief die erlittenen Folterungen und die ihm widerfahrene Ungerechtigkeit. Hüseyin Xizrî wurde im November 2008 mit dem Vorwurf Mitglied der PJAK (Partei für ein freies Leben in Kurdistan) zu sein festgenommen und anschließend zum Tode verurteilt. Nach Angaben der Gefängnisvertretung soll Xizrî am 15. Januar 2011 im Zentralgefängnis von Urmiye durch den Strick hingerichtet worden sein. Jedoch teilte der Anwalt von Xizrî mit, dass man versuche die Familie und die Öffentlichkeit zu täuschen. Die Hinrichtung soll schon am 5. Januar vollzogen worden sein.
Im Folgenden die letzten Wort von Xizrî in seinem Abschiedsbrief:
„Ich heiße Husên Xizrî. Im Jahre 1982 kam ich in der zu Ostkurdistan gehörenden Stadt Urmiye zur Welt. 2008 geriet ich dann in die Gefangenschaft des iranischen Staates. Am 18. Mai 2009 wurde ich zum ersten als auch zum letzten Mal vor das 1. Revolutionsgericht in Urmiye geführt. Die Gerichtsverhandlung fand unter Anwesenheit eines Geheimdienstagenten und eines Staatsanwalts statt. Sie waren auch darauf vorbereitet. Vor dem Beginn der Verhandlung wurde ich vom Geheimdienstagenten bedroht und aufgefordert dem Gericht nichts von den Folterungen zu berichten. In einer 10 Minuten lang dauerenden formal gehaltenden Verhandlungen wurde mir das Rederecht nicht gewährt, und ich wurde zum Tode verurteilt. Solch ein Gericht ist äußerst obskur und illegitim. Welch eine Verteidigung hätten mein Anwalt und ich binnen 10 Minuten leisten können?
Wurde dieses Theaterstück inszeniert, weil ‚der Beschuldigte zur Verhandlung erschien und ihm das Todesurteil ins Gesicht verlesen wurde', diese Frage habe ich mir immer wieder gestellt.
Während der Verhandlung teilte ich dem Richter mit, dass ich den meisten Anklagepunkten nicht zustimme. Weil die Unterschrift dieser Aussagen unter schwersten, nicht in Worte zu fassenden physischen und psychischen Folterungen erzwungen worden ist. Trotz der Beharrlichkeit auf diesen Punkt hat das Gericht ohne mich noch einmal anzuhören die Verhandlung eröffnet und mich zu Tode verurteilt. Die mir auferlegte Todesstrafe wurde am 2. August 2008 vom Bundesgericht bestätigt. Die Urteilsbestätigung durch das Bundesgericht wurde mir am 8. August im Gefängnis von Urmiye mitgeteilt.
Zu allererst möchte ich folgendes zum Ausdruck bringen; ich habe vor der endgültigen Bestätigung des Todesurteil versucht, alle gegebene Rechtsansprüche zu nutzen und habe diesbezüglich den betreffenden Behörden meine Anträge überreicht, um diese Ungerechtigkeit zu richten. Ich berichtete von der mir im Gefängnis von Urmiye widerfahrenen unmenschlichen Folter und habe diese gesetzteswidrigen, inhumanen Praktiken zur Anzeige gebracht. Die Anzeige wurde an das höhere Militärgericht geschickt.
Nach der von mir getätigten Strafanzeige wurde ich am 7. August 2009 zum 8. Dezernat des Gerichts bestellt. Dort habe ich von der an mir geübten Folter, den unmenschlichen Behandlungen erzählt, und ebenfalls ein ärztliches Attest eingereicht. Der Gerichtshof nahm meine Aussagen nicht ernst und wies alle Forderungen von mir aufgrund von diversen Veranlassungen zurück.
Hinterher reichte ich am 2. Februar das Attest und meine Akte in einem Ansuchen weiter, jedoch wurde meine Akte von Seiten des Militärgerichts abgelehnt. Ich wurde wieder an den Geheimdienst von Urmiye überliefert.
Seit dieser Zeit war ich im Zentralgefängnis von Urmiye permanent Drohungen ausgesetzt. Weil ich sie angezeigt hatte, drohten sie mir mit dem Tod. Sie verlangten von mir vor der Kamera ein Geständnis abzulegen. Zudem sollte ich betonen, dass ich keine Folter gesehen hätte. Mir wurde das Angebot unterbreitet, sobald ich den Forderungen folge leiste, würde man meine Akte noch einmal in die Hände nehmen und die Strafe reduzieren. Sie wollten meine Akte, die von mir getätigten juristischen Schritte, meine Strafe, für ihre Zwecke missbrauchen. Mit solch einem Ansatz sind sie an mich herangetreten.

→

Meldungen

Türkischer Außenminister: Kein Dialog mit Abdullah Öcalan

Der türkische Außenminister, Ahmet Davutoğlu sagte, es gebe von Regierungsseite keinerlei Pläne oder Intentionen einen Dialog mit Öcalan zu beginnen. Beim Treffen des Europäischen Ministerratskomitees beantwortete er Fragen über die Türkei. Er sagte, Gespräche mit Terroristen zu führen, stelle eine Gefahr für die demokratische Gesellschaft dar. Die türkische Regierung leugnet jeden Kontakt mit dem kurdischen Vertreter, während Öcalan sagt, dass es eine Reihe von Treffen mit staatlichen Vertretern im November 2010 gegeben habe. *(KI, 25.1., ISKU)*

Angriffe der türkischen Armee in der Gegend um Derecik

Der fortdauerenden Helikopterpräsenz in den Landkreisen Gever (Yüksekova) und Şemzînan (Şemdinli) folgten am 21. Januar Luftangriffe in der Gegend um Derecik (Rubarok). Nach vorliegenden Informationen begannen die Angriffe am frühen Morgen bei der Silo-Weide und dem Basiyan-Feld. *(ANF, 21.1., ISKU)*

105 Festnahmen in drei Tagen

Die türkische Polizei hat seit Montag insgesamt 105 kurdische AktivistInnen in zehn verschiedenen kurdischen Städten festgenommen. 18 von ihnen wurdem einem Richter vorgführt und ins Gefängnis gebracht. Somit dauert die Repressionskampagne, die am 14. April 2009 begonnen hat und in deren Folge mehr als 3.000 Kurdinnen und Kurden ins Gefängnis kamen, weiter an. *(ANF, 26.1., ISKU)*

Anklage wegen „Entfremdung vom Militär"

Fünf Menschen sind wegen „Entfremdung der Öffentlichkeit vom Militärdienst" angeklagt, weil sie den Kriegsdienstverweigerer Enver Aydemir unterstützen.
Nach Angaben der Webseite BIANET haben die fünf Angeklagten an einer Anhörung Aydemirs teilgenommen, der derzeit selbst vor dem Militärgericht Eskişehir angeklagt wird und in einem Militärgefängnis einsitzt und dort auch gefoltert wird.
Zu den jetzt Angeklagten gehören auch Aydemirs Vater Ahmet Aydemir sowie sein Anwalt Davut Erkan.

Repression gegen Kurden

Bei der Verfolgung der seit 1993 in Deutschland verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans, PKK, zeichnet sich eine erhebliche Verschärfung der Repression ab. Nach Meinung des Bundesgerichtshofs (BGH) soll zukünftig der Paragraph 129b des Strafgesetzbuches »Mitgliedschaft in einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung im Ausland« gegen die Organisation angewandt werden. Dies ist einem in dieser Woche vom BGH veröffentlichten Urteil zu entnehmen. Es stammt aus einem Revisionsverfahren gegen einen kurdischen Aktivisten, der vom Frankfurter Oberlandesgericht wegen Mitgliedschaft in einer inländischen kriminellen Vereinigung verurteilt worden war.

Die BGH-Richter hoben das nach den »Maßstäben der bisherigen Rechtsprechung ausgerichtete« Urteil auf, da die PKK-Strukturen in Deutschland als »unselbständiger Teil der Auslandsorganisation« einzustufen seien. Ausdrücklich bezieht sich der Senat dabei auf Pilotverfahren gegen die DHKP-C aus der Türkei, bei denen in den vergangenen Jahren eine Reihe von Aktivisten nach Paragraph 129b StGB zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt wurden. Die DHKP-C sei »wie die PKK hierarchisch und zentralistisch« aufgebaut und wolle durch den bewaffneten Kampf den »Umsturz der politischen Verhältnisse in der Türkei« herbeiführen. Nur weil die Arbeiterpartei Kurdistans eine größere öffentliche Aufmerksamkeit genieße und eine deutlich höhere Anzahl von Mitgliedern habe, sei keine ungleiche Bewertung gerechtfertigt.

Nach einem von PKK-Führer Abdullah Öcalan Mitte der 90er Jahre verkündeten Gewaltverzicht in Deutschland wurden Führungskader der Organisation nicht mehr als »Terroristen«, sondern nur noch als Mitglieder einer »kriminellen Vereinigung« verfolgt, denen etwa Schleuseraktivitäten vorgeworfen wurden. Einfache Mitglieder wurden dagegen nach dem Vereinsgesetz zu Geldstrafen verurteilt. Nun empfiehlt der BGH, zukünftig auf eine solche auch in der »EU-Terrorliste« nicht vorgesehene Differenzierung zwischen Kadern und Mitgliedern zu verzichten. Durch eine konsequente Anwendung des Paragraphen 129b könnten dann in Deutschland im Rahmen von Kulturvereinen legal tätige Aktivisten wegen Guerillaaktionen der PKK in Kurdistan als »Terroristen« angeklagt werden.

Die Entscheidung über die Anwendung des Paragraphen 129b liegt nun beim Bundesjustizministerium, das eine Verfolgungsermächtigung geben muß. Dabei dürften neben politischen auch praktische Erwägungen eine Rolle spielen. Die in der Logik des Karlsruher Urteils liegende Repression von laut Verfassungsschutz 11500 PKK-Mitgliedern in Deutschland würde wohl zum Zusammenbruch des Justizsystems führen.

Die Karlsruher Entscheidung trage »dazu bei, jeden Keim in Richtung Lösung der kurdischen Frage zu ersticken und das destruktive Vorgehen der Türkei gegen die kurdische Bevölkerung zu stärken«, kritisierte am Dienstag eine Sprecherin des »Rechtshilfefonds für Kurden – Azadi« in Düsseldorf.

Kurdische Vereine und sozialistische Gruppierungen aus Berlin wollten am Dienstag gegen die grenzübergreifende Verfolgung der kurdischen Bewegung protestieren. So waren in der SPD/Linke-regierten Hauptstadt in den vergangenen Wochen gleich zwei kurdische Kulturfestivals verboten worden. Angesichts eines vor dem Mesopotamischen Bildungszentrum am Halleschen Tor aufmarschierten Großaufgebots der Polizei und schikanösen Auflagen verzichteten die Veranstalter auf den Protestmarsch. Aus ihrer Sicht hätten die rund 150 Demonstranten ihrem Anliegen unter diesen Bedingungen keinen Ausdruck verleihen können. Die Auflagen sahen unter anderem vor, pro 60 Demonstranten lediglich ein Bild von Abdullah Öcalan zu zeigen.

jW, 28.1., ISKU

Proteste gegen Hinrichtungswelle

Jedoch habe ich auf gar keinen Fall irgendein Geständnis abgelegt.

Meine Familie befand sich aufgrund meiner Situation in Besorgnis. Die staatlichen Kräfte wollten aufgrund meiner Verhandlung meine Familie in einen Zustand von Angst und Schrecken versetzen. Mein Vater hat bei Leitung des Geheimdienstes in Urmiye beantragt, die Resultate meiner Beschwerdeanträge und meinen aktuellen Aktenstand zu offenbaren. Meinem Vater wurden falsche und widersprüchliche Antworten erteilt. Um herauszufinden wie der aktuelle Stand meiner Beschwerdeanträge ist, ging mein Vater zur Geheimdienststelle und erlitt aufgrund der anstehenden Hinrichtungen und der enormen Besorgnis einen Schlaganfall vor der Geheimdienststelle und starb. Der Tod meines Vaters ist ein weiteres Verbrechen der Islamischen Republik Iran. Sie haben meiner Familie einen heftigen Schlag verpasst.

Nach dem Tod meines Vaters haben die Verantwortlichen anstatt ihr Mitleid auszusprechen mich ins Qezwin-Gefängnis gebracht. Als ich ins Qezwin-Gefängnis gebracht wurde, wusste ich nichts von dem Tod meines Vaters. Mehr als hundert Stunden waren meine Hände, Füße und Augen verbunden. Mir wurde gesagt, dass nichts Außergewöhnliches passiere, sondern sich nur mein Standort ändern würde. In was für einem Zustand sich der Sohn befindet, dessen Vater sich um die Ergebnisse seiner Beschwerdeanklage bemüht und währenddessen einen Schlaganfall erleidet, muss sich jeder selbst vorstellen.

Der iranische Staat, die Staatsanwaltschaft und das Gericht diffamieren mich als Feind Gottes. Dies ist auch der Grund für die Urteilsfindung. Als ich festgenommen wurde, war ich unbewaffnet, da ich sowieso politisch aktiv bin, und auch aufgrund dessen festgenommen wurde. Zweitens; habe ich nie an einer bewaffneten Aktion gegen den iranischen Staat teilgenommen. Ich saß in Kirmanschan im NBI 8 Monate in Einzelhaft. In Urmiye war ich in der El Mehdi Geheimdienstbehörde schwersten physischen und psychischen Folterungen ausgesetzt.

Während dieser erlittenen Folter, den unmenschlichen Behandlungen in den 8 Monaten dachte ich zweimal darüber nach mir das Leben zu nehmen. Ich habe so viel Folter erleiden müssen, dass mir der Tod attraktiver als das Leben erschien. Ich vermute, dass es nicht so oft vorkam, dass ein Mensch ganze 8 Monate in Isolationshaft gehalten wird, ununterbrochen gefoltert wird und ihm der Kontakt zu seiner Familie verwehrt bleibt und keine Informationen über die Familie und die Außenwelt zu erhalten.

Nunmehr ist es augenscheinlich gewesen, dass ich hingerichtet werde. Sogar in meinen letzten Tagen wollen sie nicht, dass ich über meinen Gesundheitszustand berichte und die mir widerfahrene Folter offen artikuliere, sie versuchen es zu verhindern.

Unter diesem Druck und des Isolationszustand appelliere ich an alle internationalen Organisationen, Menschenrechtsvereine und im Besonderen an diejenigen, welche sich für die Recht von Gefangenen einsetzen. Teilt die unterdrückte Stimme der Gefangen der iranischen Gefängnisse der Menschheit mit.

Unsere Forderungen; 1. Ein gerechtes und unparteiisches Gerichtsverfahren. 2. Unsere Akten nochmals zu behandeln und die durchgeführte Folter anzuprangern. *(ANF, 19./27.1., KI, 26.1., ISKU)*

Seine Anklageschrift begründet Staatsanwalt Hasan Ali Aydın die Anschuldigungen mit dem Rufen von Parolen anlässlich einer Pressekonferenz zu Aydemirs Anhörung am 21. Januar 2010. Einige der gerufenen Parolen waren „Kriegsdienstverweigerer für den Frieden“, „Niemand wird als Soldat geboren“ und Freiheit für Enver Aydemir“. *(ANF, 25.1., ISKU)*

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
KI	kurdish-info.eu
jW	junge Welt

Termine

TATORT Kurdistan Hamburg lädt ein:
Lesung aus dem Buch *Jenseits von Staat, Macht und Gewalt* von Abdullah Öcalan
mit Reimar Heider, Übersetzer und Mitarbeiter der *Internationalen Initiative – Freiheit für Öcalan* und Prof. Dr. Norman Paech, Völkerrechtler

Dieses Buch ist die bisher ausführlichste Darstellung von Philosophie und Politik der PKK und der kurdischen Befreiungsbewegung aus der Feder ihres wichtigsten politischen Repräsentanten.
Öcalans Vision einer kommunal organisierten demokratisch-ökologischen Gesellschaft gab der kurdischen Bewegung wichtige Impulse und bietet Anregungen für die globale Debatte um einen neuen Sozialismus. Sein Plädoyer gegen staatliche Gewaltverhältnisse und Krieg und Gewalt zur Durchsetzung von Machtinteressen bildet ihr theoretisches Fundament. Die Prinzipien des demokratischen Konföderalismus und der demokratischen Autonomie werden hier erstmals ausformuliert. (Internationale Initiative, www.freedom-for-ocalan)

Uni Hamburg
Esa Ost – Raum 221
Edmund-Siemers-Allee 1
Hamburg (S-Bahn Dammtor)
14.2.2011, Beginn 18:30 Uhr

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 501
4. Februar 2011

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Türkei bereitet sich auf Krieg vor

Die türkische Regierung bereitet sich auf umfangreiche Militäroperationen gegen die kurdische Guerilla vor und ignoriert damit den einseitigen Waffenstillstand, den die PKK am 13. August erklärt hatte. Die Türkei richtet hunderte neuer Armeestützpunkte in der kurdischen Region ein und bereitet sich darauf vor, 116 neue Kampfflieger und Kampfhubschrauber zu kaufen.
Das AKP Militärbudget beträgt 20 Billionen Dollar. Die AKP plant eine professionelle Armee aufzubauen, welche an der türkisch iranischen Grenze eingesetzt werden soll, wo zurzeit die meisten Gefechte zwischen der türkischen Armee und der Guerilla stattfinden.
10 Billionen Dollar sollen für eine neue Generation von Kampfjets, weitere vier Billionen für Armeehelikopter ausgegeben werden.
F35 sollen die jetzigen F16 ab 2014 ablösen, die gegen die Guerilla eingesetzt werden.
Die israelische Tageszeitung Haaretz berichtet, dass die Türkei mit italienischen und US Firmen über neue Kampfhubschrauber verhandelt.
Auch für neue Militärstationen gibt es Pläne. 2009 veröffentlichte die Türkei Pläne, neue Stützpunkte in Êlîh (Batman), Çewlik (Bingöl), Amed (Diyarbakır), Colemêrg (Hakkari), Şirnex (Şırnak), Sert (Siirt), Mûş, Erzirom (Erzurum), Qers (Kars), Dersim und Riha (Urfa) zu errichten, die meisten davon in der Grenzregion.
650 Millionen Dollar sind für die Modernisierung von Armeeposten vorgesehen.
In einer Armeeerklärung heißt es, die neue Armee bestehe aus 10.000 Soldaten und soll schrittweise auf 50.000 aufgestockt werden. Der Sold der Soldaten betrage 2.500 YTL (1.700 USD). *(ANF, 2.2., ISKU)*

US-Depeschen belegen Verhandlungen und Amnestie-Pläne der Regierung

Die Türkei leugnet weiter Gespräche mit der PKK

Am Montag wiederholte der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu in Straßburg einmal mehr eine Standardphrase der türkischen Politik gegenüber der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK): „Es kann keinen Dialog mit Terroristen geben."
Es kommt aber offenbar darauf an, wie man "Dialog" definiert. Denn aus geheimen Dokumenten, die der "Welt" vorliegen, geht hervor, dass die Führung in Ankara hinter den Kulissen durchaus mit den militanten Kurden sprach. Das belegt eine bisher unveröffentlichte Depesche der US-Botschaft in Bagdad vom 13. März 2008. Darin wird berichtet, dass "TNIO chief Taner", also der damalige Chef des türkischen Geheimdienstes MIT, Emre Taner, von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan persönlich entsandt wurde, um mit der PKK zu sprechen. Hintergrund war der Besuch des irakischen Staatspräsidenten und Kurdenführers Dschalal Talabani kurz zuvor in Ankara. Die damals als "historisch" gefeierte Visite wurde, so geht aus einer Reihe von Depeschen hervor, monatelang vorbereitet; das Vorhaben geriet in Schwierigkeiten, als die türkische Armee im Dezember 2007 eine Offensive gegen die PKK startete und Talabani erklärte, er könne nicht in die Türkei reisen, während türkische Einheiten offensive Aktionen auf irakisch-kurdischem Gebiet durchführten.
Schon im Februar hatte Talabani die Amerikaner gemahnt, für den Besuch sei eine "sehr gute Vorbereitung" nötig und um Hilfe gebeten. Weil einige Themen sehr sensibel seien, etwa "Kirkuk, PKK, Iran", müsse es bei den Gesprächen eine "verdeckte Ebene" geben.
Als der Besuch im März tatsächlich stattfindet, gibt es neben offiziellen Gesprächen zwischen Talabani und dem türkischen Staatspräsidenten Abdullah Gül sowie mit Ministerpräsident Erdogan, auch ein vertrauliches Gespräch der drei Politiker zusammen - so berichtet Talabani nach seiner Rückkehr dem US-Botschafter in Bagdad, Ryan Crocker. Er habe Erdogan gesagt, "dass Ankaras Timing, TNIO-Chef Taner zu schicken, um mit der PKK zu sprechen, unmittelbar vor der Offensive vom 16. März, die KRG vor große Probleme gestellt habe".
Im Klartext: Ankara hat seinen Geheimdienstchef offenbar im Dezember 2007 ins autonome irakische Kurdengebiet geschikkt (KRG bezeichnet die kurdische Regionalregierung im Irak), um mit der PKK zu sprechen, und kurz darauf griff die Türkei die PKK im Nordirak massiv an - was die KRG wohl deswegen vor Probleme stellte, weil sie das Gespräch vermittelt hatte, und nun des Verrats verdächtigt wurde. Erdogan, so Talabani, habe, darauf angesprochen, "dem türkischen Generalstab die Schuld gegeben" - mit anderen Worten: die Regierung genehmigte die Offensive offenbar wider Willen unter dem Druck der Armee. Der Premier habe hinzugefügt, dass Taners Mission "auf Erdogans persönlichen Befehl erfolgte".
Zur "verdeckten Ebene" des Staatsbesuches wird auch ein "privates" Treffen zwischen Talabani und Taner gezählt haben, bei dem es um ein mögliches weiteres Treffen Taners mit der PKK ging: "Taner will sich mit der PKK-Führung in den Bergen treffen", erzählt Talabani Crocker später. Er habe erwidert, er sei unsicher, ob die "Feldkommandeure" der PKK dem zustimmen würden (vielleicht aus Sorge, dass ihre Stellungen ausspioniert würden). Taner habe daraufhin vorgeschlagen, er könne sich auch mit der europäischen Führung der PKK treffen.
Eine Lösung des PKK-Konflikts ist von der Frage abhängig, ob die Türkei bereit ist, eine volle Amnestie zu gewähren. Das ist ein Tabuthema in der türkischen Politik, und die Regierung hat stets dementiert, dass dies zum Bereich des Denkbaren gehöre. Aus den Depeschen wird jedoch deutlich, dass sowohl Präsident Gül als auch, mit Einschränkungen, Erdogan für eine Amnestie

→

Meldungen

Türkischer Staatspräsident lässt Dink-Mord untersuchen
Vier Jahre nach der Ermordung des Journalisten Hrant Dink durch türkische Nationalisten hat sich Staatspräsident Abdullah Gül in die schleppenenden Ermittlungen zu den Hintergründen der Tat eingeschaltet. Auf Anweisung von Gül nahmen Inspektoren der Präsidialamts-Untersuchungskommission DDK Ermittlungen auf, wie die Zeitung "Aksam" am Dienstag berichtete. Die Inspektoren sollen dem Verdacht nachgehen, dass Mitglieder der Sicherheitskräfte in das Mordkomplott verwickelt waren. *(AFP, 1.2., ISKU)*

Selbstmorde im Militär
Das unabhängige Kommunikationsnetzwerk Bianet berichtete am 1.2.2011 von einer parlamentarischen Anfrage der BDP-Abgeordneten Fatma Kurtalan aus der Provinz Wan an den Verteidigungsminister Vecdi Gönül. Die Anfrage war am 12.11.2010 gestellt worden. Nun antwortete das Verteidigungsministerium, dass in den letzten 5 Jahren insgesamt 408 Soldaten sich das Leben genommen haben. Es sei aber eine Abnahme zu verzeichnen. Es seien psycho-soziale Tests eingeführt worden. Außerdem würden Suizid gefährdete Soldaten nicht zu Wachen mit einer Waffe eingeteilt werden.
(tf, 1.2., ISKU)

IHD: Türkische Armee zündete 2010 76 Wälder an
Die Menschenrechtsorganisation IHD berichtet, dass die türkische Armee für Waldbrände auf tausenden Hektar verantwortlich sei. Dabei sei auch ein kurdischer Dorfbewohner ums Leben gekommen. Wie der IHD berichtet, sind vor allem die Regionen Dersim und Şirnex betroffen gewesen. Zwischen Juli und August wurden 76 Brände gemeldet, im gesamten Jahr 2010 98, davon 30 in Şirnex und 28 in Dersim. Der kurdische Dorfbewohner Cangir Ustun (69) wurde bei einem Waldbrand getötet, den die türkische Armee im August in Şirnex gelegt hatte, zwei weitere Personen waren bei dem Vorfall verletzt worden.
Drei kurdische Dörfer in der Provinz Êlîh wurden 2010 gewaltsam geräumt und von türkischen Soldaten angezündet.
(KI, 31.1., ISKU)

Aleppo: Sänger festgenommen
Mitglieder der syrischen Sicherheitsbehörden haben am 24. Januar 2011 den Sänger Abul-

Schweiz verwehrt Frankreich Rechtshilfe zu PKK-Ermittlungen

Das Bundesstrafgericht verwehrt Frankreich Rechtshilfe zu Ermittlungen gegen Rekrutierer für die kurdische Arbeiterpartei (PKK). Laut den Richtern in Bellinzona wurde nicht ausreichend dargelegt, inwiefern die PKK eine Terror-Organisation sein soll.
Frankreich führt gegen eine heute 21-Jährige Frau sowie gegen weitere Personen ein Strafverfahren wegen des Verdachts auf Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung und der Vorbereitung terroristischer Handlungen. Die junge Frau soll, so die Anklage, als 19-Jährige von der PKK entführt und in ein Ausbildungslager gebracht worden sein.

Sie soll heute selber als Rekrutiererin für die PKK tätig sein. 2008 ersuchte Frankreich die Schweiz um Angaben zu einem Mann, der mit der Frau in Verbindung gestanden haben soll. Dieser sei 2008 in der Schweiz verhaftet worden. Er soll in die Organisation von Jugendcamps für Kurden in der Schweiz und Europa verwickelt sein.
Die Bundesanwaltschaft ordnete im vergangenen März die Herausgabe von Foto- und Videomaterial an, das auf dem Mobiltelefon und dem MP3-Player des Mannes gefunden worden war. Das Bundesstrafgericht hat die Beschwerde des Betroffenen nun gutgeheissen und die Rechtshilfe zumindest vorerst verwehrt.
Gemäss dem Urteil der Richter in Bellinzona ist das Rechtshilfe- Erfordernis der beidseitigen Strafbarkeit nicht erfüllt. Zunächst werde im Ersuchen nicht in ausreichender Weise dargelegt, inwiefern es sich bei der PKK um eine kriminelle Organisation nach Schweizer Recht handeln solle.

PKK auf EU-Terrorliste
Insbesondere enthalte das Gesuch keine Angaben zu Aufbau und Strukturen der PKK sowie zu deren Geheimhaltungsvorkehren. Die PKK gelte in der Schweiz nicht per se als kriminelle Organisation. Dass die PKK in der EU als terroristische Organisation gelte und seit 2002 auf der EU-Terrorliste stehe, genüge nicht.
Auch die Angaben zur angeblichen Entführung der jungen Frau seien zu wenig konkret. Es gebe keine Anhaltspunkte dafür, dass die Betroffene nicht freiwillig ins Ausbildungslager gegangen sei. Es seien zudem keine Hinweise vorhanden, dass die damals 19-Jährige urteilsoder widerstandsunfähig gewesen wäre.
Gemäss dem Urteil steht es Frankreich allerdings frei, mit einem neuen, ergänzten Rechtshilfeersuchen den Vorwurf der kriminellen Organisation gegenüber der PKK genauer darzulegen. Gegen das Urteil kann noch Beschwerde beim Bundesgericht erhoben werden.
(Urteil RR.2010.92 vom 19.1.2011)

(NZZ, 31.1., ISKU)

Ilisu-Staudamm: Etappensieg

Am 26. Januar 2011 hat das Verwaltungsgericht von Amed (Diyarbakiır) im Verfahren des Ilisu-Staudamms, das 2003 eröffnet wurde, beschlossen, mittels eines Expertenteams neue Untersuchungen durchzuführen. Die vom Rechtanwalt Murat Cano geführte Klage hat erreicht, dass mit diesem Beschluss die Möglichkeit gewahrt wird, das Ilisu-Staudamm-Projekt in der jetzigen Form durch einen Gerichtsbeschluss zu stoppen. Für das Expertenteam wird allerdings 6000 Euro vom Kläger verlangt, was angesichts anderer schon getätigten Ausgaben nicht unerheblich ist. Deshalb haben die Initiative zur Rettung von Hasankeyf und andere entschieden, finanziell hierfür aufzukommen.

Initiative zur Rettung von Hasankeyf, 2.2.2010

Die Türkei leugnet weiter Gespräche mit der PKK (Fortsetzung)

sind. Zumindest soll Gül, laut Talabani, zugestimmt haben, dass es eine "nationale Amnestie" für die PKK geben müsse, aber hinzugefügt: "andere sehen es anders". Auch Erdogan habe "Unterstützung für eine Amnestie für einige PKK-Mitglieder" bekundet und gesagt, "alle politischen Maßnahmen sind auf dem Tisch, wenn nur die PKK ihre Waffen niederlegt",
In den türkischen Medien ist öfter über indirekte Kanäle Taners zur PKK berichtet worden. Aber im vergangenen Sommer zitierte die nationalistische Oppositionspartei MHP den inhaftierten PKK-Chef Abdullah Öcalan mit den Worten, man habe viermal mit der Regierung verhandelt, doch Zusagen seien nie eingehalten worden. Darauf reagierte Erdogan im August 2010 höchst vehement: "Diejenigen, die so unehrenhaft sind, sagen zu können, dass wir viermal mit denen zusammen saßen, ... werden überall dafür zahlen müssen. Wir als die AKP Regierung, ... haben ... niemals mit der Terrororganisation an einem Tisch gesessen." Politiker formulieren raffiniert: "Als Regierung" saß die AKP gewiss nicht mit der PKK an einem Tisch, aber wenn Talabani nicht gelogen hat, dann gab es direkte Gespräche auf Befehl Erdogans. Verständlich ist das: Gespräche und eine Amnestie sind Voraussetzungen, um das Kurdenproblem zu lösen. Aber in den jüngsten Depeschen, sie stammen aus dem Februar 2010, ist von einem türkischen Plan die Rede, die PKK-Führung gezielt "auszuschalten", bevor die Amerikaner den Irak ganz verlassen, also wohl bis 2011. Kurdenführer Massud Barzani soll dabei helfen und "zehnfach belohnt" werden. Es ist der türkische Außenminister Davutoglu, der dem US-General Raymond Odierno diesen Vorschlag eines "kalendarisierten Aktionsplans" unterbreitet. In einer Depesche der US-Botschaft in Ankara vom 17. Februar 2010 wird berichtet, dass Odierno einverstanden sei und helfen will, den Plan auszuarbeiten. Es geht nicht um eine militärische Lösung: Die PKK-Führer sollen per Haftbefehl der Kurden-Regierung dingfest gemacht oder amnestiert werden, wenn sie freiwillig aufgeben - aber nur von den Kurden. So wäre das Problem einer türkischen Amnestie umschifft. Der türkische Innenminister Besir Atalay wird mit den Worten zitiert, seine Regierung erwäge, einen solchen Schritt zu unterstützen. Man müsse auf allen Ebenen den Druck auf die PKK erhöhen und zugleich Anreize schaffen, den Kampf aufzugeben.

(DW, 28.1., ISKU)

rahman Muhammad Umar, alias Bave Salah, in dessen Wohnung in Aleppo festgenommen. Der Grund der Festnahme und der Ort, an dem sich Bave Salah befindet, sind noch unbekannt.
(KW, 27.1., ISKU)

Tausende marschieren zum Massengrab
Tausende Menschen aus Wan, Amed, Mûş, Êlîh und Sert machten sich am Mittwoch auf den Weg nach Bitlis Minki in einem Konvoi von hunderten Fahrzeugen, um zur Müllhalde von Mutki zu fahren. Dort fanden Grabungen statt. Unter der Aufsicht des MEYA-DER wurden Knochen von 18 Personen gefunden. Tausende, regionale Abgeordnete der BDP, Friedensmütter, TUHAY-DER, GÖÇ-DER, İHD und VertreterInnen der Zivilgesellschaft waren nach Bitlis gekommen. Umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen wurden getroffen. *(ANF, 2.2., ISKU)*

Vergeltungsschlag der HRK
Aufgrund der Hinrichtung des kurdischen Gefangenen Xizri Hussein, hat die HRK (Hêzên Rojhilata Kurdistan, militärischer Arm der PJAK) in der ostkurdischen Stadt Urmia ein Militärfahrzeug angegriffen. Bei der Aktion wurden zwei Mitglieder der iranischen Revolutionsgarden getötet und drei verletzt.
(ANF, 3.2., ISKU)

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
tf	tuerkeiforum.net
KI	kurdishinfo.eu
KW	Kurdwatch
DW	Die Welt
NZZ	Neue Zürcher Zeitung

Neuerscheinung

Kongress für eine demokratische Gesellschaft (DTK):
Vorlage eines Modellentwurfs für ein Demokratisches Autonomes Kurdistan
mit einem Vorwort von Prof. Dr. Norman Paech, Januar 2011
Das Konzept „Demokratische Autonomie" versteht sich als ein Vorschlag zur Demokratisierung der gesamten Türkei.
Als PDF ist der Entwurf auf der Internetseite der ISKU zu finden.

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 502
11. Februar 2011

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Demonstration in Straßburg am 12. Februar

12. Jahrestag der Entführung Abdullah Öcalans

Dem 12. Jahrestag des internationalen Komplotts gegen den PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan wird mit einer großen Demonstration gedacht werden. Tausende in Europa lebende Menschen bereiten sich darauf vor, am 12. Februar in Straßburg gegen das Komplott zu protestieren. Es ist der 12. „Schwarze Tag", der jedes Jahr anlässlich der Entführung Öcalans am 15. Februar 1999 organisiert wird.
Die Vorbereitungen für die Veranstaltung, die unter dem Motto: „Freiheit für Öcalan, Frieden in Kurdistan, Wir grüßen die Demokratische Autonomie" steht und von der Assoziation kurdischer Vereine in Frankreich (FEYKA) organisiert wird, sind in der Endphase.
Tausende in Europa lebende KurdInnen und ihre UnterstützerInnen seien zu der Demonstration aufgerufen, so Veli Tekin im Namen der FEYKA-Leitung und des Vorbereitungskomitees für die Demonstration.
Die DemonstrantInnen werden sich am Samstag ab 8 Uhr vor dem Straßburger Hauptbahnhof versammeln. Alle notwendigen Genehmigungen für die Demonstration und die anschließende Kundgebung liegen bereits vor.
Die Demonstration wird um 11 Uhr beginnen und zur Rue Vanneux/Place de Meinau führen. Auf der anschließenden Kundgebung werden als Zeichen des Protests Frauen in kurdischer Kleidung auftreten und Männer schwarze Kleidung tragen.
Der Co-Vorsitzende der BDP Selahattin Demirtaş wird an der für 13 Uhr geplanten Abschlußkundgebung teilnehmen Ebenso wird die Teilnahme zahlreicher Abgeordneter des Europaparlaments erwartet. *(KI, 7.2., ISKU)*

Gespräche zwischen Öcalan und dem Staat

Nach ihrer Konsultation mit Abdullah Öcalan beantwortete die Anwältin Aysel Tuğluk Fragen der Presse zu dem Besuch auf der Imralı-Gefängnisinsel. Auf die Frage eines Reporters, wann denn die letzten Gespräche zwischen Öcalan und den Staatsbediensteten stattgefunden haben, antwortete Tuğluk, dass diese in der letzte Woche stattfanden. Tuğluk dazu: „ Ich denke nicht, dass Öcalan pessimistisch ist. Allerdings ist er besorgt, weil es unklar ist, wie die Staatsseite auf diesen Prozess reagieren wird. Er selbst ist bereit, seine Rolle zu übernehmen, allerdings sind hierfür Änderungen seiner Umstände notwendig."
Nachdem Öcalan zuvor erklärte, dass er sich zurückziehen werde, falls bis März keine positiven Entwicklungen zu erkennen seien, war das Medieninteresse für die Konsultation groß. Neben Aysel Tuğluk nahmen auch Öcalans Anwälte Mizgin Irgat und Cengiz Cicek anden Konsultationen teil.
Tuğluk erklärte, dass dieser Monat entscheidend dafür sei, ob der Prozess bis zu den Wahlen im Juni anhalten werde, oder ob dieser ins Stocken geraten wird. Öcalan selbst habe dazu gesagt, dass man von ihm erwarte, dass er in einem leeren Pool anfange zu schwimmen. Dies sei aber nicht möglich, denn um zu schwimmen, müsse der Pool mit Wasser gefüllt werden.
Öcalan habe auch erklärt, dass er nicht grundlegend pessimistisch sei. Es gäbe ein Fundament für eine Lösung, allerdings sei fragwürdig, wie sehr Staat und Regierung dieses nutzen werden. *(ANF, 2.2., ISKU)*

Familien der Verschwundenen verlangen Wahrheitskommission

Die Verwandten von Verschwundenen, die sich mit Erdogan in Dolmabahçe getroffen hatten, übergaben ihm ein Papier, sie erklärten: „Wir verlangen eine Wahrheitsfindungskommission, aber wir haben keine konkreten Zusagen erhalten. Das Treffen der Angehörigen mit Erdogan dauerte etwa zwei Stunden. Erdogan machte sich Notizen, aber kommentierte das Treffen in keiner Weise.
Die Angehörigen sagten sie hätten keine große Hoffnung.
Auf Nachfrage von JournalistInnen nach dem Treffen erklärte der IHD Vorsitzende von Istanbul, Abdulbaki Boğa, dass man ein spezielles Gesetz fordere, um diese Kommission zu bilden.
Boğa erklärte, Erdogan habe lediglich gesagt: „Wir wissen, dass das, was passiert ist, ein Problem der Menschlichkeit ist, wir definieren es so. Es handelt sich auch um ein Problem der Regierung," anstatt konkrete Schritte anzusprechen. Boğa erklärte: „Wir haben unsere Forderungen übergeben, aber es sieht so aus, als wenn die Thematik erst nach den Wahlen angegangen wird."
Boğa erinnerte an die Worte der 103jährigen Berfo Kırbayır, die an dem Treffen teilgenommen hatte. „Es gibt keine Macht, keine Regierung, und keine Organisation, die ausreicht, um die Schmerzen der Mutter Berfo zu heilen. Das Vertrauen ist beschädigt, wir wollen konkrete Schritte, was sollen wir einer Mutter sagen, deren Kinder vor 30 Jahren verschwunden sind?"
Berfo Kırbayırn sagte: "Ich habe mein Kind aufgezogen, aber es hat noch nicht einmal ein Grab." *(ANF, 6.2., ISKU)*

Meldungen

Militäroperation in Farqîn
In der Nähe der Dörfer Hecî Çerkez und Zîvektirk in der Provinz Farqîn (Amed) hat eine Militäroperation begonnen. Zahlreiche Militärfahrzeuge und Soldaten wurden in die Umgebung verlegt. *(ANF, 9.1., ISKU)*

Explosion in Kirkuk: 13 Tote, 78 Verletzte
In der Bagdadstraße in der Nähe des Büros der KDP in Kirkuk gab es am Morgen gegen drei Uhr eine Explosion. Zwei Fahrzeuge mit Sprengstoff waren explodiert, ebenso eine Mine. 13 Personen wurden getötet, 78 verletzt. *(ANF, 9.1., ISKU)*

DÖKH eröffnet ihren Rat in Sure
Die Freie Frauenbewegung hat im Rahmen der Demokratischen Autonomie ihre Ratsgründung in Sure erklärt. Die Konferenz fand im Mahsum Karaoglan Saal des Rathauses von Sure statt. Die Konferenz begann mit einer Schweigeminute der 135 Delegierten und Mitgliedern von Frauenorganisationen. 11 Frauen wurden für die Leitung gewählt. 25 Delegierte wurden für den Rat der Frauen von Amed gewählt, der in den nächsten Monaten stattfinden wird. *(ANF, 9.1., ISKU)*

Ermittlungsverfahren gegen hohe türkische Beamte wegen Dink-Mordes
Mehr als vier Jahre nach der Ermordung des armenischstämmigen Journalisten Hrant Dink haben die türkischen Behörden Ermittlungen gegen mehr als zwei Dutzend hohe Beamte eingeleitet. Der Ex-Gouverneur von Istanbul, Muammer Güler, sowie der frühere Polizeichef der Stadt, Celalettin Cerrah, sind nach Fernsehberichten unter 28 Beamten, die von der Staatsanwaltschaft verhört werden sollen. Die neuen Ermittlungen gehen auf eine Eingabe der Anwälte der Familie Dinks bei der Istanbuler Staatsanwaltschaft zurück.
Trotz vieler Hinweise darauf, dass Mitglieder der Sicherheitskräfte von dem Mordkomplott gegen Dink wussten oder möglicherweise sogar aktiv daran beteiligt waren, lehnten die türkischen Behörden bisher eine Untersuchung dieser mutmaßlichen Hintergründe ab; nur die unmittelbar Tatbeteiligten stehen vor Gericht. Im vergangenen Jahr urteilte das Europäische Menschenrechtsgericht, der türkische Staat habe Dink zuerst nicht geschützt und nach der Tat

Baskisch-kurdisch-irische Friedenskonferenz in Venedig

Das Friedenszentrum der Stadt Venedig wird am 11. und 12. Februar 2011 eine Konferenz zu Friedensprozessen und Konfliktlösung veranstalten. Es handelt sich um eine Art Nachfolgekonferenz einer Veranstaltung vom November 2009, auf der VertreterInnen der (seit 2002 in Spanien verbotenen) Unabhängigen Baskischen Linken, der (seit September 2009 verbotenen) kurdischen DTP und der irischen Sinn Fein über Lösungswege für die Konflikte in den betroffenen Ländern diskutiert hatten.
Unter den zahlreichen kurdischen VertreterInnen auf der Konferenz werden der Vize-Präsident der DTP, Demir Celik und der Bürgermeister von Şemzînan (Şemdinli), Sedato Tore sein. Der Bürgermeister von Amed (Diyarbakir), Osman Baydemir, wird auf Grund eines gegen ihn verhängten Ausreiseverbots nicht teilnehmen können. Er übersandte jedoch eine Videobotschaft, die am Samstag gezeigt werden wird. Auf baskischer Seite werden unter anderem der Rechtsanwalt Jone Goirizelaia, die Bürgermeisterin von Hernani, Marian Beitialarrangoitia und der frühere Bürgermeister von Pasajes, Juan Carlos Alduntzin, der Mitglied der kürzlich gegründeten Vereinigung baskischer Stadtverwaltungen ist, teilnehmen. Im Namen von Sinn Fein wird Alex Maskey sprechen. Maskey ist ehemaliger Bürgermeister von Belfast und Mitglied des Nordirischen Parlaments. Unmittelbar vor der Konferenz bereist Maskey das Baskenland, um den dortigen Prozess zu unterstützen. Als Vertreter des Europaparlaments wird Jürgen Klute von der Fraktion Die Linke teilnehmen.
Die Stadt Venedig hatte die Konferenz 2009 ausgehend von ihrer traditionellen Rolle als Unterstützerin von Dialog- und Verständigungsprozessen veranstaltet. Unter Anerkennung der eigenen Charakteristiken der jeweiligen Konflikte hatte die Konferenz 2009 die Erkenntnis gebracht, das der irische Friedensprozess eine beispielhafte Rolle für die anderen Konflikte einnimmt, da dort die Grundlage für eine Einigung sehr verschiedener „politischer Projekte" auf der Basis von ausschließlich politischen Diskussion gelegt wurde, die die Gewalt von der politischen Bühne verdrängt hat.
2009 hatte die Baskische Unabhängige Linke zeitgleich in Venedig und im Baskenland ihre politische Entscheidung (in dem Dokument „Steh auf, Baskenland" (Zutik Euskal Herria)) bekanntgegeben, bei der Suche nach einem gerechten und andauernden Frieden ausschließlich auf einen demokratischen gewaltfreien Prozess zu setzen. Am 10. Januar diesen Jahres erklärte schließlich die ETA einen „dauerhaften, umfassenden und überprüfbaren Waffenstillstand". Die kurdische DTP hatte in Venedig die Grundlagen des heute als „Demokratische Autonomie" bekannten Projektes präsentiert. Die PKK hält noch immer einen einseitigen Waffenstillstand aufrecht, um die Bedingungen für einen Dialog zu schaffen.
Auf der zweiten Konferenz soll auf der einen Seite die derzeitige Situation der 2009 vorgestellten politischen Projekte diskutiert werden. Auf der anderen Seite sollen die konkreten Erfahrungen aus dem Baskenland, Irland und den kurdischen Gebieten der Türkei beim Aufbau von Verwaltungsstrukturen präsentiert und diskutiert werden.

(ANF, 7.2., ISKU)

Freispruch für Pinar Selek

Am Mittwoch wurde die im deutschen Exil lebende türkische Soziologin Pinar Selek freigesprochen. Selek wurde vorgeworfen, 1997 im Istanbuler Gewürzbasar eine Bombe gelegt und dabei sieben Menschen getötet zu haben. Sie war zweimal von diesem Vorwurf freigesprochen worden. Das oberste Berufungsgericht hatte diese Freisprüche aber kassiert und an das zuständige Schwurgericht zurückverwiesen. Am Mittwoch hat nun das 12. Schwurgericht in Istanbul die Auffassung des vorangegangenen Schwurgerichts bestätigt und Pinar Selek erneut freigesprochen.
Günter Wallraff, einer der zahlreichen internationalen Beobachter des Prozesses in Istanbul, sagte: "Das "gesamte Verfahren ist ein Skandal. Es gibt keine Beweise gegen Pinar Selek, außer einer Aussage, die unter Folter zustande gekommen war und längst zurückgezogen wurde. Tatsächlich gehören diejenigen auf die Anklagebank, die seit 13 Jahren versuchen, Pinar Selek zu einer Terroristin zu stempeln."
Das Kuriose an dem Prozess ist, dass nicht einmal feststeht, ob es sich um ein Verbrechen handelt. Die Mehrzahl der Gutachter ist überzeugt, dass es sich bei der Explosion auf dem Gewürzmarkt nicht um eine Bombe gehandelt hat, sondern um einen Unfall. Dabei seien Gasflaschen in der Küche einer Pizzeria explodiert. Diese Auffassung machte sich auch das Schwurgericht zu eigen und sprach Selek erneut vom Vorwurf des siebenfachen Mordes frei.
Ins Räderwerk der Justiz war die damals 27 Jahre alte Soziologin Selek im Sommer 1998 durch ihr feministisches und antimilitaristisches Engagement geraten. Kurz nach der Explosion auf dem »Ägyptischen Basar« von Istanbul, bei der sieben Menschen getötet und 127 verwundet wurden, wurde sie verhaftet. Sie wurde aufgrund einer erfolterten Aussage eines ebenfalls verhafteten Jugendlichen beschuldigt, Mitglied der Arbeiterpartei Kurdistans PKK zu sein und sollte Namen ihrer Interviewpartner für ein wissenschaftliches Projekt zu den Ursachen des Kurdenkonfliktes nennen. Als sie sich weigerte, wurde sie unter Folter zur Unterzeichnung eines vorformulierten Geständnisses erpreßt, Bomben in einem von ihr mit aufgebauten Atelier für Straßenkinder versteckt zu haben. Erst aus dem Fernsehen erfuhr sie, daß ihr eine Beteiligung an einem Bombenanschlag auf den Basar vorgeworfen wurde.

Verhandlungen im Juni

Was bleibt, ist der Vorwurf der Mitgliedschaft in der kurdischen "Terror-Organisation" PKK, über den im Juni weiter verhandelt werden soll. Der Grund, warum Pinar Selek seit 13 Jahren so hartnäckig von der türkischen Justiz verfolgt wird, ist denn auch in ihrem vermeintlichen Engagement für die PKK zu suchen. Die Soziologin, die sich als Autorin für die Kurden, aber auch andere Minderheiten einsetzt, war in den Augen der Staatsschutzjustiz in den 90er Jahren eine führende PKK-Aktivistin. Dafür soll sie büßen.
Nicht nur internationale Menschenrechtsorganisationen und EU-Parlamentarier sind überzeugt, dass hier eine politisch missliebige Menschenrechtsaktivistin verfolgt wird. Auch in der türkischen Öffentlichkeit gilt das Verfahren als eines der letzten Relikte einer politischen Staatsschutzjustiz, die langsam abgewickelt wird. So waren nicht nur alle großen Fernsehanstalten vertreten, sondern auch Prominente wie der Schriftsteller Yasar Kemal, die sich mit Selek solidarisch erklärten.
Der Prozeß gegen drei weitere Angeklagte wurde auf den 22. Juni vertagt. Erst dann wird mit einem abschließenden Urteil gerechnet. *(taz/jW, 10.2., ISKU)*

eine gründliche Aufklärung des Verbrechens unterlassen. Der Richterspruch aus Straßburg bildete nun die Grundlage für die Eingabe der Dink-Anwälte bei der Istanbuler Staatsanwaltschaft.

(AFP, 7.2., ISKU)

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
jW	junge Welt
KI	kurdish-info.eu

Termine:

Film
Kick Off Kirkuk

Kurdisch & Arabisch mit deutschen Untertiteln; Irak/Japan 2009; Regie & Drehbuch: Shawat Amin Korki; mit Atuk Asu, Hamed Diyar; 81 Min.
Ein Fussballstadion ist kein Wohnort! Doch in „Kick Off" ist das anders: Im Stadion von Kirkuk, im kurdischen Norden Iraks, leben etwa 300 vertriebene, entwurzelte Familien in selbstgebastelten Provisorien. Unter Saddam Hussein mussten sie ihre Heimat verlassen und sind nun zurückgekehrt. Die Gegend ist unsicher, Terroristen verbreiten Angst und Gewalt. Der junge Asu hat sich im Stadion eingerichtet so gut es eben geht, und macht seinem jüngeren Bruder Mut, der ein Bein in einem Minenfeld verloren hat. Ihm zuliebe will Asu ein Fussballspiel im verrotteten Stadion organisieren – zwischen kurdischen und arabischen Anwohnern. Sogar ein ausländisches TV-Team interessiert sich dafür. Sein dicker Freund Sako ist sein hilfreicher und treuer Verbündeter. Und dann ist da noch die schöne Helin. Und das Moped. Es geht alles gut, bis... Ein ausserordentlicher Film über Freundschaft, Initiative und explosive Lebensumstände. Und, stellenweise sehr komisch auch, wenn ja eigentlich alles zum Verzweifeln ist.
Der Film wird im Februar in folgenden Städten gezeigt:
Berlin, Frankfurt/M., Dortmund, Freiburg, Hannover, Köln, Hamburg, Münster, Seelfeld, Nürnberg
Für Termine und Spielstätten siehe: *www.kickoff-film.de*

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 503
18. Februar 2011

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Karayilan: Wir werden über den einseitigen Waffenstillstand entscheiden

Der Vorsitzende der KCK, Murat Karayılan, sagte, dass die kurdische Bewegung eine endgültige Entscheidung über das Schicksal des einseitigen Waffenstillstandes treffen werde. In einem Interview mit ANF sagte Karayilan, es sei unwahrscheinlich, dass die türkische Regierung vertrauensbildende Schritte bis März unternehmen werde und man habe den aktuellen politischen Prozess nächste Woche erneut zu evaluieren.

Im letzten Dezember hatten die KCK und der kurdische Vertreter Abdullah Öcalan gesagt, der Waffenstillstand werde nicht ausgeweitet, wenn die türkische Seite es unterlasse, bestimmte Schritte zu unternehmen. Unter normalen Umständen sei der Waffenstillstand bis zu den allgemeinen Wahlen im Juni 2011 gültig.

Karayilan kritisierte die türkische Regierung, den Krieg zu provozieren, und sagte, dass es nun die letzte Chance der AKP sei, ihren guten Willen zu zeigen, was zu einer positiven Entwicklung führe. Er beschuldigte die Türkei. eine groß angelegte Militäroperation vorzubereiten, was sich an dem großen Budget für Militärausgaben zeige.

Zu den gefundenen Massengräbern sagte Karayilan, es werde keine friedliche Lösung geben, bis die Massengräber geöffnet seien und die Täter dieser Verbrechen vor Gericht stünden. Aber der türkische Staat und die AKP Regierung hätten keine Intentionen, die Verbrechen der Vergangenheit zu untersuchen und die kurdische Frage zu lösen, so Karayilan.

Zu Diskussionen über die Hizbullah sagte Karayilan, es habe keine Konflikte zwischen Hizbullah und der PKK in der Vergangenheit gegeben. Er sagte, die Hizbullah habe ZivilistInnen zum Ziel gehabt und sei eine staatsgesponserte Organisation gewesen. *(KI, 10.2., ISKU)*

469 Leichen in 114 Massengräbern

Der Menschenrechtsverein IHD geht laut einem Bericht davon aus, das seit 1989 in der gesamten Türkei 469 Leichen in 114 Massengräbern verscharrt wurden. Bislang seien 171 Leichname aus 26 Gräbern entdeckt und exhumiert worden.

Der Bericht wurde am 11. Februar auf einer Pressekonferenz in Amed (Diyarbakir) vorgestellt. Der Rechtsanwalt Reyhan Yalçındağ, Mitglied des IHD-Ehrenrats und Zeuge bei der Entdeckung einiger der Gräber, wies auf den drei Jahrzehnte andauernden Krieg und seine materiellen und psychischen Folgen für die Region hin.

„Die Türkei hat gegen jede Art nationaler und internationaler Regeln und Abkommen zur Kriegsführung verstoßen. Auch das „Internationale Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen“ der Vereinten Nationen ist von der Türkei während dieses Krieges verletzt worden. Sämtliche Akten zu den Verfahren bezüglich der Massengräber sind unter Verschluss. Auch diese Geheimhaltung verletzt Rechtsgrundsätze und hält Betroffene von der Wahrung ihrer Rechte ab“, so Yalçındağ, der daran die Frage anschloss, „ob die Regierung damit der Strafe für Verbrechen entgehen will, die von ihren eigenen Beamten begangen wurden“.

Der Journalist Günay Aslan hatte das Massengrab in Newala Qesaba entdeckt und konnte die Namen von 73 Menschen ermitteln, die in dieser Region begraben wurden. Unter ihnen ist auch Mahsum Korkmaz, eines der Gründungsmitglieder der PKK. Aslan wandte sich mit seinen Erkenntnissen an die Staatsanwaltschaft von Özalp und konnte die Öffnung eines Massengrabs durchsetzen. 1989 konnten dort acht Leichen geborgen werden.

Raci Bilici, Mitarbeiter des IHD in Amed, forderte die Regierung auf, eine DNA-Datenbank einzurichten, die die Identifizierung der menschlichen Überreste aus den Massengräbern erleichtern soll.

Neben Aslan berichtete vor kurzem auch Ekrem Bilek, ein ehemaliger Bürgermeister von Siirt, dass in den 90er Jahren acht Leichname aus einem Massengrab bei Newala Qesaba exhumiert wurden. „Schon bevor ich Bürgermeister von Siirt wurde, wurde in familiären Kreisen davon gesprochen, dass nahe der Mülldeponie von Newala Qesaba zahlreiche kurdische Menschen verscharrt würden. 1989 wurde ich dann zum Bürgermeister gewählt und ich hatte von nun an offizielle Beziehungen zur Gendarmerie. Ich konnte bezeugen, dass alle Gerüchte der Wahrheit entsprachen. Die Behörden lieferten zahlreiche unidentifizierte Tote bei der Stadtverwaltung ab und forderten uns auf, diese zu begraben. Diese Vorfälle lasteten schwer auf meinem Gewissen. Ich forderte die Staatsanwaltschaft von Siirt auf, die Gräber zu öffnen, was nach einiger Zeit auch geschah. Während der Ausgrabungen konnten acht Leichen entdeckt werden, deren Identifikation nicht mehr möglich war. Von den Behörden gab es keine Stellungnahme dazu. Die gefundenen Überreste wurden von uns auf dem Zewye-Friedhof bestattet. Jeder der Toten war von Kugeln durchsiebt.“

Die Frage der Massengräber ist ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gelangt, seit am 5. Januar die sterblichen Überreste von 12 PKK-Mitgliedern im Hinterhof einer Gendarmeriestation in Mutki entdeckt wurden. Nach Angaben von Familienangehörigen weiterer 36 „verschwundener“ PKK-Mitglieder sollen sich allein dort noch drei weitere Grabstätten befinden, die die Leichname ihrer vermutlich 1992, 1996 und 2003 getöteten Angehörigen enthalten.

Seit dieser Entdeckung wurden zahlreiche weitere Grabstätten gefunden, auch weil sich die Staatsanwaltschaften inzwischen verstärkt dieser Frage annehmen. Die Kurdinnen und Kurden in der Türkei befürchten allerdings, dass die Regierung es bei der Exhumierung der Getöteten belässt und keine Anstrengungen unternimmt, die Mörder zur Verantwortung zu ziehen. In zahlreichen Demonstrationen machen daher die Angehörigen der „Verschwundenen“, die sich in Organisationen wie MEYA-DER oder den Samstagsmüttern zusammengefunden haben und vom IHD und der BDP unterstützt werden, auf die Situation aufmerksam und fordern eine vollständige Aufklärung der Vorfälle. *(DIHA, 11.1., 5./9./11.2. 2011, ISKU)*

Meldungen

Auseinandersetzungen zum 15. Februar dauern an

Anläßlich des 12. Jahrestages der Verschleppung Abdullah Öcalans in die Türkei sind in der gesamten Türkei noch immer KurdInnen auf der Straße. Die Proteste waren bereits im Vorfeld von massiver Repression begleitet. So kam es zu zahlreichen großangelegten Razzien, bei denen eine bislang nicht überschaubare Zahl Menschen „präventiv“ festgenommen wurde.

Trotzdem versammelten sich am 15.2. und auch an den darauffolgenden Tagen zehntausende Menschen u.a. in Diyarbakır, Şırnak, Dersim, Mardin, Siirt, Hakkari, Van, Muş, Iğdır, Ağrı, Batman, Adana, Mersin, Hatay, Silopi, Cizre, Istanbul und Izmir. Dabei kam es immer wieder zu Polizeiangriffen, bei denen Dutzende verletzt wurden. In Silopi wurden zwei Kinder von Tränengasgranaten getroffen und schwer verletzt. Auch unter den bei den Demonstrationen Festgenommenen sind zahlreiche Kinder und Jugendliche. *(DIHA, 15./17.2., ISKU)*

Großdemonstration in Strasbourg: Zehntausende für autonomes Kurdistan

Strasbourg. Zehntausende Kurden aus ganz Europa haben am Samstag im französischen Strasbourg für ein »autonomes Kurdistan« demonstriert. Sie forderten die Freilassung des vor zwölf Jahren von der Türkei mit US-amerikanischer und israelischer Hilfe aus Kenia verschleppten Führers der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK), Abdullah Öcalan.

Unterdessen kündigte die PKK-Führung an, in den kommenden Tagen über die Fortführung des ursprünglich bis zu den türkischen Parlamentswahlen im Juni verkündeten Waffenstillstandes zu beraten. Es gäbe keinerlei Anzeichen, dass die türkische Regierung eine Lösung der kurdischen Frage anstrebe.

Im Friedenszentrum von Venedig trafen sich am Wochenende Bürgermeister und Parteiaktivisten der prokurdischen Partei für Frieden und Demokratie BDP, der irischen Sinn Fein und der linken baskischen Unabhängigkeitsbewegung zu einer internationalen Konferenz, um über Lösungsstrategien für nationale Konflikte zu beraten. *(jW, 14.2., ISKU)*

Pinar Selek muss erneut vor Berufungsgerichtshof

Die im deutschen Exil lebende und in der Türkei wegen eines

Kriegsdienstverweigerer Inan Süver droht weitere Haftstrafe

Der kurdisch-türkische Kriegsdienstverweigerer Inan Süver ist seit dem 5. August 2010 inhaftiert. Mehrmals protestierte er mit Hungerstreiks gegen unmenschliche Haftbedingungen. Am 7. März 2011 droht ihm nun in einem Militärstrafverfahren zum vierten Mal eine Verurteilung wegen Desertion. Aus diesem Anlass startet Connection e.V. eine online-Faxaktion. Beteiligen Sie sich und protestieren Sie mit uns beim Generalstab des türkischen Militär.

Zur Geschichte von Inan Süver

Inan Süver war 2001 zum Militärdienst einberufen worden. Wegen mehrmaliger Desertion wurde er in drei Verfahren zu insgesamt 25 Monaten Haft verurteilt. Sieben Monate verbüßte er bereits vor mehreren Jahren. Nach seiner vorläufigen Entlassung tauchte er unter.

Als Inan Süver desertierte, wusste er nichts von der Idee der Kriegsdienstverweigerung. Später erfuhr er davon und erklärte am 10. Oktober 2009: „Sehr geehrte Kommandanten, ich will Ihnen heute etwas mitteilen. Ich habe gehört, dass es so etwas wie ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung gibt. Ich mache von meinem Recht auf Kriegsdienstverweigerung Gebrauch. Sie sollen wissen, dass ich ein Feind des Staates bin, aber ich werde gegen Sie niemals eine Waffe in die Hand nehmen. Ich will lieber getötet werden, als selber zu töten."

Am 5. August 2010 versuchte Inan Süver in Bakirköy, einem Stadtteil von Istanbul, Identitätspapiere zu beantragen. Bei der Prüfung seiner Identität wurde festgestellt, dass er als Deserteur gesucht wird. Er wurde daraufhin erneut verhaftet.

Inan Süver ist aufgrund der unmenschlichen Behandlung sowohl im Militär- als auch im Zivilgefängnis zwischen dem 9. August und 31. Oktober mehrmals in Hungerstreik getreten. Er war zuletzt auf Befehl des Leiters des Buca Zivilgefängnisses mit den Worten "Werft diesen Landesverräter in die 17" in eine Zelle gesperrt worden, die unter dem Namen Sibirien bekannt ist. Das schilderte er in einem Brief an seine Familie und ergänzte, dass es in der Zelle Ratten gab und er kein Wasser, Zucker und Zigaretten erhielt. Nach einer Verbesserung der Situation beendete er den Hungerstreik neun Tage später. Anfang Januar wurde er in das Bezirksgefängnis Gediz in Kütahya verlegt.

Am 26. November 2010 wurde Inan Süver in ein Militärkrankenhaus zur Überprüfung seiner Tauglichkeit überstellt. Er wurde rückwirkend ab 2008 für untauglich erklärt.

Mit den bisherigen Haftstrafen von 25 Monaten ist eine vorzeitige Entlassung von Inan Süver zum 6. Juni 2011 zu erwarten. Aber gegen ihn sind weitere Militärstrafverfahren anhängig: Wegen Desertion im Jahre 2007, und wegen seiner Weigerung, nach der Verhaftung im August 2010 eine Uniform anzuziehen.

Zum Hintergrund

Die Türkei erkennt das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht an. Jeder türkische Mann ist mit 20 Jahren zur Ableistung des Militärdienstes verpflichtet. Kriegsdienstverweigerer, die aufgrund ihrer Entscheidung die Uniform oder Befehle verweigern, werden wegen Befehlsverweigerung angeklagt und nach Verbüßung der Haftstrafe erneut einberufen. Dieser Teufelskreis kann ein Leben lang fortbestehen, da die Wehrpflicht in der Türkei erst nach Ableistung des Militärdienstes als erfüllt gilt.

Die Türkei hat eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte aus dem Jahr 2006 bislang nicht umgesetzt. In dem Richterspruch wird das Land zu einer Gesetzeskorrektur aufgefordert, um die wiederholte Strafverfolgung von Kriegsdienstverweigerern und die mehrfache Verhängung von Schuldsprüchen zukünftig zu verhindern. Ein solches Vorgehen befand das Gericht als unvereinbar mit dem in Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention verankerten Verbot unmenschlicher Behandlung.

Connection e.V. fordert die Einstellung aller Verfahren gegen Inan Süver und seine sofortige Entlassung aus der Haft. Connection e.V. fordert die Türkei zugleich auf, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung anzuerkennen und alle Strafverfahren gegen Kriegsdienstverweigerer einzustellen.

Connection e.V. bittet um Unterstützung

Protestieren Sie gegen die Behandlung von Inan Süver beim türkischen Generalstab und fordern Sie mit uns die Einstellung aller Verfahren und sofortige Haftentlassung. Wir haben dafür eine online-Faxaktion gestartet. Es ist auch möglich, ein Fax direkt an den türkischen Generalstab zu senden unter *0090-312-4250813* (Genelkurmay Başkanlığı, BES Ş.Md.lüğü, 06100 Bakanlıklar/ANKARA).

Schreiben Sie Inan Süver. Jeder Brief ist eine wichtige Unterstützung in der Haft. Auch Briefe können Sie über unsere online-Aktion an Inan Süver senden. Wir leiten diese für Sie weiter. Briefe können auch gerichtet werden an: Inan Süver, Gediz Kapali Cezaevi, Kütahya/Türkei

Online-Kampagne:
http://www.connection-ev.de/aktion-tuerkei.php

(Con, 17.2., ISKU)

Aus Protest gegen Öcalans Gefangennahme

Schüler zündet sich selbst an

Mustafa Malçok, ein 17-jähriger Schüler hat sich in Amed (Diyarbakir) angezündet, um gegen Öcalans Gefangennahme am 15. Februar 1999 zu protestieren. Sein verbrannter Körper wurde am Ufer des Tigris in Amed gefunden. Neben seinem vollkommen verbrannten Körper fand man eine Nachricht: „Verbrannte Körper werden die Dunkelheit des 15. Februar erhellen". Seine Familie holte die sterblichen Überreste und will morgen die Beerdigung in Akalin (Suleymana) bei Amed ausrichten. Viele Menschen will ihren Respekt für den toten Jungen zum Ausdruck bringen, auch zahlreiche VertreterInnen der BDP haben ihre Teilnahme zugesagt. Drei Tage Trauer sind in der Stadt Amed ausgerufen worden.

Der 17-jährige Schüler war ein Opfer der Anwendung des türkischen Strafgesetzbuches (TMK), dass es erlaubt, auch Kinder schwer zu bestrafen, u.a. für Steinwürfe. Er war zweieinhalb Monate im Diyarbakir E-Typ Gefängnis. Auch nahm er teil an einer Studie über die Opfer des TMK. Die Reporterin Esra Çifti hatte ihn über seine Gefühle befragt. Er hatte grausame Details über die Methoden der Staatsmacht die Kinder zu brechen und sie von ihrem Kampf um ihre Identität abzubringen, berichtet. Er hatte über die psychologischen Wunden berichtet, die die Kinder erleiden und hatte die Folter und Inhaftierung als Hölle beschrieben.

(KI 16.2., ISKU)

tödlichen Attentats beschuldigte Soziologin Pinar Selek hat in ihrem Konflikt mit der türkischen Justiz eine neue Niederlage erlitten. Die Staatsanwaltschaft legte am Freitag Einspruch gegen den von einem Istanbuler Gericht am Mittwoch bekräftigten Freispruch für Selek ein, meldeten türkische Medien. Damit geht der Fall erneut zum Obersten Berufungsgerichtshof. Dieser hatte im November eine lebenslange Haftstrafe für Selek gefordert. *(taz, 14.2., ISKU)*

Tote nach Demonstration in Süleymnania

Während einer Demonstration zu den Parteibüros von KDP und PUK in Süleymania haben Sicherheistkräfte das Feuer eröffnet und nach unterschiedlichen Angaben zwischen zwei und fünf Menschen erschossen.

Die Demonstranten waren am Donnerstag nach Berichten von Augenzeugen mit Parolen wie „Arbeit für die Arbeitslosen", „Die Regierung soll zurücktreten" und „Die Korruption muss bestraft werden" durch die nordirakische Stadt gezogen und hatten Steine auf die Parteibüros geworfen, die eng beeinander im Stadtzentrzum von Süleymania liegen. Nach Angaben von Ärzten wurden mindestens 30 Personen verletzt. *(ANF, 17.2., ISKU)*

Angriffe auf Nachrichtenagentur ANF

Auf Grund von Hackerangriffen war die Webseite der Firat Nachrichtenagentur in den vergangenen Tagen nicht zu erreichen.

In einer Erklärung legt die in türkischer, kurdischer und englischer Sprache berichtende Agentur einen Zusammenhang zu den Protesten anläßlich des 15. Februar nahe und wies auf die seit ihrer Gründung 2005 anhaltenden Zensurversuche der türkischen Regierung hin.

(DIHA, 17.2., ISKU)

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
jW	junge Welt
KI	kurdish-info.eu
con	Connection e.V.

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 504
25. Februar 2011

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Demonstrationen in Südkurdistan dauern an

Wie bekannt wurde, dauern die Auseinandersetzungen in Helepçe und die Reaktionen darauf noch an. Bei den Aktionen in Helepce wurden am Dienstag dutzende Personen verletzt, 10 Personen wurden festgenommen. Die Aktionen in Sulemaniya hatten am 16. Februar begonnen, am zweiten Tag waren zahlreiche Personen verletzt worden, in der Folge hatten sich die Aktionen in ganz Südkurdistan ausgebreitet. Nach Sulemaniya kam es in Kelar, Helepçe und Qeladizê zu Demonstrationen.
In der Region Helepçe, Sulemaniya wollte die Bevölkerung zum Gebäude der KDP demonstrieren.
Dies wurde von „Sicherheitskräften" verhindert. Es kam zu Auseinandersetzungen, wobei 30 Personen verletzt wurden, zehn weitere wurden festgenommen.
Einige Intellektuelle, Lehrer und Künstler unterstützten die DemonstrantInnen. Die Aktionen in Sulemaniya wurden von JournalistInnen, DozentInnen der Universität, Ärzten, dem Soziologen Farûq Refîq und Dr.Fayîq Gûlpî unterstützt. Die Partei für eine demokratische Lösung in Kurdistan(PÇDK) gab eine schriftliche Erklärung ab, in der es hieß, die Forderungen des Volkes dürften nicht unbeantwortet bleiben. Vor allem verurteilte die PÇDK die Gewalt, die gegen die DemonstrantInnen angewandt worden war. Morgen will die PÇDK eine Presseerklärung abgeben.

KNK Erklärung
Auch die KNK erklärte, dass der Kampf des Volkes für ein Leben in Würde, Gerechtigkeit und Demokratie gerechtfertigt sei. Das kurdische Volk leiste seit zehn Jahren Widerstand und in diesem Widerstand habe es seit langer Zeit für die Völker der Region die Rolle einer Vorkämpferin eingenommen. Aber es sei immer noch in Gefahr. Im Süden hätte es sich immer noch nicht von den Gefahren der Besatzungsmacht befreien können.
In der Erklärung heißt es: „Als KNK sprechen wir den Familien derjenigen, die ihr Leben verloren haben unser Beileid aus und wünschen den Verletzten gute Besserung."
Der KNK verurteilte den Einsatz von Waffen gegen das Volk und forderte auf der Basis von internationalen Abkommen zusammenzukommen und die Probleme auf demokratischer und gerechter Basis zu lösen. Personen, die Waffen gegen das Volk eingesetzt hätten müssten vor Gericht gestellt werden, auch das Volk solle nicht die Büros von Parteien angreifen. Die Parteien und das Volk, Organisationen und Verbände, die Verteidigung gemeinsamer Werte, seien die Basis von Freiheit und einem Leben in Würde.
„Als KNK sehen wir als allerbeste Lösung die Einberufung einer nationalen Konferenz an." In dieser wichtigen Phase der Geschichte sei es umso notwendiger, dass alle KurdInnen, alle Kräfte und Organisationen, sich an der Arbeit für eine solche Konferenz beteiligten.
(ANF, 23.2., ISKU)

Das kurdische Volk will Wahrheit und Gerechtigkeit

Wo sind unsere Kinder?

Die Geschichte der modernen Türkei ist auch eine Geschichte staatlicher Morde. Von der Ermordung des Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Mustafa Suphi und seiner 14 Genossen im Schwarzen Meer vor 90 Jahren über die Massaker an Kurden in den 1920er und 30er Jahre, die Morde an Sozialisten und Demokraten nach den Militärputschen von 1960, 71 und 80, die Pogrome an Aleviten in Maras 1978 und Sivas 1993 bis zur Ermordung des armenischen Journalisten Hrant Dink vor vier Jahren in Istanbul führt eine einzige Blutspur. Während des schmutzigen Krieges gegen die kurdische Befreiungsbewegung in den 90er Jahren ermordeten Todesschwadronen 17.000 Kurdinnen und Kurden. Es waren Bauern, die zum Verhör in einen Stützpunkt der Militärpolizei Jandarma vorgeladen wurden und diesen nie mehr lebend verließen. Es waren Intellektuelle wie der Schriftsteller Musa Anter, der 1992 vom Jandarma-Geheimdienst JITEM in Diyarbakir verschleppt wurde. Es waren Politiker wie der Abgeordnete Mehmet Sincar, der von der Konterguerilla ermordet wurde. Es waren Guerillas, die unter offener Missachtung des Kriegsvölkerrechts nach ihrer Gefangennahme vom Militär gefoltert und ohne Prozess hingerichtet wurden. Viele der Ermordeten wurden anonym in Massengräbern verscharrt, auf Müllhalden oder in Brunnenschächte geworfen.

Mehrere in den letzten Wochen entdeckte Massengräber in den kurdischen Provinzen der Türkei lassen die Wunden der Vergangenheit wieder aufbrechen. Seit Anfang Januar bei einer Müllhalde in der Nähe einer Polizeistation der Stadt Bitlis die Knochen von rund 20 Menschen ausgegraben wurden, reißen die Proteste gegen das Schweigen der türkischen Regierung zu den Verbrechen des Staates nicht ab. Durch Zeugenaussagen hat der Menschenrechtsverein IHD in der Türkei die Namen von 1469 Opfern staatlicher Kräfte, welche an 119 Stellen anonym bestattet wurden, gesammelt. Bislang sind die sterblichen Überreste von 171 Personen in 26 Massengräbern ausgegraben worden. Der ehemalige Bürgermeister der Stadt Siirt hat vor wenigen Tagen die seit 20 Jahren geäußerte Vermutung bestätigt, wonach das sogenannte „Schlachter Flüßlein" in Siirt als Massengrab für Opfer der Militärpolizei gedient habe. Allein hier werden die Leichen von bis zu 200 Ermordeten vermutet. Die Angehörigen der „Verschwundenen", Menschenrechtsvereinigungen und kurdische Parteien fordern die Errichtung einer Wahrheitskommission, um alle Gräber zu finden, die Opfer zu identifizieren und die Verantwortlichen für die Morde vor Gericht zu stellen. Auch der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan hat eine Wahrheitskommission als eine Voraussetzung für eine politische Lösung der kurdischen Frage benannt. Denn wie soll die kurdische Seite bei der Suche nach

→

Meldungen

Treffen mit Öcalan verhindert
Die RechtsanwältInnen von Abdullah Öcalan hatten ihren Antrag beim Gerichtshof in Bursa gestellt, um ihr wöchentliches Treffen mit ihrem Mandanten in Imralı durchzuführen. Das Treffen wurde wegen angeblich „schlechten Wetters" verweigert. Sie wollen am Freitag erneut einen Antrag stellen.
(ANF, 23.2., ISKU)

Versammlung des Frauenrates der BDP Wan
Der Stadtfrauenrat der BDP kam im Stadtteil Xaçort in Wan zur Beteiligung am 8. März, dem Weltfrauentag zusammen.
Die Vizevorsitzende der BDP von Wan, Fevziye Şîran und Mitglieder des Frauenrates kamen zusammen, um über den 8. März zu informieren. Die Versammlung begann nach einer Schweigeminute. Şîran erklärte, dass man den 8. März als sehr bedeutsam ansehe und plane, die Aktionen dieses Jahr noch größer als letztes Jahr zu gestalten. Sie sagte, als BDP leiste man stets den Freiheitskampf für die Rechte der Frauen, und um diese durchzusetzen, spielten die Frauen eine sehr wichtige Rolle. Sie rief die Frauen auf, sich mit noch mehr Kraft am 8. März zu beteiligen.
(ANF, 23.2., ISKU)

Erneut Foltervorwürfe im F-Typ Gefängnis Tekirdag
Der politische Gefangene Ceyhun Bay, der vom F-Typ Gefängnis Kandira zum F-Typ- Gefängnis Nr. 2 Tekirdag überstellt werden sollte, erklärte, die Gefangenen würden während des Transports angegriffen und geschlagen, ihnen würde nicht erlaubt, ihre Sachen zu packen.
Das F-Typ-Gefängnis Nr. 2 Tekirdag kam erneut in die Schlagzeilen, wegen der Unterdrückung, Folter, Isolation und Disziplinarstrafen, die jeden Tag gegen die Gefangenen angewandt werden. Dies alles kam auf die Tagesordnung, weil Gefangene darüber berichteten, die zwangsverlegt worden waren. Der Gefangene Ceyhun Bay wandte sich in Briefen an Menschenrechtsinstitutionen.
Er erklärte, dass dutzende von Wärtern die Zellen von neun politischen Gefangenen gestürmt und die Gefangenen

Staudammwahn: Allianoi versinkt in den Fluten!

„Der antike Kurort Allianoi im Westen der Türkei geht gerade unter und zwar in den Fluten des neu errichteten Yortaneli-Staudamms. Dessen Schleusen wurden nun geschlossen, das Wasser steigt. Die über 2.000 Jahre alten Baudenkmäler, darunter eine berühmte Badetherme, werden geopfert und zwar für die Bewässerung der umgebenden Felder. Rücksichtsloser Fortschritt Marke Türkei!
Allianoi ist mindestens 2.000 Jahre alt und liegt - oder besser: lag - nur wenige Kilometer entfernt von Pergamon in der Provinz Izmir. Beim Yortaneli-Damm geht es weniger um Energiegewinnung, als um die Bewässerung von landwirtschaftlichen Flächen.
Seit mehr als 10 Jahren wurde gegen diesen Damm Widerstand geleistet, 55.000 Unterschriften gesammelt und zuletzt hatten sich Aktivisten an die antiken Säulen gekettet. Trotz enormen Medienechos hielt die türkische Regierung an ihrem Vorhaben fest und flutet nun das Gebiet. Dabei missachtet die Türkei selbst eigene Gesetze, wonach derart historische Komplexe unter strengem Schutz stehen.
Allianoi ist der nächste Fall in einer Kette ähnlicher Ereignisse in der Türkei. Im Jahr 2000 versank die über 2.000 Jahre alte Stadt Zeugma und zwar in den Fluten des Birecik-Staudammes am Euphrat. Der Birecik-Damm wurde mit deutscher und österreichischer Unterstützung errichtet …“, ist auf der Internetseite stopilisu.com zur Inbetriebnahme des Yortaneli-Staudamms in einer Pressemitteilung vom 22.2.2011 zu lesen:
Auch die Initiative zur Rettung von Hasankeyf gab eine Stellungnahme zu dieser Zerstörung von Kultur und Natur ab: „Die am 20.2.2011 vorgenommen Stauung durch den Yortanli-Staudamm im Norden der Provinz Izmir und damit die Überflutung des 2000 Jahre alten Gesundheitszentrums bricht bestehende Gesetz. Diese Zerstörung von Allianoi, dem ältesten erhaltenen auf Thermalwasser basierendem Gesundheitszentrum, zeigt wieder einmal, dass der türkische Staat gewillt ist, um jeden Preis Orte unseres gemeinsamen kulturellen und natürlichen Erbes wie Hasankeyf, Munzur, Loc-Tal, Coruh-Tal durch Staudämme zu zerstören.
Allianoi steht seit 2001 unter höchstem Denkmalschutz nach bestehenden Gesetzen in der Türkei. Viele Verfahren haben lange Zeit die jetzt vorgenommen Überflutung aufgehalten, weshalb das türkische staatliche Wasseramt DSI im letzten Sommer den Ort ohne jegliche legale Grundlage mit Sand füllen ließ. So könnte, ihrer Logik nach, der Ort Allianoi erhalten werden und nach mehreren Jahrzehnten, wenn der Staudamm nicht mehr benötigt wird, wieder ausgegraben werden.
Doch keine wissenschaftliche Untersuchung hält dieses Vorgehen für realistisch. Vorangetrieben wurde diese Zerstörung vom Umweltminister Veysel Eroğlu, der die Zerstörung von Natur und Kultur, der Flusstäler Anatoliens und Ober-Mesopotamiens und die Vertreibung hunderttausender Menschen verkörpert.
Im Hinblick auf diese Barbarei, werden wir umso mehr für den Erhalt von Hasankeyf und des Tigris-Tals kämpfen. Wir werden die Basis unseres Lebens, das Land und das Wasser, für Profite und geostrategische staatliche Interessen nicht hergeben.“ *21.2.2011*

Initiative zur Rettung von Hasankeyf
www.hasankeyfgirisimi.com

Einunddreißig Massengräber in den Ortsteilen Colemêrgs

Auf einer Pressekonferenz erklärte der Verein der Hinterbliebenen „Verschwundener“ Meya-DER Gever (Yüksekova), dass sich in den Ortsteilen von Colemêrg 31 Massengräber mit 390 Leichen befinden sollen. Ömer Çakır von Meya-DER forderte von den staatlichen Behörden, dass diese Gräber geöffnet und die Leichname den Angehörigen übergeben werden sollen. Er erklärte, dass in der Region gegen alle Regeln verstoßen worden sei. Die Sicherheitskräfte hätten wie eine Maschine des Todes gearbeitet. Sie töteten die Menschen anstatt sie zu schützen. Dann wurden sie wahllos zusammen begraben, ohne ordnungsgemäße Aufzeichnungen. Die begangenen Gräueltaten wären größer als vermutet. Ömer Çakır rief noch einmal alle, die Angehörige vermissen und vermuten, dass sie sich in den Massengräbern befinden können auf, sich an den Verein zu wenden.
Außerdem wurde eine Liste mit den Standorten der Massengräber veröffentlicht.

(DIHA, 24.2., ISKU)

Wo sind unsere Kinder? (Forts.)

einer Lösung der türkischen Regierung vertrauen, wenn diese nicht einmal bereit ist, über die vergangenen Verbrechen des Staates am kurdischen Volk zu reden?
Doch im Parlament hat die regierende islamisch-konservative AKP von Ministerpräsident Erdogan bislang jeden Antrag auf Einrichtung einer solchen überparteilichen Untersuchungskommission abgelehnt. Erdogan rühmt sich, das einst allmächtige Militär in seine Schranken gewiesen zu haben. Hunderte hochrangige Offiziere und Generäle werden wegen Putschüberlegungen gegen die AKP-Regierung angeklagt, die nie über ein fiktives Planungsstadium hinauskamen. Doch über die tatsächlichen Verbrechen von Militär, Geheimdienst und Todesschwadronen schweigen Regierung und Justiz. Stattdessen wurden einige der brutalsten Konterguerilla-Mörder nach zehnjähriger Verfahrensverschleppung Anfang Januar 2011 aus dem Gefängnis freigelassen. Es ist offensichtlich: die Abgrenzung der AKP vom Militär und der Konterguerilla ist nur oberflächlich. Denn längst hat die AKP das blutige Erbe ihrer Vorgängerregierungen angetreten. Wie diese damals setzt auch die AKP-Regierung auf eine Vernichtung der kurdischen Freiheitsbewegung anstatt auf eine demokratische Dialoglösung zuzugehen.
Doch wir KurdInnen und Kurden werden unseren Kampf um Gerechtigkeit nicht aufgeben. Wir werden weiter nach dem Schicksal unserer verschwundenen Kinder, unserer Eltern, unserer Geschwister fragen. Dafür bitten wir um internationale Unterstützung.

YEK-KOM, Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland e.V

geschlagen hätten. Er sagte: „Wir sind im F-Typ Gefängnis wegen unserer Gedanken und Meinungen, wir werden schlecht behandelt und seit Monaten wird uns kein Besuch erlaubt, auch alle weitere Kommunikation mit unseren Verwandten wurde abgeschnitten. Wir wurden häufig gefoltert. All diese Verletzungen des Rechts müssen als unbefriedigend angesehen werden.

(ANF, 23.2., ISKU)

Heftige Straßenkämpfe in Silopi, Cizîr und Amed

Nachdem es am 15.2., dem 12. Jahrestag der Inhaftierung des Vorsitzenden der kurdischen ArbeiterInnenpartei PKK, Abdullah Öcalan in vielen kurdischen Städten zu heftigen Polizeiangriffen und Straßenschlachten kam, gingen in Amed (Diyarbakır) über 20.000 Menschen auf die Straße. Nach einem Polizeiangriff kam es zu heftigen Straßenschlachten. Die Menschen riefen Parolen wie, „Die PKK ist das Volk und das Volk ist hier“, „Wir verteidigen unsere Existenz und werden für die Freiheit des Vorsitzenden Abdullah Öcalan sorgen.“ Im Stadtviertel Bayramoğlu wurde die Demonstration mit Panzern und Panzerfahrzeugen sowie Wasserwerfern und Tränengas angegriffen. Die Kämpfe, die darauf folgten, dauerten am Abend noch an.
Auch in Cizîre und Silopi kam es erneut zu Angriffen auf Demonstrationen gegen die Polizeigewalt am 15.2. Nachdem in beiden Städten die Polizei tausende DemonstrantInnen mit Gasgranaten und Wasserwerfern angegriffen hatte, kam es zu heftigen Straßenkämpfen. In Silopi wurden dabei zwei Kinder durch Gasgranaten verletzt. An beiden Orten dauern die Auseinandersetzungen an.

(ANF, 17.2., ISKU)

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 505
4. März 2011

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Nordkurdistan/Türkei:

Kurdische Guerilla beendet einseitigen Waffenstillstand

Zum ersten März endete der von der kurdischen Freiheitsbewegung am 13. August 2010 verkündete einseitige Waffenstillstand. Die Feuerpause war zuvor, trotz massiver militärischer und polizeilicher Operationen in der Hoffnung auf ernsthafte Verhandlungen zweimal verlängert worden. Unter der Erfüllung von fünf Bedingungen hätte diese Waffenruhe in einen dauerhaften Waffenstillstand umgewandelt werden können: Stopp aller militärischen und politischen Operationen, Freiheit für alle inhaftierten Politikerinnen und Politiker, Einbeziehung des inhaftierten Vorsitzenden der Arbeiterpartei Kurdistans PKK Abdullah Öcalan in Verhandlungen, Einrichtung einer Verfassungs- und Wahrheitskomission, Absenkung der parlamentarischen 10%-Hürde.

Keine dieser Forderungen wurde erfüllt, im Gegenteil, die politischen Operationen verschärften sich, mit Frühlingsbeginn beginnen die Bombardierungen, die Roadmap von Abdullah Öcalan wurde beschlagnahmt und nicht der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt, trotz der fast täglichen Öffnung neuer Massengräber wird die Einrichtung einer Wahrheitskommission abgelehnt und Premierminister Erdoğan lehnte öffentlich die Absenkung der 10%-Hürde ab. Als entscheidend betrachtete die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan KCK, zu der auch die kurdische Guerilla HPG gehört, das Vorgehen der türkischen Justiz im sog. KCK-Verfahren, das im ersten Prozess sich gegen 151 der im Moment nahezu 2000 inhaftierten kurdischen PolitikerInnen richtet. Hier wurde konsequent ein Verbot der Verteidigung in „einer unbekannten Sprache“, wie die Richter zur kurdischen Sprache sagten, durchgesetzt und somit die Angeklagten dem Recht auf eine juristische Verteidigung in Muttersprache beraubt.

Andererseits entwickelten mit dem Staat verbundene Terrorgruppen in den letzten Monaten eine Steigerung ihrer Aktivität gegen die kurdische Bevölkerung. Nach der Ankündigung Erdoğans, die Region Colemêrg (Hakkari) müsste von der PKK „gesäubert werden“, explodierte eine Bombe am 16. September 2010 unter einem Minibus, der aus dem Dorf Peyanis nahe Colemêrg (Hakkari) kam, welches zu 98 % die kurdische Freiheitsbewegung unterstützt. Neun Menschen starben. In der Nähe des Tatorts ließen die Täter, da sie gestört wurden Rucksäcke von Militäreinheiten und Ausrüstung der türkischen Armee zurück. In Gever (Yüksekova) fanden mehrere Bombenanschläge auf Einrichtungen der linken Partei für Frieden und Demokratie BDP statt, weiterhin begann eine Gruppe, die sich „Mezit“ nennt, ihre Aktivitäten in der Region u. a. mit einem versuchten Bombenanschlag auf ZivilistInnen in Gever (Yüksekova). Ihr erklärtes Ziel ist ebenfalls Gever (Yüksekova) „von PKK, KCK und ihren Sympathisanten“ zu säubern.

Unter anderem diese bedrohlichen Entwicklungen machen deutlich, dass die AKP-Regierung der Türkei nicht an einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage interessiert ist und auf diese Weise eine Fortsetzung des Waffenstillstands verunmöglicht hat. Diese Einschätzung teilen etliche zivilgesellschaftliche Organisationen, die BDP, der Demokratische Gesellschaftkongress DTK und viele Intellektuelle, die den Waffenstillstand unterstützt haben. Der Co-Vorsitzende der BDP Selahattin Demirtaş warnte mit deutlichen Worten vor einem bevorstehenden kurdischen Aufstand, da die türkische AKP-Regierung jeden Waffenstillstand seit ihrem Regierungsantritt 2002 vergeudet habe. Die AKP habe das Thema friedliche Lösung nicht aufrichtig behandelt und „Nur um ihre Stimmen zu erhöhen, ihre Hegemonie zu verstärken benutzt. Die kurdische Bevölkerung wird ihre eigene Lösung nun aus eigener Kraft schaffen. Trotz 20 Jahren Massakern und jeder Form von Unterdrückung hat sie nicht von ihrem Kampf abgelassen. Nun wird sie Initiative in die eigenen Hände nehmen.“ Weiterhin forderte er Premierminister Erdoğan auf, sich sofort dazu zu Verhalten und zu erklären ob er eine Kampfphase wolle oder ein konkretes Lösungsprojekt vorschlagen werde.

„Die Region ist wie ein Pulverfass“

Er warnte die Regierung eindringlich: „Die Region ist jetzt wie ein Pulverfass. Es steht kurz vor der Explosion. Diese Menschen wurden jahrelang vertröstet, beleidigt, betrogen und auf den Straßen zusammengeknüppelt. Ihnen gegenüber können Sie nicht behaupten, Sie würden eine demokratische Öffnung machen. Diese Menschen werden eines Tages mit einem Aufstand beginnen, den niemand mehr stoppen können wird. Wir sehen, dass dieser Punkt der Explosion nahe ist. Aber was das für eine Auswirkung auf die Gesellschaft haben wird, sehen wir mit Sorge. Wir suchen eine politische Lösung. Aber die Ohren der Regierung sind taub und ihre Augen sehen nichts.“
Die kurdische Guerilla kündigte zu ihrem weiteren Vorgehen an: „In dieser Situation werden unsere Kräfte sich gegen Angriffe noch wirksamer Verteidigen, aber dennoch keine Kräfte, die nicht zur Operation aufbrechen und sich nicht gegen die Bevölkerung richten, angreifen. Wie die Phase, die vor uns liegt, aussieht, ist abhängig vom Verhalten der AKP-Regierung und der staatlichen Kräfte.

Insbesondere das Verhalten des Staates im März, am 8. März, dem Frauentag und dem kurdischen nationalen Feiertag Newroz wird wichtig sein. Bezüglich dieses Themas weisen wir alle Kreise darauf hin, verantwortungsvoll und sensibel zu sein.“

In diesem Zusammenhang ist es sicher für uns als Linke in Deutschland sinnvoll, sich an den hiesigen Demonstrationen der kurdischen Freiheitsbewegung u.a. zu Newroz zu beteiligen und die Lage im Land genau zu beobachten.

ISKU, 1.3.

Meldungen

1 100 000 Unterschriften für das Recht auf Bildung in der Muttersprache
Vor zwei Monaten startete der Kongress für eine demokratische Gesellschaft, DTK, eine Eingabe mit der Forderung des Rechts auf Bildung in der eigenen Muttersprache. Gestern haben sie dem Petitionsausschuss des türkischen Parlaments 1 100 000 Unterschriften vorgelegt, die im Rahmen dieser Kampagne gesammelt wurden.
Die Unterschriften, mit der die kurdische Bevölkerung ihr Recht auf Bildung in der Muttersprache einfordert, soll außerdem der UNESCO, der UN und der EU vorgelegt werden.
Die DTK-Ko-Vorsitzende Aysel Tuğluk erklärte im Rahmen dieser Kampagne, dass das Problem der Bildung in der eigenen Muttersprache nicht getrennt von der Lösung der kurdischen Frage behandelt werden kann. Die Kurdenfrage umfasse mehrere Ebenen, die aber alle im Rahmen von Dialog und Versöhnung mit der Gewährungen weiterer Rechte und Freiheiten gelöst werden könnte.
ANF, 25.2., ISKU

Die Aktionen zum 8. März haben begonnen
Tausende von Frauen haben mit einer Demonstration in Silopi das Startzeichen zu den Feiern zum internationalen Frauentag gegeben. Auch in Amed (Diyarbakır), Adana, Agiri (Ağrı), Mersin, Êlih Batman, Riha (Urfa) und Sêrt (Siirt) sind die Frauen auf die Straße gegangen, um den internationalen Frauentag zu begrüßen.
An den Demonstrationen nahm die Freie Frauenbewegung (DÖKH), die Friedensmütterinitiative, die Frauenstadträte, die Partei für Frieden und Demokratie (BDP) und viele Frauenorganisationen aus der ganzen Türkei teil.
Frauen in Adana schickten Postkarten an die politischen Gefangenen, andere verteilten Nelken an die Geschäftsleute und Menschen am Rande der Demonstrationen. *DIHA, 1.3., ISKU*

8. März 2011: Der Kampf geht weiter!

Wir sind keine Opfer, Gewalt und Vergewaltigung sind nicht unser Schicksal!

Presseerklärung Kampagne Tatort Kurdistan

Proteste gegen Korruption in der kurdischen Autonomieregion im Nordirak

Angesichts der seit 10 Tagen andauernden Proteste in der kurdischen Autonomieregion im Nordirak hat die Regionalregierung am Donnerstag den Ausnahmezustand über die bislang von Unruhen verschonte Hauptstadt Erbil ausgerufen. Peshmerga-Milizen riegelten die Zufahrtsstraßen zur Stadt ab. Bis Sonntag, dem 27.02.2011, dürfen keine dort nicht gemeldeten Personen in die Stadt einreisen. Die Studierenden der Salahaddin-Universität wurde zur »Gefahrenabwehr« bis 1.4.2011 nach Hause geschickt.

Die Proteste der zumeist jugendlichen Demonstranten richten sich gegen die allgegenwärtige Korruption unter der von der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP) des kurdischen Präsidenten Masud Barsani und der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) des irakischen Staatspräsidenten Dschalal Talabani dominierten Regionalregierung. Die Demonstranten beklagen zudem Arbeitslosigkeit und fehlende öffentliche Versorgung.
Am Mittwoch starb ein Mann bei Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei in der Stadt Halabja. In Sulaymania demonstrierten am Mittwoch rund 3000 Menschen mit Bildern der drei seit Beginn der Proteste von Peshmerga-Milizen der KDP erschossenen Demonstranten.

Als in Erbil am 25.02.2011 mehr als 2000 Menschen eine Demonstration organisieren wollten, nahm der kurdische Geheimdienst zahlreiche von ihnen fest. Die Journalistin Nyaz. A. wurde, von vier Personen aus dem Geheimdienst angegriffen, während sie versuchte, telefonisch direkt für das Radio über Situation zu berichten. Auch auf dem Rückweg wurde sie über drei Stunden bedroht und verfolgt.

In Sulaymania war am vorletzten Wochenende zudem ein regierungsunabhängiger Fernsehsender, der von den Übergriffen auf die Demonstrationen berichtet hatte, von fünfzig mit Sturmgewehren bewaffneten Regierungsanhängern gestürmt und beschossen worden. Die Zeitung „Awäne“ hat berichtet, dass die kurdische Regierung fünfzehn Kurden aus dem Iran an die iranische Regierung ausgeliefert hat, weil sie an Demonstrationen teil genommen haben. Den Ausgelieferten droht, wenn nicht die Todesstrafe, so doch langjährige Freiheitsstrafen. Am 26.02.2011 explodierte eine Bombe zwischen Demonstranten in der Stadt Suleymania. Insgesamt gab es bei den Unruhen bis heute sieben Tote und hundertfünfzig Verletzte, sowie zahlreiche Festnahmen, von denen neun Personen namentlich bekannt sind.

Während sich Politik und Medien täglich ausführlich mit den Unruhen in den arabischen Ländern wie Tunesien, Ägypten, Libyen, Jemen und Barain auseinandersetzen, werden die Proteste in der kurdischen Autonomieregion im Nordirak weitgehend ignoriert. Wir als Kampagne Tatort Kurdistan halten das nicht für Zufall. Die westlichen Staaten haben vor allem aus geostrategischen Gründen ein massives Interesse daran, das korrupte Barzani-Regime im Nordirak auf jeden Fall zu stützen. Darüber hinaus hat Deutschland auch wirtschaftliche Interessen an der Region.

Wir als Kampagne Tatort Kurdistan fordern:

1. Bewaffneten Regierungsanhänger, die auf unbewaffnete Demonstranten geschossen haben, müssen juristisch dafür verantwortlich gemacht werden.
2. Die Opfer der Übergriffe und ihre Angehörigen müssen entschädigt werden.
3. Freiheit für alle politischen Gefangene im Gebiet der kurdischen Autonomieregierung
4. Uneingeschränkte Demonstrationsfreiheit für Proteste gegen Korruption und Gewalt .
5. Uneingeschränkte Pressefreiheit und ein Ende der Einschüchterung gegenüber Journalisten

März 2011

Pressemitteilung:

Deutschland darf kein Hinterland für Konterguerilla-Mörder sein

"Während es für kurdische Flüchtlinge aus der Türkei fast unmöglich ist, in Deutschland Asyl zu bekommen, können sich ehemalige Angehörige einer türkischen Konterguerilla-Organisation offenbar unter den Augen des Verfassungsschutzes in Deutschland erneut organisieren“, beklagt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke. Die Fraktion hatte eine Kleine Anfrage zu Aktivitäten der sogenannten türkischen Hisbollah (TH), die keine Verbindung zur gleichnamigen libanesischen Partei hat, gestellt. Jelpke weiter:

„In den 90er Jahren wurde die so genannten türkische Hisbollah vom Staat bewaffnet, um gegen Anhänger der kurdischen Befreiungsbewegung vorzugehen. Hunderte Zivilisten wurden grausam ermordet. Als die türkischen Sicherheitskräfte im Jahr 2000 der unkontrollierbaren Konterguerilla-Gruppe entledigen wollten, flohen Anhänger der TH vor Strafverfolgung nach Deutschland. Die Bundesregierung bestätigt, dass die TH in Deutschland „Personennetzwerke sowie Schattenstrukturen“ aufgebaut hat. So unterhält die türkische Hisbollah Moscheevereine wie die Hamburger Vahdet Moschee. Meldungen, wonach sich die Führung der TH in Deutschland aufhält und von hier aus die Organisation in der kurdischen Osttürkei wiederaufgebaut hat, will die Bundesregierung nicht offiziell bestätigten, sondern verweist auf vertrauliche Informationen in der Geheimschutzstelle des Bundestages.
Nach Einschätzung der Bundesregierung hat die TH in der Türkei wieder eine „straffe Organisationsstruktur“ und kann über ihre rund 3500 Mitglieder zehntausende Sympathisanten mobilisieren. Sollte die zur Zeit nur karitativ und propagandistisch tätige TH erneut zu den Waffen greifen, geht von ihr nach Einschätzung der Bundesregierung „ein beträchtliches Bedrohungspotential aus“. Während linke türkische und kurdische Organisationen mit Terrorparagraphen verfolgen werden, können sich die ehemaligen Konterguerilla-Killer offensichtlich des weitgehenden Wohlwollens der Bundesregierung erfreuen. Die Bundesregierung trifft auch in diesem Punkt eine Mitverantwortung für die ungelöste kurdische Frage in der Türkei.“

3.3.2011
Ulla Jelpke, MdB
Innenpolitische Sprecherin
Fraktion DIE LINKE.

Liebe Frauen,
Wir Frauen haben ein weiteres Jahr voller Gewalt und Massaker hinter uns gelassen und sind in das Jahr 2011 eingetreten. Seit Tausenden von Jahren wird die Welt von einem patriarchalen Herrschaftssystem aufgeteilt und verwaltet. Aber immer schon in der Geschichte gab es auch den Widerstand von Frauen und die Frauenbefreiungsbewegung wird jeden Tag stärker. In diesem Geist möchten wir den 8. März 2011 begehen.
Als demokratische kurdische Frauenbewegung arbeiten wir daran, die organisierte Stärke von Frauen unabhängig von Sprache, Religion, Herkunft oder Klasse voranzutreiben und die Solidarität unter Frauen, welche die Befreiung der Menschheit und der Natur miteinschließt, zu steigern.
Seit drei Jahren führen wir Kampagnen durch. Nach den Kampagnen “Frau bedeutet Leben – tötet nicht das Leben” und “Wir sind niemandes Ehre – unsere Ehre ist unsere Freiheit” lautete das Motto unserer letzten Kampagne "Die Vergewaltigungskultur überwinden – den Befreiungskampf steigern!". In diesem Kontext haben wir vor allem über Seminare und Veranstaltungen daran gearbeitet, eine Bewusstseinsveränderung in der Gesellschaft herbeizuführen.
Diese Kampagnen führen wir unter dem Motto “Nein zu Frauenmorden!” fort. Schwerpunktthema wird dabei die innerfamiliäre Gewalt sein.
Wir möchten anlässlich des 8. März ein weiteres Mal all derer Frauen gedenken, die im Kampf für Befreiung ihr Leben verloren und uns damit ein wichtiges Erbe hinterlassen haben.
Wir grüßen alle kämpfenden Frauen weltweit!
Es lebe der 8. März!
Es lebe die Frauensolidarität!

Kurdische Frauenbewegung Europa
Rat Kurdischer Frauen in Hamburg

Quellen:

ANF Fırat Nachrichtenagentur
DIHA Dicle Nachrichtenagentur

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 506
11. März 2011

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Hundertausende Frauen sagen:

Wir haben nicht geschwiegen, wir werden nicht schweigen

Zum 8. März trafen sich zehntausende Frauen am Bahnhofsplatz von Amed (Diyarbakır), um in den Farben rot, gelb und grün eine Kundgebung abzuhalten. Die Frauen verurteilten die Gewalt und Angriffe gegen Frauen und sagten: „Wir haben nicht geschwiegen, wir werden nicht schweigen.“ Gultan Kişanak, die Co-Vorsitzende der BDP erklärte, man werde Widerstand für ein autonomes und demokratisches Kurdistan leisten.
Die Frauen kamen in traditionellen Kleidern am Urfa-Tor zusammen, um sich der Kundgebung in Amed anzuschließen, die unter dem Motto „Schluss mit den Massakern an Frauen“ begangen wurde. Für Tausende aus Bağlar, Yenişehir, Kayapınar und Sur, Çınar, Lice, Ergani, Kulp, Hazro und Bismil, die sich am Urfa-Tor trafen, stellte die Stadt öffentliche Busse zum Kundgebungsplatz zur Verfügung. Die Demonstration ging zum Bahnhofsplatz.
Sie riefen "Tausende Grüße an Öcalan, der unsere Wiedergeburt begonnen hat" „Schluss mit Kolonialismus und Fundamentalismus" etc.
Gultan Kişanak erklärte, dass kurdische Frauen für Frieden, Freiheit und ihre Identität viele Opfer erbracht hätten und der Widerstand weitergehe. Sie erinnerte an den Widerstand von Beritan, Zilan Delila und Berivan. Sie kritisierte Erdoğan, in seiner Regierungszeit hätten Gewalt gegen Frauen und Frauenmorde zugenommen.
Die Vorsitzende der KESK Dondu Taka Çinar erklärte, man leiste Widerstand für ein freies Leben und eine freie Menschheit, und dass Frauen die Sklaverei nicht akzeptieren werden.
Die Co-Vorsitzende der DTP Aysel Tuğluk erklärte, Öcalan habe den Weg für die Freiheit der Frauen geöffnet. Die Frauen würden daher die Freiheit Öcalans als ihre Freiheit begreifen.
Die ehemalige Parlamentarierin der DEP Leyla Zana sprach über die Bedeutung des 8. März, die Freiheit rücke immer näher.
In vielen Städten, in den Bergen und Gefängnissen, in Syrien, im Irak und Iran und in Armenien und zahlreichen Städten in Europa wurde der 8. März von hunderttausenden Frauen begrüßt.
Die Samstagsmütter führten ihre 310. Aktion durch.

(ANF, 8.3., ISKU)

Ein Gruß zum 8. März aus dem F-Typ Gefängnis von Bitlis

Während die Frauen der Welt den 8. März feiern, sitzt die kurdische Frau im Gefängnis

Wir begehen jetzt den 100. 8. März als Tag der arbeitenden Frau, den Tag, an dem die Frauen ihre erkämpften Rechte feiern. Die Frauen dieser Welt feiern diesen Tag mit großer Leidenschaft und unterschiedlichen Aktivitäten, sie versuchen diesen Tag als den einzigen Tag, der ihnen gegeben ist, mit wichtigen Inhalten zu füllen.
In fast allen Ländern dieser Welt feiern Frauen jeder Herkunft, Sprache, Kultur, Hautfarbe und Religion diesen Tag. Doch die kurdischen Frauen, die mit ihren Forderungen nach ihrer Kultur und ihren Farben, ihrem Frauenkampf den 8. März besonders füllen, befinden sich in Haft.
Vom 14. April 2008 bis jetzt wurden in der immer noch andauernden „KCK-Operation“ fast 2000 kurdische Politikerinnen und Politiker inhaftiert, und der größte Teil dieser Inhaftierten sind politisch bewusste Frauen. Die Repressionswelle gegen die kurdischen Frauen richtet sich damit gegen den Teil des kurdischen Befreiungskampfes, der zu jedem Zeitpunkt das größte Leid zu tragen, den höchsten Preis zu zahlen und die meisten Tränen zu vergießen hatte, dessen Körper zerstört wurden und ihren Widerstand oft mit dem Leben bezahlten. Die Frauen kämpfen am stärksten für ein Ende des Krieges und eine demokratische Lösung, und genau sie werden inhaftiert. Das bedeutet, dass in dieser von der kurdischen Seite als historisch betrachteten Lösungsphase darauf abgezielt wird, die kurdischen Frauen einerseits von der politischen Arbeit fernzuhalten und andererseits den Willen der kurdischen Frauen zu brechen. Insbesondere in der letzten Zeit hat das System den gestärkten politischen Willen der kurdischen Frauen wahrgenommen. Es fürchtete sich und wählte sie ab 2008 als direktes Angriffsziel aus. 2011 hat dies einen neuen Gipfel erreicht, es befinden sich in unterschiedlichen Gefängnissen 4800 kurdische, politische Frauen in Haft.
Wie ihr wisst, wurden im Rahmen der „KCK-Operation“ kurdische PolitikerInnen, BürgermeisterInnen, AnwältInnen, VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen, StudentInnen und JournalistInnen inhaftiert und ins Gefängnis gesteckt. Außerdem nahm der türkische Staat sogar unseren Freund, den amerikanischen Journalisten Jake Hess, der über die Lage der kurdischen Bevölkerung berichtete, wegen „Verbindungen zur PKK“ fest und verhörte ihn tagelang.
Ich wurde als kurdische Journalistin, wie Jake Hess auch, im Rahmen einer „KCK-Operation“ festgenommen und verbrachte die letzten neun Monate zusammen mit 30 anderen Frauen in einer Zelle im Gefängnis von Bitlis. Unsere Inhaftierung zeigt wieder einmal die Rechtlosigkeit, der wir gegenüberstehen. Es ist eine große Schande für die türkische Demokratie, die sich im EU Beitrittsprozess befindet. Die Grausamkeit des Putsches vom 12. September 1980 wiederholt sich in der fortgesetzten Vernichtungs- und Verleugnungspolitik. Während der türkische Staat von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit spricht, ist eines der am wenigsten respektierten Rechte das Recht auf Pressefreiheit. JournalistInnen werden zu Haftstrafen von teilweise mehreren hundert Jahren verurteilt. Das gleiche sehen wir jetzt auch am 8. März, es wird als passend angesehen, dass kurdische Frauen ihn im Gefängnis begehen. Manche befindet sich mit ihren Kindern hinter den Betonwänden und Stahltüren des Gefängnisses, manche lassen ihre kleinen Kinder zu Hause und werden mit

Meldungen

Über 100 Gefangene im Iran im Hungerstreik
Das Komitee zur Verteidigung der PolitischenGefangenen erklärte, dass 59 politische Gefangene im Gefängnis Rajai Shahr ‘Gohardasht’ in Karaj seit dem 1.3. im unbefristeten Hungerstreik sind.
In der Botschaft übermittelten die Gefangenen, die Gründe für ihre Aktion: Umfangreiche Razzien gegen die Gefangenen, die großen Einschränkungen im Gefängnis, die Verhinderung aller Kontakte zwischen den Gefangenen und ihren Familien, die schlechte Behandlung, Beleidigungen, Respektlosigkeit gegenüber den Gefangenen, die brutale Repression gegenüber dem Widerstand des iranischen Volkes und die Verhaftung der OppositionsvertreterInnen.
Nach Meldungen von HRANA, sind 70 politische Gefangene des Gefängnisses von Urmîya ebenfalls im Hungerstreik. Der Großteil der Gefangenen sind Kurden und Aserbaidschaner. Der Hungerstreik richtet sich auch hier gegen Besuchsverbote, Telefonierverbot und gegen die Beschränkung der Kontakte mit anderen Gefangenen.
(ANF, 5./10.3., ISKU)

Syrien: Aus politischen Gründen angeklagte Kurden profitieren kaum von allgemeiner Amnestie
Präsident Baschar al Assad hat mit dem Präsidialerlass 34 vom 7. März 2011 alle Personen amnestiert, die vor diesem Datum Vergehen begangen haben, die mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe geahndet werden. Explizit ausgenommen von dem Erlass sind jedoch unter anderem Vergehen gemäß Artikel 307 und 308 Strafgesetzbuch. Da auf Grundlage dieser beiden Artikel eine Vielzahl kurdischer Aktivisten verfolgt wird, ist die Zahl der aus politischen Gründen angeklagten Kurden gering, die von dem Erlass profitieren. Lediglich die gemäß Artikel 288 Strafgesetzbuch angeklagten Aktivisten sind Nutznießer des Erlasses. Weitere Informationen unter: kurdwatch.org
(kw, 9.3., ISKU)

Damaskus: Häftlinge im 'Adra-Gefängnis treten in den Hungerstreik
Seit dem 8. März 2011 befinden sich zahlreiche arabische und kurdische politische Häftlinge im 'Adra-Gefängnis im Hungerstreik. In einer Erklärung be-

Staatlicher Terror gegen die Bevölkerung von Gever

Wie kürzlich schon berichtet, hat in der Hochburg der kurdischen Freiheitsbewegung, Gever (Yüksekova) vor wenigen Wochen eine parastaatliche Terrororganisation mit dem Namen Mezit ihre Aktivitäten aufgenommen. Nachdem sie angekündigt hatte, „Yüksekova von PKK-KCK und ihren Sympathisanten zu befreien“, wurden an verschiedenen Orten Bomben gelegt und nächtliche Einschüchterungsaktionen gegen die Bevölkerung durchgeführt. Nach mehreren dieser Ereignisse konnte die Bevölkerung am 2.3. einen der mutmaßlichen Täter, einen Zivilpolizisten, auf frischer Tat stellen, der mit einer Gruppe von vier bis fünf weiteren Beamten nach Augenzeugenberichten dabei beobachtet worden war, wie er an einem öffentlichen Platz dabei war eine Bombe zu legen. Später hatte es der Gouverneur es sehr eilig, dies zu dementieren. Viele aufgebrachte Menschen verprügelten den Polizisten, Mitglieder der linken prokurdischen Partei BDP und anderer politischer Organisationen intervenierten jedoch und schützten den Verletzten. Bei einem darauffolgenden Polizeieinsatz eröffnete die Polizei das Feuer und überfuhr ein Fahrrad fahrendes Kind mit einem Panzerfahrzeug und verletzte es schwer. Es kam zu schweren Straßenkämpfen im Stadtzentrum von Gever (Yüksekova). Aus kurdischen Kreisen wird der versuchte Bombenanschlag als gezielte Provokation vor dem Besuch des Co-Vorsitzenden der BDP Selahattin Demirtaş bewertet. S

Eine ähnliche Gruppe hatte schon 2005 in der Region operiert, sie verübte u.a. einen Bombenanschlag auf eine Bücherei in Şemzînan (Şemdinli) in der Nähe von Gever bei dem ein Mensch starb. In Folge dieses Anschlags wurden zwei der Täter von der Bevölkerung gestellt. Sie entpuppten sich als Angehörige des Militärs. Bis heute blieben sie straffrei.

Polizei und Spezialeinheiten üben Rache an Bevölkerung: Razzien, Schläge und Folter

Nach diesen Ereignissen begannen neue groß angelegte Razzien und Festnahmen. Die beteiligten Kräfte zeichneten sich durch aggressives und gewalttätiges Vorgehen aus. Neben den „üblichen“ Misshandlungen durch Schläge und Beleidigungen kam es zu mindestens einem Fall von schwerer Folter durch staatliche Kräfte. Schon in der ersten Nacht wurden über 36 Razzien durchgeführt und 16 Personen festgenommen. Anwesende Kinder wurden u.a. bedroht: „Heute kommen wir wegen deines Bruders, morgen wegen dir.“ Türen und Fenster wurden eingeschlagen, die Einrichtungen zerstört.

Schwere Folter

Bei einer Hausdurchsuchung konnte die gesuchte Person nicht gefunden werden. Da wurde einfach eine andere Person mitgenommen und auf ein Gelände neben dem des Kommandos der Yüksekovabrigade gebracht und dort schwer gefoltert. Die Person erklärte später: „Sie haben mich unter Schlägen von zu Hause in einen Panzerwagen gezerrt und auf ein unbebautes Gelände neben dem des Brigadenkommandos gebracht. Dort steckte mir ein Zivilpolizist seine Waffe in den Mund und wollte mich zwingen zu sprechen. Danach folterten sie mich mit Elektroschocks. Als sie begriffen, dass ich keinen der Gesuchten kannte, ließen sie mich frei.“

Dies stellt nur einen Ausschnitt dessen dar, was die Bevölkerung der Region zu erdulden hat. Durch massiven Terror, Festnahmen, extralegale Hinrichtungen und andere schwere Übergriffe soll der Widerstand in der Region gebrochen werden.

(DIHA, YH, ANF, 9.3., ISKU)

Ein Gruß zum 8. März (Forstsetzung)

ihrer Sehnsucht zu ihnen hinter den Stahltüren gefangen gehalten. Wenn ich als Journalistin die Frauen nach ihren Forderungen zum 8. März frage, sagen sie: „Wir wollen Freiheit, Frieden und Demokratie. Dieses Jahr soll ein Jahr der Lösung für alle Völker der Welt und für die Frauen sein“; aus ihren Mündern hören wir keine Feindseligkeit, sondern nur „Frieden, Frieden und nochmals Frieden.“

Die kurdischen Frauen entstammen einer tiefen Unterdrückung und befinden sich im Prozess der Schaffung ihrer eigenen Identität im Rahmen des kurdischen Frauenkampfes, real verdankt die kurdische Frau diesem Kampf ihre Widergeburt. Die Frauen, die ein Leben lang von der Unterdrükkung eingeschlossen waren, sollen nun wieder von der Unterdrükkung ertränkt werden. Aber die kurdischen Frauen haben gezeigt, dass sie eine gewaltige Kraft haben. Sie kann nicht durch Verhaftungen vernichtet werden, deswegen ist auch die Vergewaltigungskultur in letzter Zeit zu einem Teil der schmutzigen Politik geworden. Wie schon früher, wendet nun das AKP-System die Logik „Erschießt zuerst die Frauen“ auf grausamste Weise an. Es ist eine Tatsache, dass die Gesellschaft im gesamten ausgelöscht werden soll. Hinter Mauern, mit Handschellen, können wir kurdische Frauen, PolitikerInnen und Intellektuelle uns nicht einmal in der eigenen Muttersprache ausdrücken. Der Staat eröffnet einerseits das kurdischsprachige Fernsehprogramm „TRT Şeş“ und benutzt so unsere Muttersprache an den Orten an denen es ihm gefällt und macht Politik damit, doch den kurdischen PolitikerInnen, die ihre Verteidigung vor Gericht in ihrer Muttersprache durchführen wollen, wird dies verboten. Es wird sogar zu Protokoll gegeben, diese Sprache sei „eine unbekannte Sprache“. Wenn wir ein unbekanntes Volk sind, wie können dann die Richter ein unbekanntes Individuum verurteilen? Nach welchen Gesetzen soll es verurteilt werden? Eigentlich müsste an diesem Punkt die Arbeit des Justizsystems enden. Alles andere ist nur ein konstruiertes Bühnenstück.

Die ganze Welt muss die Existenz eines Volkes und den Wunsch sich selbst zu verwirklichen anerkennen. Die ganze Welt muss sehen, dass dieses Volk dem Vernichtungsversuch gegenübersteht, dass seine Sprache, Kultur, seine Reichtümer und sein Selbstbewusstsein zerstört werden soll.

Wir als kurdische Frauen und ich als kurdische Journalistin sind hier im Gefängnis von Bitlis, weil wir für die Freilassung der kurdischen PolitkerInnen, Frauen, Mitglieder von zivilgesellschaftlichen Organisationen und JournalistInnen Widerstand leisten. Wir setzen uns gegen die Vernichtungspolitik, die gegen die kurdische Bevölkerung durchgeführt wird, mit der Kraft der Demokratischen Autonomie zur Wehr. Wir treten für ein sofortiges Ende der Repression gegen die kurdische Bevölkerung und für ein Ende aller Kriege auf der Welt ein. Dazu laden wir alle Intellektuellen, SchriftstellerInnen, PolitkerInnen, JournalistInnen, RevolutionärInnen und fortschrittlichen Menschen der Welt ein.

Wir Frauen im E-Typ Gefängnis von Bitlis möchten diese Gelegenheit nutzen und allen anderen gefangenen Frauen sowie den Frauen und Arbeiterinnen draußen, zum 8. März, dem internationalen Tag der Frau, gratulieren. Und wir wissen, dass der 8. März den Frauen auf der ganzen Welt, egal an welchem Ort wir uns auch befinden, Stärke und Freude verleiht. Auch im Gefängnis nehmen wir diesen Tag für uns in Anspruch!

Hamdiye Ciftci,
DIHA-Korrespondentin,
aus dem Bitlis E-Typ Gefängnis,

gründen die Häftlinge ihren Hungerstreik mit dem 48. Jahrestag des am 8. März 1963 verhängten Ausnahmezustandes in Syrien sowie mit dem 7. Jahrestag des »Aufstands von al-Qamischli«, der am 12. März 2004 begann. Damals kamen 33 Kurden ums Leben. In der Erklärung heißt es, dass es Zeit für einen demokratischen Wandel in der arabischen Welt sei. Was in Tunesien, Ägypten und anderen Staaten legitim sei, könne in Syrien nicht illegitim sein. Ferner werden ein Ende der politisch motivierten Verhaftungen sowie die Gewährung grundlegender ziviler und politischer Rechte gefordert. *(kw, 9.3., ISKU)*

Damaskus: Häftlinge im 'Adra-Gefängnis im Hungerstreik

Seit dem 8. März 2011 befinden sich zahlreiche arabische und kurdische politische Häftlinge im 'Adra-Gefängnis im Hungerstreik. In einer Erklärung begründen die Häftlinge ihren Hungerstreik mit dem 48. Jahrestag des am 8. März 1963 verhängten Ausnahmezustandes in Syrien sowie mit dem 7. Jahrestag des »Aufstands von al-Qamischli«, der am 12. März 2004 begann. Damals kamen 33 Kurden ums Leben. In der Erklärung heißt es, dass es Zeit für einen demokratischen Wandel in der arabischen Welt sei. Was in Tunesien, Ägypten und anderen Staaten legitim sei, könne in Syrien nicht illegitim sein. Ferner werden ein Ende der politisch motivierten Verhaftungen sowie die Gewährung grundlegender ziviler und politischer Rechte gefordert. *(kw, 9.3., ISKU)*

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
YH	Yüksekovahaber
kw	kurdwatch.org

Termine:

Tatort Kurdistan Solidaritätsblock auf der Newroz-Demo in Düsseldorf
19.März 2011 | 9.00 Uhr | Cecilienallee / Ecke Klever Str. | Düsseldorf
tatortkurdistan.blogsport.de

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 507
18. März 2011

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Viele Festnahmen kurz vor den Newroz-Feiern

Erste Newrozfeuer in Amed

In den Stadtvierteln Sur, Bağlar und Kayapinar von Amed (Diyarbakır) und in einigen Vororten wurden die ersten Newrozfeuer des Jahres bereits entzündet. In Sur hat der Stadtteilrat von Hasarli zu den Newrozfeierlichkeiten aufgerufen. Hunderte von Menschen feierten und tanzten um das Newrozfeuer. Die Feierlichkeiten begannen mit einer Schweigeminute für die Gefallenen im Kampf für Demokratie. Anschließend waren Parolen wie „Die PKK ist das Volk und das Volk ist hier" oder „Es lebe unser Vorsitzender Apo" zu hören. Auffällig war auch, dass Öcalan- und KCK-Fahnen im Stadtteil aufgehängt wurden. Das anstehende Newrozfest wurde mit Pyrotechnik gefeiert, es wurde getanzt und gesungen.
Im Stadtteil Bağlar versperrten Jugendliche die Straßen und zündeten Autoreifen an. Nach einer Schweigeminute wurden auch hier kurdische Lieder gesungen und getanzt. Es waren immer wieder Parolen für den PKK-Vorsitzenden Öcalan zu hören.
In Kayapinar trafen sich die Jugendlichen im Ahmet Arif Park, wo sie zu den Liedern der Musikgruppe des örtlichen „Tigris-Euphrat Kunst- und Kulturzentrums" bis in die späten Abendstunden tanzten.

Viele Festnahmen kurz vor den Newroz-Feiern
Dreizehn Mitglieder der Partei für Frieden und Demokratischen (BDP) von Gever (Yüksekova) sowie deren Vorsitzender, Hüsnü Bulgan, wurden am frühen Morgen des 15. März bei Hausdurchsuchungen festgenommen.
Acht Personen wurden in Aydın ebenfalls nach Hausdurchsuchungen festgenommen und auf die Polizeidienstelle von Germencik gebracht. Viele Kurdinnen und Kurden sind daraufhin vor das Polizeigebäude gezogen, um Informationen zu den Gefangenen zu erhalten.
Fünf BDP-Mitglieder wurden im Istanbuler Stadtteil Gaziosmanpaşa in Gewahrsam genommen. Insgesamt sollen in Istanbul 26 Personen festgenommen worden sein.
In Amed (Diyarbakır) wurden zwei Studenten nach Razzien festgenommen, in Cizîr (Cizre) ist nach bisherigen Informationen die Festnahme von einer Person bekannt geworden.
Über die Anzahl der Festgenommenen in den Städten Izmir und Şirnex (Şırnak) liegen noch keine Informationen vor. Die Verhaftungswelle sei aber im vollen Gange. *(ANF, 13./15.3., ISKU)*

Mordanschlag auf Ibrahim Tatlises

Einer der berühmtesten Unterhaltungsstars der Türkei, der auch bei seinen Landsleuten in Deutschland äußerst beliebte Sänger Ibrahim Tatlises, ist in der Nacht zum Montag bei einem Mordanschlag in Istanbul schwer verletzt worden. Nach einem Kopfschuß wurde Tatlises ins künstliche Koma versetzt, teilten die behandelnden Ärzte nach Meldungen türkischer Fernsehsender mit. Der 59-jährige schwebe in Lebensgefahr. Nach den Tätern wurde am Montag noch fahndet. Auch das Motiv für den Anschlag war unklar.
Der aus dem kurdischen Urfa stammende Tatlises hat Millionen Fans in der Türkei und im ganzen Nahen Osten. Auch in Deutschland hat er mehrere Tourneen absolviert; 1998 trat er in der »Harald-Schmidt-Show« auf. Viele türkische Künstler und Fans kamen am Montagmorgen zu dem Krankenhaus, in dem Tatlises behandelt wird.
Der Sänger war gegen Mitternacht von Unbekannten mit einem Schnellfeuergewehr niedergeschossen worden. Seine Assistentin wurde bei dem Anschlag ebenfalls verletzt. Die türkische Polizei fahndet nach einem schwarzen Wagen, mit dem die Angreifer geflohen sein sollen. Tatlises hatte in den vergangenen Jahren mehrmals mit angeblichen Verbindungen zur türkischen Mafia für Schlagzeilen gesorgt; er hatte bereits zwei Anschläge überlebt. In türkischen Medien wurde am Montag zudem über eine Verwicklung kurdischer Rebellen der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) spekuliert, weil bei dem jüngsten Anschlag ein Schnellfeuergewehr der Marke Kalaschnikow verwendet wurde. Mit diesem seien auch viele PKK-Rebellen bewaffnet. Tatlises war allerdings politisch nicht engagiert. Die PKK selbst verurteilte die Gewalttat.
(jW, 15.3., AFP, 17.3., ISKU)

Arbeitsrecht für staatenlose Kurden

Laut eines Berichtes des kurdischen Menschenrechtsprojekts KurdWatch entschied das syrische Ministerium für Arbeit und Soziales in einer Erklärung vom 7.3., dass die staatenlosen KurdInnen in Syrien fortan wie alle syrischen Staatsangehörigen das Recht auf Arbeit haben.
Bisher war es keiner/m staatenlosen KurdIn erlaubt, eine Arbeitsstätte zu gründen oder verbeamtet zu werden. Es bleibt abzuwarten, inwieweit diese Erklärung in die Praxis umgesetzt wird. Bereits im Jahr 2005 hatte der syrische Staatschef Bashar al-Assad ein Entgegenkommen gegenüber den staatenlosen KurdInnen angekündigt, allerdings wurde dieses Versprechen schnell vergessen.
Es bleibt festzuhalten, dass dieses Entgegenkommen in einer Phase geschieht, in der in der gesamten arabischen Welt die Proteste aufflammen. Auch in Syrien ist es wiederholt zu Protesten gegen das mittlerweile ein halbes Jahrhundert machthabende Baath Regime gekommen, an denen sich auch die KurdInnen beteiligen. Zum Jahrestag des Massakers von Qamislo von 2004 gingen am 12. März über 10.000 KurdInnen in Qamislo auf die Straße mit der Forderung, dass die Unterdrückungspolitik des Staates ein Ende haben sollte. In Syrien leben nach Schätzungen etwa zwei Millionen KurdInnen, deren sprachlichen, kulturellen und ökonomischen Rechte durch das Regime beschnitten sind. Nach der Volkszählung im Jahr 1962 wurde 300.000 KurdInnen die Staatsangehörigkeit entzogen und ihr gesamtes Eigentum konfisziert. Die Zahl dieser Staatenlosen dürfte sich mittlerweile erheblich erhöht haben.
(ANF, 15.3., ISKU)

Meldungen

Damaskus: Menschenrechtsaktivisten festgenommen
Syrische Sicherheitsbehörden haben am 16. März 2011 mindestens 35 kurdische und arabische Menschenrechtsaktivisten festgenommen. Unter anderem befinden sich Kamal Husain Schaikhu, Nasruddin Ahmi, Harvin Usi und Abdurrazzaq Tammu in Haft. Schaiku war erst am 13. März aus der Haft entlassen worden. Den Festnahmen vorausgegangen war eine Demonstration von mehreren hundert Personen vor dem Innenministerium in Damaskus, bei der die Freilassung sämtlicher politischer Gefangener gefordert wurde. Mitglieder verschiedener syrischer Sicherheitsbehörden beendeten die Protestaktion gewaltsam. *(KW, 17.3., ISKU)*

Jetzt gibt es auch ein „Tscherkessisches Problem"
Zum ersten Mal hat die tscherkessische Minderheit in der Türkei gestern auf einer Kundgebung in Ankara ihre kulturellen und politischen Forderungen zum Ausdruck gebracht.
Auf dieser historischen Kundgebung wurden Parolen wie „Wir wollen Bildung auf tscherkessisch" und „Überall und zu jeder Zeit unsere Sprache ist tscherkessisch" gerufen. Auf Transparenten stand u.a. „Nein zu aufgezwungenen Identitäten" oder „Als wir für dieses Land starben, sprachen wir kein türkisch".
Mit dieser Kundgebung, an der etwa 3000 TscherkessInnen teilnahmen, hat zum ersten Mal eine Minderheit in der Türkei, die KurdInnen ausgenommen, ihre politischen Forderungen offen zum Ausdruck gebracht.
In der Türkei leben nach Schätzungen TscherkessInnen, die allerdings nicht als homogene und ethnisch einheitliche Gruppe betrachtet werden können. Vielmehr wir der Begriff Tscherkesse als Oberbegriff für eine Vielzahl von kaukasischen Minderheiten in der Türkei, wie die Tscherkessen, Abchasen, Kabardiner, Osseten und Tschetschenen verstanden, die über unterschiedliche Sprachen und Kulturen verfügen.
(ANF, 13.3., ISKU)

Polizei greift "Zelt der demokratischen Lösung" an
Das „Zelt der demokratischen Lösung", eine vor allem von den Samstagsmüttern getragene Initiative, die seit einigen Tagen ein wichtiger Anlaufpunkt für Diskussionen zur kurdischen Frage in Amed (Diyarbakir) ist,

Neuer Bericht über Menschenrechtsverletzungen durch türkische Staudämme

Mit einem neuen Bericht zeigen Organisationen aus Deutschland und der Türkei auf, in wie schwerwiegend die Staudammpolitik der türkischen Regierung Menschenrechte verletzt. Der Bericht wurde gestern, am Internationalen Aktionstag gegen Staudämme, beim UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in Genf eingereicht. Der Ausschuss wird in seiner Sitzung im Mai 2011 bewerten, inwieweit die türkische Regierung ihrer Verpflichtung nachkommt, den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte umzusetzen. Der Pakt ist völkerrechtlich verbindlich und verbietet unter anderem, Menschen ihrer Lebensgrundlagen zu berauben.
„Erstmalig werden die Auswirkungen der türkischen Staudämme unter einem strikten Menschenrechtsgesichtspunkt analysiert“, erklärt Heike Drillisch, Autorin des Berichts und Koordinatorin von GegenStrömung, der Ilisu Kampagne in Deutschland. „Da die Türkei den UN-Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte 2003 ratifiziert hat, ist sie zu einer deutlichen Änderung ihrer Staudammpolitik verpflichtet.“
In der Studie kommen die Gruppen zu dem Ergebnis, dass die Türkei gegen zahlreiche im Pakt garantierte Rechte verstößt, darunter diejenigen auf Nahrung, Wasser, Wohnen und Gesundheit. Der Bericht untersucht sowohl die gesetzlichen Grundlagen wie die Enteignungs- und Umsiedlungsgesetze sowie verschiedene Umweltgesetze, als auch eine Reihe von Einzelfällen, darunter den Ilisu-Staudamm, für den die Bundesregierung von 2007 bis 2009 Hermesbürgschaften gewährt hatte, Dämme im Munzur- und im Coruh-Tal, den Yortanli-Staudamm, in dessen Wassern im Februar 2011 der antike Badeort Allianoi versunken ist, und die Auswirkungen eines kleinen Wasserkraftwerks im Südwesten der Türkei. Besonderes Augenmerk legt der Bericht zudem auf die Situation der Nomaden, deren einmalige Kultur durch Staudammbauten akut gefährdet ist, und das Recht auf eine gesunde Umwelt.
„Die türkische Regierung plant in den nächsten Jahren den Bau von circa 2.000 Staudämmen und Wasserkraftwerken, ohne deren Auswirkungen auf nationaler Ebene zu untersuchen“, erklärt Engin Yilmaz, Direktor des türkischen Naturschutzvereins Doga Dernegi. „Die Umsetzung dieser Pläne würde nicht nur eine Naturzerstörung gigantischen Ausmaßes bedeuten, sondern würde auch die Rechte von bis zu zwei Millionen Menschen massiv verletzen.“
„Alle bisher gebauten Staudämme zeigen das gleiche Muster: die betroffenen Menschen erhalten fast keine Mitsprachemöglichkeit, die gezahlten Entschädigungen reichen bei weitem nicht, um ein neues Leben aufzubauen, und neue Einkommensmöglichkeiten werden nicht geschaffen“, berichtet Ercan Ayboga, internationaler Sprecher der Initiative zur Rettung von Hasankeyf. „Dies stellt eklatante Verletzungen des Sozialpakts dar und wir hoffen, dass der UN-Ausschuss der türkischen Regierung unmissverständlich klarmachen wird, dass dies inakzeptabel ist.“

Anlässlich des ‘Internationalen Aktionstages gegen Staudämme und für Flüsse, Wasser und Leben’ fanden weltweit Aktionen statt, um auf die dramatischen Folgen von Staudämmen für die Menschen und die Umwelt aufmerksam zu machen. In der Türkei fanden Aktionen in Istanbul, Rize, Izmit, Antalya, Batman, Sirnak und Tunceli statt. Zudem wiesen Aktivisten die Aktionäre der BBVA, einer der größten spanischen Banken, bei ihrer Aktionärsversammlung am vergangenen Freitag darauf hin, dass die BBVA über ihre türkische Partnerbank Garantibank an den Bau des Ilisu-Staudamms unterstützt.

GegenStrömung, Doga Dernegi, Initiative zur Rettung von Hasankeyf, 15.3.

Bevölkerung hält Mahnwachen zum Jahrestag der Massaker ab

Zum Jahrestag der Massaker wurden im Osten und Südosten der Türkei Mahnwachen durchgeführt.
Die kurdische Bevölkerung hat das Massaker, das von Saddam Hussein in Nordirak am 16. März 1988 in Halapce verübt wurde, nicht vergessen. 5000 KurdInnen waren im März 1988 durch chemische Waffen getötet und weitere 7000 verletzt worden. Auch ein anderes Massaker, das am 12. Dezember 1980 durch die syrische Regierung an 13 politischen Gefangenen verübt worden war, war von den Protestierenden nicht vergessen worden.
Der 16. März ist auch der Jahrestag eines weiteren Massakers in Istanbul. Unbekannte Täter ermordeten sieben StudentInnen vor der Universität Istanbul und verletzten hunderte weitere durch eine Bombe. Trotz 30-jähriger Untersuchungen konnte die Täterschaft dieses Anschlages von 1978 bis heute nicht geklärt werden. Nun wollen die Opfer und ihre Angehörigen den Fall vor den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof bringen.
Die Demonstrationen gegen die Massaker wurden überwiegend gemeinsam von StudentInnen, Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen, Verbände der BDP und zahlreichen NGOs durchgeführt.
Der irakische Präsident Saddam Hussein hatte eine zwei Jahre andauernde Operation gegen die kurdische Bevölkerung durchgeführt. Die Operation endete mit den Massenmorden am 16. März 1988, als etwa 5000 KurdInnen in Halapce durch Giftgas ermordet wurden. MIG-Kampfflieger bombardierten drei Tage pausenlos Halepce. Überlebende flüchteten aus der Stadt, ohne ihre ermordeten Angehörigen begraben zu können. In Folge wurde die Stadt zu einer Geisterstadt. Die meisten Überlebenden starben auf der Flucht an Hunger und Durst. Daher ist die tatsächliche Anzahl der Ermordeten bis heute unbekannt.
Auch die Spätfolgen für die Menschen, die den chemischen Angriffen ausgesetzt waren, sind nicht zu unterschätzen. Nach Informationen von Untersuchungen des Medizinischen Instituts der Universität Sulemanyia, ist die Anzahl der Missbildungen bei Neugeborenen fünfmal so hoch wie in Hiroshima oder Nagasaki.
Das Massaker von Halepce wurde von dem irakischen Gerichtshof für schwere Verbrechen am 1. März als Genozid anerkannt.
In Amed (Diyarbakır), Kop (Bulanik) einer Provinz von Muş, in Istanbul und weiteren Orten der Türkei sollen Mahnwachen abgehalten werden.

(DIHA, 15.3.ISKU)

wurde am Donnerstag ohne Vorwarnung von der Polizei mit Tränengas angegriffen. Die Polizisten nahmen sechs Menschen fest und verprügelten einen anwesenden Rechtsanwalt. Anschließend wurden Computer sowie die Musikanlage beschlagnahmt. *(DIHA, 17.3., ISKU)*

Sänger Xemgin Birhat vor Gericht

Xemgin Birhat (50), ist ein kurdischer Künstler, der seit ca. 30 Jahren für die kurdische Freiheitsbewegung steht.
Mit Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft hat er die Chance genutzt, in der Türkei bei einem Festival für die kurdische Kultur seinen Beitrag zu leisten.
Aus seinen Songtexten, die er dort vorgetragen hat, wurden einzelne Passagen entnommen um sie gerichtlich gegen ihn zu verwenden. Nach dem Willen der türkischen Behörden soll er genau für diese Texte, verurteilt werden und eine Haftstrafe von fünf bis zehn Jahre antreten.
Es wird dringend zur Solidarität mit Xemgin Birhat aufgerufen!
Die Gerichtsverhandlung findet am 28.3. in Diyarbakir statt.

(ISKU)

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
kw	kurdwatch.org
jW	junge Welt

Termine:

Tatort Kurdistan Solidaritätsblock auf der Newroz-Demo in Düsseldorf
19.März 2011 | 9.00 Uhr | Cecilienallee / Ecke Klever Str. | Düsseldorf
tatortkurdistan.blogsport.de

„Für eine demokratische Gesellschaft – jenseits von Macht, Staat und Gewalt!“
Newroz-Feier 26. 3. 14.00 Uhr im Gasometer, Wien
FEYKOM-Verband der Kurdischen Vereine in Österreich

Newroz-Demonstration in Hamburg
Sonntag, 20. März 2011, 18.00 Uhr, Auftakt: Dammtor

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 508
25. März 2011

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Kampagne des zivilen Ungehorsams gestartet

In Amed (Diyarbakir) hat die BDP unter Beteiligung von Abgeordneten, bekannten kurdischen PolitikerInnen und BürgermeisterInnen eine Kampagne des zivilen Ungehorsams begonnen.
Die Kampagne, die den kurdischen Forderungen nach muttersprachlicher Bildung, Freilassung der politischen Gefangenen, Änderung des Wahlrechts und Beendigung der militärischen und politischen Operationen eine Stimme geben soll, begann mit Sit-Ins in Amed und Elih (Batman).
Der Aktion in Amed schlossen sich die BDP-Vorsitzenden Selahattin Demirtas und Gultan Kisanak ebenso an wie der Bürgermeister Osman Baydemir und Ahmet Türk und Aysel Tuğluk vom Demokratischen Volkskongress (DTK).
Am Donnerstagmorgen hatte der Gouverneur von Diyarbakir die Aktion für illegal erklärt und die Zelte der Protestierenden im Stadtteil Ofis von der Polizei räumen lassen. Alle Straßen in das Gebiet, in dem der Sit-In stattfinden sollte, wurden blockiert.
Trotz des Verbots begannen 50 kurdische PolitikerInnen mit dem Sitzstreik und wurden dabei von zehntausenden DemonstrantInnen unterstützt.
Der BDP-Vorsitzende Selahattin Demirtas verurteilte das Verhalten des Gouverneurs und bezeichnete die Kampagne als eine politische, die nicht die Polizei zum Adressaten habe, sondern den Ministerpräsidenten und den Innenminister. Die BDP sei mehr als entschlossen, die Aktionen des zivilen Ungehorsams in Kurdistan zu verbreiten.
Auch Ahmed Turk betonte, dass die Aktionen trotz der Repression fortgesetzt werden.
Auch in Elih wurden am ersten Tag die Zelte der Protestierenden beschlagnahmt und Dutzende Menschen festgenommen. Aus der Stadt wird eine angespannte Stimmung gemeldet.

(ANF, 24.3., ISKU)

Eine Million Menschen in Amed:

Newroz-Feiern als Wahlkampfauftakt

Millionen Kurden feierten am Wochenende in der Türkei den Neujahrs- und Widerstandstag „Newroz". Die Abschlussfeier fand am Sonntag in Amed statt, wo seit den frühen Morgenstunden Hunderttausende Menschen – vielfach in traditioneller Kleidung – zum Festplatz zogen. Auch in Istanbul beteiligten sich Hunderttausende an einem „Newroz der Freiheit und der Arbeit". Hier war, nach Karl Marx, auf einem großen Transparent zu lesen: „Eine Nation, die eine andere unterdrückt, kann selbst nicht frei sein."
Trotz der rund um die Veranstaltungsorte mit Panzern aufmarschierten Polizeieinheiten und Kontrollposten wurden überall Fahnen der illegalen PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) und Bilder ihres seit zwölf Jahren auf der Gefängnisinsel Imrali inhaftierten Vorsitzenden Abdullah Öcalan gezeigt. „Die Freiheit für Abdullah Öcalan und die Freiheit des kurdischen Volkes sind verknüpft, denn Öcalan repräsentiert den Willen des Volkes", erklärte der wegen angeblicher PKK-Unterstützung angeklagte Oberbürgermeister von Amed, Osman Baydemir.
Die Vorsitzende der prokurdischen Partei für Frieden und Demokratie BDP, Gültan Kisanak, forderte eine „Demokratische Republik" mit Autonomie für die kurdischen Landesteile. Für die BDP bildeten die diesjährigen Newroz-Feste einen machtvollen Auftakt zum Parlamentswahlkampf. Die Wahlen am 12. Juni will die Partei zur Umgehung der Zehn-Prozent-Hürde türkeiweit mit unabhängigen Direktkandidaten bestreiten, darunter neben kurdischen Politikern auch Vertreter sozialistischer Organisationen sowie religiöser Minderheiten. Die bekannteste kurdische Politikerin, Leyla Zana, verkündete inzwischen ihre Kandidatur als „Unabhängige" für Amed – dort war sie bereits 1991 als erste Kurdin ins türkische Parlament gewählt worden. 1994 folgte die Rache des Staats: Sie wurde wegen Landesverrats und „Unterstützung einer terroristischen Organisation" zu 15 Jahren Haft verurteilt.

Gewalt zum Newroz-Fest

Im Anschluss an das zentrale Newroz-Fest in Amed war es Sonntag Abend zu schweren Übergriffen der Polizei mit Wasserwerfern und Tränengas auf zehntausende Demonstranten gekommen. Die Demonstranten wollten zum Kosuyolu-Park im Stadtzentrum, wo die Partei für Frieden und Demokratie BDP große Zelte errichtet hatte. Bis zu den Parlamentswahlen im Juni soll hier über die von der Partei vorgeschlagenen Perspektiven der Lösung der kurdischen Frage in Form einer demokratischen Autonomie diskutiert werden. Behelmte Polizeibeamte hätten Gasgranaten direkt in flüchtende Gruppen vorwiegend aus Frauen und Kindern hineinschossen, berichten Newroz-Delegationen. „Die ganze Innenstadt war von einer Gasschicht überzogen", erzählte ein Fotograf. „Es war fast unmöglich zu atmen. Ältere Menschen brachen zusammen". Jugendliche wehrten sich mit Steinwürfen und Molotowcocktails gegen die mit Panzerwagen aufgefahrene Polizei.
Abgeordneten der BDP, die im Juni nicht wieder gewählt werden, droht nach dem Verlust ihrer Immunität eine mehrjährige Gefängnisstrafe. Das beklagte die Parteivorsitzende Gültan Kisanak. In insgesamt 587 gegen 19 BDP-Abgeordnete eingeleiteten Strafverfahren fordert die Staatsanwaltschaft zusammen 2606 Jahre Haft. Die Abgeordneten werden unter anderem angeklagt, weil sie politische Reden in kurdischer Sprache gehalten hatten oder in ihren Reden den Vorsitzenden der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans PKK in höflicher Form als „Herr Abdullah Öcalan" bezeichnet hatten. Trotz der drohenden Gefängnisstrafen soll rund die Hälfte der bisherigen Abgeordneten nicht mehr kandidieren. Stattdessen will die Partei Politiker nominieren, die zurzeit als angebliche PKK-Unterstützer vor Gericht stehen. Im Falle ihrer Wahl kämen diese aus dem Gefängnis frei.

(jW , 21. 22.3., ISKU)

Meldungen

Erklärung der BDP zu den Aktionen des zivilen Ungehorsams
Wieder einmal hatte das kurdische Volk Newroz 2011 kraftvoll ihre Forderungen nach Frieden, Demokratie und Freiheit bekundet. Von den Plätzen auf denen die diesjährigen Newrozfeierlichkeiten stattfanden, demonstrierten Millionen KurdInnen zu den Zelten der Demokratischen Lösung. [...]
Die staatlichen „Sicherheitskräfte" haben versucht, Parlamentarier, Friedens-Mütter und DemonstrantInnen mit Gasbomben, Pfeffergas und Schlagstöcken ihrer universellen demokratischen bürgerlichen Rechte zu berauben. Viele Menschen, darunter gewählte PolitikerInnen sowie Parteimitglieder der BDP, wurden und werden weiterhin in Gewahrsam genommen. [...]
Eine Lösung der kurdischen Frage kann nicht mit verstärkten Angriffen auf die Bevölkerung und ihren gewählten PolitikerInnen gefunden werden. Das Konzept der AKP-Regierung, eine Lösung des Problems ohne die KurdInnen zu suchen, führt zu einem Anhalten des Krieges und zu Stillstand in der Türkei.
Seit 30 Jahren ist die kurdische Bevölkerung im Widerstand gegen ihre Verleugnung und Assimilation. Für ein demokratisches, freies Land setzt es sich mit zivilem demokratischen Widerstand gegen den Staatsterror zur Wehr. Nicht müde werdend wiederholt die Bevölkerung ihre Forderungen nach einem Stopp der militärischen Operationen sowie der Repression. Es fordert das Recht auf Bildung in der Muttersprache und die Bereitstellung verfassungsrechtlichen Garantien für die Verwendung der Muttersprache in der Öffentlichkeit. Die Aufhebung der 10%-Hürde, die die Vertretung der kurdischen Bevölkerung bei der politischen Arbeit behindert sowie die Freilassung aller politischen Gefangenen.
Um diesen Forderungen Nachdruck zu erteilen wird am 24. März um 12 Uhr in Amed (Diyarbakır) ein unbefristeter Sitzstreik beginnen, bis sich eine Antwort herausbilden wird. Dieser Sitzstreik wird auf weitere Städte ausgeweitet. Unter der Parole „Entweder Freiheit oder Freiheit" ruft die kurdische Bevölkerung für ihre legitimen Forderungen die internationale Öffentlichkeit zur Solidarität auf.

(ANF, 24.3., ISKU)

Ehemaliges Mitglied von Spezialeinheiten:

„Wenn eine Kommission eingerichtet wird, erzähle ich alles“

Das ehemalige Mitglied der Spezialeinheiten des türkischen Militärs, Ayhan Çarkin, hat erklärt, wenn die von Herrn Öcalan vorgeschlagene Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission eingerichtet wird, er alles erzählen werde. Çarkiz, der ausdrücklich seinen Respekt für Abdullah Öcalan äußerte, erklärte: „Wir haben alle Blut an unseren Händen. Diesem Volk wurden so furchtbare Dinge angetan.“
In einer Erklärung, die er der Zeitung Radikal gegenüber abgeben hat, nimmt er als „Mörder“ an der Newroz-Feier Teil und erzählte von „furchtbaren Dingen“, die der kurdischen Bevölkerung angetan worden sind.

An unseren Händen klebt Blut
Çarkiz sagte: „Ich war Teil einer Spezialeinheit mit 320 Mitgliedern, die 1986 in den Südosten [der Türkei] geschickt worden war. Ich blieb bis 1990 in der Region. Uns allen klebt Blut an den Händen. Wir haben so furchtbare Dinge diesem Volk angetan. Wo wir hingegangen sind, haben wir uns einen Mann ausgesucht, ihn vor allen auszogen. Wir haben die Bewohner des Dorfs zusammengetrieben und ihn vor allen zusammengeschlagen. Was steht hinter der Einstellung, Kurden splitternackt auszuziehen, weil sie PKKler sein sollen? Das können nicht Atatürks Soldaten sein.

Wir müssen uns bei den KurdInnen entschuldigen
„Es ging nicht um Antiterrorkampf, sondern Landesverrat. Ich habe gesehen, wie gegen dieses Volk [das kurdische] Flugzeuge eingesetzt wurden. Es werden Artillerie, Minen und Panzer gegen dieses Volk eingesetzt. Dieses Feuer wird uns alle verbrennen. Wir haben diese Nation in den Dreck gezogen. Wir haben Fingernägel herausgerissen, die Sprache verboten, all das haben wir getan. Aber ich bitte das kurdische Volk darum, sich von unserer Fahne nicht abzuwenden, übernehmt wenigstens ihr Verantwortung für diese Fahne. Diese Fahne braucht am meisten die KurdInnen. Das kurdische Volk ist unsere Ehre, unser Rückgrat, unser Stolz. Wir müssen uns bei den KurdInnen entschuldigen. Jetzt tauchen überall Massengräber auf. Ob man Terrorist zu ihnen sagt oder Guerilla, diese Massengräber sind eine Schande für dieses Land.“

Ich empfinde Respekt für Öcalan
Weiter erklärte er, er empfinde Respekt für den Vorsitzenden der PKK, Abdullah Öcalan: „Dieser Mann ruft seit Jahren von Imrali aus, ich rufe jetzt von hier. Ich empfinde Respekt für Öcalan. Ich respektiere ihn in wegen seiner Führungsweise. Er möchte, dass das Blutvergießen aufhört. Öcalan hat bis jetzt niemals respektlos dem türkischen Volk, der türkischen Fahne gegenüber gehandelt. Ich liebte zwei Abdullahs in meinem Leben. Abdullah Öcalan und Abdullah Çatli. Dies sind Menschen mit Führungsqualitäten. Die Kurden sollen bitte diesem Land helfen. Ich richte mich an Abdullah Öcalan: Übernimm auch Verantwortung für die Türkei, hilf uns.“

JITEM hat Massaker begangen
„1986 sind wir dorthin (in die kurdischen Gebiete) gegangen. Ein Jahr später gab es in dem Dorf Pinarcik bei Ömerli nahe Mardin ein Massaker. 30 Personen, davon 16 Kinder wurden massakriert. Ich war in diesem Dorf, alles Roch nach Blut und Pulverdampf. Das Massaker von Pinarcik beging eine Gruppe JITEM Agenten mit dem Ziel der Provokation.“ *(ANF, 22.3., ISKU)*

Polizei attackiert KurdInnen in Nisêbîn, 40 Verletzte

Tausende KurdInnen kamen im Zentrum von Nisêbîn (Nusaybin) zusammen, um gegen die Angriffe auf kurdische DemonstrantInnen von gestern zu demonstrieren. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen, als die Polizei mit Wasserwerfern und Gasgranaten angriffen.
Nach lokalen Informationen wurden 40 Personen verletzt, sowohl von Gasgranaten, als auch von Plastikgeschossen. Die BewohnerInnen erklärten, dass die meisten Verwundeten aus Angst vor Festnahmen nicht in die Krankenhäuser gegangen sind. In der vergangenen Nacht fanden Razzien durch die Polizei in Wohnungen von KurdInnen statt, sieben Personen wurden festgenommen, fünf davon unter 18. Die Festgenommenen wurden ins Polizeihauptquartier von Nisêbîn (Nusaybin) gebracht und sollen vor Gericht gestellt werden.
(ANF, 23.3., ISKU)

Körper von Guerillas zeigen Folterspuren

Guerillas, die ihr Leben trotz des einseitigen Waffenstillstandes der Guerilla bei einer Militäroperation am 14. März bei Basa (Güçlükonak) verloren hatten, wurden gefoltert. Die Körper der HPG Mitglieder Halime Baş (Şindar Eser) und Halil Dag (Nurhak Çiya) waren vom Forensischen Institut Malatya nach Amed (Diyarbakır) gebracht worden. Sie wurden von einer großen Menschenmenge am Stadteingang erwartet und dann mit Begleitung eines Konvois zum Friedhof Yeniköy gebracht worden. Auch diejenigen Einwohner, die sich am Zelt für eine Demokratische Lösung im Koşuyolu Park beteiligten, kamen zum Friedhof. Die beiden Leichen wurden zum Waschungsraum des Friedhofes mit Parolen begleitet, so etwa „Die Gefallenen sind unsterblich“, und „Die Gefallenen Kurdistans sind unsterblich“, sowie „Rache“ und „Es lebe Apo“. Die Mutter von Halime Baş sagte: „Ich werde nicht weinen, sie ist eine Gefallene für Kurdistan, Erdoğan sollte sich selbst nicht Muslim nennen“.
Während der Waschung wurde beobachtet, dass die Körper beider Guerillas gefoltert worden waren, bevor sie gestorben sind. Während die Brust von Halil Dağ aufgerissen war, war sein rechter Arm ausgekugelt und gebrochen. Am Kopf von Halime Baş wurden zwei Einschusslöcher gesehen, auch hatte sie Schnitte und Striemen an ihren Beinen sowie Brandmale von Zigaretten. Den anwesenden Personen wurde schlecht von dem Anblick und sie verließen den Raum.
(ANF 22.3., ISKU)

Weitere Zelte für eine demokratische Lösung werden eröffnet
Die Sektionen der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) in Gaziosmanpaşa, Zeytinburnu, Bağcilar und Sancaktepe erklärten gegenüber der Stadtverwaltung von Istanbul, dass man weitere Zelte für eine demokratische Lösung als Reaktion auf die Blockadehaltung der Regierung gegenüber der kurdischen Frage eröffnen wolle.
Das erste Zelt für eine demokratische Lösung wurde in Amed (Diyarbakır) vor einer Woche aufgestellt und viele weitere folgten in der Region. Die Zelte wurden von BesucherInnen überflutet in Amed (Diyarbakır), Elih (Batman), Nisêbîn (Nusaybin), Mêrdîn (Mardin) und Bazîd (Doğubeyazit) / Qers (Kars). Die KurdInnen in Elih (Batman) organsierten außerdem noch eine Massenkundgebung unter dem Motto „Demokratische Lösung“. Die VertreterInnen der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) unterstützten die Versammlung.
(DIHA, 23.3., ISKU)

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
jW	junge Welt

Termine:

Kultur- und Informationsveranstaltung
"Kurdische Frauen zwischen Tradition und Aufbruch"
Die demokratische Frauenbewegung, Basisorganisierung, Frauenkooperativen und der Kampf um die kurdische Sprache

Eintritt: 7,–/3,– ermäßigt
Eintritt frei für Kinder und alle in traditioneller kurdischer Kleidung

3. April, 11.00 - 18.00 Uhr
Völkerkundemuseum
Rothenbaumchaussee 64
Hamburg

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 509
1. April 2011

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Aktionen des zivilen Ungehorsams in Nordkurdistan trotz Polizeigewalt

Zehntausende beteiligen sich an Sit-ins

In den meisten kurdischen Kreisstädten wurden, organisiert von der linken prokurdischen Partei für Frieden und Demokratie BDP und dem Demokratischen Gesellschaftskongress DTK, „Zelte für eine demokratische Lösung" errichtet, und es finden großangelegte Sit-ins und Demonstrationen statt, an denen sich Zehntausende beteiligten. Vielerorts kam es zu heftigen Auseinandersetzungen nach Polizeiangriffen auf Demonstrationen, Zelte oder Sit-ins.
In Nisêbîn (Nusaybin) wurde dabei die BDP-Bürgermeisterin verletzt. Die großen Aktionen finden im Moment u.a. in Cizîr (Cizre), Nisêbîn (Nusaybin), Amed (Diyarbakır), Elih (Batman), Şirnex (Şırnak), Wan (Van), Mêrdîn (Mardin), Dersim (Tunceli), Dêrika (Derik), Hezex (Idil), Wêranşar (Viranşehir), Çewlik (Bingöl), Mersin, Colemêrg (Hakkari) und Agiri (Ağrı) statt, aber auch in türkischen Metropolen wie Istanbul, Bursa oder Antalya.
Die Forderungen der Aktionen sind „Erziehung in der Muttersprache", „Freiheit für die politischen Gefangenen", „Aufhebung der 10% Hürde" und „Stopp aller militärischen und politischen Operationen". Die Sitzstreiks und Demonstrationen in Elih (Batman)und Amed (Diyarbakır) stießen auf massive Polizeigewalt, unter anderem wurde der BDP-Abgeordnete Bengi Yıldız von Polizisten über den Boden geschleift, Dutzende wurden festgenommen. Aufgrund dieser Übergriffe wurde die Demonstration in Wan (Van), an der sich viele tausend Menschen beteiligten, als Sternmarsch in 6 Zügen organisiert. Die meisten Läden waren hier aus Solidarität mit der Aktion geschlossen und die Menschen begrüßten die Züge, die unter den Fahnen von KCK und PKK liefen, begeistert von den Balkonen. In Adana kam es am 27. März ebenfalls zu heftigen Kämpfen zwischen kurdischen Jugendlichen und der Polizei. In Bursa kam es zu Lynchversuchen an kurdischen DemonstrantInnen.

Nisêbîn – Polizeiangriffe auf Friedensdemonstration
Das Friedenszelt, welches Tags zuvor bei einem Polizeiangriff zerstört worden war, sollte neu errichtet werden. Als Tausende, die sich am Friedensplatz versammelt hatten, einen Demonstrationzug für eine politische Lösung beginnen wollten, griff die Polizei diesen massiv mit Gasgranaten an. Dabei wurde die BDP-Bürgermeisterin Ayşe Gökkan durch eine Gasgranate am Knie verletzt. Nach dem Angriff breiteten sich die Kämpfe auf das ganze Stadtgebiet aus. Unter den DemonstrantInnen befanden sich neben der Bürgermeisterin auch mehrere Abgeordnete wie z. B. Emine Ayna.
Die Demonstration war vor dem Loslaufen von der Polizei blockiert worden. Daraufhin blockierten tausende DemonstrantInnen an vier verschiedenen Stellen die Straßen. Die Polizei griff die Menschen mit Gasgranaten und Wasserwerfern an. Einige Polizisten warfen sogar Steine auf die Bevölkerung. Die Polizei setzte derartig massiv Gasgranaten ein, dass viele Wohnhäuser und Geschäfte beschädigt wurden. Es gab viele Verletzte und wegen der Gase übergaben sich auch kleine Kinder, die in die Wolken geraten waren. Durch die Granaten entstand ein Brand in einem Geschäft und einem Fahrzeug.
Die Bevölkerung erwiderte den massiven Polizeiangriff mit Steinen, die Kämpfe weiteten sich auf das Stadtgebiet aus. Jugendliche errichteten Barrikaden auf den Straßen und antworteten auf die Polizeiangriffe mit Steinen, Knüppeln und Molotowcocktails.
Nachdem die Bürgermeisterin verletzt ins Krankenhaus eingeliefert worden war, zog ebenfalls eine Menge vor das Krankenhaus und rief Parolen gegen die Repression.

Cizîr – Polizeiangriff auf Kundgebung
Auch in Cizîr (Cizre) wurde die Kundgebung für eine politische Lösung von der Polizei mit Gasgranaten und Wasserwerfern angegriffen. Auch hier kam es danach zu heftigen Straßenschlachten.

Antalya – Verbot des Friedenszeltes, Polizeiangriff auf sit-in
Da es der BDP-Kreisorganisation von Antalya verboten worden war, ein Friedenszelt zu errichten, besetzten DemonstrantInnen eine Straße. Der BDP-Kreisvorsitzende İhsan Nergiz erklärte dazu: „Der Gouverneur, der sich so benimmt, als wäre er der AKP-Kreisvorsitzende, hat in einer illegalen Aktion unser Zelt beschlagnahmt, bevor wir es aufstellen konnten. Wir zeigen jetzt deswegen unseren zivilen Ungehorsam, indem wir die Mehmet Atay Straße blockieren. Diese Aktion ist unbegrenzt, wir werden sie fortsetzen, bis wir unser Zelt aufstellen können." Die Menschen auf der Straße riefen: „Die Repression kann uns nicht einschüchtern", und Parolen für die PKK und ihren Vorsitzenden. Die Polizei sammelte sich und griff die Gruppe an. Es gab mehrere Festnahmen.

Bursa – Faschisten greifen Friedensdemonstration an
Eine Demonstration, die von der BDP-Kreisorganisation Bursa organisiert worden war, ist von türkischen Nationalisten angegriffen worden. Viele TeilnehmerInnen wurden verletzt, das Gebäude vom Dersim Verein, in das die panische Menschenmenge floh, ist verwüstet worden.
Zuvor waren Hunderte in der westtürkischen Stadt Bursa dem Aufruf der BDP gefolgt, um den Aktionen des „zivilen Ungehorsams" ihre Unterstützung zu zeigen. Nachdem sie schon auf weiten Streckenteilen verbal rassistisch beleidigt worden waren, griffen die Faschisten schließlich mit Steinen und Knüppeln an. Viele, auch Kinder und Alte, wurden in dieser Situation verletzt. Viele der DemonstrantInnen flohen in beigebrachte Busse. Die Faschisten griffen diese ebenfalls mit Steinen an. Viele flohen daraufhin in das Gebäude des Dersim Vereines, der von den Faschisten umzingelt wurde. Sie riefen rassistische, antikurdische Parolen. Die Polizei griff nicht ein.
(Zusammenfassung, 27.3., ISKU)

Meldungen

Kurdischer Häftling soll am 1. Mai im Iran hingerichtet werden
Der kurdische politische Häftling Şerko Maarfi soll am 1. Mai im Iran hingerichtet werden. Aktuell befindet sich Maarfi im Gefängnis der ostkurdischen Stadt Seqiz. Die Information über das Vollstreckungsdatum der Todesstrafe gelangte über die iranische Justizanstalt an lokale und oppositionelle iranische Medien.
Der 32-jährige Şerko Maarfi wurde am 2. Oktober 2008 unter dem Vorwurf, PJAK Mitglied zu sein, in der Stadt Bane festgenommen. Nach monatelangen Befragungen und Folter wurde Şerko im Januar 2009 mit der Begründung, „Krieg gegen Gott geführt zu haben", durch das iranische Revolutionsgericht von Saqiz zum Tode verurteilt. Nach einer Vielzahl von Protesten wurde allerdings die Vollstreckung der Strafe im November 2009 vorübergehend ausgesetzt.
Im Iran sind weitere 18 kurdische politische Häftlinge zum Tode verurteilt und warten auf die Vollstreckung ihrer Strafe. Ihre Namen lauten: Zeyneb Celaliyan, Şêrko Me'arifî, Hebîbûlla Letîfî, Samî Husênî, Cemal Mihemedî, Rustem Erkiya, Mistefa Selîmî, Enwer Rostemî, Îrec Mihemedî, Mihemed Emîn Agûşî, Ehmed Pûladxanî, Hesen Tale'î, 'Ezîz Mihemedizade, Hebibulla Gulperîpûr, 'Ebdûlah Sirurî, Reşîd Axkendî, Loqman Muradi und Zanyar Muradi.
(ANF, 30.3., ISKU)
urgent action von ai:
http://www.amnesty.org/en/library/info/MDE13/035/2011/en

Verhaftungswelle im Iran
Das iranische Regime hat nach den Newrozfeiern in Ostkurdistan eine Verhaftungswelle in Gang gesetzt. In Sine wurde eine große Anzahl an Menschen, darunter auch viele GewerkschafterInnen, vom iranischen Geheimdienst festgenommen.
In Kermanshah wurden drei MitarbeiterInnen einer Buchhandlung und in Kerman zwei AktivistInnen einer Kinderrechtsbewegung durch Sicherheitskräfte festgenommen.
(ANF, 28.3., ISKU)

Antrag auf Öffnung eines Massengrabes in Çatak
Es tauchen weiterhin Leichname von unzähligen KurdInnen auf, die durch den Staat ermordet und anschließend in Massengräbern verscharrt worden sind. In

Wan: Ökologisches Frauen-Dorf in Planung

Die Kommission für Geschlechtergerechtigkeit des Provinzrates von Wan (Van) hat entschieden, ein Dorf für Frauen zu errichten, in dem die Lebenssicherheit von Frauen gewährleistet werden soll, die bedroht und unterdrückt werden und die um ihr Leben fürchten müssen. In diesem Dorf soll die Lebenssicherheit der Frauen gewährleistet werden, sie sollen vollen Zugang zu einem Gesundheits- und Bildungssystem erhalten und gleichzeitig in einem ökologisch ausgerichteten Dorf organische Landwirtschaft und Tierzucht betreiben.
Frauen, die im jungen Alter für Brautgeld verheiratet werden, die aufgrund des Ehrbegriffes ermordet werden, die bei der Polizei verzweifelt um Unterstützung bitten, doch wieder zurück zu ihren Mördern geschickt werden, die Opfer von Belästigungen und Vergewaltigungen werden, die ständiger physischer und psychischer Gewalt ausgesetzt sind – aufgrund der täglichen Ereignisse dieser Art, die auf Seite drei der türkischen Presse in Form von kurzen Meldungen erscheinen, hat der Provinzrat von Wan sich für ein solches „Frauendorf" entschieden. Die Arbeiten für den Aufbau des 150 Hektar großen Dorfes in Wan, in dem Frauen aus Wan, Bitlis, Agiri (Ağrı), Muş, Erdexan (Ardahan), Îdir (Iğdır), Colemêrg (Hakkari), Erzirom (Erzurum) und Qers (Kars) Platz finden sollen, haben bereits begonnen.
Für die Sicherheit der Frauen wird die Stadtverwaltung Wan verantwortlich sein. Außerdem sollen die Frauen dabei unterstützt werden ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit zu gewinnen. So sollen berufsausbildende Kurse im Dorf angeboten werden. In dem Dorf sollen die Frauen einerseits die Möglichkeit erhalten, sich psychologisch zu rehabilitieren und sich andererseits darauf vorbereiten können, sich sozial und wirtschaftlich von neuem in die Gesellschaft einzubringen. Die Frauen sollen dann selbst die Entscheidung fällen dürfen, wann sie das Dorf verlassen und ihr Leben von Neuem aufbauen wollen.
Ein Großteil des Dorfes soll in Grünflächen umgewandelt werden und als Energiequelle soll vor allem die Solarenergie verwendet werden. Geplant sind einstöckige Häuser mit Vorgarten, so dass die Frauen im Sommer im Garten und im Winter in Gewächshäusern anbauen können. Die Produktion und der Konsum sollen vollständig auf natürlicher Grundlage basieren und für den Tausch soll es einen zentralen Marktplatz geben.
„In einer zweimonatigen Vorarbeit haben zivilgesellschaftliche Organisationen und Frauenvereine das Projekt ausgearbeitet und somit die Grundlage für das erste Rehabilitationszentrum für Frauen in dieser Form in der Türkei erarbeitet", so die Vorsitzende des Provinzrates von Wan Semira Varli. Ziel sei es, dass alle Frauen, die dieses Dorf verlassen, anschließend in der Lage sind, wirtschaftlich auf eigenen Beinen zu stehen. Das Dorf soll zum 8. März 2012, dem Weltfrauentag, fertiggestellt werden.
(ANF, 31.3., ISKU)

Vergeltungsaktionen der Guerilla

Der türkische Staat setzt seine Kriegsoperationen in den kurdischen Gebieten sowohl in Nord- als auch in Südkurdistan fort. Obwohl sich die kurdische Guerilla weiterhin in Defensivstellung befindet, hören wir täglich von Bombardierungen und Bodenoperationen in der Region Colemêrg (Hakkari), Şirnex (Şırnak), Muş, Çewlik (Bingöl), Zap, Zagros und vielen anderen Orten. Am 14. März wurden nach einem auf einen Hinterhalt des türkischen Militärs folgenden zweitägigen Gefecht drei Guerillas in der Region Gabar bei Şirnex (Şırnak) getötet. Die Leichen waren, als sie den Angehörigen übergeben wurden, verstümmelt, wiesen Hämatome, Schnittverletzungen, Kopfschüsse und Spuren ausgedrückter Zigaretten auf. Weiterhin führten Sicherheitskräfte massive Angriffe auf die Bevölkerung im Rahmen des Newrozfestes durch.
Im Rahmen der momentanen Strategie der Guerilla werden keine eigenen offensiven Aktionen gestartet, sondern nur nach solchen kriegerischen Handlungen Vergeltungsaktionen durchgeführt. Sie hat die Phase der völligen Aktionslosigkeit aufgrund der permanenten Angriffe auf die Bevölkerung und der Guerilla am 1.März beendet. Sie erklärte ausdrücklich, sie werde auf Angriffe auf sie oder auf die Bevölkerung entsprechend reagieren. So verübte die Guerilla einen Angriff auf einen Militärkonvoy in Sêrt (Siirt) wegen des Todes von drei Guerillas und Vergeltungsaktionen für die Angriffe der Polizei auf die Bevölkerung in Hani/Amed (Diyarbakır) und Heskîf (Hasankeyf).

Angriff auf Militärkonvoy am 21. März
Am Tag des Newrozfestes, am Morgen um 7:30 Uhr, führten nach einer Erklärung des Pressezentrums der Volksverteidigungskräfte HPG Guerillas einen Vergeltungsangriff auf einen zur Operation ausrückenden Militärkonvoy in der Region Sêrt (Siirt)/ Dihê (Eruh) durch. Bei dem Angriff starben 3 Soldaten, viele wurden verletzt.

Raketenangriff auf Polizei- und Jandarmadirektion in Hani
Am 24.3. gegen 20:50 Uhr griffen kurdische Guerillas die regionale Polizeidirektion als Antwort auf die massive Repression gegen die kurdische Bevölkerung um Newroz herum an. In Folge des Angriffs geriet das Gebäude der Polizeidirektion in Brand, der bis in die späten Nachtstunden nicht gelöscht werden konnte.
Nach der Aktion rückte das Militär in der Region aus, und es kam zu einem kurzen Gefecht ohne Verletzte oder Tote auf Seiten der Guerillaeinheiten
.

Heskîf – Angriff auf Polizeipatrouille
In Heskîf (Hasankeyf) eröffnete eine Einheit der HPG das Feuer auf eine Polizeipatrouille. Die Aktion sollte ebenfalls als Vergeltung für die Polizeiangriffe an Newroz, die Angriffe auf die Friedenszelte und die Beerdigungen von getöteten Guerillas der letzten Tage gelten. Am 23. März um 18.00 Uhr führten die Guerillas den Angriff durch, bei dem zwei Polizisten verletzt wurden. Sie flohen aus ihrem Auto ins Stadtzentrum und verletzten einen Zivilisten, nachdem sie nach dem Rückzug der Guerrilla willkürlich das Feuer eröffneten. Die Guerilla erklärte, dass sich im Aktionsgebiet keine ZivilistInnen befunden haben. Sie zerstörten das verlassene Polizeifahrzeug, nachdem die Insassen ins Stadtzentrum geflohen waren.
(ANF, 26.3., ISKU)

Çatak wurde ein solches Massengrab identifiziert, in dem sich vermutlich 28–30 Guerillaleichen befinden sollen.
Die Leichname der Guerillakämpfer sollen nach einer militärischen Auseinandersetzung in der Nähe des Dorfes Görentaş vergraben worden sein. Unter ihnen soll sich auch der Leichnam der deutschen PKKlerin Andrea Wolf (Ronahî) befinden.
Die Familie des ebenfalls bei dem Gefecht ermordeten PKK Guerillas Kamuran Inalkaç, dessen Leichnam sich vermutlich auch in dem Massengrab befindet, hat sich an den Menschenrechtsverein IHD in Wan (Van) gewandt, damit dieser eine Öffnung des Massengrabes beantragt.
(ANF, 4.3., ISKU)

Angriffe in Sêrt mit Gasgranaten
Zahlreiche DemonstrantInnen waren nach Newala Qeseba mit der Forderung gezogen, dass die zahlreichen Massengräber endlich geöffnet werden sollen. Nachdem in Newala Qeseba hierzu Reden gehalten worden waren, wollte die Menschenmenge ihre Demonstration zurück ins Stadtzentrum fortsetzen. Allerdings wurden sie von einem Großaufgebot an Sicherheitskräften und zahlreichen Panzern aufgehalten. Hierauf organisierten die DemonstrantInnen ein Sit-in. Der anwesende BDP Co-Vorsitzende Selahattin Demirtaş hielt eine Rede, in der er betonte, dass man so lange Widerstand leisten werde, bis der Vertreter dieses Volkes (gemeint ist Abdullah Öcalan) und alle anderen politischen Inhaftierten freigelassen seien.
Nach der Rede wollte sich die Menge auflösen. Allerdings setzte die Polizei in diesem Moment ohne Vorwarnung zum Angriff mit Gasgranaten ein. Eine Gasgranate zielte in den Bus der BDP, in welchem sich Selahattin Demirtaş und der Bürgermeister des Stadtbezirks Sur, Abdullah Demirbaş aufhielten. Neben diesen wurden zahlreiche ältere Frauen und Kinder durch das Gas in Mitleidenschaft gezogen.
(ANF, 28.3., ISKU)

Quellen:

ANF Fırat Nachrichtenagentur

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 510
8. April 2011

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Türkei eskaliert Krieg

Ungeachtet der immer explosiveren Lage in Nordkurdistan/-Türkei, nehmen seit Beginn des Monats März parallel zu den Polizeiübergriffen auf kurdische Feste und Demonstrationen auch die Militäroperationen massiv zu. Im Moment geschehen großangelegte Truppenverlegungen an die Grenzen nach Südkurdistan. Die Grenze wird mit neuen Militärbasen weiter aufgerüstet und in den Angriffen des letzten Monats haben 14 Guerillas ihr Leben verloren. Von diesen getöteten Guerillas wurden die Leichen von mindestens dreien verstümmelt. Außerdem wurden nach Augenzeugenberichten die sieben am 1. April getöteten Guerillas lebend gefangengenommen und sind somit möglicherweise Opfer einer extralegalen Hinrichtung geworden. Genaueres dazu wird in den nächsten Tagen zu erfahren sein. Die Regierung spitzt auf diese Weise anscheinend die Spannungen vor den Wahlen zu. Insbesondere in den letzten Wochen fand dies statt, als die AKP Regierung versuchte und immer noch versucht, die Aktionen des „zivilen Ungehorsams für eine politische Lösung" mit Gewalt niederzuschlagen, dies, wie auch die sich steigernden Militäroperationen lassen die Sorge wachsen, dass schwere Kämpfe und Angriffe vor den Wahlen zum 12. Juni bevorstehen.

Angriffe auf kurdische Bevölkerung und ihre RepräsentantInnen

Nachdem die Regierung bis zum 1. März keinerlei positiven Schritt eines Entgegenkommens unternommen hatte, beendete die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans KCK ihren 6 monatigen Waffenstillstand am 1. März 2011. Dennoch erklärte die Guerilla, dass sie sich weiterhin ausschließlich darauf beschränken werde, auf Militäroperationen und Angriffe zu reagieren und selbst keine Angriffe ohne diesen Hintergrund auszuführen. Demgegenüber brachte die Regierung gegen die friedlichen Aktionen des zivilen Ungehorsams, die von der linken, prokurdischen Partei für Frieden und Demokratie BDP und dem demokratischen Gesellschaftskongress DTK am 24. März begonnen worden waren, sofort die Polizei in Anschlag, welche die Veranstaltungen vielerorts aufs heftigste attackiert. Unter den bei den Angriffen verletzten waren Bürgermeister _innen, Abgeordnete und andere zivile kurdische Repräsentant _innen. Jeden Tag kommen Nachrichten von neuen Festnahmen hinzu, die allein in der letzten Woche wieder in die Hunderte gehen und deren Zahl im Moment kaum noch zu erfassen ist. Weiterhin wurde der BDP-Bürgermeister der kurdischen Kreisstadt Elbak (Başkale) seines Amtes enthoben, da er „Propaganda für eine verbotene Organisation" gemacht haben solle. Etliche Personen aus der BDP-Führung und -Basis von Gever (Yüksekova), Wan (Van), Qoser (Kızıltepe) und anderen Städten wurden inhaftiert. Mittlerweile befinden sich mehr als 2000 politische Repräsentant_innen aus Stadtparlamenten, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Journalist_innen, Gewerkschafter_innen u.a. Personen des zivilen Lebens in Haft. Legale Politik wird auf diese Weise für die kurdische Bevölkerung verunmöglicht.

Militäroperationen in Nordkurdistan

Während das türkische Militär seine Kräfte an den Grenzen zusammenzieht, werden die südkurdischen Regionen täglich mit Artillerie und Mörsern bombardiert. Die Truppenbewegungen an der Grenze deuten auf die Vorbereitung eines großen grenzüberschreitenden Angriffs hin. Gleichzeitig finden seit Beginn des Monats März großangelegte Operationen insbesondere in Şirnex (Şırnak), Dersim (Tunceli), Muş, Çewlik (Bingöl), Colemêrg (Hakkari), Amed (Diyarbakır) und Êlih (Batman) statt. Am 14. März wurden 3 Guerillas in Şirnex (Şırnak) und am 18. März vier Guerillas in Çewlik (Bingöl) getötet. Alle diese Guerillaeinheiten befanden sich in Defensivposition, bereiteten also keine eigenen Angriffe vor. Die Guerilla führte daraufhin für diese getöteten Guerillas und die Polizeiangriffe auf die Bevölkerung mehrere Vergeltungsaktionen durch, bei denen am 21. März in Şirnex (Şırnak) 3 Soldaten ums Leben kamen und am 23. März in Hêskîf (Hasankeyf) zwei Polizisten verletzt wurden und ein Polizeifahrzeug ausbrannte. Der Angriff auf die Polizei in Hêskîf (Hasankeyf) diente nach Erklärung der Guerilla ausdrücklich der Vergeltung, der Polizeiangriffe auf friedliche Demonstrant_innen. Am Morgen des 1. April wurde die Nachricht eines Gefechtes in Hatay bekannt. Es wurde erklärt, dass im Kreis Hassa 7 Guerillas ihr Leben verloren hätten. Nach Augenzeugenberichten wurden die Guerillas lebend gefangen genommen und dann hingerichtet. Nach diesem Angriff wurde direkt in der Region Osmaniye ein Militärkonvoy angegriffen, ein Soldat starb, sechs wurden leicht verletzt.

Artillerie- und Luftangriffe – bombardierte Dörfer

Das türkische Militär setzt massiv Artillerie gegen die unter der Kontrolle der Guerilla stehenden Gebiete Zap und Haftanin ein. Es gibt keinen Tag an dem nicht bombardiert wird. Aufgrund des Bombardements befanden sich im letzten Jahr etwa 50.000 Menschen auf der Flucht, denn insbesondere zivile Ansiedlungen geraten immer wieder in das Visier der Bombardierungen und es entstanden schwere Sachschäden an Siedlungen und Agrarflächen. Im Zusammenhang mit diesen Angriffen wurden nach langer Pause wieder Luftangriffe geflogen. Am 29. März griffen türkische F-16 Bomber u.a. das Dorf Ayvan in der Region Besta 2 Stunden lang an. Am 31. März versuchten erneut F-16 Bomber, diesmal in das Zap-Gebiet einzudringen, sie wurden jedoch von den Luftabwehrstellungen der kurdischen Guerilla daran gehindert und mussten sich zurückziehen. Zwischen dem 30. und 31. März wurde die Region auch breit von Kobra-Kampfhubschraubern bombardiert, die aber ebenfalls mehrfach von den Luftverteidigungsstellungen der Guerilla zum Rückzug gezwungen werden konnten. Vor, während und nach den Angriffen erfolgten immer wieder Einsätze von Predator und Heron Drohnen.

Auch die Berge in der Region Dersim werden aus Kobrahubschraubern bombardiert. Große Teile der bewaldeten Flächen wurden schon durch die Brandbomben aus den Hubschraubern in den letzten Jahren zerstört. U.a. ist in diesem Zusammenhang auch der Einsatz von Phosphorbomben bekannt geworden.

(ANF, DIHA, 1.4., ISKU)

Meldungen

Polizeiübergriff auf „Demokratisches Lösungszelt" in Berlin

Die Berliner Polizei hat am Dienstag gewaltsam eine Protestaktion von Kurdinnen und Kurden auf dem Alexanderplatz verhindert. Eine Woche lang sollte mit einem „Demokratischen Lösungszelt" über die Unterdrückung des kurdischen Volkes in der Türkei und die Forderungen der kurdischen Freiheitsbewegung nach kulturellen, demokratischen und sozialen Rechten informiert werden. Obwohl ein Pavillon ordnungsgemäß angemeldet war, wurde das Zelt von der Polizei demontiert und beschlagnahmt.

Dieses Vorgehen der Berliner Polizei fügt sich ein in eine jahrelange Repressionspolitik gegen politisch aktive Kurdinnen und Kurden in der Bundeshauptstadt. Kaum eine kurdische Demonstration kann ohne schikanöse Auflagen stattfinden, fast immer kommt es zu Polizeiübergriffen, Knüppeleinsätzen und Festnahmen. Mehrere Festivals wurden in den letzten Monaten verboten.

Mit den „Demokratischen Lösungszelten" in deutschen Großstädten wie Berlin, Frankfurt und Köln unterstützt die Föderation kurdischer Vereine in Deutschland Yek Kom die seit dem Newroz-Fest am 21.März angelaufene Kampagne zivilen Ungehorsams in der Türkei/Kurdistan. Um die „Demokratischen Lösungszelte" in türkischen und kurdischen Städten versammeln sich seit Wochen Zehntausende Menschen. Ihre zentralen Forderungen laufen auf Anerkennung der Rechte des kurdischen Volkes einschließlich muttersprachlichem Unterricht, der Freilassung der über 2000 zivilen politischen Gefangenen, einem Ende der Militäroperationen und der Schaffung eines demokratischen Wahlrechts ohne die Zehnprozenthürde. Mehrfach wurden die „Demokratischen Lösungszelte" von der türkischen Polizei attackiert und verboten, zahlreiche Menschen wurden dabei verletzt oder festgenommen.

Offensichtlich stellt sich die Berliner Polizei mit ihrem Vorgehen in eine Linie mit ihren türkischen Kollegen. Einmal mehr wird damit deutlich, dass Deutschland Kriegspartei auf Seiten der türkischen Regierung und des türkischen Militärs ist, die jede politische Lösung unter

Türkisches Militär erleidet Verluste bei Bodenoperation gegen Guerilla

Bei dem Versuch am 2. April 2011 in Bilican in der Region Çelê (Çukurca) eine grenzüberschreitende Bodenoperation durchzuführen, erlitt das türkische Militär aufgrund der Gegenwehr der Volksverteidigungskräfte (HPG) schwere Verluste. Bei zwei Gefechten im Bilican Tal starben 9 türkische Soldaten.

Als Truppen vom Militärstützpunkt Bilican aufbrachen, um in die Medya-Verteidigungsgebiete einzudringen, führten die HPG nach eigenen Angaben zwei Angriffe auf die vorrückenden Truppen aus. Am Nachmittag des 2. April gegen 17.00 Uhr fielen zunächst fünf Soldaten, die daraufhin etwa 15 Minuten später anrückende Verstärkung wurde von einer anderen Guerillaeinheit angegriffen, dabei starben drei Soldaten. Die Soldaten schossen bis in die Morgenstunden des 3. April ungezielt um sich. Es wurde mit Artillerie und Mörsern auf die Gebiete, die unter der Kontrolle der Guerilla stehen, geschossen.
Nachdem die Soldaten nach diesem ersten Versuch die Grenze zu überschreiten gescheitert waren, versuchten sie es am 3. April in der Nähe erneut. Gegen 14.30 Uhr stießen sie erneut auf die Verteidigung der Guerilla, bei der ein Soldat starb.
Während das türkische Militär die Region pausenlos aus Mörsern und Artillerie beschoss, antwortete die Guerilla ebenfalls mit schweren Waffen gegen das türkische Militär. Am 3. April zwischen 17.00 und 18.00 Uhr griffen Guerillaeinheiten mit Mörsern ein Panzerbataillon an, über Verluste auf Seiten des türkischen Militärs ist noch nichts bekannt.

Die Artillerieangriffe des türkischen Militärs auf Dörfer in den Medya-Verteidigungsgebieten wurden ab 19.00 Uhr fortgesetzt und dauern an.
Es rollen momentan massiv militärische Verstärkungen in die Region Çelê (Çukurca). In den letzten beiden Tagen rollte ein Konvoy aus 50 Fahrzeugen mit Soldaten, Ausrüstung und Munition dorthin. Weiterhin führen Aufklärungseinheiten des Militärs Vorbereitungen für den Bau neue Militärbasen durch.

(ANF, 4.4., ISKU)

PJAK übernimmt Verantwortung für militärischen Angriff in Westiran

Zamaaneh, 4. April 2011 – Die Partei für ein Freies Leben in Kurdistan (PJAK) hat die Verantwortung für einen militärischen Angriff in der Nähe der westiranischen Stadt Marivon übernommen.
In einer auf der Webseite der militanten Dissidentengruppe veröffentlichten Erklärung heißt es, der Angriff sei eine Reaktion auf die Hinrichtung Hossein Khezris und „den auf die Bevölkerung Kurdistans ausgeübten Druck".
Hossein Khezri, ein kurdisch-iranischer politischer Gefangener, war im Januar ohne vorherige Information seiner Familie und seines Anwalts im Gefängnis Oroumiyeh hingerichtet worden. Ihm waren Gefährdung der nationalen Sicherheit und ein bewaffneter Überfall auf einen Grenzoffizier vor sieben Jahren zur Last gelegt worden. Khezri hatte alle Vorwürfe zurückgewiesen.
PJAK zufolge ereignete sich der Angriff in Marivon nicht wie von den staatlichen iranischen Medien angegeben am 2. April, sondern am 31. März.
Die Dissidentengruppe gibt an, dass Guerillakämpfer eine Militärbasis zwischen Oskoul und Sianav in der Nähe von Marivon angegriffen hätten, weil es dort Pläne für einen Angriff auf PJAK-Kräfte gegeben habe. Stützpunkte der PJAK seien bereits täglich unter Artilleriebeschuss genommen worden, so die Gruppe.
PJAK zufolge wurden neun Mitglieder der Sicherheitskräfte getötet, weitaus mehr seien verletzt worden. Die Basis sei „komplett zerstört" worden. In den staatlichen iranischen Medien war die Rede von vier Toten und zwei Verwundeten.
Im Februar hatte PJAK die Verantwortung für einen früheren Angriff auf Sicherheitskräfte in Marivon übernommen, bei dem vier Personen getötet bzw. verletzt wurden.
Die PJAK ist eine militante Organisation im iranischen Kurdistan, die von sich selbst sagt, für die Rechte der Kurden in Iran zu kämpfen. Die Gruppe unterhält Verbindungen zu der militanten kurdischen Gruppe PKK in der Türkei. Die Islamische Republik stuft PJAK als Terrorgruppe ein.
http://englishtogerman.wordpress.com/2011/04/04/pjak-ubernimmt-verantwortung-fur-militarischen-angriff-in-westiran/

„Globalisierte Kriegsführung – Geostrategische Interessen der BRD in Kurdistan" im Naturfreundehaus Köln-Kalk

Konferenz der Kampagne TATORT Kurdistan

Kurdistan hat für Europa und dabei insbesondere für die BRD eine entrale geostrategische Bedeutung – nicht nur als wichtigster Absatzmarkt für ihre Rüstungsgüter, sondern auch aufgrund seiner geografischen Lage als Tor zu den rohstoffreichen Regionen des Nahen Ostens und des Kaukasus.
Bereits im 19. Jahrhundert bestand daher eine enge Beziehung zwischen dem Deutschen und dem Osmanischen Reich, wodurch z. B. dem Genozid an den Armeniern im ersten Weltkrieg schweigend zugesehen wurde. Die heutigen Bundesregierungen spielen derweil eine sehr aktive Rolle im Kriegstreiben in Kurdistan. Seit sich die kurdische Bevölkerung seit Anfang der 1980er Jahre erfolgreich gegen ihre Leugnung und Ausbeutung zur Wehr setzt, ist die BRD bei der Aufstandsbekämpfung in militärischer, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht neben den USA die wichtigste unterstützende Kraft für die Türkei. In der Konferenz möchten wir die geschichtliche Entwicklung nachzeichnen, die aktuelle Rolle der BRD beleuchten und vorallem über Handlungsoptionen gegen die deutsche Kriegsbeteiligung in Kurdistan und weltweit diskutieren.
Einladung und Programm unter:
http://tatortkurdistan.blogsport.de

Einbeziehung der kurdischen Seite ablehnen und sabotieren.

Kurdistan-Solidaritätskomitee
Berlin, 5. April 2011

Syrien: Kurden beteiligen sich an Protesten
Bei den Protesten für Demokratie und Freiheit in Syrien beteiligen sich erstmals auch die Kurden. In den Städten Haseki, Qamislo und Amude gingen Hunderte für ihre Freiheiten auf die Straße. Die Proteste begannen am 15.März 2011.
Der Vorsitzende des Kurdischen Menschenrechtskomitees Radif Mustafa gab gegenüber AFP an, dass nach den Freitagsgebeten in den drei kurdischen Städten Hunderte mit der Forderung „Wir fordern nicht nur die Staatsbürgerschaft, sonder auch die Freiheit" auf die Straße gingen.
In Haseki wurden die 150 bis 200 Protestler von den Staatssicherheitskräften attackiert.
Die syrische Regierung gab zuvor an, dass sie den Zustand der seit einem halben Jahrhundert staatsbürgerlosen Kurden überprüfen wolle. Staatspräsident Bashar al-Assad erklärte, dass diese Kommission ihre Arbeiten bis zum 15. April fertigstellen und eine angemessene Lösung präsentieren wird.
Bei den Volkszählungen im Jahr 1962 wurde 20% der kurdischen Bevölkerung in Syrien die Staatsangehörigkeit entzogen. Heute macht die kurdische Bevölkerungsgruppe mit ca. 2 Mio. Menschen mehr als 10% der Gesamtbevölkerung aus.

(ANF, 1.4., ISKU)

Quellen:

ANF Fırat Nachrichtenagentur
DIHA Dicle Nachrichtenagentur

Termine:
Aufruf zur Demonstration in Hamburg – KurdInnen leisten zivilen Ungehorsam
Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan
Samstag, 9. April 2011
15 Uhr Auftakt,
16 Uhr Demonstrationsbeginn Hachmannplatz (HBF)
Abschlusskundgebung am Generalkonsulat Türkei

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 511
15. April 2011

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

15 Tote, 338 Festnahmen, 149 Inhaftierungen

Bilanz von vier Wochen Friedensaktionen

Die Aktionen des zivilen Ungehorsams und der „Zelte für eine demokratische Lösung" dauern nun schon vier Wochen an und sollen den Forderungen nach einem Ende des Krieges gegen die kurdische Bevölkerung und ihre politischen Organisationen Nachdruck verleihen. Es werden vier Hauptforderungen gestellt: „Ende der militärischen und politischen Operationen", „Freiheit für alle politischen Gefangenen, einschließlich des Vorsitzenden der PKK Abdullah Öcalan", „Absenkung der 10%-Hürde für das Parlament" und „Erziehung in Muttersprache." Auf diese Forderungen reagierte der türkische Staat mit einer neuen Festnahmewelle und militärischen Operationen. Innerhalb eines Monats wurden 15 Guerillas der Volksverteidigungskräfte HPG getötet, es wurden 338 Menschen festgenommen und 149 Inhaftiert.

Die kurdische Bewegung hat für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage schon viele Wege beschritten, nun ergriff sie mit den Aktionen des zivilen Ungehorsams, die nach dem Widerstandsfest Newroz begonnen hatten, erneut die Initiative. Die kurdische Bevölkerung ging sowohl in den kurdischen Regionen als auch im Westen der Türkei auf die Straße und versammelte sich um die „Zelte für eine demokratische Lösung", die in vielen Kreisstädten aufgestellt worden waren. Sie machten sich die oben genannten vier Forderungen zu eigen und trugen sie auf die Straße. Die Antwort auf diese Aktionen waren heftige Polizeiangriffe.

Gleich zu Beginn der Aktionen des zivilen Ungehorsams bedrohte Ministerpräsident Erdoğan die Teilnehmer und Teilnehmerinnen, indem er sagte „Wo soll das zivil sein?" Daraufhin begannen die Polizeiangriffe auf die Zelte und Demonstrationen in allen kurdischen Regionen in der Türkei. Die Zelte wurden in den Morgenstunden von Vermummten Spezialeinheiten gestürmt und Dutzende festgenommen, viele von ihnen, auch Kinder und Jugendliche, inhaftiert. Weiterhin wurden bei den Angriffen Parlamentarier und Bürgermeister der linken kurdischen Friedens- und Demokratiepartei BDP von der Polizei geschlagen. Trotz aller Angriffe leisteten die Menschen Widerstand für diese Zelte, ein Beispiel hierfür sind die Städte Kızıltepe und Nusaybın wo sich gegen die Polizeiangriffe ganze Stadtviertel tagelang verbarrikadiert hatten.

Kurz nachdem die ersten Newrozfeuer am 12. März in Amed (Diyarbakır) entzündet worden waren, wurden drei in Defensivposition befindliche Guerillas am 14.3. in Şirnex (Şırnak)/ Basê (Güçlükonak) getötet. Zuvor war schon ein HPG-Mitglied bei einem Gefecht in Folge einer Militäroperation zum 8. März in der Region getötet worden. Vor den Newrozfeiern in Amed, an denen über eine Million Menschen teilnahmen, wurden ebenfalls in der Region Çewlik (Bingöl) vier Guerillas vom türkischen Militär getötet.

Ebenfalls vor einem wichtigen kurdischen Fest, dem Geburtstag von Abdullah Öcalan, wurden am 1. April in Hatay sieben Guerillas getötet. In der Phase der Aktionslosigkeit der kurdischen Guerilla, in der auch keine Aktionen im Rahmen der Selbstverteidigung durchgeführt worden waren, die vom 13. August bis zum 1. März andauerte, waren 36 Guerillas vom türkischen Militär getötet worden. Im Moment werden weiterhin großangelegte Militäroperationen durchgeführt und Truppen an der Grenze konzentriert. Insbesondere auf dem Luftweg wurden Spezialeinheiten in die Region gebracht und es wurden Konvoys von über 100 Fahrzeugen mit Soldaten und militärischem Gerät allein in die Region Colemêrg (Hakkari) verlegt. Spezialeinheiten bereiten den Bau einer Brücke über den Hezilfluß nach Südkurdistan für Panzer und Artillerie vor. In Mêrdîn (Mardin) werden an paramilitärische Dorfschützer schwere Waffen und Militärausrüstung verteilt und sie werden aufgerufen, sich bereit zu halten.

Hier nun einige Beispiele der letzten Wochen:

- 15. März, Şirnex: Großangelegte Militäroperation
- 19. März, Şirnex/Dersim: Weitere großangelegte Operationen. In die Jandarma Kaserne am Fuß des Kato Berges werden tausende Soldaten und 26 Laster mit Ausrüstung transportiert
- 29. März, Colemêrg (Hakkari) /Şemzînan (Şemdinli): Grenzüberschreitende Militäroperation
- 31. März, Colemêrg /Şemzînan: Weitere 200 Soldaten werden in Zivilfahrzeugen in die Region gebracht
- 31. März, Dersim: Operation weitet sich auf fünf weitere Bezirke aus, Panzer und Hubschrauber werden eingesetzt
- 1. April: Generalstab erklärt „Temporäre Sicherheitszonen", deren Betreten für die Bevölkerung verboten ist, in dreizehn Regionen in vier Landkreisen
- 1. April: Militäroperationen weiten sich eskalierend aus

(ANF, 9.4., ISKU)

Syrien: Staatsbürgerschaft für KurdInnen

Der syrische Präsident Baschar Al Assad hat bekanntgegeben, dass Kurden im Osten von Al Hassake ab sofort syrische Staatsbürger werden. Das berichtete Al Dschasirah.

Es sei unklar, für wie viele Menschen die Regelung gelte; in der Provinz leben derzeit mindestens 150.000 Kurden, die als Ausländer registriert sind, was auf eine Volkszählung im Jahr 1962 zurückgeht. Von kurdischer Seite hieß es, man werde den friedlichen Kampf für Rechte und Demokratie weiter fortführen, so zitiert Al Dschasirah Habib Ibrahim, Chef der Demokratischen kurdischen Einheitspartei als kurdischen Führer. „Die Staatsbürgerschaft ist das Recht eines jeden Syrers und kein Gefallen und nichts, was jemand einem anderen gewähren kann", so Ibrahim.

Weiterhin soll der Gouverneur der Provinz Homs entlassen worden sein. In der Region wurde ebenfalls häufig demonstriert, wobei auch die Entlassung des Gouverneurs gefordert wurde. Am Dienstag sollen zudem 48 KurdInnen aus der Haft entlassen worden sein. Sie waren vor über einem Jahr in Raqqa verhaftet worden.

Zu Beginn der Woche hatte sich Assad mit kurdischen Vertretern getroffen und über deren Forderungen gesprochen. Zudem machte er Zugeständnisse an konservative Forderungen, indem er das Kasino schloss und Lehrerinnen wieder erlaubte, mit Gesichtsschleier vor der Klasse zu stehen. *(SN, 8.4., ISKU)*

Meldungen

Militäroperationen in Dersim dauern an

Die türkische Armee führt ihre umfangreichen Militäroperationen in Dersim gegen die Guerilla in Pulumur und Mazgirt fort. Lokale Quellen berichten, dass tausende Soldaten in die Gegend des Dorfes Ambar in den Pulumur und Mazgirt Bergen verlegt worden sind. Es wurde jedoch bisher nicht von Gefechten berichtet. In der vergangenen Woche war es in der Nähe des Dorfes Ahvanos zu heftigen Gefechten zwischen der Armee und der Guerilla gekommen.

(ANF, 12.4., ISKU)

KandidatInnen vorgestellt

Die BDP veröffentlichte die Profile iher KandidatInnen. 66 unabhängige KandidatInnen des Blocks „Arbeit, Demokatie und Freiheit", der von der BDP unterstützt wird, veröffentlichten ihr Profil. Am 12. Juni werden sie sich der Wahl stellen. Unter den KandidatInnen sind 13 Frauen, also 20 Prozent der BewerberInnen. Das Durchschnittsalter der KandidatInnen ist 48. 39 von ihnen haben einen Universitätsabschluss, 20 höhere Schule, sechs einen Grundschulabschluss. *(ANF, 13.4., ISKU)*

Erdogan verteidigt Wahlhürde

Der türkische Premierminister R. Tayyip Erdoğan hat am Mittwoch erneut die 10%-ige Wahlhürde verteidigt, die von politischen Parteien das Erreichen von mindestens 10% der Wählerstimmen für den Einzug ins Parlament verlangt und somit effektiv Minderheiten von politischer Mitbestimmung ausschließt.

In einer Antwort an die parlamentarische Versammlung der europäischen Kommission erklärt Erdoğan: „Die Entscheidung, die Hürde zu senken oder beizubehalten, ist keine Frage der demokratischen Entwicklung. Die Hürde bestand bereits, als wir an die Macht gekommen sind. Es ist keine Frage der Demokratie." Er unterstrich seine Position mit den Worten: „Wir werde Ihnen (den Europäern) solche Fragen nicht stellen, und Sie sollten das auch nicht tun."

Erdoğan führte aus, dass es keine Assimilationspolitik gegenüber KurdInnen gäbe, ungeachtet der zahlreichen Gesetze, die die öffentliche Verwendung der kurdischen Sprache untersagen.

Die 10%-Hürde kam bei den Parlamentswahlen 1991, 1995 und 1999 zur Anwendung. In allen drei Fällen konnte keine

Breite Aktionen gegen Staudammbau und Umweltzerstörung

Am Samstag dem 9. April haben sich in Ankara aus allen Landesteilen über 7.000 Menschen versammelt, um gegen die von der AKP-Regierung geplanten Wasserkraftwerke, Staudämme und Kernkraftwerke zu protestieren.
„Lebensverteidiger" von Organisationen wie Plattform der Geschwisterlichkeit der Bäche, Munzurerhaltungsrat, Nein zur Kommerzialisierung des Wassers, Wasserplattform Bursa, Initiative zur Rettung von Hasankeyf und Anti-Atomplattform Sinop haben sich in der Hauptstadt auf dem Toros Platz versammelt, um zum Kundgebungsplatz Kolej Meydani zu laufen. Der Protest wurde auch von vielen Gewerkschaften und politischen Parteien unterstützt. Auf dem Kundgebungsplatz, wo Parolen wie „Nein zu Wasserkraftwerke", „Die Bäche werden frei fließen" und „Durch Widerstand werden wir siegen" zu hören waren, fielen besonders Frauen von der Schwarzmeerregion und Dersim auf.
In der Rede der VeranstalterInnen wurde diese Kundgebung als eine Warnung an die AKP-Regierung bezeichnet. Im Falle einer Weiterführung der jetzigen Politik würden Hunderttausende nach Ankara zum Protestieren kommen. In der Rede hieß es weiter „Durch die Verteidigung des Wassers verteidigen wir auch unser Land, Ernten, Leben, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Die Gesetze der AKP wollen die Lebensgebiete zerstören und ausbeuten und uns zur Vertreibung zwingen. Als wir das zu kritisieren begannen, wurden wir als „eine Handvoll Plünderer" bezeichnet. Doch sie sind in ihrer Existenz ein Zerstörungsfaktur für die Natur des Lebens".
Im Namen der Föderation der Dersimvereine sagte Bülent Akdağ, dass die Lebensphilosophie in Dersim auf den Menschen und die Natur basiert und heute genau diese natürliche Kultur ausgelöscht werden soll. In seiner Rede betonte er, dass 1938 in Dersim zehntausende Menschen massakriert und weitere Zehntausende vertrieben und damit ein Massaker durchgeführt wurde, dass den Munzur Fluss rot färbte. Die heutigen Staudammprojekte sind nichts anderes als die Fortführung dieser Politik in der Gegenwart. Beides soll Dersim von Menschen säubern.
In einer weiteren Rede betonte Şengül Şahin von der Grünen Gerze Plattform, dass sie gegen die zerstörerischen Wasserkraftwerke auf den Straßen sind und dass „die Bäche und die unterschiedliche Bevölkerung Geschwister sind."

Marsch gegen Staudämme - Ermutigender Beginn
Umweltschutzverbände in der Türkei führen einen 40-tägigen Marsch gegen das „Gesetz zum Schutz der Natur und der biologischen Diversität“ durch, das tatsächlich den Verkauf ganzer Wasserquellen zum Zweck der Errichtung von Staudämmen gestattet. 4.000 Dämme sollen gebaut werden, ohne Rücksicht auf Bewohner, Natur und Kulturgüter. In einem bisher nicht da gewesenen Sternmarsch gehen sieben verschiedenen Gruppen quer durch ganz Anatolien. Ihr Ziel ist Mitte Mai der Regierungssitz in der Hauptstadt Ankara.
Die "Hasankeyfgruppe" ist am vergangenen Sonntag in der antiken Stadt gestartet. Am Mittwoch schloss sich eine weitere Gruppe von UmweltschützerInnen aus Antalya, Artvin, İzmir, Bodrum und der Schwarzmeerregion an. Auf den Tagesetappen wanderten zwischen 10 und 100 Menschen mit. Übernachtet wird zumeist in Privatunterkünften. In den größeren Städten finden dann Kundgebungen statt. Die Karawane wird am 16. April in Amed (Diyarbakir) eintreffen und dort von Bürgermeister Osman Baydemir begrüßt werden.

Stadtverwaltung Batman boykottiert zwei türkische Banken
Weil die beiden privaten türkischen Banken Akbank und Garantibank das Ilisu Projekt mit Krediten unterstützen und somit zur Zerstörung von Hasankeyf, einem der wichtigsten kulturellen Orte in der Region, beitragen, hat die Stadtverwaltung von Batman noch mal hervorgehoben, zukünftig weiterhin überhaupt nicht mit diesen beiden Banken zusammenzuarbeiten. Dies wurde von der Leitung und den MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung betont, als eine Ausschreibung der Stadtverwaltung stattfand, die an Banken gerichtet war. Obwohl die Garantibank das finanziell attraktivste Angebot abgab, lehnte die Stadtverwaltung dies ab, weil Garantibank zur Zerstörung einer großen Flussregion in der Provinz Batman und Hasankeyf, dem Wahrzeichen dieser Provinz, mit ihren Krediten beiträgt. Die stellvertretinde Bürgermeisterin Gülistan Akel sagte dazu, dass sie schon letztes Jahr zusammen mit der Initiative zur Rettung von Hasankeyf und Gewerkschaften die beiden Banken in Erklärungen kritisiert und zur Auflösung aller Konten bei diesen beiden Banken aufgerufen hätten und nun es bei allen MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung einen Konsens über den Boykott dieser beiden Banken gibt. *(ECA/IRH, 14.4., ANF, 13.4., ISKU)*

Frauen demonstrieren für Hediye Aksoy

Hunderte Frauen demonstrierten in Bakirkoy für die Freilassung von Hediye Aksoy, die schwere gesundheitliche Probleme hat und bisher ohne medizinische Versorgung im Gefängnis Bakirkoy inhaftiert ist.
Die Mitglieder der DÖKH demonstrierten zum Zentrum von Hava-İş und wollten von dort zum Freiheitsplatz in Bakirkoy demonstrieren. Die Polizei wollte jedoch verhindern, dass die Frauen den Verkehr stoppen und dass sie am Ufer gehen. Die Frauen setzten sich jedoch durch. Sie trugen ein Transparent mit der Aufschrift „Freilassung von Hediye Aksoy und allen kranken Gefangenen.“ Sie trugen Bilder von Hediye Aksoy und riefen bis zum Freiheitsplatz Parolen. Auch die Schwester von Hediye Aksoy, Hamziye Dursun beteiligte sich. Am Platz hielt Guney Duygu Koçak eine Erklärung im Namen der DÖKH ab. Zunächst las sie einen Brief von Aksoy vor. Sie klagte die AKP Regierung an, die Situation der Gefangenen extrem verschlechtert zu haben. Sie sagte, kranke Gefangene wie Aksoy und andere würden nicht freigelassen werden, aber der Verantwortliche für 52 Tote in Cizîre, in den Jahren 1993-95, Kukel Atak wäre freigelassen worden.
Kocak verlangte die Freilassung aller kranken Gefangenen. Im Anschluss wurde am Zelt für eine Demokratische Lösung trotz Regens getanzt.
Auch das kurdische Frauenbüro für Frieden *Ceni* gab den Beginn einer Kampagne bekannt. In einer dazu verbreiteten Erklärung heißt es: „Die Länge und Art der Strafe, die Blindheit im Kerker, die Not der Kranken widersprechen allen menschenrechtlichen Bestimmungen Europas und der zivilgesellschaftlichen Welt. Hiermit beginnen wir eine Kampagne für die Freilassung Hediye Aksoys, in der wir auch für die notwendige Operation und medizinische Versorgung Spenden sammeln. Hediye Aksoy, die fast blind ist, könnte wieder sehen. Wir wollen sie wiedersehen. Wir kämpfen für Ihre Freiheit und ihre medizinische Behandlung Kämpfen auch Sie mit uns. Über Ihre rasche und entschlossene Unterstützung würde sich Hediye sehr freuen.“
(RojTV/Ceni, 13.4., ISKU)

einzelne Partei die Macht erringen; die Regelung verfehlte jedoch ihr erklärtes Ziel, für mehr Stabilität zu sorgen, da sich alle in dieser Zeit gebildeten Koalitionen als kurzlebig erwiesen.
Die DEHAP war die führende Partei in 13 kurdischen Provinzen und konnte bei den Wahlen 2002 große Zuwächse verzeichnen. Nach der Wahl 2002 brachte der DEHAP-Kandidat für Sirnak, Mehmet Yumak, die 10%-Hürde vor den europäischen Menschenrechtsgerichtshof (ECHR). Die DEHAP hatte in Sirnak 45% der Stimmen erhalten, Yumak konnte jedoch auf Grund der (landesweiten) Hürde seine WählerInnen nicht im Parlament vertreten. Der ECHR urteilte, dass die 10%-Hürde eine Verletzung der Menschenrechte darstelle und rief die türkische Regierung auf, das Gesetz zu streichen. Eine Reaktion seitens der Regierung blieb aus.
Bei den Wahlen 2007 bildeten die kurdischen Parteien eine gemeinsame Liste unabhängiger KandidatInnen, um auf diesem Weg ihre RepräsentantInnen in das Parlament entsenden zu können. 22 KandidatInnen wurden gewählt und bildeten eine parlamentarische Gruppe, die Partei der Demokratischen Gesellschaft (DTP).
Während sich die AKP gegen eine Reduzierung der 10%-Hürde stellt, bereitet die größte Oppositionspartei CHP einen Gesetzentwurf vor, nach dem die Hürde auf 7% gesenkt werden soll. *(DIHA, 13.4., ISKU)*

Iranische Soldaten töten Schmuggler an der Grenze
An der iranisch-türkischen Grenze bei Wan-Özalp haben iranische Soldaten das Feuer auf Dörfler eröffnet, die durch Grenzschmuggel ihren Unterhalt sichern. Eyüp T. (55) verlor dabei sein Leben, der schwerverletzte Adil P. (51) wurde ins Krankenhaus von Wan eingeliefert. *(ANF, 13.4., ISKU)*

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
IRH	Initiative zur Rettung von Hasankeyf
ECA	ECA-Watch
SN	Syria News

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 512
22. April 2011

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Angriffe auf Proteste gegen Entscheidung der Wahlkommission fordern ersten Toten

Angriff auf Wahlrecht

Am 12. Juni 2011 sollen Parlamentswahlen in der Türkei stattfinden. Die Regierungspartei AKP, setzt alles daran, um einen weiteren Wahlerfolg der kurdischen Bewegung zu verhindern. Bei den Regionalwahlen 2009 setzten AKP-Funktionäre, Militärs, Regionalgouverneure massiv auf unterschiedliche legale und illegale Praxen, um die Wahl zu gewinnen. So konnten mehrere Wahlbeobachtungsdelegationen Bestechung der WählerInnen durch die AKP durch Geld, Lebensmittel und Küchengeräte aber auch offene Erpressung durch Militär und Polizei und massiven Wahlbetrug feststellen. Dennoch erlitt die Regierungspartei AKP in den kurdischen Gebieten eine gravierende Niederlage.
Dies soll nun anscheinend um jeden Preis verhindert werden. Neben den ebenfalls im Vorfeld der diesjährigen Wahlen praktizierten oben genannten Manipulationsversuchen, wird massiv gegen die linke kurdische Partei für Frieden und Demokratie (BDP) vorgegangen. Seit den Regionalwahlen im März 2009 wurden annähernd 2000 AktivistInnen, BürgermeisterInnen, StadträtInnen inhaftiert und befinden sich zurzeit in Haft. In den letzten Wochen wurde drei BDP-BürgermeisterInnen das Amt wegen politischer Äußerungen von dem AKP kontrollierten Innenministerium entzogen.

Neue Qualität der Repression
Nun holte der türkische Staat zu einem neuen Schlag aus, 12 zentralen KandidatInnen des linken „Arbeits, Freiheits und Demokratieblocks“ wurde die Kandidatur von der Hohen Wahlkommission verboten.
Den aufgrund der 10%-Hürde als unabhängige KandidatInnen antretenden kurdischen und linken türkischen PolitikerInnen Harun Özcan, Abdullah Kızılay, Mehmet Hatip Dicle, Leyla Zana, İsa Gürbüz, Çiçek Otlu, Mehmet Salih Yıldız, Ertuğrul Kürkçü, Nezir Sincar, Gültan Kışanak (Özer), Sebahat Tuncel und Şerafettin Efe wurde das Recht, gewählt zu werden, entzogen. Aufgrund massivster Proteste und öffentlichen Drucks wird die Entscheidung zu der Kandidatur von zehn der Abgeordneten erneut überprüft, Sebahat Tuncel und Şerafettin Efe werden allerdings in diese Überprüfung nicht mit einbezogen, obwohl Sebahat Tuncel seit 4 Jahren Mitglied des türkischen Parlaments ist.

Juristische Begründung
Der Entzug des passiven Wahlrechts wurde mit Verurteilungen nach dem türkischen Antiterrorgesetz bzw. Verstößen gegen das Versammlungsgesetz begründet. Sie seien insofern nach der türkischen Verfassung nicht in der Lage, ein solches Amt zu bekleiden. Dass dies ein eindeutig politisches Manöver ist, zeigt, dass ebenfalls einige der seit 2007 ParlamentarierInnen im türkischen Parlament sind und bei ihrer Wahl dies anscheinend noch keinen Anstoß erregte. Im Fall Gültan Kışanak beispielsweise stammen die angeblichen Straftaten aus der Zeit des Militärputschs von 1980, und ein Verstoß gegen das Versammlungsgesetz aus dem Jahr 1990. Weiterhin hielt die Wahlkommission die BDP bis zuletzt hin, indem sie bis zum Abend des 18.04.11 behauptete, es gebe keine Probleme mit der Kandidatur.

„Eine neue Entscheidung der Türkei zum Krieg“
Von vielen kurdischen Politikerinnen und Politikern wurde diese Entscheidung als Entscheidung zum Krieg bewertet und angekündigt, dass man sich nicht an undemokratischen Wahlen beteiligen werde. Nachdem sich die linke Partei für Freiheit und Solidarität, ÖDP schon aufgrund der Kommissionsentscheidung zum Boykott entschlossen hat, hat die BDP angekündigt, mit ihrer Entscheidung bis zur endgültigen Bekanntgabe der zugelassenen KandidatInnen am 28./29.04 zu warten.
Der Co-Vorsitzende der BDP, Selahattin Demirtaş erklärte, dass diese unerwartete Kommissionsentscheidung schwere Konsequenzen haben werde: „Dies ist eine erneute Entscheidung der Türkei zum Krieg. Die türkische Öffentlichkeit soll sich dessen sicher sein, dass das, was mit uns gemacht wird, jeglicher rechtlicher Grundlage entbehrt. Wir haben nicht die Möglichkeit wieder Kandidaten aufzustellen. Als Partei ja, aber als Unabhängige haben wir diese Möglichkeit nicht und außerdem werden wir [wenn wir als Partei kandidieren] Opfer der 10%-Hürde.“
Die Vorsitzende des Demokratischen Gesellschaftskongresses und unabhängige Kandidatin der Region Wan Aysel Tuğluk erklärte, dass die Entscheidung der Kommission eine politische sei, und dass man jetzt über alle Optionen, inklusive eines Rückzugs von den Wahlen diskutieren müsse: „Diese Entscheidung [der Kommission] ist eine Entscheidung durch die nichts gewonnen werden wird. Erneut wurde den Kurden und Kurdinnen eine deutliche Nachricht überbracht. Das Veto gegen die Menschen, die für eine Lösung der kurdischen Frage auf parlamentarischer Basis eintreten, ist ein sehr schlimmer Vorgang.“

Proteste in Kurdistan und der Türkei
Schon am Abend nach der Bekanntgabe der Entscheidung der Wahlkommission gingen Tausende in Amed (Diyarbakır) und anderen kurdischen Städten auf die Straßen. Am 19.04. folgten weitere Spontandemonstrationen und Streiks u. a. in Amed (Diyarbakır), Êlih (Batman), Mersin, Wan (Van), Colemêrg (Hakkari), Gever (Yüksekova), Çelê (Çukurca), Şirnex (Şırnak), Cizîr (Cizre), Silopi, Istanbul und Izmir.

Bismil: Demonstrant durch Sicherheitskräfte erschossen
Bei den Protesten gegen die Entscheidung der Wahlkommission im Landkreis Bismil haben die Sicherheitskräfte das Feuer auf die Demonstranten eröffnet. Ein Demonstrant wurde durch zwei Kugeln in seine Brust getötet, ein weiterer wurde mit einer Schussverletzung in das Krankenhaus von Amed (Diyarbakır) eingeliefert.
Währenddessen ist die Lage in Bismil weiterhin angespannt. Mittlerweile ist zur Unterstützung der Polizeikräfte die Jandarma in das Stadtzentrum eingerückt.
Zuvor hatte Staatspräsident Abdullah Gül den unabhängigen Kandidaten der BDP Selahattin Demirtaş in seinen

→

Meldungen

Unterschriftenliste:
Wir solidarisieren uns mit dem linken „Block für Arbeit, Demokratie und Freiheit“
Protesterklärung an das YSK-Präsidium (Wahlkommission) und an den Ministerpräsidenten der Republik Türkei R. Tayyip Erdoğan
„Zu den Parlamentswahlen am 12. Juni 2011 in der Türkei tritt auch der neu gegründete „Block für Arbeit, Demokratie und Freiheit“ an. Ihm gehören neben der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) 16 weitere sozialistische und progressive Parteien sowie Gruppen an. In seiner Gründungserklärung teilte er mit, dass der Zusammenschluss nicht nur ein Wahlbündnis sei, sondern auch die Etablierung einer starken gesellschaftlichen Opposition anstrebe. Der Block werde sich für die Rechte der Arbeiter, für Demokratie und Freiheit und für eine friedliche Lösung einsetzen. Die von ihm unterstützten Kandidatinnen und Kandidaten würden nach ihrer Wahl die Stimme der Ausgebeuteten, Unterdrückten und aller anderen Opfer der derzeitigen Regierungspolitik sein. (...)“
Vollständige Liste unter: http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/erklaerungen/2011/04/06.htm

Erneute Festnahme von zwei DIHA-Korrespondenten
Seit der Gründung von der Nachrichtenagentur DIHA arbeiten wir auf der Grundlage, dass für uns der Zugang zu wahrheitsgemäßen Nachrichten und Informationen, freie Meinungsäußerung und Kritik universelle Rechte sind. Unser Motto war immer: „Mach niemals ein Zugeständnis auf Kosten der Wahrheit“.
DIHA hat sich immer gegen die Praxis der Regierung gestellt, die Medien zu beeinflussen und zu kontrollieren. Durch Veröffentlichungen ins Kurdische, Türkische und Englische versuchen wir, die freie Presse zu beleben. Aufgrund dieser Ansprüche sind unsere MitarbeiterInnen politischem Druck, Repression, Schlägen, Ingewahrsamnahmen und Festnahmen ausgesetzt. Während der vergangenen zwei Jahre waren KurdInnen und die oppositionelle Presse permanentem Druck von Seite der Regierung ausgesetzt.
Gerade erst, am Morgen des 5. April 2011, wurden in unserem Büro in Amed (Diyarbakır),

Amed: Neues Frauenprojekt zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit

Amed - Die Bezirksverwaltung von Sur und die Wirtschafts- und Beschäftigungskommission des Kongresses für eine demokratische Gesellschaft DTK haben ein neues Frauenprojekt in Angriff genommen. Bei dem Projekt geht es um das Anlegen von Pilzkulturen.
Der Bürgermeister des Bezirks Sur Abdullah Demirbaş und das Mitglied der Wirtschafts- und Beschäftigungskommission Hamit Eser erklärten öffentlich, dass mit diesem Projekt dazu beigetragen werden soll, dass alle Schichten der Bevölkerung in die Produktionsprozesse mit eingebunden werden.
Demirbaş erklärte, dass dieses Projekt den Frauen helfen soll, einen weiteren Schritt in Richtung ökonomischer Unabhängigkeit zu tätigen. Den Menschen dieser Region, die durch eine bewusste Politik in die Armut getrieben werden, dürfen nicht zusätzlich in die Abhängigkeit derer getrieben werden, die Urheber dieser Politik sind. Das Projekt soll den arbeitstätigen Frauen dabei helfen, sich selbst abzusichern und somit neues Selbstbewusstsein zu erlangen, was letztlich dazu führen wird, dass die Frauen bei ihren Bemühungen für ihre Freiheit voranschreiten werden, so Demirbaş.
In einem Pilotprojekt wurde der Anbau von Pilzkulturen in drei verschiedenen Häusern erfolgreich geprobt. Nun wolle man mit diesem Projekt binnen kürzester Zeit 100 Frauen Arbeitsmöglichkeiten bieten. Die geernteten Pilze würden dann auf den Märkten von Amed (Diyarbakır) zum Verkauf angeboten und die Einnahmen gerecht unter den Frauen verteilt werden. Des Weiteren sei ein Projekt in Planung, welches den systematischen Aufbau von Gewächshäusern auf den Dächern der Häuser vorsehe.
Das Mitglied der Wirtschafts- und Beschäftigungskommission der DTK Hamit Esat ergänzte, dass, neben dem Einbeziehen der Frauen in die Produktion, das Projekt dazu beitragen soll, eine weitere Einnahmequelle für einkommensschwache Familien zu erschließen.

ANF, 12.4., ISKU

Keine Hinrichtung von Serko Maarfi (Iran)

Liebe Freundinnen und Freunde,
im Januar 2009 wurde Serko Maarfi – mit der abstrusen Begründung, "Krieg gegen Gott geführt zu haben" – im Iran zum Tode verurteilt. Die Vollstreckung der Todesstrafe wurde allerdings nach einer Vielzahl von Protesten im November 2009 vorübergehend ausgesetzt. Nun wurde durch oppositionelle Medien im Iran bekannt, was offenbar verheimlicht werden sollte: Serko Maarfi droht die Hinrichtung am 01. Mai 2011.
Wir bitten euch gegen die drohende Hinrichtung von Serko Maarfi zu protestieren, die Information an alle euch bekannten Organisationen, Parteien, Initiativen etc. weiterzuverbreiten. Die Unterschriften werden an die Bundesregierung, das Europaparlament und an den iranischen Botschafter gesendet.
Weitere Informationen und Übersetzungen findet ihr unter: http://markus-dowe.de/index.php?option=com_petitions&view=petition&id=5
LAG MIA (Landesgemeinschaft Migration, Integration, Antirassismus) der Partei DIE LINKE. NRW
Kontakt: lag.mia@gmx.de
CENI e.V. (Kurdisches Frauenbüro für Frieden)
Kontakt: ceni_frauen@gmx.de

Fortsetzung: Angriff auf Wahlrecht

Staatspalast eingeladen, um über die Entscheidung der Hohen Wahlkommission vom Montag zu sprechen. Nach der Nachricht aus Bismil hat Selahattin Demirtaş das für heute Abend angesetzte Zusammenkommen kurzfristig abgesagt und sich auf den Weg nach Bismil gemacht.

Bilanz nach der Entscheidung der Wahlkommission (YSK): 1 Toter, 50 Verletzte und 234 Festnahmen
Bei Protesten in den Wan (Van), Colemêrg (Hakkari), Amed (Diyarbakır)und Istanbul wegen der Entscheidung der Wahlkommission YSK, aber auch gegen die laufenden KCK-Verfahren, gab es nach Angriffen der Polizei auf die Demonstranten den ganzen Tag über Straßenschlachten. Bei diesen wurden insgesamt mehr als 50 Menschen verletzt, darunter neun Polizisten. Es wurden 234 Demonstranten festgenommen.
In Wan wurden mindestens 24 Menschen verletzt und die Zahl der Festnahmen belaufen sich auf 80 Personen, darunter auch Frauen und Kinder. Den Festgenommenen wurde untersagt Kontakt zu ihren Anwälten aufzunehmen.
In Gever und im Zentrum von Colemêrg wurden bei Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten acht Menschen verletzt. Ein Schwerverletzter musste in das Krankenhaus nach Wan überliefert werden. Insgesamt gab es 15 Festnahmen. Unter dem starken Einsatz von Gasbomben seitens der Sicherheitskräfte litten vor allem die Kinder. Zehn Kinder mussten vorübergehend ins Krankenhaus von Colemêrg eingeliefert werden.
In Istanbul protestierten die Menschen gegen das Veto des YSK gegen die zwölf Wahlkandidaten des Blocks für Arbeit, Frieden und Demokratie auf dem Taksim Platz mit einer öffentlichen Erklärung. Daraufhin setze sich die Menge in Bewegung Richtung der Friedenszelte. Nach dem Ende der Protestaktion nahm die Polizei insgesamt 44 Demonstranten fest, die bislang sich nicht mit ihren Anwälten in Verbindung setzen konnten.

Politische Gefangene im Hungerstreik
Die politischen Gefangenen des E-Typ Gefängnisses von Riha (Urfa) sind aus Protest gegen die Entscheidung der Wahlkommission in einen Hungerstreik eigetreten. Mit ihrem Hungerstreik protestieren sie auch gegen die Angriffe der Polizei auf die „Zelte der demokratischen Lösung“, die in vielen Orten als Raum der Diskussion und Kommunikation als Initiative der Friedensmütter errichtet worden sind.

Amed: Protest gegen KCK-Prozesse
In Amed kamen wegen der laufenden KCK-Prozesse insgesamt 20 000 Menschen zusammen, um Freiheit für die politisch Inhaftierten zu fordern. Sie Protestierten auch gegen die Entscheidung der Hohen Wahlkommission. Bei den Protesten, die den ganzen Tag andauerten, griff die Polizei insgesamt dreimal die Menge an. Ein Demonstrant wurde schwer verletzt. Zudem gab es ca. 100 Festnahmen.

ANF, Yh, DIHA, ÖP, 18./19.4., ISKU

unsere Mitarbeiter Kadri Kaya und Erdoğan Altan in Untersuchungshaft genommen, weil sie auf den Fernsehsendern Dengê Mezopotamya und Roj TV folgende Worte benutzt haben: „Kurdistan“, „Guerilla“ und „Vorsitzender der KurdInnen, Abdullah Öcalan“. Die Regierung bezeichnet dies als ein Verbrechen.
Unsere Mitarbeiter haben sich darüber hinaus über militärische Operationen geäußert, die jetzt für „codierte Nachrichten“ an „illegale Organisationen“ gehalten werden. In der Untersuchungshaft wurden sie zu nichts befragt außer zu den Nachrichten, die sie gesendet haben. Beide Mitarbeiter werden nun angeklagt, Teil einer „illegalen Organisation“ zu sein. Mit diesen Festnahmen steigt die Anzahl unserer JournalistInnen im Gefängnis auf acht. Ali Buluş, Mehmet Karaaslan, Faysal Tunç und Behdin Tunç sitzen jeweils mehrjährige Haftstrafen ab, während Hamdiye Çiftçi und Emine Altınkaya noch auf ihre Urteile warten.
Die Pressefreiheit der Türkei ist sehr eingeschränkt durch die TMK Anti-Terror- und Pressegesetze. Es gibt keinen legalen Schutz für die oppositionelle Presse, während diese Gesetze noch in Kraft sind. Deswegen fordern wir Menschen- und Presserechtsorganisationen und die internationale Öffentlichkeit dazu auf, uns zu unterstützen.

DIHA, 19.4., ISKU

Abgeschobener in Damaskus festgenommen
Nach seiner Abschiebung nach Syrien am 13. April 2011 ist Khalid Hamid Hamid am Flughafen von Damaskus festgenommen worden. Er war am 12. April 2011 in Lebach (Saarland) festgenommen worden, als er bei der dortigen Ausländerbehörde seine Duldung verlängern lassen wollte. Der kurdische Flüchtling hatte vor neun Jahren einen Asylantrag in Deutschland gestellt.

KW, 14.4.,ISKU

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
Yh	Yüksekovahaber,
KW	KURDWATCH

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 513
29. April 2011

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Hinaus zum 1.Mai! – Hinaus für Arbeit, Freiheit und Demokratie!

Seit 120 Jahren gehen die werktätigen Menschen weltweit am 1. Mai auf die Straße gegen ein System, in dem nicht ihre Lebensbedürfnisse, sondern nur die privaten Profite des Kapitals bestimmend sind. Wir feiern den internationalen Kampftag der Arbeiterklasse im Gedenken an alle, die in diesem Kampf ihr Leben ließen. Unter dem Motto „Entweder Freiheit oder Freiheit" leistet das kurdische Volk Widerstand gegen Kolonialismus, Imperialismus und neoliberale Ausbeutung. Gemeinsam mit sozialistischen Parteien und demokratischen Persönlichkeiten hat die prokurdische „Partei für Frieden und Demokratie" BDP zur türkischen Parlamentswahl am 12. Juni den „Block für Arbeit, Freiheit und Demokratie" gebildet.

Dieser Block tritt für ein Ende des Krieges in Kurdistan und eine politische Lösung der kurdischen Frage durch demokratische Autonomie ein. Sie fordern eine neue freiheitliche Verfassung anstelle der autoritären Verfassung aus der Zeit der Militärjunta. Und sie kämpfen für die sozialen und demokratischen Rechte der werktätigen Bevölkerung. Als die Wahlkommission 12 Kandidatinnen und Kandidaten dieses Linksblocks die Kandidatur verbieten wollte, kam es zu einem Volksaufstand von Istanbul über Mersin bis Diyarbakir. Mit Knüppeln und Tränengas, Panzern und Wasserwerfern und auch mit scharfer Munition ging die Polizei gegen die kurdische Demokratiebewegung vor. Zweitausend kurdische Politikerinnen und Politiker, Bürgermeister, Gewerkschafter, Menschenrechts- und Frauenrechtsaktivistinnen befinden sich seit 24 Monaten in Haft. Gleichzeitig werden in der Westtürkei laizistische und sozialistische Regierungskritiker mundtot gemacht. Rund 60 türkische und kurdische Journalisten sitzen im Gefängnis, hunderten weiteren drohen lange Haftstrafen. Statt der versprochenen Demokratisierung der Türkei steht die Errichtung eines Polizeistaates auf der Agenda der Erdogan-Regierung.

Mit Knüppeln, Tränengas, Panzerwagen und Wasserwerfern setzt die AKP-Regierung ihre neoliberale Agenda gegen streikende Arbeiterinnen und Arbeiter durch. Mit Gesetzen aus der Zeit der Militärjunta wird Millionen Werktätigen in der Türkei das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung und kollektive Tarifverhandlung verweigert. Tausende Gewerkschaftsmitglieder wurden deswegen gekündigt oder sogar inhaftiert. Nachdem die Beschäftigten des Logistikunternehmens UPS nach 272 Tagen durch ihre Unbeugsamkeit und die Hilfe der internationalen Gewerkschaftsbewegung ihr Recht auf gewerkschaftliche Organisierung durchsetzten konnten, kämpfen heute die DESA-Lederarbeiterinnen und -Arbeiter in Istanbul, Corlu und Düzce für dieses Recht. Unterstützen wir sie in diesem Kampf!

Weder die heuchlerische Erdogan-Regierung noch die die staatsfixierte nationalistische Opposition sondern die kurdische Freiheitsbewegung und die kämpferische Gewerkschaftsbewegung sind heute der Motor für eine wirkliche Demokratisierung der Türkei. Kämpfen wir gemeinsam für Arbeit, Freiheit und Demokratie – in Deutschland, in der Türkei und in Kurdistan.

BİJİ 1'E GULANE!
ES LEBE DER 1. MAI!

BIJI PISTGIRTIYA GELAN!
ES LEBE DIE SOLIDARITÄT DER VÖLKER!

BİJİ TEKOŞİNA AZADİYE U DEMOKRASİ!
ES LEBE DER KAMPF UM FREIHEIT UND DEMOKRATIE!

BİJİ BERXWEDAN U SERHILDAN!
ES LEBE DER WIDERSTAND UND DER AUFSTAND!

YEK-KOM e.V.
Föderation kurdischer Vereine in Deutschland
1. Mai .2011

Bîsmîl: Demonstrant stirbt in Folge von Angriffen der Sicherheitskräfte

Bei einer Demonstration in Bîsmîl starb ein 60-jähriger Demonstrant in Folge von Gasbombenangriffen der Sicherheitskräfte aufgrund eines Herzinfarktes. Der getötete Kazim S. war gemeinsam mit tausenden Demonstranten auf die Straße gegangen, damit die Täter des am 20.April getöteten 18-jährigen Gymnasiasten Halil Ibrahim O. ausfindig gemacht und zu Rechenschaft gezogen werden sollen. Halil Ibrahim O. wurde auf einer Demonstration gegen die Entscheidung der Hohen Wahlkommission (YSK) durch eine Polizeikugel getötet.

Die Demonstranten hatten sich, um ihrem Anliegen Nachdruck zu verleihen, auf dem Weg zum Gouverneur von Bîsmîl gemacht, wurden allerdings zuvor von den Polizeikräften gestoppt und angegriffen. Aufgrund der Folgen von Gasbombenangriffen der Sicherheitskräfte wurde der in Mitleidenschaft gezogene Kazim S. nach Hause gebracht und erlitt dort einen Herzinfarkt. Er erlag den Folgen des Infarktes noch auf dem Weg ins Krankenhaus.
Bei der Demonstration nahmen die Sicherheitskräfte insgesamt 13 Demonstranten vorübergehend fest.

Proteste in Nisêbîn gegen Beschlagnahme des „Demokratischen Lösungszeltes"
Währenddessen haben in Nisêbîn die Menschen gegen das mittlerweile bereits zum vierten Mal von der Polizei beschlagnahmte Demokratische Lösungszelt protestiert. Auch hier wurden die Demonstranten von den Sicherheitskräften mit Polizeipanzern und Gasbomben attackiert. Eine Gasbombe traf einen 14-jährigen Jungen, welcher aufgrund seiner Verletzungen in das Krankenhaus von Mêrdîn eingeliefert wurde.
ANF, 27.4., ISKU

Meldungen

Polizei reißt „Zelte der demokratischen Lösung" nieder
Sicherheitskräfte rissen gestern türkeiweit 24 „Zelte der demokratischen Lösung" nieder, die als Teil einer breiteren Kampagne des zivilen Ungehorsams für eine demokratische Lösung des kurdischen Konflikts, der Friedens- und Demokratischen Partei (BDP), des demokratischen Gesellschaftskongress (DTK) und der Friedenmütter Initiative errichtet worden sind.
Die Zelte wurden von den Sicherheitskräften in den frühen Morgenstunden überfallen. Das Inventar wurde beschlagnahmt. Es gab eine bisher unbekannte Zahl von Verhaftungen.
Während der Razzia in Dêrsim, war der Sänger Ferhat Tunc, unabhängiger Kandidat für ein Amt in der kommenden Parlamentswahl, verletzt worden. Tunç erklärte in einer Presseerklärung: „Wir werden unsere Zelte wieder und wieder aufbauen. Diese Zelte stehen für den Frieden, nicht für den Krieg. Die regierende Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) treibt uns in Richtung Konflikt. Wir werden unsere Aktionen für den Frieden weiterführen trotz der Kampagne des Terrors der Regierung gegen uns."
DIHA, 27.4., ISKU

10 Jahre und sieben Monate Haft für die Forderung nach Bildung in der Muttersprache
In Amed (Diyarbakır) wurden zwei Studenten der Universität Dicle zu zehn Jahren und sieben Monaten Gefängnis wegen der Teilnahme an Protestaktionen im Jahr 2009 für „das Recht auf Bildung in der Muttersprache" auf dem Campus verurteilt.
Die Schüler waren der „Propaganda für eine illegale Organisation" und „Behinderung von Bildung" angeklagt.
Die Anwälte kündigten an in Berufung zu gehen.
DIHA, 28.4., ISKU

Syrien Ar-Raqqa: über 40 Personen aus der Haft entlassen
Der Zweite Militäruntersuchungsrichter in Aleppo hat am 6. April 2011 entschieden, dass 48 Personen aus der Haft in ar-Raqqa entlassen werden, die zwischen dem 9. und 30. April 2010 im Zusammenhang mit dem von der Partei der Demokratischen Union (PYD) am 21. März desselben Jahres in der Stadt ar-Raqqa organisier-

USA frieren Vermögen von fünf kurdischen Politikern ein

Mit einem als fragwürdig eingeschätzten Beschluss hat das „Amt für Kontrolle von Auslandsvermögen" (Office of Foreign Assets Control – OFAC) des US-Finanzministeriums die mutmaßlichen Kongra Gel-Mitbegründer Cemil Bayik und Duran Kalkan sowie die mutmaßlichen Anführer der Organisation Remzi Kartal, Sabri Ok und Adem Uzun auf die „Sonderliste zentraler Personen im Drogenhandel" (Specially Designated Narcotics Traffikking Kingpins – SDNTKs) gemäß dem Foreign Narcotics Kingpin Designation Act gesetzt.

Der Kongra-Gel, früher bekannt als Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), war bereits im Mai 2008 als SDNTK klassifiziert worden. Nach Angaben der US-Regierung ist die PKK seit mehr als zwei Jahrzehnten in den Drogenhandel verstrickt. Es muss jedoch betont werden, dass diese Anschuldigungen niemals bewiesen worden sind; sie sind jedoch für die USA notwendig, um die PKK auf der Liste internationaler terroristischer Organisationen führen zu können.

Die USA glauben, dass der Kongra-Gel ihr Netzwerk in Europa zur Herstellung, zum Transport und zum Handel von Opiaten und Cannabis benutzt und dass diese Aktivitäten zu den lukrativsten der Organisation zählen. Die US-Regierung behauptet, dass die Drogengewinne zum Kauf von Waffen und Logistik genutzt werden. Das alles sind nichts als Anschuldigungen, die USA handeln jedoch, als seien all das bewiesene Tatsachen.

Gemäß der Presseerklärung des Finanzministeriums ist einer der mutmaßlichen Kongra Gel-Gründer, Cemil Bayik, gleichzeitig der Militärchef der Organisation. Darüber hinaus sitze Duran Kalkan im Führungsrat des Kongra-Gel und sei verantwortlich für einen Angriff im Dezember 2009, bei dem sieben türkische Soldaten getötet wurden. Remzi Kartal soll Anführer der Organisation in Europa sein, Sabri Ok wird beschuldigt, als hochrangiger Kongra-Gel-Funktionär für die Finanzen in Europa zuständig zu sein und Adem Uzun soll die Organisation im Nordirak vertreten.

In Folge der OFAC-Entscheidung werden alle Vermögen der Beteiligten, die unter Zugriff der USA stehen, beschlagnahmt, und US-Bürgern ist es verboten, finanzielle oder kommerzielle Geschäfte mit diesen durchzuführen. Seit Juni 2000 sind weltweit mehr als 900 Firmen und Personen mit Verbindungen zu 87 Drogenhändlern in solche Sanktionen eingeschlossen.

Die Strafen für die Verletzung des Kingpin Act reichen von zivilen Bußgeldern von bis zu 1.075 Mio. $ pro Verstoß bis hin zu hohen Gefängnisstrafen. Zusätzlich können Strafen für Manager von Firmen bis zu 30 Jahre Haft und 5 Mio. $ Geldstrafe betragen. Die Strafen für Unternehmen gehen bis zu 10 Mio. $.

Das Einfrieren von Konten mutmaßlicher PKK-Verantwortlicher offenbart Hubschrauber-Handel

Es wurde aufgedeckt, das hinter dem Einfrieren nichtexistenter Konten von fünf PKK-Verantwortlichen, darunter Remzi Kartal und Cemil Bayik, durch das Amt für Kontrolle von Auslandsvermögen (OFAC) ein 4 Milliarden Dollar schwerer Hubschrauber-Deal steht.

Mit dem Abschluss, der heute bekannt gegeben wird, stechen die USA Italien aus. Das Exekutivkomitee für die Verteidigungsindustrie (SSIK) versammelt sich heute, um den 4 Milliarden $ umfassenden Handel zu beschließen.

Nach Berichten türkischer Medien machte die US-amerikanische Firma Sikorsky vor ihrer italienischen Konkurrentin Augusta Westland das Rennen.

ANF, 21.4., ISKU

Arbeitsstreik beim Bau des Ilisu-Staudamm

Rund 400 Arbeiter der kontroversen Ilisu-Staudamm-Baustelle gingen am 27. April in einen Arbeitskampf. Sie streiken gegen schlechte Arbeitsbedingungen, niedrige Gehälter und der Vorenthaltung sozialer Rechte.

Arbeitnehmer von der Ilisu-Baustelle informierten die Initiative zur Rettung von Hasankeyf, dass sie seit Monaten mit Repräsentanten des Ilisu-Konsortiums für bessere Bedingungen auf der Baustelle verhandelten. Die Arbeiten am Ilisu-Staudamm begann im Frühjahr 2010. 400 Menschen arbeiten auf der Baustelle täglich 11 Stunden für einen Lohn von 990 Türkische Lira (450 Euro). Sie haben Verträge mit den beiden türkischen Unternehmen Nurol und Cengiz, die größten türkischen Unternehmen im Ilisu-Konsortium. Da die Verhandlungen keine Ergebnisse zeigten, organisierten sie vor einigen Tagen einen eintägigen Streik. Die Unternehmen versprachen ihnen eine Antwort auf ihre Forderungen bis zum 27. April.

Am Morgen des 27. April wurden die Arbeiter mit der Entlassung von 10 Kollegen einschließlich ihres Sprechers überrascht.

Daraufhin legten alle Arbeiter die Arbeit auf der Baustelle nieder. Sie kündigten an, dass sie ihre Arbeit nicht wieder aufnehmen werden, bis ihre Kollegen wieder eingestellt werden. Wenn dies nicht geschähen sollte, planen sie, ihre Arbeit dort zu beenden.

Unterdessen hat das Militär die Baustelle umstellt, niemand darf das Gelände verlassen.

Die Initiative zur Rettung Hasankeyfs fordert das Militär zum Rückzug und die Unternehmen Nurol und Cengiz auf, die Entlassungen zurückzunehmen und Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Diese Repression gegen die Arbeiter zeigt den unsozialen und unterdrückenden Ansatz des Ilisu-Konsortiums. Niemand, mit Ausnahme des Ilisu-Konsortiums und der Zentralregierung, profitiere von diesem Projekt.

Durch den Bau des Ilisu-Staudamms werden rund 85 000 Menschen aus 200 Siedlungen vertrieben. Mit der Flutung wird das Tigris-Tal mit seiner hohen Biodiversität und die 12 000 Jahre alten antiken Stadt Hasankeyf zerstört werden.

IRH, 27.4., ISKU

Izmir: Häuser kurdischer Familien zerstört

Die Häuser von 14 kurdischen Familien im Dorf Ovacık (Izmir) wurden von der Gemeinde Çeşme zerstört. Der angebliche Grund sei: die Häuser würden sich „auf landwirtschaftlichen Flächen befinden".

Nach dem Abriss der Häuser wurden die Trümmer in Brand gesetzt. Die Familien protestierten daraufhin vor der Stadtverwaltung von Çeşme. Die Polizei griff die Familien an. Diese gingen daraufhin zurück zu ihren zerstörten Häusern.

In einer Erklärung bewertete die Ko-Vorsitzende der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) von Izmir, Mukaddes Kubilay, dass der Angriff auf die Häuser ein Angriff auf die Kurden sei. Die Häuser der Familien nichtkurdischer Herkunft seien nicht betroffen gewesen und wurden stehen gelassen.

bianet, 28.4., ISKU

ten kurdischen Neujahrsfestes festgenommen worden waren. Einen Tag vor ihrer Freilassung hatten die Gefangenen damit gedroht, in Solidaritätsstreik mit den Demonstranten zu treten, die derzeit in verschiedenen syrischen Städten regimekritische Proteste organisieren. Die Gefängnisleitung bot ihnen daraufhin an, sie binnen 24 Stunden freizulassen, wenn sie auf den Streik verzichten.

Alle Gefangenen wurden, so berichtete einer der Betroffenen gegenüber KurdWatch, gefoltert. Angewandt wurden die Dulab-Methode, bei der der Betroffene in einen Reifen gezwängt und geschlagen wird, sowie die Falaqa-Methode (Bastonade), bei der die Fußsohlen geschlagen werden. Darüber hinaus erhielten die Gefangenen Tritte und Faustschläge auf sämtliche Körperteile. *KW, 21.4., ISKU*

Rund zwanzigtausend Kurden demonstrieren für Demokratie und Freiheit in Syrien

Während es bei landesweiten Protesten am 22. April 2011 in mehreren syrischen Städten erneut zahlreiche Tote und Verletzte gegeben hat, verliefen Demonstrationen in al Qamischli, Amuda und Ras al Ain (Serê Kaniyê) weitgehend friedlich. Insgesamt gingen in den kurdischen Gebieten rund zwanzigtausend Menschen auf die Straßen – ihre Zahl hat sich seit letztem Freitag deutlich erhöht. Sicherheitskräfte beobachteten die Demonstrationen, griffen jedoch nicht ein. In al Hasaka hingegen wurden junge Leute, die demonstrieren wollten, von Sicherheitskräften angegriffen und auseinandergetrieben. *KW, 21.4., ISKU*

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
KW	KURDWATCH
IRH	Initiativer zur Rettung Hasankeyfs

Termin

Lesung aus dem Buch „Jenseits von Staat, Macht und Gewalt" von Abdullah Öcalan.
19.5. um 19 Uhr
junge Welt Ladengalerie
http://kurdistan.blogsport.de/

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 514
6. Mai 2011

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Koalition des Nationalen Sicherheitsrates mit der AKP

Plan gegen „zivilen Ungehorsam“

Nach dem Versuch der hohen Wahlkommission, die von der linken, prokurdischen Friedens und Demokratiepartei BDP unterstützten unabhängigen Wahlkandidatinnen und -Kandidaten durch ein Veto von der Wahl auszuschließen, fand nun ein Treffen des Nationalen Sicherheitsrates (MGK) im Schatten militärischer und polizeilicher Operationen statt, auf dem die Aktionen des „zivilen Ungehorsams“, also die Friedenszelte, Sit-ins, öffentliche Protestgebete u.a. als „neue Bedrohung“ bewertet wurden, die unter „dem Deckmantel der Menschenrechte“ durchgeführt würden und „bekämpft“ werden müssen. Das Treffen fand unter dem Vorsitz des Republikspräsidenten Abdullah Gül statt. Obwohl die KCK (Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan) bis Ende Juni eine einseitige Waffenruhe verkündet hatte zeichnet sich nach den Erklärungen des Nationalen Sicherheitsrats (MGK), eine „Spezialpolitik“ für die Zeit der Wahlen an.

In Folge dieser Politik wurden in den letzten Wochen bei Angriffen auf demokratische Demonstrationen zwei Menschen getötet, 700 Personen festgenommen und etwa 100 Menschen inhaftiert. Die Militäroperationen in Dersim, Maraş und Şirnex (Şırnak) zielen auf die Vernichtung der Guerilla in Defensivposition ab. Erdoğan, der erklärt hatte: „Wenn sie nicht angreifen, dann gibt es auch keine Operationen“, hatte vor den Regionalwahlen 2009 eine Waffenruhe der Guerilla gefordert. Dieses Mal will die AKP, um Stimmen des nationalistischen Spektrums zu gewinnen, dass die Wahlen in einer Phase der Kämpfe stattfinden.

Es ist auffällig, dass in der Erklärung, die nach dem 7-stündigen MGK-Treffen verbreitet wurde, Begriffe, die in der Spezialkriegsführung der 90er Jahre eine wichtige Rolle spielten, wieder aufgegriffen wurden, insbesondere die Formulierung „unter dem Dekkmantel der Menschenrechte“. Die Erklärung zeigt deutlich, dass die Probleme der Türkei nicht mehr auf politischer Basis gelöst werden sollen. Es heißt hier ebenso: „Es muss betont werden, dass der Kampf gegen den Terrorismus, wie schon bis heute, nicht nur auf der Sicherheitsebene zu führen ist, es müssen vielfältige Methoden weiterhin eingesetzt werden, welche auch die Vernichtung der Umgebung, welche den Terrorismus nährt, einschließt. Es ist zu unterstreichen, dass diesbezüglich die Grundrechte der Gesellschaft und der Individuen nicht verletzt und, wie in unserem Staat schon immer geschehen, die Beachtung der demokratischen und Menschenrechte einen Brennpunkt der Bemühungen darstellt.

Diesbezüglich wird betont, dass wir die Versuche der Terrororganisation und ihre Komplizen, unter dem Deckmantel der Menschenrechte zu agieren und jede Aktivität die auf die Einheit unseres Volkes, seine Vollständigkeit, seine Sicherheit, Frieden und Wohlfahrt abzielt, im Ansatz bekämpfen werden und dieses entschiedene Vorgehen, bis zur Eliminierung der Terrorbedrohung […] fortgesetzt wird.“

Diese Formulierungen schließen offen die Drohung der Anwendung von undemokratischen Methoden ein. Die äußerst vage Formulierung: „Es muss betont werden, dass der Kampf gegen den Terrorismus, wie schon bis heute, nicht nur auf der Sicherheitsebene zu führen ist, es müssen vielfältige Methoden weiterhin eingesetzt werden, welche auch die Vernichtung der Umgebung, welche den Terrorismus nährt einschließt,“ stellt eine Nachricht dar, dass der staatliche Terror weiter gesteigert werden soll.

In der Erklärung des MGK wurde ebenfalls das Ziel verdeutlicht. Die Koalition zwischen der Regierungspartei AKP und dem MGK definiert im Kampf gegen ein autonomes, demokratisches Kurdistan, insbesondere die Friedenszelte und andere Aktionen des zivilen Ungehorsams offen als Angriffsziel. Die Äußerung: „Diesbezüglich wird betont, dass wir die Versuche der Terrororganisation und ihre Komplizen, unter dem Deckmantel der Menschenrechte zu agieren und jede Aktivität die auf die Einheit unseres Volkes, seine Vollständigkeit, seine Sicherheit, Frieden und Wohlfahrt abzielt im Ansatz bekämpfen werden und dieses Entschiedene Vorgehen, bis zur Eliminierung der Terrorbedrohung […] fortgesetzt wird“, ist insbesondere gegen diese Aktivitäten gerichtet und kündigt durch ihren aggressiven Ton neue Angriffe auf diese zivilen Aktivitäten an. Weiterhin äußert sich der MGK bezüglich der Angriffe auf kurdische Abgeordnete und Kandidatinnen und Kandidaten unterstützend, in dem diese unter dem Begriff „angewandte Sicherheitsmaßnahmen“ folgendermaßen erwähnt werden: „Damit die Wahlen am 12.06.2011 ohne jegliches Sicherheitsproblem durchgeführt werden können, wurden die bis jetzt angewandten und noch anzuwendenden Sicherheitsmaßnahmen umfassend bewertet.“

Nachdem die Hohe Wahlkommission aufgrund der heftigen Reaktion des kurdischen Volkes gezwungen war, ihre Entscheidung zurückzunehmen, soll nun ein Plan B in Kraft treten. Insbesondere die hohe Beteiligung der kurdischen Bevölkerung an den zivilen Freitagsgebeten und an den Friedenszelten besorgt die AKP-MGK-Koalition: „Diesbezüglich müssen die Maßnahmen unserer Sicherheitskräfte darauf zielen, zu verhindern, dass sich die Terrororganisation und ihre Komplizen aufgrund der demokratischen Ansichten unseres Volkes frei zeigen können, und sie müssen den aufrechten Demokraten mit Geduld begegnen.“

Die Koalition zwischen MGK und AKP

Der Schwerpunkt der Erklärung des MGK befasste sich mit den „Sicherheitsmaßnahmen“, die wegen der in Kurdistan und im Westen fortgesetzten Aktionen des zivilen Ungehorsams umgesetzt werden sollen. Es wurde weiterhin erklärt, dass die Angriffe von Gerichten und Sicherheitskräften auf kurdische Politiker und Politikerinnen und die, die sie Unterstützen, Produkt einer Zusammenarbeit von MGK und AKP sind. Während ab und an das Bild entsteht, es gäbe Auseinandersetzungen zwischen AKP und MGK bezüglich der Ergenekon-Verfahren oder des Laizismus, hat der Generalstab offen erklärt, bezüglich der Kurdinnen und Kurden an der Seite der AKP zu stehen. Das Ziel ist, den Waffenstillstand durch Provokationen zu sabotieren.

Die Erklärung des MGK zeigt zweierlei deutlich, Aktionen des zivilen Ungehorsams werden aggressiv zum Angriffsziel erklärt und die kurdische Seite ist bezüglich der Wahlen am 12.6. unter ernsthafter Bedrohung. Es sieht so aus, als haben die Eliten in Ankara entschieden, die Richter, Polizisten und Soldaten auf die Vernichtung des politischen Willens der kurdischen Bevölkerung anzusetzen. *(ANF, 30.4., ISKU)*

Meldungen

Hunderttausende geben Gefallenen letztes Geleit

Hunderttausende Menschen haben am Mittwoch an der Beerdigung von vier Guerilla-Mitgliedern teilgenommen, die am 26. April bei einem Gefecht in Pülümür/Dersim ums Leben gekommen waren.

Am Tag der Beerdigung waren die ganze Stadt und das Umland von Bildern der Trauer geprägt. Der Großteil der Geschäfte war geschlossen, aus zahlreichen Bürogebäuden wehte schwarzer Stoff, Studierende boykottierten die Schulen und Universitäten. Öffentliche und private Busunternehmen stellten ihren Betrieb ein. *(DIHA, 4.5., ISKU)*

Türkei verbietet Wörter

Unter der Militärdiktatur in Griechenland 1967–1974 waren nicht nur Miniröcke und Arbeiterstreiks verboten, sondern auch der Buchstabe Z, heißt es im Abspann von Costra Gavras oscargekröntem Film »Z«. Auf den Spuren der griechischen Obristen wandelt nun auch die sich gerne als »militärkritisch« vermarktende Regierungspartei AKP von Ministerpräsident Erdogan in der Türkei. Die staatliche Aufsichtsbehörde für Telekommunikation hat den Internetprovidern eine Liste mit 138 Wörtern übermittelt, deren Gebrauch in türkischen Internetadressen zukünftig unter Strafandrohung untersagt ist. Begründet wird diese Zensurmaßnahme, die Zehntausende Websites betrifft, von der islamisch-konservativen Regierung mit dem Ringen um mehr Sittlichkeit. Verboten sind etwa die englischen Begriffe »adult«, »escort«, »fetish« oder »hot«, die sich häufig in den Domaines pornographischer Seiten finden. Auch die Zahl 31 – in der Türkei ein Slangausdruck für Masturbieren – wurde gesperrt. Untersagt wurde auch das Wort »Gay« (schwul) und das türkische Pendant »gey«. Untersagt sind weiterhin englische Begriffe, die auf Türkisch eine andere Bedeutung haben, wie die im Internet gebräuchliche Abkürzung für picture »pic«, die auf Türkisch »Bastard« meint, oder das Wort »got«, das auf Türkisch »Arsch« bedeutet. Selbst das türkische Wort »yasak« (verboten) ist nun auf der Liste der verbotenen Wörter. Die OSZE hat die türkische Regierung bereits im vergangenen Jahr wegen ihrer Internetzensur scharf kritisiert.

(jW, 4.5., ISKU)

Hinrichtung Shirko Moarefis angeordnet

In einem Interview mit ICHRI hat der Anwalt des politischen Gefangenen Shirko Moarefi, Saeed Sheikhi, mitgeteilt, dass das gegen seinen Klienten wegen „Gefährdung der nationalen Sicherheit" und „Moharebeh" (Feindschaft gegen Gott) verhängte Todesurteil nach der Bestätigung durch den Obersten Gerichtshof an die Vollstreckungsstelle der Justiz übersandt wurde, ohne dass er oder sein Klient die Papiere erhalten hätten. Für Moarefis Anwalt ist dies Anlass zur Sorge, da Hinrichtungen in den letzten Jahren immer wieder vollstreckt wurden, ohne dass die Anwälte oder Familien der Gefangenen vorher informiert wurden. So war letztes Jahr [der politische Gefangene] Arash Rahmanipour ohne Wissen seiner Anwältin Nasrin Sotoudeh oder seiner Familie hingerichtet worden.
Die Nachrichtenagentur Mukrian hatte zuvor berichtet, dass Shirko Moarefi am 28. April in einen Hungerstreik getreten sei, um gegen seine Situation zu protestieren. „Letzten Donnerstag habe ich mit meinem Klienten telefoniert. Seine psychische Verfassung war gut. Wir sprachen über die juristischen Aspekte seines Falls. Ich weiß, dass er seinen Hungerstreik begonnen hat", sagte Sheikhi gegenüber ICHRI.
„Ich habe gehört, dass die Hinrichtungsanordnung an die Vollstreckungsstelle übergeben wurde, aber diese Entscheidung ist mir und meinem Klienten bislang noch nicht zugegangen. Solange dies nicht geschieht, wäre die Vollstreckung der Hinrichtung ungesetzlich. Ich hoffe immer noch, dass das Urteil aufgehoben wird, da die Anklage wegen 'Moharebeh' vom Justizchef und seinem Stellvertreter als ungesetzlich bezeichnet und in „regimefeindliche Propaganda" umgewandelt wurde. Ich glaube, dass der Justizchef und sein juristischer Vertreter die Aussetzung der Hinrichtung und eine neue Untersuchung anordnen werden."
Auf die Frage, wie es möglich sei, dass die Anklage wegen „Moharebeh" aufrechterhalten wurde, nachdem sie vom Justizchef gekippt worden war, antwortete Sheikhi: „Genau damit haben wir ein Problem. Vom juristischen Standpunkt aus war der Oberste Gerichtshof nicht dazu autorisiert, diesen Fall zu prüfen, und seine Intervention in den Fall ist ungesetzlich. Die Prüfung hätte von einem Berufungsgericht vorgenommen werden müssen, das auf derselben Ebene angesiedelt ist wie das erstinstanzliche Gericht. Ich bin der Ansicht, dass es keinen Grund mehr gab, den Fall vom Obersten Gerichtshof weiter verfolgen zu lassen, nachdem die Anklage wegen 'Moharebeh' des Staatsanwalts in Saghez unter Zustimmung des Justizchefs und seines juristischen Vertreters korrigiert worden war. Leider hat der Oberste Gerichtshof dies nicht zur Kenntnis genommen."
„Der Oberste Gerichtshof hätte diesen Fall nicht übernehmen dürfen. Hier liegt der Fehler, denn der Oberste Gerichtshof kann Fälle nur in zwei Stadien prüfen: Wenn ein Urteil von einem Berufungsgericht ergangen ist und die Unterstützung des Obersten Gerichtshofes erbeten wird, oder wenn ihm die Überprüfung eines Falles als außerordentliche Maßnahme angetragen wird. Keines der beiden Kriterien trifft auf Shirkos Fall zu", so Saeed Sheikhi über die fehlenden Voraussetzungen für eine Intervention des Obersten Gerichtshofes in den Fall.
Der kurdische politische Gefangene Shirko Moarefi war am 1. Oktober 2008 an der iranisch-irakischen Grenze verhaftet worden, als er versuchte, aus dem irakischen Teil Kurdistans nach Iran zurückzukehren. Im März gab es Gerüchte über seine möglicherweise bevorstehenden Hinrichtung am 1. Mai. Moarefis Familie und sein Anwalt dementierten diese Gerüchte. Später schrieb Moarefi in einem Brief aus dem Gefängnis, dass „Beamte der Vollstreckungseinheit im Gefängnis von Saghez mir am 22. März mündlich mitteilten, dass das Urteil am 1. Mai vollstreckt werden soll."

(ICHRI, 1.5., ISKU)

Annähernd 900 Festnahmen in den letzten zehn Tagen

Polizeiterror der AKP-Regierung

Seit der Veto Entscheidung der Hohen Wahlkommission (YSK) vom 18. April nimmt der polizeiliche Terror gegenüber der kurdischen Bevölkerung kein Ende. In den letzten zehn Tagen wurden zwei Demonstranten ermordet und mindestens 880 Menschen festgenommen, davon 120 inhaftiert.
Bei den zwei getöteten Demonstranten handelt es sich um den 18-jährigen Halil Ibrahin O., der am 20. April bei einem Protest in Bîsmîl gegen die Entscheidung des YSK durch eine Polizeikugel in die Brust getötet worden ist. Bei einer erneuten Protestkundgebung in Bîsmîl wegen der Tötung des 18-jährigen Gymnasiasten starb der 60-jährige Kazim S. infolge eines Herzinfarktes, nachdem die Polizei die Demonstranten erneut mit Gasbomben attakkiert hatte.
In nahezu allen kurdischen Städten kam es in den letzten Tagen zu Festnahmen, sowohl bei den drei Tage andauernden Protesten gegen das Veto der Hohen Wahlkommission (nach den drei Tagen wurde das Veto zurückgezogen, Anm. des Übersetzers), als auch bei den unzähligen Razzien gegen die Zelte für eine demokratische Lösung. Unter den Festgenommenen befinden sich Kinder, Frauen, Funktionäre der BDP und MenschenrechtlerInnen. Die Anzahl der Festnahmen beruht auf den Informationen, die nach den jeweiligen Festnahmen bei der ANF eingegangen sind. Die tatsächliche Zahl der Festnahmen könnte daher noch höh er liegen.

(ANF, 29.4., ISKU)

Amed: Studierende boykottieren den Unterricht

Studierende der Dîcle-Universität in Amed (Diyarbakır) boykottieren, wegen der Zunahme von Festnahmen und Verhaftungen der Mitglieder der Demokratisch Patriotischen Jugend DYG sowie der Militäroperation in Dêrsim, bei der 7 Mitglieder der Guerilla (HPG) ihr Leben verloren haben, den Unterricht. Die Unterrichtsräume blieben leer und es herrschte eine absolute Stille in den Räumlichkeiten der Universität. Anstelle zur Uni zu gehen, beteiligten sich die Studierenden an der Beerdigung von 4 getöteten HPG-Mitgliedern. *(DÎHA, 4.5., ISKU)*

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
jW	junge Welt
ICHRI	International Campaign for Human Rights in Iran

Termine

Lesungen aus dem Buch „Jenseits von Staat, Macht und Gewalt" von Abdullah Öcalan:

8.5. Münster / 14.00 / Uni Münster / Brücke
9.5. Frankfurt / 18.30 / Café Exzess / Leipziger Straße 91
16.5. Bochum / 19.00 / Uni Bochum / Kultur Cafe
24.5. Wuppertal / 18.00 / Cafe HAYAT
9.6. Aachen / 18.00 / Uni Aachen / Humboldt Haus
14.6. Köln / 18.00 / Uni Köln / Hauptgebäude Hörsaal V

Aufruf zur Prozessbeobachtung
Do., 19. Mai 2011, 12 Uhr
Verwaltungsgericht Hamburg
Lübeckertordamm 4, Saal 3.01 (3. Stock) (U 1, Lohmühlenstraße)
Am 5. Dezember 2009 fand in Hamburg eine Demonstration unter dem Tenor "Für eine Verbesserung der Haftbedingungen von Abdullah Öcalan" statt. Anlass der Demonstration war die dramatische Verschlechterung des Gesundheitszustandes Öcalans nach seiner Verlegung in einen Neubau auf der Gefängnisinsel Imrali, wo er seit 1999 inhaftiert ist. Die Demonstration wurde unter stark beschränkenden Auflagen genehmigt; u.a. wurde festgelegt, wie viele Bilder Öcalans entsprechend der TeilnehmerInnenzahl gezeigt werden dürfen. In dem Prozess, in dem die Anmelderin der Demonstration gegen die Behörde für Inneres der Stadt Hamburg klagt, geht es jetzt darum festzustellen, dass diese Auflagen rechtswidrig waren.
Da der Ausgang des Prozesses auch zukünftig für Demonstrationen im Zusammenhang mit den Haftbedingungen Abdullah Öcalans für Bedeutung ist, rufen wir alle Interessierten dazu auf, als BeobachterInnen daran teilzunehmen.

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 515
13. Mai 2011

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Breite Unterstützung für Wahlbündnis

Die Unterstützung für die unabhängigen KandidatInnen des Blocks für Arbeit, Demokratie und Freiheit wächst. Der Block hat sein Wahlmanifest veröffentlicht und viele Stimmen haben sich dem Chor jener angeschlossen, die ihre Unterstützung des Blocks erklären.
In Istanbul haben am Mittwoch 330 Intelektuelle, AkademikerInnen, AutorInnen, MusikerInnen, ProdzentInnen, SchauspielerInnen, Geschäftsleute und JournalistInnen eine Erklärung zur Unterstützung der KandidatInnen abgegeben, die am 12. Juni zur Wahl antreten.
Die Erklärung mit dem Titel „Wir unterstützen die KandidatInnen des Blocks für eine demokratische und gleichberechtigte Verfassung“ wurde der Presse im Taksim-Hotel vorgestellt.
Unter den anwesenden UnterstützerInnen waren Adalet Ağaoğlu, Nuray Mert, Hırant Dinks Sohn Arat Dink, Mete Çubukçu, Şebnem Koru Fincancı, Sevim Belli, Zeynep Gambetti, Nazım Alpman, Ahmet İnsel, Gençay Gürsoy, Celal Başlangıç, Deniz Türkali, Derya Alabora, Erol Katırcıoğlu, Erturul Mavioğlu, Gültan Kaya, Yeşim Biber, Julide Kural, Fehmi Işık, Baskın Oran, Roni Marguiles und Ferhat Kentel. Auch nahmen viele der KandidatInnen selbst an der Veranstaltung teil.
Zahlreiche NGOs, Arbeitervereine und Gewerkschaften haben ebenfalls ihre Unterstützung für die KandidatInnen des Blocks erklärt. In diesen Kreisen wird der Plan eines Marsches auf die Hauptstadt Ankara diskutiert, um zum Friedensprozess beizutragen.

Wahlkampfauftakt in Amed
In Amed (Diyarbakir) laufen die Vorbereitungen für die erste öffentliche Versammlung des Blocks für Arbeit, Demokratie und Frieden. Die Versammlung, auf der die sechs KandidatInnen für die Parlamentswahl vorgestellt werden, wird am Samstag stattfinden.
Bei den Vorbereitungen wird verstärkt auf die Sicherheit geachtet. Es wird mit zehntausenden Teilnehmenden gerechnet.
In Amed treten Leyla Zana, Nursel Aydoğan, Emine Ayna, Altan Tan und Şerafettin Elçi zur Wahl an. Hatip Dicle, der sechste Kandidat, sitzt derzeit im Gefängnis. Er ist einer der Angeklagten im sogenannten KCK-Prozess.
Auf der Versammlung wird neben Reden der KandidatInnen auch Musik zu hören sein. Auftreten werden der kurdische Rapper Serhado, Seyda Perinçek und Koma Pel.

Angriff auf Wahlbüro in Mersin
In der Nacht zum Donnerstag wurde in Mersin das Wahlbüro des Blocks für Arbeit, Demokratie und Frieden mit Eisenstangen und Steinen angegriffen. Alle Fenster des Gebäudes sowie Plakate und Bilder des Kandidaten Ertugrul Kürkcü wurden zerstört.
Der Provinz-Vorsitzende der BDP, Cihan Yilmaz, besichtigte gemeinsam mit anderen Politikern den Ort des Geschehens und erklärte zu dem Vorfall:
„Es wurde heute deutlich, dass das Friedensbündnis des Blocks für Arbeit, Demokratie und Freiheit in gewissen Kreisen nicht gern gesehen ist. Wir möchten klarstellen, dass wir uns, was immer es kosten möge, vor solchen Angriffen nicht beugen werden. Wir verurteilen den Angriff und erwarten von den Sicherheitskräften, dass die Angreifer gefunden und der Justiz überstellt werden.“
(ANF, 12.5., ISKU)

Schlag gegen Linke in der Türkei

Massenverhaftungen von Oppositionellen überschatten den Wahlkampf zu den türkischen Parlamentswahlen am 12. Juni. So hat die Polizei bei Razzien in der Nacht zum Dienstag in Istanbul 34 linke Aktivisten festgenommen. Durchsucht wurden unter anderem der »Verein für Rechte und Freiheiten«, ein Kulturzentrum und das Büro einer Jugendorganisation. Unter den Festgenommenen sind auch drei Mitglieder der in der Türkei, aber auch in Europa populären linken Musikgruppe »Grup Yorum«. Die Staatsanwaltschaft beschuldigt die Festgenommenen, mit der illegalen Revolutionären Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C) in Verbindung zu stehen.
Auch gegen die kemalistische Oppositionspartei CHP geht der Staat vor. Anfang Mai durchsuchte die Polizei die Stadtverwaltungen der laizistischen Hochburgen Izmir und Aydin an der Ägäisküste. Fast 50 Angestellte der Stadtverwaltungen wurden festgenommen, von denen 17 Ende der Woche Haftbefehle erhielten. Der Vorwurf lautet auf Korruption. Doch der CHP-Vorsitzende Kemal Kilocdaroglu sieht hinter den Razzien den Versuch der islamisch-konservativen AKP-Regierung, die CHP vor den Parlamentswahlen zu diskreditieren.
In den letzten drei Wochen waren in den kurdischen Landesteilen der Türkei bei Razzien und Polizeiangriffen auf Demonstrationen bereits weit über 1000 Aktivisten der prokurdischen »Partei für Frieden und Demokratie« (BDP) festgenommen worden. Sie werden beschuldigt, mit der illegalen Arbeiterpartei Kurdistans PKK in Verbindung zu stehen.
Die PKK reagierte auf die Polizeiübergriffe gegen Zivilisten und den Tod von 23 Guerillakämpfern innerhalb eines Monats mit mehreren Vergeltungsschlägen, bei denen nach Angaben der Guerilla 13 Soldaten getötet wurden. Bei Militäroperationen in der Bergregion Dersim seien auch chemische Waffen zum Einsatz gekommen, beschuldigt das Hauptquartier der Guerilla die Armee.
(jW, 11.5., ISKU)

Meldungen

Çelê: 17 Jugendliche festgenommen
In drei Stadtvierteln von Çelê (Cukurca) wurden Razzien in mehreren Wohnungen von der Polizei durchgeführt. 17 Mitglieder der Demokratisch Patriotischen Jugend DYG wurden festgenommen. Der Grund der Festnahmen ist noch unbekannt.
Um gegen die Angriffe und die anhaltende Unterdrückungen zu protestieren, öffneten die Einwohner von Celê nicht ihre Geschäfte.
Zwei Festnahmen auch in Elkê
Auch in Elkê (Beytüşşebap) in der Provinz Şirnex (Şırnak) wurden zwei Jugendliche festgenommen. Der Grund der Festnahmen wurde auch hier nicht angegeben. *(ANF, 6.5., ISKU)*

Al-Qamischli: Mehr als dreißigtausend Kurden demonstrieren für Demokratie und Freiheit in Syrien
Während es bei landesweiten Protesten am 6. Mai 2011 in mehreren syrischen Städten erneut zahlreiche Tote und Verletzte gegeben hat, verliefen Demonstrationen in al Qamischli, ʿAmuda und Darbasiya weitgehend friedlich. Insgesamt gingen in den kurdischen Gebieten mehr als dreißigtausend Menschen auf die Straßen - ihre Zahl hat sich seit letztem Freitag deutlich erhöht. Sicherheitskräfte beobachteten die Demonstrationen, griffen jedoch nicht ein. *(KW, 7.5., ISKU)*

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
jW	junge Welt

Termin

Interkulturellen Frauen-Kulturtag
Regenbogen der Kulturen
Unter dem Titel „Regenbogen der Kulturen“ lädt die Frauenbegegnungsstätte UTAMARA e.V. auch in diesem Jahr wieder zu einem interkulturellen Kulturtag ein. Wie die Gemeinsamkeit der verschiedenen Farben dem Regenbogen seine Schönheit verleiht, so soll dieser Kulturtag eine Begegnung mit unterschiedlichen Farben und Facetten der Kulturen von Frauen ermöglichen.
Der „Regenbogen der Kulturen“ ist zugleich den Namensgeberinnen unserer Einrichtung,

Gemeinsam durchbrechen wir die Vergewaltigungskultur – Kampf dem Feminizid!

7. Internationales-Zilan-Frauenfestival

Zum siebten Mal veranstalten wir am 11. Juni 2011 das Internationale Zilan-Frauenfestival. Auch in diesem Jahr laden wir Frauen aus allen Ländern ein, das Festival als eine Möglichkeit des kulturellen Austausches zu nutzen, um Frauenperspektiven und unsere gemeinsame Suche nach Frieden, Freiheit und Demokratie zu stärken. Hierdurch wollen wir die Mauern von Krieg, Gewalt, Sexismus, Rassismus und Nationalismus einreißen und die Vergewaltigungskultur durchbrechen, die Frauen durch das patriarchale System aufgezwungen wird. Die sexistische Ausbeutung, Vereinnahmung, Beschlagnahmung und Fremdbestimmung von Frauen – die wir als Vergewaltigungskultur bezeichnen – durchdringt offen oder subtil alle Lebensbereiche, beeinflusst unser Denken und Handeln. Vergewaltigung ist eine Methode patriarchaler Unterdrükkung, Einschüchterung und Versklavung. Sie soll uns unserer Identität, unseres Selbstbewusstseins, unserer Kraft und Solidarität berauben.

Demgegenüber ist es der kurdischen Frauenbewegung durch Kampagnen gegen den patriarchalen Ehrenbegriff und die Vergewaltigungskultur, mit dem Aufbau einer breiten Basisorganisierung und von Frauenräten in den vergangenen Jahren gelungen, gesellschaftliche Demokratisierungsprozesse voranzutreiben. Kurdische Frauen sind zu einer organsierten Kraft im Leben und in der Politik geworden. Entgegen der Angriffe der AKP-Regierung, die mittels des politischen Islams versucht, den Willen von Frauen zu brechen, bestimmen kurdische Frauen von der Basis, aus den Parlamenten und Stadträten nun ihre eigene Tagesordnung.

In diesem Kontext wollen wir auf dem 7. Zilan-Frauenfestival den Widerstand gegen die systematische und vielschichtige Gewalt thematisieren, die Frauen das Recht auf Leben und Selbstbestimmung abspricht und die wir als Feminizid bezeichnen. Feminizid ist ein globales Phänomen. Es ist die massenhafte Tötung von Frauen und Mädchen aufgrund ihres Geschlechts. Feminizid umfasst körperliche, seelische, ökonomische und strukturelle Gewalt, die damit einhergeht, Frauen ihrer Lebensgrundlage und Entwicklungsmöglichkeiten zu berauben. Feminizid ist in allen Gesellschaften existent und betrifft alle Frauen unberücksichtigt ihres Alters, ethnischen Zugehörigkeit, Religion, sexuellen oder kulturellen Hintergrundes.

Demgegenüber wollen wir auf dem 7. Zilan-Frauenfestival die Kultur und Ästhetik des Widerstandes von Frauen, unsere Sehnsüchte und Alternativen für den Aufbau einer demokratisch-ökologischen und geschlechterbefreiten Gesellschaft hervorheben. Denn mit dem Bewusstsein über die Geschichte und die Kultur von Frauenbefreiungskämpfen in verschiedenen Teilen der Welt können wir gemeinsam die Vergewaltigungskultur durchbrechen und die spezifischen Formen des Feminizids wirkungsvoll bekämpfen.

Kampf dem Feminizid! bedeutet:

- Wir organisieren den Widerstand gegen Morde an Frauen, die durch bekannte und unbekannte Täter verübt werden, wobei wir wissen, dass 70 % aller ermordeten Frauen durch ihre Partner, bzw. Ex-Partner ermordet wurden!
- Wir wehren uns gegen die körperliche, seelische und sexuelle Ausbeutung von Frauen – sei es in der Familie, am Arbeitsplatz, in den Medien oder anderswo!
- Wir solidarisieren uns mit Frauen, die sich in Indien, China und anderswo gegen die gezielte Abtreibung weiblicher Föten und die Ermordung neugeborener Mädchen stellen!
- Wir setzen uns für das Recht auf freien Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung in der Muttersprache ein!
- Wir organisieren unsere Selbstverteidigung gegen Vergewaltigungen, die ein Instrument der Herrschaftsausübung und als Kriegswaffe!
- Wir kämpfen für eine freie Welt, in der Frauen ihre Meinung äußern, sich politisch organisieren und ihr Leben selbst bestimmen können!
- Wir mobilisieren gegen die Steinigungen und Hinrichtungen von Frauen im Iran und anderswo!
- Wir protestieren gegen die Massenverhaftungen von kurdischen Frauenrechtsaktivistinnen und gegen die Repressionen gegen kurdische und progressive PolitikerInnen in der Türkei! Wir fordern Freiheit für alle politischen Gefangenen!
- Wir wenden uns gegen den Einsatz von Wissenschaft, Religion und Technik als Herrschaftsinstrumente über Natur und Menschen!

In diesem Sinne treffen wir uns auf dem 7. Internationalen Zilan Frauenfestival in Dortmund, um unsere Forderungen in Diskussionen, Lesungen, Bildern, Liedern und Tänzen zusammenzutragen.

Das Programm

Im ersten Teil des Festivals von 10 bis 13 Uhr wird es eine Diskussionsveranstaltung zum Thema "Stoppt den Feminizid" mit Referentinnen von verschiedenen Frauenorganisationen, Informationsstände und Lesungen von Kurzgeschichten und Gedichten im Literaturzelt geben. Kunsthandwerkerinnen und Frauenkulturgruppen aus verschiedenen Regionen sind eingeladen, ihre Arbeiten vorzustellen. Bilder- und Fotoausstellungen vermitteln einen Einblick in die Phantasien und das Leben von Frauen.

Die Konzerte verschiedener Sängerinnen und Frauenmusikgruppen stellen den Schwerpunkt des zweiten Teils des Festivals dar: Die Frauenmusikgruppe Koma Hundermendên Jinên Tev Çand, bestehend aus 10 Musikerinnen, singen Lieder über die Natur, die Revolution und die Sehnsüchte von Frauen in Kurdistan in den kurdischen Dialekten Kurmanci, Zazaki und Sorani. Die Sängerin, politische Künstlerin, Überlebende des Holocaust und Vorsitzende des Auschwitz-Komitees Esther Bejarano wird in ihrer Performance mit der HipHop-Gruppe Microphone Mafia zeigen, dass antifaschistische und antirassistische Musik Generationen und Kulturen verbindet. Desweiteren werden die Sängerin Hani aus Ostkurdistan, die Frauen-Saz-Gruppe Rojstran und die Sängerin Deste Günaydin mit ihren Liedern aus Mesopotamien und Anatolien eine Brücke zwischen den Kulturen der Frauen im Mittleren Osten schlagen.

Als Ceni – Kurdisches Frauenbüro für Frieden rufen wir alle Frauen dazu auf, mit ihren eigenen Liedern, Tänzen, Gedanken, Farben und Worten am Zilan-Frauenfestival teilzunehmen und das Festival mit zu gestalten. Lasst uns gemeinsam die Vergewaltigungskultur durchbrechen und den Feminizid stoppen!

Samstag, 11. Juni 2011
von 10 bis um 19 Uhr

Hoeschpark
Kirchderner Straße 35-43
44145 Dortmund
Verkehrsanbindung: Haltestelle Borsigplatz (Straßenbahnlinie 404 oder Buslinien 455 und 456)

Veranstalterinnen und Kontaktadresse:
Kurdisches Frauenbüro für Frieden - Cenî
Corneliusstr.125
D-40215 Düsseldorf
tel. +49 (0) 211 59 89 251,
fax: +49 (0) 211 59 49 253
Email : Ceni_Frauen@gmx.de,
www.ceni-kurdistan.com

Uta und Amara, gewidmet. Denn auch sie engagierten sich dafür, Brücken zwischen Menschen und Kulturen zu bauen; gemeinsam für ein Leben in Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit aktiv zu werden.

Damit die Geschichte und die Geschichten von Frauen nicht in Vergessenheit geraten, starten wir bei unserem diesjährigen Kulturtag auch einen Schreibwettbewerb für Frauen. Unter dem Motto „Jede Frau hat eine Geschichte“ sind alle Frauen eingeladen, mit ihren Kurzgeschichten und Gedichten an dem Wettbewerb teilzunehmen. In diesem Sinne soll der „Regenbogen der Kulturen“ dazu anregen, über die Geschichten, Erlebnisse, Träume und Hoffnungen von Frauen aus verschiedenen Kulturen nachzudenken und den interkulturellen Austausch gemeinsam zu gestalten. Wir laden auch Sie und alle Interessierten herzlich zum Teilhaben, Zuhören, Mitreden, Mitsingen, Mitschreiben und Mittanzen ein.

Das Programm:

- Geigenmusik von Ela Zagori
- Kurzfilmvorführung "HELÎN" (Das Nest); im Anschluss Diskussion mit der Regisseurin Sibel Akkulak
- Lieder des UTAMARA Chors, der Sängerin Kewe und weiterer Musikerinnen
- „Jede Frau hat eine Geschichte“ – Start des Schreibwettbewerbes
- Mädchentanzgruppe Govenda Baran mit Tänzen zum Zusehen und Mittanzen
- Kulinarische Genüsse: Brotbacken und Gegrilltes
- Spiele und Aktivitäten für Kinder
- Informationen

Träume schaffen Begegnung! In diesem Sinne freuen wir uns auf Ihr Kommen!

Sonntag, 29. Mai 2011
13 bis 18 Uhr

Veranstalterinnen
und Veranstaltungsort:

Frauenbegegnungsstätte
UTAMARA e.V.
In der Stehle 26
53547 Kasbach-Ohlenberg
Tel.: 02644 - 60 24 24
E-Mail: utamara@web.de

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 516
20. Mai 2011

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Hunderttausende beteiligen sich an Protest- und Widerstandsaktionen

12 Guerillas ermordet

Bei einem Angriff des türkischen Militärs wurden zwischen dem 12. und 14. Mai 2011 12 kurdische Guerillas in Defensivposition in der Region Qilaban (Uludere) getötet. Die kurdische Bevölkerung reagierte auf diese Nachricht mit vielfältigen Protest- und Widerstandsaktionen, an denen sich Hunderttausende beteiligten. Ein Großteil der Geschäfte in Amed (Diyarbakır), Agirî (Ağrı), Wan (Van), Colemêrg (Hakkari), Geva (Yüksekova), Mûş, Sêrt (Siirt), Kelê (Malazgırt), Misirç (Kurtalan), Mêrdîn (Mardin), Êlîh (Batman) und anderen Städten blieben aus Protest geschlossen, SchülerInnen boykottierten den Unterricht. Da das Militär die Leichen gefallener Guerillas systematisch schändet und verstümmelt – wie erst vor zwei Wochen wieder in Dêrsim geschehen – entschlossen sich mehrere tausend Menschen, selbst ins Operationsgebiet vorzudringen, um die Körper der Gefallenen zu bergen. Das Militär und die Polizei reagierten von Qilaban bis Istanbul auf die Aktionen der Bevölkerung mit Repression und eröffneten mehrfach das Feuer, u.a. beschossen Soldaten ein Gymnasium, nachdem die SchülerInnen Parolen gerufen hatten – mindestens 153 Menschen wurden in den letzten 2 Tagen festgenommen.

Aufgrund der Breite der Proteste in fast allen kurdischen Städten, können hier nur einige Ereignisse hervorgehoben werden.

Amed: 80% der Geschäfte geschlossen

In Amed (Diyarbakır) wurden ab dem 16. Mai 2011 aufgrund der ausgerufenen Trauer mindestens 80% der Geschäfte geschlossen und die Schulen wurden boykottiert. Dies soll für drei Tage so bleiben.

Aus Protest gegen die Militäroperationen wurde eine Großdemonstration und ein Sitzstreik durchgeführt, an denen Zehntausende, darunter auch mehrere Abgeordnete der linken, prokurdischen Friedens und Demokratiepartei BDP bzw. deren Kandidaten und Kandidatinnen teilnahmen. Es wurden Fahnen des demokratischen Konföderalismus, der PKK und ihres Vorsitzenden gezeigt.

Der Sitzstreik wurde schließlich von der Polizei angegriffen. Viele Leute erlitten gesundheitliche Probleme aufgrund des massiven Tränengaseinsatzes. Die Jugendlichen erwiderten den Angriff mit Steinwürfen. Neben dem massiven Tränengas wurden mindestens 20 Personen verhaftet, die in der Antiterrorabteilung der Polizei von Amed (Diyarbakır) festgehalten werden.

Provinz Amed: Streiks, Demonstrationen, Strassenkämpfe – Polizei schiesst scharf

Auch in vielen Kreisstädten der Provinz Amed kam es zu Protestaktionen und Streiks bzw. Schulboykott, wie auch zu Polizeiangriffen, teilweise wurden auch scharfe Waffen eingesetzt. Entsprechende Proteste fanden unter anderem in Farqîn (Silvan), Ergani, Bismil, Pîran (Lice), Hasro und Çınar statt. Überall waren die Kreisbüros der BDP schwarz beflaggt.

In Farqîn (Silvan) griff die Polizei unter dem bei Faschisten gebräuchlichen osmanischen Mehter Militärmärschen eine Protestdemonstration an. Vor allem Jugendliche, die zuvor Barrikaden errichtet hatten, reagierten auf die Polizeiangriffe mit Steinwürfen. Währenddessen fuhr die Polizei ebenfalls unter diesen Märschen durch die Stadtviertel und bedrohte die Einwohnerinnen und Einwohner mit Lautsprecherdurchsagen folgendermaßen: „Übernehmt Verantwortung für eure Kinder, dies ist die letzte Warnung."

Auch in Çınar setzte die Polizei bei einem Angriff auf eine Demonstration neben Gasgranaten und Wasserwerfern auch scharfe Munition ein. Glücklicherweise gab es keine Toten und Verletzten.

Region Sirnex: Tausende überschreiten Grenze, um Leichen zu bergen

In der Region Şırnex (Şırnak), in deren unmittelbarer Nähe bei der Kreisstadt Qilaban(Uludere) die 12 Guerillas vom türkischen Militär getötet worden waren, und allen ihren Kreisstädten kam das öffentliche Leben zum erliegen. In vielen Städten, unter anderem auch in der Provinzhauptstadt Şırnex, wurde eine dreitägige Trauerzeit erklärt.

Am 15. Mai überschritten nahe Qilaban an zwei Stellen Tausende die Grenze zum Irak/Südkurdistan, um die Körper der gefallenen Guerillas zu bergen. Etwa 2000 Menschen verbrachten trotz der Kälte die Nacht in den Bergen. Mit den ersten Lichtstrahlen des 16.5. begaben sich die TeilnehmerInnen, unter denen Jugendliche, Alte, Männer, Frauen und auch Abgeordnete der BDP und z.B. der Bürgermeister der kurdischen Großstadt Amed (Diyarbakır) zu finden waren, auf die weitere Suche. Die Soldaten versuchten, sie zu stoppen und erklärten, dass sie Dorfschützer schicken würden, um die Körper zu bergen. Die Menschenmenge reagierte darauf mit Entrüstung: „Ist es nicht wahr, dass ihr uns die Leichen nur mit abgeschnittenen Ohren übergeben werdet." Dabei wiesen Sie auf eine Praxis des türkischen Militärs hin, Leichen gefallener Guerillas systematisch zu verstümmeln, wie dies erst zwei Wochen zuvor bei 7 in der Region Dêrsim gefallenen Guerillas geschehen war. Mindestens 200 Leute nahmen die Lebensgefahr in Kauf und stiegen zu den Körpern der Gefallenen ins Kampfgebiet herab. Von den Militärstützpunkten an der Grenze und von den Gipfeln aus wurden mehrere hundert Schuss abgegeben, Hubschrauber wurden eingesetzt und Gasgranaten abgeschossen. Als sie die Körper der Gefallenen fast erreicht hatten, wurden sie von Soldaten, die aus Hubschraubern abgesetzt worden waren, mit Steinen angegriffen und heftig beleidigt. Trotz alledem setzte die Menschenmenge ihren Weg fort. Schließlich trafen sie auf Spezialeinheiten, die erneut mit Steinen angriffen.

Trotz der Angriffe konnte die Menschenmenge drei Leichen bergen. Die Leichen der Gefallenen wurden auf drei Tragen, mit Blättern und Ästen eingewickelt auf den Schultern transportiert. Nach kurzem Weg wurde der Zug von Dorfschützern und Soldaten angegriffen. Sie warfen von oben Steine und brachten die im Tal vorbeiziehenden durch große Gesteinsbrocken, welche sie den Berg herunterrollten, in Lebensgefahr.

Am Grenzstützpunkt, an dem Tausende auf die Toten warteten, stoppten Soldaten den Zug und erklärten, es gäbe eine Autopsieanordnung, und sie müssten deswegen die Körper beschlagnahmen. Um dies durchzusetzten gaben sie minutenlang Schüsse in die Luft ab. Nachdem sie die Körper beschlagnahmt hatten, weigerte sich die Menschenmenge zu gehen, bevor sie diese nicht zurückerhielten. Es wurden massiv Gasgranaten eingesetzt. Die

→

Erklärung

Stoppt die kolonialfaschistischen Massaker der türkischen AKP-Regierung!

Erneut haben der türkische Staat und die AKP-Regierung die Bemühungen der kurdischen Befreiungsbewegung für eine friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage mit einem Verleugnungs- und Vernichtungsplan beantwortet.

Trotz der Waffenruhe der Guerilla, die einen friedlichen Verlauf der Parlamentswahlen im Juni ermöglichen soll, hat der türkische Staat seine Militäroperationen verschärft. Innerhalb der letzten Wochen wurden in Hatay, Dersim, Bingöl und Sirnak 23 Guerillakämpfer in ihrer passiven Verteidigungsstellung getötet. In Dersim setzte die Armee dabei auch chemische Kampfstoffe ein. Jetzt wurden am Wochenende in Uludere erneut 12 Guerillakämpfer massakriert.

Die Suche des kurdischen Volkes nach demokratischen Rechten wird mit Polizeiterror beantwortet. Innerhalb der letzten zwei Monate wurde über 2500 Menschen bei Polizeiübergriffen auf Demonstrationen und bei Polizeirazzien festgenommen. Betroffen sind kurdische Kommunalpolitiker und Aktivisten der Partei für Frieden und Demokratie BDP, aber auch türkische Sozialisten, Laizisten und Gewerkschafter. Tausende kurdische Politikerinnen und Politiker, darunter mehrere Bürgermeister, sitzen seit Jahren im Gefängnis. Mit Gewalt will die AKP verhindern, daß sich der aus prokurdischen und sozialistischen Parteien gebildete „Block für Arbeit, Demokratie und Freiheit" zu den Parlamentswahlen als echte Alternative zu den nationalistischen Parteien der Regierung und Opposition etabliert. Dieses Vorgehen wird durch die Aussage von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan „Es gibt kein kurdisches Problem!" legitimiert.

Mit ihren Massenprotesten hat die kurdische Freiheitsbewegung den antidemokratischen und kolonialistischen Charakter der AKP-Regierung entlarvt. Somit kann die AKP das kurdische Volk nicht mehr mit falschen Versprechungen betrügen und zeigt ihr wahres Gesicht durch Massaker und Massenverhaftungen wie unter der Militärdiktatur.

Das kurdische Volk und seine Befreiungsbewegung sowie ihr führender Repräsentant Abdullah Öcalan werden sich durch die schmutzige Politik der AKP-Regierung nicht provozieren lassen und weiter für eine demokra-

Menge antwortete mit Steinwürfen. Auch alte Frauen erwiderten die Angriffe von Soldaten und Polizei mit Ästen und anderen Gegenständen. Die Anwesenden erklärten trotz der heftigen Angriffe den Ort nicht zu verlassen.

Währenddessen verbot der Gouverneur das Verlassen und Betreten des Landkreises Qilaban. An der Grenze warteten mindestens 500 VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen und begannen selbst einen Sitzstreik, um eingelassen zu werden. Die Protestaktionen wurden bis zur Herausgabe der Leichname fortgesetzt.

Am 16.5. wurde der Leichnam des in Qilaban gefallenen Guerillakämpfers Abdulkadir Ay (Kahraman Rodi) von mehr als 50.000 Menschen unter Fahnen von PKK, KCK und Abdullah Öcalan auf seiner Reise nach Amed (Diyarbakır) empfangen. Nach seiner Weiterreise formierten die Anwesenden einen Demonstrationszug, aus dem immer wieder „Die PKK ist das Volk und das Volk ist hier!" skandiert wurde. Dieser Zug wurde von der Polizei heftig mit Gasgranaten angegriffen. Nach der Demonstration kam es zu Straßenschlachten zwischen Jugendlichen, die Molotowcocktails, Feuerwerkskörper und Steine einsetzten und der Polizei, die Wasserwerfer und Tränengas benutzte. Die Straßenkämpfe dauerten bis in die tiefe Nacht an.

Das Garnisonskommando des türkischen Militärs von Cizîr (Cizire) wurde am 16.5. mit einer Bombe angegriffen. Es entstand große Panik unter den Soldaten. Die laute Detonation führte zu Sachschäden an Militärgebäuden, Menschen kamen nicht zu Schaden.

Schon am Tag zuvor war es in Cizîr zu heftigen staatlichen Gewaltübergriffen gekommen, als u.a. eine bestreikte Schule, aus der Jugendliche Parolen wie „Biji Serok Apo!" skandierten, mit Salven scharfer Munition beschossen wurde, dabei etliche Fenster zerstört wurden und die Projektile ins Mauerwerk einschlugen. Durch die zerstörten Fenster feuerten die Soldaten Gasgranaten. Nur durch Glück gab es keine Toten und auch keine durch Schüsse Verletzten. Allerdings erlitten viele SchülerInnen gesundheitliche Probleme aufgrund des Tränengaseinsatzes. Die SchülerInnen antworteten auf die Schüsse mit weiteren politischen Protestparolen.

Weiterhin wurde von der Polizei eine 70-Jährige, die ihren 13-jährigen Enkel vor Misshandlung und Festnahme schützen wollte mit dem Gewehrkolben zusammengeschlagen. Sie befindet sich im Moment im Krankenhaus. Sie berichtete selbst:

„Ich saß vor meiner Wohnung. Auf einmal sah ich, dass die Polizei meinen Enkel festnehmen will. Ich ging sofort dazwischen. In dieser Situation schlugen sie mir mit dem Gewehrkolben auf den Kopf. Plötzlich lag ich in meinem Blut auf dem Boden. Obwohl ich verletzt war, schleiften sie mich über den Boden und entrissen mir meinen Enkel und nahmen ihn fest."

Weiterhin wurde einer im 6. Monat schwangeren Frau eine Tränengasgranate ins Gesicht geschossen und sie musste verletzt ins Krankenhaus eingeliefert werden, ein Nasenbeinbruch konnte diagnostiziert werden. Ein 95-Jähriger wurde ebenfalls verletzt, als eine Gasgranate in seine Wohnung geschossen wurde.

Region Wan (Van): Gezielte Schüsse auf Bürgermeister

In vielen Städten der Provinz Wan, Başkale, Ergani, Bostanıçı und anderen Orten kam es zu Protestaktionen und Demonstrationen und teilweise heftigen Straßenkämpfen. Insbesondere in der Kreisstadt Başkale, die nahe der iranischen Grenze liegt und von der BDP regiert wird, kam es zu besonders heftigen Polizeiübergriffen.

Die Polizei setzte gegen die DemonstrantInnen am 16.5. in der Kreisstadt Başkale mehrfach scharfe Munition ein. Während dieses Angriffs nahmen die Polizisten den ehemaligen BDP-Bürgermeister Ihsan Güler, dessen Mandat vom Innenministerium ihm Rahmen eines KCK-Verfahrens entzogen worden war und den amtierenden BDP Bürgermeister Hecer Saruhan ins Visier und feuerten gezielt. Sie konnten sich gerade noch in Deckung begeben.

Region Colemêrg (Hakkari): Zehntausende auf Demonstrationen – Polizeiangriffe – Festnahmeoperationen

In der ganzen Region Colemêrg, zu der u.a. die Kreisstädte Colemerg (Hakkari), Gever (Yüksekova),Şemzinan (Şemdinli), Çele (Çukurca) gehören, wurde ebenfalls eine dreitägige Trauerzeit ausgerufen. Die SchülerInnen nahmen nicht am Unterricht teil, die Läden blieben geschlossen. In Colemêrg und Gever fanden Demonstrationen statt, an denen sich zwischen 20.000 und 50.000 Menschen beteiligten. Auch in Çele und Şemzinan kam es zu Straßenschlachten.

Die Proteste in der Kleinstadt Colemêrg (Hakkari) begannen am 16. Mai mit einem Sitzstreik, an dem sich mehrere tausend Menschen beteiligten. Eine Demonstration durch die Innenstadt trug Bilder der gefallenen Guerillakämpfer durch die Stadt und rief Parolen wie „Mörder Erdoğan!"

Der stellvertretende BDP-Kreisvorsitzende von Colemêrg, Orhan Koparan, erklärte in einer Rede, dass aufgrund der permanenten Angriffe und Repression die Geduld der kurdischen Bevölkerung ihr Ende erreicht habe: „Wir erwarten die Lösung nicht von den Herrschenden, wir werden sie mit unserer eigenen Kraft und unserer Entschlossenheit selbst schaffen. Die Geduld unseres Volkes hat mit den Toten bei der Militäroperation in Qilaban (Uludere) ihr Ende erreicht. Es hätte keinen Sinn mehr, nach diesen Toten Frieden zu fordern. Entweder es gibt eine demokratische Lösung oder absoluten Widerstand."

An der Beerdigung des aus Colemêrg stammenden Guerilla Adem Aşkan (Canşêr Çempîrî) nahmen mehr als 30.000 Menschen teil. Auf der Beerdigung erklärte der BDP-Kandidat Adil Kurt:

„Ich verspreche euch, in dieser Phase nach diesem Massaker werde ich das Wort Frieden nicht mehr benutzen. In einer Phase, in der kein Schritt für den Frieden getan wird, werde ich das Wort Frieden nicht mehr benutzen. Alle unsere Friedensforderungen werden mit Massakern beantwortet."

Unter anderem wurden Transparente gezeigt wie „Mörder Erdoğan – wir sind die vermummten Terroristen," welches von alten Frauen getragen wurde. Die Demonstration wurde von hunderten vermummten Jugendlichen begleitet, die diese als „Selbstverteidigungskräfte" schützten.

Nach der Beerdigung breiteten sich die Proteste auf die verschiedensten Stadtteile von Colemêrg aus und es kam zu heftigen Straßenschlachten in den meisten Stadtvierteln der Kleinstadt. Die Polizei griff die Jugendlichen mit Tränengas und Wasserwerfern an, die Jugendlichen antworteten mit Steinen, Feuerwerk und Molotowcocktails. Militär eröffnete auch aus mit deutscher Lizenz produzierten G-3 Gewehren das Feuer in die Luft. Mindestens 6 Personen wurden verletzt.

Am 18. Mai fand schließlich eine Demonstration gegen Polizeigewalt in Colemêrg statt, nachdem schon in der Nacht zum 16.5. bei zeitgleichen Razzien mehr als 53 Personen von Antiterroreinheiten festgenommen worden waren. Der BDP-Vertreter Sinan Kaya erklärte in einer Rede: „Die AKP-Regierung und ihre Polizei übt wie in ganz Kurdistan in Hakkari eine rücksichtslose Praxis aus, hier kennt der Polizeiterror keine Grenze … Die Stadtviertel werden von der Polizei der AKP abgeriegelt, die Fenster und Türen der Häuser eingeschlagen, von unseren Müttern bis zu jungen Frauen sind alle Beleidigungen, Angriffen und Beschimpfungen ausgesetzt. Unter den Festgenommenen sind Menschen zwischen 7 und 70 und alle wurden in der Haft geschlagen … Es wird ein Spezialplan in Hakkari durchgeführt. Aufgrund dieser Praxis ist die Geduld unserer Bevölkerung am Ende."

Wie es in der Region permanente Praxis ist, wurden im Anschluss an diese Kundgebung JournalistInnen massiv von Polizei und Militär belästigt und bedroht. Ein Polizist zerstörte die Kamera eines Journalisten mit einem Fußtritt.

(Zusammenfassung aus DIHA und ANF, 17./18.5., ISKU)

tische und friedliche Lösung der kurdischen Frage eintreten. Aber die Geduld des kurdischen Volkes ist nicht unendlich. Abdullah Öcalan hat vergangene Woche die Alternativen klar benannt: Entweder wird es bis Mitte Juni einen Friedensvertrag unter Anerkennung der demokratischen Rechte des kurdischen Volkes geben oder es droht ein großer Volkskrieg. Die Verantwortung liegt allein bei der AKP.

Wir protestieren auch gegen die Politik der USA und EU, die mit ihren Aussagen und Taten die AKP-Regierung unterstützen und ermutigen. Die Waffenlieferungen an die türkische Armee müssen ebenso eingestellt werden wie die polizeiliche Verfolgung politisch aktiver Kurdinnen und Kurden in Europa. Dies ist eine Grundvoraussetzung, um eine Friedenslösung in Kurdistan nicht weiter zu sabotieren.

Als Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland Yek-Kom rufen wir alle demokratischen Kräfte dazu auf, mit uns gemeinsam gegen die kolonialfaschistische Politik der türkischen AKP-Regierung und gegen die Unterstützung dieses schmutzigen Krieges durch die deutsche Bundesregierung zu protestieren.

YEK-KOM
Föderation kurdische Vereine in Deutschland e.V.
16. Mai 2011

Quellen:

ANF Fırat Nachrichtenagentur
DIHA Dicle Nachrichtenagentur

Termin

Demonstration

Stoppt den Krieg in Kurdistan

Am vergangenen Wochenende sind 12 Militante der kurdischen Guerilla bei Gefechten mit der türkischen Armee gefallen. Um unsere Trauer über den Tot dieser Menschen auszudrücken und aus Protest gegen die anhaltende politische und militärische Unterdrückung der kurdischen Bewegung in der Türkei rufen der Kurdische Volksrat Berlin und das Kurdistan Solidaritäts-Komitee am kommenden Samstag zu einer Demonstration auf.

DEMO | 21.Mai | 16 Uhr | U-BHF Hermannplatz | Berlin

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 517
27. Mai 2011

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

PKK-Gefangene von Kiriklar im Hungerstreik:

Die Regelverstöße sind unerträglich geworden

İZMİR (DİHA) – Die PKK-Insassen im F-Typ Gefängnis von Kiriklar haben über ihre Anwälte verlautbaren lassen, dass die Regelverstöße im Gefängnis gegenüber politischen Häftlingen ein unerträgliches Ausmaß angenommen haben und die demokratische Öffentlichkeit dazu aufgerufen, mögliche Entwicklungen genau zu verfolgen. In ihrer Erklärung gaben die PKKler an, dass sie aufgrund der Haftbedingungen, und um sich mit dem Widerstand der kurdischen Bevölkerung zu vereinigen, mittlerweile seit 15 Tagen in einen Hungerstreik getreten sind.

„Die Zellen der Insassen werden täglich durch die Sicherheitskräfte gestürmt und durchsucht. Außerdem werden die neuinhaftierten politischen Gefangenen gezielt von den anderen politischen Gefangenen getrennt, um ihren Willen brechen zu können“, so in der Verlautbarung.

Die Gefangenen gaben weiter an, dass das Recht auf Kontakt unterhalb der Insassen behindert wird. Auf Petitionen an das Justizministerium habe die Gefängnisleitung mit Disziplinarstrafen geantwortet. Auch auf die Ankündigung und Durchführung des Hungerstreikes habe man mit Disziplinarstrafen geantwortet. Die PKK-Insassen gaben allerdings an, ihren Widerstand fortzuführen. Die Verantwortung gegenüber allen möglichen negativen Entwicklungen und Handlungen gegen die Insassen trage die Gefängnisleitung.

DİHA, 21.5., ISKU

Regierungspartei will absolute Mehrheit bei Juni-Wahlen mit allen Mitteln

Bei den Parlamentswahlen am 12. Juni hofft der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan auf eine absolute Mehrheit für seine seit 2002 allein regierende, islamisch-konservativ ausgerichtete AKP. Mit einer solchen verfassungsändernden Mehrheit könnte Erdogan sein Lieblingsprojekt eines autoritären Präsidialsystems umsetzen. Während Erdogan im Wahlkampf Reizthemen wie das Kopftuchverbot meidet, wirbt der offenbar an Cäsarenwahn leidende Ministerpräsident mit Projekten wie dem Neubau einer erdbebensicheren Millionenstadt neben Istanbul und eines »zweiten Bosporus« zur Entlastung der Meerengen. Zusätzliche Wählerstimmen hofft die AKP mit einer strikt nationalistischen Rhetorik vor allem im rechtsnationalistischen Spektrum zu gewinnen.

Auch schmutzige Methoden werden angewandt, um die hier als Konkurrenz begriffene faschistische MHP unter die Zehnprozentwahlhürde zu drücken. So tauchten im Internet mit geheimdienstlichen Mitteln angefertigte Videomitschnitte verheirateter »Grauer Wölfe« bei Treffen mit jungen Frauen im Schlafzimmer auf. Erdogan wies aber eine Verantwortung der AKP an den Filmen zwar zurück, erklärte aber, Ehebruch sei in einem Land mit 99 Prozent Muslimen keine Privatangelegenheit. Zehn MHP-Führer sind bislang aufgrund der Filme von ihren Ämtern zurükkgetreten.

Die unter ihrem Vorsitzenden Kemal Kilicdaroglu wieder stärker sozialdemokratisch ausgerichtete kemalistische Hauptoppositionspartei CHP umwirbt neben ihren traditionell laizistischen Hochburgen an der Ägäisküste insbesondere die religiöse Minderheit der Aleviten in Kilicdaroglus Heimatprovinz Tunceli (Dersim), die eine weitere Islamisierung des Lands unter der AKP befürchten. Bei seiner Wahlkampftour durch die kurdischen Landesteile hat sich Kilicdaroglu die Forderung kurdischer Verbände nach kommunaler Selbstverwaltung, der Senkung der Zehnprozentwahlhürde sowie der Einrichtung einer Wahrheitskommission zu eigen gemacht. Erdogan wirft der CHP, die in den kurdischen Landesteilen über kaum eine Basis verfügt, daher vor, sich mit der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans PKK gegen die AKP verschworen zu haben.

Konnte Erdogan aufgrund scheinbarer Gegnerschaft zum Militär vor vier Jahren noch eine Mehrheit der Wähler in den kurdischen Landesteilen für sich gewinnen, so wurde ihm hier in den letzten Tagen ein kühler Empfang bereitet. Viele Läden blieben aus Protest gegen seinen Besuch geschlossen. In der Hochburg der kurdischen Befreiungsbewegung Hakkari fanden sich nur knapp tausend Anhänger Erdogans, vor allem vom Staat bezahlte Dorfschützer, zur Kundgebung ein. Dem Ministerpräsidenten wurde von vielen Kurden nicht verziehen, dass er mit Blick auf die umworbenen türkischen Nationalisten erklärte hatte: »Es gibt kein kurdisches Problem mehr, sondern nur Probleme kurdischer Bürger.«

Um die Zehnprozenthürde zu umgehen, hat die prokurdische Partei für Frieden und Demokratie BDP mit 18 kleineren kurdischen und sozialistischen Parteien einen »Block für Arbeit, Demokratie und Freiheit« gebildet, der landesweit 60 Direktkandidaten unterstützt. Der Linksblock tritt für eine Lösung der kurdischen Frage durch »demokratische Autonomie«, für Arbeiterrechte sowie eine neue freiheitliche Verfassung ein. In den kurdischen Landesteilen findet der Wahlkampf unter Bürgerkriegsbedingungen statt. Fast täglich greift die Polizei BDP-Kundgebungen mit Gasgranaten an. Rund 3000 BDP-Aktivisten wurden in den letzten zwei Monaten festgenommen. Bei landesweiten Razzien wurden zudem am Dienstag 53 Studenten verhaftet, denen eine PKK-Mitgliedschaft vorgeworfen wird.

jW, 26.5.

Meldungen:

Zana: Die Freiheit des kurdischen Volkes ist sehr nah

Die Kandidatin des Wahlblocks für Arbeit, Demokratie und Freiheit von Amed, Leyla Zana antwortete auf die Frage einer 65-Jährigen: „Werden wir die Freiheit des kurdischen Volkes noch sehen?“ mit den Worten: „Die Freiheit des kurdischen Volkes ist sehr nah. Ich und du werden sie noch erleben.“

Leyla Zana war im Rahmen der Arbeiten für die Wahlen in der Region Bîsmîl und Amed zu Besuch und wurde dort von allen Dorfbewohnern begrüßt. Sie redete mit den Frauen der Dörfer und forderte sie zur Unterstützung auf. Zana erklärte, die KurdInnen sollten den Lügen der Parteien des Systems nicht glauben: „Die KurdInnen haben immer die Parteien des Systems unterstützt, von diesen sind sie immer verraten worden.“ Zana erklärte, dass die KurdInnen die nationale Einheit stützen müssten.

Im Dorf Dewreşî redete Zana mit den Kindern. Diese riefen die Parole "Bijî Serok Apo" und sagten zu Zana: „Wir sind mit Öcalan wiedergeboren und haben uns durch Öcalan kennengelernt. Wenn es Öcalan nicht gebe, gebe es uns auch nicht. Wir sind Apoci.“

Später besuchte Zana das Dorf Perîşan, in dem überwiegend Dorfschützer leben. Auch dort wurde sie begrüßt und beklatscht und unter Parolen und Trillern begleitet.

ANF, 25.5., ISKU

National Konferenz im August

Eine Delegation des Kongresses für eine Demokratische Gesellschaft, DTK, hat sich mit dem Präsidenten der Kurdischen Föderation, Mesut Barzani getroffen. Das Treffen endete mit der Übereinkunft, eine nationale kurdische Konferenz im nächsten August zu organisieren. Die Idee ist nicht neu, schon im letzten Jahr gab es Pläne dafür, die dann aber zurückgenommen wurden. Nun wurde entschieden, eine Arbeitskommission zur Vorbereitung zu gründen. Morgen wird sich die DTK-Delegation mit dem Präsidenten des kurdischen Parlaments, Kemal Kerkükü treffen und dann in die Türkei zurückkehren. Die Delegation reiste in die Kurdische Föderale Region, wie die außerordentliche Versammlung des DTK letzte Woche entschieden hatte. Die Themen waren die aktuelle Situation in

Frankfurt: 22. Juni Innenministerkonferenz

Edi Bese! Es Reicht! –

Keine Kriminalisierung der kurdischen Bewegung!

Aufruf zur Demonstration des "IMK auflösen!" Bündnis. Die Demonstration wird am 22.06.2011, 18:00, Hauptwache in Frankfurt am Main stattfinden.

Am 22. Juni diesen Jahres ist es wieder soweit: Die Innenminister der Bundesländer treffen sich in Frankfurt, um über ihre aktuelle Politik und illustre Themen wie „innere Sicherheit“ oder „Migrationskontrolle“ zu diskutieren. Die Folgen davon kennen wir alle aus unserem (politischen) Alltag: flächendeckende Kameraüberwachung, Abschiebungen von Migrantinnen und Migranten, Vorratsdatenspeicherung und 129a Verfahren sind nur einige Schlaglichter der Politik der Innenminister.
Im Zuge dieser Politik ist es auch die kurdische Befreiungsbewegung, die mit Repressalien überzogen wird. Ob PKK-Verbot, Auslieferungen an die Türkei, Extremismusdoktrinen – die Grundsteine dafür werden auf der Innenministerkonferenz gelegt.
Es kann kaum wundern, dass vor allem Deutschland so rigide gegen die kurdische Bewegung vorgeht. Die BRD ist seit jeher in enger Partner des türkischen Staates und lieferte schon in den 80iger Jahren kurdische und türkische Linke aus, die vor dem türkischen Staatsterror geflüchtet waren. Einen traurigen Höhepunkt erreichte diese Partnerschaft in den 90igern mit dem PKK-Verbot, bei dem über Nacht tausende von KurdInnen kriminalisiert wurden und eine ganze Reihe von 129a Verfahren gegen kurdische AktivistInnen eröffnet wurden. So sitzen in deutschen Gefängnissen heute mehr türkische und kurdische GenossInnen als deutsche. Ein weiteres Beispiel für die repressive Politik der BRD: 1994 wurde der kurdische Jugendliche Halim Dener beim Plakatieren in Hannover von der Polizei in den Rücken geschossen und starb. Der Täter wurde im Nachhinein von der Justiz freigesprochen. Seit jeher liefert Deutschland überdies Tonnen von Waffen und Kriegsmaterial in die Türkei, mit dem aktiv die kurdische Bevölkerung bekämpft wird.
Das alles ist für uns Grund genug den Innenministern eine eindeutige Absage zu erteilen und eine sofortige Aufhebung des PKK-Verbots, sowie die Abschaffung des Paragraphen 129a & b zu fordern. Dabei kann unser Kampf jedoch nicht stoppen. Eine Befreiung von kapitalistischem Wahnsinn und staatlichen Zwängen ist nur mit einer revolutionär kommunistischen Perspektive denkbar, die nicht auf die falschen Versprechungen der herrschenden Verhältnisse reinfällt.

Keine Kriminalisierung der kurdischen Bewegung!

Weg mit 129a & b!
Weg mit dem PKK Verbot!
IMK auflösen!

linke & kurdische Gruppen FFM

Berliner Polizei als Modeberater: Bauerntracht oder Uniform?

Die Berliner Polizei ist offenbar nicht in der Lage, ein traditionelles kurdisches Gewandt von einer Guerillauniform zu unterscheiden.
Mehrere Hundert Anhänger des Kurdischen Volksrates Berlin, türkische Kommunisten, der Linkspartei und antifaschistischer Gruppen hatten sich am 21. Mai in Berlin-Neukölln versammelt, um gegen die kolonialfaschistischen Massaker der türkischen AKP-Regierung zu demonstrieren.
Nach der Denunziation eines offenbar türkischstämmigen Polizeibeamten zwang der Staatsschutz den Moderator der Auftaktkundgebung, sein traditionelles kurdisches Gewand auszuziehen. Es handle sich um eine Guerillauniform der PKK, so die Begründung. Die Personalien des Mannes wurden aufgenommen. Jetzt ermittelt das LKA, ob es sich bei dem folkloristischen Bauerngewandt tatsächlich um eine angeblich verbotene Uniform handelt.
Der Präsident der kurdischen Autonomieregion im Nordirak, Mesoud Barzani, sollte sich bei Staatsbesuchen in Berlin künftig in Acht nehmen. Es könnte sein, dass ihn die Berliner Polizei entkleidet, wenn er das nächste Mal mit Pluderhosen und Turban im Kanzleramt einreitet.
Auch sonst spielte sich die Berliner Polizei als Modeberater auf. Im Auflagenbescheid hieß es, dass pro 50 Demonstrationsteilnehmern nur ein Bild von Abdullah Öcalan gezeigt werden dürfe. Voraussetzung sei, dass Öcalan weder eine militärische Kleidung noch ein blaues Hemd trage und diese Bilder nicht auf Fahnenstoff gedruckt sind.

kurdistan.blogsport.de

Al-Qamischli: Wieder regimekritische Demonstrationen – assyrische Aktivisten festgenommen

Während es bei landesweiten Protesten am 20. Mai 2011 in mehreren syrischen Städten erneut zahlreiche Tote und Verletzte gegeben hat, verliefen Demonstrationen in al-Qamischli, ʻAmuda, Darbasiya, Ra's al-ʼAin (Serê Kaniyê), ʻAfrin und ʻAin al-ʼArab (Kobanî) weitgehend friedlich. Insgesamt gingen in den kurdischen Gebieten mehr als zwanzigtausend Menschen auf die Straßen. Slogans in al-Qamischli waren auf Arabisch, Kurdisch und Aramäisch formuliert, um so den nationalen Charakter der Proteste zu betonen. Denselben Zweck verfolgte das Motto, unter dem die landesweiten Proteste am 20. Mai standen. Dieses lautete »Freitag der Freiheit«, wobei der arabische Begriff für Freiheit durch den kurdischen, »Azadî«, ersetzt worden war.
Nach der Demonstration wurden dreizehn Führungsmitglieder der christlichen Assyrischen Demokratischen Organisation (ADO) von der Kriminalpolizei in al-Qamischli festgenommen. Am selben Tag wurde das Büro der ADO durchsucht, Computer und andere Unterlagen wurden beschlagnahmt. Am 21. Mai folgte die Beschlagnahme der Autos der Betroffenen. Die Regierung reagierte hiermit auf die offene Solidarität zwischen Kurden und Assyrern.

KURDWATCH, 26.5. ISKU

der Region, die Lösung der kurdischen Frage, und die Organisation einer nationalen Konferenz. *ANF, 25.5., ISKU*

Bewaffneter Angriff auf unabhängigen Kandidaten
Ahmety Alpkan, der der AKP angehört, hat den Wagen des unabhängigen Kandidaten von Şirnex (Şırnak) des Blocks für Arbeit, Demokratie und Freiheit, Faysal Sariyildiz, mit einer Waffe angegriffen. Nach aktuellen Informationen wurde niemand verletzt.
Der Bus des Kandidaten Faysal Sariyildiz war auf dem Weg zu dem Dorf Ferisî bei Şirnex. Die Dorfbewohner begrüßten den Bus als plötzlich der AKPler Alpkan auf den Bus schoss. In der Folge wurde bekannt, dass der Wali und der Kandidat der AKP von Şirnex, bei Alpkan zum Essen waren. Der Angriff soll nach diesem Essen stattgefunden haben.

ANF, 25.5., ISKU

Operationen dauern an
Am 22., 23. und 25.5. wurden die Mederverteidigungsgebiete von der türkischen Armee durch Mörser und Granaten bombardiert.
Am 16.5. hat die türkische Armee in Colemêrg bei Şemzinan und Gever eine Operation begonnen. Es kam zu Auseinandersetzungen mit der Guerilla, wobei zwei Soldaten ums Leben kamen, vier wurden verletzt. Am 21.5. fand in Colemêrg (Hakkari) in der Gegend von Kusan bei Şemzinan eine Militäroperation unter der Beteiligung von Spezialkräften statt, die noch andauert.
Am 19. 5. fand in Dersim eine Militäroperation statt. Es kam zu Auseinandersetzungen mit der Guerilla. Dabei kamen zwei Soldaten ums Leben, einer wurde verletzt. Nach den Auseinandersetzungen weitete die türkische Armee die Operationen aus. Die Operation der Armee dauert in Form von Hinterhalten und Aufklärung an. *hpg-online, ANF 23./26.5., ISKU*

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
jW	junge Welt

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 518
3. Juni 2011

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Heimliche Hinrichtungen in iranischem Gefängnis gehen weiter

Nach Berichten der Organisation *International Campaign for Human Rights in Iran (ICHRI)* sind in den letzten zweieinhalb Monaten im Gefängnis Vakilabad in Mashhad 70 Menschen hingerichtet worden. Die Hinrichtung der wegen Drogenstraftaten verurteilten Gefangenen erfolgte im Geheimen und als Massenhinrichtung.
Seit September 2010 hat es mehrere Berichte über heimliche Hinrichtungen in Vakilabad gegeben. ICHRI zufolge werden in solchen Fällen weder die Betroffenen noch ihre Anwälte darüber informiert, wenn der Oberste Gerichtshof ein Todesurteil bestätigt.
Die Zahl der Hinrichtungen im Iran ist in den letzten Monaten sprunghaft angestiegen. UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon hat sich angesichts der zunehmenden Hinrichtungen durch den Strang im Iran und die Nachrichten aus dem Gefängnis Vakilabad tief beunruhigt gezeigt. Gemessen an der Zahl der jährlichen Hinrichtungen liegt Iran weltweit hinter China an zweiter Stelle. Im Verhältnis zur Landesbevölkerung kann Iran allerdings nach Einschätzung internationaler Menschenrechtsorganisationen als das Land mit den höchsten jährlichen Hinrichtungszahlen gelten. *(RZ/JB, 25.5., ISKU)*

Iran: Gefangene Frauen protestieren gegen sexuelle Drohungen

Weibliche politische Gefangene in der Quarantänesektion des Teheraner Evin-Gefängnisses haben aus Anlass des iranischen Frauentages in einem Brief von wiederholten sexuellen Drohungen seitens ihrer Befrager berichtet.
Aus dem Brief, der auf der oppositionellen Webseite Kalemeh veröffentlicht wurde, geht hervor, dass männliche Verhörbeamte diesen Aktivistinnen mehrfach mit sexuellen Übergriffen gedroht hätten, um sie zum Ablegen von Geständnissen zu zwingen, mit denen sie sich selbst belasten würden. Sexuelle Drohungen seien ein verbreitetes Mittel, um den Widerstand weiblicher Gefangener zu brechen, heißt es in dem Brief.
Neben sexuellen Drohungen würden die Gefangenen geschlagen und „anderen Foltermethoden unterzogen", so die Verfasserinnen. „In den Haftanstalten des Geheimdienstministeriums und der Revolutionsgarden ist es allgemein üblich, Gefangene auf verschiedene Arten zu foltern, ihnen Schläge zu versetzen, mit Gegenständen oder sogar Stühlen nach ihnen zu werfen, und die Gefangenen brutal zu verprügeln."
Viele der weiblichen politischen Gefangenen, die zunächst in die allgemeine Abteilung von Evin verlegt worden waren, befinden sich jetzt in der Quarantänestation des Gefängnisses, die auch als „Methadon-Abteilung" bekannt ist. Dieser Trakt, der für drogenabhängige Gefangene mit Entzugserscheinungen genutzt wurde, verfügt nicht über die Ausstattung der anderen Abteilungen. Die Verfasserinnen des Briefes schreiben, sie dürften nicht regelmäßig an die frische Luft und hätten keinen Zugang zu irgendeiner Art von Beschäftigung. Selbst Telefonate mit ihren Familien sind untersagt.
Derzeit befinden sich 32 weibliche politische Gefangene in der überbelegten Quarantänesektion von Evin. Ihnen wurde die baldige Verlegung in das Gefängnis von Varamin angekündigt. Im vergangenen Monat waren weitere 11 politische Aktivistinnen verhaftet oder zwecks Antritt ihrer Haftstrafe ins Gefängnis bestellt worden.
(RZ/JB, 29.5., ISKU)

Massenprozess gegen Gewerkschafter

Am Freitag beginnt in Ankara der Prozess gegen 111 Gewerkschaftsaktivisten, die an einer Demonstration entlassener TEKEL-Arbeiter am 1.4.2010 beteiligt waren. Auf der Anklagebank sitzen aktuelle und ehemalige Vorsitzende mehrerer Branchengewerkschaften, unter ihnen der Präsident der Nahrungsmittelgewerkschaft TEKGIDA IŞ, Mustafa Türkel. Den Aktivisten drohen Strafen von bis zu fünf Jahren.
Der Europaabgeordnete der LINKEN, Jürgen Klute setzt sich in einem Brief an den türkischen Arbeitsminister Ömer Dincer für die Freilassung der Gewerkschafter ein. Klute gegenüber Dincer: "Massenprozesse gegen Arbeitnehmer und ihre Vertreter setzen die Demokratisierung der türkischen Gesellschaft aufs Spiel. Zu den Aufgaben eines modernen Rechtsstaates gehört es, bürgerliche und soziale Rechte zu schützen und auszubauen. Ungerechtfertigte Gerichtsverfahren, Einschüchterung und Polizeigewalt, wie sie gegenüber den demonstrierenden Arbeitnehmern des 1. April 2010 eingesetzt wurden und werden, sind schlicht nicht zu rechtfertigen."
Zum Hintergrund: Im Dezember 2009 wurden 12.000 Lagerarbeiter des privatisierten Tabakunternehmens TEKEL über Nacht entlassen. Aus Protest campierten sie über zwei Monate in der Innenstadt von Ankara, unweit des Regierungsviertels. Die Auseinandersetzung hielt die türkische Öffentlichkeit in Atem und hat der Gewerkschaftsbewegung neuen Auftrieb verliehen. Das eindrucksvollste Zeichen hierfür war die 1. Mai-Kundgebung 2010, zu der die türkischen Gewerkschaften nach über 30-jährigem Versammlungsverbot 250.000 Bürger auf dem symbolträchtigen Istanbuler Taksim-Platz versammeln konnten.
Die entlassenen TEKEL-Arbeiter fordern indes eine Weiterbeschäftigung im öffentlichen Dienst, wie es ihnen als Staatsbedienstete nach türkischem Arbeitsrecht zusteht. Dem ist die türkische Regierung bis heute nicht nachgekommen. Ebenso wenig wurden angemessene Abfindungen gezahlt. Stattdessen wurde kürzlich ein Solidaritätskonto der entlassenen Arbeiter und ihrer Familien im Wert von 30.000 Euro eingefroren.
(JK, 2.6., ISKU)

Meldungen:

In Amed wird die Demokratische Autonomie „ausprobiert"
Der Stadtrat von Amed (Diyarbakir) hat einen Beschluß zur „tatsächlichen Umsetzung der Demokratischen Autonomie in der Praxis" gefällt. Die Ausrufung einer Regierungsform, die auf der Demokratischen Autonomie basiert, soll beschleunigt werden.
An der Versammlung am vergangenen Wochenende nahmen 400 Menschen teil, unter ihnen BürgermeisterInnen der BDP und VertreterInnen verschiedener Institutionen und Organisationen. Das Thema „Demokratische Autonomie" zog sich durch alle Diskussionen der Konferenz.
(ANF, 30.5., ISKU)

Türkisch-kurdischer Demokratieaufruf
Zur Unterstützung des Wahlbündnisses »Arbeit, Demokratie und Frieden« in der Türkei haben die türkische Föderation Demokratischer Arbeitervereine (DIDF) und die Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland (YEK-KOM) eine BRD-weite Unterschriftenkampagne gestartet. »Für eine demokratische Türkei und die friedliche Lösung der kurdischen Frage rufen wir alle Institutionen, Menschenrechtsorganisationen und Persönlichkeiten auf, diese Kampagne zu unterstützen«, sagte deren Sprecher Mehmet Calli am Montag in Berlin. Für die türkischen Parlamentswahlen am 12. Juni will YEK-KOM Wahlbeobachter in die kurdischen Gebiete schicken.
(jW, 31.5., ISKU)

Neun weitere Kurden im Gefängnis
Die große Strafkammer in Mardin hat Anklage wegen „Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation" gegen neun Kurden erhoben, unter ihnen ein Mitarbeiter der kurdischen Tageszeitung Azadiya Welat, Delil Tekin. Die Angeklagten bleiben im E-Typ-Gefängnis von Mardin.
Die neun Angeklagten waren am Montagmorgen im Zuge von Razzien in Kızıltepe von der Polizei festgenommen worden. *(DIHA, 31.5., ISKU)*

Damaskus: 32.000 Einbürgerungsanträge
Nach Angaben des syrischen Innenministeriums wurden

Stuttgart: Kurdische Jugendliche zu Freiheitsstrafen verurteilt

Am 23. Mai hat das Landgericht (LG) Stuttgart in dem Verfahren gegen neun kurdische Jugendliche und Heranwachsende die Urteile verkündet. Wegen gefährlicher Körperverletzung und schweren Landfriedensbruchs erhielten zwei Jugendliche 2 Jahre auf Bewährung und die restlichen sieben Freiheitsstrafen zwischen 2 und 3 Jahren + 3 Monate ohne Bewährung. Es wurde kein Haftbefehl außer Vollzug gesetzt. Vor dem Hintergrund der Dauer der Untersuchungshaft hätte der Haftgrund „Fluchtgefahr" eigentlich wegfallen können, doch wurde er vom Gericht weiter angenommen.

Zum Hintergrund: Am 17. Januar begann vor der Jugendkammer in Stuttgart der Prozess gegen acht kurdische Jugendliche wegen „gemeinschaftlich versuchten Mordes". Ein weiteres Verfahren gegen bereits volljährige Kurden war bereits am 13. Januar vor der 1. Großen Strafkammer des Landgerichts Stuttgart eröffnet worden. Die Angeklagten im Alter zwischen 18 und 33 Jahren sind beschuldigt worden, am Abend des 8. Mai 2010 vermummt eine Gaststätte in Nürtingen gestürmt und mit Baseballschlägern und Eisenstangen auf die Gäste eingeprügelt zu haben. Dabei seien der Wirt und drei Gäste am Kopf verletzt worden.

Die Staatsanwaltschaft war der Auffassung, dass die Kurden die „tödlichen Verletzungen" der Opfer „billigend in Kauf" genommen hätten. Der Angriff sei eine Racheaktion von Anhängern der PKK gewesen, weil der Wirt eine Woche zuvor die Angeklagten nach einem Streit aus der Gaststätte geworfen habe. Ein Gast soll sich beleidigend gegen PKK-Mitglieder geäußert haben. In der überfallenen Nürtinger Gaststätte sollen sich regelmäßig Personen aus dem Umfeld der türkischen faschistischen Grauen Wölfe getroffen haben.

Immer wieder ist es im Großraum Stuttgart zu Auseinandersetzungen zwischen türkischen Nationalisten und kurdischstämmigen Linken gekommen. Anfang November 2010 ist ein 19jähriger Kurde in Stuttgart von einem Türken mit einem Messerstich verletzt worden. Im Zuge der Ermittlungsverfahren sind in den Monaten Mai und Juni letzten Jahres rund 40 Razzien in den Wohnungen kurdischer Familien im Großraum Stuttgart durchgeführt worden, wobei teilweise schwerbewaffnete Sondereinsatzkommandos eingesetzt waren. Seit mehreren Jahren soll ein Polizeispitzel in der kurdischen Jugendszene aktiv gewesen sein, der die Angeklagten schwer belastet hat. Einigen Jugendlichen soll Geld für eine Zusammenarbeit mit der Polizei geboten worden sein. *(Azadî)*

Staudammbauten: NGOs verlangen volle Mitsprache der Betroffenen bei Projektplanungen

„Der UN-Ausschuss bestätigt damit, dass die türkische Regierung völkerrechtlich verpflichtet ist, seine gesamte Umsiedlungs- und Entschädigungspraxis zu ändern," erklärt Ercan Ayboga, internationaler Sprecher der Initiative zur Rettung von Hasankeyf. Hierbei bezieht er sich auf das Abschlussdokument der Untersuchung des UN-Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, inwieweit die Türkei sowie vier weitere Staaten ihren Verpflichtungen aus dem UN-Sozialpakt beim Bau von Staudämmen nachkommen. Im Hinblick auf zahlreiche Menschenrechtsverletzungen zeigt sich der Ausschuss besorgt über den Bau des Ilisu-Staudamms sowie anderer Dammprojekte in der Türkei. Die Regierung wird aufgefordert, ihre Gesetzgebung bezüglich der Umsiedlung der vom Dammbau betroffenen Menschen vollständig zu überarbeiten und den Menschenrechtsaspekt zu berücksichtigen. Die Türkei plant für die nächsten zwölf Jahre den Bau von fast 2.000 weiteren Dämmen und Wasserkraftwerken; hiervon betroffen wären bis zu zwei Millionen Menschen. „Einen Menschenrechtsansatz zu verfolgen bedeutet, dass die Betroffenen volle Mitsprache bei der Projektplanung erhalten, dass ihre Rechte auf einen angemessenen Lebensstandard, Gesundheit und Zugang zu ihren Kulturgütern gewahrt werden," erklärt Heike Drillisch, Koordinatorin von GegenStrömung, der Ilisu-Kampagne in Deutschland. Nicht zuletzt bildete ein von GegenStrömung und Initiativen in der Türkei erstellter Bericht die Grundlage für die Rüge des UN-Ausschusses, dass diese Rechte von der türkischen Regierung bislang ignoriert werden. *(GS, 25.5., ISKU)*

Frauen pflanzen 4750 Obst- und Pinienbäume

In Hakkari–Yüksekova wurde 2010 der *Stadt- und Frauenverein Yüksekova* gegründet. 2011 begannen die Arbeiten mit der Kampagne "Jedem Haus ein Weinberg, jedem Dorf ein Wald", in deren Rahmen 4.750 Obst-und Pinienbaumsetzlinge gepflanzt wurden. Der Verein wurde von der Stadtverwaltung und der Frauenbewegung aufgebaut. Ziel des Vereins ist es, Frauen den Blick für eine ökologische Gesellschaft zu öffnen und die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frauen zu erreichen. Nach ökologischen Gesichtspunkten sollen die Anpflanzung von Bäumen in den Dörfern, der Anbau von Obstbäumen und ein kleiner Obstmarkt aufgebaut werden. Nach dem Start der Kampagne "Jedem Haus ein Weinberg, jedem Dorf ein Wald" soll die Anpflanzung auf 1 Millionen Setzlinge erhöht werden. Der geplante Zeitraum für die Kampagne beträgt 5 Jahre. Zurzeit arbeiten 17 Frauen in dem Projekt.

(DIHA, 31.5., ISKU)

bislang 1.007 syrische Ausweispapiere an Personen ausgegeben, die bislang als „registrierte Staatenlose" (ajanib) geführt wurden.

Insgesamt wurden 32.000 Einbürgerungsanträge gestellt. Da je Familie nur ein Antrag gestellt wird, ist die genaue Zahl der Menschen, die die Papiere beantragt haben, unbekannt. *(KW, 30.5., ISKU)*

Al-Quamishli: Neue Demonstrationen von RegimekritikerInnen

Nachdem bei landesweiten Protesten am 27. Mai zahlreiche Tote und Verletzte zu beklagen waren, blieben die Demonstrationen in dieser Woche in Al-Qamishli, ´Amudah, Darbasiyah, Ra´s al-´Ayn (Serê Kaniyê), und ´Ayn al-´Arab (Kobanî) weitgehend friedlich.

In den kurdischen Gebieten Syriens gingen mehr als 20.000 Menschen auf die Straße und forderten Demokratie, Freiheit und den Sturz des Regimes. Einen Tag vor den Demonstrationen wurden in den meisten kurdischen Städten die Internetverbindungen blockiert. *(KW, 31.5., ISKU)*

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
jW	junge Welt
KW	Kurdwatch
RZ	Radio Zamaneh
JB	Julias Blog
GS	GegenStrömung
JK	Jürgen Klute

Neuerscheinungen

Wahlmanifest 2011 | des Wahlblocks für Arbeit, Demokratie und Freiheit ist in deutscher Übersetzung auf der Webseite der ISKU zu finden: *www.isku.org*

Azadî-Infodienst Nr. 101 Aktuelle Nachrichten und Hintergrundberichte des Rechtshilfevereins für KurdInnen und Kurden in Deutschland: *www.nadir.org/azadi*

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 519
10. Juni 2011

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Türkisches Militär begeht erneut systematisch Kriegsverbrechen

Nachdem im letzten Jahr schon gegen Guerillas in Defensivposition nach internationalem Recht verbotene chemische Waffen eingesetzt worden und Leichen gefallener GuerillakämpferInnen systematisch verstümmelt worden sind, häufen sich Kriegsverbrechen dieser Art, aber auch extralegale Hinrichtungen, vor den Parlamentswahlen in der Türkei erneut. Nach Angaben des Pressezentrums der kurdischen Guerilla (HPG) wurden mehrfach Giftgas und Streubomben eingesetzt. Es sollen Ballons mit Giftgas abgeworfen worden sein, welche die Guerillas bewegungsunfähig machten, daraufhin wurden sie von Soldaten umstellt und durch Schüsse extralegal hingerichtet.

Streubomben im Zap-Gebiet

In den Morgenstunden des 27.5. wurden nach Angaben des Pressezentrums der HPG Teile der Zapregion sowohl durch Artillerie als auch mit nach internationalem Recht geächteten Streubomben bombardiert. Dieser Einsatz von Streubomben ist kein Einzelereignis. Seit 2007 werden diese Bomben systematisch benutzt und verseuchen mit Blindgängern ganze Landstriche, die u.a. den 70-jährigen Şevket Haci Sedir im August 2008 töteten. Vielfach wurden diese Bomben auch von Journalisten und Journalistinnen dokumentiert. Im Januar 2009 wurden sogar Streubomben mit weißem Phosphor bestückt eingesetzt.

Türkei und Internationale Konventionen

Die Türkei gehört zu den Ländern, welche die Oslo-Konvention, die unter anderem den Einsatz von Streubomben und Napalm verbietet, nicht unterzeichnet haben. Allerdings unterzeichnete die Türkei die Chemiewaffenkonvention von 1997, die sie seitdem systematisch bricht. Die internationale Öffentlichkeit jedoch deckt den Mantel des Schweigens über diese Kriegsverbrechen.

HPG: Nach dem Abwurf von Gas Guerillas hingerichtet

Der Vorsitzende des Exekutivrats des KCK, Murat Karayılan erklärte, dass in Dersim und Amanos gegen die Guerillas verschiedene Arten von Chemiewaffen eingesetzt worden sind. Er erklärte zu den Einsätzen der letzten Wochen:

„Wir haben ermittelt, dass an unseren Guerillas in Dersim und Amanos unter dem Einsatz chemischer Waffen ein Massaker verübt worden ist. Die Ereignisse stellen sich folgendermaßen dar: Bevor die Militäroperation begann, warfen Hubschrauber in den Gebieten, in denen sich die Guerillas befanden, Ballons ab. Sobald sich diese Ballons dem Boden nähern, explodieren sie und setzen Giftgas frei. Die Menschen, die ihnen ausgesetzt waren, bekommen Schmerzen im Hals, Atemnot und Übelkeit, nach 2–3 Stunden kollabieren sie. Danach rükken Armeeeinheiten vor und töten sie."

Verstümmelungen gefallener Guerillas häufen sich

Die Verstümmelung von Leichen kurdischer Guerillas gehört zum systematisch angewandten Repertoire der psychologischen Kriegsführung des türkischen Staates. Die Bevölkerung soll auf diese Weise eingeschüchtert und gedemütigt werden. Oft posieren die Soldaten deshalb auch mit den Leichen oder deren Teilen. Es ist mittlerweile nicht mehr die Frage, wie viele Leichname von Guerillas verstümmelt

→

Erklärung von YEK-KOM zu Razzien und Festnahmen in Frankreich

Frankreich – Handlanger der Türkei

Nur wenige Tage nach einer Konferenz im französischem Parlament unter dem Titel „Wie soll die politische Lösung der Kurdischen Frage aussehen" wurden in Paris bei zwei kurdischen Vereinen in den Vorstädten Villiers le Bel und Evry zeitgleich Razzien durch französische Sicherheitskräfte durchgeführt. Die französische Polizei ging dabei brutal gegen 30 Personen, darunter Frauen und Kinder, die sich zu dem Zeitpunkt im Verein aufhielten, vor. Dabei wurden mindesten sechs Personen, u.a. der kurdische Politiker Nedim Seven festgenommen und in Handschellen abgeführt.
DemonstratInnen, die gegen diese Vorgehensweise protestieren, werden mit Tränengas beschossen, Autos stehen in Flammen, der öffentliche Verkehr in Evry ist lahmgelegt. Mehrere Personen wurden durch die brachiale Polizeigewalt verletzt, vier davon schwer. Frauen und Kinder wurden durch die Gasgranaten in Mitleidenschaft gezogen.
Die französiche Regierung setzt somit den Terror gegen die in Frankreich lebenden Kurdinnen und Kurden fort. Bereits im April dieses Jahres gab es fünf Festnahmen, die genau zum Zeitpunkt stattfanden, als Erdogan nach Strassbourg eingeladen war. Seit 2010 wurden 66 Festnahmen durch die französiche Regierung registriert.
Wir werten diese Vorgehensweise der französichen Behörden als Angriff gegen den Willen der kurdischen Bevölkerung, die seit Jahrzehnten eine friedliche politische Lösung der Kurdischen Frage verlangt. Anstatt sich für den Frieden in Kurdistan einzusetzen, antworten Sarkozy und seine Sicherheitskräfte mit Razzien, Gasgranaten und Verhaftungen!
Gegen Frankreichs Staatschef Nicolas Sarkozy, der unter dem Deckmantel der Menschenrechte den Nato-Einsatz in Libyen durchsetzte, wird gerade eine Anzeige wegen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" von Opfern der Nato angestrengt. Die französische Regierung, die seit 30 Jahren, die Augen vor den Kriegsverbrechen in Kurdistan verschliesst, Despoten und Diktaturen unterstützt wird sich früher oder später ihrer Verantwortung stellen müssen.
Alle demokratischen Parteien, Institutionen, Menschenrechstvereinigungen sind aufgerufen gegen diese barbarische Haltung der französischen Regierung zu protestieren, und sich mit den Opfern dieser Gewalt zu solidarisieren.
Wir fordern die sofortige Freilassung aller Personen, die bei den Razzien verhaftet worden sind!

(YEK-KOM e.V., .4.6., ISKU)

Meldungen:

Iranische Armee beginnt Militäroperation in Şaho und Ciwanroy

Nach Informationen von AugenzeugInnen haben die Kräfte des iranischen Regimes am 6.6. auf der Bergkette Şaho und Ciwanroy bei Pîrxidir mit einer breitangelegten Operation begonnen.
Auch Dorfschützer beteiligten sich, die Operation wurde jedoch ergebnislos zurückgezogen.
Nach AugenzeugInnenberichten haben die Soldaten bei den Dörfern Tîleko und Lûn Quellen vergiftet, wovon zahlreiche Tiere der DorfbewohnerInnen Schaden genommen haben.
Seit knapp einem Monat hat der Iran in der Gegend von Dembat, im Länderdreieck Türkei, Aserbaidschan und Armenien mit Straßenbauarbeiten begonnen. Diese Straßen sollen aus strategischen Gründen gebaut werden, um Soldaten zu verlegen. Außerdem sollen die Straßen an der Grenze von iranischen Revolutionsgarden angelegt werden.
Nach lokalen Angaben werden die Gebiete an der Grenze ständig bombardiert. So solle das Grenzgebiet von Guerilla und Bevölkerung „gesäubert" werden.
In der Gegend von Mako in Ostkurdistan fanden in Folge der Operationen der iranischen Armee gegen die Guerilla der Partei für ein Freies Leben in Kurdistan (Partiya Jiyana Azad a Kurdistanê, PJAK) Gefechte statt. Nach den Auseinandersetzungen soll die iranische Armee die Gegend bombardiert haben. Die Operation begann am frühen Morgen. In Folge begannen die Gefechte, dabei sollen iranische Soldaten ums Leben gekommen sein. Die Guerilla hatte keine Verluste.

(ANF, 7.6., ISKU)

AKP-Regierung verbietet 46 Almen und Weiden in Colemêrg

Auf der Versammlung der Weidekommission der Stadt Colemêrg (Hakkari), die von dem Provinzgouverneur initiiert worden war, wurde erklärt, dass 46 Almen und Weiden verboten worden sind. Der Provinzgouverneur gab eine schriftliche Erklärung gegenüber der Presse ab, in der die Entscheidung bekannt gegeben wurde. Allerdings wurde nicht verlautbart, welche Almen und Weiden betroffen

3. Konferenz der YJA

Der Verband der freien Frauen, Yekitiya Jinên Azad (YJA), hat zwischen dem 27. und 30.5. seine 3. Konferenz mit 120 Delegierten in Behdinan durchgeführt. Auf der Konferenz wurden wichtige Entscheidungen in Bezug auf den Aufbau einer ethischen Gesellschaft, auf Politik, Gesellschaft, Kultur, Presse, Wirtschaft, Verteidigung und Diplomatie getroffen.

Auf der Konferenz wurden der 9. bis 13. Mai zum Widerstand gegen Hinrichtung proklamiert. Die 120 Delegierten wiesen auf die Bedeutung der Organisierung der Frauen hin. Auf der Konferenz wurden die Internationalistinnen Ekin Ceren Doğruak und Uta Schneiderbanger sowie alle Gefallenen des Monats Mai geehrt.

Die Beschlüsse auf der politischen Ebene sind:
- den Widerstand für die Freiheit Abdullah Öcalans und für die Demokratische Autonomie verstärken.
- Wenn der türkische Staat nach dem 15. Juni keine Schritte für eine demokratische Lösung entwickelt, wird sich die YJA überall auf der Basis der Strategie des revolutionären Volkskrieges organisieren und die Führung der Phase übernehmen.
- für den Aufbau der Demokratischen Autonomie im Norden und Westen Kurdistans wird die Aufstandsbewegung des Volkes gestärkt.
- Auf der Basis des „Gesellschaftsvertrages der Frau" wird Arbeit geleistet, um die demokratische Basis, die die Freiheit der Frau beinhaltet, zu schaffen.
- Um die Einheit der kurdischen Nation und der demokratischen Nation zu erreichen, werden unabhängige Organisationen aufgebaut.
- Um die Befreiung der politischen Gefangenen und die Aufhebung der Todesstrafe im Iran zu erreichen, werden Aktionen und Kampagnen verstärkt.
- Im Gedenken an alle Frauen, die hingerichtet wurden, werden am Beispiel von Leyla Qasim und Şîrîn Elumhûlî zwischen dem 9. und 13. Mai Widerstandstage gegen Hinrichtungen ausgerufen.

Die Beschlüsse auf der gesellschaftlichen Ebene sind:
- um den demokratischen Konföderalismus durchzusetzen, soll keine Frau ohne Organisation und ohne Kommune bleiben
- um die Gleichwertigkeit von Frau und Mann zu erreichen, sollen umfangreiche und vielfältige Bildungsarbeiten gefördert werden.
- Mit dem Ziel, die Familien der Gefallenen und Gefangenen zu unterstützen, sollen Projekte ins Leben gerufen werden.
- Um eine kostenlose Gesundheitsversorgung nach den Bedürfnissen des Volkes zu entwickeln, sollen unabhängige Maßnahmen getroffen werden.
- um jedes Haus und jede kurdische Einrichtung in eine Schule für die kurdische Muttersprache zu machen, sollen die Bemühungen verstärkt werden.

Entscheidungen zur kommunalen Wirtschaft:
- Gegen die Arbeitslosigkeit sollen ökologische Projekte in Dörfern und Städten entwickelt werden.
- Um Hindernisse gegenüber der Arbeit von Frauen zu beseitigen, wird der Widerstand verstärkt.
- ökonomische Projekte der Gleichheit und Solidarität von Frauen werden entwickelt.
- Informationen zur Ökologie werden gefördert, und der gesamte Reichtum auf der Erde und unter der Erde wird zum Vorteil der Gesellschaft genutzt.

YJA Entscheidungen zur Selbstverteidigung:
- Um gegen die Kultur der sexuellen Nötigung, Prostitution und Gewalt vorzugehen, sollen Selbstverteidigungseinheiten in allen Lebensbereichen von Frauen aufgebaut werden.
- Um die Selbstverteidigung weiterzuentwickeln, soll der Widerstand auf allen Gebieten verstärkt werden.

(ANF, 8.6., ISKU)

Türkei prüft Anklage gegen Expräsidenten

Der türkische Expräsident Kenan Evren ist am Montag wegen des unter seiner Leitung ausgeführten Militärputsches im Jahr 1980 vernommen worden. Die Befragung fand wegen gesundheitlicher Probleme des 93jährigen früheren Generals in dessen Wohnung in der Hauptstadt Ankara statt. Die Staatsanwaltschaft erwägt, gegen Evren sowie gegen den früheren Luftwaffenchef Tahsin Sahinkaya Anklage zu erheben. Die Regierungszeit Evrens von 1982 bis 1989 war geprägt von Folter, Massenverhaftungen und Exekutionen.

(jW, 7.6., ISKU)

Türkisches Militär begeht erneut systematisch Kriegsverbrechen

Fortsetzung von Seite 1

wurden, es ist im Moment eher die Ausnahme wenn Leichen nicht verstümmelt werden. Auch mit diesem Vorgehen verstößt das türkische Militär gegen die Genfer Konvention, die den würdigen Umgang mit den Leichen des Gegners vorschreibt.
In verschiedenen Regionen, insbesondere an den anscheinend durch chemische Waffen bewegungsunfähig gemachten und dann hingerichteten Guerillas, häufen sich die Verstümmelungen der Leichen. So wurden allein in den ersten drei Monaten des Jahres 2011 4 Guerillas die Augen herausgerissen.
Nach Angaben der Nachrichtenagentur DIHA wurden in Maraş drei HPG-Guerillas die Augen herausgerissen und die Körper unter dem Einsatz ätzender Chemikalien verstümmelt. Weitere Beispiele dieses Jahres sind:
1. April, Hatay: Schwere Folterspuren an den Körpern von vier gefallenen Guerillas: (Aydın Baran (Mazlum Amed), Şehmus Özalp (Cigerxwin Mardin), Bülent Döner (Devrim Sipan) und Emrullah Atalmış'ın (Kendal Kavvar))
26. April, Dersim: Verstümmelung der Leichen von sieben gefallenen Guerillas, teilweise wurden ihnen die Augen herausgerissen (Şehmus Akak (Rizgar Amed), Hakan Gem (Tekoşer Amed), Uğur Utanç (Munzur Amed), Rojvan Serhat Başalak, Ercan Veske (Roni Sozdar), Şerfedin Can (Zerdeşt Çeleng), Kenan Taş (Zinar Hakkari))
3. Juni, Kastamonu: Dem Guerilla Sancar Buluç (Seyit Riza) wurde das rechte Auge herausgerissen und der Körper mit Chemikalien verätzt.

Uludere: Guerilla vermutlich durch Folter ermordet
18. Mai, Şırnak: Hanifi Aydın (Berxwedan Malazgirt) in Uludere gefallen. Der Vater erklärt, dass er anscheinend lebend gefangen worden ist und dann durch Folter getötet wurde. Die Leiche habe nur eine Schussverletzung am Bein gehabt, allerdings Spuren von Schlägen am ganzen Körper aufgewiesen. Er werde dies zur Anzeige bringen.

(ANF, DIHA, 5.6., ISKU)

sind, diese sollen auf der Internetseite des Provinzgouverneurs von Colemêrg veröffentlicht werden.

(ANF, 6.6., ISKU)

Militäroperation auf dem Kato Jirike
Wie bekannt wurde, begann am 7.6. eine große Militäroperation mit Spezialkräften der türkischen Armee auf dem Kato Jirike in der Gemeinde Elk (Beytüşşebab).

(ANF, 8.6., ISKU)

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
jW	junge Welt

Termine:

Ausstellungseröffnung

Einen Arztwagen für den Kandil!
In den Kandil-Bergen unterhält eine Altonaerin seit 18 Jahren eine kleine Krankenstation, die mittlerweile von ca. 700 PatientInnen monatlich aufgesucht wird. Doktor Medya, wie sie überall genannt wird, hat inzwischen drei kurdische Mitarbeiterinnen und ist bestrebt, ihren Wirkungsgrad auch auf entlegene Gebirgsdörfer und Nomaden-Lagerplätze auszudehnen. Das ist ihr bisher nur per Esel möglich.
Eine Gruppe der seit 1994 bestehenden gemeinnützigen Hamburger Kurdistan-Hilfe e.V. hat sie im März anlässlich des kurdischen Newroz-Festes besucht und möchte ihr einen Allrad-Geländewagen sowie medizinisches Gerät und Medikamente zukommen lassen. Dazu werden Spenden benötigt.
Über die Reise und die Situation vor Ort informieren eine zweiwöchige Ausstellung im Altonaer Rathaus sowie die Eröffnungsveranstaltung.

Dienstag, 14.6., 18:00 Uhr

Kollegiensaal des Altonaer Rathauses
Platz der Republik 1
Hamburg

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 520
17. Juni 2011

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

AKP gewinnt – Linksbündnis triumphiert!

Trotz allen Repressalien, der Inhaftierung von über 3.000 PolitikerInnen/BürgermeisterInnen und den Unmöglichkeiten des Wahlgesetzes konnte das Linksbündnis einen großen Sieg erringen. Die Ergebnisse des Blocks in den kurdischen Gebieten belegen, dass die AKP das Kredit der kurdischen WählerInnen verspielt hat. In fast allen kurdischen Wahlbezirken ist das Linksbündnis die eindeutige Siegerin. Vor den Wahlen wurde spekuliert, dass das Bündnis zwischen 25 und 30 Abgeordneten stellen würde. Mit inzwischen 36 Abgeordneten haben sie diese Voraussagen übertroffen. 2007 war die prokurdische DTP (nach dessen Verbot BDP) mit 20 Abgeordneten im Parlament vertreten.
Während in Istanbul alle 3 KandidatInnen gewählt wurden, hat das Bündnis auch ihre absoluten Zahlen erhöhen können. So hat z.B. Levent Tüzel, Vorsitzender der sozialistischen EMEP (Partei der Arbeit) mit 136.000 Stimmen einen landesweiten Rekord gebrochen. In Diyarbakir konnte sie ihr Stimmenanteil von 47 auf 62 Prozent (6 Abgeordnete), in Batman von 39 auf 51 Prozent (2 Abgeordnete), in Mardin von 39 auf 62 Prozent (3 Abgeordnete) in Sirnak von 52 auf 73 Prozent (3 Abgeordnete) und in Hakkari sogar von 56 auf 82 Prozent (3 Abgeordnete) erhöhen. In den übrigen kurdischen Städten ist eine ähnliche Entwicklung zu sehen. Auch in einigen südlichen Küstenstädten konnten sie Siege erringen. So wurde in Mersin Ertugrul Kürkcü, der bekannte Sozialistenführer gewählt und in Adana, der ehemalige Politiker Murat Bozlak. Das Linksbündnis konnte auch mit Serafettin Elci, einem früheren Minister und Altan Tan zwei Persönlichkeiten aus den islamischen Kreisen und mit Erol Dora, einem Aramäer, den ersten Christen nach 1960 ins Parlament schicken.
Der Sieg des Linksbündnisses wird mit dem Einzug von 15 SozialistInnen in den 1960er Jahren verglichen. Man erwartet eine ähnliche Dynamik wie damals, als die TIP (Türkische Arbeiterpartei) ins Parlament einzog und die Arbeiter- und Studentenbewegung einen ungeheuren Aufschwung bekam. In den kurdischen Medien, aber auch in den wenigen linken Fernsehsendern wurde den ganzen Abend über die Möglichkeit, eine neue vereinigte Partei zu gründen, diskutiert. Doch gleichzeitig setzt man auf die Abgeordneten des Linksbündnisses derart Hoffnungen, die zu hohen Erwartungen führen. Einige Kommentatoren, u.a. der renommierte Meinungsforscher Tarhan Erdem erwartet von den linken und kurdischen Abgeordneten eine Politik der Annäherung an die AKP, Zwecks einer neuen Verfassung. Ein erwarteter Dialog wird jedoch von der AKP abhängen und dies scheint heute Abend und womöglich in den nächsten Monaten unwahrscheinlich zu sein.
Dennoch, das Linksbündnis könnte in der parlamentarischen Arbeit zum Zünglein an der Waage werden und somit auch der Motor eines echten Versuches →

Wahlen im Polizei- und Militärstaat Türkei

Am 12.06.2011 fanden Parlamentswahlen in der Türkei statt. Während die Regierungspartei AKP versucht, die Wahlen im Ausland als frei und demokratisch darzustellen, wird immer deutlicher, dass es sich hierbei um Wahlen handelt, deren Umstände und Ablauf eher an Militärdiktaturen oder Polizeistaaten erinnern als an einen demokratischen Rechtsstaat. Insbesondere die kurdischen Provinzen, in denen seit mehr als 30 Jahren Krieg gegen die kurdische Bevölkerung und ihre Guerilla geführt wird, wurden zum Schauplatz aller nur erdenklichen Formen von Wahlbetrug, Erpressung und staatlicher Gewalt. Aufgrund der Vielzahl von beobachteten Verstößen gegen türkisches und internationales Recht, kann die Parlamentswahl 2011 keinesfalls als rechtsgemäße, allgemeine, freie, geheime und demokratische Wahl bezeichnet werden. Gravierende Verstöße gegen türkische Gesetze und Verordnungen sowie internationale Standards waren kein Einzelfall, sondern eine systematische und flächendeckende Praxis der versuchten Einschüchterung und Wahlfälschung.
Dieses Bild ergibt sich, wenn man die Berichte von den mehr als hundert WahlbeobachterInnen aus verschiedensten Ländern und verschiedensten gesellschaftlichen Positionen analysiert und mit der Berichterstattung in kurdischer und türkischer Presse abgleicht.

Das Vorfeld der Wahlen
Während im Vorfeld der Wahlen schon die Repressionsschraube angezogen worden war, und erneut tausende kurdische PolitkerInnen, AktivistInnen und MitarbeiterInnen der linken, prokurdischen BDP oder ihrer Stadtverwaltungen festgenommen worden waren, setzte die Regierungspartei AKP gleichzeitig auf Bestechung der verarmten Bevölkerung durch Geld- und Sach-„Geschenke", die gegen einen Schwur auf den Koran für die AKP zu wählen, ausgehändigt worden sind. Daneben setzte der Staat auf Einschüchterung und Bedrohung der Bevölkerung insbesondere in ländlichen Gebieten, sowohl mit Hilfe der Polizei, des Militärs oder aber auch mit den über 70.000 paramilitärischen Dorfschützern, die in den kurdischen Provinzen stationiert sind. Weiterhin wurde das Wahlgesetz geändert und ermöglicht, dass sich Sicherheitskräfte in einem Umkreis um die Wahlurne von 15 Meter aufhalten konnten. Dies führte zu einer Militarisierung der Wahlen und der türkische Staat präsentierte sich auf diese Weise unter schweren Waffen erneut als Besatzungsmacht in Nordkurdistan.

Der Wahltag
Der Wahltag war, wie es bereits die martialische Rhetorik der Provinzgouverneure und des Ministerpräsidenten Erdoğan und die Wahlgesetzänderung erwarten ließen, geprägt von Einschüchterung, Betrugsversuchen und Übergriffen auf die Bevölkerung. Diese Widrigkeiten waren so breit →

Meldungen:

Kurdischer Block entsendet 11 Frauen ins Parlament
Das neue türkische Parlament wird eine höhere Anzahl von Frauen als das vorherige enthalten: 2007 waren 50 ParlamentarierInnen Frauen. Nun sind es 78.
Die regierende AKP hat 45 Parlamentarierinnen gewählt, die CHP 19, die nationalistische MHP 3.
Der kurdische Block für Arbeit, Demokratie und Freiheit entsandte 11 Frauen von 36 ParlamentarierInnen ins Parlament.
Sebahat Tuncel, Pervin Buldan, Aysel Tuğluk, Leyla Zana, Nursel Aydoğan, Emine Ayna, Mülkiye Birtane, Ayla Akat Ata, Gültan Kışanak, Selma Irmak, Gülseren Yıldırım.
(ANF, 13.6., ISKU)

1757 Menschen starben in 10 Jahren im Gefängnis
Die Situation von Gefangenen in der Türkei wird immer schlechter. 913 Gefangene wurden in den vergangenen 10 Jahren Opfer der schlechten Haftbedingungen. 401 Personen begingen Selbstmord.
Nach Informationen der Menschenrechtsorganisation IHD leiden zahlreiche Gefangene an Herzkrankheiten, Schlaganfällen, Magenkrankheiten die durch Stress ausgelöst werden.
Nach Informationen des IHD leiden Gefangene unter zahlreichen Krankheiten, die durch die schlechten Lebensbedingungen ausgelöst werden.
In 10 Jahren starben 1318 Gefangene eines natürlichen Todes, 401 begingen Selbstmord, 38 wurden ermordet.
(ANF, 14.6., ISKU)

Nürnberger Delegation entgeht knapp einem Handgranatenangriff
Nachdem die kurdische Partei BDP in Sirnak ihre Kandidaten mit deutlicher Mehrheit ins Parlament gebracht hat, wurde friedlich gefeiert. Dann wurde eine Handgranate in die Menge geworfen. Unsere Wahlbeobachter-Delegation aus Nürnberg war nur wenige Meter von dem Anschlagsort entfernt. 12 Personen wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt. Bei den anschließenden Tumulten setzte die Jandarma Tränengasgranaten ein und beschoss auch uns und unsere DolmetscherInnen, obwohl bekannt war, dass wir uns an dieser Stelle aufhielten.

Linksbündnis triumphiert (Forts.)

der Demokratisierung. Zwar hat das Linksbündnis ein großen Anteil daran, dass die AKP ihre Ziele nicht erreichen konnte und dafür den offenen Zorn der AKP auf sich gezogen, aber wenn die AKP eine neue Verfassung installieren möchte, wird sie auf die Abgeordneten des Linksbündnisses angewiesen sein. Denn sie werden die einzige Kraft im Parlament sein, die ernsthaft an einer Demokratisierung interessiert sind und auch die Möglichkeit haben, auf die kurdische Bewegung Einfluss auszuüben.
Unter den gewählten KandidatInnen des Linksbündnisses sind 6 noch inhaftiert, sie wurden also aus dem Gefängnis heraus gewählt. Ferner sind 11 von ihnen Frauen. Das Linksbündnis ist zugleich eine Koalition der kurdischen Kräfte. Wäre das Bündnis eine Partei, wären die Stimmenanteile doppelt so hoch, da für die Wahl von unabhängigen KandidatInnen andere Vorschriften gelten, als für Parteien. Das Bündnis hätte als Partei wahrscheinlich doppelt so viele Abgeordnete wie jetzt. Die Tatsache, dass in den sämtlichen kurdischen Städten nahezu die gesamte Bevölkerung bis tief in die nächtlichen Stunden auf den Beinen war und wahrscheinlich auch Hunderttausende am nächsten Tag an den aufgerufenen Demonstrationen teilnehmen werden, zeigt, dass das Linksbündnis eine echte Chance für die Befriedung des kurdisch-türkischen Konfliktes darstellt. Das Linksbündnis hat mit ihrem Erfolg nun endlich die Wahlhürde von 10 Prozent ad absurdum geführt.

Gewählt wurden die folgenden Abgeordneten des Blocks:
Adana: Murat Bozlak,
Agri: Halis Aksoy
Amed: Leyla Zana, Hatip Dicle, Altan Tan, Emine Ayna, Nursey Aydogan, Serafettin Elci,
Batman: Ayla Akat Ata, Bengi Yildiz,
Bingol: Idris Baluken.
Bitlis: Zenderlioglu
Hakkari: Selahattin Demirtas, Adil Kurt, Esat Canan.
Igdir: Pervin Buldan.
Istanbul: Sirri Sureya Onder, Sabahat Tucel, Levent Tuzel ,
Kars: Mulkiye Birtane
Mardin: Ahmet Turk, Erol Dora, Gulseren Yildirim.
Mersin: Ertugrul Kurkcu,
Mus: Demir Celik, Sirri Sakik.
Siirt: Gulten Kisanak,
Sirnak: Hasip Kaplan, Faysal Sariyildiz, Selma Irmak.
Urfa: Ibrahim Ayhan, Ibrahim Binici
Wan: Ozdal Ucar, Kemal Aktas, Nazmi Gur, Aysel Tugluk.

(Murat Çakır, 13.6., ISKU)

Wahlen im Polizei- und Militärstaat (Forts.)

und massiv, dass hier nur einige der von unterschiedlichen Delegationen beobachteten Angriffe aufs Wahlrecht dargestellt werden können.
So waren die Wahllokale häufig massiv mit Militär oder Polizei besetzt, die sich bewaffnet, direkt an den Urnen, innerhalb der verbotenen 15-Meter-Zone aufhielten und durch Präsenz die Bevölkerung einschüchterten. Es konnten Aussagen von Mitgliedern von Wahlkommissionen aufgenommen werden, in denen bestätigt wird, dass diese von den Sicherheitskräften dazu gezwungen worden waren, zu behaupten, sie hätten diese zu Hilfe in die 15-Meter-Zone gerufen.
In einigen Fällen wurde die Bevölkerung von den staatlichen Kräften darauf „hingewiesen", die AKP zu wählen, Soldaten schauten in die Wahlkabinen und kreierten so ein Bedrohungsszenario, das nach AugenzeugInnenberichten dafür sorgte, dass für viele schon allein aus Angst keine freie Wahl möglich war. Wahlbeobachter der BDP, denen gesetzlich zustehen die Wahlen beobachten zu können, wurden häufig festgenommen, geschlagen oder aus dem Wahllokal entfernt. In Bîsmîl, in der Region Amed (Diyarbakır), wurde ein Wahlbeobachter der BDP so heftig von Dorfschützern misshandelt, dass er schwer verletzt ins Krankenhaus von Amed (Diyarbakır)aufgenommen werden musste. Dieses Vorgehen ist kein Einzelfall. Berichte hierüber gibt es aus den gesamten kurdischen Provinzen. Die Sicherheitskräfte versuchten systematisch Auseinandersetzungen in den Wahllokalen zu provozieren, um einerseits die BeobachterInnen der BDP auszuschließen und damit ungestört in den Wahllokalen Vorgehen zu können.
Weiterhin wurde über Fälle berichtet, in denen die Jandarma anstelle der Dorfbevölkerung die Wahlzettel ausfüllten.
Häufig wurden systematische Verstöße wie unversiegelte oder unzureichend versiegelte Wahlurnen festgestellt. Frauen wurde in manchen Dorfschützerdörfern das Wahlrecht verweigert, Männer und Söhne konnten die Stimme an ihrer Stelle abgeben.
Diese Liste mit Verstößen lässt sich nahezu unbegrenzt weiter fortführen, soll jedoch nur einen Einblick bieten. (zur weiteren Lektüre Empfehlen wir die gesammelten Berichte der Wahldelegationen auf der Extraseite von www.isku.org). Eine Delegation, die sich in der kurdischen Stadt Panos (Patnos) befand, ermittelte, dass mindestens die Hälfte aller abgegebenen Stimmen aufgrund von Wahlmanipulation durch der AKP nahe stehende Kräfte (Sicherheitskräfte, Wahlkommissionen, Dorfschützer etc.) mehr als zweifelhaft sind. Kurz nach den Wahlen wurde der Bürgermeister der Stadt, Yusuf Yilmaz, zu 6 Jahren und 3 Monaten Haft im Rahmen des KCK-Verfahrens verurteilt.

Übergriffe im Anschluß
Nach dem überwältigenden Sieg des linken Blocks für Demokratie, Arbeit und Freiheit (36 unabhängige KandidatInnen, zuvor 20) kam es vielerorts zu schweren staatlichen Übergriffe auf die feiernde kurdische Bevölkerung. Einer der schwersten Übergriffe geschah in der kurdischen Stadt Şirnex (Şırnak), als eine Handgranate in eine Menge feiernder Menschen geworfen wurde. Etwa 20 Personen wurden dabei verletzt eine davon schwer. Dieses Vorgehen entspricht der typischen Praxis türkischer Geheimdienstkräfte. Statt der Bevölkerung zu helfen griffen in Folge türkische Sicherheitskräfte die Menschenmenge an und Verletzte weitere TeilnehmerInnen. Dabei wurden auch die Scheiben des Krankenhauses, in dem sich die Verletzten des Anschlags befanden, zerstört und Tränengas in die Innenräume geschossen.
Auch in der kurdischen Stadt Sêrt (Siirt) wurde eine Feier über den Wahlsieg der kurdischen unabhängigen KandidatInnen heftig von der Polizei mit Panzern, Knüppeln und Gasgranaten angegriffen. Dabei wurden mindestens drei Personen schwer verletzt. Insbesondere viele der Kinder, die an der Feier teilgenommen hatten liefen Gefahr von Panzern zerquetscht zu werden. Auch mehrere hundert im BDP-Gebäude anwesende Personen wurden verletzt, als die Polizei Gas durch die Fenster hineinschoss. Dutzende wurden festgenommen.
Auch in der kurdischen Großstadt Wan (Van) griff die Polizei Feiernde an und verletzte viele. Eine dort vor Ort befindliche Delegation beobachte z.B. folgenden Übergriff: „In einem Fall wurde ein passierender Kleinbus und deren Insassen von ca. 10 behelmten PolizistInnen angegriffen. Die Türen wurden aufgerissen, es wurde brutal mit Schlagstöcken auf die Insassen eingeprügelt, die Fenster wurden zerschlagen. Schließlich wurde der blutüberströmte Fahrer aus dem Fahrzeug gezerrt und unter weiteren Prügeln zum Gebäude des Gouverneurs geschleppt." Übergriffe dieser Art fanden in vielen kurdischen Städten statt.

Delegation aus Hamburg und Berlin, 15.6.2011

Die Sicherheitskräfte griffen zudem Menschen an, die sich vor dem Krankenhaus versammelt hatten, um etwas über die Verletzten zu erfahren. Dabei beschoss die Jandarma auch das Krankenhaus und zerstörte alle Scheiben.
Da dies nicht der einzige Anschlag war, sondern ganz ähnliche in mehreren anderen Städten im kurdischen Gebiet, kann von einer gezielten Provokation ausgegangen werden. Das Wahlbündnis der BDP, die zu den großen Gewinnern der Wahl gehört, soll damit wohl eingeschüchtert werden. Die Wahl selber verlief in dem Teil, den die Wahlbeobachter in Augenschein nehmen konnten, dank örtlicher und europäischer Wahlbeobachter so normal wie schon lange nicht mehr. Bis auf kleinere Vorkommnisse waren große Manipulationen nicht zu erkennen. Aber offensichtlich sollte das Wahlergebnis im Nachhinein korrigiert werden durch diesen feigen Anschlag.
Die Wahlbeobachter-Delegation konnte mit eigenen Augen sehen, dass die Provokationen ausschließlich von den Sicherheitskräften ausging. Sie ließen sich auch durch die Anwesenheit ausländischer Delegationen, die sich zu erkennen gaben, nicht von ihren Anschlägen abhalten. Wir protestieren aufs Schärfste, werden uns an die deutsche Botschaft wenden und offiziell Protest einlegen.

(*Delegation aus Nürnberg, 12.6.)*

Quellen:

ANF Fırat Nachrichtenagentur

Termine:

Veranstaltung zur kurdischen Frauenarmee
Buchvorstellung: Frauen in der kurdischen Guerilla
20.6., Universität Bielefeld, Beginn: 18.00

Kurdische Filmwoche
Kino 3001, Hamburg
16.-22.6.
www.3001-kino.de

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 521
24. Juni 2011

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Die Lösung der kurdischen Frage durch eine demokratische Verfassung

Bei den Gesprächen Öcalans mit seinen AnwältInnen am 15. Juni 2011 auf der Gefängnisinsel Imralı nahm Abdullah Öcalan auf die neue Situation in der Türkei nach den Parlamentswahlen Stellung:
„Aus diesen Gründen sehen wir den revolutionären Volkskrieg oder den Krieg mittlerer Intensität als nicht geeignet an. Wir nehmen stattdessen die Lösung der kurdischen Frage in der Türkei im Rahmen einer demokratischen Verfassung wahr." Außerdem fordert er: „Das Parlament muss sich auf der Stelle versammeln. Damit ich meine Rolle in diesen Lösungsprozessen wahrnehmen kann, muss mich das Parlament einbeziehen. Wenn dies geschieht, kann ich mich dafür einsetzen, dass sich die bewaffneten Kräfte in kampffreie Gebiete zurückziehen. Ich werde mich auch in Bezug auf andere Punkte zur Verfügung stellen können. Das Parlament muss mir dafür die Kompetenzen einräumen."
Der Vorstand des Exekutivrats der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan (KCK) erläuterte darauf am 20. Juni 2011 in folgender Erklärung ihre Position:

An unser Volk und die Öffentlichkeit!
Die Ergebnisse der Wahlen in der Türkei vom 12. Juni haben der Lösung der kurdischen Frage auf politisch-demokratischem Wege Türen geöffnet. Die Tatsache, dass der „Block für Arbeit, Demokratie und Freiheit" trotz aller Hindernisse einen Erfolg feiern konnte, die AKP fast 50 % der Stimmen erhalten hat und die CHP in der Wahlkampfphase einige positive Signale abgegeben hat, stärken die Hoffnung, dass diese Phase einen Neuanfang in Richtung der verfassungsrechtlichen Lösung der dringenden Fragen der Türkei darstellen könnte. […]
Unser Vorsitzender Abdullah Öcalan hat über seine Anwälte am 15. Juni verlautbaren lassen, dass die Gegebenheiten für eine demokratische verfassungsrechtliche Lösung besser denn je seien. Allerdings hat er zusätzlich erklärt, dass die militärischen Auseinandersetzungen hierfür ein Ende finden müssten. Außerdem könne das türkische Parlament für einen fortdauernden Frieden einen Aufruf an seine Person tätigen, um die Bedingungen zu schaffen, damit er seiner Rolle gerecht werden kann.
Die Bewertungen unseres Vorsitzenden sind richtig und seine Forderungen passend. Wir als Bewegung werden diese Aufrufe bewerten und unserer Verantwortung gerecht werden. Allerdings wissen unser Volk und die Öffentlichkeit, dass wir seit 1993 vielfach durch einseitige Waffenstillstände versucht haben, friedliche Initiativen zu ergreifen, diese allerdings keinen beständigen Erfolg gebracht haben. Zuletzt haben wir unsere Phase der Aktionslosigkeit am 13. August 2010 erklärt und diese bis zum 15. Juni 2011 aufrechterhalten. Allerdings haben weder unsere einseitigen Bemühungen noch die Bemühungen unseres Vorsitzenden, der trotz seiner Isolierung fortwährend Lösungsprojekte entwirft und der Öffentlichkeit mitteilt, den demokratischen Lösungsprozess zu einem Erfolg führen können.
Dadurch, dass Regierung und Militär nicht die notwendige Haltung eingenommen haben, sind die einseitigen Waffenruhen und die Lösungsinitiativen unterschiedlicher Kreise erfolglos geblieben. Wenn auch dieses Mal die türkische Öffentlichkeit die Augen verschließen und der türkische Staat an seiner bisherigen Politik festhalten sollte und wenn Militär und Polizei ihre Operationen fortsetzen sollten, dann werden unsere einseitigen Bemühungen für eine demokratische Lösung kaum zu einem Erfolg führen können.
Aufgrund dessen müssen für die Stärkung der Phase einer demokratischen verfassungsrechtlichen Lösung ohne parallele militärische Auseinandersetzungen folgende zwei Punkte ohne Verzögerung umgesetzt werden:
1. Das türkische Parlament muss in seiner neuen Legislaturperiode für die Lösung des grundlegendsten Problems des Landes, der kurdischen Frage, einen Aufruf an Abdullah Öcalan richten und seine Lebensumstände derart verbessern, dass er seiner Rolle gerecht werden kann.
2. Der Regierungschef der Türkei oder eine andere Person in ähnlicher Position muss erklären, für die Lösung der kurdischen Frage nicht Zerstörung und Mord zur Grundlage zu nehmen, sondern den Dialog und friedliche Mittel. Auf dieser Basis muss der Öffentlichkeit mitgeteilt werden, dass zur Stärkung des Lösungsprozesses alle Operationen des Militärs und der Polizei ein Ende finden.

Wenn der Staat und die neue Regierung einen solchen Vertrauen schaffenden Schritt tun, wird der Weg zu einem andauernden Frieden und einer demokratischen Lösung auf Grundlage einer neuen Verfassung an Bedeutung gewinnen. Im gegenteiligen Fall, wenn uns also die Militäroperationen und unsere Eliminierung weiterhin aufgedrängt werden, wird es wenig Sinn machen, die einseitige Waffenruhe aufrechtzuerhalten. Für die Entwicklung einer ernsthaften und fortdauernden friedlichen Phase ist ein beidseitiger Waffenstillstand unabdingbar. Wenn in dieser Phase keine Lösungen erzielt werden, ist es nicht gerechtfertigt, von unserer Seite in Zukunft ein weiteres Mal eine solche einseitige Opferbereitschaft zu erwarten.
[…]
Die Ergebnisse der Wahlen vom 12. Juni sind gleichbedeutend damit, dass das Volk Kurdistans für eine friedliche demokratische Lösung und die Demokratische Autonomie steht. Diese Tatsache muss jeder respektieren und auf dieser Grundlage Lösungsperspektiven entwickeln. Das kurdische Volk hat erstmals in seiner Geschichte solch eine tiefgreifende Einheit in seinen Reihen entwickelt. Gleichzeitig hat es die gegenseitige Solidarität mit weiteren linken, sozialistischen und demokratischen Kreisen der Türkei bedeutend gestärkt. […]
Als Bewegung möchten wir unsere Entschlossenheit bekunden, dass wir die Wege zu einem kampflosen und historischen Friedensprozess und der Öffnung zu einer Lösung im Rahmen einer demokratischen Verfassung, auf Basis der Friedens- und Demokratiebestrebungen unseres Volkes, unterstützen werden, sofern auch Staat und Regierung die nötigen Schritte unternehmen sollten.
Wir rufen unser Volk und alle demokratischen Kräfte, die auf der Seite des Friedens stehen, auf, sich ihrer bedeutenden Rolle in dieser kritischen und historischen Phase für einen bleibenden Frieden bewusst zu sein und den Fortschritt zu einer demokratischen Lösung mitzutragen als auch zu stärken.

(Der Vorstand des Exekutivrats der KCK, 20.6.2011)

Meldungen:

Generalamnestie in Syrien
Nach den wochenlangen Kämpfen zwischen Aufständischen und Regierungstruppen hat der syrische Präsident Baschar Al-Assad am Dienstag eine Generalamnestie in Kraft gesetzt. Sie gelte für alle vor dem 20. Juni begangenen Straftaten, meldete die syrische Nachrichtenagentur Sana am Dienstag. Assad hatte die Amnestie bei einer Rede an die Nation am Montag angekündigt, bei der er der Opposition auch einen »nationalen Dialog« angeboten hatte. Bereits Ende Mai war auf Assads Erlaß eine Generalamnestie für alle politischen Gefangenen in Kraft getreten. Daraufhin wurden in Syrien Hunderte Inhaftierte freigelassen. *(jW, 22.6., ISKU)*

Medienbericht für das 1. Quartal 2011
Das Medien-Beobachtungs-Team von BIA hat am 2. Mai 2011 einen Bericht für die Monate Januar-März 2011 herausgegeben. In dem Bericht sind die Namen von 267 Personen unter Überschriften wie "Angriffe und Drohungen", "Verhaftungen" und "Verfahren zu Meinungsdelikten" erwähnt. Mit Stichtag vom 31.03.2011 befanden sich 5 Journalisten wegen ihrer Artikel und 42 Journalisten im Zusammenhang mit Verfahren wie "Ergenekon", "KCK", "Devrimci Karargah" oder "Balyoz" in Haft. In den drei Monaten wurden 13 Personen wegen ihrer Ansichten zur Kurdenfrage zu 21 Jahren und 10 Monaten Haft und fast 67.000 Lira Geldstrafe verurteilt. Die Äußerung von Ministerpräsident Erdogan, dass von 27 Journalisten in den Gefängnissen niemand aufgrund seiner journalistischen Tätigkeit in Haft sei, wurde als Einmischung in die Justiz aufgefasst. Das Medien-Beobachtungs-Team von BIA hat demgegenüber festgestellt, dass 103 Personen, darunter 62 Journalisten, in Verfahren vor Gericht stehen, die im Rahmen der Meinungsfreiheit einzustufen sind.
(DTF, Mai 2011, ISKU)

Militär verlängert Haft gegen Kriegsdienstverweigerer
Das türkische Militär geht weiter scharf gegen den Kriegsdienstverweigerer Inan Süver vor. Eine mögliche vorzeitige Entlassung aus seiner 25-monatigen Haftstrafe wegen dreima-

Hoher Wahlrat der Türkei erklärt die Wahl des kurdischen Abgeordneten Hatip Dicle für nichtig

Schlag gegen die Demokratie

Am 12. Juni 2011 fanden in der Türkei Parlamentswahlen statt. Wieder einmal hat sich bestätigt, dass Wahlen in der Türkei weder frei noch fair ablaufen. Neben der bestehenden 10%-Hürde, welche eine adäquate Repräsentanz der kurdischen Bevölkerung sowie aller Minderheiten im Parlament verhindern soll, kam es auch in diesem Jahr nach Berichten ausländischer und regionaler Wahlbeobachter zu schwerwiegenden Verletzungen des Rechtes auf freie Wahlen: Polizei- und Militärpräsenz in und um die Wahllokale, gefälschte Wahlscheine, mehrfache Stimmabgaben, Festnahmen, verschwundene Wahlurnen, Drohungen gegen Wähler sind nur einige Beispiele hierfür.

All diese Repressionen konnten jedoch nicht verhindern, dass 36 Abgeordnete des Blockes für Frieden, Arbeit und Demokratie – 31 aus Kurdistan und fünf aus den türkischen Metropolen – als unabhängige KandidatInnen den Einzug ins türkische Parlament schafften. Erstmalig in der Geschichte der türkischen Republik zog ein aramäischer Christ, Kandidat in der kurdischen Stadt Mêrdin, ins Parlament ein. Auch die ehem. DEP-Abgeordnete und Sacharow-Friedenspreisträgerin Leyla Zana, deren Immunität wegen ihrer Forderung nach einer politischen Lösung der kurdischen Frage aufgehoben wurde und die eine zehnjährige Haftstrafe verbüßte, wurde gewählt. Gewählt wurden auch sechs inhaftierte PolitikerInnen, die aufgrund ihrer Meinungsäußerung seit Monaten bzw. Jahren im Gefängnis sitzen. Einer davon ist der ehem. DEP-Abgeordnete Hatip Dicle, der bereits mehr als 10 Jahre im Gefängnis verbrachte, weil er als Abgeordneter für die Rechte des kurdischen Volkes eintrat.

Seine Wahl wurde nun vom hohen Wahlrat der Türkei (YSK) für nichtig erklärt und damit auch der Wille seiner knapp 80000 WählerInnen bzw. aller WählerInnen des Blockes für Frieden, Arbeit und Demokratie.

Diese Entscheidung ist entgegen der Erklärung des YSK ein ausschließlich politischer Entschluss, der jeglicher juristischer Grundlage entbehrt und bewusst gefasst wurde. Sie ist als Entscheidung im Hinblick auf die Lösungsart der kurdischen Frage zu werten und zeigt offenkundig, dass die Bemühungen der kurdischen Seite für eine politische Lösung seitens des türkischen Staates keine Beachtung finden. Die parallel hierzu verstärkten Militäroffensiven der türkischen Armee bestätigen dies. Der Entschluss des YSK stellt eine Provokation dar, die das Land in ein leidvolles Chaos stürzen wird, welches sicherlich nicht im Sinne der Völkerverständigung und des Leitbildes einer Demokratischen Republik Türkei steht.

Das kurdische Volk wird sich jedoch von seinem Weg zu einem selbstbestimmten, freien Leben in einer Demokratischen Autonomie nicht abbringen lassen und auch diese Hürden überwinden; so auch die Überzeugung vieler WahlbeobachterInnen aus Europa, die die Parlamentswahlen in der Türkei mitverfolgt haben. Nach Bekanntgabe der Entscheidung des YSK in den Medien, noch bevor die Anwälte von Herrn Dicle oder dieser selbst informiert wurden, gingen zehntausende Menschen in der Türkei und in Kurdistan auf die Straßen; es gab Tote und Verletzte.

Wir appellieren daher an die Internationale Staatengemeinschaft und die Öffentlichkeit, umgehend zu intervenieren und die Einhaltung internationalen und türkischen Rechts einzufordern. Für eine politische Lösung der kurdischen Frage und die Gestaltung einer neuen, demokratischen Verfassung ist der Einzug von Hatip Dicle und allen anderen inhaftierten Abgeordneten ins Parlament unerlässlich.

YEK-KOM - Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland e.V.
CENI - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V.
KURD-AKAD - Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e.V.
YXK - Verband der Studierenden aus Kurdistan e.V.

Der türkische Generalkonsul zu Gast

Altonaer Rathaus abgeriegelt – Protest unerwünscht

Anlässlich der politischen Eröffnung des Hamburger Stadtteilfestes „Altonale" im Altonaer Rathaus hatte die Polizei am Donnerstag den 16. Juni bereits seit Mittag das Gebäude hermetisch abgeriegelt. Es kam nur herein, wer eine Einladung hatte. Grund für die völlig unverhältnismäßigen Sicherheitsmaßnahmen war eine regulär angemeldete Protestkundgebung gegen den Auftritt des türkischen Generalkonsuls als Vertreter des diesjährigen "Partnerlandes" Türkei. „Das türkische Generalkonsulat in Hamburg als verlängerter Arm der repressiven Politik gegen KurdInnen und andere fortschrittlichen Kräfte in der Türkei kann und darf nicht ‚unser' Partner sein!" war das Fazit des Aufrufes zur Kundgebung gegen die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei und für die Freiheit für Abdullah Öcalan.

Kurzfristig war von Seiten der Polizei der Veranstaltungsort in den nicht sichtbaren Teil des Parks vor dem Rathaus wegen einer „aktuellen Gefahrenprognose" verlegt worden. Noch bevor sich die Kundgebung formieren konnte, wurden TeilnehmerInnen von massiven Polizeikräften abgedrängt und die Personalien all derer aufgenommen, die Apofahnen (Bild von Abdullah Öcalan) bei sich trugen. Die Fahnen wurden konfisziert.

Der Einsatzleiter wollte offenbar ein Urteil in seinem Sinne vorwegnehmen.

Bei einem kürzlich stattgefunden Gerichtsprozess anlässlich einer Feststellungsklage, der die sehr willkürlichen Auflagen bei Demonstrationen von Kurdinnen und Kurden zum Thema hatte, war die Frage, wie viele Fahnen, welche Farben und welche Bilder von Apo (Abdullah Öcalan) als „PKK-Werbung" beanstandet werden könnte, ausgiebig diskutiert worden. Das Gericht hatte klargemacht, dass die Hamburger Polizeipraxis, z.B. pro 50 DemonstrantInnen nur ein Apo-Bildnis zuzulassen, nicht verhältnismäßig ist, wie Apo-Bilder per se nicht verboten sein können. Dennoch ist die Versammlungsbehörde anscheinend juristisch dermaßen schlecht ausgestattet, dass sie sich in den Auflagen erdreistet zu behaupten, ein Bildnis Öcalans mit blauem Hemd vor gelbem Hintergrund müsse verboten sein, da hierbei die PKK-Farben zur Geltung kommen würden.

Es hat sich wieder einmal gezeigt, dass die repressive Politik des türkischen Staates vom hiesigen Polizeiapparat auf Weisung der Politik kritiklos fortgeführt wird. Hier und auch in der Türkei wurde noch immer nicht verstanden, dass der Freiheitswille auch mit einem immer größer aufgeblasenen Polizeiapparat nicht zerschlagen werden kann.

(Tatort Kurdistan, Gruppe Hamburg, 16.6.)

liger Desertion wurde um neun Monate verschoben, da er kurzzeitig aus dem Gefängnis geflohen war. Zu seiner Flucht erklärte er: "Ich habe kein Verbrechen begangen, warum bin ich im Gefängnis?". Nun wird Inan Süver mindestens bis zum 13. Juni 2012 in Haft bleiben.

Ein vor wenigen Tagen wegen weiterer Anklagen anberaumter Prozess wurde auf den 26. September 2011 vertagt, da das Gericht den Ausmusterungsbescheid bislang noch nicht schriftlich vorliegen hatte. In dem Verfahren wird er erneut wegen Desertion und wegen Befehlsverweigerung angeklagt.

Inan Süver wurde 2001 zum Militärdienst einberufen. Wegen mehrmaliger Desertion wurde er in drei Verfahren zu insgesamt 25 Monaten Haft verurteilt. Sieben Monate verbüßte er bereits vor mehreren Jahren. Nach seiner vorläufigen Entlassung tauchte er unter.

Aufgrund unmenschlicher Behandlung sowohl im Militär- als auch im Zivilgefängnis trat Inan Süver bereits mehrmals in den Hungerstreik. "Wir sind sehr besorgt", erklärte die Solidaritätsinitiative Inan Süver vor wenigen Tagen. "Inan Süvers Gesundheitszustand hat sich sehr verschlechtert".

Connection e.V. bittet um Unterstützung: Direkter Link zur online-Faxaktion: www.Connection-eV.de/aktion-tuerkei.php

(Con, 7.6., ISKU)

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DTF	Demokratisches Türkeiforum
Con	Connection e.V.
jW	junge Welt

Termine:

14. Mazlum Dogan Jugendfestival
9. Juli 2011, 10 - 17 Uhr
Stadion Köln Süd ("Fortuna"-Stadion, Vorgebirgstor 1-3, 50969 Köln)
u.a. mit: Sahe Bedo, Rêzan und Deniz Dersim, Halit Bilgic, Hunermenden Jinen Tev-Cand, Koma Dem, Sewder

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 522
1. Juli 2011

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Internationale Persönlichkeiten solidarisieren sich mit Hatip Dicle und den kurdischen PolitikerInnen

Kurdische ParlamentarierInnen boykottieren erste Sitzung der türkischen Nationalversammlung

30 ParlamentarierInnen des Wahlblocks für Arbeit Demokratie und Freiheit, darunter die Sacharowpreisträgerin Leyla Zana, boykottierten am gestrigen Dienstag die erste Parlamentssitzung der türkischen Nationalversammlung. Der Grund: Fünf vor der Wahl zugelassenen kurdischen ParlamentarierInnen wurde, nachdem sie vor der Wahl zugelassen wurden und rechtmäßig gewählt waren, unter zu Hilfenahme von juristischen Verfahrenstricks und der Begründung, dass sie mit Anklagen konfrontiert sind, der Einzug ins Parlament verwehrt.

Hatip Dicle, der bereits in den 90er Jahren gemeinsam mit Leyla Zana für zehn Jahre inhaftiert war, wurde das Mandat von der Hohen Wahlkommission widerrechtlich im Gesamt entzogen. Ibrahim Ayhan, Gülseren Yıldırım, Selma Irmak, Faysal Sarıyıldız and Kemal Aktaş wird zum Teil, unter der Argumentation, dass sie vor Gericht Kurdisch gesprochen haben, der Einzug in die türkische Nationalversammlung verwehrt.

Auch die Oppositionspartei CHP verweigerte aus ähnlichen Gründen die Vereidigung im Parlament. Die ParlamentarierInnen des Wahlblocks planen bis zu einer Lösung des Konflikts wöchentlich in Diyarbakir als Fraktion zu tagen.

„In einer realen Demokratie ist die bedeutendste Stimme, die Stimme der WählerInnen. Ein System, in dem das Wahlergebnis einige Tage nach den Wahlen entsorgt wird, kann nicht als reale Demokratie gesehen werden. Durch die Aberkennung der Parlamentsmandate von Hatip Dicle und weiteren PolitikerInnen, gießt die türkische Regierung Öl ins Feuer anstatt der türkischen Gesellschaft Frieden und Wohlstand zu ermöglichen“, kommentiert Villo Sigurdson, ehem. Bürgermeister von Kopenhagen, die Vorgänge.

„Es ist wirklich traurig und zynisch, dass Hatip Dicle zuerst genehmigt wurde an den Wahlen in der Türkei teilzunehmen, wenn ihm und seinen WählerInnen, jetzt, nachdem er auf demokratischem Wege gewählt wurde, das Recht der Repräsentation im Parlament vorenthalten wird. Das verstößt nicht nur gegen das Völkerrecht sondern auch gegen die türkische Verfassung. Herrn Hatip Dicle sollte unverzüglich erlaubt werden, sein demokratisches und durch die Verfassung gesichertes Recht wahrzunehmen, die Menschen, die ihn in das türkische Parlament gewählt haben, zu repräsentieren,“ beschreibt Dr. Joey Moses, Anwalt des „High Court of South Africa, die juristische Dimension. …

Pressemitteilung des Solidaritätskomitees für Hatip Dicle

Weitere Informationen: www.solidarity-dicle.blogspot.com

Gewähltem Abgeordneten wird Mandat entzogen, fünf weitere kurdische Abgeordnete bleiben inhaftiert

Türkischer Staat verschließt politische Lösungswege

Nachdem der türkische Staat bei den Parlamentswahlen am 12.6. trotz massiven Wahlbetrugs, Einschüchterungsversuchen und Repressionen nicht verhindern konnte, dass der linke Wahlblock, dem die BDP angehört, 36 KandidatInnen ins Parlament schickt, sollen die gewählten kurdischen VertreterInnen nun mit juristischen Mitteln politisch ausgeschaltet werden. Dem ehem. DEP-Abgeordneten Hatip Dicle, der bereits mehr als 10 Jahre im Gefängnis verbrachte, weil er als Abgeordneter für die Rechte der kurdischen Bevölkerung öffentlich eintrat, wurde, obwohl er mit knapp 80 000 Stimmen als Direktkandidat für Amed (Diyarbakır) ins Parlament gewählt worden ist, von der Hohen Wahlkommission (YSK) das Mandat verweigert. Nach Angaben der linksliberalen türkischen Zeitung radikal soll der für den Wahlkampf der Regierungspartei AKP verantwortliche stellvertretende Generalsekretär Haluk İpek schon am 18.6. einen Antrag dazu bei der Hohen Wahlkommission eingereicht haben.

Es wurde ebenso entschieden, ihn sowie die gewählten kurdischen KandidatInnen Selma Irmak, Faysal Sarıyıldız, Kemal Aktaş, Gülseren Yıldırım und İbrahim Ayhan nicht aus dem Gefängnis zu entlassen um ihre Arbeit im Parlament aufzunehmen, obwohl dies im türkischen Gesetz vorgesehen ist.

Dies geschieht vor dem Hintergrund einer nach den Wahlen noch relativ optimistisch aussehenden Lage. Der Vorsitzende Abdullah Öcalan hatte seine Unterstützung für das Fortdauern eines Waffenstillstands der kurdischen Guerilla angekündigt, und diese selbst hatte erklärt, dass sie für den Fall, dass Abdullah Öcalan in die Verhandlungen für eine politische Lösung offiziell miteinbezogen und die Militäroperationen beendet würden, sie ebenfalls den Waffenstillstand verlängern und weitere Schritte für eine politische Lösung einleiten würden.

Die Reaktion des türkischen Staates mit dem Entzug des Mandats für Hatip Dicle und der Nichtentlassung und damit dem de facto Entzug des Mandats für fünf weitere kurdische gewählte VertreterInnen (unter anderem mit der Begründung, dass sie bei ihrer Verteidigung Kurdisch gesprochen hätten) zeigt deutlich, dass der türkische Staat nicht bereit für eine politische Lösung ist.

Die Alternativen hat Abdullah Öcalan, nicht als Drohung, sondern als Tatsachenfeststellung deutlich gemacht. Die Geduld der Bevölkerung ist am Ende, es kann nun entweder eine politische Lösung oder einen „revolutionären Volkskrieg“ geben. Je weiter der türkische Staat die Optionen für eine politische Lösung verschließt, desto wahrscheinlicher wird die zweite Alternative. Das brutale Vorgehen der Staatsgewalt gegen die Proteste gegen die Entscheidung der Hohen Wahlkommission und der Staatsanwaltschaft, bei denen unter anderem zwei

→

Meldungen:

Parlamentarierinnen des Blocks kommen in Amed zusammen

Die Parlamentarierinnen des Blocks für Arbeit, Demokratie und Freiheit und die Mitglieder des Frauenrates der BDP kamen im BDP-Gebäude von Amed zusammen. Die Versammlung dauerte zwei Tage. Die Wahlphase, der Fall Hatip Dicle und die Freilassung der gefangenen ParlamentarierInnen wurden diskutiert. Die Ergebnisse der Versammlung werden in den nächsten Tagen bekannt gegeben.

ANF, 30.6., ISKU

Xetîce Îdîn kämpft um ihr Leben

Xetîce Îdîn (54), die am 12.6. in Şirnex durch die Polizei von einer Gasgranate verletzt worden war, kämpft im Krankenhaus Êlih (Batman) um ihr Leben. Die Ärzte erklärten es lägen Hirnverletzungen vor, die Atmung hätte sich jedoch verbessert: „Gestern Abend sind wir davon ausgegangen, dass der Hirntod eingetreten ist und wir sie verloren haben. Aber ihre Organe arbeiten und ihre Atmung ist etwas besser, sie hängt an Geräten. Die Familie muss auf alles vorbereitet sein.“

ANF, 30.6., ISKU

Haydar Duymaz im Todesfasten

Der im Tekirdag Gefängnis in einer F-Typ Zelle sitzende Haydar Duymaz hat am 25. Tag seinen Hungerstreik in ein Todesfasten umgewandelt. Sein Hungerstreik richtet sich gegen die schwere Folter und die schlechten Haftbedingungen sowie ein Ende der Isolation. Duymaz will in eine Zelle mit seinen Freunden verlegt werden.

indymedia.org, 28.6.

Auseinandersetzungen in Wan, in Ordu Aktion

Am 26. Juni begann die türkische Armee eine Militäroperation gegen die Dörfer Sekmanis und Kavlik in der Region Sara bei Wan. In der Folge kam es gegen 18:30 Uhr zu Auseinandersetzungen zwischen der Guerilla und der Armee. Drei Soldaten kamen ums Leben. Die Armee transportierte Tote und Verletzte mit Sikorksy Hubschraubern ab. Die Behauptung in der türkischen Presse, es gäbe verletzte Guerillas entspricht nicht der Wahrheit.

Am 26.6. führte die Guerilla bei Ordu eine Aktion gegen

Türkischer Staat verschließt politische Lösungswege

→ gewählte kurdische Abgeordnete am 26.6. in Istanbul von der Polizei so stark verletzt wurden, dass sie sich im Moment im Krankenhaus befinden, unterstützen diese Einschätzung. Die kurdische Frauenbewegung KJB erklärte ebenfalls zu der Entscheidung der Hohen Wahlkommission:

„Wir erklären, dass wir gegen diese Angriffs- und Einschüchterungspolitik unseren Widerstand steigern werden. Es ist der Punkt erreicht, an dem die Opferbereitschaft und Geduld des kurdischen Volkes nicht weiter strapaziert werden kann."

Auch der Vorsitzende des Exekutivrats der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan KCK erklärte: „Dies ist ein Putsch gegen die Hoffnungen auf eine Lösung. …Wenn in den vor uns liegenden Tagen der Staat und die Regierung diese große Ungerechtigkeit nicht aufzuheben versuchen und sie korrigieren, wird das für unsere Bevölkerung einer offiziellen Kriegserklärung gleichkommen.

Linker Wahlblock boykottiert Parlament

Die Abgeordneten des Wahlblocks für Arbeit, Demokratie und Freiheit, dem auch die linke, prokurdische BDP angehört, haben entschieden aus Protest gegen die Nichtzulassung von mittlerweile sechs Abgeordneten das Parlament zu boykottieren. Auf einer Demonstration in Istanbul erklärte der gewählte Abgeordnete Sırrı Süreyya Önder:

„Wir lassen unsere GenossInnen nicht auf halben Weg zurück. Wir sind Revolutionäre und ihr werdet euch an uns im Parlament gewöhnen müssen. Solange Dicle nicht im Parlament ist, werden wir auch nicht dort sein."

Massenhafte Proteste – Bevölkerung verteidigt sich selbst

Sofort nach der Bekanntgabe der Entscheidung bezüglich Hatip Dicle am 22.06., gingen Zehntausende in verschiedenen Städten auf die Straßen. Der Verkehr in Amed wurde blockiert, in Istanbul gingen etwa 10 000 auf die Straße, die Polizei griff die Demonstration in der Nähe des Taksim-Platzes massiv mit Tränengas, Wasserwerfern und Knüppel an. Durch die Polizeiangriffe gingen Scheiben von Läden zu Bruch und auch BesucherInnen von Cafés wurden verletzt.

Es kommt seitdem zu ständigen Protesten in Amed, Mêrdîn, Şırnex, Panos, Wan, Gever, Colemêrg, Şemzinan, Eleziz, Dersim, Adana, Istanbul, Ankara, Çorum, Izmir und vielen anderen Städten in Kurdistan, der Türkei und aller Welt. Jeden Tag wurden es mehr Menschen, die in den Städten auf die Straßen gingen und gehen, es kam zu Polizeiangriffen und heftigen Auseinandersetzungen. In manchen kurdischen Städten, wie beispielsweise Silopi, wurde die Polizei aus den Stadtvierteln vertrieben.

Massive Polizeigewalt – Zwei gewählte kurdische Kandidatinnen im Krankenhaus

Nachdem es schon in den letzten Tagen zu schweren Polizeiangriffen in Istanbul auf linke kurdische und türkische DemonstrantInnen gekommen war, erreichten diese am 26.6. am Taksim-Platz und im Stadtviertel Şişli eine neue Qualität. Polizisten und Zivilfaschisten griffen viele Tausend DemonstrantInnen in Tateinheit an. Die Zivilfaschisten verletzten einen Demonstranten schwer.

Die gewählte Kandidatin der BDP, Sebahat Tuncel, wurde dabei von Polizisten so heftig über den Boden geschleift und misshandelt, dass sie mit einer Hüftverletzung und zahlreichen Prellungen ins Krankenhaus eingeliefert werden musste. Zuvor waren sie und weitere gewählte KandidatInnen des Wahlblocks verletzt worden, als die Polizei Gasgranaten in den Bus der BDP schoss, unter ihnen auch der türkische Abgeordnete Levent Tüzel und die BDP-KandidatInnen Süreyya Önder und Ertuğrul Kürkçü. Das BDP-Parteiratsmitglied wurde von Polizisten in einen Laden getrieben und dort zusammengeschlagen.

Dutzende Gasbomben wurden direkt in die Menschenmenge geschossen, auch schwangere Frauen und Kinder wurden von der Polizei misshandelt. Der Gaseinsatz war so massiv, dass insbesondere JournalistInnen, die sich in Cafés geflüchtet hatten, in den Räumlichkeiten Erstickungsanfälle erlitten.

Istanbuler Polizei foltert in Haft und auf offener Straße

Bei dem Angriff am 26.6. auf eine Protestdemonstration aufgrund der Verweigerung des Mandats für den kurdischen Abgeordneten Hatip Dicle und gegen die weitere Inhaftierung von fünf weiteren gewählten kurdischen VertreterInnen in Istanbul, kam es neben dem exzessiven Einsatz von Gasgranaten, der in einer Erklärung des Menschenrechtsvereins IHD ebenfalls als eine Form der Folter zu charakterisieren ist, zu Misshandlungen durch Polizeikräfte mit Elektroschockern auf offener Straße. Ein 16-Jähriger fiel aufgrund des Elektroschockers in einen Schockzustand. Die Polizisten griffen die Demonstration sogar nach Augenzeugenangaben mit Steinen an. Andernorts in Istanbul zertrümmerten Polizeibeamte einem jugendlichen Aktivisten u.a. einen Stuhl auf dem Rücken und misshandelten ihn schwer.

Das Leitungsmitglied der BDP in Zeytinburnu, Sadice Acet, wurde ebenfalls neben dem Gaseinsatz Opfer von Elektroschockern. Sie erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur Fırat (ANF):

„Die Menschen fingen an in Panik zu laufen. Da wir im Tränengasnebel nicht mehr die Hand vor Augen sahen gab es ein regelrechtes Gedränge. Ich konnte nicht atmen, plötzlich schnitt mir ein Zivilpolizist den Weg ab und berührte meinen Bauch auf der rechten Seite mit einem Elektroschocker. Der Strom schoss durch meinen ganzen Körper. Es war, wie wenn ich ausgeknipst würde, und ich fiel mit dem Gesicht nach unten zu Boden. Ich verlor mein Bewusstsein, als ich aufwachte befand ich mich in einem Lokal im Obergeschoss. Alles tat mir weh. So sehr, dass ich meine Arme und meine Beine nicht bewegen konnte. Dort wo ich den Schlag bekam, an der rechten Seite meines Bauchs, befindet sich eine Verletzung, die einer Brandwunde gleicht."

Nachdem der Krankenwagen eine Stunde später eintraf wurde sie ins Krankenhaus gebracht. Dort wurde ihr, obwohl sie die Brandwunde am Bauch aufwies sowie Quetschspuren am linken Arm und nicht laufen konnte, kein Bericht über die festgestellten Verletzungen gegeben.

Weiterhin wurde im Rahmen dieser Polizeiangriffe auf die Proteste die 66 Jahre alte Friedensmutter Azize Taş niedergeschlagen und auf dem Boden von Polizisten minutenlang mit Tritten traktiert. Sie erlitt schwere Rippenverletzungen. „Auch wenn sie Rippen oder unsere Schädel einschlagen, wir werden weiter kämpfen, bis Hatip Dicle im Parlament ist", erklärte sie.

Auch gegen vier jugendliche Aktivisten, die an das Sêwas-(Sivas) Massaker 1993, bei dem unter den Augen des Staates türkische Faschisten 37 alevitische Intellektuelle, KünstlerInnen und AktivistInnen durch ein Pogrom ermordet haben, erinnerten, wendete die Istanbuler Polizei Foltermethoden an. Auf dem Rücken des Jugendlichen Sami Tança zerbrachen sie einen Stuhl, informierten seinen Anwalt falsch und bedrohten ihn. Als die Bevölkerung gegen diesen Übergriff protestierte, setzte die Polizei hier ebenfalls Gas ein und schoss in die Luft.

Tança berichtete auf einer Pressekonferenz des Menschenrechtsvereins IHD über die an ihm verübten Folterungen. Anstatt in ein Polizeirevier wurde er auf ein verlassenes Gelände gefahren und zusammengeschlagen. Dann wurde er auf ein Polizeipräsidium gebracht und dort weiter gefoltert.

ANF, DIHA, 26./27.6., ISKU

eine Kaserne in Gedenken an den Guerilla Seyîd Riza durch, zwei Soldaten wurden verletzt.

Am 17.6. begann die türkische Armee eine Militäroperation in der Gegend von Hafsari, Xecû, Hebûn und Koykent, die Operation dauerte bis in die Nacht an.

Am 23.6. wurden die Medya-Verteidigungsgebiete in der Gegend von Şikefta Birîndara, Quntarê Girê Karker, Girê Xeregol bei dem Dorf Başam Zapfluss von Mörsergranaten durch die türkische Armee bombardiert. Ebenso am 25.6. wurden die Medya-Verteidigungsgebiete bei dem Dorf Stûne/Zagros bombardiert.

hpg-online, 25./26.6., ISKU

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur

Termine:

Aufruf zu Kundgebungen: Wahlrat der Türkei macht die Wahl Hatip Dicles zum Abgeordneten rückgängig

Ankara – Der Hohe Wahlrat (YSK) der Türkei hat die Wahl des unabhängigen Kandidaten von Amed (Diyarbakır), Hatip Dicle, für nichtig erklärt. Mit diesem Beschluss ist somit auch der Wille von 77 709 Wählern in Amed beschnitten worden.

Auch die anderen 5 unabhängigen Kandidaten, die die gewählt worden sind, sind im Gefängnis.

Wir fragen uns, warum in der Türkei eigentlich die Wahlen Staat gefunden? Und wer wählt die Abgeordneten?

Was sagen EU und USA dagegen.

Wir rufen alle demokratischen Kräfte und Personen zur eine Protestkundgebung auf.

Rat der Kurden und Kurdischen Vereinigungen Berlin

Berlin:
Samstag, 2.7.2011, 16:00 Uhr, Breitscheidplatz / Kurfurstendamm

Hamburg:
Samstag, 2.7.2011, 15:00 Uhr, Bhf Altona, Ottenser Hauptstr.

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 523
8. Juli 2011

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Unter Terrorverdacht

Der Paragraph 129b richtet sich immer öfter gegen linke und Befreiungsbewegungen. Nun zeichnet sich Ausweitung auf mutmaßliche Mitglieder der PKK in Deutschland ab

Nick Brauns (freier Journalist und aktiv im Kurdistan-Solidaritätskomitee in Berlin)

Bereits kurz nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA wurde im Strafgesetzbuch der Paragraph 129b über »terroristische Vereinigungen im Ausland« eingeführt. Damit war es möglich, Exilpolitiker zu verfolgen, die als Unterstützer von Befreiungsbewegungen ihrer Heimatländer bislang völlig legal und gewaltfrei in Deutschland aktiv waren. An sich legale Tätigkeiten wie Spendensammlungen für politische Gefangene, Presseinformationen über Menschenrechtsverstöße oder die Organisation von Kulturveranstaltungen können damit zur terroristischen Straftat werden, wenn sie nach Meinung der deutschen Justiz im Rahmen einer Vereinigung stattfinden, die etwa in der Türkei, in Afghanistan oder Sri Lanka auch bewaffnet für ihre Ziele eintritt. Die nur politisch zu beantwortende Frage, ob es sich bei der jeweiligen Vereinigung um Terroristen oder Freiheitskämpfer handelt, entscheidet das für die Erteilung einer Verfolgungsermächtigung nach Paragraph 129b StGB zuständige Bundesjustizministerium. Ausschlaggebend sind dabei offenkundig auswärtige Interessen der Bundesregierung wie etwa die Beziehungen zum NATO-Partner Türkei.

Die Zahl von 129b-Ermittlungsverfahren stieg in den letzten Jahren rapide an. War das Bundeskriminalamt 2008 mit 57 neuen Verfahren nach Paragraph 129b StGB befaßt, so kamen im folgenden Jahr 95 und im Jahr 2010 gar 123 neue Verfahren dazu. »Eine Vielzahl dieser Ermittlungsverfahren wird im Zusammenhang mit den Anschlägen gegen die Bundeswehr in Afghanistan geführt«, begründet die Bundesregierung diesen Zuwachs mit dem Widerstand gegen die Besatzungstruppen. Während solche Ermittlungsverfahren gegen Taliban wohl mehrheitlich im Sande verlaufen werden, wurden in Deutschland nahezu alle bislang Angeklagten zu zum Teil langjährigen Haftstrafen verurteilt.
In einer ersten Erprobungsphase richtete sich der Paragraph 129b ausschließlich gegen in Deutschland lebende Anhänger isolierter islamistischer Organisationen wie der irakisch-kurdischen Ansar Al-Islam. Dann erfolgte die Ausweitung auf mutmaßliche Kader der in der Türkei militant kämpfenden marxistisch-leninistischen DHKP-C und schließlich auf Funktionäre der vom Verfassungsschutz als DHKP-C-Frontorganisation eingeschätzten, aber legal in Deutschland tätigen Anatolischen Föderation. In Düsseldorf läuft zur Zeit ein Verfahren gegen vier Tamilen, die beschuldigt werden, Kader der Tamil Tigers aus Sri Lanka zu sein. (...)
Jetzt zeichnet sich eine Ausweitung der Anwendung des Paragraphen 129b StGB auf die bislang bereits durch das PKK-Verbot verfolgte kurdische Befreiungsbewegung ab, (...). So steht ab Mitte August erstmals ein mutmaßlicher Kader der Arbeiterpartei Kurdistans PKK wegen »Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland« vor einem deutschen Gericht. Aufgrund seiner Kadertätigkeit im Bundesgebiet soll er nach der Logik des Terrorparagraphen zugleich für Guerillaaktionen in Kurdistan verantwortlich gemacht werden.
In einem Revisionsverfahren gegen den zuvor vom Frankfurter Oberlandesgericht wegen Mitgliedschaft in einer inländischen kriminellen Vereinigung nach Paragraph 129 StGB bereits verurteilten Aktivisten hatte der Bundesgerichtshof das nach den »Maßstäben der bisherigen Rechtsprechung ausgerichtete« Urteil aufgehoben, da die PKK-Strukturen in Deutschland als »unselbständiger Teil der Auslandsorganisation« einzustufen seien. Ausdrücklich bezieht sich der Senat dabei auf vorangegangene Pilotverfahren gegen mutmaßliche DHKP-C-Mitglieder. Nur weil die Arbeiterpartei Kurdistans eine größere öffentliche Aufmerksamkeit genieße und eine deutlich höhere Anzahl von Mitgliedern habe, sei keine ungleiche Bewertung gerechtfertigt.
Das Bundesjustizministerium hat die für eine Strafverfolgung notwendige Einzelermächtigung im Falle des ab August vor Gericht stehenden kurdischen Aktivisten inzwischen erteilt. Ob eine generelle Ausweitung dieser 129b-Verfolgungsermächtigung auf alle laut Verfassungsschutz 11.500 PKK-Mitglieder in Deutschland folgt, hängt wohl auch vom Ausgang dieses Pilotverfahrens ab.

(jW, 6.7., ISKU)

Xetîce Îdîn ist an den Verletzungen durch eine Gasgranate gestorben

Xetîce Îdîn (54), die am 12.6. in Şirnex (Şırnak) durch die Polizei von einer Gasgranate verletzt worden war, ist am 1. Juli gestorben. Sie wurde in Şirnex begraben.
Vor einem Monat verlor der pensionierter Lehrer, Metin Lokumcu sein Leben, nachdem die Polizei intensiv Tränengas verwendet hat, um eine Protestkundgebung gegen den Ministerpräsidenten Tayyip Erdoğan in Hopa, einem Stadtteil von Artvin, am 31. Mai zu zerstreuen.
Diese sind nicht die einzigen Opfer unverhältnismäßiger Anwendung von Tränengas der Polizei. Durch den Einsatz von Gas-Granaten sind in den letzten zwei Monaten 35 kurdische Kinder bei Protesten in Nisêbîn (Nusaybin), einem Stadtteil von Mêrdîn (Mardin), verletzt worden.
Mahfuz Kutlu wurde bei Protesten gegen die Entscheidung des Hohen Wahlrats (YSK) in Mersin im Gesicht von einer Tränengasgranate getroffen und verlor ein Auge.
Am 6. Juni traf während einer Demonstration in Amed (Diyarbakır) eine Tränengasgranate Hüseyin Carus ins Gesicht. Auch er verlor ein Auge.
Am 6. Juni wurde die 56-jährige Nezir Gecidibi in Mêrdîn schwer verletzt.
Die Polizei verletzte die 75 Jahre alte Halime Kayar und elf andere während einer Feier der Wahlergebnisse am 12. Juni in Sêrt (Siirt). Halime Kayar verbrachte 8 Tage auf der Intensivstation. Sie musste mit mehr als 100 Stichen am Kopf genäht werden. Sie war von vier Polizisten, darunter zwei Beamte in Zivil, zusammengeschlagen worden.
In Istanbul wurde am 28. Juni ein geistig behinderter Junge zusammengeschlagen.

DIHA, 1.7., ISKU

Meldungen:

Massengrab im Irak entdeckt
Irakische Behörden haben am Mittwoch den Fund eines Massengrabes nahe der Stadt Diwaniya bekanntgegeben. In dem Grab sollen 900 Leichname liegen, bei denen es sich vermutlich um KurdInnen handelt, die während der Herrschaft von Sadam Hussein ermordet wurden.
Die sterblichen Überreste der Getöteten wurden zur Identifikation nach Najaf gebracht.
Im vergangenen April war ein weiteres Massengrab mit mehr als 800 Leichen in der westirakischen Provinz Anbar gefunden worden. Verschiedene Quellen gegen die Zahl der seit Machtantritt Sadam Husseins 1979 verschwundenen Menschen mit 300.000 bis zu 1,3 Millionen an.

(DIHA, 7.7., ISKU)

Armee bereitet Operationen bei Yüksekova vor
Nach Angaben von Einheimischen fordert die türkische Armee seit Dienstag die BewohnerInnen von Dörfern im Umkreis von Yüksekova auf, das Gebiet zu verlassen, da dort eine militärische Operation unmittlbar bevorsteht.
Im Dorf Verganiman wurde der Dorfvorsteher aufgefordert, für die Räumung des Dorfes und der umliegenden Schafweiden zu sorgen, da in dem Gebiet PKK-Guerillas vermutet werden und es bald zu Bombardierungen in der Region kommen wird.

(DIHA, 6.7., ISKU)

Politische Frauenakademie eröffnet
In Silopi wurde am Mittwoch die politische Frauenakademie Berivan eröffnet. An der Eröffnungsfeier nahmen Tausende teil.
Bei der Eröffnungsfeier betonte Nursel Aydogan von der BDP die Bedeutung des Freiheitskampfes der kurdischen Frauen im Nahen Osten und dass sie sich nicht durch Repression, Folter und Unterdrückung abhalten lassen. Sie gedachte Xetîce Îdîn, die durch einen Gasbombenangriff auf die Wahlsiegesfeier in Şirnex ihr Leben verlor und betonte, dass die Eröffnungsrede eigentlich von Selma Irmak gehalten werden sollte, die für den Bezirk ins Parlament gewählt, aber immer noch nicht freigelassen wurde.

(DIHA, 6.7., ISKU)

Neuer Verfassungsschutzbericht diffamiert Kampagne „Tatort Kurdistan“

Im aktuell erschienenen bundesweiten Verfassungsschutzbericht 2010 wird im Kapitel zur „Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)“ die Kampagne „Tatort Kurdistan“ aufgeführt. Als Ziel der Kampagne listet der Verfassungsschutz (VS) korrekt, die Verstrickung deutscher Behörden und Rüstungsunternehmen bei den menschrechtswidrigen Einsätzen von türkischem Militär und türkischer Polizei mit deutscher Ausrüstung in Kurdistan aufzuzeigen. Ebenso findet das Engagement der Kampagne gegen ökologisch zerstörerische Staudammprojekte in der Türkei und Kurdistan Erwähnung, die ebenfalls mit europäischer Beteiligung umgesetzt werden.
Mit keiner Zeile geht der VS-Bericht jedoch darauf ein, was an diesen Aktivitäten extremistisch oder gar verfassungswidrig sein soll. Es ist nun einmal Tatsache, dass Deutschland als drittgrößter Waffenexporteur der Welt rangiert und Rüstungslieferungen an die Türkei davon einen großen Umfang ausmachen. Der Einsatz deutscher G3-Gewehrer und Panzer in den kurdischen Gebieten ist von zahlreichen Menschenrechtsdelegationen in Bildern und durch Berichte der betroffenen Bevölkerung hinreichend dokumentiert. Täglich finden in den kurdischen Gebieten Demonstrationen statt, die von Polizei und paramilitärischen Sondereinheiten unter massivem Einsatz von Tränengas und Schusswaffengebrauch angegriffen werden, ohne dass dies, im Gegensatz zu den „arabischen Aufständen“, in den westlichen Medien und von den politisch Verantwortlichen thematisiert wird.

Die seit anderthalb Jahren tätige Kampagne „Tatort Kurdistan“ hat sich zum Ziel gesetzt, Kriegsverbrechen, Menschenrechtsverletzungen und ökologische Zerstörung in den kurdischen Gebieten in den Fokus der Öffentlichkeit zu bringen und die Beteiligung deutscher staatlicher Einrichtungen und Unternehmen aufzuzeigen. Die Kampagne arbeitet als Netzwerk lokaler und bundesweiter Gruppen in verschiedenen deutschen Städten.
Wir vermuten hinter den Ausführungen im VS-Bericht den gezielten Versuch, eine politische Intervention gegen die reibungslose deutsch-türkische Zusammenarbeit bei der Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung zu unterbinden. So fanden etwa im Sommer letzten Jahres die im Rahmen der „Tatort-Kurdistan“ Kampagne recherchierten völkerrechtswidrigen Einsätze von chemischen Waffen durch die türkische Armee gegen die kurdische Guerilla großen Eingang in die deutschen Medien, so dass sich das Auswärtige Amt und die türkische Regierung zu Stellungnahmen veranlasst sahen. Solche Meldungen stören die Bemühungen der EU, die immer totalitärer auftretende türkische AKP-Regierung als Musterbeispiel einer „islamisch geprägten Demokratie“ zum Vorbild für den gesamten Mittleren Osten hoch zu loben, um ihren eigenen Einfluss zu wahren, wie jüngst von Bundesaußenminister Westerwelle anlässlich seines aktuellen Türkei-Besuchs propagiert.

Der Kampagne „Tatort-Kurdistan“ ist es im letzten Jahr gelungen, im Bündnis mit antimilitaristischen und antifaschistischen Initiativen sowie Umwelt- und Menschenrechtsgruppen über die Geschehnisse in Kurdistan zu informieren. Höhepunkt war ein dezentraler Aktionstag zum Antikriegstag am 1. September. Mit der Listung in seinem aktuellen Bericht versucht der VS, diese Bündnisse mit anderen emanzipatorischen Initiativen gezielt zu unterbinden, indem er wahrheitswidrig „Tatort Kurdistan“ als „extremistische“ von der PKK gesteuerte Kampagne diffamiert. Wir sehen hier Analogien zu den Vorgaben durch das Bundesfamilienministerium, gesellschaftliche Initiativen gegen Rechts nur noch finanziell zu fördern, wenn sie sich zur „Verfassungstreue“ bekennen. Die Art und Weise, wie sich hier der Staat anmaßt, zivilgesellschaftliches Engagement mit dem VS als von niemand bestelltem obersten Richter zu gängeln, hat selbst schon einen totalitären Einschlag.
Besonders empörend finden wir den VS-Bericht in Hinblick darauf, dass in der Türkei zur Zeit im sogenannten KCK-Verfahren dreitausend kurdischen AkivistInnen aus Politik, Menschenrechts- und Umweltbewegung ohne erkennbare Straftatbestände angeklagt und Hunderte inhaftiert sind unter dem Vorwurf, generell im Auftrag der PKK zu handeln. Genau dieser Logik folgt auch der aktuelle VS-Bericht in Bezug auf Deutschland. Hier scheint sich das deutsche und türkische Politik- und Rechtsverständnis anzunähern, und zwar in Richtung Türkei.

Wir werden als Kampagne „Tatort Kurdistan“ unbeirrt weiter mit anderen Initiativen zum Thema Kurdistan informieren und intervenieren und auch dieses Jahr wieder zum Antikriegstag am 1. September in vielen Städten Aktivitäten entfalten. Gegen die Völkerverständigung und damit verfassungswidrig ist die Unterstützung des türkischen Staates bei seinem schmutzigen Krieg in Kurdistan durch deutsche Behörden und Rüstungsunternehmen und nicht die Aktivitäten dagegen.

Pressemitteilung Kampagne „Tatort Kurdistan“, 6.7.2011

tatort_kurdistan@aktivix.org
tatortkurdistan.blogsport.de

Samstagsmütter versammelten sich zum 327. Mal

In Istanbul fand zum 327. Mal die Kundgebung der Samstagsmütter statt, um an die gewaltsam verschwunden Menschen in der Türkei zu erinnern. Mit der Forderung an die Regierung, die Verantwortlichen zu finden und sie vor Gericht zu stellen, protestieren sie seit Jahren an vielen Orten. Die Kundgebung vor dem Galatasaray-Gymnasium war voller als gewöhnlich, da es der 18. Jahrestag des Madimak Massaker in Sêwas (Sivas) war.
Die Kundgebung war Hasan Ocaks Vater, Hidir Ocak, der sein Leben im vergangenen Jahr verlor, sowie den Opfern des Madimak-Massakers gewidmet. Hidir Ocak hatte sein Leben der Samstagmütter-Aktion gewidmet, nachdem sein Sohn Hasan Ocak von der Polizei „verschwunden gelassen“ worden ist. Zeynep Altiok, die Tochter von Metin Altiok, der bei dem Madimak Massaker am 2. Juli 1993 in Sêwas verbrannte, Arat Dink, Sohn von Hrant Dink, der durch den tiefen Staat am 19. Januar 2007 in Istanbul ermordet wurde, Özge Mumcu, Sohn des Journalisten Uğur Mumcu, der durch eine Bombe in seinem Auto am 24. Januar 1993 in Ankara ermordet wurde, sowie SchriftstellerInnen, SchauspielerInnen und Produzenten nahmen an der Kundgebung teil.
Altiok las ein Gedicht über die Mütter der Plaza de Mayo „Mütter mit weißen Schuppen“ von Behçet Aysan, der auch während des Madimak-Massakers verbrannte.
Darüber hinaus gab es eine weitere Samstagsmütterkundgebung im kurdischen Dayikên Şemiyê in Cizîr (Cizre). Die Mütter in Cizîr widmeten die Kundgebung Ömer Güven, der 1992 auf seinem Weg von Cizîr nach Şirnex angeschossen und dann von Soldaten verbrannt wurde.

ANF, 3.7., ISKU

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
jW	junge Welt

Termin:

Protestkundgebung in Köln
„Die inhaftierten Abgeordnete des türkischen Parlamentes müssen unverzüglich freigelassen werden!“
9 Abgeordnete in der Türkei, die bei den letzten Parlamentswahlen am 12. Juni 2011 in das türkische Parlament gewählt wurden, sind weiterhin inhaftiert und befinden sich zur zeit in Staatsgefängnissen. Sechs von den inhaftierten 9 Abgeordneten waren als unabhängige Kandidaten zu den Wahlen angetreten und gehören dem Wahlbündnis „Arbeit, Demokratie und Freiheit“ an. Diese sechs Abgeordneten wurden durch die Direktstimmen der Menschen in kurdischen Regionen gewählt. Hatip Dicle ist einer dieser gewählten sechs Abgeordneten. Er wurde bei den Parlamentswahlen am 12. Juni 2011 mit ca. 80 000 Direktstimmen in das türkische Parlament gewählt.
Doch der Hohe Wahlrat (YSK) der Türkei aberkannte ihm kurz nach seinem Wahlsieg den Abgeordnetenstatus.
Diese undemokratische Vorgehensweise und diesen Rechtsbruch, der den Volkswillen in der Türkei mit Füßen tritt, wollen und dürfen wir nicht hinnehmen. Deshalb rufen wir, als Vertreter demokratischer Organisationen und Gremien und als Einzelpersonen alle Parteien, Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen dazu auf, sich für die sofortige Freilassung der inhaftierten Parlamentsabgeordneten in der Türkei stark zu machen.
Vor diesem Hintergrund laden wir alle ein, an der Protestkundgebung gegen die Haltung des Hohen Wahlrat der Türkei am **07. Juli 2011 um 18:00 Uhr auf dem Bahnhofsvorplatz- Köln** teilzunehmen.
Köln DIDF e.V. – Mala Kurda e.V.. – Hamide Akbayir, MdL DIE LINKE – Özlem Alev Demirel, MdL DIE LINKE – Peter Trinogga (VVN/BdA)

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 524
15. Juli 2011

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Kurden protestieren gegen Repression. Kemalistische Abgeordnete geben auf

Boykott im türkischen Parlament

Nach einem zweiwöchigem Boykott der Parlamentsarbeit haben die Abgeordneten der größten türkischen Oppositionspartei am Montag nachmittag ihren Eid abgelegt. Die Mitglieder der kemalistischen Republikanische Volkspartei (CHP) hatten bei der konstituierenden Parlamentssitzung am 28. Juni die Vereidigung verweigert, da zwei ihrer gewählten Abgeordneten weiterhin unter dem Vorwurf der Verwicklung in Militärputschplanungen in Untersuchungshaft sind. Ohne auf das Schicksal der Inhaftierten einzugehen, einigte sich die CHP nun jedoch mit der regierenden islamisch-konservativen AKP von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan auf eine gemeinsame Erklärung, wonach die Lösung aller Konflikte ausschließlich in der Großen Nationalversammlung der Türkei stattfinden solle.
An ihrem Parlamentsboykott festhalten wollen hingegen die Abgeordneten des kurdischen Linksblocks, die zu den Gesprächen mit der AKP nicht eingeladenen worden waren. Die 30 Abgeordneten protestieren gegen den vom Hohen Wahlrat verkündeten Entzug des Mandats ihres von 78000 Wählern in Diyarbakir gewählten Kollegen Hatip Dicle, dessen Sitz an eine AKP-Abgeordnete vergeben wurde. Weiter richtet sich der Boykott gegen die Inhaftierung von fünf Parlamentariern des Blocks wegen angeblicher Mitgliedschaft in der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK).
Der inhaftierte PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan rief die Abgeordneten des kurdischen Blocks unterdessen über seine Rechtsanwälte dazu auf, sich an der Ausarbeitung einer neuen Verfassung im Parlament zu beteiligen. Ihren Eid sollten sie allerdings erst leisten, wenn sie von der Regierung schriftliche Garantien für ein Eingehen auf ihre Forderungen erhalten. Über eine Fortsetzung des Boykotts soll am Donnerstag der Kongreß für eine demokratische Gesellschaft (DTK), ein Dachverband der prokurdischen Partei für Frieden und Demokratie (BDP) und kurdischer Organisationen, auf seiner Generalversammlung in Diyarbakir entscheiden.

(jW, 13.7., ISKU)

Öcalan: Konsens über Friedensrat

Der Vorsitzende der PKK Abdullah Öcalan erklärte bei dem letzten Treffen mit seinen AnwältInnen, dass das Treffen mit der Delegation des Staates stattgefunden hätte und daher das seinerseits gesetzte Ultimatum bis zum 15.Juli als gegenstandslos zu betrachten sei. Er gab dabei an, dass man sich in diesem Gespräch auf die Gründung eines Friedensrates geeinigt hätte. Dazu merkte er an, dass der Friedensrat nicht allein aus der Zivilgesellschaft bestehen werde und er innerhalb eines Monats ins Leben gerufen werden müsse.
Eine zweite und weitere wichtige Frage ist die Etablierung eines Verfassungsrates. Der Verfassungsrat wird die Arbeiten hinsichtlich des Grundgesetzes ausführen. Dieser wird nicht in Form eines Verfassungskonzils ein getrenntes Konzil bilden; es darf nicht als eine klassische Kommission verstanden werden. Der Verfassungsrat, ist ein Rat zur Durchsetzung einer neuen Verfassung. Innerhalb dieses Rates kann auch die BDP Stellung einnehmen.
Zu der erklärten Waffenruhe wurde geschrieben, dass Öcalan bemerkt hätte, dass sich die bewaffneten Guerillaeinheiten der PKK in den Gebieten ausgebreitet hätten; in gleicher Weise die Soldaten entlang der Grenze und in weiteren Gebieten intensive Operationen unternehmen würden. Hierzu sagte Öcalan folgendes: „Diese Gefechte, beschreiben vielmehr gegenseitige Vergeltungsangriffe. Ich will nicht, dass sich der Konflikt ausweitet. [...] Wie ich bereits erwähnt habe, werde ich bereit sein, Aufgaben von hier aus aufzunehmen und meiner Rolle entsprechend gerecht werden. Wie gesagt, muss das Kabinett das Parlament versammeln und mir eine Rolle zuteilen. Ab dem Moment werde ich alles daran setzen, die Guerillaeinheiten an einem Punkt zusammenzubringen."

(ANF, 8.7., ISKU)

Ein Wochenmarkt nur von Frauen

Die Stadtverwaltung im Bezirk Bağlar in Amed (Diyarbakir) und die zuständige Bürgermeisterin Yüksel Baran gaben nach einer Versammlung des Frauenrates Pläne bekannt, nach denen es ein Wochenmarkt geben soll, der zwecks Bekämpfung von Armut einzig von Frauen gemacht wird.
Während einer Versammlung des Frauenrates der Kommunalverwaltung Bağlar sagte die Bürgermeisterin Baran: „Wir denken darüber nach, einen Wochenmarkt zu organisieren, der nur von Frauen gemacht macht." An dieser Versammlung nahmen auch die stellvertretende Bürgermeisterin Derya Tamriş, die Vorsitzende des Bereiches Kultur und Soziales Yüksel Aslan und weitere weibliche Angestellte der Kommunalverwaltung teil. Baran betonte, dass die Menschen sich zusammentun sollten um die Probleme, mit denen Frauen in ihrem Privat- und Arbeitsleben konfrontiert sind, zu lösen.
Frau Baran wies auf die Armut im Bezirk und deren Auswirkungen auf Frauen hin: „Wie sie bereits wissen, kommen die Menschen aus dem Bezirk Bağlar aus einer sehr armen Schicht. Oftmals bitten sie uns um finanzielle Unterstützung. Wir bieten einige Male im Jahr finanzielle Unterstützung, aber diese Probleme können nicht ohne eine dauerhafte Lösung gelöst werden. Diesbezüglich suchen wir nun nach Alternativen."
Frau Baran informierte über ein Projekt der Kommunalverwaltung, um Frauen in Arbeit zu bringen: „Wir werden alle Möglichkeiten durchspielen für Projekte dieser Art. Wir planen einen Meinungsaustausch mit den kommunalen Fraueneinrichtungen über dieses Thema. Einige Kommunalverwaltungen machen bereits solche Projekte mit positivem Ergebnis. Wir werden auch einen Versuch starten und warten auf Vorschläge und Forderungen der hier wohnenden Frauen." *(ANF, 8.7., ISKU)*

Meldungen:

Bilanz im Juni: 16 Morde an Frauen
Die Sozialistische Frauenversammlung (SKM) veröffentlichte eine Statistik über Frauenmorde im Juni. Laut dieser Statistik wurde der überwiegende Teil der 16 Frauen von Männern aus ihrem Umfeld umgebracht. Vier Frauen gelang es zu fliehen, drei wurden erstochen und fünf vergewaltigt.
In dem Bericht heißt es, dass der Hauptgrund für die wachsende Gewalt gegen Frauen ein Gesetz ist, dass das Strafmaß solcher Männer mindert, deren Opfer Frauen aus ihrer Verwandtschaft, wie z.B. die Mutter, Schwester oder Ehefrau sind.
Ein weiterer Grund für die Ermordung von Frauen ist deren Absicht sich vom Ehemann aufgrund von Gewalt und schwerwiegenden Konflikten scheiden lassen zu wollen.

(DIHA, 5.7., ISKU)

Neues Massengrap in Tetwan Bedlis entdeckt
Bedri und Haşim Uğur berichteten, dass 1999 12 Mitglieder der PKK von Soldaten bei Arpêt (Kokarsu) dem Dorf Karikan (Sütlü) zurückgelassen worden waren. Sie hatten sie begraben, um die Körper vor wilden Hunden und Wölfen zu schützen.
Die PKK-Mitglieder hatten ihr Leben in einem Hinterhalt der türkischen Armee verloren. Nach Angaben der Brüder waren die Leichen aufeinandergestapelt von den Soldaten schutzlos zurückgelassen worden. Die Brüder begruben die Leichen, als sie sahen, dass wilde Tiere sich daran zu schaffen machten.
„Wir konnten die Leichen nicht zuordnen, da die Leichenteile überall auf dem Feld verteilt waren," sagte Bedri Uğur. „Wir konnten nur die Schädel zählen. Es waren 12. Wir sahen viele Kugeln und Blut. Wir verbrannten die Kleider, als wir die Leichen begraben hatten."

(DIHA, 12.7., ISKU)

Gefangenenorganisation übergibt 4000 Beschwerden
TU-HA-DER, die Organisation der Familien der Gefangenen Adana, erhielt 4000 Beschwerden überwiegend aus dem geschlossenen C-Typ Gefängnis Osmaniye und dem Frauengefängnis Karataş. Die Beschwerden wurden an den Justizminister und an den Präsidenten der Republik übergeben. Nach den Petitionen sind Isolation, Verbot

Gerechter Frieden in Kurdistan oder revolutionärer Volkskrieg

Êdi bese – Es reicht

Am 14.07.11 haben wir aus Protest gegen die Repression und Kriegspolitik des türkischen Staates gegen das kurdische Volk und die Unterstützung dieser Politik durch Europa und insbesondere Deutschland mehrere Transparente vom Dach der TU-Berlin entrollt.
Wir wollen mit der Parole „gerechter Frieden oder revolutionärer Volkskrieg" deutlich machen, dass sich die politische Situation in der Türkei an einem Scheideweg befindet. Die kurdische Freiheitsbewegung, allen voran die Arbeiterpartei PKK, hat sich mindestens seit 1993 mit zahlreichen Waffenstillständen um eine friedliche Lösung der kurdischen Frage bemüht. Beantwortet wurde dieser Friedenswille immer wieder mit militärischer und polizeilicher Gewalt und staatlichem Terror. Über 3000 kurdische PolitikerInnen, unter ihnen gewählte Abgeordnete und BürgermeisterInnen, MenschrechtlerInnen JournalistInnen und BasisaktivistInnen befinden sich im Moment in Haft. Sechs der am 12.06.11 bei den Parlamentswahlen gewählten kurdischen KandidatInnen werden vom Staat durch Inhaftierung bzw. Aberkennung des Mandats daran gehindert ihre gesellschaftliche Funktion wahrzunehmen. Gleichzeitig finden vielerorts Massaker an Guerillas statt, sogar die getöteten Körper unserer Gefallenen werden verstümmelt und geschändet. Folter und schwere Übergriffe sind nicht Ausnahme sondern Regel. Die Bevölkerung Kurdistans hat genug von 33 Jahren Kriegspolitik des türkischen Staates. Wenn nicht jetzt die von kurdischer Seite zum Frieden ausgestreckte Hand ergriffen wird, dann heißt die einzige mögliche Alternative „revolutionärer Volkskrieg."
Zur Eskalations- und Kriegspolitik des türkischen Staates schweigt Deutschland und Europa nicht nur, sie Unterstützen diese Politik, die nur mit Begriff faschistisch zu erfassen ist, durch Waffenlieferungen, Geheimdienstinformationen, polizeiliche und militärische Zusammenarbeit und aktives Wegschauen wenn es um Verbrechen gegen die Menschlichkeit geht. So ignorieren deutsche Medien den türkischen Staatsterrorismus und schwere Kriegsverbrechen – während andere Länder, wenn es passend erscheint genau aus diesen Gründen als „Schurkenstaaten" isoliert oder sogar militärisch angegriffen werden.
Kurdische AktivistInnen werden auch hier verfolgt, mittlerweile teilweise sogar nach dem Antiterrorgesetz 129b – die Partei und Bewegung PKK, welche die Mehrheit der kurdischen Bevölkerung auf türkischen Staatsgebiet repräsentiert und als Kraft immer wieder für eine friedliche, demokratische Lösung eintritt, ist seit 1993 in der Bundesrepublik Deutschland verboten. Sogar das Zeigen der Fahnen dieser Organisation oder ihres Vorsitzenden Abdullah Öcalan sorgen regelmäßig für Polizeiangriffe und Verfahren. Wir protestieren aufs schärfste gegen diese Politik Deutschlands und der EU. Denn sie trägt mit ihrer bedingungslosen Unterstützung des türkischen Staatsterrorismus direkte Verantwortung für das Fortdauern und sich vertiefen des Konfliktes. Aus Angst vor einer linken Alternative in der Nähe der EU, die sich nicht vom Westen instrumentalisieren lässt und um die eigenen Profite an Waffenexporten und von billigen Ressourcen aus der NATO abhängigen Türkei zu steigern – nimmt sie eben diese Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und den Staatsterrorismus, der bisher mindestens 17.000 Menschen das Leben kostete und über 4000 kurdische Dörfer zerstörte billigend in Kauf.
Wir werden dies nicht hinnehmen, als apoistische, revolutionäre Jugend, ist es unsere Aufgabe dies hier, heute und immer wieder durch Aktionen deutlich zu machen. Wir sehen uns aber nicht nur als Teil der kurdischen Bewegung, wir wollen mit allen Menschen für Freiheit und Emanzipation kämpfen! Weg mit dem Verbot der PKK – Freiheit für Abdullah Öcalan und alle politischen Gefangen – BRD/EU – Hände weg von Kurdistan – Hoch die internationale Solidarität – Es lebe der kurdische Befreiungskampf und die demokratische Autonomie!

Apoistische Jugend Berlin, 13.07.11

Friedensmütter in Amed

Am 12.7. traf sich die Vertretung von MEYA-DER Ergani erneut in Amed (Diyarbakir) mit Familien der Volksverteidigungskräfte HPG, die durch Militäroperationen ums Leben gekommen sind. Die Vertreterin der Partei für Frieden und Demokratie, BDP Amed, Emine Ayna, nahm an dem Treffen teil und sprach mit den Familien. Sie dankte ihnen für ihre Unterstützung, die sie trotz ihrer schweren Verluste geleistet haben.
Emriye Ektiren, eine der Friedensmütter aus Tokat und türkischer Herkunft sagte, dass sie den Kampf für Freiheit niemals aufgeben werde und richtete sich an die Vertreterinnen der ersten Friedensmütterkonferenz in Amed. Ektirens Sohn hatte sich vor vier Jahren der HPG angeschlossen. Er war neu verheiratet und Student der Dicle-Universität. Ihr Sohn starb an Krebs.
„Ich habe nichts zu verlieren", sagte die Friedensmutter Ektiren. „Ich bin hier, um etwas für den Frieden beizusteuern, den wir so dringend brauchen, wenn wir nicht wollen, dass unsere Kinder getötet werden. Ich werde überall sein für den Frieden. Mein Sohn hatte alles, bevor er in die Berge gegangen ist. Er ist nicht aus Armut zur PKK gegangen. Er hat sich so entschieden, weil er die Ungerechtigkeit nicht ertragen konnte. Auch wenn das Warten schwer ist, ich bin stolz auf meinen Sohn und sein Ziel." Sie rief andere Mütter auf, den Frieden und die Friedensmütter zu unterstützen um Frieden zu erreichen.

(DIHA, 12.7., ISKU)

1997: 13-Jähriger verschwand in Gewahrsam

Die Samstagsmütter trafen sich zum 328. Mal vor dem Galatasaray Gymnasium in Taksim im Zentrum von Istanbul. Das Treffen war Seyhan Doğan gewidmet, der 1997 in Gewahrsam genommen worden war und in Kerboran (Dargeçit), einem Teil von Mêrdîn (Mardin) verschwunden war, als er 13 Jahre alt war.
Seine 12-jährige Nichte, Evin Doğan richtete sich an die TeilnehmerInnen der Kundgebung: „Er war genau wie ich. Seine Hände waren so klein wie meine. Ihr seht mich, was kann ein Staat von jemandem wollen, der so klein ist wie ich? Sie haben seine Kindheit gestohlen und auch meine. Ich kämpfe mit meiner Familie für Gerechtigkeit für Seyhan, seitdem ich geboren bin. Ich frage die maskierten Männer, die das Leben meines kleinen Onkels genommen haben, habt ihr an eure Kinder gedacht, als ihr meinen Onkel Seyhan getötet habt?"
Die Mütter verurteilten die Leitung des nationalen TV Kanals NTV, die demokratische Basisfrau Banu Güven gefeuert zu haben, die sich viele Male mit den Samstagsmüttern getroffen hatte.
Auch an den Tabakarbeiter und siebenfachen Vater Vasıf Öztürk, der vor 17 Jahren in Amed verschwunden war, wurde von den Samstagsmüttern erinnert.

(DIHA, 17.7, ISKU)

von Familienbesuchen, Schlagen und Beleidigungen während der Transporte, Verweigerung medizinischer Behandlung, Beschneidung von Rechten, Verhinderung der Teilnahme am sozialen Leben, etc. die Gründe für Beschwerden.

(ANF, 13.7., ISKU)

Libyen Gespräche in Istanbul
Während im Nahen Osten wichtige Ereignisse geschehen, wird Istanbul einer bedeutenden Versammlung Gastgeber sein. 22 Außenminister, die Mitglied der Lybischen Kontakt-Gruppe sind, werden die Zukunft Libyens und die jüngsten Entwicklungen in Syrien auf den Tisch bringen. Außerdem soll bei der Versammlung auch ein Entschluss über die Lage des lybischen Machthabers Muammar Gaddafis getroffen werden. An der Versammlung werden Mitgliedsländer der Lybischen Kontakt-Gruppe wie die USA, Großbritannien, Frankreich, Katar, Jordanien, Marokko, unteranderem auch die UN, die Arabische Liga und die NATO teilnehmen. Erwartet wird auch ein Vertreter des Lybischen Nationalrates. US-Außenministerin Hillary Clinton wird nach der Versammlung in Istanbul, für Kontakte nach Ankara kommen.

(Tr, 14.7., ISKU)

Acht gefangene Kinder im Hungerstreik
Acht Kinder, die im E-Typ-Gefängnis in Urfa einsitzen, sind in einen Hungerstreik getreten, um die Zusammenlegung mit anderen politischen Gefangenen zu erreichen.
Die Kinder sind laut einer Presseerklärung des Gouverneurs von Urfa angeklagt, PKK-Mitgliedern zu sein und wollen aus einem nicht-politischen Trakt zu anderen Gefangenen verlegt werden, die unter der gleichen Anklage stehen.

(DIHA, 14.7., ISKU)

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
jW	junge Welt
Tr	Turkiye

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 525
22. Juli 2011

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Demokratische Autonomie als Lösungsweg

Die 850 Delegierten des „Kongresses für eine demokratische Gesellschaft“ (DTK) haben sich am Donnerstag in Amed (Diyarbakir) für die sofortige Ausrufung der „Demokratischen Autonomie“ zur Lösung der kurdischen Frage in der Türkei ausgesprochen. „Das kurdische Volk will nicht länger eine Bevölkerung ohne Status sein. Es gibt keine andere Volksgruppe auf der Welt, die wie die KurdInnen mit 40 Millionen Menschen keine Rechte hat“, heißt es in der Deklaration des DTK als Dachverband kurdischer zivilgesellschaftlichen Institutionen.
Demokratische Autonomie bedeutet die Bildung einer Föderation selbstorganisierter Kommunen in Kurdistan nach den Prinzipien der Basisdemokratie, Ökologie und Geschlechterbefreiung. Die Demokratische Autonomie soll ihren Bürgerinnen und Bürgern grundlegende Rechte wie das Recht auf die eigene Identität und Muttersprache garantieren.

Die „Demokratische Autonomie“ bedeutet nicht die Spaltung der Türkei, sondern ihre Stärkung, da nur die demokratische Selbstorganisation die Möglichkeit zum geschwisterlichen Zusammenleben aller Menschen und Völker des Landes bietet. Der DTK erklärt ausdrücklich: „Als kurdisches Volk erklären wir unsere demokratische Souveränität, während wir zugleich an der nationalen Einheit der Türkei, die wir als unser gemeinsames Mutterland betrachten, an ihrer territorialen Integrität und der Perspektive einer demokratischen Nation festhalten.“

Als Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland – Yek Kom begrüßen wir die Ausrufung der Demokratischen Autonomie aus vollem Herzen. Wir hoffen, dass damit ein Weg eröffnet wurde, der dem kurdischen Volk endlich die volle Anerkennung seiner demokratischen, kulturellen und sozialen Rechte garantiert.
Mit Sorge sehen wir, dass die türkische Justiz bereits einen Tag nach Ausrufung der Demokratischen Autonomie deswegen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet hat. Mit Trauer haben wir zudem erfahren, dass erneut bis zu 20 junge kurdische und türkische Männer bei Militäroperationen in der Provinz Diyarbakir ihr Leben ließen. Ihr Tod ist die Folge des Unvermögens und Unwillens der türkischen Regierung, die kurdische Frage durch Dialog zu lösen.

Wir appellieren an die internationale Öffentlichkeit und die türkische Regierung, die Ausrufung der Demokratischen Autonomie als Chance für eine friedliche Lösung zu begreifen. Die Rechte, die sich die Kurdinnen und Kurden mit der Demokratischen Autonomie selber erkämpft haben, brauchen jetzt ihre Absicherung in einer neuen freiheitlich-demokratischen und egalitären Verfassung für alle Bürgerinnen und Bürger der Türkei. Doch um an der Diskussion zu einer neue Verfassung im Parlament teilzunehmen, müssen alle sechs noch inhaftierten Abgeordneten des Blocks für Arbeit, Demokratie und Freiheit aus dem Gefängnis entlassen werden.

Es lebe unsere Demokratische Autonomie Kurdistans!
Es lebe die Geschwisterlichkeit der Völker in der Türkei!
Freiheit für alle politischen Gefangenen!

15.7., Yek-Kom

Heftige Gefechte zwischen PJAK und iranischer Armee in Südkurdistan

Seit Tagen dauern Angriffe der iranischen Armee an der irakischen Grenze an. Nach Quellen der Partei für ein freies Leben Kurdistan PJAK hat die iranische Armee die Grenze zwei Kilometer weit überschritten und befindet sich jetzt bei Dola Koke /Zele. In den frühen Morgenstunden des 16 Juli hatten sie die Grenze überschritten und es kam zu Gefechten mit Kräften der HRK, die Guerillaorganisation der PJAK. Die Gefechte dauerten bis in die Nacht des 18. Juli.

Nach Informationen von Augenzeugen und PJAK-Kräften griff die iranische Armee die HRK an vier verschiedenen Orten an. Dabei verlor die Armee nach Informationen der Guerilla 180 Soldaten, inklusive zwei hochrangigen Offizieren. Zahlreiche Soldaten wurden verwundet. Auch sieben Guerillas der PJAK kamen ums Leben. Die Identität von fünf der Gefallenen wurde bereits bekannt gegeben. Es handelt sich um: Rêbaz Koçer/Muhyeddin Tahir, Faruq Baz/Xerib Beşar, Evindar Gare/Meryem Aliko, Zerdeşt Tetwan/Serdar Adar, Berfin Çilçeme/Sirewe Fetullahi. Vier KämpferInnen der HRK wurden verwundet.
Neun getötete iranische Soldaten befinden sich noch bei der Guerilla.

Nach Informationen von Augenzeugen wurden die Krankenhäuser in Urmiye, Piranşehir, und Serdes für ZivilistInnen geschlossen, um die zahlreichen verwundeten Soldaten zu versorgen, weiterhin wurde bekannt, dass Soldaten fließend Türkisch mit den dort stationieren iranischen Armeeangehörigen sprachen.
Auch setzte die iranische Armee intensiven Artelleriebeschuß gegen die Dörfer Sinowa und Siniy/Zele ein. Dabei wurde eine 27-jährige Frau verletzt und einige Häuser zerstört.

Die iranische Armee fuhr auch am 19. Juli fort, die Gegend von Suni, Ali Rese, Dola Koke, Şehit Ayhan und Şehit Harun zu bombardieren, die Umgebung von Zele. Mittlerweile wurde bekannt, dass die iranische Armee weitere Truppen in das Wesne Tal verlegt hat.
Augenzeugen berichteten, dass die iranische Armee weitere Angriffe vorbereite. Außerdem sollen sich auch Einheiten der PUK-Peşmerga unter Ebdullah Uso bereit machen, die iranische Armee zu unterstützen.

ANF, 19.7., ISKU

Meldungen:

Riha: Gefangene Kinder setzen Hungerstreik fort
Acht gefangene Kinder, die am Dienstag den 12. Juli im E-Typ Gefängnis von Riha (Urfa) in einen Hungerstreik getreten sind, um zu den anderen politischen Gefangenen verlegt zu werden, setzen ihren Hungerstreik fort.
Ihr Anwalt Bekir Benek, der sich mit ihnen getroffen hatte, erklärte, dass die Kinder forderten, dass alle Arten von Unterdrückung der Gefängnisverwaltung an den Kindern beendet werden müsse, dass sie all ihre Habseligkeiten, darunter auch ihre Uhren wiederbekommen, dass sie Fernsehen haben wollen und dass sie keine Handschellen bei der Überstellung zu den Gerichten mehr bekommen. Weiterhin fordern sie die Zusammenlegung zu den anderen erwachsenen politischen Gefangenen, die auch wegen Mitglied oder Unterstützung der PKK angeklagt oder verurteilt worden sind.
Es wird erwartet, dass eine Delegation des IHD das Gefängnis besucht, um die Vorwürfe der Kinder zu untersuchen. *DIHA 16.7., ISKU*

Gedenken an Evrîm Demîr
Die Bewegung der kurdischen Frauen KJB gab eine Erklärung zu Evrîm Demîr ab, die sich im Gedenken an das große Todesfasten vom 14. Juli 1982 zum 29. Jahrestag selbst angezündet hatte. Die KJB sprach der Familie und dem kurdischen Volk Beileid aus.
In der Erklärung der Koordination des KJB wurden auch die nationalistischen Angriffe auf das kurdische Volk verurteilt. Sie rief die Bevölkerung auf sich dagegen zu verteidigen.
ANF, 20,7., ISKU

Jeden Tag zwei Exekutionen
Es ist schwer an Informationen zu kommen. Oft erfährt man es erst Tage nach den Hinrichtungen. Oft erfährt man nicht die Namen derjenigen, die im Iran erhängt wurden. Sie sind nur Nummern für die iranische Regierung. Drei wurden in Kirmaşan erhängt und vier Personen im Qom-Gefängnis vor einigen Tagen.
Mohammad Reza Mir-Heydari, der Chef der Sicherheitskräfte in Qom sagte auf einer Pressekonferenz, dass die vier Personen, die in Qom hingerichtet worden sind, angeklagt waren Drogen geschmuggelt zu haben.

Generalbundesanwalt ermittelt gegen Kurden als »ausländische Terroristen«

Mutmaßliche PKK-Funktionäre festgenommen

Wie die Generalbundesanwaltschaft mitteilte, wurden bereits am Sonntag zwei mutmaßliche Mitglieder der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in Deutschland von Beamten des Bundeskriminalamtes festgenommen. Den beiden in Freiburg bzw. am Düsseldorfer Flughafen festgenommenen 28jährigen türkischen Staatsbürgern, gegen die mittlerweile Haftbefehle verhängt wurden, wird die Mitgliedschaft in einer »ausländischen terroristischen Vereinigung« nach Paragraph 129b Strafgesetzbuch vorgeworfen. Sie sollen als Leiter der PKK-Jugendorganisation Komalen Ciwan in Deutschland auf Kultur- und Sportveranstaltungen Jugendliche für die Guerilla oder eine politische Kadertätigkeit angeworben haben. Die beiden Beschuldigten wurden den Angaben zufolge dem Ermittlungsrichter vorgeführt und sitzen in Untersuchungshaft. Bislang wurden Kader der PKK als Mitglieder einer »kriminellen Vereinigung« nach Paragraph 129 Strafgesetzbuch (StGB) verfolgt. Aufgrund eines Urteils des Bundesgerichtshofes von Oktober 2010 wird inzwischen aber nach dem Paragraphen 129b StGB ermittelt. Anschläge in Deutschland werden PKK-Anhängern nicht vorgeworfen. Als terroristische Vereinigung ordnet die Bundesanwaltschaft die PKK vielmehr ein, da diese über »militärisch strukturierte Guerillaeinheiten« verfüge, »die Attentate auf türkische Polizisten und Soldaten verüben«. Obwohl sich die PKK immer von Anschlägen auf Zivilisten distanziert hat, behauptet die BAW, die PKK habe seit 2004 auch Anschläge auf zivile Ziele in Großstädten und Tourismuszentren der Türkei begangen. Tatsächlich haben sich für diese Anschläge die nach eigenen Angaben von der PKK aufgrund ihrer zu gemäßigten Linie abgespaltenen »Freiheitsfalken« (TAK) bekannt. Doch die Bundesanwaltschaft folgt hier offenbar ohne weitere Beweise der Vorgabe der türkischen Justiz, wonach es sich bei den TAK um eine Untergruppierung der PKK handelt.

Die PKK strebe einen »staatenähnlichen Verbund der kurdischen Siedlungsgebiete in der Türkei, Syrien, Iran und Irak an« heißt es in der Erklärung der Bundesanwaltschaft, obwohl sich die PKK und ihr Führer Abdullah Öcalan seit rund 20 Jahren von einem solchen Ziel verabschiedet haben und lediglich Autonomierechte und Selbstverwaltung für die Kurden im Rahmen der bestehenden Staaten einfordern.

Ein erstes Pilotverfahren, für das das Bundesjustizministerium eine ausdrückliche Ermächtigung geben mußte, beginnt Mitte August vor dem Frankfurter Oberlandesgericht gegen einen mutmaßlichen PKK-Kader.

Nick Brauns, jW, 21.7.

Kurdische Guerilla setzt auf Festnahme von Kontrakräften

Die kurdische Guerilla, die sich immer noch in Hoffnung auf eine friedliche Lösung der kurdischen Frage in Defensivposition befindet, beschränkt sich darauf, auf Übergriffe auf die Bevölkerung und die Guerilla durch das Militär mit gezielten Vergeltungsangriffen zu reagieren.

Weiterhin begannen sie mit Aktionen, bei denen Kontrakräfte bzw. Angehörige des türkischen Militärs gefangen genommen werden. Es ist bekannt, dass die Gefangenen bei der Guerilla so gut, wie unter Kriegsbedingungen möglich, behandelt werden, was einen Kriegsgefangenenstatus nach der Genfer Konvention einschließt. Dies ist von vielen anderen ehem. Gefangenen der Guerilla, wie z. B. Soldaten bestätigt worden.

In diesem Rahmen führte die kurdische Guerilla HPG am 9.7. in der Nähe der Stadt Pîran (Lice) in der Provinz Amed (Diyarbakır) eine Straßenkontrolle durch, nahm zwei hochrangige Soldaten und einen Gesundheitsbeamten fest, die unterwegs zu einer Kontraaktion waren und laut Guerilla für Übergriffe und Folter gegenüber der Bevölkerung bekannt sind. Die Guerilla HPG erklärte auf ihrer Website zu der Aktion:

„Ab jetzt werden noch mehr Soldaten auf den Straßen Kurdistans gefangen genommen. Dies schließt auch Polizisten ein. Bei der fortgesetzten Unterdrückung und Repression in Kurdistan kann von uns niemand eine andere Praxis erwarten."

Die Guerilla nennt jedoch einen weiteren Grund für diese Praxis: „Unser Ziel ist es nicht, die Kräfte des türkischen Staates oder Soldaten zu töten. Wenn wir sie töten wollten, könnten wir in Kurdistan jeden Tag solche Aktionen durchführen und sowohl in Kurdistan als auch in der Türkei ranghohe Militärs töten. Das ist das einfachste in diesem Land. Aber wir sind eine Kraft als kurdische Guerilla, die für ihre Ziele aber auch ihre Grundsätze eintritt. Einer unserer Grundsätze ist die Geschwisterlichkeit der Völker. Deswegen ist unser Hauptziel nicht zu töten. Es wird gezeigt, dass die politische Frage nicht mit den seit Jahren praktizierten faschistischen Methoden des türkischen Staates zu lösen ist."

Militär erzwingt Gefechte

In vielen Regionen unter anderem Zap, Cele (Çukurca), Pîran (Lice), Amed (Diyarbakır), Cudi, Kato, Gabar, Şirnex, Dersim und anderen Gebieten finden Militäroperationen unter dem Einsatz zehntausender Soldaten und Spezialeinheiten statt. Dabei bombardieren die Militärs breite Gebiete aus Hubschraubern und Flugzeugen.

Am 14.7. kam es an mehreren Orten in Nordkurdistan/Türkei zu Gefechten mit vielen Toten. In Sêrt (Siirt) starb mindestens ein türkischer Soldat im Gefecht mit der Guerilla. Am 17.7 kam es erneut zu einem Gefecht im Rahmen einer Militäroperation, bei dem zwei weitere Soldaten, darunter ein Unteroffizier, ums Leben kamen. Die Operation weitet sich aus und es kam zu weiteren Gefechten.

Am 14.7. kam es in Farqîn zu einem folgenschweren Gefecht, bei dem in Folge eines Militärangriffs im Rahmen einer Operation, an der ca. 5000 Soldaten teilnahmen, nach Angaben der Guerilla mindestens 18 Soldaten und zwei Guerillas zu Tode kamen. Das Militär spricht von 13 gefallenen Mitgliedern von Spezialeinheiten und sieben gefallenen Guerillas. Anscheinend gehören aber fünf weitere Gefallene dem Militär bzw. Spezialeinheiten an, die in Guerillakleidung operieren, um die Bevölkerung zu terrorisieren. Es existieren auch nur die Leichen von zwei gefallenen Guerillas. In der Türkei kam es zu einer vertieften Diskussion woran die Soldaten gestorben seien. Dorfschützer berichteten, dass türkische Flugzeuge die Gegend bombardierten und dabei ebenfalls die Soldaten töteten. Diese Version unterstützen auch MenschenrechtlerInnen, die in die Region gereist sind.

Das Exekutivkomitee der KCK, dem auch die kurdischen Volksverteidigungskräfte HPG unterstehen erklärte zu den Ereignissen:

„Wie wir gesehen haben, können solche Verluste ohne einen beidseitigen Waffenstillstand nicht verhindert werden. Diejenigen die Angriffen, waren nicht die Guerilla, sondern die Soldaten."

Sie erklärten weiter, dass es keine Toten mehr geben müsse, wenn die Militär- und Polizeioperationen eingestellt würden.

ANF, HPG, 17.7., ISKU

Das Hauptthema der Pressekonferenz war die Verhaftung von mehr als 200 Personen inklusive 32 Drogenhändlern, 79 „gefährlichen Drogenabhängigen" und 137 Drogenkonsumenten, die Mir-Heydari als „marginal" bezeichnet.

Der Iran hat nach Informationen einer internationalen Menschenrechtsorganisation in den letzten sechs Monaten dieses Jahres durchschnittlich etwa zwei Personen am Tag hingerichtet.

Die scharfe Eskalation in der Anwendung der Todesstrafe kommt zu einer Zeit, in der die iranische Regierung darum kämpft, eine prodemokratische Bewegung, die sich im gesamten Mittleren Osten ausbreitet, zurückzudrängen.

Nach Informationen von Amnesty International hat der Iran eingeräumt seit dem Beginn des Jahres bis Juni 190 Personen exekutiert zu haben. Die Menschenrechtsorganisation Iran Human Rights (IHR) aus Norwegen, berichtete dagegen von 390 Exekutionen seit Januar. Die Internationale Kampagne für Menschenrechte im Iran (ICHRI), eine amerikanische NGO hat 320 Exekutionen gezählt.

ANF, 20.7., ISKU

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
jW	junge Welt
HPG	hezenparastin.com

Termin:
Podiumsdiskussion: Türkei– Scheideweg zwischen Demokratisierung und Bürgerkrieg
ReferentInnen:
Nilüfer Koç – Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes des kurdischen Nationalkongresses (KNK)
Ali Atalan – Mitglied des Landtages von NRW / als internationale Wahlbeobachter in der Türkei
28.07.2011 ab 18 Uhr im Raum-HIA / Ruhr Universität Bochum Universitätsstr. 150
Veranstalter: YXK -Verband der Studierenden aus Kurdistan e.V, mit der Unterstützung der AStA und AAR der Ruhr Uni Bochum

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 526
29. Juli 2011

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Wie ist es zum Krieg zwischen dem Iran und der PJAK gekommen?

Eine Analyse von Ismet Kayhan

Der Plan des iranischen Staates, Kandil zu besetzen, ist in vollem Gange. Eine große Anzahl an Soldaten sowie Bulldozer, Panzer und schweres Geschütz werden an der iranisch-irakischen Grenze aufgefahren. Mit den Bulldozern sollen die Wege für die Panzer geebnet werden. Gleichzeitig werden an vielen Punkten mobile Militärstützpunkte errichtet.
Der Iran hat sich zur Unterstützung in diesem Krieg die Organisationen Cund-ul Islam und El Sunne sowie zahlreiche aktive Dorfschützer aus Kurdistan zur Seite geholt. Zudem hat der Iran auf höherrangige PJAK-Kämpfer 50.000 $ und auf einen „normalen" PJAK-Guerilla 5000 $ Kopfgeld ausgesetzt.
Auch die höchste religiöse Instanz, die Institution der Ayatollahs hat sich eingeschaltet. Sie hat eine Fatwa ausgerufen, in der sie erklärte, dass alle Soldaten, die in diesem Krieg ums Leben kommen, zu Märtyrern werden, also ins Paradies gelangen werden. Eine Praxis, die stark an die Kirche zur Zeit der Kreuzzüge erinnert.
In der letzten Woche sind mehr als 200 iranische Soldaten und 8 Guerillas der PJAK innerhalb der Grenzen Südkurdistans ums Leben gekommen. Der Iran beschießt aber auch in der Region Viehzucht betreibende Zivilisten. Besonders die iranischen Dorfschützer bedrohen die dort ansässige Bevölkerung. Sie sollen die Gebiete schleunigst verlassen.
Zuvor spielte der türkische Außerminister Davutoğlu eine besondere Rolle bei den Treffen der Anti-Kurden-Koalition. Dieser ist am 11. Juli in den Iran gereist und hat dort Absprachen und Verhandlungen über die tatsächlichen und weiteren möglichen Entwicklungen in Syrien geführt.
Nach diesen Gesprächen hat das türkische Militär gegen die HPG, den bewaffneten Arm der PKK, militärische Operationen durchgeführt. Bei diesen Operationen sind in Farqîn (Silvan) 20 Soldaten und zwei Guerillas ums Leben gekommen.
Am 15. Juli hat sich die Libyen-Kontaktgruppe in Istanbul getroffen. In diesem Rahmen waren auch der NATO-Vorsitzende Anders Fogh Rasmussen und die amerikanische Außenministerin Hillary Clinton in Istanbul. Tayyip Erdoğan hat sich zunächst mit Rasmussen getroffen. Anschließend haben sich Gül, Erdoğan und Davutoğlu mit Clinton zusammengesetzt. Davutoğlu hat bei diesem Treffen von seiner Iran Reise erzählt und ist auf das Raktenschild-Projekt und die PKK eingegangen.
In der Zwischenzeit hat der Iran seine Vorbereitungen abgeschlossen und am 16. Juli seine Angriffe auf das Kandil-Gebiet begonnen. Die Operationen begannen in Höhe von Serdest-Piranşehir. Es wurden zudem die Gebiete Zele, Qeladize und Dola Koke bombardiert und die dort ansässige Dorfbevölkerung unter Beschuss genommen. In den Medien wurde berichtet, dass auch Spezialeinheiten des türkischen Militärs ihren Platz in den Militäroperationen einnahmen.
Während der Krieg zwischen der PJAK und dem Iran im vollen Gange war und das türkische Militär ihrerseits die Militäroperationen gegen die PKK fortsetzte, gestattete der designierte CIA-Chef General David Patreus, nachdem er seinen Kommandoauftrag in Afghanistan an seinen Nachfolger John Allena übergab, seinen ersten Besuch den Herrschaften aus Ankara. Patreus traf sich separat mit dem türkischen Generalstabschef Işık Koşaner und dem Außenminister Davutoğlu.
Bagdad nickt stumm gegenüber den Angriffen des Irans auf Kandil, weil sie, auch aufgrund der Machtverschiebungen in Syrien, Bedenken gegenüber einem wachsenden Einfluss der Kurden am Verhandlungstisch hegen. Die USA stimmen mit einer Begrenzung des kurdischen Einflusses ebenfalls überein und schweigen gegenüber den Angriffen auch, weil sie sich durch solch einen Krieg eine Schwächung Teherans erhoffen.
Der irakische Abgeordnete Mahmud Osman erklärte, dass die Türkei dem Iran geheimdienstliche Informationen zuspielte, die sie selbst von den USA erhalten hatten. Zudem gäbe es ein Geheimabkommen zwischen dem Iran, dem Irak und der Türkei. Die PUK (Patriotische Union Kurdistans) nimmt passiv an dieser Koalition teil. Die südkurdische Zeitschrift Levin berichtete, dass der Iran im Falle eines Erfolges ihrer Operationen den Osten des Kandil-Gebietes der PUK überlassen will.

Pläne für eine Besetzung des Kandil-Gebietes

Es ist nichts Neues, dass der iranische Staat versucht, unter dem Vorwand der Bekämpfung der PJAK, die Errungenschaften des kurdischen Volkes zu Nichte zu machen.
Die Beziehungen zwischen dem Iran und der PKK waren in der Vergangenheit ein wenig anders. In den ersten Phasen der islamischen Revolution sprach man noch vom volksnahen und revolutionären Charakter der neuen Staatsführung. Es gab begrenzte Beziehungen zwischen dem Iran und der PKK. Allerdings war der iranische Staat stets darauf bedacht, „ihre Kurden" unter ihrer Herrschaft zu halten und so langfristig die Existenz der kurdischen Bevölkerung auszulöschen. Aufgrund dessen versuchte der Iran immer auch den Einfluss der PKK einzudämmen.
Cemil Bayik, Mitglied des KCK-Exekutivrates, erklärt: „Der Iran hat schon immer Angst vor dem revolutionären Charakter der PKK gehabt. Sie denken, dass sie, nachdem sie die PKK aus dem Weg geschafft haben, Südkurdistan als Ganzes außer Gefecht setzen können. Über die PJAK und die PKK versucht der Iran die Widerstandskraft des kurdischen Volkes zu brechen. Auch wenn es so aussieht, als sei die PJAK das Ziel der Angriffe, so ist es doch letztlich die PKK und das kurdische Volk."
Genau deshalb unterstützt auch der türkische Staat den Iran bei diesem Vorhaben sowohl diplomatisch als auch militärisch. Duran Kalkan, ebenfalls Mitglied des KCK-Exekutivrates, stellt hierzu fest: „Während der Iran angreift, stationiert die Türkei ihr Militär an der Grenze. Das allein beweist die Komplizenschaft beider Staaten. Zusätzlich versucht der Iran die südkurdischen Kräfte in ihre Pläne, die PKK auszuschalten, mit einzubinden. Es wird klar, dass der Iran versucht, die südkurdischen Kräfte gegen die PKK aufzuwiegeln. Dies deckt sich auch mit den althergebrachten Plänen der

→

Meldungen:

Saban Dayanan gestorben
Der Menschenrechtsaktivist, Journalist und ehemalige Vorsitzende des Menschenrechtsvereins (IHD) Istanbul starb in der Nacht zum 24. Juli in seinem Haus an einem Epilepsieanfall. Saban, der Verteidiger der Menschenrechte, war viele Jahre beim IHD tätig. Am 25. Juli verabschiedeten ihn, FreundInnen, MitstreiterInnen und seine Familie mit einer Trauerkundgebung vor der IHD Zentrale in Istanbul. *(DIHA, 25.7., ISKU)*

In Varto wird der Teegarten nun von Frauen betrieben
In Mus/Varto wird der Teegarten der Stadtverwaltung von Frauen betrieben. Die Stadtverwaltung von Varto hat, um die Gleichberechtigung der Frauen gegenüber den Männern in allen Lebensbereichen zu erreichen, und berufliche und soziale Diskriminierung zu verhindern, den Teegarten Sertkaya der Leitung von Frauen übergeben. Bisher wurde diese Arbeit als „Männerarbeit" angesehen. Die Stadtverwaltung hat mit der Tüm Bel-Sen und der Genel-İş Gewerkschaft einen Tarifvertrag ausgearbeitet, indem für alle Angestellten, sowohl bei den Festangestellten wie bei den auf Zeit eingestellten, eine 50%ige Frauenquote festgeschrieben ist. Auch sollen die typischen „Männerberufe" Frauen zugänglich gemacht werden. Vorurteile sollen so abgebaut werden.
(DIHA, 22.7., ISKU)

13jähriger durch Gasbombe getötet
Der 13jährige Dogan Tayboğa wurde am 24. Juli in Silopi von einer Gas-Granate der Polizei getroffen. Er starb kurze Zeit später im Krankenhaus. Tausende beteiligten sich an der Beerdigung, auch um gegen die zerstörerische Politik der AKP zu protestieren. *(DIHA, 26.7., ISKU)*

KCK: Türkei steuert auf Bürgerkrieg zu
Die Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans (KCK) hat davor gewarnt, dass die Türkei auf Grund der repressiven Regierungspolitik auf einen Bürgerkrieg zusteuert.
In einer schriftlichen Erklärung macht das Exekutivkommitee der KCK die Regierung für die eskalierende Gewalt in Nordkurdistan verantwortlich, da sie sich weigert, die von Abdullah Öcalan vorgeschlagenen Schritte zu einer Lösung ernst zu neh-

Bisherige Bilanz der Militärangriffe des Iran

Die großangelegte Militäroperation der iranischen Armee hält seit 2 Wochen an. In Folge der Bombardierungen auf die Dörfer in Südkurdistan kamen mindestens 3 Zivilisten ums Leben, 800 Dorfbewohner mussten ihre Wohngebiete verlassen, fünf Häuser und eine Schule wurden zerstört.
Nach Angaben der HRK-Guerilla wurden 255 Soldaten, darunter auch hochrangige Befehlshaber der iranischen Armee, getötet und eine Vielzahl von Waffen beschlagnahmt.
Die Militäroperation der iranischen Armee an der Grenze zu den von der Guerilla kontrollierten Gebieten begann am 16. Juli im Qandil-Gebiet und erreichte die Grenzen von Xinere und Xakurke.

Drei Dorfbewohner haben ihr Leben verloren
Die Bilanz der zehntägigen Angriffe ist hoch. In den Regionen Lolan und Xinere bei Sidekan verloren drei Dorfbewohner durch die Bombardierung der Gebiete ihr Leben, drei weitere wurden verletzt. Bei den Bombardierungen zwischen dem 17.–21. Juli des Dorfs Sune bei Qeladize wurde vier DorfbewohnerInnen verletzt.
Bei den Bombardierungen wurden vor allem die Dörfer Sune, Erke, Merado, Rizge, Sorgule, Serxan, Şinav, Beste und Ali Reş Köyleri beeinträchtigt, fünf Häuser und eine Schule wurden zerstört, viele Tiere wurden getötet und Felder und Gärten zerstört
Das Internationale Rote Kreuz gab in einer schriftlichen Erklärung bekannt, dass sie 800 Menschen, die wegen der Bombardierungen durch den Iran ihre Häuser in Qandil verlassen mussten, geholfen haben.

HRK: 255 Iranische Soldaten getötet
Die bewaffneten Kräfte HRK der PJAK haben ebenfalls die Bilanz der letzten zehn Tage veröffentlicht. Das Hauptquartier der HRK erklärte, dass sie in der Lage sind, die Errungenschaften des kurdischen Volkes zu verteidigen. Nach Angaben der HRK wurden bei den Gefechten bisher insgesamt 255 iranische Armeeangehörige darunter drei Generäle und vier weitere hochrangige Befehlshaber getötet.
Bei den Gefechten verloren auch drei Guerillakämpfer ihr Leben, vier weitere wurden verletzt.
(ANF, 25.7., ISKU)

Faschistische Angriffswelle auf KurdInnen

Die türkische Regierung und die türkischen Medien steigerten ihre Hetze gegen die kurdische Bevölkerung und die linke, prokurdische Partei BDP weiter, nachdem bei einem Gefecht am 14.7. in Amed (Diyarbakır) /Farqîn (Silvan) mindestens 18 türkische Soldaten und zwei kurdische Guerillas ums Leben kamen. Obwohl es deutliche Hinweise und Augenzeugenberichte gibt, dass die Soldaten durch Bomben aus türkischen Bombern getötet wurden, nutzt der türkische Staat die Situation, um die nationalistische Stimmung im Land weiter anzuheizen.
Neben Erdoğan griff auch der türkische Parlamentspräsident Cemil Çiçek zur Hetze,:„Jeder soll jetzt seine Haltung klar deutlich machen. Entweder man ist auf der Seite der Demokratie oder auf der, die Blut und Hass versprühen."
Kurz darauf setzten türkische Nationalisten u.a. das Gebäude der BDP in Ankara in Brand. Es kam am 15., 16. und 17. Juli in vielen Regionen der Türkei zu Angriffen und Pogromen gegen KurdInnen bzw. ihre RepräsentantInnen. Besonders betroffen waren u.a. Ankara, Gemlik, Bursa, İstanbul, Aydın, Konya, Üsküdar, Ümraniye, Mersin, Sakarya, Kocaeli, Xarpêt (Elazığ), Erzirom (Erzurum) und Meletî (Malatya).
An vielen Orten versuchten türkische Nationalisten, BDP-Büros zu stürmen. Teilweise wurden die Büros verwüstet und in Brand gesteckt. Vielerorts wurden Mitglieder der BDP von Zivilfaschisten oder der Polizei verletzt. Auf einem internationalen Festival in Istanbul wurde die kurdische Sängerin Aynur Doğan mit faschistischen Parolen beschimpft und mit Flaschen beworfen, weil sie Lieder in kurdischer Sprache sang. Faschistische Terrorgruppen wie die Türkischen Rachebrigaden (TIT). auf deren Rechnung etliche Massaker gehen, verschickten Droh-E-Mails an linke Zeitungen. Sie kündigten Anschläge in Amed (Diyarbakır) und anderen Städten unter der Parole „Entweder Türke oder tot" an.

Angriffe auch in Deutschland
Insbesondere in der Region Hannover häufen sich in den letzten Tagen die Übergriffe türkischer faschistischer Gruppierungen auf Einrichtungen von linken, fortschrittlichen KurdInnen und TürkInnen. So wurden vor einer Einrichtung des kurdischen Kulturvereins in Peine abgebrannte Knochen und verkohlte menschliche Figuren neben Türkei-Flaggen gefunden. Am Sonntag, den 17. Juli haben vier männliche türkische Personen in den Räumlichkeiten des türkischen Jugendforum e.V. in Hannover Scheiben eingeschlagen und Sachschaden angerichtet. Dort treffen sich viele linke, fortschrittliche und demokratische Kräfte aus der Türkei und auch Mitglieder der ATIF regelmäßig.
Verschiedene antifaschistische Gruppen und Organisationen aus Hannover haben zur Solidarität gegen die Angriffe aufgerufen und am Donnerstag eine Kundgebung und Demonstration veranstaltet.
(ANF, DIHA, 18.7., ISKU)

Wie ist es zum Krieg zwischen dem Iran und der PJAK gekommen?

Fortsetzung von Seite 1
Türkei. Es wird also deutlich, was für eine Art Bündnis zur Eliminierung der Kurden zwischen der Türkei und dem Iran vorherrscht. „
„Auch der Irak nimmt an dieser Koalition teil. Das gemeinsame Ziel aller drei Staaten ist, dass die Kurden bei der Neugestaltung der Gleichgewichte im Nahen und Mittleren Osten keine weiteren Errungenschaften erreichen. Deshalb ist der Versuch des Iran, Kandil zu besetzen, als Angriff auf alle Kurden zu verstehen. Die politischen kurdischen Kräfte aller Teile Kurdistan sollten daher zusammenkommen und sich gemeinsam gegen diese Besetzungsversuche des Irans zur Wehr setzen", so Cemil Bayik.
(ANF, 26.7., ISKU)

men und stattdessen mit Polizeiangriffen und Unterstützung faschistischer Angriffe den Konflikt weiter verschärft.
(ANF, 28.7., ISKU)

Quellen:

ANF Fırat Nachrichtenagentur
DIHA Dicle Nachrichtenagentur

Termine:

Stoppt die Angriffe des iranischen Regimes auf Südkurdistan
Seit dem 16. Juni greift die iranische Armee Ziele in der kurdischen Autonomieregion im Nordirak (Südkurdistan) an. Hunderte Menschen starben bereits, mehrere Dörfer wurden zerstört, viele Menschen sind auf der Flucht. Die iranische Armee will das Kandil-Gebirge im irakisch-iranischen Grenzgebiet mit zehntausenden Soldaten besetzen und die kurdische Freiheitsbewegung zerschlagen. Die Türkei und selbst die USA haben diesen Angriff durch die Bereitstellung von Kommandokräften und die Weitergabe von Geheimdienstinformationen über Camps der kurdischen Freiheitskämpfer regelrecht ermutigt.
Wir rufen die internationale Öffentlichkeit, Menschenrechtler und Friedensaktivisten auf, gegen die iranischen Angriffe auf Südkurdistan zu protestieren und für ein Ende dieser grenzüberschreitenden Operationen einzutreten.
Wir fordern dagegen von der Bundesregierung, gegenüber dem Iran unzweideutig klar zu machen, dass derartige grenzübergreifende Militäroperationen nicht geduldet werden.

Kundgebungen:

Mannheim, 29. Juli, 17:30 Uhr Wasserturm
Aachen, 30. Juli, 16:00 Uhr Menser Sparkasse
Essen, 30. Juli, 15:00 Uhr Hauptbahnhof
Berlin, 1. August, 16:00 Uhr Hermannplatz
Köln, 1. August, 15:00 Uhr Dom
Hamburg, 1. August, 16:00 Uhr Hauptbahnhof

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 527
05. August 2011

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Designierter Generalstabschef Necdet Özel befehligte Giftgaseinsatz

Kriegsverbrecher als türkischer Generalstabschef?

„Wenn der türkische Militärrat tatsächlich am Donnerstag General Necdet Özel zum neuen Generalstabschef ernennt, wird damit ein mutmaßlicher Kriegsverbrecher zum obersten Soldaten der Türkei. Dies wirft ein bezeichnendes Licht auf die angebliche Demokratisierung der türkischen Armee. Wenn der türkische Ministerpräsident Erdogan die Streitkräfte so weiterhin in die Hände eines kompromisslosen Hardliners legt, behindert er damit eine Friedenslösung für die kurdische Frage. Die bislang von Özel geführte Jandarma ist nicht nur für unzählige Morde, Folterungen und Grausamkeiten in den kurdischen Landesteilen verantwortlich. Özel persönlich hat 1999 einen Giftgaseinsatz gegen kurdische Guerillakämpfer angeordnet. Die PDS hatte damals eine Kleine Anfrage zu diesem Kriegsverbrechen an die Bundesregierung gestellt. Während die Bundesregierung damals keine Anhaltspunkte für einen Chemiewaffeneinsatz durch die türkischen Streitkräfte sehen wollte, beweisen inzwischen Videoaufnahmen den Einsatz solcher international geächteter Waffen.“

Hintergrund:
In der europäischen und Teilen der türkischen Öffentlichkeit wird der Rücktritt des Generalstabschefs Isik Kosaner sowie der Befehlshaber der Armee, der Marine und der Luftwaffe am Freitag den 29.Juli 2011 überwiegend als Ende der unverhältnismäßigen Macht des Militärs und Schritt zur Demokratisierung des Landes gewertet. Zum vorläufigen Generalstabschef und Befehlshaber der Landstreitkräfte wurde der bisherige Kommandeur der Jandarma (Militärpolizei), Necdet Özel, ernannt. Özel ist als kompromisslos bezüglich der kurdischen Frage bekannt. Bereits im Mai 1999 befehligte er als Brigadegeneral einen Einsatz gegen GuerillakämpferInnen, nahe des Dorfes Balikaya bei Silopi in der Provinz Sirnak. 20 PKK Guerillas starben in einer Höhle, die mit Gasgranaten beschossen wurde.
Berichten zufolge kamen dabei chemische Waffen zum Einsatz. Dies ist auch auf einem Filmmitschnitt, der aus Armeekreisen stammt, zu sehen. Davon existieren eine 42 Sekunden lange Version, auf You tube[1] und eine ca. 5minütige Version, die u. a. vom Fernsehsender Roj TV ausgestrahlt wurde. Auf einem Funkmitschnitt ist zunächst zu hören, wie der Befehlhabende den Befehl gibt, „die notwendigen Maßnahmen“ gegen Guerillas in einer Höhle „zu ergreifen.“ Dann ist zu sehen und zu hören, wie die Soldaten sagen, „dass sie nicht in die Höhle gehen könnten, weil die Wirkung des Gases noch andauere.“ Die Soldaten, die auf einer weiteren Sequenz des Mitschnitts am folgenden Tag zu sehen sind, erklären, dass sie „eigentlich noch immer nicht in die Höhle steigen könnten, da der Einfluss des Gases noch andauert.“ Sie bekommen den Befehl dies trotzdem zu tun und erklären, „dass sie in permanenter Gefahr wären, sich zu vergiften.“ Die Guerilla hat bereits 1999 erklärt, dass auf zwei Arten chemische Kampfstoffe zum Einsatz gekommen seien. Fotos von der Bergung der Leichen zeigen keine äußerlichen Verletzungen.[2] Ulla Jelpke, damals Bundestagsabgeordnete der PDS, hatte den Vorfall in einer Anfrage an die Bundesregierung thematisiert. Wie bei weiteren Verdachtsfällen 2010, antwortete die Regierung sehr ausweichend und verwies darauf, „dass die Türkei, wie die Bundesrepublik Deutschland Vertragsstaat des am 29. April 1997 in Kraft getretenen Abkommens über das Verbot Chemischer Waffen (CWÜ) sei und somit den Überwachungsmechanismen der Organisation für das Verbot Chemischer Waffen (OPCW) unterliege.“[3]

1 http://www.youtube.com/watch?v=qqPhbs3rNZo&feature=player_embedded
2 http://www.firatnews.com/index.php?rupel=nuce&nuceID=47480
3 (Drucksache 14/1197)

Gemeinsame Presseerklärung von:
Ulla Jelpke, MdB DIE LINKE.
Andrej Hunko, MdB DIE LINKE.
Ingrid Remmers, MdB DIE LINKE.
Heidrun Dittrich, MdB DIE LINKE.
Harald Weinberg, MdB DIE LINKE.
Cansu Özdemir, MdBü Hamburg DIE LINKE.
Barbara Cardenas, MdL Hessen DIE LINKE.
Bärbel Beuermann, MdL NRW DIE LINKE.
Murat Cakir, Kolumnist Özgür Gündem
Yilmaz Kaba, Landesvorstand DIE LINKE.Niedersachsen

Protest gegen Rüstungsexporte diffamiert

Wer gegen Rüstungsexporte in die Türkei protestiert, macht sich zum Handlanger von »Terroristen«. Das jedenfalls suggeriert die Bundesregierung mit ihrer Antwort auf eine kleine Anfrage der innenpolitischen Sprecherin der Linksfraktion, Ulla Jelpke, zur »Bewertung der Kampagne ›Tatort Kurdistan‹ durch das Bundesamt für Verfassungsschutz«.

Mit der im Mai 2010 angelaufenen Kampagne wollen Flüchtlings- und Friedensinitiativen, Landesverbände der Linkspartei, die Linksjugend ['solid], antimilitaristische und kurdische Vereinigungen auf die Mitverantwortung deutscher Unternehmen und der Bundesregierung bei der Unterdrückung der Kurden hinweisen. Thematisiert werden Waffenlieferungen und Abschiebungen in die Türkei, die Beteiligung deutscher Firmen an Staudamm- und Pipelineprojekten in Kurdistan sowie die Verfolgung kurdischer Aktivisten. Mit ihrer Auflistung im Abschnitt über »Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern« im Verfassungsschutzbericht 2010 sieht sich die Kampagne nun selber stigmatisiert.

»Tatort Kurdistan« sei keine eigenständige politische Initiative, behauptet die Bundesregierung nun. »Es handelt sich vielmehr um eine Propagandaaktion unter maßgeblicher Mitwirkung der Arbeiterpartei Kurdi-

→

Meldungen:

230 Familien mussten durch die iranischen Angriffe flüchten
Die Angriffe der iranischen Armee trifft die Zivilbevölkerung am stärksten. Als Ergebnis der Bombardierungen Südkurdistans durch den Iran in den Gebieten Kandil, Xakurke und Xinere wurden Hunderte von Menschen gezwungen, ihr Land zu verlassen.
Laut dem Bürgermeister Abdul Wahid Qewami von Çoman wurde für die Flüchtlinge ein Lager bei Mewanan in der Region Balayan aufgebaut. Das Lager wurde in Zusammenarbeit von lokalen Behörden, der Internationalen Organisation für Migration (IOM), ICRC und UNHCR aufgebaut.
Durch die Bombardierungen sind bisher 3 Zivilisten getötet und 11 verletzt worden, 35 Dörfer wurden beschädigt.
ANF, 3.8., ISKU

Jungendlicher stirbt nach Selbstverbrennung
Der 20-jährige Mehmet Ayik, der sich in Antalya selbst in Brand gesetzt hat, ist seinen Verletzungen erlegen. Er hatte sich am 21. Juli, dem Jahrestag des Beginns des Hungerstreiks der PKK-Gefangenen 1982, aus Protest gegen die Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung angezündet. Nach Angaben seiner Angehörigen soll seine letzte Botschaft, „Niemand hat die Macht, unser Volk in seinem Kampf für die Freiheit zu stoppen", gewesen sein. *DIHA, 29.7., ISKU*

Andauernde Gefechte
Am 22. Juli begann die türkische Armee in den Stadtgrenzen von Maraş auf dem Berg Engizek eine Operation, die am 24. Juli ergebnislos zurückgezogen wurde.
Am 24. Juli startete die türkische Armee in Bingöl im Gebiet von Şevdin eine Operation, die durch Helikopter des Typ Kobra Unterstützung aus der Luft erhalten hat. Am 25. Juli wurde die Operation ergebnislos zurückgezogen.
Am 28. Juli kam es in Maraş zwischen dem Berg Nurhak und dem Gebiet Elbistan zwischen den Soldaten der türkischen Armee und der Guerilla zu einem Gefecht. Dabei kamen zwei Soldaten ums Leben.
Am 30. Juli hat die Guerilla eine Aktion in Maraş zwischen Ekinözü und dem Kandil-Staudamm gegen eine Jandarmaeinheit durchgeführt. Vier Soldaten kamen ums Leben.

Beginn der Kampagne: Anerkennung der kurdischen Identität

Alle unten genannten Organisationen sind vor wenigen Monaten übereingekommen, dass sie sich in diesem Jahr verstärkt für die Anerkennung der Kurdischen Identität in Deutschland einsetzen werden. Die Kampagne startet am 1. August und nimmt die Forderungen der Berliner Erklärung, die auf der YEK-KOM-Konferenz vom September 2009 verabschiedet wurde, zur Grundlage. Ziel ist es, eine Gleichstellung der in Deutschland lebenden KurdInnen mit anderen Migrantengruppen herzustellen.
Nach über 50-jähriger Migration leben nun fast eine Million KurdInnen in Deutschland, die als ArbeitsmigrantInnen oder als politische Flüchtlinge aus der Türkei, dem Iran, Irak und Syrien gekommen oder geflohen sind. Eine der größten MigrantInnengruppen ist bis heute nicht als eigenständige MigrantInnengruppe anerkannt, da sie in der Regel den Staaten zugeordnet werden, aus denen sie geflohen waren. Dadurch werden ihnen fundamentalen Rechte, wie Teilhabe an spezifischen Integrationsmaßnahmen u.v.m., verwehrt.
Am 07.11.1991 konstatierte der Auswärtige Ausschuss, dass „in der Bundesrepublik eine große Gruppe von Kurden lebt und auch ihnen die Möglichkeit zur Bewahrung und Entfaltung ihrer kulturellen Identität gegeben werden" solle (BT-Drucksache: 12/1362)
Die Tatsache, dass seit 1993 aufgrund politischer Erwägungen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) verboten wurde, führt dazu, dass ein großer Teil der kurdischen MigrantInnen und insbesondere ihre Selbstorganisationen kriminalisiert, stigmatisiert und ausgegrenzt werden. Es ist dringlicher denn je, diesen Umstand zu ändern.
Wir sind der Auffassung, dass ein grundlegender Paradigmenwechsel notwendig ist. Dazu gehören insbesondere:
1. Die Anerkennung der kurdischen MigrantInnen als eigenständige MigrantInnengruppe und Gleichstellung mit den anderen MigrantInnengruppen;
2. Um sowohl die Integration der Kurden in die deutsche Gesellschaft zu fördern als auch die Lösung der kurdischen Frage in der Türkei zu unterstützen, sind die Aufhebung des PKK-Verbots und damit zusammenhängende Betätigungsverbote kurdischer Organisationen sowie die Beendigung der Repressionsmaßnahmen unerlässlich;
3. Förderung von Beratungs- und Betreuungsprojekten sowie Herausgabe von Informationsmaterialien in kurdischer Sprache insbesondere für Kurdinnen;
4. Ausweitung des Muttersprachenunterrichts in Kurdisch auf alle Bundesländer
5. Die Zulassung kurdischer Namen, auch wenn diese von den Behörden der Herkunftsländer nicht anerkannt werden;
6. Gleichbehandlung der KurdInnen bei fremdsprachigen Sendungen durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk;
7. Anerkennung des Newroz-Festes als Feiertag in Anlehnung an den Beschluss der Generalversammlung der UN-Organisation für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation (UNESCO) vom 23. Februar 2010;
8. Aufnahme aller kurdischen Vertretungen in den Bundesbeirat für Integration;
9. Förderung der Selbsthilfe sowie der Herausgabe von politischen und kulturellen Informationen in kurdischer Muttersprache;
10. Beendigung der Abschiebepolitik gegenüber Kurdinnen und Kurden sowie Aufhebung der Praxis des Widerrufs von anerkanntem Asylstatus;
11. Verstärkter Einsatz der Bundesregierung für die friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage
12. KurdInnen gehören verschiedenen Religionsgemeinschaften an. Sie sind Christen, Eziden, Aleviten oder Moslems, weshalb wir die Einbeziehung aller in die Arbeitskreise zum Dialog der Religionen fordern;
Die Organisationen sind der Auffassung, dass diese Forderungen einen wichtigen Schritt für die überfällige Integration eines nicht unwesentlichen Teils unserer Bevölkerung darstellen. Wir sind der Überzeugung, dass auf diese Weise gemeinsam eine friedliche, gleichberechtigte und demokratische Zukunft gestaltet werden kann.
In diesem Sinne bitten wir Sie, die Kampagne für die Anerkennung der kurdischen Identität in Deutschland zu unterstützen.

YEK-KOM e.V., Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland, ATIF, Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. , AGIF, Föderation der Arbeiterimmigrant /innen in Deutschland e.V., Cenî - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V., Kurdisches Institut in Deutschland, FEK, Föderation Ezidischer Kurden e.V., CÎK, Föderation der Kurdischen Muslimischen Gemeinschaften in Europa e.V, FEDA, Föderation der Demokratischen Alewiten e.V., KURD-AKAD, Netzwerk Kurdischer AkademikerInnen e.V., TÜDAY, Menschenrechtsverein Türkei/Deutschland e.V., YXK, Verband der Studierenden aus Kurdistan e.V., Zentralverband der Assyrischen Vereinigungen in Deutschland und europ. Sektionen/ZAVD, YEKMAL e.V., Kurdischer Elternverein, Der Europäische Friedensrat Türkei/Kurdistan, Kurdische Gemeinde zu Berlin-Brandenburg e.V., YMK, Verein der Kurdischen Lehrer in Europa e.V., Volksrat der Eelam Tamilen in Deutschland

→ Protest gegen Rüstungsexporte diffamiert

stans (PKK) und ihrer nachgeordneten Strukturen.« Hinzugefügt wird, daß die seit 1993 in Deutschland verbotene PKK seit vergangenem Jahr als ausländische terroristische Vereinigung gilt, »deren inländische Teilstrukturen auf die Umsetzung der im Ausland entwickelten Vorgaben verpflichtet sind«. Welches PKK-Gremium die Tatort-Kampagne angeordnet haben soll, verschweigt die Bundesregierung. Lediglich die Beteiligung eines »Tatort Kurdistan«-Blocks auf einer Newroz-Demonstration im März 2011 in Düsseldorf kann die Regierung als »tatsächliche Anhaltspunkte« ihrer behaupteten Zusammenarbeit von PKK und »deutschen linksextremistischen Gruppierungen« anführen.
Die öffentlich propagierten Ziele der »Tatort«-Kampagne seien bewußt allgemein gehalten, damit sie auch ein über die eigene Anhängerschaft hinausreichendes Publikum erreichen können, meint die Regierung, um dann ihr Mantra zu wiederholen: »Die Kampagne ist Bestandteil der PKK-Agitation in Deutschland«, und die PKK wiederum verfolge Bestrebungen, die »auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden«.

»Meint die Bundesregierung mit diesen Belangen vielleicht die Profite der deutschen Rüstungsindustrie?« mutmaßt die Abgeordnete Ulla Jelpke und weist auf Parallelen zur Entwicklung in der Türkei hin. »Dort werden kurdische Bürgermeister aufgrund ihres Engagements für eine Friedenslösung inhaftiert, weil sie angeblich auf Weisung der PKK handeln. Und in Deutschland stellt der Verfassungsschutz mit seiner unbewiesenen Behauptung einer PKK-Steuerung bereits das Engagement gegen Rüstungsexporte unter Extremismusverdacht.«

Unterdessen kündigten die Aktivisten von »Tatort-Kurdistan« einen bundesweiten Aktionstag am 1. September an. Auch auf der antifaschistischen Vorabenddemo am 2. September gegen den neonazistischen »Nationalen Antikriegstag« in Dortmund soll die deutsche Rolle beim Krieg in Kurdistan ein Schwerpunktthema sein.

Nick Brauns, jW, 2.8.

Am 29.7. kam es zu einem Gefecht bei Şemzînan/Colemêrg. Bei dem Gefecht kamen vier Soldaten der türkischen Armee ums Leben. In Folge bombardierte die türkische Armee die Umgebung mit Kampfhubschraubern, wobei ein Guerillakämpfer ums Leben kam.

hpg-online, 31.7./2.8., ISKU

Presseerklärung der HPG: Bilanz des Monats Juli
Militäroperationen der türkischen Armee: 38
Gefechte: 15
Aktionen der Guerilla: 4
Getötete Soldaten: 57
Getötete Polizisten: 2
Kobraangriffe: 8
Angriffe mit Mörsergranaten: 31
Getötete Guerillas: 8

hpg online, 2.8., ISKU

Die Regierung muss den Rassismus bekämpfen
Der Menschenrechtsverein IHD, TIHV, IHGD, IHAD und MAZLUMDER versammelten sich in der Zentrale des IHD zu einer gemeinsamen Presseerklärung wegen der rassistischen Vorfälle. Öztürk Türkdoğan, Vorsitzender des IHD, erklärte, dass nicht gesehen werde, dass die ungelöste Kurdenfrage tausende Menschenleben kostete: „Wir als Menschenrechtler wollen keine Menschenverluste mehr. Wir stehen für das Recht auf Leben für alle und überall. Aber hierzulande werden nationalistische Gefühle bewusst zum Entflammen gebracht. Als Folge dessen sind Lynchversuche, die auf Rassismus und Hass basieren, in den letzten Jahren quasi zu einem gesellschaftlichen Reflex geworden."
Die Möglichkeit mit demokratisch-friedlichen Methoden die Lösung der kurdischen Frage zu erlangen ist mehr als jemals zuvor gegeben. Das benutzte Vokabular nach dem Gefecht in Farqîn (Silvan) schiebt jedoch einen Riegel vor den gesellschaftlichen Frieden.

ANF, 2.8., ISKU

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
jW	junge Welt

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 528
12. August 2011

N û ç e

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

Karayilan: AKP hat sich für den Krieg entschieden

Der Vorsitzende des Exekutivrats der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan [*Koma Civakên Kurdistan, KCK*] hat mitgeteilt, dass die AKP-Regierung sich für den Krieg entschieden hat und das Kurden-Problem mit Gewalt lösen will. Karayilan: „Wir sagen ganz deutlich, wenn die AKP uns angreift, werden wir dagegen Widerstand leisten."
Der Vorsitzende der KCK Murat Karayilan ging auch auf die Fragen von ANF zum Rückzug des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan, die Herangehensweise der Regierung an das Kurdenproblem und zum Waffenstillstand ein.
„Ein einseitiger Waffenstillstand hat die militärischen Operationen nicht zum Stoppen gebracht. Die Türkei hat ihre Operationen weiter fortgesetzt. Wir wurden völlig ignoriert. So wurden in den letzten 5 Monaten 56 Mitglieder der Guerilla und ca. 37 zivile KurdInnen vom Staat getötet. Immer noch sterben kurdische Kinder und die Straftäter werden nicht bestraft. Wir haben das Recht uns zu verteidigen, wenn wir angegriffen werden. Ein einseitiger Waffenstillstand reicht nicht, um die Waffen zum Schweigen zu bringen."
Über den Rückzug des kurdischen Volksführers Abdullah Öcalan sagt Karayilan: „Seit Jahren bemüht sich der Vorsitzende Apo um eine friedliche, demokratische Lösung der kurdischen Frage. All diese Bemühungen werden von Seiten des türkischen Staats ignoriert. Für die Lösung dieses Problems sieht Apo keine Entwicklung. Da von Seiten der Regierung nichts kommt, hat er diese Entscheidung getroffen. Es ist ganz offensichtlich, wir haben zwar geschafft die Regierung zu zwingen mit Öcalan zu reden, aber wir haben es nicht geschafft, ausreichend die Hand des Vorsitzenden zu stärken, um den Staat dazu zu zwingen, das Problem zu lösen. In diesem Zusammenhang sollte seine Kritik verstanden werden."
Karayilan erklärte, dass die AKP-Regierung Öcalans Aufforderungen ernst nehmen sollte. Öcalan hatte gesagt, dass die Regierung ihm grünes Licht für seinen Weg geben sollte. Wenn der Ministerpräsident ihm dieses garantiere, dann würde er innerhalb einer Woche die Guerilla an einen Ort zusammenbringen und so für eine Lösung sorgen. „Was aber sagt Erdogan? Nichts. Er hat dies ignoriert. Wenn er wirklich will, dass dieser Krieg enden soll, damit Mütter nicht mehr weinen müssen, dann weiß er was zu tun ist. Die Regierung und alle Kreise des türkischen Staates sollten Aufrufe von Öcalan sehr ernst nehmen", so Karayilan, „Wie gesagt, wenn Erdoğan das Problem friedlich und ohne Gewalt lösen will, dann muss er den Vorsitzenden Apo ernst nehmen und seinen Weg frei geben. Es muss für die Sicherheit, Gesundheit und Freiheit Öcalans gesorgt werden. Falls das Problem nicht auf demokratischem Wege gelöst werden soll, uns keine Möglichkeiten für das endgültige Schweigen der Waffen angeboten werden, dann werden die Gefechte weitergehen. Der Krieg kann auf friedlichem Weg beendet werden, doch wenn die AKP so weiter macht, werden wir uns bis zum Ende zur Wehr setzen."

ANF, 8.8., ISKU

Türkische Justiz will Kommunalvertreter verklagen.
Sie hätten Haftverbesserungen für PKK-Chef Öcalan gefordert

Massenprozesse gegen kurdische Politiker

Wenige Wochen nach der einseitigen Ausrufung der »demokratischen Autonomie« in den von der prokurdischen »Partei für Frieden und Demokratie« (BDP) dominierten Landesteilen im Südosten der Türkei bereitet die türkische Justiz einen neuen Mammutprozeß gegen über 100 kurdische Kommunalpolitiker vor.
Weil sie bessere Haftbedingungen für den seit 1999 auf der Gefängnisinsel Imrali inhaftierten Vorsitzenden der verbotenen »Arbeiterpartei Kurdistans«, PKK, Abdullah Öcalan, forderten, drohen 98 amtierenden und ehemaligen Bürgermeistern und acht weiteren Politikern Haftstrafen von bis zu 20 Jahren. Mit ihrem Aufruf im Jahre 2009 sollen die Politiker »Propaganda für eine terroristische Organisation« betrieben und ein »Verbrechen zu Gunsten der PKK« begangen haben. Der Prozeß werde in Kürze beginnen, verkündete ein Gericht in Diyarbakir Mitte der Woche.
Ein weiterer seit Oktober letzten Jahres in Diyarbakir laufender Großprozeß gegen 152 der PKK-Mitgliedschaft bezichtigte Politiker wurde am Mittwoch erneut vertagt. Die Strafverteidiger hatten die Verhandlungen den zweiten Tag in Folge boykottiert, da ihren Mandaten eine Verteidigung in ihrer kurdischen Muttersprache verboten wurde. Das Gericht will die Anwälte nun wegen »Vernachlässigung ihrer Pflichten« verklagen.
Mitte der Woche wurden in Kiziltepe vier Funktionäre der Lehrergewerkschaft Egitim-Sen verhaftet, weil sie an einer Gedenkveranstaltung für den 2004 vom Militär erschossenen 12jährigen Schüler Ugur Kaymaz teilgenommen hatten. Den Lehrern wird Propaganda für eine illegale Organisation vorgeworfen.
Bereits am Dienstag wurde die BDP-Parlamentsabgeordnete Aysel Tugluk von einem Gericht in Van zu einer zweijährigen Haftstrafe verurteilt. Sie soll im März 2010 in einer Rede den türkischen Staat zu Friedensverhandlungen mit Öcalan aufgefordert haben. Wenige Monate später hatte die türkische Regierung einen Dialog mit Öcalan eingestanden.
Bei einem Guerillaangriff der PKK auf einen Militärkonvoi wurden unterdessen in der Stadt Van drei Soldaten getötet. Der Gebietsgouverneur und seine Bewacher wurden verletzt.

Nick Brauns, jW, 5.8.

Meldungen:

Generalstab: Das ist nicht Necdet Özel!
Der türkische Generalstab gab eine Erklärung zu den Veröffentlichungen von Roj TV und ANF im Zusammenhang mit der Nutzung von chemischen Waffen bei militärischen Auseinandersetzungen mit der PKK-Guerilla im Landkreis Silopi in der Provinz Şirnex ab. In der Erklärung heißt es, dass der jetzige Generalstabschef Necdet Özel sich zu jener Zeit nicht im Operationsgebiet aufgehalten habe. Weder die Person noch die Stimme gehöre auf dem Video zum Generalstabschef Necdet Özel. Necdet Özel habe zwischen 1997 und 1999 mit dem Rang des Brigadeführers das Armeehauptquartier der Bodenstreitkräfte geleitet. Eine Stellungnahme zum Vorwurf der Benutzung von chemischen Waffen gab es in der Erklärung allerdings nicht.
Die Erklärung aus dem Generalstab wurde in Folge einer Meldung der Tageszeitung Cumhurriyet vom 06. August unter der Überschrift „Deutsche Abgeordnete beschuldigen Özel des Einsatzes chemischer Waffen" herausgegeben.

ANF, 10.8., ISKU

Massengrab in Dersim soll am Freitag geöffnet werden
Ein Massengrab im Bezirk Çemişgezek in der Provinz Dersim soll am Freitag geöffnet werden. In dem Massengrab befinden sich die Leichname von 24 Guerilleros, die vor 14 Jahren nach Gefechten mit dem Militär in diesem Massengrab verscharrt worden sind.
Zuvor befand sich Hüseyin Y. seit dem 10. Juni mit der Forderung nach der Öffnung des Massengrabes im Todesfasten. Der Leichnam seines Bruders Ali Y. soll sich in dem Massengrab befinden. Die Forderung von Hüseyin Y. wurde von zahlreichen NGOs aus der Region unterstützt. Schließlich soll der Anwalt der Familie eine telefonische Zusage für die Öffnung des Massengrabes am Freitag von der Staatsanwaltschaft aus Malatya erhalten haben.
Bei der Öffnung des Massengrabes werden Juristen- und Ärzteverbände zugegen sein. Es wird erwartet, dass die Öffnung des Grabes zwei Tage in Anspruch nehmen wird. Anschließend werden DNA Tests zur Identifizierung der Leichname durchgeführt und die Familien der Opfer benachrichtigt.

Leyla Sorxwin, Kommandantin des HRK-Hauptquartiers, zum Stand der Iranoffensive

Die Angriffe der iranischen Armee auf Südkurdistan halten auch nach 20 Tagen weiter an. Die iranische Armee versuchte auch gestern im Berdenaze-Gebiet die Grenze zu überschreiten. Jegliche Versuche, die Grenze zu überqueren, wurden bisher von den HRK-Einheiten, der Guerilla der PJAK, zurückgeschlagen. Auch bei ihrem jüngsten Versuch stieß die iranische Armee auf großen Widerstand der Guerilla und musste sich zurückziehen. Außerdem führte die Guerilla am 2. August eine Aktion gegen die iranischen Soldaten, die in Richtung der Grenze zu Südkurdistan am Straßenbau beteiligt sind, durch. Genauere Details zu den Gefechten liegen bisher noch nicht vor.

Leyla Sorxwin, die Kommandantin des HRK-Hauptquartiers, erklärte, dass dem Iran bei ihrem Versuch, das Gebiet zu besetzen, einen derben Rückschlag zugefügt wurde. „An den ersten beiden Tagen der Operation kamen sie etwas voran, aber nun können sie sich nicht mehr vom Fleck bewegen. Die Kontrolle befindet sich bei HRK", so Leyla Sorxwin. Der Widerstand der Guerilla werde weiter fortgesetzt. Außerdem würden zahlreiche Vergeltungsaktionen gegen die iranische Armee verübt. „Jeden Tag werden neue Aktionen gegen sie gestartet. Mit einer solchen Stärke der Ostkurdistan-Kräfte [HRK] hatten sie nicht gerechnet. Nun sind sie ins Stokken geraten, keinen Schritt nach vorne kommen sie weiter. Vielleicht haben sie uns 20 Mal angegriffen, aber jedes Mal wurden sie zurückgedrängt. Es ist ganz offensichtlich, bei diesem anhaltenden Widerstand der Guerilla hat die islamische Republik Iran verloren. All ihre Pläne, Absichten und Ziele sind erfolglos geblieben", so die Kommandantin.

Sorxwin erklärte, dass die iranische Armee ihre Verluste verheimliche: „Bisher kamen viele ihrer Kommandanten und Revolutions-Gardisten zu Tode. Sie haben mindestens 255 Verluste zu verzeichnen. Laut Informationen, die uns erreicht haben, sind alle Krankenhäuser [in Ostkurdistan] für die Bevölkerung geschlossen worden. Ihre toten und verletzten Soldaten haben sie in diese Krankenhäuser gebracht."

Andererseits flüchten weiterhin Menschen gezwungenermaßen wegen den iranischen Bombardierungen in Südkurdistan. Laut Informationen von Abdul Wahid Qewami, dem Bürgermeister von Çoman, mussten ungefähr 230 Familien aus den Dörfern in der Nähe der Grenze in die sichereren Gebiete flüchten. Zu den Bombardierungen sagte Qewami: „Die Bombardierungen werden fortgesetzt, aber nicht mehr wie zu Beginn, also nicht mehr durchgehend. Zuerst wurde durchgehend bombardiert."

Für die geflüchteten Menschen wurde in dem Dorf Mewanan im Balayan-Gebiet ein Camp errichtet. Der Sprecher der Internationalen Organisation für Migration (OIM) Bertram Douglas erläuterte, dass diese Familien vor allem „Wasser und Unterkunft" benötigen. Während die UN-Flüchtlingsagentur mit Zelten half, wird der Wasserbedarf von örtlichen Behörden gedeckt. Douglas fügte hinzu, dass „die Familien ohne Hilfe nicht allzu lange überleben können, da sie ihre Felder und ihr Vieh verlassen mussten."

Der PJAK-Sprecher Şirzad Kemanger erklärte, dass das iranische Regime Dorfschützer und Söldner einsetzt, um den Krieg gegen die HRK zu führen und warnte davor, dass der Iran beabsichtige die Kurden wieder gegeneinander aufzuhetzen. Kemanger betonte, dass der Iran bei den fortlaufenden Angriffen Dorfschützer und Söldner einsetzt. Er ruft die Kurdinnen und Kurden auf, sich vom Iran nicht instrumentalisieren zu lassen: „Um den freien Kurden zu vernichten, werden kollaborierende Kurden auf das Schlachtfeld geschickt. Somit wollen sie die Kurden untereinander spalten und Hass säen. Aber dieses Spiel des iranischen Regimes geht nicht auf. Ein Teil der Dorfschützer, die in die Grenzregionen geschickt wurden, wollten nicht in den Krieg ziehen. Aus diesem Grund wollte der Staat Söldner aus den Städten Bane, Urmiye, Xoy, Mako und Salmas mobilisieren. Der iranische Staat will junge Kurden gegen die kurdische Freiheitsbewegung kämpfen lassen. Aber auch diese Bemühungen werden erfolglos bleiben."

ANF, 3.8., ISKU

Iran baut seine Militäranlagen weiter aus

Seit ungefähr drei Jahren baut der Iran an den Grenzen der kurdischen Gebiete, auf einem Landstreifen, der bis zum Kandil-Gebiet führt, burgähnliche Militärposten und Straßen, damit die Soldaten sich besser bewegen können. Seit dem letzten Jahr wird der Bau von 7 Wachposten fortgeführt.
Auch in Südkurdistan werden in den Gebieten Berde Qeleşte, Pirelok und Berqelşte Militärposten errichtet. 3 große Militäranlagen werden auf den Gipfeln der Region Dole gebaut. In Bozi Merkesir und Pirelok werden neben den burgähnlichen Militärposten auch Straßen gebaut. Ebenso soll das Stromnetz ausgebaut werden. Nach der Fertigstellung der Festungen will der Iran eine große Anzahl von Soldaten dort stationieren.

Der Bau dieser militärischen Anlagen in Südkurdistan scheint ein geheimes Abkommen zwischen Teheran und Hewlêr zu belegen. Es kam an die Öffentlichkeit, dass der Iran und die Regierung der Autonomen Region Kurdistan vor 8 Monaten ein geheimes gemeinsames Abkommen gegen die PKK und PJAK abgeschlossen haben. Der Iran versprach darin, die PJAK und die PKK aus dem Kandil-Gebiet zu entfernen und die Kontrolle dieser Region an die YNK [Patriotische Union Kurdistans] und die KDP [Demokratische Partei Kurdistans] zu übergeben. Die iranische Seite schlug bei den Gesprächen auch eine gemeinsame militärische Operation vor. Die kurdische Seite, die eine gemeinsame Operation ablehnte, versprach lediglich „still zu bleiben".

YÖP, 4.8., ISKU

Ostkurdistan: Vier Inhaftierte seit 17 Tagen im Hungerstreik

Im Gefängnis der ostkurdischen Stadt Bicar befinden sich vier Inhaftierte nunmehr in der dritten Woche im Hungerstreik.
Am 25. Juli waren im Gefängnis von Meriwan insgesamt acht Inhaftierte aus Protest gegen die widrigen Haftbedingungen und Folter in Hungerstreik getreten. Daraufhin wurden die Inhaftierten in zwei Gruppen in Gefängnisse in Bicar und Qurwe verlagert.
Die Inhaftierten in Bicar setzen dort ihren Hungerstreik fort. Der Gesundheitszustand dieser Inhaftierten verschlechtere sich zusehends. Zudem werden die Besuche von Freunden und Familie der vier Hungerstreikenden unterbunden.

ANF, 10.8., ISKU

Hüseyin Y. erklärte unterdessen, dass er das Todesfasten bis zur Aushändigung des Leichnams seines Bruders nicht abbrechen werde.

ANF, 10.8., ISKU

Drei Mitarbeiter eines Wasserkraftwerkes von der PKK entführt

Im Dorf Xelîfan im Landkreis Cewlig Bingöl hat eine Gruppe PKKler in der Nacht vom 09. auf den 10. August die Zentrale eines Wasserkraftwerkes gestürmt. Bei der Aktion haben sie die Maschinen des Kraftwerkes in Brand gesetzt und die Maschineningenieure Mehmet Akif U. und Mehmet U. sowie den Leiter des Kraftwerkes Emrah A. entführt.
Infolge des Bekanntwerdens der Aktion hat das türkische Militär eine breit angelegte Operation in der Region begonnen.

DIHA, 10.8., ISKU

Straßenkontrollen der Guerilla zwischen Amed und Cewlig

In den Abendstunden des 10. August hat eine Einheit der PKK auf der Landstraße zwischen Amed (Diyarbakir) und Cewlik (Bingöl) Straßenkontrollen durchgeführt. Die Aktion fand etwa einen Kilometer entfernt von dem nächstgelegenen Militärstützpunkt statt. Die Guerilla hat hierbei für etwa eine halbe Stunde die Ausweise der Autoinsassen kontrolliert und Propaganda für das Projekt der Demokratischen Autonomie betrieben.

ANF, 10.8., ISKU

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
YÖP	Yeni Özgür Politika
jW	junge Welt

Termin

19. Internationales Festival Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan

Neuer Termin und neuer Ort:
03. September 2011
RheinEnergieStadion
Aachenerstr. 999
50933 Köln

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 529
19. August 2011

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Türkische Armee bombardiert Ziele in Südkurdistan

Nach einem Angriff der kurdischen Guerilla, bei dem 12 Soldaten der türkischen Armee den Tod fanden, hat der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan am Mittwoch ein hartes Vorgehen gegen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) angekündigt. Nun werde nicht mehr geredet, sondern gehandelt, so Erdoğan. Einzelheiten der von Erdoğan angekündigten Offensive gegen die PKK, wurden bei seiner Rede nicht bekannt gegeben.
Am Donnerstagabend startete das türkische Militär zwei Luftangriffe gegen die Meder-Verteidigungsgebiete (von der PKK kontrolliertes Gebiet in Südkurdistan/Nordirak). 24 Militärflugzeuge starteten von den Flughäfen Amed (Diyarbakir) und Elih (Batman). Hierbei soll ein Teil der Militärflugzeuge auch über iranischen Luftraum eingeflogen sein. Neben dem Kandil-Gebiet wurden die Gebiete Metina, Zap, Sideka, Gare, Haftanin, Xakurke und Xinere zum Ziel der Luftangriffe.
Gegen 3.00 Uhr morgens wurde ein zweiter Luftangriff auf die südkurdischen Gebiete Lolan, Xinere, Xakurke und Kandil gestartet. Diese Angriffswelle dauerte etwa eine Stunde an.
Bei den Luftangriffen wurden auch zivile Ziele getroffen. So wurden das Jugendzentrum in Zergele sowie Häuser von ZivilistInnen in mehreren Dörfern zerstört. Die Dorfbewohner von Berxel bei Sideka haben wegen der Bombardierung ihre Wohnungen verlassen müssen und befinden sich auf der Flucht. Nach ersten Informationen aus Kandil kam aber bei den Angriffen niemand ums Leben.
Laut Angaben der PKK bildeten sich nach den Bombardierungen große schwarze Rauchwolken, die in dieser Form bei früheren Luftangriffen noch nicht gesichtet worden waren. Türkische Medien berichteten, dass das türkische Militärbei diesem Luftangriff erstmals Bomben benutzt hatte, die auch von der US-Armee gegen Stützpunkte der Al Qaida in Pakistan verwendet werden.
Zeitgleich zur ersten Welle der Luftangriffe wurde gemeldet, dass in Şemzînan (Şemdinli) die türkische Armee mit Unterstützung durch Kampfhubschrauber versucht hat, die Grenze nach Südkurdistan zu überschreiten. Dabei kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Guerilla. Der Versuch, die Grenze zu überschreiten, misslang und die Militäreinheiten zogen sich zurück.
Nach Angaben der Guerilla wurde in Gewer (Yüksekova) bei Colemêrg (Hakkari) ein türkischer Sikorsky-Kampfhubschrauber abgeschossen. Über mögliche Opfer ist noch nichts bekannt.
Nach Informationen aus Südkurdistan, die ANF vorliegen, sollen türkische Spezialeinheiten in der Stadt Ranya, die in der Nähe des Kandil-Gebietes liegt, stationiert worden sein, um mögliche Attentate gegen die Guerilla und KCK-Vertreter auszuüben.
In den Morgenstunden des 18. August erklärte ein Verantwortlicher der Volksverteidigungskräfte HPG gegenüber ANF, dass es bei den Angriffen zu keinen Menschenverlusten gekommen sei. Man sei in Erwartung der Angriffe gewesen und habe sich dementsprechend vorbereitet.
Zuletzt waren in den Jahren 2007 und 2008 regelmäßig Luftangriffe seitens der türkischen Armee gegen die Meder-Verteidigungsgebiete geflogen worden, die zum größten Teil ohne Erfolg blieben. In den letzten drei Jahren werden die Gebiete zudem ständig von unbemannten Drohnen überwacht und erkundschaftet.

(ANF/Roj TV, 17./18.8., ISKU)

HPG-Erklärung zum 15. August

Der 15. August ist der Jahrestag der ersten bewaffneten Aktion der PKK-Guerilla im Jahr 1984 und wird von der HPG (Hêzên Parastina Gel, Volksverteidigungskräfte) als der Tag der Wiederauferstehung gesehen.
Wir dokumentieren diese Erklärung:

„Der Vorstoß des 15. August stellt heute nicht nur die Wiederauferstehung des kurdischen Volkes dar, sondern ist als Tag zu bewerten, der die Hoffnung auf eine freie Zukunft aller Völker, die gegen Kolonialismus, Unterdrückung und Faschismus kämpfen, verkörpert.
Wir haben mit einer äußerst geringen Zahl und ohne auf Unterstützung von außen zu vertrauen begonnen und sind heute eine Guerillabewegung, die in allen vier Teilen Kurdistans organisiert ist. Heute sind wir eine Kraft, die auf politische Prozesse in der Region Einfluss nimmt. Der erste Schuss im Botan-Gebiet findet heute seinen Widerhall von der Schwarzmeerregion bis nach Amanos, vom Serhat-Gebiet bis nach Şaho. Begonnen als Bewegung gegen die lange Geschichte der Ausbeutung durch das Staatensystem, sind wir heute bereit, es mit jeglicher rückschrittlichen Politik weltweit aufzunehmen. Deswegen sind heute die Berge Kurdistans auch für zahlreiche revolutionäre Gruppen und Bewegungen aus der Türkei Burgen des Widerstands gegen die Unterdrückungs- und Ausbeutungspolitik.
Deshalb haben die Vertreter der Ausbeutungspolitik die kurdische Freiheitsbewegung zu ihrer Zielscheibe erklärt. So hat die AKP-Regierung gemeinsam mit den USA, dem Iran und dem Irak eine schmutzige Koalition geschmiedet, mit der ein neues Kriegskonzept in Gang gesetzt werden soll. Aber die kurdische Freiheitsbewegung befindet sich heute in einer Position, in der sie Angriffskonzepte dieser Art nicht sonderlich beeindrucken können. Unsere Guerillabewegung ist verschmolzen mit dem Volk und verfügt deshalb über eine außerordentlich organisierte und aktionsfähige Kraft. Aus jedem Angriff gegen uns gehen wir noch gestärkter hervor. Weder die neuesten technologischen Waffensysteme, noch der schmutzige Spezialkrieg können unsere Kraft zurückdrängen.
Unsere erste Aufgabe als Guerillakräfte der HPG ist es, jegliche Angriffe gegen die Errungenschaften des kurdischen Volkes, egal wer sie ausführt, zu bezwingen und die Demokratische Autonomie zu beschützen. Ebenso wird jeder Angriff in allen vier Teilen Kurdistans und auf der gesamten Welt, auch wenn er nur gegen einen einzigen Kurden oder eine Kurdin geführt wird, nicht unbeantwortet bleiben.“

(ANF, 12.08.2011, ISKU)

Meldungen:

KCK dementiert Festnahme von Karayilan

Die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan (KCK) hat in einer Erklärung gegenüber der Nachrichtenagentur ANF die Nachricht über die angebliche Festnahme des Vorsitzenden des KCK-Exekutivrates Murat Karayilan dementiert. Seit der entsprechenden Meldung des staatlichen türkischen Rundfunksenders TRT finden sich die Nachrichten über die angebliche Festnahme Karayilans in den Schlagzeilen der gesamten türkischen Medienlandschaft. Die staatliche Nachrichtenagentur der Türkei Anadolu Ajansi (AA) veröffentlichte die Nachricht, dass der Leiter der Kommission für Nationale Sicherheit und Außenpolitik im iranischen Parlament, Alaeddin Borudscherdi, die Nachricht bestätigt habe.
Der KCK dementierte diese Meldungen deutlich. Es handele sich bei diesen Meldungen um Mittel der psychologischen Kriegsführung, um das Volk vor dem Jahrestag des 15.August zu demoralisieren.
Bereits im November 2007 hatten türkische Medien Falschmeldungen herausgegeben, in denen es hieß, dass Murat Karayilan gefasst worden sei und an die Türkei ausgeliefert werde. Im Juli 2006 wurde berichtet, dass Karayilan bei Angriffen des Iran schwer verletzt worden sei.

(ANF, 14.8., ISKU)

Hohe Verluste des türkischen Militärs

Nach Angaben des Presse- und Kommunikationszentrums der HPG (Volksverteidigungskräfte) sind am Samstag bei Gefechten zwischen dem türkischen Militär und der HPG elf Soldaten ums Leben gekommen. Die schweren Gefechten fanden gegen 19.30 Uhr im Landkreis Elkê (Beytüşşebap) in der Provinz Şirnex (Şırnak) statt. Die HPG erklärte, dass sie den Angriff auf eine 25-köpfige Militäreinheit gestartet habe, die von einer Gruppe Dorfschützer in das Gebiet geführt worden war. Unter den getöteten Soldaten soll sich auch ein Hauptmann befunden haben.
Zudem sind am 12. August bei militärischen Operationen im Landkreis Nazmiye in der Region Dêrsim vier Soldaten bei Gefechten ums Leben gekommen. Bereits gestern vermeldete die HPG, dass bei Gefechten im Landkreis Silopi am 11. August acht Soldaten getötet worden sind. *(ANF, 14.8., ISKU)*

Erstes Verfahren gegen kurdischen Aktivisten nach § 129b StGB

Am 23. August wird in einem Revisionsverfahren vor dem 4. Senat des Oberlandesgerichts (OLG) Frankfurt/M. gegen den kurdischen Aktivisten Vakuf M. neu verhandelt. Dieses Verfahren findet vor dem Hintergrund der Entscheidung des Bundesgerichtshofes (BGH) vom 28. Oktober 2010 statt, nach der künftig die Strafverfolgung nach § 129b StGB auch auf die PKK, deren Teilorganisationen bzw. auf die aus ihr hervorgegangenen Organisationen angewendet werden soll. Mit diesem Urteil hat der BGH die bisherige Rechtsprechung, nach der mutmaßliche Funktionäre der PKK als Mitglieder einer (eigenen) inländischen „kriminellen Vereinigung" (§ 129 StGB) eingestuft wurden, verworfen.
Deshalb ist das Verfahren an das OLG zurückverwiesen worden. Der Revisionssenat wird nun zu entscheiden haben, ob der angeklagte Vakuf M. wegen Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung im Ausland" (§ 129b Strafgesetzbuch in Verbindung mit § 129a Abs. 1 StGB) zu verurteilen ist.
Es wird um die zentrale Frage gehen, ob es sich um die vom Rat der EU bereits am 2. Mai 2002 auf die EU-Terrorliste gesetzte PKK tatsächlich um eine als „terroristisch" einzustufende Organisation handelt. Und ob sich diese Bewertung auch auf den aus der PKK hervorgegangenen KADEK und KONGRA-GEL erstreckt. Beide Organisationen sind am 2. Mai 2004 ebenfalls gelistet worden.
Herr M. war vom OLG Frankfurt/M. am 1. Dezember 2009 erstinstanzlich vom OLG Frankfurt/M. nach § 129 StGB (Mitgliedschaft in einer „kriminellen" – eigenständigen inländischen – Vereinigung) zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und 10 Monaten verurteilt worden. Das Gericht hatte es als erwiesen angesehen, dass sich der Kurde in verschiedenen Regionen Deutschlands als PKK-Gebietsverantwortlicher betätigt habe. Gegen das Urteil war Revision eingelegt worden. Der BGH hat diese Rechtsprechung kritisiert, weil das OLG bei der Sachverhaltsermittlung die „nunmehr maßgeblichen Gesichtspunkte nicht im Blick gehabt" habe. Nämlich, dass Funktionäre der PKK und ihrer Nachfolgeorganisationen künftig als „unselbständiger Teil der Auslandsorganisation" einzustufen seien.
In diesem Strafverfahren wie auch allen anderen vereins-, verwaltungs- oder ausländerrechtlichen Verfahren gegen Kurdinnen und Kurden – bis hin zu abgelehnten Einbürgerungsanträgen oder bei Asylwiderrufen – fehlt nicht der Verweis auf die Listung der PKK auf der sogenannten EU-Terrorliste. Insofern ist dieser Fakt für die (Justiz-)Behörden von erheblichem Belang, können sie doch auf diese Weise die Verbotspraxis fortsetzen und diesen Teil der in Deutschland lebenden Bevölkerung als „Gefährder der inneren Sicherheit" stigmatisieren.

Der Prozess findet statt
am Dienstag, den 23. August 2011, 10.00 Uhr, Oberlandesgericht, Saal 19, Gebäude E
Hammelsgasse 1 in Frankfurt

(Azadî, 18. August 2011)

Andauernde Isolierung Abduallh Öcalans

KCK: Die AKP spielt mit dem Feuer!

Nachdem die letzten drei Anfragen der AnwältInnen des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan für die wöchentlichen Gespräche mit ihrem Mandanten durch die Staatsanwaltschaft abgelehnt worden sind, hat der Vorstand des KCK-Exekutivrates eine Erklärung abgegeben, in der er klarstellt, dass die völlige Isolierung ihres Vorsitzenden eine Politik der Gewalt und Unterdrückung ist.
Wir dokumentieren die KCK-Erklärung:
„Die AKP-Regierung hat trotz der Friedensbemühungen unseres Vorsitzenden [Abdullah Öcalan] ein neues Angriffsprojekt in Kraft gesetzt. Erstes Ergebnis nach Ankündigung dieses neuen Konzeptes ist, dass die Anwaltskonsultationen unseres Vorsitzenden bei den letzten drei Anfragen seiner AnwältInnen mit der realitätsfernen Begründung ‚widrige Wetterbedingungen' untersagt worden sind. Wir wollen zunächst klarstellen, dass dies als Entscheidung der AKP-Regierung gegen die kurdische Befreiung unter der Führung unseres Vorsitzenden Apo wahrgenommen wird.
Die AKP hat, entgegen der Erklärung unseres Vorsitzenden, das Problem bei einer konstruktiven Haltung der Regierung binnen eine Woche zu lösen können, erklärt, dass Problem von nun an mit anderen Mitteln angehen zu wollen, sodass ‚der Terror zerschmettert wird'. Aus diesen Worten wird ersichtlich, dass mit den neuen Mitteln nichts anderes als Krieg und Gewalt gegen die kurdische Freiheitsbewegung gemeint sind. Eines dieser Mittel ist auch die Totalisolation unseres Vorsitzenden.
Das kurdische Volk wird jegliche Entwicklung hinlänglich ihres Vorsitzenden mit äußerster Aufmerksamkeit verfolgen. Beginnend mit dem internationalen Komplott hat das Volk seit je her durch ihren entschlossenen Widerstand alle Angriffe und Konzepte gegen unseren Vorsitzenden gänzlich ins Leere laufen lassen. Daher ist es nur selbstverständlich, dass das Volk auch in dieser Phase seinen Widerstand erhöhen wird.
Die AKP-Regierung sollte daher von diesen Spielchen mit dem Feuer, die niemanden von Nutzen sind, unverzüglich abkehren. Mit der Isolation unseres Vorsitzenden wird sie keinen Schritt voran kommen. Ganz im Gegenteil, denn für eine Lösung der kurdischen Frage muss unserem Vorsitzenden der Weg geöffnet und seine Gesundheit, Sicherheit und Bewegungsfreiheit gewährleistet werden.
Die AKP verfolgt allerdings einen gegenteiligen Kurs. Sie setzt durch spezielle Kriegsmethoden auf eine Eskalation. In diesem Sinne werden unter dem Deckmantel der KCK-Operationen gewählte kurdische PolitikerInnen als Geiseln gehalten. Ihnen wird das universelle Recht verweigert, sich in ihrer Muttersprache zu verteidigen. Dazu kommt, dass sie die Gerichtsprozesse, die eher Theateraufführungen gleichen, in eine andere Stadt verlegen wollen. Auch dies ist ein Teil des Kriegskonzeptes der AKP.
Man versucht, den Widerstand der gewählten kurdischen PolitikerInnen und den unseres Vorsitzenden auf diesem Wege zu brechen. Diese Haltung der AKP-Regierung spiegelt ihren kolonialen Charakter in Kurdistan wider. Und die AKP spielt gefährlich. Sie greift in der neu begonnen Kriegsphase auf die in der Vergangenheit oft verwendeten Mittel der Unterdrückungs-, Folter-, Massaker- und Vernichtungspraktiken zurück.
Wir erklären als kurdische Befreiungsbewegung, dass jeglicher Angriff auf unseren Vorsitzenden von unserer Seite mit einer klaren und unmissverständlichen Reaktion beantwortet werden wird.
Wir rufen alle poltischen Kräfte, die auf der Seite des Friedens und der demokratischen Lösung stehen auf, sich deutlich gegen diese kriegstreibende Politik der AKP-Regierung zu stellen, um so die Hoffnung auf eine freie und gleichberechtigte Zukunft wahren zu können.

(ANF, 11.8., ISKU)

Kopenhagen: Verfahren gegen Roj TV hat begonnen

Am 15. August um 9.30 Uhr begann in Kopenhagen das Verfahren gegen Roj TV. Die dänische Justiz wirft Roj TV allzu große Nähe zur PKK vor. Vor Beginn des ersten Verhandlungstags wurde eine Pressekonferenz organisiert, auf der u.a. der BDP-Abgeordnete aus Wan Nazmi Gür, der schwedische Parlamentarier der Linkspartei Hans Linde sowie Vertreter des KNK und von KON-KURD sprachen.
Nazmi Gür ging in der Pressekonferenz darauf ein, dass versucht werde, die Stimme der Kurden und Kurdinnen mit diesem Verfahren zum Verstummen zu bringen. Roj TV sei sowohl die Stimme der KurdInnen, als auch anderer unterdrückter Gruppen aus dem Nahen und Mittleren Osten, so Gür. Hans Linde bekräftigte, dass er aus Solidarität mit der Stimme der KurdInnen nach Kopenhagen gekommen sei. Dieser Prozess sei ein wichtiger Test für Presse- und Meinungsfreiheit in Europa.
Der erste Verhandlungstag begann ereignisreich. Es stellte sich heraus, dass die Staatsanwaltschaft vor Verfahrensbeginn gleich mehrfach in die Türkei reiste und den türkischen Behörden brieflich ihren Dank für die gute Zusammenarbeit zum Ausdruck brachte. Die Anwälte von Roj TV sprachen von einem Skandal und forderten das Gericht dazu auf, die Anklage fallen zu lassen, da die Staatsanwaltschaft an Glaubwürdigkeit verloren habe. Das Gericht lehnte diese Forderung der Verteidigung allerdings ab.
Unter den VerfahrensbeobachterInnen befinden sich auch zwei Mitglieder des türkischen Geheimdienstes MIT sowie eine weitere türkische Delegation.
Während des gesamten Prozesstages kam es immer wieder zu hitzigen Diskussionen der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung. Die Fortführung des Verfahrens wurde auf den kommenden Tag verlegt.

(ANF, 15.8., ISKU)

Quellen:

ANF Fırat Nachrichtenagentur

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 530
26. August 2011

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Kurdische Bevölkerung leistet entschlossen Widerstand

Seit dem 17.08.11 bombardieren Dutzende türkische Kriegsflugzeuge und Artilleriestellungen föderales kurdisches Gebiet. An der Grenze zu Südkurdistan/Nordirak werden zehntausende Soldaten zusammengezogen, Spezialeinheiten abgestellt und neue Militärstützpunkte gebaut, um den Krieg noch intensiver führen zu können. Der türkische Ministerpräsident Erdoğan hat für September großangelegte Operationen angekündigt und der Begriff einer „tamilischen" Vernichtungslösung steht in Regierungskreisen im Raum. Die türkische Regierung ist der Meinung, die PKK militärisch vernichten zu können und damit die kurdische Freiheitsbewegung ebenfalls zu zerstören und die Bevölkerung zu demoralisieren. In Kurdistan aber gehen täglich Hunderttausende auf die Straßen und Zehntausende ziehen als „Lebende Schutzschilde" in Richtung Kampfgebiet.

Aktion der „Lebenden Schutzschilde" in Südkurdistan

Mit dem Beginn der Angriffe auf die kurdischen Regionen am 17.8.11 begann die Initiative der Friedensmütter, die aus Müttern gefallener Guerillas aber auch Soldaten besteht, eine Aktion der „Lebenden Schutzschilde", mit der sie gezielt, in großen Gruppen möglichst weit in die Kriegsgebiete vorzudringen versucht. Die Beteiligten an dieser Aktion strömen immer noch in Bussen in die Grenzregionen, sie kommen u.a. aus Amed (Diyarbakır), Elih (Batman), Sêrt (Siirt), Dersim, Mêrdin (Mardin), Şırnex (Şırnak), Agiri (Ağrı), Wan und vielen anderen kurdischen Städten.
Seit mehr als fünf Tagen befinden sich Tausende, unter ihnen Friedensmütter, in den kurdischen Bergen, in den Grenzstädten oder auf dem Weg dorthin. Sie werden immer wieder vom Militär bedroht und behindert.
Schon zu Beginn der Aktionen wurden sie in der Region Şırnex von Soldaten gestoppt und der Befehl wurde an die Soldaten ausgegeben, sie sollten ihre Handgranaten fertig machen. Die Bevölkerung ließ sich daraufhin nieder und nach einer Weile wurden die Soldaten zurückgezogen. Von ihrer Basis aus belästigten sie die Protestierenden u.a. mit Laserzielgeräten. Die Menge entgegnete mit Parolen wie „Die PKK ist das Volk und das Volk ist hier!" Jugendliche schrieben in der Nacht direkt gegenüber dem Militärstützpunkt mit Feuer „Apo" auf einen Berg.
Es wurden immer mehr Soldaten mit Sikorsky Hubschraubern an den Ort der Aktion transportiert, worauf die Menge Parolen wie: „Die Repression kann uns nicht einschüchtern" skandierte. Schon in der Nacht konnte beobachtet werden, wie F-16 Bomber die Grenze überflogen und in Sichtweite Bomben auf südkurdisches Gebiet abwarfen. Der Provinzpräfekt stieß gegenüber dem BDP-Verantwortlichen massive Drohungen aus, als er erklärte: „Morgen geht ihr weg von hier, das hier ist Militärgebiet, wenn ihr nicht geht, kann das Militär in eigener Initiative gegen euch vorgehen."
Trotz der Drohungen halten sie immer noch das Armeegebiet unter weißen Fahnen sowie KCK-Fahnen besetzt und leben dort ein Beispiel an Kollektivität auch in der Alltagsorganisierung. Die „Lebenden Schutzschilde" kündigten an, in einer Aktion des zivilen Ungehorsams die Grenze zu überwinden.
Ebenfalls in der Nähe von Qilaban (Uluder) wurde ein Konvoy von Bussen aus Mêrdin, Amed, Elih und Sêrt gestoppt. Hunderte TeilnehmerInnen verbrachten die Nacht in der Stadtverwaltung von Balveren, unter ihnen auch die Abgeordneten der linken, prokurischen BDP Ayla Akat Ata und Sebahat Tuncel. Der Abend wurde in Balveren mit Tänzen, revolutionären Liedern und Parolen für PKK, KCK und ihren Vorsitzenden verbracht. Vermummte Jugendliche sicherten den Ort, indem sie an den Eingängen Straßenkontrollen durchführten. Die Istanbuler BDP-Abgeordnete Sebahat Tuncel erklärte: „Die kurdische Bevölkerung führt einen würdevollen Kampf. Es gibt keine Grausamkeit und kein Leid, das die Bevölkerung in diesem Freiheitskampf nicht erfahren hätte. Der Ministerpräsident spricht von Lösung und Öffnung, während er mit Unterstützung der Gülen-Stiftung die Operationen im Fastenmonat beginnt. Die Vorbereitung dieser Operationen hat die AKP schon Monate vorher durchgeführt. Aber wir sagen, die Regierenden sollen nicht woanders hinschauen, sie sollten Libyen als Beispiel nehmen. Wir akzeptieren diese Operationen nicht, bei denen ZivilistInnen und Babies massakriert werden, wir sagen, der Ansprechpartner ist Herr Öcalan."
In den frühen Morgenstunden brachen die anwesenden „Lebenden Schutzschilde" zu einer Demonstration in Richtung Qilaban auf. Sie wurden auf Befehl des Gouverneurs etwa 30 km vor dem Ort gestoppt. Spezialeinheiten haben Aufstellung genommen während immer noch angespannt am Militärstützpunkt gewartet wird.
Am 23.8. wurde die Straße Şirnex-Cizîr-Qilaban auf Gerichtsentscheidung hin gesperrt, um weiteren Zustrom zu den Protestcamps zu verhindern. Zunächst hatte der Gouverneur die Straße für die Friedensgruppen gesperrt, ein Gericht beschloss die vollkommene Schließung der Straße.

„Lebende Schutzschilde" an der Grenze

Die Frauengruppe aus Wan, Agiri, Muş und Iğdır, an der auch die BDP-Abgeordnete Pervin Buldan teilnimmt, wurde in der kurdischen Grenzstadt Celê (Çukurca) in der Region Colêmerg (Hakkari) etwa 200m vor der Grenze von Soldaten gestoppt. Sie führen einen Sitzstreik an der Grenze unter der Parole „Wir sagen Nein zum Krieg – Frieden jetzt sofort" durch.
Auch in Şemzinan (Şemdinli) versuchen Friedensgruppen aus verschiedenen Gruppen ins Kriegsgebiet vorzudringen. Da die Absperrungen nicht überwunden werden konnten, blockieren sie die Straßen und haben vor den Absperrungen Protestcamps aufgebaut.
Insbesondere aus den südkurdischen Städten wie Duhok, Suleymaniye, Hewler, Ranya, Kerkuk und Germiyan ziehen Tausende Personen als „Lebende Schutzschilde" in das Kandil-Gebiet. Hunderte haben am 24.8.11 einige der Dörfer unter Bombardement erreicht. Hunderte Jugendliche ziehen im Moment in drei Zügen in die Berge, einige haben sogar vor, ins umkämpfte Zap-Gebiet vorzudringen.

→

Meldungen:

Zum wiederholten Male: Anwaltsbesuch bei Abdullah Öcalan verhindert

Auch in dieser Woche wurde den AnwältInnen des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan der wöchentliche Besuch bei ihrem Mandanten verwehrt. Nach der Anreise zum Hafen nach Gemlik wurden die AnwältInnen aufgrund angeblicher „ungeeigneter Wetterbedingungen" zurückgewiesen. Seit dem 27.Juli, d.h. seit acht Wochen, wurden sämtliche Besuchsversuche der AnwältInnen von Öcalan durch den türkischen Staat mit Scheinbegründungen, wie „Unwetter", „Personalmangel", „defektes Boot", etc. abgewiesen. *(ANF, 24.8., ISKU)*

Vergeltungsaktion der YJA STAR für das Blutbad von Kortek

Die YJA STAR gab bekannt, dass Mitglieder der Frauenguerilla einen Vergeltungsschlag gegen türkische Sicherheitskräfte in Colemêrg (Hakkari) ausgeübt haben, nachdem zwei Tage zuvor sieben Zivilisten, darunter vier Kinder von der türkischen Armee massakriert worden waren.
Durch einen in den Abendstunden des 22. August ausgeführten Angriff in Xarpêt (Elazığ) auf eine Wohnsiedlung von Spezialkräften der Polizei kamen zwei Polizisten ums Leben. Bei einem anschließend erfolgten Gefecht wurden außerdem zwei Polizisten verletzt.
Bei einer Sabotageaktion am 21. August in Çewlik (Bingöl) wurden zwei Waggons eines Zugs nach der Entgleisung zerstört. Helikopter vom Typ Kobra der türkischen Armee bombardierten anschließend das Gebiet.
(ANF, 23.8., ISKU)

Gepanzerte Fahrzeuge im Wert von 100 Mio.$ für die Polizei

Im Rahmen der von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan angekündigten neuen Strategie im „Kampf gegen den Terrorismus" hat die Regierung begonnen, ihre Polizeikräfte aufzurüsten. So werden vor allem gepanzerte Fahrzeuge des Typs Cobra, Shortland und Dragon eingekauft. Die Fahrzeuge werden den Spezialkräften der Polizei zur Verfügung gestellt, deren Personalstärke ebenfalls im Rahmen dieser Strategie deutlich angehoben werden soll. Mit Hilfe der neuen Fahrzeuge, für die in diesem Jahr ein Budget von 100 Mio. $ zur Verfügung gestellt worden ist, soll den Spezialkräften ermöglicht werden,

Erklärung der Internationalen Initiative

Erneute Totalisolation Öcalans ist inakzeptabel

Die türkische Regierung hat die Totalisolation Abdullah Öcalans erneuert. Alle bis auf eine Konsultation mit seinen Anwälten in den letzten zwei Monaten wurden von den türkischen staatlichen Autoritäten verhindert. Seit vier Wochen hat niemand Öcalan gesehen. Dadurch hat die Erdogan-Regierung die Totalisolation für Öcalan, die bereits zwischen 1999 und 2009 galt, erneuert.

Die Erneuerung der Totalisolation kommt zu einem Zeitpunkt, da die Gespräche zwischen Öcalan und staatlichen Vertretern, die von beiden Seiten bestätigt worden waren, offenbar gescheitert sind. Gleichzeitig hat die Erdogan-Regierung, kurz nachdem sie die Armee umgestaltet hat, der legalen Partei der KurdInnen, ihren Organisationen und der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) den Krieg erklärt. Dieser Krieg wird in enger Kooperation zwischen der Türkei, den USA und dem Iran geführt – ungeachtet aller Sanktionen der westlichen Allianz gegen das Mullahregime. Daher besteht Grund zur Sorge um Leib und Leben des Kurdenführers.

Es war dieselbe Regierung, die einige „Reformprojekte" gestartet und unlängst versprochen hatte, eine politische Lösung für die kurdische Frage zu finden. Doch tausende kurdische Politiker sind unter skandalösen Anschuldigungen weiterhin inhaftiert. Türkische Kriegsflugzeuge haben illegal die türkisch-irakische Grenze überquert und bombardieren seit mittlerweile mehr als drei Tagen angebliche Stellungen der PKK-Militanten. Die PKK hatte wiederholt einseitige Waffenstillstände gehalten, einschließlich vor, während und nach den Wahlen vom Juni 2011.

Gespräche mit Öcalan

Die Internationale Initiative „Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan" hat über die Jahre immer wieder einen politischen Dialog mit Abdullah Öcalan gefordert. Dieser Dialog hatte tatsächlich – zunächst geheim – vor über zwei Jahren begonnen. Öcalan erklärte, die Gespräche würden auf der Grundlage seiner Roadmap geführt und nach den Wahlen werde es mit der Bildung eines Friedenskonzils unter der Initiative des Parlaments der Türkei weitergehen.

Öcalan ging sogar so weit, konkrete Schritte zur Entwaffnung der kurdischen Militanten anzubieten, doch Erdogan beantwortete diesen Vorschlag nicht einmal. Deswegen betrachtet Öcalan die Gespräche zurzeit als nicht sinnvoll. Anstatt die Grundlagen eines tragfähigen Kompromisses zu suchen, hat die türkische Regierung die Gespräche benutzt, um eine echte Lösung hinauszuzögern.

Bombardierungen sind keine Lösung

Die Erdogan-Regierung ist voll verantwortlich für die gegenwärtigen massiven Militärangriffe, welche internationales Recht verletzen. Sie kann sich nicht länger hinter dem Rücken des mächtigen Militärs verstecken. Es gibt keine Entschuldigungen mehr dafür, den Konflikt nicht mit politischen Mitteln zu lösen. Erdogan wollte diese Militäroperation, er hat sie vorbereitet und er führt sie.

Militärangriffe können nichts zur Lösung des Konflikts beitragen, sondern ihn nur weiter verschärfen. Durch die Angriffe auf alle Repräsentanten der Kurden in der Türkei – erneute Totalisolation Öcalan, Bombardierung der Guerillastellungen und Inhaftierung von Politikern – drohen in der nächsten Zeit desaströse Konsequenzen. Wieder werden Zivilisten unter den Opfern der fatalen Militäroperationen sein.

Die Internationale Initiative ruft zu einem sofortigen Stopp jeglicher militärischer Handlungen und zur Wiederaufnahme der Gespräche zwischen Öcalan und der Erdogan-Regierung auf. Nur Dialog kann zu einer sinnvollen Lösung des Konflikts führen. Öcalans Isolation muss aufgehoben und er in eine Umgebung gebracht werden, wo es ihm möglich ist, seine konstruktive, vermittelnde Rolle erfolgreich zu spielen.

Die internationale Öffentlichkeit sollte angesichts der Verletzung der irakischen Grenzen durch die Türkei und den Iran nicht schweigen. Europa sollte nicht länger die Kriegstreiber in der Türkei unterstützen, sondern Druck auf die Erdogan-Regierung ausüben, sich endlich einer friedlichen politischen Lösung des anhaltenden Konflikts zuzuwenden. *(II; 22.8., ISKU)*

Kurdische Bevölkerung leistet entschlossen Widerstand (Fortsetzung)

An verschiedenen Stellen wurden Demonstrationszüge mit teilweise über tausend TeilnehmerInnen in Südkurdistan von Sicherheitskräften gestoppt, die Absperrungen wurden aber immer wieder durch die entschlossene Menschenmenge überwunden. Sie werden immer wieder von türkischen Bombern und Aufklärungsflugzeugen im Tiefflug überflogen.

Massiver Widerstand der Bevölkerung steigert sich weiter

Die Koordination der kurdischen Frauenguerilla YJA erklärte zu den kraftvollen Aktionen der Bevölkerung, insbesondere der Frauen und der Jugend: „Als YJA-Koordination begrüßen wir die von den nordkurdischen Friedensmüttern initiierte und von den Frauen und der Jugend getragenen Aktionen der „Lebenden Schutzschilde" mit großer Freude."

Herausragend sind die Entschlossenheit und die breite Beteiligung so vieler Menschen, die dabei ein hohes persönliches Risiko eingehen. Insbesondere die Entschlossenheit der Friedensmütter, ins Kriegsgebiet vorzudringen, zog viel Aufmerksamkeit auf sich. Für die nächsten Tage sind Großdemonstrationen in 16 Landkreisen ins Kriegsgebiet geplant. Die Bevölkerung wird so selbst zum Akteur gegen den Krieg.

Mit den Bombardierungen ziviler Siedlungen, mit der Vertreibung von Menschen aus über 124 Dörfern in Südkurdistan seit dem 17.08.11, der massiven Repression gegen die Bevölkerung, dem Einsatz von Minen und schweren Übergriffen soll die Bevölkerung von KCK und PKK isoliert werden. Auch Europa versucht sich daran durch die Kriminalisierung der kurdischen Strukturen nach dem Terrorparagrafen 129b und dem PKK-Verbot. Sowohl die europäischen Regierungen als auch die türkische Regierung sind nicht bereit zu verstehen, dass sich große Teile der Bevölkerung Nordkurdistans durch die kurdische Freiheitsbewegung nicht nur repräsentiert fühlen, sondern sich als Teil dieser Bewegung sehen. Das machen Parolen wie „Die PKK ist das Volk und das Volk ist hier!" deutlich. Sie zeigen auch, dass eine militärische oder polizeiliche Vernichtung der kurdischen Freiheitsbewegung nicht möglich sein wird.

(ANF/ÖP/HN/YG/YH/ŞH/ DIHA, 17.-25.8, ISKU)

gemeinsame Operationen mit dem Militär gegen die PKK im Osten und Südosten der Türkei durchzuführen. Hierfür haben entsprechende Schulungen der Polizeikräfte bereits begonnen. Auch im kommenden Jahr soll ein ähnlich hohes Budget für die Aufrüstung der Polizeikräfte bewilligt werden.

(Mi, 21.8., ISKU)

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
HN	Hakkarinews
YG	Yüksekovaguncel
YH	Yüksekovahaber,
ŞH	Şemdinlihaber
II	Internationale Initiative
Mi	Milliyet

Termine:

Dienstag, – 30.8. – 19:30 Uhr
Kriegsverbrechen und Massengräber in Kurdistan/Türkei
Das Massaker von Çatak und die Ermordung von Andrea Wolf (Ronahî)
Informationsveranstaltung von MAF-DAD, Verein für Demokratie und Internationales Recht (www.mafdad.org)
Naturfreundehaus, Kapellenstraße 9a, Köln-Kalk
U-Bahn Kalk Kapelle (Linien 1 und 9)

Aufruf zur Beobachtung des Gerichtsverfahrens gegen die kurdische Tageszeitung Yeni Özgür Politika
Aufgrund einer Anzeige der türkischen Botschaft in Berlin wurde von der Staatsanwaltschaft Darmstadt gegen die Europaweit einzige kurdische Tageszeitung Yeni Özgür Politika Anklage erhoben. Die Verhandlung hierzu wird am 31. August 2011 am Amtsgericht Offenbach am Main geführt werden. Ausgangspunkt ist ein Schreiben der türkischen Botschaft an das Auswärtige Amt, in dem die Tageszeitung Yeni Özgür Politika als „PKK Propagandaorgan" bezeichnet wird.
Mittwoch, 31. August 2011 um 13:00 Uhr im Amtsgericht Offenbach am Main, Kaiserstr.16-18, 63065 Offenbach, Saal 203

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 531
02. September 2011

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Yıldırım Ayhan, Friedensaktionist, getötet durch eine Gasgranate

Türkisches Militär ermordet BDP-Parteiratsmitglied

Seit dem 17.08.2011 eskaliert der türkische Staat seine andauernden Militäroperationen gegen die kurdische Freiheitsbewegung zu einem offenen Krieg, bei dem ganze Landstriche entvölkert werden. Mindestens sieben ZivilistInnen starben in Südkurdistan, die Bevölkerung von über 124 südkurdischen Dörfern musste fliehen.
Gegen diesen Krieg, der trotz andauernder Friedensbemühungen von kurdischer Seite von Tag zu Tag brutaler geführt wird, strömen Tausende im Rahmen von Aktionen des zivilen Ungehorsams in die Berge um als „Lebende Schutzschilde" aktiv gegen dieses Vorgehen zu intervenieren während Zehntausende in Metropolen wie Amed (Diyarbakır) demonstrieren.

Demonstrationen angegriffen – BDP-Parteiratsmitglied von Soldaten getötet
Auch in der Provinz Colemêrg (Hakkari) in der Nähe der kurdischen Grenzstadt Çelê (Çukurca) zogen am 28.08.11 Tausende in Richtung Grenze, um ihren Protest kundzutun. Der Gouverneur der Provinz hatte zuvor jegliche Demonstration verboten und so wurde auch diese von der Polizei und dem Militär gestoppt. Gegen die geplante Auflösung der Demonstration wurde ein Sitzstreik durchgeführt, der auf Befehl des Gouverneurs Türker mit massiver Gewalt von Polizei und Militär angegriffen wurde. Unter anderem wurde auch von Panzern aus das Feuer über die Menschenmenge hinweg eröffnet.
Dabei versuchte nach Augenzeugenberichten das Militär gezielt die Co-Vorsitzende und BDP-Abgeordnete Aysel Tuğluk mit einer Feuerwaffe zu treffen. Statt Tuğluk traf das Projektil jedoch das BDP-Parteiratsmitglied von Wan, Yıldırım Ayhan. Er verstarb an den Verletzungen beim Transport ins Krankenhaus von Wan. Aus dem Obduktionsbericht geht hervor, dass er von einer Gasgranate oder einem anderen Feuerwaffenprojektil im Brustbereich getroffen worden war und er daraufhin an inneren Blutungen und Organverletzungen verstarb.

Zehntausende auf Yildirim Ayhans Beerdigung – Übergriffe auf Beerdigungszug
Am 29.08.11 beteiligten sich in Wan Zehntausende an der Beerdigung von Yıldırım Ayhan obwohl der Zug von der Polizei mit allen Mitteln behindert wurde. Als der Trauerzug Zehntausender, an dem auch der BDP-Abgeordnete und BDP-Co-Vorsitzende Hamit Geylani und viele Abgeordnete und BürgermeisterInnen der BDP aus vielen Städten der Region teilnahmen, den Friedhof erreichte, versuchte die Polizei die Menschen am betreten des Friedhofs zu hindern und setzte Wasserwerfer, Tränengas und Panzer ein. Die Polizei griff auch umstehende Häuser an, zerschlug Fenster, verletzte Dutzende. Viele TeilnehmerInnen wurden verletzt, als sie sich vor den Polizeiangriffen in einen Kanal zu retten versuchten. Aufgrund der Gasgranaten brach auf dem Friedhof ein Brand aus. Während der ganze Stadtteil im Tränengasnebel versank, setzte die Polizei auch immer wieder scharfe Munition ein.

Trotz all dieser Angriffe wurde Yıldırım Ayhan beigesetzt. Der BDP-Abgeordnete Hamit Geylani erklärte bei der Beisetzung: „Diese Faschisten können Kugeln auf uns regnen lassen. Aber wir werden uns nicht beugen. In all den Jahren konnten sie uns nicht vernichten und das werden sie auch nicht schaffen. Denn wie oft sind wir schon gestorben um zu leben."

ANF/DIHA/YUKSEKOVAHABER/YUKSEKOVAGUNCEL/HAKKARINEWS, 29.8., ISKU

Was machen deutsche Leopard Panzer in Südkurdistan (Nordirak)?

Die internationale Nachrichtenagentur Reuters hat gestern mit einer Meldung im Rahmen der grenzüberschreitenden Luftangriffe der türkischen Armee auf Ziele in Südkurdistan, die nunmehr seit dem 17. August andauern, auf die ständigen Militärstützpunkte der Türkei in Südkurdistan aufmerksam gemacht. Nach der Meldung der Agentur sind etwa 1300 türkische Soldaten in Südkurdistan stationiert. Bei den Luftangriffen auf südkurdisches Gebiet sind bisher mindestens sieben Zivilisten ermordet worden.
Türkische Militäreinheiten halten sich laut der Meldung seit den 90er Jahren unter anderem in dem Ort Bamarne auf, der etwa 40 km entfernt von der türkischen Grenze liegt. Diese „militärischen Vorposten" des türkischen Militärs sind laut Reuters bombensichere Festungen, in denen Panzer, Lastwagen und gepanzerte Fahrzeuge stationiert sind.
Allerdings wurde in der Meldung von Reuters bewusst oder unbewusst ein wichtiges Detail, das für die deutsche Öffentlichkeit von Interesse sein dürfte, ausgeblendet. Dieses Detail wurde von der Nachrichtenagentur Fırat (ANF) bereits in einer Meldung vom 19. Mai 2010 veröffentlicht. In zwei weiteren Stützpunkten des türkischen Militärs in den südkurdischen Ortschaften Batufa und Kanimasi, sind etwa tausend türkische Soldaten und etwa 20 deutsche Leopard 1 Panzer stationiert. Die Ausblendung dieser Information erscheint vor dem Hintergrund interessant, da in den letzten Monaten die Entscheidung über den Verkauf von 200 Leopard Panzern des Typs 2A7+ durch die Bundesregierung an Saudi

→

Meldungen:

Internationale Delegation zur Untersuchung von Massengräbern
Eine internationale Delegation wird zwischen dem 14. und 25. September 2011 in die Region Wan (Nordkurdistan) reisen. Dort wird die Delegation gemeinsam mit VertreterInnen des Menschenrechtsvereins IHD und Angehörigen die Massengräber aufsuchen, die von einem Massaker der türkischen Armee am 23. Oktober 1998, bei dem 41 kurdische Kämpferinnen und Kämpfer unter ihnen auch die deutsche Internationalistin Andrea Wolf (Ronahî) getötet wurden, stammen. Nach einer Gedenkveranstaltung für die Ermordeten und dort begrabenen GuerillakämpferInnen werden die Angehörigen in Begleitung der Delegation bei der Staatsanwaltschaft in Şax (Catak) Strafanzeigen gegen Verantwortliche des Massakers einreichen und die offizielle gerichtsmedizinische Untersuchung der Massengräber beantragen. Auch das Kurdische Frauenbüro Ceni e.V. und die ISKU unterstützen diese Initiative.

Aktionen der „Lebenden Schutzschilder" gehen weiter
Auch am heutigen Tag hat sich ein Konvoi mit ca. hundert Autos aus den Städten Bîdlîs, Mûş, Ağrı, Qars, Iğdır und Ardahan auf den Weg an die Grenze zu Südkurdistan nach Çele gemacht. Zunächst hatte der Gouverneur von Colemêrg den Befehl gegeben den Konvoi, die zum Ziel haben als „Lebende Schutzschilde" das Kandil-Gebiet zu erreichen, aufzuhalten. Nach einem mehrstündigen Sitzstreik mussten die Sicherheitskräfte schließlich nachgeben und der Konvoi konnte passieren. Die „Lebenden Schutzschilde" wollen in die Operationsgebiete der türkischen Armee gelangen, um die massiven Luftangriffe sowie die weiter anhaltende militärische Eskalation durch die türkische Regierung und dem Militär zu verhindern. Sie setzen sich ein für eine friedliche demokratische Lösung des Konflikts.
Zur Unterstützung der Aktion der „Lebenden Schutzschilde" unter der Initiative der Friedensmütter hatte der Demokratische Gesellschaftskongress zudem zu einer Demonstration an den Grenzposten in Habur aufgerufen. Dem Aufruf sind Tausende Menschen aus Städ-

Vorbereitungen für die Bodenoffensive ins Kandil-Gebiet

Vertreter der kurdischen Regionalregierung haben versichert, dass nach den Luftangriffen, die am 17. August begonnen worden sind, eine Bodenoffensive bevorsteht. Die BewohnerInnen der Region sind von den Verantwortlichen zum Verlassen ihrer Dörfer aufgefordert worden.

Laut der Informationen, die der Nachrichtenagentur ANF zugegangen sind, haben Mitglieder der kurdischen Regionalregierung und Vertreter des Roten Kreuzes die BewohnerInnen der Region Sidekan aufgesucht und erklärt, dass eine Bodenoffensive der türkischen Armee bevorstehe und sie zum Verlassen ihrer Dörfer aufgefordert. Ihnen wurde ein Umzug in ein Sammellager vorgeschlagen, da man sich laut Aussage des Vertreters der Regionalregierung nicht im Stande sieht, die BewohnerInnen, im Falle einer türkischen Bodenoffensive, zu schützen.

Sammellager für Kandil

Eine Delegation aus Vertretern der kurdischen Regionalregierung und des Roten Kreuzes haben auch die Region Kandil, in der während der türkischen Luftangriffe sieben ZivilistInnen ums Leben kamen, besucht, um mit den BewohnerInnen zu reden. Auch ihnen wurde nahe gelegt, in das geplante Lager umzusiedeln. Ihnen wurde ein finanzieller Ausgleich versprochen. Am 20. August hatte das irakischen Parlament laut der Zeitung Çawder und dem irakischen Parlamentsabgeordneten Abdulla Melle Nuri beschlossen, allen Familien, die im von der PKK kontrollierten oder dem angrenzten Gebiet wohnen, 20 Millionen Dinar als Entschädigung für ihr Haus zu zahlen. Die BewohnerInnen sollen diesen Vorschlag abgelehnt und die Delegation darum gebeten haben, mehr Anstrengungen zu unternehmen, um die türkischen Luftangriffe zu stoppen.

Militärische Vorbereitungen laufen weiter

Die türkische Armee hat gestern damit begonnen, weiteres Personal an die Grenze zu verlegen. Zweitausend Spezialkräfte waren schon gleich zu Beginn entsandt worden. Auf der anderen Seite verstärkt auch der Iran seine militärische Präsenz, der im Juli beim Versuch Südkurdistan zu besetzen am Widerstand der PJAK-Guerilla scheiterte. Die militärische Aktivität konzentriert sich vor allem auf das Grenzgebiet um Kelaşin, darin befinden sich die Militärstationen Kola Reşka, Xizeşin, Dolmeydane, Mamsala und Çwarçira. Der Iran baut des Weiteren im Grenzgebiet um Kelaşin fünf und bei Kandil sieben weitere Militärstationen. Der Bau weiterer Stationen wird vorbereitet. Im Gebiet um Siyako sind unter anderen drei bewegliche Einheiten aktiv.

Diplomatie für die Offensive

Parallel zu den Offensiven der Türkei und des Irans auf Kandil hat der diplomatische Verkehr zugenommen. Im Innern veranstaltet die Türkei Versammlungen unter dem Motto „Kampf gegen den Terror“ oder „Neue Methoden im Kampf gegen den Terror“ und führt parallel dazu Gespräche mit dem Iran zwecks Koordination. Die kurdische Regionalregierung hat erst, als eine Welle der Empörung nach dem Tod von ZivilistInnen von Tausenden KurdInnen gezogen ist, vorsichtige Kritik an den Luftangriffen geäußert. Jedoch ist bedenklich, dass parallel dazu plötzlich ungeplante Gespräche mit den Aggressoren geführt werden.

Nach dem Mesud Barzani, Ministerpräsident der kurdischen Regionalregierung klar gestellt hat, dass man nicht mehr bereit ist still zu bleiben, hat sich unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden der PDK Neçirvan Barzani eine Delegation auf den Weg nach Teheran gemacht. Dort ist dann diese Delegation mit dem iranischen Ministerpräsidenten Mahmut Ahmedinejat, Außenminister Eli Ekber Salihi und dem Sicherheitsminister mit der Agenda der „Grenzsicherheit“ zusammengekommen.

Ob die unerwartete Visite von Neçirvan Barzani dazu dienen soll gegen den völkerrechtlich rechtswidrigen Angriff der Türkei eine gemeinsame Haltung zu entwickeln oder das Gegenteilige, werden wir wohl erst im Laufe der Zeit erfahren.

Talabani: Die militärischen Operationen werden ein Ende finden

Auch der irakische Präsident Celal Talabani hat nach den Angriffen auf Südkurdistan laut seiner eigenen Aussagen Gespräche mit der Türkei und dem Iran geführt. In Gesprächen mit dem irakischen Ministerpräsidenten und weiteren Ministern soll er erklärt haben, dass die militärischen Operationen im Grenzgebiet als Ergebnis der Gespräche eingestellt werden würden.

YÖP, ANF, 25.8., ISKU

Was machen deutsche Leopard Panzer in Südkurdistan (Nordirak)?

Arabien breite Wellen in der deutschen Öffentlichkeit geschlagen hat.

Die Leopard 1 Panzer wurden Anfang der 90er Jahre durch Deutschland an die Türkei unter der Bedingung verkauft, dass sie nicht gegen die kurdische Bevölkerung eingesetzt werden dürfen. Um die Zustimmung der deutschen Öffentlichkeit zu erlangen, verkündete die damalige Bundesregierung, dass diese Garantie von der Türkei gegeben worden sei. Allerdings stellt sich vor dem Hintergrund, dass diese Panzer nun in Südkurdistan stationiert sind, die Frage, was diese wohl dort zu suchen haben?

Die Nachrichtenagentur Fırat (ANF) hatte in der Vergangenheit bereits mehrfach über die Militärstützpunkte der Türkei in Südkurdistan berichtet. Demnach existieren die Stützpunkte in den Gebieten Batufa, Bamerni, Begova und Kanimasi seit 1995. Die kurdische Regionalregierung in Südkurdistan verlängerte seitdem jährlich die Erlaubnis für die Stationierung der türkischen Armee um ein weiteres Jahr.

Neben den deutschen Leopard 1 Panzern in Batufa und Kanimasi sind etwa zehn weitere türkische Militärpanzer in Bamerne in angriffsbereiter Position stationiert. Auch im Norden der Stadt Amediye sind drei weitere türkische Panzer stationiert.

Dass die Bundesregierung Deutschland die Türkei im Kampf gegen die Kurden mit Waffen unterstützt, ist bekannt. Selbst in der Phase des schmutzigen Krieges gegen die Kurden zwischen 1990 und 2000 hatte die Bundesregierung ihren Verkauf von Leopard Panzern an die Türkei nicht gestoppt. Dies löste damals vor allem bei der linken Opposition und zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen Proteste aus. Allerdings hielt die Kohl Regierung und später auch die rot-grüne Regierung an ihrem Kurs fest.

ANF, 31.8., ISKU

ten wie Amed, Elih, Meletî, Semsûr, Sêrt, Riha, Mêrdîn, Xarpêt, Dersim, Bingöl und Şirnex gefolgt. Viele Demonstranten berichteten, dass sie unterwegs willkürlich in ihren Autos von Militärposten gestoppt wurden und zum Teil zu Strafen in Höhe von 2000 bis 2500 TL verdonnert wurden.

Auch die „Lebenden Schutzschilde“ in Südkurdistan sind mit den Schikanen der Sicherheitskräfte konfrontiert. Eine 50-köpfige Gruppe, die sich aus Sülemaniye auf dem Weg nach Kandil gemacht hatte, wurde am Militärposten von Ranya aufgehalten. Hierbei kam es zu Reibereien zwischen den Sicherheitskräften der Peshmerge und den Demonstranten, woraufhin die Gruppe verprügelt und kurzzeitig festgenommen wurde. In Sülemaniye haben zudem heute mehr als tausend Menschen gegen die Luftangriffe der Türkei auf das Kandil-Gebiet protestiert.

ANF, 27.8., ISKU

Quellen:

ANF Fırat Nachrichtenagentur
DIHA Dicle Nachrichtenagentur
YÖP Yeni Özgür Politika

Termine:

Die dänische Regierung gegen RojTV

Roj TV lädt zur Beobachtung zu dem Prozesses gegen Roj TV ein, in dem die dänische Regierung den Sender „terroristischer Aktivitäten“ beschuldigt.

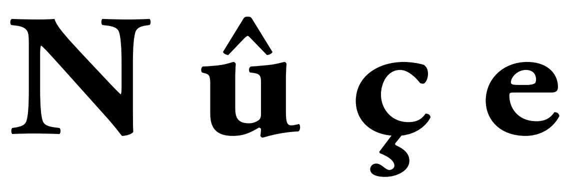
Das Verfahren wird in einer Gesamtzahl von 26 Anhörungen von 15. August 2011 bis 9. November 2011 verhandelt. Die Anhörungen finden jeweils zwischen 09.30 Uhr und 15:30 Uhr statt.

Für den Prozesstag am 10. Oktober 2011 ruft Roj TV Rechtsanwälte, Juristen und andere Experten dazu auf, sich mit Roj TV zu solidarisieren und in einer internationalen Beobachtungsdelegationen zur Kontrolle und Beobachtung des Verfahrens am Prozess teilzunehmen.

An diesem Tag werden unter anderem Beobachterdelegationen aus europäischen Ländern erwartet. Interessierte können sich mit einer E-Mail an die ISKU wenden: isku@nadir.org

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 532
9. September 2011



.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Angst vor Giftgas

Iran und Türkei setzen Offensive gegen kurdische PKK-Guerilla fort

Angesichts der koordinierten türkischen und iranischen Angriffe im kurdischen Nordirak werde die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) ihre Guerillakräfte mit denen der im Iran aktiven Partei für ein Freies Leben Kurdistans (PJAK) vereinigen, kündigte PKK-Sprecher Dozdar Hammo an. Seit Ende des Fastenmonats Ramadan haben die iranischen Streitkräfte ihre im Juli begonnene Offensive im Grenzgebiet zum Irak wieder aufgenommen. Nach heftigen Kämpfen meldeten die kurdische Guerilla und die iranische Armee in den letzten Tagen jeweils Dutzende Tote auf der Gegenseite, ohne eigene Verluste zu bestätigen. Unterstützt wird die Offensive Irans von Angriffen der türkischen Luftwaffe. Der Sprecher der US-Streitkräfte im Irak, Generalmajor Jeffrey Buchanan, bestätigte unterdessen gegenüber dem US-Propagandasender »Radio Free Iraq«, daß seine Truppen die Bekämpfung der PKK eng mit der Türkei und dem Irak koordinieren.
Trotz formaler Proteste gegen die Verletzung ihrer territorialen Integrität durch die iranisch-türkischen Angriffe scheint auch die kurdische Regionalregierung im Nordirak Teil der gegen PKK und PJAK gerichteten Allianz zu sein. Eine Delegation unter Leitung des kurdischen Innenministers Karim Sinjari und des stellvertretenden Vorsitzenden der regierenden Demokratischen Partei Kurdistans, Nechirvan Barzani, hatte sich in der vergangenen Woche mit den Regierungen in Teheran und Ankara getroffen. Anschließend rief Barzani PKK und PJAK zur Kapitulation auf.
»Die PKK ist in der Falle. Dieser Schlag könnte das Ende ihrer 27-jährigen Existenz bedeuten«, mutmaßte der Kolumnist der regierungsnahen türkischen Tageszeitung Todays Zaman, Mumtazer Türköne. Zuvor hatten Kommentatoren bereits analog zum Massaker der Armee Sri Lankas an Zehntausenden tamilischen Guerillakämpfern und Zivilisten vor zwei Jahren eine »tamilische Lösung« der kurdischen Frage ins Gespräch gebracht. Sobald die Zivilisten aus dem von der Guerilla kontrollierten Gebiet vertrieben seien, könnte ein Angriff mit chemischen Waffen auf die kurdischen Stellungen erfolgen, warnen daher PKK-Funktionäre. In einer jüngst veröffentlichten Studie hatte der türkische Menschenrechtsverein IHD nachgewiesen, daß die türkische Armee seit 1994 in 39 Fällen solche international geächteten Waffen einsetzt hatte, durch die 437 Guerillas getötet wurden. Der neue türkische Generalstabschef Nejdet Özel steht im Verdacht, im Jahr 1999 persönlich einen Giftgaseinsatz angeordnet zu haben.
Für den Westen hat Kurdistan als Transitraum für bestehende und geplante Öl- und Gasleitungen wie die projektierte Nabucco-Pipeline große energiepolitische Bedeutung. Mit der Ankündigung, in der südostanatolischen Provinz Diyarbakir eine Komponente des NATO-Radarsystems zur Raketenabwehr zu errichten, wächst nun auch erneut die militärstrategische Rolle der Region.
In Ankara versammelten sich am Sonntag über 1000 Delegierte der prokurdischen Partei für Frieden und Demokratie (BDP) zu ihrem zweiten Parteikongreß unter dem Motto »Autonomes Kurdistan – Demokratische Türkei«. Der wiedergewählte Vorsitzende Selahattin Demirtas kündigte dabei eine Fortsetzung des Parlamentsboykotts an, solange keine »Atmosphäre für eine demokratische Politik« geschaffen werde. Die aus den Wahlen im Juni hervorgegangene BDP-Fraktion verweigert den parlamentarischen Eid, da sich sechs ihrer Abgeordneten in Haft befinden. *(jW, 6.9., ISKU)*

19. Internationales Kurdisches Kulturfestival in Köln

Zehntausende für Frieden in Kurdistan

Vor dem Hintergrund eskalierender Kriegshandlungen in Kurdistan kamen am Samstag Kurden aus ganz Europa in Köln zum 19. Internationalen Kurdischen Kulturfestival im Rhein-Energie-Sportstation zusammen. Von den laut der kurdischen Nachrichtenagentur Firat bis zu 50.000 Festivalbesuchern wurden zahlreiche Fahnen der in Deutschland verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans PKK und ihres inhaftierten Vorsitzenden Abdullah Öcalan geschwenkt. Zum Höhepunkt des Festivals sprach Rebellenkommandant Murat Karayilan in einer Videoliveschaltung vermutlich aus einem Camp in den nordirakischen Kandil-Bergen zu den Festivalteilnehmern. Seit türkische Medien vor drei Wochen die Gefangennahme der »Nummer 2 der PKK« durch iranische Sicherheitskräfte verkündet hatten, hatte man Karayilan nicht mehr in der Öffentlichkeit gesehen. »Seht her, hier bin ich. Revolutionäre können nicht gefangengenommen werden. Das sollt ihr wissen«, erklärte der PKK-Führungsfunktionär.
Die Parlamentsabgeordneten der prokurdischen »Partei für Frieden und Demokratie« (BDP) Sebahat Tuncel, Erol Dora und Ertugrul Kürkcü aus der Türkei verurteilten die jüngsten Angriffe des türkischen und iranischen Militärs in Kurdistan und plädierten für eine politische Lösung durch demokratische Autonomie. Die Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland Yek-Kom forderte die Anerkennung der über 800000 in Deutschland lebenden Kurden als eigenständige Migrationsgruppe. *(jW, 5.9., ISKU)*

Meldungen:

Angriff auf die Polizei in Dersim: 2 Tote, 9 Verletzte
Bei einem nächtlichen Angriff auf die Polizei im Stadtzentrum von Dersim wurden ein Polizeikommissar und seine Ehefrau getötet und neun weitere Polizisten verletzt, darunter drei schwer.
Zur gleichen Zeit wurden in einem anderen Teil des Stadtzentrums von Dersim die Spezialkräfte des Militärs angegriffen. Es kam zu einem etwa einstündigen Gefecht. *(ANF 4.9., ISKU)*

PJAK erklärt Waffenstillstand
Die Partei für ein freies Leben in Kurdistan PJAK hat am Sonntag den iranischen Staat zu einem Waffenstillstand aufgerufen. In einer Erklärung dazu sagte die PJAK, dass ihr Waffenstillstand seit Montag um 12 Uhr Ortszeit gültig ist. Die weitere politische Entwicklung der aktuellen Phase sei abhängig von der Haltung des Irans. Die PJAK erklärte ihrerseits, dass sie für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage stehe. *(ANF 5.9., ISKU)*

Der Iran bombardiert Xinere, die Türkei Xarkurke
Trotz des Aufrufes der PJAK zu einem Waffenstillstand setzt der Iran seine Angriffe auf die Föderale Region Kurdistan weiter fort. Der Iran bombardiert seit dem Morgen des 4. Septembers 10.25 Uhr Ortszeit die Regionen Xinere, Kelasin, Lolan, Sekif und Berbizinan.
In der Nacht hat die türkische Armee das Xarkurke-Gebiet unter Bombenbeschuss genommen. Bei den Angriffen wurde das Dorf Misoloki völlig zerstört. Die EinwohnerInnen konnten sich zwar in Sicherheit bringen, doch die Felder und Gärten der BewohnerInnen sind durch den Angriff stark beschädigt worden. Augenzeugen berichten, dass die türkische Armee bei der Bombardierung zudem Streubomben eingesetzt hätte. *(ANF 5.9., ISKU)*

Şirnax: Guerilla nimmt vier Dorfschützer fest
In der Nähe des Dorfes Mezra bei Elk (Beytüşşebab) hat die Guerilla vier Dorfschützer des Mamxûrîstammes festgenommen. Nachdem sie entwaffnet worden waren, wurden sie zurückgelassen. In der Folge begann eine Militäroperation in der Gegend. *(ANF, 8.9., ISKU ISKU)*

Internationale Delegation zur Aufklärung von Kriegsverbrechen und Anklage der Täter

Über 120 Massengräber, in denen die Leichen von mehr als 1.500 Menschen vermutet werden, zeugen von der Grausamkeit und den Kriegsverbrechen an der kurdischen Bevölkerung. Seit über 10 Jahren bemühen sich die Samstags- und Friedensmütter, Menschenrechtsvereine und Angehörigenorganisationen wie IHD, TIHV oder MEYA-Der unter schwersten Bedingungen um eine Aufklärung der Massaker der türkischen Armee in den Regionen Siirt, Bitlis, Diyarbakir, Van, Batman, Hakkari, Bingöl, Sirnak, Mardin, Elazig, Agri, Dersim, Igdir und Antep. Erstmalig wurde nun in Zusammenarbeit mit verschiedenen Initiativen, Menschenrechts- und Frauenorganisationen aus Deutschland und der Schweiz eine internationale Delegation zusammengestellt, die im Zeitraum zwischen dem 14. und 25. September 2011 Massengräber in der Region Van bei Catak untersuchen wird. Dort waren am 23. Oktober 1998 bei einer Operation des türkischen Militärs ca. 40 GuerillakämpferInnen der Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK) eingekreist und getötet worden. AugenzeugInnen berichten, dass einige der GuerillakämpferInnen unbewaffnet von den Soldaten gefangengenommen und kurz darauf grausam zu Tode gefoltert wurden.

Unter den Ermordeten befindet sich auch die Internationalistin Andrea Wolf (Ronahî), die sich den YAJK-Fraueneinheiten in der Guerilla angeschlossen hatte, um für ein Leben in Freiheit und Würde zu kämpfen. Laut Aussagen von AugenzeugInnen wurde Andrea Wolf, die ihre politische Identität als Internationalistin zum Ausdruck brachte, nach der Gefangennahme durch türkische Soldaten zu Tode gequält, gefoltert und vergewaltigt. Folter und Ermordung von wehrlosen Kriegsgefangenen werden durch die Genfer Konvention und internationales Recht als Kriegsverbrechen verurteilt. Trotz vieler intensiver Bemühungen von Menschenrechtsorganisationen, Angehörigen und FreundInnen der Ermordeten wurde dieses Massaker – wie viele andere auch – nach 13 Jahren noch immer nicht rechtskräftig verurteilt. Die Täter leben unbehelligt weiter; bis zum heutigen Tag wurden sie für ihre Verbrechen nicht zur Verantwortung gezogen.

Insbesondere angesichts der erneuten Eskalation des Krieges und des immensen Anstiegs von Menschenrechtsverletzungen in der Türkei und Kurdistan sind eine Aufklärung der begangenen und die Verhinderung von neuen Kriegsverbrechen dringender denn je zuvor. Dazu ist es einerseits notwendig, dass die militärische, politische und ökonomische Unterstützung der deutschen Regierung und Waffenindustrie für die Türkei umgehend eingestellt wird. Andererseits haben die Erfahrungen in vielen Ländern gezeigt, dass Friedens- und Demokratisierungsprozesse nur über einen offenen Dialog aller Parteien sowie eine Aufarbeitung und Verurteilung der Kriegsverbrechen möglich ist. Hierfür ist eine Vorraussetzung, dass die fachgerechte und qualifizierte Öffnung der Massengräber im Rahmen der UN-Protokolle zur Verhinderung und Aufklärung außergerichtlicher, summarischer oder willkürlicher Hinrichtungen sichergestellt wird.

Vor diesem Hintergrund beteiligen sich das Kurdische Frauenbüro für Frieden – CENÎ e.V., die Informationsstelle ISKU e.V., der Rechtshilfefonds AZADÎ e.V. und der Verein für Demokratie und Internationales Recht MAF-DAD e.V. in Zusammenarbeit mit dem Freundeskreis "Andrea Wolf", der IUK und weiteren engagierten Einrichtungen sowie Gruppen an der Vorbereitung und Durchführung einer Internationalen Delegation, um zur Aufklärung des durch die türkische Armee am 23.Oktober 1998 begangenen Massakers beizutragen und die strafrechtliche Verfolgung der Täter zu erreichen.

Wir sehen dies zugleich als einen Schritt dahin, auf den Aufbau einer Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission in der Türkei hinzuwirken, die den Genozid und den Feminizid in der Türkei und Kurdistan ans Tageslicht bringen und den Weg für eine politische Lösung der kurdischen Frage ebnen kann.

Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Informationsstelle Kurdistan e.V.
Rechtshilfefonds AZADÎ e.V.,
Verein für Demokratie und Internationales Recht MAF-DAD e.V.

1. September 2011

Neue Verhaftungswelle in Adana

Seit der Nacht zum Donnerstag führt die Polizeidirektion Adana zahlreiche Hausdurchsuchungen durch. Dabei werden nicht nur Computer, Bücher, Zeitungen und Mobiltelefone beschlagnahmt, sondern auch Dutzende Menschen im Zusammenhang mit der sogenannten „KCK-Operation" gegen kurdische PolitikerInnen festgenommen. Zu den Festgenommenen gehören PolitikerInnen der BDP, Kinder, JournalistInnen und Imame, darunter der DIHA-Reporter Hamdullah Keser, die Mitarbeiter der Zeitung Azdiya Welat Newal Aydın und M. Emin Oruç, die BDP-Funktionäre Zeki Karataş, M. Refik Bayav, Mahmut İşlek, Esma Ece, Şebahat Meşe und die Imame İsa Turan und Mecit Er.

In der selben Nacht wurden auch in Mersin sechs Personen festgenommen.

(DIHA, 8.9., ISKU)

PKK-Verbot schlägt Pressefreiheit

Aufgrund des 1993 verhängten Verbots der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) hat das Bundesverwaltungsamt am Dienstag einen Aufnahme- und Übertragungswagen des kurdischen Satellitensenders Roj-TV einziehen lassen. Das in den Niederlanden zugelassene Fahrzeug war am Wochenende nach einem kurdischen Kulturfestival in Köln von der Bundespolizei beschlagnahmt worden. Die PKK als »ausländische terroristische Vereinigung« finanziere den Sender als »unselbtändigen Geschäftsbereich«, so die Begründung. Das Fahrzeug sei auf einen ehemaligen Leibwächter von PKK-Gründer Abdullah Öcalan zugelassen.

Ein 2008 vom Bundesinnenministerium verhängtes Verbot von Roj-TV wurde 2010 vom Leipziger Bundesverwaltungsgericht aufgehoben, da der Sender in Dänemark lizensiert ist und nach EU-Recht dort verboten werden müßte. Auf Drängen der Türkei läuft in Dänemark ein Verbotsverfahren gegen den Sender, der mit Programmen in türkische und kurdischer Sprache in Europa und dem Mittleren Osten ein Millionenpublikum erreicht. *(jW, 8.9., ISKU)*

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
YÖP	Yeni Özgür Politika
jW	junge Welt

Termine:

Mandela - Öcalan
Aus der Geschichte lernen Friedensprozesse in Südafrika und Kurdistan im Vergleich
Mittwoch, 14. September 2011, 18 Uhr
Universität Hamburg, Von-Melle-Park 8, Hörsaal Erziehungswissenschaften
mit Esa Moosa (Rechtsanwalt von Nelson Mandela), Mahmut Sakar (Rechtsanwalt von Abdullah Öcalan), Prof. Dr. Norman Paech (Völkerrechtler)

Frauenfachkonferenz: „Internationaler Frauenkampf gegen Feminizide"
am 17. September 2011 von 9.00 - 18.00 Uhr in der Alten Feuerwache; Melchiorstr. 3; 50670 Köln
Mit der Frauenfachkonferenz „Internationaler Frauenkampf gegen Feminizide" wollen wir die Ursachen und Auswirkungen des Feminizids in verschiedenen Ländern thematisieren, über eine gemeinsame Begriffsdefinition und Initiativen diskutieren, um den Feminizid weltweit zu stoppen.
Referate u.a. von: Houzan Mahmoud (Organisations of Women's Freedom in Iraq), Figen Aras Kaplan (Sprecherin des Komitees „Stoppt den Feminizid!" aus der Türkei), Patricia Zapata (Projektkoordinatorin der Regionalbüros der Rosa Luxemburg-Stiftung in Mexico), Maria Mies (Feministische Wissenschaftlerin & Aktivistin), Fadile Yildirim (Sprecherin des Kampagnen Komitees der Kurdischen Frauenbewegung in Europa), Maitet Ledesma (Stellvertretende Generalsekretärin der International Women's Alliance IWA)
Wir bitten um Anmeldung bis zum 12.09.2011 beim Kurdischen Frauenbüro für Frieden CENÎ e.V., Corneliusstr. 125; 40215 Düsseldorf, E-Mail: ceni_frauen@gmx.de, Tel.: 0211 – 598 92 51

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 533
16. September 2011

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Türkisches Militär greift Häuser und Bevölkerung in Şemzînan an

Nach einer großangelegten Guerillaaktion gegen die Polizeidirektion und die Jandarma-Kommandantur in der nordkurdischen Stadt Şemzînan (Şemdinli) kam es zu kriegerischen Angriffen des türkischen Militärs auf die Zivilbevölkerung. Mindestens drei Zivilisten wurden dabei vom Militär getötet.

Am 11.09.11 gegen 22:00 Uhr begann die kurdische Guerilla mit Angriffen auf die außerhalb der Stadt gelegenen militärischen Anlagen. Die Gefechte dauerten bis in die Morgenstunden des 12.09.11 an. Während außerhalb der Stadt schwere Gefechte stattfanden, griffen türkische Soldaten in der Kleinstadt die Zivilbevölkerung teilweise mit schweren Waffen an. Unter anderem wurde das Feuer auf eine Hochzeitsfeier im Stadtzentrum vor dem Rathaus eröffnet, dabei starb der 17-jährige Osman Erbaş. Eine weitere Person wurde verletzt und schwebt im Moment in Lebensgefahr. Osman Erbaş verstarb, nachdem er stundenlang auf einen Krankenwagen warten musste, der vom Militär aufgehalten worden war. Vor dem Gebäude der Stadtverwaltung steckte am 12.09. immer noch eine nichtdetonierte Mörsergranate in der Wand.
Aus der Stadt selbst berichtet eine am 12.09.11 eingetroffene Delegation aus MenschenrechtlerInnen des IHD und Abgeordneten der linken, prokurdischen Friedens- und Demokratiepartei BDP: „… es gibt es kein Haus, dass nicht von Kugeln getroffen worden ist. … Şemzînan ist wie ein Kriegsgebiet.“

Die Delegation beobachtete vor allem auch schwere Schäden an den Häusern der Stadtverwaltung und am Rathaus. Die Militärs benutzten beim Beschuss der Häuser in Şemzînan nicht nur Sturmgewehre, sondern auch Raketen und Granaten. Das Haus des Buchhändlers Seferi Yılmaz wurde unter besonders schweren Beschuss genommen. Paramilitärische Kräfte des türkischen Staates hatten schon 2005 einen Anschlag auf seine Buchhandlung verübt, wobei sein Arbeitskollege verstarb, er aber entkommen konnte. Die Tätet wurden vom türkischen Generalstabchef damals nach der Tat als „gute Jungs, die ich sehr gut kenne“ bezeichnet. Nun wurde das Haus dieses Aktivisten in offensichtlicher Mordabsicht mit schweren Waffen angegriffen, alle Scheiben sind zersplittert, überall finden sich Einschüsse und zwei nichtdetonierte Mörsergranaten stecken im Dach.
Die Delegation besuchte auch das Dorf Şapatan, in dem zwei Brüder vom türkischen Militär getötet worden waren. In der Umgebung des Dorfes lagen unzählige Mörsergranaten herum, die von der Jandarma-Kommandantur auf das Dorf abgefeuert worden waren. Nach Augenzeugenangaben wurden gezielte Artillerieschüsse aus der Jandarma-Kommandantur auf das Dorf abgegeben. Zuvor war es mehrfach mit Heron-Drohnen überflogen worden, nach Aussagen der Zeitung Yüksekovahaber wurden dabei ihre Koordinaten festgestellt, um sie gezielt zu bombardieren.
Die BDP-Abgeordnete von Colemêrg (Hakkari) Esat Canan erklärte bei einer kurzen Ansprache nach Abschluss der Untersuchung im Dorf: „In Şemzînan haben wir ein unmenschliches Ereignis erlebt. Der Verantwortliche dafür ist Premierminister Erdoğan und die AKP. Er hatte erklärt ‚Die Zeit der Worte ist jetzt vorbei‘. Gestern Nacht gab es ein schweres Verbrechen. Im Stadtzentrum wurden schwere Waffen benutzt. Es gibt kein Haus, das nicht zum Ziel der Waffen geworden ist.“
Die Übergriffe stellen eine Qualität von Angriffen des türkischen Militärs dar, wie sie nach Aussagen des Bürgermeisters von Şemzînan Sedat Töre „noch nicht erlebt worden ist.“

Der türkische Staat setzt schon seit einiger Zeit auf eine „Lösung“ nach tamilischem Muster, das heißt durch Vernichtung jeglichen Widerstands. Bislang konnte das Militär allerdings gegen die kurdische Guerilla kaum Erfolge verzeichnen – anstatt festzustellen, dass der Konflikt militärisch nicht zu lösen ist, geht der türkische Staat deshalb immer stärker zu Angriffen auf die Zivilbevölkerung über. Diese Strategie wurde schon in den 90er Jahren erfolglos angewandt, als über 4000 kurdische Dörfer vom türkischen Militär zerstört wurden. Auf eine Reaktivierung dieser Terrorstrategie weist auch das Bombardement von Hunderten kurdischen Dörfern in der Kandilregion hin. Aufgrund dessen wurden in den letzten zwei Monaten über Hundert Dörfer unbewohnbar gemacht, die Bevölkerung befindet sich auf der Flucht. Etliche ZivilistInnen wurden getötet. Die Angriffe auf die Bevölkerung in Şemzînan scheinen den nächsten Schritt dieser Eskalationsstrategie darzustellen.
(ANF, DIHA, YG, 12.9., ISKU)

HPG: Die Zivilisten in Şemzînan wurden vom türkischen Militär getötet

Die Verteidigungskräfte HPG bekennen sich mit einer Erklärung zu der Aktion in der Nacht zum 11.09.2011 in Şemzînan. Nach einer Erklärung der HPG vom 13. September wurden mehrere militärische Einrichtungen in der Umgebung von Şemzinan gleichzeitig von der Guerilla angegriffen. Dabei wurden elf Soldaten und drei Polizisten getötet. In Folge eines Gefechts kamen auch zwei Guerillas ums Leben.
In der Erklärung dementiert die HPG ihre Beteiligung an einem Angriff auf eine Hochzeitsfeier, bei der drei Zivilisten getötet worden sind. Türkische Medien schrieben den Angriff der kurdischen Guerilla zu. In der Erklärung wurde betont, dass die HPG die Zivilbevölkerung nicht angreift, die Zivilisten wurden durch die türkische Armee verletzt und getötet.
(ANF, 12.9., ISKU)

Meldungen:

PKK will Entschuldigung statt militärischer Unterstützung

Die Arbeiterpartei Kurdistans PKK hat ein angebliches Angebot Israels, ihrer Guerilla Militärhilfe zu leisten, zurückgewiesen. »Die PKK ist keine Bewegung, die es zuläßt, gegen einen anderen Staat instrumentalisiert zu werden«, erklärte PKK-Führungsfunktionär Murat Karayilan am Montag. Wenn der israelische Staat Beziehungen zur PKK wünsche, müsse er sich sich zuerst beim kurdischen Volk für seine Rolle bei der Verschleppung des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan in türkische Gefangenschaft durch ein internationales Geheimdienstkomplott im Jahr 1999 entschuldigen. Die PKK benötige keine militärische Ausbildungshilfe, da sie bereits über tiefgehende Erfahrung verfüge. Karayilans Erklärung kam drei Tage, nachdem die israelische Zeitung Yedioth Ahronoth gemeldet hatte, der rechtsgerichtete israelische Außenminister Avigdor Liebermann erwäge angesichts der diplomatischen Krise mit der Türkei ein Treffen mit PKK-Führern einschließlich Waffenlieferungen.
(jW, 14.9., ISKU)

Kurdistan stellt Erdölexport ein

Wie AFP berichtet, hat der irakische Ölminister Abdul Karim Luaibi am Sonntag über die Einstellung des Exports von Rohöl durch das irakische Kurdistan mitgeteilt.
„Die Regierung von Kurdistan hat heute den Erdölexport eingestellt, ohne dafür Gründe angegeben zu haben. Das ist ein großer Verlust für die irakische Wirtschaft, sowie für das kurdische Volk und das ganze irakische Volk “, sagte Luaibi auf einer Erdöl- und Erdgaskonferenz in der jordanischen Hauptstadt Amman.
Der Minister hob hervor, dass der kurdische Export in den letzten zwei Wochen von 150.000 Barrel Erdöl täglich auf 55.000 zurückgegangen sei.
Vor ungefähr einer Woche hatten die Behörden von Kurdistan den im August von der Zentralregierung gebilligten Entwurf eines neuen Gesetzes über Erdöl und Erdgas einer Kritik unterzogen und das Parlament aufgerufen, ihn abzulehnen.
Kurdistan und Bagdad haben Differenzen in einer Reihe von

267 politische Gefangene unterliegen gesundheitlicher Gefährdung

Tausende politische Gefangene sind in den türkischen Gefängnissen inhaftiert. In den vergangenen zwei Jahren wurden annähernd 4000 BDP-Mitglieder oder prokurdische Aktivisten – unter ihnen Bürgermeister und Abgeordnete – auf Grund ihrer „politischen Einstellung" in Untersuchungshaft genommen.
Anders als bei den Inhaftierungswellen der Vergangenheit, die eine große Aufmerksamkeit erregten, werden nun systematisch täglich in verschiedenen Ortschaften kleinere Gruppen festgenommen und eingesperrt. Zudem verschlechtert sich der gesundheitliche Zustand der politischen Gefangenen in der Türkei zunehmend.
Nach dem Bericht der Gefängniskommission des Menschenrechtsvereins (IHD) befinden sich in den türkischen Gefängnissen 267 politische Gefangene, die zur ausreichenden medizinischen Behandlung dringend freigelassen werden müssten. 36 der politischen Gefangenen sind Krebskrank, 17 leiden an Herzerkrankungen und in den Körpern von sechs weiteren Gefangenen befinden sich Bombensplitter, die entfernt werden müssten.
Acht Gefangene können jeden Moment aufgrund ihrer gesundheitlichen Situation ihrem Leiden erlegen. Eine dieser Gefangenen ist Hediye Aksoy, die durch eine Tretmine ihr Augenlicht verlor. Zudem leidet sie an einem starken Nierenleiden.
Im Gespräch mit der Firat News Agency, erklärte die Vorsitzende der Gefängniskommission des Menschenrechtsvereins (IHD), Necla Sengül, dass das größte Hindernis für die Freilassung der haftunfähigen politischen Gefangenen die Gerichtsmedizin sei. Dabei legte sie Augenmerk darauf, dass diese Haltung politischen Motiven unterliege. Sengül berichtete vom Fall des an Leukämie erkrankten Gefangenen A. Samet. Dem vom Krankenhaus in Ankara ausgestellten Befund, dass „eine medizinische Behandlung im Gefängnis nicht möglich" sei, wurde seitens der Verantwortlichen der Gerichtsmedizin keine Aufmerksamkeit geschenkt. A. Samet wird somit vor aller Augen dem Tod ausgeliefert. „Die erkrankten Gefangenen erleiden ausserdem fast spöttische Torturen seitens der Gerichtsmedizin. Ali Cekin war ein 70-jähriger Mann, der Hunderte von Kilometern von Siirt in die Gerichtsmedizin von Istanbul auf sich nehmen musste, und letztendlich vor den Türen der Gerichtsmedizin verstarb", so Necla Sengül.
Dem Bericht des Menschenrechtsvereins (IHD) ist auch zu entnehmen, dass Folter und schlechte, willkürliche Behandlung an den Gefangenen in der letzten Zeit zugenommen haben. Sengül, die sich auch auf die allgemein schlechten Umstände in den Gefängnissen bezog, brachte dies bezüglich ihre Sorgen zum Ausdruck.

(ANF, 14.9., ISKU)

Demirtaş: Zeit der offenen Verhandlungen

Die Partei für Frieden und Demokratie (BDP) hat ihre periodische Fraktionssitzung heute in Amed abgehalten. Seit den Wahlen vom 12. Juni boykottiert sie das Parlament, da sechs ihrer Abgeordneten bis heute nicht aus dem Gefängnis entlassen worden sind.
Der Co-Vorsitzende der BDP Selahattin Demirtaş hat auf der Fraktionssitzung seiner Partei auf die Wichtigkeit der Verhandlungen zwischen der PKK und dem türkischen Staates hingewiesen: „Anscheinend kann, sofern gewollt, wegen einem dauerhaften Frieden Verhandlungen sowohl mit Abdullah Öcalan als auch der PKK geführt werden. Die türkische Gesellschaft ist für Verhandlungen reif. Frieden kann nur mit denen erzielt werden, unter denen Krieg geführt wird. Daher sind Sätze wie ‚mit Terroristen setzt man sich nicht an den Verhandlungstisch' überflüssig. Jetzt ist der genau richtige Zeitpunkt für offene Verhandlungen."

Eine Delegation sollte nach Imrali

Demirtas führte aus: „Die Regierung kommt mittlerweile nicht um Verhandlungen herum. Daher rufen wir aus tiefer Überzeugung die Regierung dazu auf, offene Gespräche mit den Ansprechpartnern zu führen. Beabsichtigt sie nach Kandil zu gehen, so sollte sie dies mit einer Verhandlungskommission tun. Eine Delegation sollte auch nach Imrali geschickt werden."
Demirtas ging auf die Isolation von Abdullah Öcalan ein: „Seit 50 Tagen kann ein Staat mit einer solchen immensen Ausrüstung seine Inseln nicht besuchen. Als Vorwand dienen zu starke Winde oder kaputte Küstenschiffe. Die Regierung kann sich selbst erniedrigen oder solch billige Lügen erfinden, aber niemand wird ihnen ihre Lügen abnehmen. Es ist ein großer Staat. Sollen sie doch offen sagen ‚wir wollen politisch erpressen'. Dies wäre eine aufrichtigere Haltung. Wir werden es nicht akzeptieren, wenn ihr den Mentor einer Gesellschaft isolieren wollt. Sofern die Festnahme als politische Geisel und die Fortführung der Gesetzlosigkeit andauern, könnt ihr uns nicht davon überzeugen, dass ihr eine Lösung der kurdischen Frage wollt. Wir verlangen in dieser Stunde nicht von euch eine Delegation nach Imrali zu schicken, vielmehr verlangen wir von euch die Freilassung des verehrten Herrn Öcalan. Das ist der Lösungsweg. Ihr müsst offene Verhandlungen führen."

(ANF, 14.9., ISKU)

Proteste gegen Isolation Öcalans

Am Freitag werden Frauen von fünf Orten der Türkei aus in Richtung Ankara marschieren, um gegen die anhaltende Isolation Abdullah Öcalans zu protesieren. Der Marsch wird von der Demokratischen freien Frauenbewegung (DÖKH) organisiert.
Die Bürgermeisterin von Sur, Gülbahar Örnek, gab bekannt, dass die Demonstrantinnen aus Amed (Diyarbakır), Çukurova, Marmara, Ege und Serhat starten werden und rief alle Frauen auf, sich an der Aktion zu beiteiligen. „Die Geduld des kurdischen Volkes und der kurdischen Frauen bezüglich der Isolation unseres Repräsentanten Abdullah Öcalan ist am Ende. Um eine Lösung zu erreichen, muss Herr Öcalan seine AnwältInnen und Angehörige sehen können.", so Örnek.

(DIHA, 15.9., ISKU)

Fragen. Unter anderem ist die autonome Region im Norden des Irak nicht einverstanden mit der Gewinnverteilung und der Weigerung der Zentralbehörden, Dutzende Verträge anzuerkennen, die Kurdistan zuvor mit internationalen Energiefirmen geschlossen hatte. *(RN, 11.9., ISKU)*

Erneut DorfbewohnerInnen zur Flucht getrieben

250 BewohnerInnen des Dorfes Qelaşkê (Günyazı) haben am Mittwoch ihre Häuser verlassen, um den andauernden Luftangriffen der türkischen Armee zu entfliehen.
Nach Angaben der Dorfbewohnerin Nedima Yaşar sind durch die andauernden Bombenangriffe Waldbrände ausgebrochen und ein Großteil des Viehs getötet worden.
Eine Kommission der Partei für Frieden und Freiheit (BDP) konnte einen Teil der Bewohnernnen zunächst überzeugen, ihre Häuser nicht aufzugeben. Nachdem es aber in der Nacht zum Mittwoch erneut zu Angriffen kam, blieb den Menschen keine andere Alternative als die Flucht, so ein Sprecher der BDP. *(DIHA, 14.9., ISKU)*

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
YG	Yuksekovaguncel
jW	junge Welt
RN	RIA Novosti

Termine:

Nieder mit dem AKP-Faschismus in der Türkei! Stoppt den Krieg in Kurdistan!

Am Montag 19. September kommt der türkische Präsident Abdullah Gül zu einem Staatsbesuch nach Deutschland. Um 18 Uhr soll er im Audimax der Berliner Humboldt-Universität einen Vortrag halten.
Montag 19. September 17 Uhr: Protestkundgebung vor der Humboldt-Universität (Unter den Linden 6), Berlin

Kurdistan-Solidaritätskomitee Berlin

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 534
23. September 2011

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Schwere Repressionen in Kurdistan und der Türkei

Während der türkische Staat den Krieg militärisch mit Angriffen auf die Zivilbevölkerung von kurdischen Städten sowohl auf türkischem Staatsgebiet, wie Şemzinan (Şemdinli) und auch auf föderalem kurdischen Gebiet, den Krieg eskaliert, greift er die kurdische Zivilgesellschaft auch mit polizeilichen Mitteln, also Festnahmen, Tränengas, Wasserwerfern und Knüppeln an. In der kurdischen Stadt Şirnex (Şırnak) wurden am 16.9. über 50 AktivistInnen der linken, prokurdischen BDP bei mit massiver Polizeigewalt durchgeführten Razzien festgenommen. Tags zuvor wurden bei Razzien in der kurdischen Kleinstadt Şemzinan 15 Personen aus der regionalen BDP-Leitung ebenfalls festgenommen und sollen nun inhaftiert werden.

Polizeiangriff auf Friedens demonstration in Istanbul

Am 18.9. wurde eine Kundgebung für den Frieden und gegen die seit fünf Wochen andauernde Totalisolation von Abdullah Öcalan in der Nähe des Istanbuler Taksimplatzes von der türkischen Polizei mit Tränengasgranaten, Wasserwerfern und Schlagstöcken angegriffen. Mindestens 140 Personen wurden festgenommen. Unter den Festgenommenen befinden sich mehrere BDP-Kreisvorsitzende und Mitglieder des Frauenrates. Erneut wurde von der Polizei die kurdische Parlamentsabgeordnete Sebahat Tuncel angegriffen und musste verletzt ins Krankenhaus gebracht werden.

Şemzinan: Erst militärischer Angriff auf die Stadt dann Festnahmeoperation

In der Nacht vom 11. auf den 12.9. eröffneten türkische Soldaten das Feuer aus schweren Waffen auf die Zivilbevölkerung, sowie Häuser, Autos und Vieh der Bevölkerung und töteten dabei vier Zivilisten, darunter einen 14-jährigen Jungen. Nachdem die Region von etlichen Delegationen besucht worden war, welche die Aussagen der Bevölkerung bestätigten, kam es zu einem weiteren Angriff auf zivilgesellschaftliche Strukturen in Şemzinan: In der Nacht zum 16.9. führten auch hier Spezialeinheiten etliche Razzien durch und nahmen 15 kurdische AktivistInnen fest, darunter Personen aus der regionalen BDP-Führung, unter ihnen auch der der stellvertretende Bürgermeister Naif Yalcın. Die Wohnungen wurden während der Razzien verwüstet und die Angehörigen wurden von Spezialeinsatzkommandos, die ihnen Waffen an den Kopf hielten, bedroht und beleidigt. Die Tochter des ebenfalls festgenommenen Ayhan Çağdaş, Lora Bejin Çağdaş berichtet: „Schaut euch den Zustand unserer Wohnung an, die Polizisten haben die Bücher und Hefte, die Vater für mich gekauft hat und seine Bücher zerrissen. Die Polizisten hielten mir eine Waffe an den Kopf. Sie beleidigten meinen Vater pausenlos. Ich glaubte in diesem Moment, dass sie uns jetzt umbringen würden.“

Die Ehefrau des inhaftierten Kreisratsmitglieds Mirpenç Uysal, Havva Uysal berichtete: „Um vier Uhr morgens, als unsere Kinder und wir schliefen, führten die Polizisten eine Razzia durch. Zunächst zerschlugen sie alle Fenster am Eingang und drangen so in unser Haus ein. Die Spezialeinheit, die Polizei und das Militär ergriffen erst meinen Ehemann, der auf dem Sofa schlief. Vermummte Polizisten schrien, ‚Aufstehen, Hände an die Wand!’ In dem Moment wachten auch die Kinder auf. Die Kinder weinten vor Angst. Sie ließen mich nicht zu den Kindern und beschimpften mich. Mein Ehemann hat Fotos von dem Co-Vorsitzenden des DTK, Ahmet Türk, und dem Co-Vorsitzenden der BDP, Selahattin Demirtaş, an der Wand hängen. Als sie dies sahen, steigerten sie noch ihre Beleidigungen. Als die Polizisten auf der Zeitung Azadiya Welat und Özgür Gündem das Porträt des Vorsitzenden der PKK, Abdullah Öcalan, sahen, begannen sie uns anzugreifen. Sie zerrissen die Zeitung in Stücke und warfen sie in die Fetzen meinem Mann ins Gesicht. Sie schrien: ‚Warum lest ihr das, gibt es keine andere Zeitung?’ Drei Stunden später nahmen sie meinen Mann mit.“

Auch in die Wohnung des ehemaligen Bürgermeisters vom Şemzinan, Hurşit Tekin, drangen die Polizisten ein. Nachdem sie auch hier die Tür eingeschlagen hatten, misshandelten sie die anwesende Familie und drohten ihnen weitere Gewalt an, sollten sie nicht seinen Aufenthaltsort verraten.

Die Festgenommen wurden mittlerweile nach Colemêrg (Hakkari) gebracht, um dort über einen Haftbefehl zu entscheiden.

Razzien in Şirnex – 41 Aktivistinnen festgenommen

In der Nacht zum 17.9. führte die Polizei und Spezialeinheiten dutzende Razzien in der kurdischen Stadt Şirnex und Cizire (Cizre) in Privatwohnungen von Mitgliedern und in Gebäuden der BDP durch. Dabei wurden mindestens 41 Personen festgenommen. Unter ihnen sind auch hier AktivistInnen der kurdischen Frauenbewegung und kurdische RegionalpolitkerInnen.

Gegen zwei Uhr morgens stürmten Spezialeinheiten und hunderte Polizisten die Wohnungen von Personen aus der BDP-Leitung, und Stadtratsmitgliedern, GewerkschafterInnen, Mitgliedern von Strukturen der regionalen Selbstverwaltung. U. a. wurden mehrere Frauen aus der Frauenbewegung DÖKH auf dem Weg zu einer Demonstration in Ankara festgenommen.

Massive Proteste in Şirnex und Cizire – Jugendlicher durch Gasgranate schwer verletzt

Zehntausende nahmen am 18.9. an Protestkundgebungen gegen die Repressionen teil. Auf einer Kundgebung in Şirnex erklärte der BDP-Kreisvorsitzende: „Bis unsere Freunde freigelassen werden, wird die Bevölkerung von Botan auf allen Ebenen Widerstand leisten. Wir begehen die gleichen Straftaten wie die Inhaftierten und werden damit weitermachen.“

Die Co-Vositzende des Demokratischen Gesellschaftskongresses DTK, Aysel Tuğluk, erklärte: „Während wir von Geschwisterlichkeit, Frieden und Zusammenleben sprechen, wird ein Krieg gegen unser Volk begonnen. Diese Verleugnungspolitik wird bis zur letzten Konsequenz des Faschismus fortgesetzt. Diejenige, die diese faschistischen Politikformen praktiziert, ist die regierende AKP.“ ⟶

Meldungen:

IHD: In acht Monaten 143 Frauen getötet

Die Istanbuler Zweigstelle des IHD veröffentlichte ihren „Bericht über die Gewalt an Frauen“ der letzten acht Monate auf einer Presseerklärung in dem Gebäude des Vereins. Umît Efe erklärte, dass Gewalt an Frauen zunehmend bekannt würde. „Staatliche Institutionen, und zivile Organisationen müssen darauf reagieren und eine Diskussionsplattform sollte aufgebaut werden“. Efe erklärte, der Staat unternehme nichts gegen die Rechtsverletzung an Frauen und schütze die Gesellschaft nicht. Nach Informationen des IHD wurden im Jahr 2011 bis zu Beginn des Monats September 143 Frauen getötet, 73 verletzt, 82 wurden vergewaltigt. In dem Bericht heißt es, die meisten Frauen seien im Monat März getötet worden. In der Türkei sei von 15 Frauen eine mit physischer Gewalt konfrontiert.

ANF, 21.9., ISKU

IHD: 4 015 Festnahmen in sechs Monaten

Nach einem veröffentlichten Bericht des Menschenrechtsvereins IHD wurden 2011 in den ersten sechs Monaten allein in der kurdischen Region 4 015 Personen festgenommen, 16 482 Fälle von Menschenrechtsverletzungen wurden dem IHD gemeldet. Im gleichen Zeitraum von 2010 waren 2 430 Festnahmen und 13 219 Fälle von Menschenrechtsverletzungen registriert worden.

ANF, 21.9., ISKU

Angriff auf Polizei in Amed

In Amed kam es am Merdin Tor im Stadtteil Sure zu einem bewaffneten Angriff auf die Polizei, wobei ein Polizist getötet und zwei weitere verletzt worden sind. Die Angegriffenen Polizisten gehören zu der „Yunus- Einheit“. Der Gouverneur erklärte, das als Antwort auf den Angriff eine Militäroperation gestartet würde.

Bombardierungen von Zap

Nach Informationen von Augenzeugen wurde am 21.9. gegen 13.30 Uhr die Umgebung des Dorfes Kani Serka (Zap) von Kriegsflugzeugen der türkischen Armee bombardiert.

Gefechte in Wan

Bei Şax dauern heftige Gefechte an. Dabei sollen ein Soldat und ein Dorfschützer getötet worden sein. Drei Dorfschützer wurden verwundet.

„Die Gebeine mögen begraben sein, die Angelegenheit ist es nicht“

Mit Empörung weist die Delegation die militärische Blockade des Sammelgrabes durch die türkische Armee zurück, in der die sterblichen Überreste von Andrea Wolf und vermutlich 24 anderen Guerilleros und Guerilleras der YAJK und der PKK liegen – insgesamt sind dort vom 22. bis 24.10.1998 bis zu 41 kurdische KämpferInnen von türkischen Soldaten getötet worden.
Entgegen der mehrfachen Zusage eines freien und ungehinderten Zugangs zum Ort des Sammelgrabs in den Bergen von Catak in der Region Keleh verfügte der Gouverneur aus Wan in allerletzter Minute die kalte Aussperrung der 31-köpfigen Menschenrechtsdelegation, Mitgliedern des türkischen Menschenrechtsvereins IHD, der Arbeitsgemeinschaft Keleh sowie Angehörigen der Ermordeten und ließ am Morgen des 16. September 2011 durch die Armee die einzige Zugangsstraße sperren.
Weder diplomatischer Druck aus Deutschland und der Schweiz, noch der erneute Gesprächsversuch mit dem Gouverneur und lokalen Militärverantwortlichen waren erfolgreich: Die türkische Staatsbürokratie und das verantwortliche Militär hatte politisch entschieden, den Zugang zu dem Ort des Kriegsverbrechens zu sperren.
Die Delegation wertet dieses Verhalten als ein weiteres Schuldeingeständnis für die Tatsache eines stattgefundenen Verbrechens gegen die Menschlichkeit, das sich vor 13 Jahren ereignet hat. Nachdem die Delegation an dem Checkpoint ihren Protest zum Ausdruck gebracht hatte (mit Transparenten und mit Fotos der Ermordeten), fuhr sie auf eine Hochalm nahe des Weilers Görentas, wo Dorfbewohner vor zwei Monaten ein weiteres Sammelgrab getöteter Guerillos/as der PKK gefunden hatten und eine provisorische Grabstelle errichtet hatten.
In einer improvisierten Trauerfeier erinnerten die TeilnehmerInnen der Delegation, kurdische Angehörige und lokale Menschenrechtler an das hier stattgefundene Verbrechen, dass sich in seinem Hergang nicht von dem Mord an Andrea Wolf und ihren GefährtInnen unterscheidet: Es fand dort am 21.10.1998 – wie zwei Tage später am 23.10.1998 – nicht allein eine militärische Auseinandersetzung statt, sondern es wurde eine gefangenen genommene und verletzte PKK-Guerilla vor ihrem Tod vergewaltigt und der Kommandeur der Guerillaeinheit geköpft.
Politische Freunde und Freundinnen erinnerten an Andrea Wolf und eine Grußbotschaft der Mutter von Andrea Wolf und einer Mutter der Friedensmütter wurden verlesen. Noch während dieser improvisierten Trauerfeier fanden Teilnehmer der Delegation nur wenige hundert Meter entfernt in einem kleinen Seitental der Hochalm weitere Gebeine, die eine anwesende Ärztin aus El Salvador zweifelsfrei als Menschenknochen identifiziert hat. Auch diese wurden anschließend in dem Sammelgrab bestattet. Auch dieses Vorkommnis zeigt erneut, dass die türkische Armee und die verantwortlichen Stellen in der Justiz und der Politik keinerlei Interesse an der Aufklärung der in der Türkei stattgefundenen Kriegsverbrechen hat.
Die Delegation stellt fest, dass weder das Sammelgrab in dem Andrea Wolf liegt, noch die Grabstellte in Görentas Einzelfälle sind. Überall in den kurdischen Gebieten werden verstärkt in den letzten Monaten weitere Sammelgräber von Getöteten, Gefolterten und Ermordeten entdeckt – viele aus den Jahren 1988 bis 2000. Oft stellt sich erst nach Jahrzehnten der Unsicherheit für die Angehörigen heraus, dass die sterblichen Überreste ihre verschwundenen Töchter, Brüder, Mütter, Väter, Angehörigen und Freundinnnen in solchen Gräber liegen.
Die Delegation erklärt mit Nachdruck:
Die Wahrheit hat einen langen Atem – wir kommen wieder! Ohne die Aufklärung der Massaker und Kriegsverbrechen und die Verurteilung der Folterer und Mörder der türkischen Armee und der militärisch und politisch Verantwortlichen wird es keine Gerechtigkeit und keinen Frieden geben können – weder in der Türkei und Kurdistan, noch anderswo auf der Welt.
Die Delegation fordert die türkischen und die deutschen Behörden deshalb auf, ab sofort die Ermittlungen gegen die Mörder und Folterer von Andrea Wolf und den anderen Kämpferinnen aufzunehmen.

von der Internationalen Menschenrechtsdelegation aus El Salvador, der Schweiz und Deutschland vom 18. September 2011 aus Van/Kurdistan in der Türkei

Mitglieder der Delegation vorübergehend festgenommen

Die internationale Menschenrechtsdelegation zur Aufklärung von Kriegsverbrechen protestiert gegen die Vorführung ihrer Mitglieder Martin Glasenapp (Mitarbeiter von medico international) und Martin Dolzer (Mitarbeiter der Bundestagsabgeordneten Heidrun Dittrich/Die Linke) ins Polizeipräsidium Wan: In der Nacht vom 20.9. auf den 21.9. erschienen in dem Hotel Van Garden, in dem unsere Delegation untergebracht ist, um 1 Uhr 10 Zivilbeamte in einem Panzerwagen mit einer staatsanwaltlichen Anordnung, unsere obengenannten Mitglieder vorzuführen. Der Vorwurf: Propaganda für eine terroristische Vereinigung, der mit 3 bis 12 Jahren Haft laut türkischem Strafgesetzbuch geahndet werden kann. (...)
Um 7.30 wurden die Vorgeführten wieder entlassen. (...)
aus der Erklärung der internationalen Menschenrechtsdelegation

Angriff auf Gabar und Xakurke

Das Pressezentrum der HPG erklärte, die türkische Armee haben am 20.9. die Orte Ermûş, Geliyê Reş und Arê in der Region Xakurke mit Kriegsflugzeugen bombardiert. Es kam zu keinen Verlusten bei der Guerilla.
Die Militäroperation wurde am selben Tag ergebnislos abgebrochen. *ANF, 22.9., ISKU*

Kein Verbot von Roj TV durch Deutschland

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am Donnerstag in Luxemburg entschieden, dass Deutschland den in Dänemark ansässigen Satellitensender Roj TV nicht daran hindern dürfe, Fernsehsendungen über die Grenzen hinaus zu senden. Jedoch dürfen die Produktion von Sendungen sowie „das Zeigen von Sendungen bei großen öffentlichen Veranstaltungen“ in Deutschland verboten werden, so eine Meldung der Nachrichtenagentur dpa vom 22.9. Nur Dänemark könne prüfen, ob Sendungen des kurdischen Fernsehsenders zum Hass gegen andere Völker anstacheln und aus diesem Grund die Ausstrahlung verboten werden könne. *ISKU, 22.9.*

HPG verurteilt Anschläge

Die Guerilla der Arbeiterpartei Kurdistans PKK hat am Mittwoch jede Verantwortung für einen Anschlag zurückgewiesen, bei dem am Dienstag in Ankara drei Menschen getötet und 15 weitere verletzt wurden.
jW, 22.9., ISKU

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
jW	junge Welt

Termin:

Köln: Kundgebung | Die kriegerischen Handlungen der reaktionären Regierungen und der Imperialisten müssen sofort beendet werden!
23.09.2011, 18:00 Uhr, Domplatte
ADGH, ADHF, AGIF, ATIF-KÖLN, EÖC, MLPD südliches Rheinland, ROTE ANTIFA, SDAJ, SOL/NRW, YEKKOM, Yasanacak Dünya

Schwere Repressionen in Kurdistan und der Türkei

In Cizire und Şirnex wurden die DemonstrantInnen von der Polizei mit Wasserwerfern und Gasgranaten angegriffen. Die Jugendlichen verteidigten die Wohnviertel bis in die späten Abendstunden mit Molotowcocktails, Feuerwerkskörpern und Steinen. Auch in Silopi, in der Nähe von Şirnex, kam es am 18.9. zu Protesten gegen die Repression. Nach einem Polizeiangriff auf die Protesdemonstration kam es zu heftigen Straßenkämpfen. Eine Gasgranate traf den 17-jährigen E. K. am Kopf und verletzte ihn schwer. Aufgrund schwerer Hirnblutungen wurde er ins Krankenhaus in Wan gebracht.
Die polizeilichen Operationen, die unter dem Zeichen einer KCK-Antiterroraktion durchgeführt worden sind, stellen einen weiteren Schritt der türkischen Regierung in Richtung Krieg dar. Premierminister Erdoğan hatte zuvor gegenüber der kurdische Freiheitsbewegung gedroht: „Sie sollen nicht wie früher von uns Wohlwollen und Verständnis erwarten.“ Es ist zu beobachten, dass großangelegten Operationen, Angriffen und Menschenrechtsverletzungen immer wieder Drohungen von Erdoğan vorausgegangen sind. So erklärte er 2006, als vierzehn Jugendliche bei Protesten in Amed erschossen worden waren: „Seien es Frauen, seien es Kinder, die Sicherheitskräfte werden die Notwendigen Maßnahmen ergreifen.“
ANF, DIHA, HABERDIYARBAKIR, RojTV, Şemdinlihaber, Yüksekovahaber, Hakkarihabertv, 18.9, ISKU

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 535
30. September 2011

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Türkei: Mesopotamisches Sozialforum beendet. Erdogan droht PKK.

Rebellieren, leben

Während die türkische Regierung versucht, den Konflikt mit der Arbeiterpartei Kurdistans PKK militärisch zu lösen, ist am Sonntag in der heimlichen Hauptstadt Kurdistans das zweite Mesopotamische Sozialforum zu Ende gegangen. Vier Tage lang hatten sich rund 2000 Menschen in Diyarbakir über Möglichkeiten zur Überwindung von Ausbeutung, Krieg, Umweltzerstörung und Patriarchat ausgetauscht. »Rebellion für das Leben« stand auf einem Transparent, das Umweltaktivisten aus der Schwarzmeerregion gemalt hatten.
Am letzten Tag ging das Gerücht um, die türkische Armee habe mehrere hundert Särge bestellt. Hintergrund war die Ankündigung des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan, in einer gemeinsamen Offensive mit dem Iran gegen PKK-Stützpunkte in den Kandil-Bergen an der iranisch-irakischen Grenze vorzugehen. »Es tut mir leid, das zu sagen, aber es wird einen Preis haben«, drohte Erdogan am Sonntag an, nachdem in Pervari bei einem Guerillaangriff sechs Militärpolizisten getötet wurden. Die Armee fliegt seit Wochen Luftangriffe auf Ziele im Nordirak, auch eine grenzüberschreitende Bodenoffensive ist offenbar in Vorbereitung. Der Lärm von Militärflugzeugen auf dem Weg in die Grenzregion war für die Teilnehmer des Sozialforums in Diyarbakir mehrfach zu hören.
Nach der Tötung von vier Zivilistinnen Mitte letzter Woche, deren Fahrzeug bei einem Angriff auf eine Polizeikaserne bei Siirt irrtümlich für einen Zivilpolizeiwagen gehalten wurde, sieht sich die PKK Kritik aus der prokurdischen Partei für Frieden und Demokratie (BDP) ausgesetzt. »Auch im Krieg müssen Regeln und Ethik gelten. Es ist nicht akzeptabel, wenn Zivilisten getötet werden«, erklärte der Parteivorsitzende Selahattin Demirtas. Der für die BDP ins Parlament gewählte türkische Sozialist Ertugrul Kürkcü forderte die bedingungslose Beendigung solcher Angriffe. Die Guerilla hatte sich für den Angriff entschuldigt und eine »großangelegte Untersuchung« angekündigt.
Die von der BDP geführte Stadtverwaltung der Millionenstadt Diyarbakir, die auf Kurdisch Amed heißt, hatte dem Sozialforum öffentliche Räume zur Verfügung gestellt. Da allein innerhalb des letzten halben Jahres 1360 BDP-Mitglieder wegen angeblicher PKK-Unterstützung verhaftet wurden, war es bis zuletzt unklar geblieben, ob das Forum überhaupt stattfinden würde. Die Polizei versuchte auch von Anfang an, Protestaktionen der Teilnehmer zu verhindern. Eine von der Frauenbewegung organisierte Demonstration wurde am Freitag abend schon nach wenigen Minuten mit Räumpanzern zurück auf das Veranstaltungsgelände im Sümerpark gedrängt.
Neben den im »Kongreß für eine demokratische Gesellschaft« (DTK) organisierten kurdischen Zivilorganisationen waren linke Gruppen aus der Westtürkei und anderen Ländern des Mittleren Ostens, aber auch Gäste aus Lateinamerika und Europa vertreten. In Themenzelten wurde über Ökologie, Jugendarbeit und Muttersprache diskutiert. Kurdische Schüler, die den Unterricht boykottierten, weil er nur auf Türkisch stattfindet, kamen in ihren Schuluniformen auf das Gelände.
Neben der aktuellen Situation in den kurdischen Gebieten der Türkei, Syriens, des Iran und des Irak spielten der »Arabische Frühling« und der Antrag auf Anerkennung eines palästinensischen Staates in den Podiumsdiskussionen eine wichtige Rolle. Aktivisten aus Ägypten, Tunesien und Marokko berichteten über die Rolle der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften bei den Aufständen.

(jW, 27.9., ISKU)

Erklärung der revolutionären Jugend auf dem 2. Mesopotamischen Sozialforum (MSF)

In Bezug auf die Weltbevölkerung spielt die Jugend eine wichtige Rolle. Wir haben eine gemeinsame Identität und in Folge dessen eine gemeinsame Verantwortung, die uns verbindet. In allen kapitalistischen Ländern sind wir mit Repression konfrontiert, sobald wir politisch aktiv sind und versuchen, uns daran zu beteiligen, die Gesellschaft, in der wir leben, zu verändern. Zudem zielen kapitalistische Systeme in erster Linie darauf ab, uns zu assimilieren und uns davon abzuhalten, ein politisches Bewusstsein zu entwickeln.
Wir als Jugendorganisationen, die im Mittleren Osten, in Kurdistan, der Türkei und Europa kämpfen, sind einmal mehr zum MSF zusammengekommen. Wir haben uns über unsere Widerstandspraxen und Kämpfe ausgetauscht und die Notwendigkeit begriffen, dass wir voneinander lernen. Wir treten aktuell in eine Phase ein, in der sich die sozialen Explosionen, die aufgrund der ökonomischen Krisen entstehen, in Aufstände verwandeln. Die Diktatoren von jahrelang gefestigten Unterdrückungsregimen fallen. Von Tunesien, Ägypten, Jemen bis nach Griechenland zeigen uns die Aufstände der Bevölkerung den Weg. Die Jugend verstärkt und entwickelt vor dem Hintergrund dieser Aufstände ihren Widerstand. Auch hier in Kurdistan lodert das Feuer des Serhildan (Aufstandes).
Der im Moment unter Isolationshaftbedingungen inhaftierte Repräsentant des kurdischen Volkes, Herr Abdullah Öcalan, und mit ihm zusammen alle revolutionären Gefangenen müssen sofort freigelassen werden.

Wir rufen die Jugend in allen unterdrückerischen Staaten auf, nicht als Soldaten an ihren schmutzigen und ungerechten Kriegen teilzunehmen und den

→

Meldungen:

Izmir: 30 BDPler inhaftiert
Izmir - Auf der einen Seite werden die BDP-Abgeordneten aufgerufen ihren Boykott zu beenden und ihren Sitz im Parlament wahrzunehmen, auf der anderen Seite werden immer mehr kurdische PolitikerInnen inhaftiert. In Izmir wurden von den 38 festgenommenen BDPlern 30, darunter sechs Frauen, inhaftiert. In den letzten vier Tagen wurden 75 BDPler festgenommen.
Der Staatsanwaltschaft forderte die Inhaftierung der BDPler unter dem Vorwand, dass sie an Politikakademien Ausbildung für die kurdische Bewegung geben würden und so „Mitglieder der Bewegung" seien.

(ANF, 26.9., ISKU)

Drei weitere Bürgermeister und ein Bezirksvorsitzender der BDP festgenommen
Mit der seit dem 17.9. andauernder Verhaftungswelle in Nordkurdistan/Türkei, im Rahmen der sogenannten KCK-Operationen, wurden heute früh in Şirnex (Şırnak) der Bürgermeister Ramazan Uysal, in Hezex (Idil) der Bürgermeister Resul Sadak und in Silopi der Bürgermeister Emin Toğurlu sowie der Bezirksvorsitzende der BDP festgenommen. Wieder wurde unter dem Vorwand der KCK-Mitgliedschaft/ Unterstützung legal arbeitende und von der Bevölkerung gewählte Personen der Partei für Frieden und Demokratie festgenommen und so an ihrer Arbeit gehindert.

(ANF, 23.9., ISKU)

Kurden kehren ins Parlament zurück
Die prokurdische Partei für Frieden und Demokratie, BDP, wird ihren Parlamentsboykott beenden. Diese Entscheidung fiel am Mittwoch auf einer Parteiversammlung in Diyarbakir. Die 30 Abgeordneten der BDP-Fraktion hatten seit ihrer Wahl im Juni den parlamentarischen Eid verweigert, weil fünf weitere kurdische Abgeordnete nach ihrer Wahl nicht aus dem Gefängnis entlassen wurden und dem ebenfalls inhaftierten Hatip Dicle das Mandat aberkannt wurde. *(jW, 29.9., ISKU)*

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
jW	junge Welt

Kurmeş: Probleme werden durch kollektive Struktur gelöst

Dorfbewohner in Kurmeş, einem Dorf in Dersim, lösen ihre Probleme durch die Entwicklung kollektiver Strukturen. Organisiert im Kurmeşer Verein gehen sie Probleme, die im Dorf auftreten, gemeinsam an. Die kommunale Lebenskultur wird in den ländlichen Regionen Dersims immer noch weitergeführt.

Das Dorf Kurmeş besteht aus etwa 100 Häusern. Seit 25 Jahren werden in dem Dorf Probleme wie Armut, Umweltschutz, die Wasserversorgung oder andere Notfälle mit Hilfe von selbstgegründeten Komitees gelöst. Das Dorf bzw. der Verein sind bekannt für ihre vorbildliche Solidarität. Asiye Erarslan, die im Dorfkomitee des Kurmeşer Vereins aktiv ist, gab Auskunft zu den kollektiven Arbeiten. Sie sagte, dass sie im Dorf seit Hunderten von Jahren ihren Lebensunterhalt mit der Tierzucht bestritten haben und sie sich darum kümmern, ihre Kultur nicht zu verlieren. Aus dem Ort kommen auch zahlreiche Akademiker, Richter, Anwälte und Künstler, die nun in unterschiedlichen Orten leben.

Im Moment gibt es drei Komitees: in Istanbul, in Europa und im Dorf selbst, die mit gemeinsamen Entscheidungen die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen versuchen und die auftretenden Probleme lösen.

Zum Beispiel hat sich das Dorfkomitee vor 25 Jahren entschieden, die Ziegen, die der Natur Schaden zufügten, zu verkaufen. Die Wälder des Dorfes wurden von den weidenden Ziegen stark geschädigt. In der vergangenen Zeit wurden die Wälder wieder aufgeforstet und haben sich aufgrund der Entscheidung gut erholt.

Asiye Erarslan, erklärte, dass vor allem in ländlichen Regionen Frauen kein Entscheidungsrecht besitzen. In ihrem Dorfverein sei aber eine Frau die Vorsitzende. Auch die Mehrheit des Vereinsvorstandes bestehet aus Frauen. Frauen und Männer besitzen im Dorf gleiches Mitspracherecht. Wenn im Dorf Gewalt gegen eine Frau, egal ob verbal oder physisch, ausgeübt wird, kommt das gesamte Dorfkomitee zusammen. Der Täter wird dann nach alewitischen Recht bestraft.

Türkan Güneri, ein weiteres Mitglied des Dorfkomitees, erklärte, dass sie die Landschaftsgestaltung selbst in die Hand genommen haben. Auch die Entsorgung des Mülls wird von ihnen organisiert. Der Müll wird nicht mehr unachtsam auf die Straßen geworfen, sondern in den Häusern gesammelt und regelmäßig an einem bestimmten Ort vernichtet. Auch auf umherstreunende Tiere wird geachtet, damit die Ortschaft nicht verdreckt wird.

In dem Dorf gibt es wegen der Solidarität untereinander keine Menschen, die sich in finanzieller Not befänden, erklärte Türkan Güneri. Familien von Inhaftierten oder Kranken werde durch Spenden geholfen. Die Unterstützung kommt aus Istanbul, Europa und dem Dorf selbst.

Falls jemand außerhalb des Dorfes lebt und zu Tode kommt, übernimmt das Dorfkomitee die Organisation der Rückführung und der Beerdigung.

Die Frauen gründen eine Imkerinnen-Kooperative

Der Tulum-Käse wird von den Frauen hergestellt. Er wurde in der Region patentiert. Zurzeit gründen Frauen aus dem Dorf eine weitere Kooperative, um eine Bienenzucht aufzubauen.

Außerdem wurde vom Dorfkomitee beschlossen, dass das Kurmeş-Festival, das alljährlich in Europa stattfindet, künftig im Dorf selbst organisiert werden soll. Ein Ziel dieses Festivals, dass mit Podiumsdiskussionen, Musik, Filmen und Theater begangen werden soll, ist der Erhalt und die Weiterentwicklung der kurdischen alewitischen Kultur.

(ANF, 24.9., ISKU)

Aktion gegen die Haftbedingungnen Abdullah Öcalans

Kurdische Jugendliche besetzen Fersehsender

Kurdische Jugendliche haben am Mittwoch Redaktionsräume des Fernsehsender RTL in Köln besetzt und gefordert, dass der Sender eine Erklärung mit der Forderung nach einem Ende der Isolation von Abdullah Öcalan ausstrahlt.

Die Jugendlichen waren mit einer harten Haltung der Polizei und der Verantwortlichen bei RTL konfrontiert; der geforderte Auftritt in der Sendung „Explosiv“ wurde ihnen verwehrt.

Etwa 30 DemonstrantInnen wurden eilig von der Polzei festgenommen und RTL erstattete Anzeige gegen die KurdInnen, obwohl bei der Aktion nichts beschädigt wurde und der Sendebetrieb nicht eingeschränkt war.

Nach der Aktion, die von 16:30 Uhr bis 22:00 Uhr andauerte, kommentierte der deutsche Außenminister Westerwelle (FDP) die Aktion als Angriff auf die Pressefreiheit und erklärte: „Deutschland und die EU betrachten die PKK als Terrororganisation. Wir stehen der Türkei in ihrem Kampf gegen die PKK bei.“ *(ANF, 29.9., ISKU)*

Erklärung der revolutionären Jugend

Kriegsdienst zu verweigern. Um eine Welt ohne Grenzen und Klassen zu erkämpfen, müssen wir als Jugendliche unsere Solidarität verstärken und eine gemeinsame Widerstandslinie aufbauen.

In diesem Zusammenhang wollen wir eine Konferenz organisieren, um unsere Gemeinsamkeit im Denken und Fühlen auszubauen. Wir planen diese Konferenz gegen Ende des Jahres 2012 in der Türkei zu organisieren.

Lasst unsere Solidarität wachsen, Gelegenheiten zum gemeinsamen Widerstand schaffen und unsere Schritte Schulter an Schulter gegen den Faschismus vermehren….

Es lebe unser internationaler revolutionärer Kampf
Hoch die internationale Solidarität

Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin (ARAB)

Demokratische Jugend Bewegung (DGH)
Sozialistische Föderation der Jugendvereine (SGDF)
Sozialistische Demokratische Partei / Revolutionäre Jugend (SDP – Dev Genc)
Palästinensische Jugend Bewegung
Arbeiterjugend (Emek-Gençliği)
Neue Demokratische Jugend (YDG)
YXK – Verband kurdischer Studierender in Europa

Termin:

HH | Internationale Delegation zur Aufklärung von Kriegsverbrechen und Anklage der Täter

Zwischen dem 14. und 25.09.2011 reiste eine internationale Delegation mit FreundInnen, politischen WeggefährtInnen von Andrea Wolf und MenschenrechtlerInnen aus Deutschland, El Salvador und der Schweiz in die Türkei. Sie wollte gemeinsam mit VertreterInnen des türkischen Menschenrechtsvereins (IHD), und dem Arbeitskreis Keleh zur Aufklärung des Massakers in den Bergen bei Çatak in der Region Wan Massengräber aufsuchen, die von IHD MitarbeiterInnen im Frühjahr 2011 entdeckt und gesichert worden waren. Dort sollte eine gemeinsame Gedenkveranstaltung für die von der türkischen Armee am 23. Oktober 1998 bei einem Kriegsverbrechen Ermordeten und dort Begrabenen stattfinden. Unter den Ermordeten befindet sich auch die Internationalistin Andrea Wolf (Ronahî), die sich den YAJK-Fraueneinheiten in der Guerilla angeschlossen hatte. Laut Aussagen von AugenzeugInnen wurde Andrea nach der Gefangennahme durch türkische Soldaten gefoltert und ermordet. Das türkische Militär verhinderte die Fahrt zu dem Grab. Dennoch wurde Strafanzeige gegen Verantwortliche des türkischen Militärs von den Angehörigen in Begleitung der Delegation bei der Staatsanwaltschaft in Çatak eingereicht und eine offizielle gerichtsmedizinische Untersuchung der provisorischen Massengräber gefordert.

Seit über 10 Jahren bemühen sich die Samstags- und Friedensmütter, Menschenrechtsvereine und Angehörigenorganisationen wie IHD, TIHV oder MEYA-Der unter schwersten Bedingungen um eine Aufklärung der Massaker der türkischen Armee.

Eine Delegationsteilnehmerin der ISKU berichtet von der Reise, dem MSF und der aktuellen Situation vor Ort. Mit Diashow.

5. Oktober 2011, 18:30 Uhr
TATORT-Kurdistan Café im Centro Sociale
Sternstr. 2 in Hamburg (U-Feldstraße)

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 536
07. Oktober 2011

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Seit April 2009: 7748 Festnahmen, 3895 Inhaftierungen

Die BDP-Verantwortliche für Justiz und Menschenrechtsangelegenheiten und stellvertretende Parteivorsitzende Meral Danış Bestaş hat am Donnerstag Zahlen zu den seit 2009 laufenden Festnahmen und Inhaftierungen im Rahmen der laufenden „KCK-Ermittlungen" gegeben. Diese gegen kurdische PolitikerInnen, MenschenrechtsverteidigerInnen und JournalistInnen durchgeführten „politischen Operationen" sind nach Aussagen von Meral Danış Bestaş der Ausdruck von Ausweglosigkeit, die nach Anweisungen des Ministerpräsidenten weitergeführt werden. Demnach wurden mit Beginn dieser Inhaftierungswelle seit dem 14. April 2009 insgesamt 7 748 Personen festgenommen, wovon 3 895 Personen dem Gericht vorgeführt worden sind und sich nun in Untersuchungshaft befinden. Das entspricht täglich neun Festnahmen.



Allein in den letzten sechs Monaten sind 4 148 Menschen festgenommen worden, von denen 1 548 in die U-Haft genommen worden sind. Unter den bisher Inhaftierten befinden sich zwei Provinzparlamentsvorsitzende, vier stellvertretende Provinzparlamentsvorsitzende, 29 StadträtInnen, zehn BürgermeisterInnen, zehn stellvertretende BürgermeisterInnen. In der Erklärung wird auch darauf hingewiesen, dass sich am 23. September in Izmir unter den 30 Festgenommenen ein Mitglied des BDP-Parteiparlaments und ein Mitglied der BDP-Parteiführung befunden haben.

Nach Informationen von Meral Danış Bestaş ist es sehr schwierig zu verfolgen, wie viele Personen festgenommen und inhaftiert worden sind. In der Erklärung stellte sie auch folgende Fragen: „Befinden wir uns in einer Entwicklung der Demokratie oder in Bewegung zur Unterdrückung von Oppositionellen? Will der Ministerpräsident die Verhandlungen in den Gefängnissen durchführen? Wenn es so weitergeht, wie wird der Ministerpräsident überhaupt Ansprechpartner finden? Mit wem soll denn das neue Grundgesetz erarbeitet werden? Wie viele tausend Personen hat der Ministerpräsident auf seiner Liste der zu Inhaftierenden?"
Meral Danış Bestaş machte auch auf die neueste Drohung des Ministerpräsidenten aufmerksam, demnach nun die WählerInnen der BDP auf der Angriffsliste stehen: „Es reicht nicht, dass die Führungskräfte und Gewählten der BDP inhaftiert wurden. Jetzt sollen die WählerInnen bestraft werden. Wir rufen die Bevölkerungen der Türkei auf, ihre Zukunft zu verteidigen und sich gegen diese Tyrannei zu stellen."

Meral Danış Bestaş ging in ihrer Erklärung auch zu den letzten Verhaftungen ein: „Am 22. September wurden 47 Personen inhaftiert, darunter drei BürgermeisterInnen. Am 2. und 3. Oktober wurden in Amed (Diyarbakir) 31 Personen inhaftiert. Davon sind u. a. zwei Mitglieder der Parteiführung, ein stellvertretender Provinzvorsitzender der BDP, ein stellvertretender. Bürgermeister, ein Stadtrat, ein Mitglied des Provinzparlaments. Diese 86 Personen sind noch nicht dem Haftrichter vorgeführt worden. Auch die Bürgermeisterin von Dêrika Çiyayê Mazî (Derik) in der Provinz Mêrdîn (Mardin) befindet sich unter ihnen. Unter den 115 Festgenommenen in Istanbul am 3. Oktober sind sieben Mitglieder des Parteiparlaments, vierzehn Kreisvorsitzende, dreizehn Provinzvorstandsmitglieder, neun frühere Provinzvorstandsmitglieder. In Mersin wurden am 4. Oktober nach einer Demonstration 120 Personen festgenommen davon wurden erst 66 freigelassen.
In der Provinz Entep (Gaziantep) wurden am 1. und 4. Oktober insgesamt 20 Personen festgenommen, darunter vier Provinzvorstandsmitglieder, zwei Kreisvorsitzende. Und in der Stadt Tetwan (Tatvan) wurden elf Personen festgenommen, unter ihnen sind der stellvertretende Bürgermeister und der stellvertretende Kreisvorsitzende."

ANF, 6.10., ISKU

Firat News Agency in der Türkei verboten

Das Schwere Strafgericht in der Türkei hat die Websiteerweiterung firatnews.org der Nachrichtenagentur Firat (ANF) aus „Sicherheitsgründen" verboten.
Seit der Gründung im Jahr 2005 ist ANF ständiges Ziel unterschiedlicher Angriffet. Neben versuchen, die Internetseite zu hacken, wurden sie mit ständigen Verboten belegt. So wurde die Webadresse www.firatnews.ws im Juni wegen „pornografischer Inhalte", die Webadressen mit den Endungen .com, .nu oder .eu waren früher schon ohne Angaben von Gründen verboten.
ANF bezeichnet das neue Verbot als Angriff auf die Presse- und Meinungsfreiheit. „Die Wahrheit soll zum Schweigen gebracht werden", so ANF. In der jetzigen Phase, in der KurdInnen und Kurden starken repressiven Angriffen ausgesetzt sind, soll die freie Presse mundtot gemacht werden. Doch die türkische Regierung solle endlich verstehen, dass „freies Denken nicht mit Verboten verhindert werden kann." Trotz aller Verbote und Drohungen ist ANF entschlossen, ihre Arbeit fortzuführen.
Die Türkei zählt heute zu den Ländern mit der stärksten Zensur im Internet. Laut OSZE wurden mehr als fünftausend Seiten in den Jahren 2009–2010 blockiert, andere Stellen sprechen von mehr als siebentausend Seiten. Unter anderem ist auch die Internetseite der ISKU in der Türkei nicht erreichbar.

ANF, 6.10., ISKU

Meldungen:

Iran: Kurdischer politischer Gefangener heimlich hingerichtet

Das iranische Regime hat heimlich den kurdischen politischen Gefangenen Eziz Xakzad gehängt, obwohl ein Gericht seine Strafe auf fünf Jahre Gefängnis reduziert hatte. Eziz Xakzad wurde hingerichtet, ohne das seine Familie und sein Anwalt davon in Kenntnis gesetzt worden sind.
Nach einer Meldung des Nachrichtenportal Hrana wurde der 29-jährige Eziz Xakzade 2007 verhaftet und vom Revolutionsgericht wegen „Krieg gegen Gott" und „Unterstützung einer kurdischen Partei" zum Tode verurteilt. Allerdings hatte ein höheres Gericht die Strafe auf fünf Jahre Gefängnis geändert und überstellte ihn von Selmas in das Kerman Gefängnis, wo er am Morgen des 4. Oktober 2011 heimlich gehängt worden ist.
Weitere 18 kurdische politische Gefangene werden in iranischen Gefängnissen mit ihrer Hinrichtung bedroht: Zeyneb Celaliyan, Serko Mearifî, Hebibûlla Letîfî, Sami Husênî, Cemal Mihemedî, Rustem Erkiya, Mistefa Selimi, Enwer Rostemî, Irec Mihemedî, Mihemed Emin Agusi, Ehmed Pûladxanî, Hesen Tale'î, Ezîz Mihemedizade, Hebibulla Gulperîpûr, Ebdûlah Sirurî, Resid Axkendî, Loqman Muradi ve Zanyar Muradi.
Bereits am 3. Oktober sind acht weitere Gefangene im Iran wegen angeblichem Drogenhandel gehängt worden.

ANF, 5.10., ISKU

120 Festnahmen bei Beerdigung in Mersin

Bei der Beerdigung des Mitglieds der Volksverteidigungskräfte (HPG) Sadik Kaya (Rojhat) auf dem Güneykent-Friedhof in Mersin, wurden mindestens 120 Personen, die an der Trauerzeremonie teilnahmen, festgenommen. Seine Familie und Tausende von Menschen nahmen an der Beerdigung teil.
Nach der Beerdigung verwandelte die Polizei den Friedhof in ein Schlachtfeld; sie griff die Trauernden mit Knüppeln, Wasserwerfern und Tränengas an. Viele Menschen wurden durch den Angriff verletzt.
Vierundfünfzig Person, darunter auch der lokale Vorsitzende der Partei für Frieden und Demokratie BDP Cihan Yilmaz sowie andere BDP-Funktionäre

HPG veröffentlicht Kriegsbilanz des Monats September

BEHDÎNAN – Die Volksverteidigungskräfte HPG veröffentlichten die Kriegsbilanz des Monats September. Demnach wurden im September 80 Soldaten und 20 Polizisten getötet, 24 Guerillas verloren ihr Leben. Ein Polizist wurde von der Guerilla in Haft genommen, 20 Personen wurden von der Guerilla festgenommen. Die türkische Armee führte in diesem Monat 38 Boden- und 30 Luftangriffe durch. Dabei wurden insgesamt acht ZivilistInnen hingerichtet und 10 ZivilistInnen schwer verletzt.

Das Pressehauptquartier erklärte, seit dem 17. August habe die türkische Armee pausenlos Operationen und Luftangriffe durchgeführt.

Die HPG sagten: „Der türkische Staat und die türkische Regierung haben seit dem 17. August bis jetzt die Medya-Verteidigungsgebiete und viele andere Regionen in Südkurdistan mit Luftangriffen eingedeckt. Neben den Luftangriffen fanden in zahlreichen Regionen, die unter unserer Kontrolle stehen, Angriffe durch Mörsergranaten statt. Außerdem fanden Vernichtungsangriffe gegen unsere Guerillas statt.

Im September 2011 hat der türkische Besatzerstaat auf systematische Weise neben unserer Guerilla die Zivilbevölkerung ZivilistInnen in den Städten zum Ziel genommen und hingerichtet. Im Dorf Şapata bei Şemzînan wurden vier PatriotInnen durch Helikopterbeschuss ermordet. Im Dorf Melê wurde im Kugelhagel die Familie Doğu gezielt hingerichtet. Es gibt weitere Beispiele für das Konzept der AKP.“

Türkische Armee richtet zwei Dorfschützer hin

Die HPG erklärten, dass die Besatzungsarmee ihre Aktionen des schmutzigen Spezialkrieges diesen Monat fortgeführt habe: „Zuletzt hat die türkische Besatzerarmee um die Befreiungsbewegung und die Dorfschützer [wörtlich Banditen] gegeneinander aufzubringen im Dorf Şitaza zwei Dorfschützer ermordet. Sie versuchten, dies der Guerilla in die Schuhe zu schieben. Wir haben dazu eine Erklärung abgegeben.“

„Wir werden unsere Aktionen fortführen“

In der Erklärung der HPG heißt es weiter: „ Der Staat, die Regierung und die Polizei haben in diesem Monat insbesondere Angriffe gegen die legalen Bereiche, wie die Politik, die Jugend, zivile Einrichtungen und Institutionen geführt. Daher hat auch die Guerilla insbesondere Aktionen gegen die AKP-Polizei durchgeführt. Solange die faschistischen Angriffe der AKP-Polizei andauern, werden wir die Aktionen gegen die Polizei fortführen.

Im Monat September gab es auch ein Ereignis in Sêrt, das nicht hätte geschehen dürfen. Bei einer Aktion unserer Guerilla in Sêrt haben vier ZivilistInnen ihr Leben verloren. Dafür bitten wir unser Volk, die Familien der Betroffenen und die Öffentlichkeit nochmals um Entschuldigung. Wir werden diese Vorkommnisse gründlich untersuchen. Wenn wir alles aufgeklärt haben, wenn wir ein Ergebnis haben, so versprechen wir, dass wir dieses mit der Bevölkerung teilen werden.“

Zur Bilanz des Monats September erklären die HPG:
Militäroperationen der türkischen Armee: 38
Brände ausgelöst durch Militäroperationen: 15
Angriffe mit Kobra-Helikopter: 15
Luftangriffe der türkischen Besatzungsarmee: 30
Angriffe des Feindes mit Mörsergranaten: 19
Aktionen der Guerilla: 40
Soldaten der türkischen Armee, die durch die Guerilla getötet wurden: 73
Polizisten, die durch die Guerilla getötet wurden: 20
Verhaftete Polizisten: 1

Zerstörte Fahrzeuge:
Panzer: 3
Wagons: 3
Gepanzerte Fahrzeuge:1
Lastwagen. 1
Zugmaschinen: 1
Tanker: 1
Laster:2
Bulldozer: 1

Von der Guerilla erfolgte Festnahmen: (12 davon Lehrer): 20

Namen der gefallenen Guerillas: Erdal Tolhildan/Mehmet Emin, Sevilgen Şahin Roboski/Ahmet Encü, Adil Rêzan/Fehmi Atdemir, Rubar Serhat/Selman Xoşnimek, Bager Andok/Mehmet Şakir Yavaş, Leheng Qamişlo/Samir Ferhan, Harun Kajin/Fevzi Yıldız, Rojhat Kobani/Mahibal İbrahim Bozan, Ali Hamza Makü/Abdullah Eyyübi, Partizan Bagok/Abdulselam Karakuş, Vejîn Mijda/Nergiz Pirod, Azad Serbilind/Serbulent Yilmaz, Rizgar Farqin/İlyas Olçen, Rojhat Maku/Kawus Dellaimilan, Mahsum Şoreş/Zemirhan Tokdemir, Şoreş Derik/Suleyman Reşit, Rubar Hacelya/Selman Gur, Rozerin Piran/Gulumse Eşin, Xebat Amed/Mehmet Turk, Dicle Gever/Elif Demir, Erdal Çiyayi/Babek Lemori, Rojhat Serhat/Yusuf Saldun, Azad Cudi/Fatih Minaz, Ruken Cudi/Heybet Gungen *ANF, 4.10., ISKU*

befinden sich noch immer im Polizeipräsidium von Mersin.
Mit den Festnahmen in Mersin erhöhte sich die gestrige Bilanz von festgenommenen Kurden und Kurdinnen auf 270 Personen.
Sadik Kaya (Rojhat) verlor sein Leben am 2. Oktober bei einem Gefecht mit der türkischen Armee in Bazarcix (Pazarcık) in der Provinz Gurgum (Maraş).
DIHA, 5.10., ISKU

Journalisten noch immer in Gewahrsam

Die Journalisten, Tayyip Temel, ehemaliger Chefredakteur und derzeitiger Kolumnist von Azadiya Welat, der einzigen kurdischsprachigen Tageszeitung in der Türkei, und Kazım Şeker, Herausgeber der Tageszeitung Özgür Gündem, befinden sich noch immer wegen angeblicher Kontakte zur Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan (KCK) in Gewahrsam.
Es muss davon ausgegangen werden, dass Temel und Şeker an das Gericht verwiesen werden, da die 48 Stunden Festnahmefrist heute abläuft.
Am 4. Oktober wurde ebenso der Journalist der Nachrichtenagentur Dicle (DIHA), Aydın Yıldız, wegen angeblicher Kontakte zur KCK festgenommen.
Die Solidaritätsplattform mit den inhaftierten Journalisten (TGDP) verurteilte die Festnahmen und Verhaftungen von Journalisten. Sie bezeichneten die Repression als „direkte Angriffe auf die Pressefreiheit."
DIHA, 5.10., ISKU

Demo gegen NATO-Radar

Tausende Menschen haben in der Türkei gegen den Bau eines Frühwarnradars des geplanten NATO-Raketenabwehrsystems demonstriert. In Kürecik gingen am Sonntag rund 5000 Demonstranten auf die Straße. Die Türkei hatte Anfang September angekündigt, dass sie bis Jahresende ein erstes Element des geplanten neuen Raketenabwehrsystems der NATO in Betrieb nehmen werde. *jW, 4.10., ISKU*

Quellen:

ANF	Fırat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
jW	junge Welt

Öcalans Rechtsanwälten erneut Überfahrt nach Imrali verweigert

Erneut wurde der Antrag der AnwältInnen von Abdullah Öcalan, ihren Mandanten im Hochsicherheitsgefängnis auf der Gefängnisinsel Imrali zu besuchen, abgelehnt. Die Staatsanwaltschaft von Bursa begründete die Ablehnung damit, dass das Boot, das die AnwältInnen auf die Insel bringen soll, noch immer nicht funktioniert.

Den letzten Kontakt hatte Abdullah Öcalan mit seinen AnwältInnen am 27. Juli 2011.

Angehörige fürchten um das Leben der Gefangenen

Auch zu den anderen fünf Gefangenen auf Imrali gibt es keinen Kontakt. Medine Kaymaz hat ihren Sohn Bayram Kaymaz schon sechs Monate nicht mehr sehen können, seit zwei Monaten hat sie keine Nachricht von ihm erhalten. Bayram Kaymaz ist einer der fünf Gefangenen auf der Gefängnisinsel Imrali. Medine Kaymaz erklärte, dass die Angehörigen der Gefangenen sehr besorgt sind um das Leben und die Gesundheit ihrer Kinder und sie alles tun werden, um ihre Kinder wieder besuchen zu können.

Die Gefangenen im Hochsicherheitsgefängnis von Imrali, Şeyhmuz Poyraz, Cumali Karsu, Hakkı Alkan, Hasbi Aydemir und Bayram Kaymaz protestieren gegen die Reduzierung ihrer Besuchszeiten mit einem Besuchsboykott. Mit der totalen Isolation Abdullah Öcalans wurde auch den anderen Gefangenen seit dem 27. Juli ihr Recht auf weitere Kommunikation, auf Telefon und Brief, genommen.
DIHA, 5.10., ISKU

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 537
14. Oktober 2011

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

KCK: Die Phase des ununterbrochenen Widerstandes beginnt

Trotz Verbot der Demonstration nach und in Gemlik, einer Hafenstadt der Türkei nahe Bursa, dort, wo eigentlich die AnwältInnen Abdullah Öcalans auf die Fähre steigen, um auf die Gefängnisinsel Imralı zu ihrem Mandanten zu gelangen, protestierte die kurdische Bevölkerung an vielen Orten am 13. Jahrestags des internationalen Komplotts gegen die kurdische Freiheitsbewegung. Am 9. Oktober 1998 verließ Abdullah Öcalan Syrien, um die eskalierte Situation zwischen den beiden Staaten Türkei und Syrien zu beruhigen. Für Öcalan begann an diesem Tag eine Odyssee durch verschiedene Länder, die mit seiner Festnahme und der Auslieferung an die Türkei endete. Die kurdische Bevölkerung brachte in diesen Tagen auch ihren Protest gegen die seit Juni anhaltende totale Isolation von Öcalan auf die Straße.

Die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan KCK gab zu diesem Protest eine Erklärung ab, die wir hier dokumentieren:

Das Volk Kurdistans hat zum 13. Jahrestag des Beginns des Internationalen Komplotts im Vergleich zu den Vorjahren in einem weitaus größeren Ausmaß – und das trotz aller Bemühungen der AKP-Regierung, dies zu unterbinden – protestiert. Die Proteste im In- und Ausland sind gleichzeitig als Ablehnung der gesetzlosen und unmoralischen Isolationspolitik gegenüber dem Vorsitzenden Apo [Abdullah Öcalan] zu verstehen. Das kurdische Volk hat sich in aller Deutlichkeit zu ihrem Vorsitzenden bekannt. Unser Volk hat diesen Widerstand in einer Atmosphäre an den Tag gelegt, in der die Demonstration in Gemlik verboten wurde und die Polizei zur Jagd auf KurdInnen angesetzt hat. Die AKP-Regierung hat durch das Demonstrationsverbot versucht, den Protest zu schmälern, aber das kurdische Volk hat diesen Plan durch seine widerständige Haltung ins Leere laufen lassen.

Die Türkei entwickelt sich immer mehr zu einem Polizeistaat, der in Kurdistan eine faschistische Praxis an den Tag legt. Die Polizeikräfte der AKP greifen unser Volk und die gewählten VertreterInnen der Bevölkerung an und versuchen sie zu erniedrigen. Der Staat zeigt sein kolonialistisches Gesicht, indem er den VertreterInnen des kurdischen Volkes sagt: „Ich bin der Staat und, wer bist du!“ Die Polizei, die im Namen des Staates agiert, steigert täglich seine faschistische Praxis und nimmt vermehrt Kinder und alte Frauen zum Ziel.

Mit einer hinterhältigen Strategie des Spezialkrieges isoliert die AKP-Regierung zum einen unseren Vorsitzenden Abdullah Öcalan und zum anderen setzt sie weiter auf Luftangriffe und militärische Operationen, gepaart mit hochentwickelter Waffentechnologie. Unsere Berge werden tagtäglich unzählige Male bombardiert, wodurch die gesamte Region praktisch in eine Hölle verwandelt werden soll. Gegenüber dem kurdischen Volk und der kurdischen Politik wird ein Kurs verfolgt, welcher besagt „Wir töten euch nicht. Aber wir setzen euch mit faschistischen Methoden außer Kraft!“

Dieser menschenunwürdigen Politik der AKP muss mit einem gesellschaftlichen Widerstand Einhalt geboten werden. Mit den Protesten gegen die Totalisolation

→

Öcalan: Die Regierung hat die Gespräche ausgesetzt, nicht wir

Der PKK-Vorsitzende Öcalan, der seine Familie sieben Monate und seine Anwälte drei Monate nicht sehen konnte, gab bei dem am Mittwoch stattgefundenen Besuch seines Bruders Mehmet Öcalan eine Erklärung ab in der er erklärte: „Der Prozess wird von Seiten der Regierung blockiert, nicht von uns aus. Sie versuchen, unseren Mund zu verschließen, indem sie unsere Treffen verhindern, aber wir stehen hinter unserem Wort.“

Im Gespräch mit ANF über das Gespräch mit dem PKK-Vertreter sagte Mehmet Öcalan: „Nach sieben Monaten sind wir endlich wieder zusammengekommen, doch mein Bruder kann immer noch nicht seine Anwälte sehen. Er glaubt, die augenblickliche Situation habe mit dem aktuellen Prozess zu tun und er forderte Aufmerksamkeit wegen der Ernsthaftigkeit der Situation. Er sagte, er sei bereit, seine Rolle für ein Ende des Blutvergießens zu spielen.“

Nach Informationen von Mehmet Öcalan sagte der PKK-Vertreter folgendes:

* „Die Regierung versucht politische Vorteile aus der aktuellen Situation zu ziehen. Die Aussetzung der Treffen mit dem Staat steht in diesem Zusammenhang. Der Prozess, der in früheren Verhandlungen an einen gewissen Punkt gekommen war, ist nun blockiert. Ich habe keine Ahnung, ob die Verhandlungen erneut beginnen werden. Ich werde erneut jede Anstrengung unternehmen, um das Blutvergießen zu verhindern.

* Die Regierung und der Staat müssen mehr Mut aufbringen, um die Tränen der Mütter der Guerillakräfte und der Soldaten zu beenden. Ich bin bereit, jede Anstrengung zu unternehmen, um dies zu erreichen. Die KurdInnen können nicht vernichtet werden. Sie versuchen, unsere Stimme zum Verstummen zu bringen, in dem sie unsere Treffen verhindern, aber ich stehe zu dem, was ich bisher in den Verhandlungen gesagt habe.

* Wir haben den Prozess nicht blockiert, im Gegensatz zu dem, was die türkischen Medien und die Kolumnisten schreiben. Die JournalistInnen sollten sich an die Wahrheit und die Fakten halten, da sonst was sie schreiben nicht zum Frieden beiträgt. Ansonsten werden sie den Prozess nicht voranbringen.

* Ich weiß nicht, wann die Treffen mit den AnwältInnen und der Familie wieder beginnen. Aber die Treffen wurden im Zusammenhang mit der Haltung der Regierung ausgesetzt. Einige Medien berichteten, dass ich eine Isolationsstrafe erhalten hätte, das ist nicht wahr. Ich sende Grüße und Hochachtung an unser Volk. Sie sollen Hoffnung haben, die KurdInnen werden gewinnen.“

(ANF, 13.10, ISKU)

Meldungen:

Wieder fünf Menschen in Şirnex festgenommen

Die Verhaftungswelle ist noch nicht gestoppt. Am 7.10 ab 3 Uhr in der Nacht stürmte die Polizei mehrere Häuser in der Innenstadt von Şirnex (Şırnak). Fünf Personen wurden festgenommen, darunter der Stadtrat von Şirnex, Halit Çakan und der BDP-Mitarbeiter Nesîr Ayan. In den letzten Tagen wurden schon 52 Menschen in Haft genommen. Aus der Region sind bereits der Bürgermeister von Şirnex, Ramazan Uysal, der Bürgermeister von Silopi, Emin Toğurlu und der Bürgermeister von Hezex (Idil) Resul Sadak, inhaftiert. *(ANF, 7.10., ISKU)*

Bürgermeister von Sêrt zu 20 Monaten Gefängnis verurteilt

Der Bürgermeister von Sêrt (Siirt), Selim Sadak ist zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und acht Monaten für eine Rede, die er 2011 gehalten hat, verurteilt worden. Mit seiner Rede soll er „Propaganda für eine illegale Organisation“ gemacht haben. Seine Anwälte werden Rechtsmittel gegen das Urteil einlegen. In neun unterschiedlichen Verfahren wurde Sadak zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt. *(ANF, 7.10., ISKU)*

Hinterland für Rechtsterroristen

Ein wegen seiner Beteiligung am sogenannten »Sivas-Massaker« an Aleviten gesuchter türkischer Rechtsterrorist hat jahrelang unbehelligt in Deutschland gelebt. Das berichtete die türkische Tageszeitung Hürriyet zu Wochenbeginn. Der mit einem blauen Flüchtlingspass, ausgestellt von der BRD, reisende Vahit Kaynar war Ende September aufgrund eines Interpolhaftbefehls an der Grenze zu Polen gefaßt worden. Die türkische Justiz hat von Polen Kaynars Auslieferung beantragt, dessen Anwälte fordern eine Rücküberstellung nach Deutschland.

Am 2. Juli 1993 hatten Tausende Islamisten und Faschisten das Madimak-Hotel in Sivas, in dem ein alevitisches Festival stattfand, belagert und in Brand gesetzt. Polizei und Feuerwehr griffen erst nach rund acht Stunden ein, so daß 33 linksgerichtete Intellektuelle und Künstler sowie zwei Hotelangestellte in dem Gebäude verbrannten. Der atheistische Schriftsteller und Übersetzer von Salman Rushdis »Satanischen Versen«, Aziz Nesin, dem der Angriff vor allem galt, überlebte leicht verletzt. Es

IHD veröffentlicht interaktive Karte von Massengräbern

Der Menschenrechtsverein IHD hat die erste interaktive Karte von Massengräbern in der Türkei der Presse vorgestellt.
Zusammen mit der Karte, die unter *www.ihddiyarbakir.org* aufgerufen werden kann, wurde auch die aktualisierte Fassung eines Berichts über die Massengräber veröffentlicht, der zuerst im Februar erschienen war. Demzufolge gibt es mindestens 3.248 Leichname in 253 verschiedenen Gräbern.
Der IHD-Sekretär Bilici geht davon aus, dass die meisten der 40.000 Kriegsopfer nicht in regulären Gräbern bestattet sind. Viele Militante und ZivilistInnen, die extralegal ermordet worden sind, wurden von staatlichen oder militärischen Kräften in Massengräbern verscharrt. Bilic erinnerte an eine Äußerung des Gründers der Geheimdienst- und Anti-Terror-Abteilung der Gendarmerie (JITEM) Arif Doğan: „Glaubt ihr wirklich, wir würden sie in normalen Gräbern bestatten? Natürlich liegen sie in Massengräbern." Bilici bezeichnete die inhumanen Praktiken der 90er Jahre als „Verletzungen von internationalen Abkommen, Menschenrechten und der menschlichen Würde."
Bilici wies darauf hin, dass der Bericht auf geprüften Aussagen und Untersuchungen beruht. Der erste Bericht, der am 11. Februar 2011 veröffentlich wurde, habe zu vielen weiteren Entdeckungen und Untersuchungen geführt. „Im neuen Bericht gibt es nun dreimal so viele Daten über Massengräber", so der IHD-Sekretär. Am Ende seiner Rede rief er die Regierung sowie Nicht-Regierungs-Organisationen auf, sich zu den Massengräbern zu verhalten. Von Seiten des Staates herrscht bislang bezüglich der Massengräber eine gespenstische Stille.
Seit Januar haben tausende KurdInnen in Bitlîs, Amed (Diyarbakır), Sêrt (Siirt), Mêrdîn (Mardin), Colemêrg (Hakkari) und Elih (Batman), aber auch in großen Städten wie Istanbul, Izmir, Mersin und Adana gegen das Schweigen der türkischen Regierung und der internationalen Gemeinschaft protestiert. Die größte kurdische Partei BDP und Menschrechtsorganisationen wie der IHD und der TIHV fordern die Einrichtung einer Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission, um alle Vorfälle im Land zu untersuchen. Organisationen wie MEYA-DER und Göc-Der, die Angehörige von Getöteten repräsentieren, die Partei für Frieden und Demokratie (BDP), der Menschrechtsverein IHD und zahlreiche NGOs, Gruppen und Frauenrechtsorganisationen haben Demonstrationen angeführt und Pressekonferenzen zu dem Thema abgehalten.
Die Debatte um Massengräber hatte sich insbesondere nach dem 5.1. verschärft, als im Rahmen einer Untersuchung über das Schicksal von 38 seit Jahren verschwundenen KurdInnen die sterblichen Überreste von 12 Menschen in einem Grab in Motkî (Mutki) in der Provinz Elih (Batman) gefunden wurden. Seitdem entdeckten DorfbewohnerInnen dutzende weitere Gräber.
Trotz Anträgen von Menschenrechtsorganisationen und Angehörigen verweigert der Staatsanwalt von Motkî die Exhumierung eines Leichnams im Beisein von AnwältInnen und MenschenrechtsvertreterInnen. Hasan Ceylan, Vertreter des IHD in Bitlîs, bezeichnete die Verweigerungshaltung des Staatsanwalts als „willkürliche" Entscheidung. Unter Ausschluss von MenschenrechtlerInnen wurden die Exhumierungen durch von der Regierung für den Krieg gegen die PKK bezahlte und bewaffnete Dorfschützer vorgenommen. „Der Staatsanwalt will uns nicht in die Nähe lassen", so Ceylan.
Eines der Gräber war neben einer Gendarmeriestation bei Motkî gefunden worden und gilt als besonderer Beleg der Komplizenschaft von Staat und Militär.
Atilla Kiyat, Vizeadmiral im Ruhestand, sagte: „Die Morde unbekannter Täter waren von 1993 bis 1997 staatliche Politik."
Das frühere JITEM-Mitglied Yıldırım Beğler sagte aus, dass etwa 200 Leichen in einem als vermint gekennzeichneten Gebiet begraben sind. Beğler, ein ehemaliger Dolmetscher für den Generalstab, der jetzt in Norwegen lebt, berichtete JournalistInnen, dass viele Menschen durch Folter ermordet wurden und ihre Leichen im Heizungshaus der 2. Grenzdivsion der Gendarmerie verbrannt oder einfach aus Hubschraubern geworfen wurden. Etwa 200 Leichen wurden im Gebiet des Hezil-Flusses abgeworfen. „Der Hezil liegt nahe dem Grenzübergang Harbur. Die Brücken 47 und 48 liegen in diesem Gebiet. Über Brücke 47 gelangt man vom Irak in die Türkei, die Brükke 48 wird in der entgegengesetzte Richtung befahren. Hunderte Hingerichtete wurden zwischen diesen beiden Brücken im Gebiet der 2. Division in den Fluss geworfen, an Steine oder andere schwere Gegenstände gebunden. Es ist das größte Gebiet mit den Leichen von Hingerichteten. Die Menschen glauben, das Gebiet sei vermint, aber das stimmt nicht. Ein Gebiet mit einem Radius von 500–1000 Metern um die Brükke 48 nannten wir ‚Feuerzone'. Wir haben dort die Minen geräumt, aber nach außen immer noch von einem verminten Gebiet gesprochen. Es gibt hier einen Fluss, wohl ein Seitenarm des Hezil. 20–30 Meter hinter dem Fluss sind 80–90 Menschen begraben."

(ANF, 27.9.2011)

→ KCK: Die Phase des ...

auf Imralı und gegen den Internationalen Komplott hat das kurdische Volk eine wichtige Botschaft vermittelt. Die AKP will das internationale Komplott fortführen. Es steht außer Frage, dass das kurdische Volk dagegen in eine Phase des ununterbrochenen Widerstandes eintreten wird.
Auch in Westkurdistan [syrischer Teil Kurdistans] erleben wir eine wichtige Phase im Freiheitskampf unseres Volkes. Das kurdische Volk führt seinen Kampf unter dem Motto „Demokratisches Syrien – Demokratisch-Autonomes Kurdistan" fort. Demgegenüber werden allerdings schmutzige Ränke geschmiedet. Am Freitag wurden bei der Beerdigungszeremonie des ermordeten Vorsitzenden der kurdischen El-Mustaqbel Bewegung, Maschaal Timo, vier weitere Menschen ermordet. Wir sprechen der Familie von Maschaal Timo sowie den Familien der vier weiteren Gefallenen und dem gesamten Volk in Westkurdistan unser Beileid aus.
Mit diesem Angriff wird versucht, den bisher kontinuierlich geführten Widerstand unseres Volkes in die Irre zu führen und für Verwirrung zu sorgen. Deshalb rufen wir unser Volk dazu auf, trotz der Angriffe an ihrer richtigen Politik festzuhalten und sich nicht provozieren zu lassen. Den syrischen Staat rufen wir dazu auf, seine Angriffe auf das kurdische Volk sofort zu stoppen und seine demokratischen Forderungen mit einer angemessenen Politik zu beantworten. Die Forderung nach Selbstverwaltung des kurdischen Volkes innerhalb eines demokratischen Syriens ist eine legitime und gerechtfertigte Forderung. Gegenüber dieser Forderung kann keine Kraft mit Gewalt erfolgreich sein.

(ANF, 11.10., ISKU)

gilt als sicher, daß Angehörige der staatlichen Konterguerilla sich unter den Pogrommob gemischt hatten, um diesen zu Übergriffen auf die traditionell als links geltende religiöse Minderheit der Aleviten anzustacheln. Kaynar war gemeinsam mit anderen Beteiligten des Massakers in der Türkei zum Tode verurteilt worden, das Urteil wurde später in lebenslange Haft umgewandelt. Nach einem Jahr entkam Kaynar nach Deutschland.
Es ist nicht das erste Mal, dass ehemalige Rechtsterroristen aus der Türkei in der BRD ein sicheres Hinterland fanden. Auch führende Mitglieder der sogenannten »türkischen Hisbollah« (TH), die im Rahmen der staatlichen Konterguerilla in den 90er Jahren zahlreiche kurdische Zivilisten ermordet hatten, flohen nach Ausschaltung der Organisation im Jahr 1999 nach Deutschland. Unter den Augen des Verfassungsschutzes betreiben sie von hier aus seitdem unbehelligt die Wiederorganisation in der Türkei. *(jW, 12.10., ISKU)*

Quellen:

ANF Fırat Nachrichtenagentur
jW junge Welt

Termine:

Frankfurter Buchmesse
Podiumsdiskussion: Kurdisch im Fokus der Muttersprachen
Sonntag, 16.10, 13:00–14:00 Uhr
Forum Bildung, Halle 4.2, Reihe B, Standnummer 1448

13. Jahrestag der Ermordung von Andrea Wolf (Ronahî)
Gedenkveranstaltung, 23.10., EineWeltHaus, Schwanthalerstr. 80, 80336 München

V. Kurdisches Filmfestival Frankfurt a.M.
20.-23.10., Filmforum Höchst
http://blog.kurdishfilmfestival.org/

Demo in Göttingen
Stell dir vor, es ist Krieg und alle sehen hin!
29.10., 14.00 Uhr
Gänseliesel, Göttingen

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 538
21. Oktober 2011

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Demokratischer Kongress der Völker:

Die Opposition der Türkei vereint sich unter einem Dach

Die Völker und oppositionellen Kräfte der Türkei haben gemeinsam mit der kurdischen Bewegung auf einem zweitägigen Kongress historische Entscheidungen getroffen. Auf dem Kongress an diesem Wochenende in Ankara, mit insgesamt 825 Delegierten, wurden wichtige Grundsatzdiskussionen geführt. Im Anschluss wurde ein allgemeiner Rat des Demokratischen Kongresses der Völker (HDK) mit 121 Personen gewählt. In der Abschlusserklärung wurden folgende Beschlüsse festgehalten:

• Um die Unterdrückung und die Ungerechtigkeiten gegenüber unseren Völkern anzugehen, um eine Türkei zu erschaffen, in der Frieden herrscht und wir menschlich miteinander leben können, sind dem Aufruf der Kongressinitiative Organisationen, Initiativen, Vereine, Parteien, Bewegungen und Einzelpersonen, die gegen jegliche Form von Unterdrückung stehen, zusammengekommen. Wir denken, dass die Zeit reif dafür ist, um gemeinsam Widerstand zu leisten. In dem Bewusstsein, dass unsere Unterschiede unser Reichtum und unsere Kraft sind, verkünden wir die Gründung des Demokratischen Kongresses der Völker:

• Wir rufen alle, die auf der Seite des Volkes, der Unterdrückten, der Arbeitenden, der Natur, der Freiheit, der Gleichberechtigung, des Friedens und der Demokratie sind, dazu auf, sich im gemeinsamen Kampf mit uns gegen den neoliberalen und antidemokratischen Kurs der zwei politischen Hauptströmungen in der Türkei und für eine alternative Gesellschaftsordnung zu organisieren.

• Wir stehen gegen die Zerstörung des gesellschaftlichen Lebens, gegen die Vereinsamung der Menschen, gegen die Entfremdung des Menschen gegenüber seiner Arbeit, der Gesellschaft, seiner eigenen Identität und der Natur. Die Kämpfe gegen die globale Herrschaft des Kapitalismus und seiner Ausbeutungs- und Unterdrückungsmechanismen überall auf der Welt, in der Wall Street, in Santiago, in Chile, in Kairo, in Tunesien, in Caracas, in Gaza müssen zueinander blicken und sich gegenseitig stärken. Auch hierzulande tätigen wir einen wichtigen Schritt, um den Geist des gemeinsamen Kampfes und der gegenseitigen Solidarität im Kampf gegen das System zu nähren.

• Wir halten unseren Kongress in einem Zeitraum ab, in der die AKP-Regierung und der Staat durch Festnahmen den politischen Bereich permanent angreifen. Wir fordern die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen aus den Gefängnissen. Der Demokratische Kongress der Völker ist die oppositionelle Bewegung der Türkei. Sie ist das Widerstandszentrum gegen die AKP, welche die Interessen der türkischen Rechten und der herrschenden Klassen vertritt und den Vorposten des globalen Kapitalismus in dieser Region spielt.

• Alle Widerstandsherde der demokratischen und oppositionellen Kräfte sind die Widerstandsherde des Demokratischen Kongresses der Völker. Der Kongress erschafft somit für alle Unterdrückten und Ausgebeuteten; alle Arbeitenden, MigrantenInnen, Frauen, DörflerInnen, Jugendlichen, RentnerInnen, körperlich und geistig Beinträchtigen, LGBT (lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen) Menschen, alle Völker und religiösen Gruppen, die verleugnet und unterdrückt werden, sowie alle NaturaktivisttInnen und FrauenrechtlerInnen das gemeinsame Fundament für den Widerstand.

• Der Demokratische Kongress der Völker fordert die Aufhebung des auf einer Ethnie beruhenden Bürgerbegriffs in der Verfassung, welcher die Ursache für den Krieg ist. Stattdessen muss eine neue Verfassung erschaffen werden, die alle Identitäten gleichbehandelt und die Existenz der unterschiedlichen Identitäten schützt. Hierfür muss eine Bildungs- und Kulturpolitik gemeinsam mit der Bevölkerung umgesetzt werden, die allen voran das Recht auf muttersprachlichen Unterricht garantiert. Wir werden Widerstand gegen die Mechanismen, die zur Ausbeutung der Frau, ihrer Arbeit, ihres Körpers und ihrer Identität führen, sowie gegen die Privilegien der Herrschenden und des männlichen Geschlechtes führen.

• Der Demokratische Kongress der Völker betrachtet das Verständnis der Demokratischen Autonomie für die Beendigung des Krieges, welcher aus der ungelösten kurdischen Frage herrührt, als wichtige Initiative. Wir werden uns darum bemühen, dass eine politische Ordnung erschaffen wird, in der die Macht der Zentralregierung über die kommunale Selbstverwaltungsebene aufgehoben wird. Allein so kann ein freies und freiwilliges Zusammenleben der Völker erschaffen werden, in der das Volk im Lokalen durch breite Partizipation Entscheidungen selbst fällen und umsetzen kann und alle unterschiedlichen Gruppen sich frei artikulieren können.

• Der Demokratische Kongress der Völker wird Widerstand gegen den Imperialismus, seine Herrschafts- und Unterdrückungspolitik, seine militärischen Stützpunkte, seine ökonomischen und politischen Abkommen leisten.

• Der Demokratische Kongress der Völker setzt sich diese grundsätzlichen Ziele des Widerstands und der Organisierung. Wir profitieren von den Erfahrungen der Freiheitskämpfe aus der Vergangenheit und haben eine Zukunft vor uns, in der neue Formen des Widerstandes darauf warten, von uns entdeckt zu werden. Wir schreiten gestützt auf die Frauen, die Jugend und die Arbeitenden voller Mut und Glauben in Richtung einer neuen freien Welt. Wir sind am Anfang eines neuen Abschnittes. Wir zweifeln nicht daran, dass sich die Wege aller für Freiheit und Gleichheit Kämpfenden mit unserem Weg kreuzen werden.

ÖG, 17.10., ISKU

Meldungen:

Kurdische Frage - Bombardieren ist keine Lösung
Seit gestern Nacht bombardiert die türkische Armee erneut vermeintliche Stellungen der PKK im Nordirak. Zudem wird von einem völkerrechtswidrigen Grenzübertritt türkischer Soldaten berichtet. Das militärische Vorgehen wird von der Regierung Erdogan als Vergeltungsschlag wegen Angriffen der PKK auf Polizei und Militärstationen in den kurdischen Provinzen der Türkei bezeichnet.
Eine militärische Lösung der kurdischen Frage ist nicht möglich. Das hat der gut 30 Jahre andauernde bewaffnete Konflikt gezeigt. Wie in Nordirland, El Salvador oder Südafrika kann auch der türkisch-kurdische Konflikt nur durch einen Dialog sämtlicher beteiligter Akteure gelöst werden. Der letzte einseitige Waffenstillstand der PKK wurde von der türkischen Regierung zurückgewiesen. Die AKP beendete direkt nach den Parlamentswahlen 2011 zudem begonnene Gespräche mit Abdullah Öcalan und der PKK und eskalierte den Konflikt durch Militäreinsätze und eine erneute Verhaftungswelle.
Seit 2009 wurden mehr als 7 748 kurdische JournalistInnen, MenschenrechtsaktivistInnen, BürgermeisterInnen und PolitikerInnen im Rahmen des so genannten KCK-Verfahrens festgenommen (über 1 400 davon seit den Parlamentswahlen im Juni 2011), mehr als 3 895 davon inhaftiert. Unter den Inhaftierten befinden sich 11 BürgermeisterInnen, 10 stellvertretende BürgermeisterInnen, 29 StadträtInnen und 4 Provinzparlamentsvorsitzende und TherapeutInnen aus Fraueneinrichtungen. Zudem befinden sich 6 bei den Parlamentswahlen 2011 gewählte ParlamentarierInnen ebenfalls in Haft. Selbst deutsche Stiftungen und MenschenrechtlerInnen werden mittlerweile wahrheitswidrig der Unterstützung der PKK bezichtigt.
"Eine Terrorzuschreibung gegenüber den kurdischen Kräften, wie sie seit Neuestem auch von Außenminister Guido Westerwelle betrieben wird, führt nur zu weiterem Blutvergießen. Die Bundesregierung wäre vielmehr gefragt, ihre Türkeipolitik an der Einhaltung der Menschenrechte zu orientieren und für einen Friedensdialog zu wirken", kommentiert Heidrun

Einmarsch im Nordirak

Türkische Truppen sind am Mittwoch bis zu acht Kilometer tief in den Nordirak einmarschiert. Die rund 600 Kommandosoldaten wurden von Kampfhubschraubern begleitet. Gleichzeitig bombardierten türkische Militärjets mutmaßliche Stellungen der Arbeiterpartei Kurdistans, PKK, im Nordirak. Mindestens 15 Guerillakämpfer wurden nach Militärangaben getötet, die PKK sprach von fünf Gefallenen. Vorausgegangen waren in der Nacht Angriffe von über 100 PKK-Kämpfern auf eine türkische Kaserne sowie sieben grenznahe Militärstützpunkte bei den Städten Cukurca und Yüksekova in der Provinz Hakkari. Laut türkischen Medienberichten wurden dabei 25 Soldaten getötet und 18 weitere verwundet. Die PKK erklärte, es seien sogar über 50 Soldaten getötet und ebenso viele verwundet worden. Es habe sich um eine Vergeltungsaktion für türkische »Vernichtungsoperationen« gegen die von der Guerilla kontrollierten »Medya-Verteidigungsgebiete« im Nordirak sowie für die Massenverhaftungen kurdischer Politiker in der Türkei gehandelt.

Am Dienstag waren fünf Polizisten in einem Panzerfahrzeug mit einem von der PKK gezündeten Sprengsatz in der Provinz Bitlis getötet worden. Durch die Explosion starben laut Medienberichten auch drei Zivilisten in einem dahinter fahrenden Lastwagen.

Präsident Abdullah Gül, der erst vor wenigen Tagen die jetzt attackierten Truppeneinheiten in Cukurca besucht hatte, schwor »heftige Vergeltung« für die seit den 90er Jahren blutigsten Rebellenangriffe. Die prokurdische Partei für Frieden und Demokratie, BDP, rief sowohl die Regierung als auch die PKK zur sofortigen Waffenruhe auf: »Stopp! Es hat schon genug Tote gegeben.«

Am Dienstag waren bei türkeiweiten Razzien 78 Vorstandsmitglieder, Stadträte und Vizebürgermeister der BDP, Menschenrechtsaktivisten, Vertreter der Lehrergewerkschaft sowie zahlreiche Studenten festgenommen worden. Ihnen wird die Mitgliedschaft in der »Union der Gemeinschaften Kurdistans« (KCK), einem PKK-nahen Dachverband, vorgeworfen. Die BDP-Vorsitzende Gültan Kisanak beschuldigte die islamisch-konservative AKP-Regierung, mit der Inhaftierung von rund 4 000 kurdischen Politikern seit Frühjahr 2009 einen »politischen Genozid« zu betreiben.

Unterdessen begann die kurdische Regionalregierung im Nordirak mit der zwangsweisen Räumung von Dörfern in der Nähe von PKK-Camps im Hakurk- und im Kandil-Gebiet. Die türkische Regierung hatte dies gefordert, da sich PKK-Mitglieder unter den Dorfbewohnen verbergen würden. Die mehreren hundert Bauern würden in neue Siedlungen gebracht, um die Zahl ziviler Opfer bei türkischen Luft- und Artillerieangriffen auf die grenznahen Gebiete gering zu halten, begründete die Regionalregierung von Präsident Masud Barsani die Vertreibung.

jW, 20.11.

PKK-VERBOT AUFHEBEN – DEMOKRATIE STÄRKEN

Am 26. November werden wir in Berlin mit einer Großdemonstration die Aufhebung des sogenannten „Betätigungsverbots" der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) sowie die Streichung der PKK aus der EU-Terrorliste fordern.

Vor 18 Jahren, am 26. November 1993, wurde das PKK-Verbot in Deutschland zum ersten Mal angewandt. Verboten wurden damals unter anderem die Föderation kurdischer Vereine (FEYKA Kurdistan) und 29 örtliche Vereine, ein Verlag und eine Nachrichtenagentur. Tausende Menschen wurden seitdem wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz zu Geld- oder Haftstrafen verurteilt, hunderte unterschiedliche Institutionen, Vereine, Versammlungen und Festivals verboten und über 100 kurdische Politiker nach dem §129 oder §129a als angebliche Mitglieder einer „kriminellen" oder „terroristischen Vereinigung" verurteilt. Seit rund einem Jahr werden kurdische Politiker in Deutschland als Mitglieder einer „terroristischen Vereinigung im Ausland" nach §129b StGB verfolgt. Wer hier in einem kurdischen Kulturverein tätig ist, soll nach dieser Logik für Aktionen der Guerilla in Kurdistan in Mitverantwortung genommen werden!

Mit dem PKK-Verbot wird bis heute die friedliche und demokratische politische Betätigung von Kurdinnen und Kurden in Deutschland eingeschränkt, verfolgt und verboten. Während der türkische Staat in den letzten Jahren in einen Dialog mit dem von Millionen Kurdinnen und Kurden als Repräsentanten betrachteten Abdullah Öcalan stand, sind in Deutschland schon Bilder von Öcalan vielerorts verboten. Das PKK-Verbot entpuppt sich zunehmend als ein Integrationshindernis für in Deutschland lebende Kurdinnen und Kurden, deren politische Partizipation damit erschwert wird.

Gleichzeitig ist das PKK-Verbot in Deutschland ein Hindernis für eine demokratische Friedenslösung in der Türkei und Kurdistan. Denn mit dem PKK-Verbot werden legitime Forderungen des kurdischen Volkes kriminalisiert und die türkische Regierung wird so zur Fortsetzung ihrer antikurdischen Politik ermutigt. Seit den Kommunalwahlen in der Türkei, bei denen die inzwischen verbotene prokurdische Partei DTP im Frühjahr 2009 rund 100 Rathäuser eroberte, wurden fast 8 000 politisch aktive Kurdinnen und Kurden in Gewahrsam genommen, von denen sich heute fast 4000 in Haft befinden. Darunter befinden sich weit über ein Dutzend Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, sechs neu gewählte Parlamentsabgeordnete, zahlreiche Parteivorstandsmitglieder, Gewerkschafter, Journalisten und zivilgesellschaftlich Aktive. Auf diese Weise versucht die AKP-Regierung, die im Juni 2011 bei der Parlamentswahl in den kurdischen Landesteilen erfolgreiche linke prokurdische „Partei für Frieden und Demokratie" BDP als Konkurrenz auszuschalten.

Mit unserer Großdemonstration wollen wir auf die politischen Entscheidungsträger in Deutschland einwirken, das PKK-Verbot als Hindernis sowohl für eine weitere Integration der Kurden in Deutschland als auch für eine Friedenslösung in der Türkei endlich aufzuheben.

Verteidigen wir gemeinsam unser Recht auf Meinungs- und Organisierungsfreiheit.

• Wir fordern die Aufhebung des PKK-Verbots sowie die Streichung der PKK von der Terrorliste der EU. Schluss mit der Kriminalisierung politisch aktiver Kurdinnen und Kurden!
• Wir erwarten von der Bundesregierung und der EU, dass sie eine Friedenslösung der kurdischen Frage nicht durch weitere Repression gegen die kurdische Freiheitsbewegung und weitere Waffenlieferungen an die türkische Armee behindern!
• Wir fordern die Anerkennung von über 800 000 in Deutschland lebenden Kurdinnen und Kurden als eigenständige Migrationsgruppe, die rechtlich anderen anerkannten Migrantengruppen gleichgestellt ist.

Wir rufen alle Demokratinnen und Demokraten, alle Antifaschistinnen und Antifaschisten sowie die Friedens- und Gewerkschaftsbewegung auf, durch ihre Teilnahme an dieser Demonstration diese Forderungen zu unterstützen.

Datum: 26.11.2011, Beginn: 11.00 Uhr, Ort: Mehringplatz Berlin-Kreuzberg

Wer diese Demonstration unterstützen möchte, wende sich bitte an YEK-KOM:
yekkom@gmx.net

Dittrich, Mitglied des Bundestages.
"Gerade in der Region Kurdistan geht es um viel Öl, Gas und die Nabucco-Pipeline. Den türkisch-kurdischen Konflikt auf ein Terrorproblem zu reduzieren, um Ressourcen zu sichern, ist den dort lebenden Menschen gegenüber mehr als zynisch. Eine militärische Lösung ist nicht möglich. Es war gerade die in den kurdischen Gebieten mehrheitlich gewählte BDP, die eine demokratische Lösung vorantreibt. Dieser demokratische Weg darf nicht weiter blockiert werden, darauf sollten auch Bundesregierung und EU hinwirken", ergänzt Andrej Hunko, Mitglied des Bundestages und der Parlamentarischen Versammlung des Europarates.

Mit Betroffenheit haben wir von den zahlreichen Toten auf beiden Seiten erfahren. Jeder Mensch, der in diesem Konflikt ums Leben kommt, ist ein Mensch zu viel. Daher unterstützen wir den Aufruf der BDP-Co-Vorsitzenden, dass beide Seiten sofort die Waffen niederlegen müssen. Beide Seiten sind aufgefordert, sofort alle Maßnahmen zu ergreifen, damit ein gegenseitiges Töten beendet und ein friedlicher Prozess zur Lösung dieses Konflikts begonnen werden kann. Unser Mitgefühl gilt den Familien der getöteten Soldaten und Guerillas.

Pressemitteilung von
Heidrun Dittrich, MdB Die Linke, Andrej Hunko, MdB Die Linke, Harald Weinberg, MdB Die Linke, Ali Atalan, MdL NRW Die Linke, Bärbel Beuermann, MdL NRW Die Linke, Hamide Akbayir, MdL NRW Die Linke, Murat Cakir, Kolumnist Özgür Gündem, Yilmaz Kaba, Landesvorstand Niedersachsen Die Linke, Prof. Dr. Werner Ruf, Friedensforscher und Dr. med. Gisela Penteker, IPPNW 20.10.2011

Quellen:
ÖG Özgür Gündem
jW junge Welt

Termine:
YXK: 19. Hüseyin Çelebi Literaturpreise
29. Oktober 2011 im Audimax, Uni Hamburg

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 539
28. Oktober 2011

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Pressemitteilung zur Lage in der Region Van nach dem Erdbeben vom 23. Oktober 2011

Staatliche Blockaden für Hilfsarbeiten und Berichterstattung nach Erdbeben

Am Sonntag erschütterte ein schweres Erdbeben die Region Van, welche in den kurdischen Landesteilen im Osten der Türkei liegt. Mit der ausgewiesenen Stärke 7,2 auf der Richterskala ist das Beben mit dem aus dem Jahre 2010 auf Haiti vergleichbar. Bisher konnten lediglich knapp 400 Tote geborgen werden, Schätzungen gehen von 1.000 zu erwartenden Toten aus. Zahlreiche Menschen werden noch vermisst, unzählige sind auf einen Schlag obdachlos geworden.

Die Berichterstattung über die Hilfsarbeiten nach dem Erdbeben ist durchaus widersprüchlich. Selbst staatliche Stellen dementieren die offizielle Darstellung des Krisenstabes, der AKP-Regierung und des türkischen Roten Halbmondes, die behaupten, Rettungskräfte würden in genügendem Maße vor Ort arbeiten, um Überlebende zu bergen, und die Versorgung der Betroffenen wäre ausreichend. Der stellvertretende Bürgermeister der Stadt Van, Abdurrahman Bogan, gab auf Anfrage an, dass die Lage der Menschen in der Region katastrophal sei. Ein Großteil der nach dem Erdbeben Obdachlosen hätte die zweite Nacht in Folge auf offener Straße übernachten müssen, bei Regen und Kälte. Es fehle an allem: Rettungskräfte, Bergungsausrüstung, Decken, Zelte, Kleidung, Medikamente und Lebensmittel – vor allem Baby-Nahrung. In viele Dörfer der bergigen Region, die überwiegend von KurdInnen bewohnt wird, sei noch gar keine Hilfe vorgedrungen.

Dabei wird Hilfe aus dem Ausland konsequent von den türkischen Behörden der Zentralregierung abgelehnt. Ein deutsches Rettungsteam wurde bereits am Sonntag von der zuständigen türkischen Katastrophenschutzbehörde zurückgewiesen. Der Experte Andreas Teichert, Leiter des Krisenstabs Ostasien, hat für ein solches Verhalten kein Verständnis: „Das kann nicht sein. Es sind noch nicht einmal 24 Stunden nach dem Erdbeben vergangen. Innerhalb der ersten 72 Stunden nach so einer Katastrophe haben Verschüttete noch eine gute Chance, gerettet zu werden.“

Auch die Europäische Union hat bereits auf das Fehlverhalten der türkischen Zentralregierung unter dem Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan reagiert und appelliert an die Verantwortlichen nicht gewissenlos und inhuman zu handeln.

Eyüp Can, Chefredakteur der türkischen Tageszeitung Radikal, wies in seiner Kolumne vom 25.10.11 ebenfalls darauf hin, dass die „Türkei die Hilfe von über 30 Staaten, u.a. der USA, Israels, Griechenlands, Großbritanniens und Japans mit den Worten „Vielen Dank, wir brauchen eure Hilfe aktuell nicht“ zurückgewiesen hat“. Die gleiche Zeitung schreibt, dass auch 48 Stunden nach dem Erdbeben kein einziges der 84 Dörfer in Ercis Hilfsleistungen erhalten hat und die Menschen die Nächte auf den Straßen verbringen. Die Dorfvorsteher, die beim Landratsamt nach Zelten gefragt haben, seien mit der Begründung, die Stadt habe Vorrang, zurückgewiesen worden.

Das Bild, welches aktuell aus der Katastrophenregion übermittelt wird, entspricht einer gezielten Fehlinformation der internationalen Öffentlichkeit, um zu vermitteln, dass die Türkei nicht auf ausländische Hilfe angewiesen sei. Diese überhebliche Propaganda kostet Menschenleben. In den türkischen Medien wird derweil spekuliert, ob es sich bei dem Erdbeben nicht um eine gerechte Strafe Gottes gegen die KurdInnen handele, die seit über 30 Jahren um kulturelle, gesellschaftliche und politische Freiheiten ringen, oder gar über das Leid der überwiegend kurdischen Opfer frohlockt. Der Zusammenhang der nationalistischen Hetze gegen KurdInnen und dem Verhalten der Zentralregierung entgeht auch nicht den abgewiesenen deutschen HelferInnen. „Ich kann mir auch vorstellen, dass es hier um die PKK geht“, fügt Teichert seinen Überlegungen hinzu. „Vielleicht denkt man, je weniger, desto besser.“

Dass mit dem Leid der Erdbebenopfer Politik getrieben wird, erzürnt auch viele Menschen in Europa. Gerade die hier lebenden KurdInnen sind wütend über die Blockade der Hilfsarbeiten und der Berichterstattung, welche ausschließlich wehrlose Menschen trifft und einen Verstoß gegen die Menschenrechte darstellt. So organisieren sie bereits am Tag des Erdbebens Hilfslieferungen für die betroffene Region. In kurdischen Kulturvereinen in ganz Europa werden Kleider und Nahrungsmittel gesammelt, die in die Krisenregion geschickt werden, denn bisher sind nur Hilfslieferungen aus Istanbul und den kurdischen Nachbarstädten Batman, Diyarbakir und Mardin eingeroffen.

Doch davon lassen sich die HerlferInnen nicht abschrecken. Was sollen sie auch erwarten von einem Staat, der seinen eigenen BürgerInnen aus nationalistischem Großmanns-Gebaren in einer solchen Situation die bereitstehende Hilfe verwehrt? Abdurrahman Bogan: „Die Lage ist katastrophal, wenn die Arbeiten nicht bald intensiviert werden und Hilfe eintrifft, werden wir noch viel mehr Tote bergen müssen. Jede Unterstützung ist notwendig.“

Daher rufen wir Sie auf, ungeachtet der Blockaden zu spenden! Die Menschen in Van brauchen unsere / Ihre Hilfe!

YEK-KOM - Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland e.V. / info@yekkom.com
KURD-AKAD - Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e.V. / info@kurd-akad.com
YXK - Verband der Studierenden aus Kurdistan e.V. / info@yxk-online.com
CENI - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V. / ceni_frauen@gmx.de
ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V. / isku@nadir.org
Sarmasik-Efeu e.V. / info@sarmasik-efeu.de

Spenden an:
Heyva Sor a Kurdistanê e.V., Schäfer Str. 4 / 53859 Niederkassel / DeutschlandStadtsparkasse Neuwied, Konto-Nr.: 186098, BLZ: 57450120, Verwendungszweck: Hilfe für Van, IBAN: DE 62 57 45 01 20 00 00 18 60 98,
BIC: MALADE 51 NWD

Meldungen:

1000 Soldaten sind in Haftanin eingedrungen

Zaxo – Nach monatelangen militärischen Bewegungen an der türkisch-irakischen Grenze hat am Dienstag ein Infanteriebataillon der türkischen Armee die Grenze zum Irak überschritten. Nach Augenzeugenberichten sind 1000 Soldaten in Haftanin einmarschiert. Die kurdische Guerilla bestätigt diese Nachricht.

Die BewohnerInnen haben die zuständigen Behörden der Autonomen Region Kurdistan informiert, deren Peschmerga-Kräfte zogen sich Richtung Kanimasi in das Dorf Kumri zurück. Außerdem sollen vier provisorische Brücken in der Region gebaut worden sein.

Schon am Montag soll der Stützpunkt Kêriya Res in der Nähe von Zaxo mit 20 Panzern und 30 gepanzerten Wagen verstärkt worden sein.

(ANF, 25.10., ISKU)

Der Rassismus weitet sich auf die Verteilung der Hilfsgüter aus

Nach dem Erdbeben in Wan (Van) und den darauf folgenden rassistischen Bemerkungen in den Medien und auf sogenannten sozialen Netzwerken, wirkt sich der Rassismus und Chauvinismus nun auch auf die Hilfsgüterverteilung aus. Den Erdbebenopfern wurden Hilfspakete verteilt, die Steine und türkische Fahnen beinhalteten.

Nachdem schon die faschistischen Äußerungen von Fernsehmoderatorinnen wie Müge Anli und Duygu Canbaş die Würde der dortigen Menschen verletzten, mussten die Opfer des Erdbebens in Wan statt Hilfsgüter „Rassismus“ aus den Kartons auspacken. Diese propagandistischen Inhalte wurden vom Gouverneur der Provinz Wan gesendet.

In einer Sondersendung von Roj TV forderte daraufhin ein Erdbebenopfer, das per Handy direkt aus Wan zugeschaltet war, dass Erdoğan die Opfer des Erdbebens fragen muss, was für sie am Nötigsten ist. Er solle nichts schicken, was Erdoğan selbst für angemessen empfinde. *(ANF, 26.10.2011, ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
AK	Antifa Kiel
jW	junge Welt

Die faschistischen Attacken haben Europa erreicht

Nach Verlusten der türkischen Armee in Çelê (Cukurca) und den darauf folgenden „Rache-Hetzkampagnen" des türkischen Staates weiten sich rassistische Attacken türkischer Faschisten nach der Türkei nun auch in Europa aus. Die Konföderation der Kurdischen Vereine in Europa KON-KURD erklärte, dass alle KurdInnen und ihre FreundInnen ihre Institutionen und sich selbst davor schützen müssen.
Nach provozierenden Ansprachen des türkischen Minister- und des Staatspräsidenten griffen rassistische Gruppen in vielen Orten in Kurdistan sowie in Europa KurdInnen und ihre Einrichtungen an. Die Faschisten griffen Vereine in Frankreich, Deutschland, Belgien, der Schweiz und den Niederlanden an.
Im Anschluß an Demonstrationen gegen die kurdische Befreiungsbewegung kam es am Sonntag Nachmittag in mehreren deutschen Städten zu gewaltsamen Übergriffen türkischer Faschisten auf Kurden und ihre Kulturvereine. Nach Angaben der türkisch-nationalistischen Websit Turkishpress.de gingen am Wochenende mehr als 20000 Menschen in Stuttgart, Hamburg, Mannheim, Hagen, Aachen, Berlin, Dortmund, Karlsruhe, Kiel und Köln gegen angeblichen »Terror« der Arbeiterpartei Kurdistans, PKK, auf die Straße. Während Redner heuchlerisch erklärten, »Türken und Kurden sind Brüder«, wurden zahlreiche Fahnen der faschistischen Grauen Wölfe gezeigt, die für Tausende Morde an Linken, Kurden und Aleviten in der Türkei verantwortlich sind.
Offizieller Anlaß der Demonstrationen war ein PKK-Angriff auf Militärposten im türkisch-irakischen Grenzgebiet, bei dem vergangenen Mittwoch Dutzende Soldaten getötet wurden. Nach PKK-Angaben hatte es sich um eine Vergeltungsaktion für vorangegangene Luftangriffe gehandelt, bei denen mehrere ihrer Führungsmitglieder getötet wurden. Während die türkische Armee eine Großoffensive gegen die Guerilla begann, kommt es in der Westtürkei zu rassistischen Übergriffen auf Büros der prokurdischen Partei für Frieden und Demokratie, BDP. Diese antikurdische Haß- und Gewaltwelle hat nun auf Deutschland übergegriffen. Zu den vor allem über Facebook bekanntgemachten Demonstrationen hatten die türkischen Konsulate nach jW-Informationen zentral aufgerufen.

BERLİN
In Deutschland organisierten faschistische Banden eine Demonstration gegen die KurdInnen und Kurden. Diese trafen in Kreuzberg auf Widerstand von kurdischen Jugendlichen. Daraufhin kam es zu Ausschreitungen. Auf beiden Seiten wurde etliche Menschen festgenommen.
Am Sonntag wollten gegen 16:00 Uhr ca. 1000 Faschisten mit Türkei- und MHP-Fahnen und antikurdischen Parolen vom Hermannplatz bis zum Kreuzberger Zentrum marschieren. Jedoch hatten kurdische Jugendliche die Straße zum Zentrum blockiert. Etwa 100 TeilnehmerInnen riefen Parolen wie „Es lebe die PKK" und „Es lebe der Vorsitzende Apo". In kurzer Zeit vergrößerte sich der Protest mit der solidarischen Anteilnahme von AntiFaschistInnen und demokratisch oder links gesinnten Mitmenschen. In der Zwischenzeit kam es zu Ausschreitungen zwischen Faschisten und revolutionären Jugendlichen. Zahlreiche Personen wurden festgenommen. Es gab einige Verletzte. Aber trotz Interventionen der Berliner Polizei kam es in der Innenstadt zu Verfolgungsszenen bis in die späte Nacht. Außerdem sorgte bei den Bewohnern Kreuzbergs die sachte und scheue Behandlung von Faschisten durch die Berliner Polizei für Unverständnis.

HAGEN
In Hagen blockierten türkische Faschisten den ansässigen kurdischen Verein. Circa 300 Faschisten belagerten den Verein und versuchten, die Vereinsmitglieder zu lynchen. Im Folgenden versammelten sich viele kurdische Jugendliche vor dem Verein und auch die Polizei stiess kurze Zeit später dazu.

KÖLN
Bei einem Fußballspiel zwischen der kurdischen „Botanspor-" und der türkischen „Siegfriedkalt"-Mannschaft waren die kurdischen Spieler rassistischen Angriffen ausgesetzt. Das bereits über Facebook bekanntgemachte Spiel veränderte sich nach einem Sieg von „Botanspor" mit 3:1 zu einer Lynchjagd auf kurdische Spieler durch türkische Fans. Die von 50 türkischen Rassisten angegriffenen Kurden wehrten sich mit Gegenständen aus der Umkleidekabine. Die Angriffe wurden erst durch das Einschreiten von Sportclub-Mitgliedern beendet. Es gab einige Leichtverletzte.

HAMBURG
In Hamburg versuchten türkische Faschisten während einer Demonstration kurdische Kleinunternehmer Innen anzugreifen. Die KurdInnen, die in der Region bereits Schutzmaßnahmen getroffenen hatten, zertreuten die Angreifer in alle Winde. Es wurde bekannt, dass einer der faschistischen Angreifer leicht verletzt wurde. Nach den fast eine Stunde andauernden Auseinandersetzungen kam die Polizei und versuchte, in die Vereine einzudringen. Jedoch verwehrten kurdische Jugendliche auch der Polizei mit selbst gebauten Barrikaden den Eintritt. Der Vorfall wurde mit dem Einschreiten von VertreterInnen des Vereins beendet.

KIEL
In Kiel zogen am Sonntag 600-700 DemonstrantInnen vom Vinetaplatz in Gaarden zum Kieler Rathaus. Die Demonstration war geprägt von türkischen Fahnen und aufgeteilt in Frauen- und Männerblöcke. Immer wieder waren auch Fahnen und das Handzeichen der faschistischen "Grauen Wölfe"/MHP zu sehen. Angeführt wurde die Demonstration von einer Gruppe "Tigers" in Lederkutten, welche zuletzt durch den so genannten "Rockerkrieg" in Kiel in die Schlagzeilen kamen. Die Polizei war mit einem massiven Aufgebot aufgefahren und kesselte am Bahnhof kurzzeitig eine Gruppe kurdischer GegendemonstantInnen ein. Die Demonstration endete ohne größere Zwischenfälle auf dem Rathausmarkt. Die TeilnehmerInnen kamen offensichtlich aus ganz Schleswig-Holstein, so waren z.B. auch mehrere Aufdrucke der "Tigers" aus Pinneberg zu sehen.

AMSTERDAM
Selbst in der niederländischen Hauptstadt Amsterdam kam es seitens türkischer Faschisten zu Angriffen auf kurdische Vereine. Krankenwagen mussten erscheinen, da durch die 50-köpfigen Gruppe der Angreifer drei Personen verletzt wurden. Ungefähr 100 KurdInnen trafen daher Vorkehrungen gegen weitere mögliche Angriffe. Der gestrige Angriff dauerte bis ca. 22:00 Uhr.

BASEL
Zwischen kurdischen Jugendlichen und türkischen Nationalisten kam es im schweizerischen Basel zu Auseinandersetzungen, weil türkische Faschisten mit Staatsflaggen und anti-kurdische Parolen durch die Straßen liefen. 2 Faschisten wurden verletzt. Die Polizei schritt nicht ein.

MULHOUSE
In der französischen Stadt Mulhouse (Mülhausen) zerbrachen türkische Faschisten am vorigen Tag Scheiben von kurdischen Vereinen. Im Verein wurde niemand verletzt. Nach den Angriffen sprachen VertreterInnen des Vereins zu ANF: „Die Angriffe sind von türkischen Konsulaten in Europa angeordnet worden!"

(ANF, 24.10., jW, 25.10.,AK, 26.10. ISKU)

Termine:

2. November: Demonstration & Veranstaltung in Hamburg
Weg mit dem Terrorparagrafen 129 b
In den letzten Jahren, insbesondere den letzten zwei Jahren, wurde die Repression gegen die kurdische Bewegung auf allen Ebenen wieder massiv verstärkt. Europa und insbesondere auch die BRD akzeptieren dieses Vorgehen nicht nur schweigend, sondern leisten mit einer neuen europaweiten Repressionswelle ihren Beitrag zur Bekämpfung der kurdischen Bewegung.
Seit Juli 2011 wurden drei Kurden unter dem Vorwurf §129b: „Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung" (der PKK) in Freiburg, Düsseldorf und jüngst auch in Hamburg verhaftet.
Zugleich sitzen zwei weitere AktivistInnen auf Grund von Haftbefehlen des Bundesgerichtshofs im Ausland in Auslieferungshaft.
Das sind die ersten Gefangenen der kurdischen Bewegung, die mit Hilfe des §129b verfolgt werden sollen. Denn bislang wurde die PKK als „kriminelle Vereinigung" eingestuft, jedoch entschied der Bundesgerichtshof im Oktober 2010, dass die PKK von nun an als „terroristische Vereinigung" einzustufen sei.
Den beiden Festgenommenen von Freiburg und Düsseldorf wird im Konkreten vorgeworfen, die Jugendorganisation der PKK /Komalen Ciwan/ seit März 2010 geleitet zu haben bzw. „hochrangiger Führungsfunktionär" in Deutschland und Frankreich gewesen zu sein. Der in Hamburg festgenommene Kurde wird beschuldigt, „als Kader der PKK mit der Leitung des Gebiets Hamburg befasst gewesen sein" und „sich als Mitglied an der ausländischen terroristischen Vereinigung „Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) beteiligt zu haben"….
Monika Morres vom Rechtshilfeverein AZADI und eine Vertreterin der Roten Hilfe werden am **2.11.** um **19.30 Uhr** im **Centro Sociale, Feldstraße 2, Hamburg**, über den aktuellen Stand der 129b Verfahren gegen die kurdische Bewegung in der BRD berichten. Die **Demonstration** startet am gleichen Tag um **17:30 Uhr** an der S-Sternschanze.

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der

Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org

bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 540
3. November 2011



.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Strafanzeige gegen Ministerpräsident Erdoğan und die Generalstabschefs der Türkei auf Grundlage des Völkerstrafgesetzbuches in Deutschland

„Ich möchte, dass die Bundesanwaltschaft unvoreingenommen, professionell und engagiert Ermittlungen zu dieser Anzeige führt", so Heinz-Jürgen Schneider, Rechtsanwalt aus Hamburg auf einer Pressekonferenz am 01. November im Haus der Demokratie in Berlin.

Rechtsanwältin Britta Eder und Rechtsanwalt Dr. Jürgen Schneider hatten bei der zuständigen Bundesanwaltschaft (BAW) in Karlsruhe am Montag den 31.10. eine Strafanzeige gegen Ministerpräsident Erdoğan, der sich zurzeit auf Staatsbesuch in Berlin aufhält, sowie mehrere Verteidigungsminister und Generalstabschefs der türkischen Armee wegen schwerer Straftaten im Krieg gegen die kurdische Bevölkerung eingereicht. Angezeigt werden vom Kriegsvölkerrecht geächtete Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der Zeit zwischen 2003 und heute.
„Die Strafanzeige beruht auf dem seit 2002 bestehenden deutschen Völkerstrafgesetzbuch. Es ermöglicht eine internationale Strafverfolgung von geächteten Kriegsverbrechen, für die militärische Befehlshaber und politische Vorgesetzte verantwortlich sind," skizzierte Rechtsanwältin Britta Eder die Grundlage der Anzeige. „Inhalt sind 10 exemplarische Fälle aus den letzten Jahren, die auf Grundlage eigener umfangreicher Recherche, der Auswertung türkischer Justizmaterialien und Berichten renommierter Menschenrechtsorganisationen zusammengestellt wurden."

Es handelt sich unter anderem um Fälle von extralegalen Hinrichtungen, Tötung von Kämpferinnen und Kämpfern nach Gefangenennahme, Folter, postmortalen Verstümmelungen bis zum Einsatz verbotener chemischer Waffen. Die Strafanzeige wird im Namen von Angehörigen der Opfer der Kriegsverbrechen erstattet.

Die Vorsitzende der Menschenrechtsorganisation MAF-DAD – Verein für Demokratie und internationales Recht e.V., Heike Geisweid erklärte: „MAF DAD hat ein großes Interesse daran die systematischen Verstöße gegen Völkerrecht und Menschenrechte in der Türkei aufzuarbeiten." Die Autorin Doris Gercke (Bella Block), der Völkerrechtsprofessor Norman Paech, der Bundestagsabgeordnete Harald Weinberg (DIE LINKE), Dr. med. Gisela Penteker (IPPNW), die Stadträtin von Nürnberg Marion Padua sowie der Soziologe Martin Dolzer gehören ebenfalls zu den Anzeigenden.

Der Bundestagsabgeordnete Harald Weinberg war bei einem der angezeigten Fälle selbst Geschädigter und Zeuge. In einer Videobotschaft schilderte er einen Bombenanschlag „unbekannter Täter" in Sirnak. „Mit dem Anschlag sollte das positive Wahlergebnis der BDP weggebombt werden. Die Sicherheitskräfte haben direkt nach dem Anschlag jegliche Spurensicherung verhindert. Das Fenster zum Frieden wurde mit dem Anschlag und neuer Repression gegen die kurdische Bevölkerung seitens der Regierung Erdogan geschlossen. Wir fordern die BAW auf in Bezug auf die 10 angezeigten Fälle zu ermitteln, " so Weinberg.

„Die Logik, dass Menschenleben unterschiedlich viel Wert sind und diejenigen, die als Feinde oder Terroristen deklariert werden, vernichtet oder durch Racheaktionen getötet werden dürfen – diese Logik, die die türkische Regierung erneut vertritt, ist aus politischer, juristischer und menschenrechtlicher Sicht nicht hinnehmbar," erklärte der Soziologe Martin Dolzer. „Gerade in Bezug auf den Verdacht über einen erneuten Chemiewaffeneinsatz in Hakkari/ Cukurca bei dem 35 PKK RebellInnen starben sowie die Ankündigung einer tamilischen Lösung der kurdischen Frage, ist diese Anzeige sehr wichtig. Frieden kann nur durch einen Dialog aller Beteiligten und die Aufarbeitung von geschehenem Unrecht erreicht werden."

In einigen Wochen wird im Pahl-Rugenstein Verlag ein Buch zur Anzeige erscheinen. Der Anzeigentext, Dokumente und Fotos sind unter: www.kriegsverbrechen-tuerkei.info oder www.kriegsverbrechen-tuerkei.org abrufbar.

Medieninformation zur Pressekonferenz

BDP-Erklärung zum Einsatz chemischer Waffen

An die Medien und die Öffentlichkeit

Nachdem am 24. Oktober 2011 in den Medien bekannt geworden war, dass die 24 Leichname in der Leichenhalle des staatlichen Krankenhauses Malatya liegen, ist eine Kommission bestehend aus Vertretern von BDP, IHD und MEYA-DER der Sache nachgegangen und hat ihren Bericht der Öffentlichkeit vorgestellt. Laut Angaben der Kommission wurden sie trotz all ihrer Bemühungen von den zuständigen Behörden nicht aufgeklärt. Und dies deutet darauf hin, dass die Personen tatsächlich unbewaffnet gewesen waren. Die Mitglieder der Kommission und die betroffenen Familienangehörigen, die Bilder der Leichname zu Gesicht bekommen haben, waren von diesem unmenschlichen Anblick entsetzt. Denn die Leichname waren zerfetzt und verbrannt.

Wie in den Medien dargestellt waren die Toten höchstwahrscheinlich PKK-Guerillas gewesen. Die Familienangehörigen und die NGOs, die die Leichen identifiziert haben, teilten der Öffentlichkeit mit, dass die Körper verbrannt waren und keine Schusswunden zu entdecken waren.

Diese Tatsache bekräftigt die Vermutung, dass es sich um den Einsatz chemischer Waffen handelte. Das Stillschweigen der

→

Meldungen:

Dringender Aufruf: Stoppt die willkürlichen Verhaftungen in der Türkei
Die internationale Öffentlichkeit hat bislang kaum Notiz von den sogenannten „KCK-Operationen" in der Türkei genommen, die von Ministerpräsident Erdoğan und seiner AKP seit zwei Jahren durchgeführt werden. Unter dem Vorwand des „Kampfes gegen den Terrorismus" benutzt die Erdoğan-Regierung Polizei, Justiz und Medien, um jegliches ziviles Engagement zur Unterstützung der Forderungen der kurdischen Bevölkerung zu kriminalisieren.
Gegen diese Operationen, in deren Rahmen seit 2009 7.748 Menschen – darunter gewählte BürgermeisterInnen, Intelektuelle, BürgerrechtlerInnen, JournalistInnen und AkademikerInnen – festgenommen wurden, haben sich tausende Menschen, insbesondere aus dem akademischen Bereich, mit einem Aufruf gewandt. Die Unterzeichnenden fordern die Einstellung der Operationen und die Freilassung der bislang Inhaftierten und betonen, dass unter den jetzigen Bedingungen eine friedliche Entwicklung unmöglich gemacht wird.
Der vollständige Text der Resolution und eine Liste der ErstunterzeichnerInnen sind unter **http://www.ipetitions.com/petition/detentionsinturkey/** zu finden. Dort besteht auch die Möglichkeit, den Aufruf online mit seiner Unterschrift zu unterstützen.

Erfolgloser Einmarschversuch der türkischen Armee in Süd-Kurdistan
Am 25. Oktober, gegen 11.00 Uhr sind Einheiten der türkischen Kolonialarmee in das Medya-Verteidigungsgebiet in Kaşura in das Dorf und die Umgebung des Dorfes Orê eingedrungen. Durch den Widerstand der Guerilla kam es zwischen den Soldaten der türkischen Besatzerarmee und der Guerilla zu einem Gefecht. Die genaue Anzahl der Toten und Verletzten der türkischen Armee konnten von der HPG nicht festgestellt werden. Die türkische Armee, die im Gebiet nicht vorankommen konnte, hat mit Helikoptern eingegriffen und das Gebiet heftig bombardiert. Die türkischen Soldaten mussten sich daraufhin außerhalb des Medya-Verteidigungsgebietes zurückziehen. Seit dem 25. Oktober wird das

BDP-Erklärung zum Einsatz chemischer Waffen

Medien trotz dieser Vermutungen ist ein Beweis dafür, dass sie die Anweisungen von Ministerpräsident Erdoğans an die Medien genau befolgen.

Man schweigt: Die Zuständigen schweigen, die Medien schweigen, die Justiz schweigt ...
Als ob die 24, die ihr Leben verloren haben, keine Menschen gewesen wären. Und alle schweigen, als ob die Annahme, dass Chemiewaffen im Einsatz gewesen waren, ein Scherz wäre...
Aber es sollte nicht vergessen werden, dass dieses unselige Schweigen nur denjenigen dient, die dieses Land ins Chaos stürzen wollen.
Das am 13. Januar 1993 beschlossene und am 29. April 1997 in Kraft getretene Übereinkommen über das Verbot chemischer Waffen verbietet Entwicklung, Lagerung und Einsatz chemischer Waffen und beschließt deren Vernichtung. Von der Türkei wurde das Abkommen am 14. Januar 1993 unterzeichnet und am 3. Mai 1997 in Kraft gesetzt.
Mit Inkrafttreten des Abkommens am 29. April 1997 wurden der Einsatz und die Beschaffung/Lagerung der chemischen Waffen strikt verboten.

Laut Artikel 1 des Chemiewaffenabkommens unterliegen die Unterzeichnerstaaten folgenden Verpflichtungen:

(1) Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, unter keinen Umständen jemals
a) chemische Waffen zu entwickeln, herzustellen, auf andere Weise zu erwerben, zu lagern oder zurückzubehalten oder chemische Waffen an irgend jemanden unmittelbar oder mittelbar weiterzugeben;
b) chemische Waffen einzusetzen;
c) militärische Vorbereitungen für den Einsatz chemischer Waffen zu treffen;
d) irgend jemanden in irgendeiner Weise zu unterstützen, zu ermutigen oder zu veranlassen, Tätigkeiten vorzunehmen, die einem Vertragsstaat aufgrund dieses Übereinkommens verboten sind.

(2) Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, die in seinem Eigentum oder Besitz oder an einem Ort unter seiner Hoheitsgewalt oder Kontrolle befindlichen chemischen Waffen nach Maßgabe dieses Übereinkommens zu vernichten.

(3) Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, die chemischen Waffen, die er im Hoheitsgebiet eines anderen Vertragsstaats zurückgelassen hat, nach Maßgabe dieses Übereinkommens zu vernichten.

(4) Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, alle in seinem Eigentum oder Besitz oder an einem Ort unter seiner Hoheitsgewalt oder Kontrolle befindlichen Einrichtungen zur Herstellung chemischer Waffen nach Maßgabe dieses Übereinkommens zu vernichten.

(5) Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, Mittel zur Bekämpfung von Unruhen nicht als Mittel der Kriegführung einzusetzen.
Die Türkei ist verpflichtet, sich an die Bestimmungen des Abkommens zu halten bzw. es umzusetzen. Aus diesem Grund ist sie verpflichtet, der Öffentlichkeit zu erklären,

- ob chemische Waffen vorhanden sind;
- ob sie bei den letzten Militäroperationen eingesetzt wurden;
- warum gerichtsmedizinische Gutachten geheim gehalten werden;
- was laut gerichtsmedizinischen Gutachten die Todesursachen sind;
- ob den Symptomen bzw. den Vermutungen, dass chemische Waffen mögliche Todesursache waren, nachgegangen wurde;
- warum, falls für eine Feststellung des Einsatzes chemischer Waffen kein medizinisches Gutachten vorliegt, es nicht veranlasst wurde.

RA. Meral Danış Beştaş

Stellvertretende Vorsitzende der BDP-Kommission für Recht und Menschenrechte

Diese Erklärung der BDP ist einem Dossier des Kurdistan National Kongress KNK entnommen
Das „Informationsdossier Über den Einsatz chemischer Waffen der Türkei November 2011" ist auf der Internsetseite der ISKU zu finden:
http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/erklaerungen/2011/11/DosyaAlmanca.pdf

Hamburg: Etwa 500 demonstrierten für die Freiheit aller politischen Gefangenen und Ali Ishan K.

In Hamburg sind ca. 500 Personen dem Aufruf zur Demo für die Freiheit aller politischen Gefangenen und Ali Ishan K. und gegen den §129a/b StGB gefolgt und drückten mit einem lautstarken Protest ihre Forderungen aus. Die Demonstration zog durchs Schanzenviertel hin zum Untersuchungsgefängnis, wo die Demo mit einer Knastkundgebung beendet wurde. Ali Ishan K. sitzt dort seit dem 12. Oktober wegen des Vorwurfs nach §129b „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland". Er soll 2007 bis 2008 verantwortlicher Kader in Hamburg und Norddeutschland gewesen sein und „sich als Mitglied an der ausländischen terroristischen Vereinigung Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) beteiligt haben".
Die Demonstration protestierte auch gegen den Besuch von Ministerpräsident Erdogan und dessen aktueller Kriegspolitik gegen KurdInnen und Kurden. In Redebeiträgen wurde auf die besondere Beziehung Europas zur Türkei eingegangen. „Europa und insbesondere die BRD verfolgen in dem türkisch-kurdischen Konflikt eigene, insbesondere geostrategische Interessen. Sie leisten neben Waffenlieferungen und sicherheitspolitischer Zusammenarbeit ihren Beitrag zur Bekämpfung der kurdischen Bewegung mit einer neuen europaweiten Repressionswelle".
Aufgerufen zu der Demonstration haben die antirepressionsgruppe hamburg, der Ermittlungsausschuss Hamburg, die Informationsstelle Kurdistan (ISKU), die Rote Hilfe e.V. Ortsgruppe Hamburg, Tatort Kurdistan und der YXK – Verband der Studierenden aus Kurdistan e.V.

In Berlin protestierten hundert Menschen gegen 10 Uhr am Auswärtigen Amt in Berlin-Mitte, um gegen den Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan zu protestieren. Mit „Mörder"-Rufen wurde der türkische Regierungschef von KurdInnen und anderer linker Organisationen empfangen. Auch hier wurde gegen die Kurden-Politik der AKP-Regierung, die weiterhin auf eine militärische Lösung des bewaffneten Konfliktes mit der kurdischen Arbeiterpartei PKK und polizeiliche Repression gegen die zivile kurdische Opposition in der Türkei setzt protestiert. *ISKU, 3.11.*

Gebiet heftig mit Mörsern und Granaten bombardiert.
hpg-online, 26.10., ISKU

Gültan Kışanak zu den KCK-Operationen
Die Co-Vorsitzende der BDP Gültan Kışanak sprach in der Fraktionssitzung am 1. November zu den anhaltenden „KCK-Operationen". „Alle demokratischen Stimmen dieses Landes sollen zum Schweigen gebracht werden. Das ist ein politischer Schlag, ein politischer Genozid", so Kışanak, die die AKP-Regierung scharf kritisierte.
Die Festnahmewelle, die nach den Regionalwahlen am 27. März 2009 startete und auch nach der Parlamentswahl am 12. Juni 2011 nicht beendet worden ist, ist die Antwort der AKP auf ihre Wahlniederlagen. Aber die Bevölkerung werde sich dem Druck der AKP-Regierung nicht beugen. „Die AKP-Regierung versucht das, was sie an den Wahlurnen nicht geschafft hat, mit polizeilichen Maßnahmen und Verhaftungen zu erreichen.", so die BDP Co-Vorsitzende.
Kışanak kritisierte auch die Haltung der Medien, vor allem die, die der AKP nahe stehen. Sie würden alles versuchen, um die Operationen gegen die Kurdinnen und Kurden zu legitimieren und lasse sich für eine starke Anti-Propaganda benutzen. Mit den Worten „Wir haben es mit einer faschistischen Haltung zu tun, die sich Spielraum schaffen will indem sie versucht, uns zum Schweigen zu bringen. In den Medien wird im Zusammenhang mit den Operationen ein ‚Parallel-Staat' erwähnt. Ist die BDP der Parallel Staat? Wollt ihr die BDP verbieten? Wieso schreckt ihr vor einer bewussten und organisierten Gesellschaft zurück? Aber habt weiter Angst. Um es mit euch aufzunehmen, bedarf es einer bewussten und organisierten Gesellschaft", beendete Gültan Kışanak ihre Rede. *ANF, 2.11., ISKU*

Quellen:

ANF Firat Nachrichtenagentur

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 541
11. November 2011

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

„KCK-Operationen“ werden fortgesetzt

In Istanbul wurden unter dem Vorwand des „KCK-Verfahrens“ 47 Personen festgenommen. Unter den Festgenommenen befinden sich auch Frau Prof. Dr. Büsra Ersanli, das BDP-Vorstandsgremiumsmitglied Mustafa Avci und der Journalist Ragip Zarakolu befinden. 44 Personen wurden inhaftiert, unter ihnen auch Frau Prof. Dr. Büsra Ersanli, Mustafa Avci und Ragip Zarakolu.
Frau Prof. Dr. Büsra Ersanli und der Verleger Herr Ragip Zarakolu werden der „Gründung einer bewaffneten Organisation“ beschuldigt; die anderen Inhaftierten werden als „KCK-Führungsmitglied“ und der „Bildung terroristischer Kader in BDP-Akademien“ bezichtigt.

Es wurde nach den Seminarnotizen gefragt
Dem Anwalt von Frau Prof. Ersanli zufolge, hätte die Staatsanwalt die Professorin nach ihren geschriebenen Notizen, während des Seminars in der politischen Akademie gefragt. Bezüglich ihrer Notizen, wie „Selbstbestimmung“, „kommunale Verwaltung“ und „Türkei-Staatsbürgerschaft“, habe der Staatsanwalt darauf gepocht zu erfahren, weswegen sie „Türkei-Staatsbürgerschaft“ geschrieben habe und nicht „türkische Staatsbürgerschaft“. Der Anwalt von ihr reagierte scharf auf solche Methoden: „Als wären die Notizen ein politisches Statement einer Organisation“.

In Istanbul wurden insgesamt 141 Personen verhaftet
In dem vom Generalstaatsanwalt Adnan Cimen geleiteten Verfahren wurden seit Oktober insgesamt 110 Personen festgenommen und 96 Personen inhaftiert. Somit wurden zusammen 141 Personen im Rahmen der „KCK-Operationen“ festgenommen. Unter den Festgenommenen befinden sich auch der Sohn von Zarakolu, Cihan Deniz Zarakolu, als auch der Schriftsteller Aziz Tunc.

Erdoğan entschlossen, Festnahmen fortzusetzen
Der türkische Ministerpräsident Erdoğan hat in einer Rede in Rize, einer Stadt im Nordosten der Türkei, offen Drohungen gegen Medien und PolitikerInnen ausgesprochen, die sich kritisch zu den letzten Festnahmen im Rahmen der „KCK-Operationen“ ausgesprochen haben. Dies komme der „Unterstützung von Terrorismus“ gleich. Zudem teilte Erdoğan mit, dass die Festnahmen weitergehen würden.
„Keiner soll von uns erwarten, dass wir dies [gemeint die KCK-Operationen] stoppen werden. Ich wiederhole meine Warnung gegenüber all jenen, die die KCK-Operationen kritisieren: Ihr müsst die KCK gut kennen. Wenn ihr sie nicht gut kennt, dann müsst ihr dies von den Spezialisten lernen. Wenn ihr aber Aussagen tätigt, egal ob in den Medien oder hier oder dort, ohne zu wissen wie weit die KCK reicht, ohne zu wissen, wer darin Verantwortungen trägt, dann unterstützt und dient ihr dem Terrorismus. Ich bin da ganz offen. Wir werden nicht erlauben, dass es im Staat ein weiteres Staatsverständnis gibt“, so Erdoğan in seiner Rede.
Erdoğan schloss seine Rede mit folgenden Worten ab: „Wenn mir aufgrund dieser Worte vorgeworfen wird, ich sei staatsfixiert (wörtlich: Staatler) und Nationalist, dann sage ich, ja, ich bin staatsfixiert und ein Nationalist. Wir müssen nämlich diese Wahrheiten zu Tage bringen.“

Erdoğan Berater Yalçin Akdoğan zu den KCK-Operationen
Der Parlamentarier und politische Berater Erdoğans, Yalçin Akdoğan, sprach vor der Regierung, die als Maßnahmen gegen den Arabischen Frühling die KCK-Operationen einleitete, dass diese Operationen einer der wichtigsten Schritte der letzten 30 Jahre zur Bekämpfung der PKK seien. Zu der Verschärfung der Isolation Öcalans, der seine Anwälte schon über hundert Tage nicht sehen durfte, erklärte Akdoğan, dass hier noch stärkere Veränderungen stattfinden werden.
Yalçin Akdoğan verteidigte auch in einem Interview mit der Zeitung „Zaman“, die der Gülen-Gemeinde nahesteht, die KCK-Operationen. In Laufe der KCK-Operationen wurden unter anderem tausende PolitikerInnen, AkademikerInnen, JournalistInnen, Intellektuelle und BürgermeisterInnen festgenommen. Durch Akdoğans Erklärungen wird deutlich, dass die KCK-Operationen eine Politik der AKP-Regierung sind. Er betonte in seiner Rede, dass die KCK-Operationen der wichtigste Schritt seit 30 Jahren zur PKK-Bekämpfung seien und bis zum Ende weitergeführt werden müssen. Unter der KCK würde sich eine Opposition breit machen wollen, die von der PKK geführt werde und dessen Kopf Murat Karayilan sei. Dies könne nicht zugelassen werden.
Zehntausende Kurden würden auf die Leichname ihrer Angehörigen, die im Krieg gefallen sind, warten. Diese Menschen würden unter dem Druck der PKK leben. Die Regierung als auch das Land müsse im Rahmen der Terrorbekämpfung tun, was zu tun sei. Es müsse in den Bergen militärische- und in den Städten und Dörfern die KCK-Operationen weitergeführt werden. „Ich bin nicht der Meinung, dass die KCK-Operationen die zivile Teilnahme an der Politik beeinträchtigt. Jedoch beeinträchtigen einige Organisationen dies, und mit Organisation meine ich den Einzug der BDP in das Parlament“, so Akdoğan.
Zu den Isolationsbedingungen Öcalans sagte er: „Wir müssen Öcalans Status neu untersuchen, bei diesem Thema, da bin ich mir sicher, müssen wir neue Herangehensweisen finden.“

Die Türkei ist weltweit führend in der Anzahl mandatstragender und journalistischer Häftlinge
Durch die KCK-Verhaftungswellen drückt die AKP-Hegemonie lediglich ihre Furcht vor der kurdischen Opposition aus, die sie mit anderen Mitteln nicht zu händeln weiß. Die als „politischen Genozid“ betrachteten „KCK-Operationen“ haben in ihrer Bilanz seit März 2009 um die 8000 kurdische AktivistInnen festgenommen und davon annähernd 5000 inhaftiert. Unter diesen befinden sich Abgeordnete, BürgermeisterInnen, AkademikerInnen, MenschenrechtsverteidigerInnen, JournalistInnen und Intellektuelle. Die Türkei ist weltweit führend in der Anzahl mandatstragender und journalistischer Häftlinge. *(Ra, 1./2.11., ANF, 1./2./6./7.11., ISKU)*

Meldungen:

Neues Erdbeben in Wan
Ein weiteres Erdbeben gab es in Wan und Umgebung, das Zentrum befand sich in Edremit. Das Erdbeben um 21.23 Uhr hatte einer Stärke von 5,6 auf der Richterskala. Dabei stürzten zwei Hotels mit fünf Etagen ein. Fünf Personen kamen ums Leben.
Neben Wan und Ercis war das Erdbeben auch in der Umgebung zu spüren.Die Bevölkerung geriet in Angst und Panik. Durch die Erschütterung sind ungefähr 20 Gebäude, darunter ein fünfstöckiges Hotel, eingestürzt. In dem Hotel befanden sich neben einigen Journalisten zahlreiche weitere Personen. Neben den eingestürzten Gebäuden kam es bei weiteren Gebäuden zu Rissen und Schäden.
(ANF, 9./10.11., ISKU)

Andauernde Bombardements und Gefechte
Nahezu ununterbrochen gehen die Bombardierungen mit Mörsergranaten, Helikoptern und auch Jets gegen die Medya-Verteidigungsgebiete weiter. Außerdem kam es zu zahlreichen Gefechten.
Am 4.11. kam in Dihe in der Region Sêrt (Siirt) bei dem Dorf Dêrvat bei einem Hinterhalt der türkischen Besatzerarmee ein Genosse mit Namen Zana Kewê (Kemal Muhammedi) ums Leben. Bei einer nachfolgenden Operation in dem Gebiet wurden acht ZivilistInnen verletzt. Bei den folgenden Gefechten kam ein Soldat ums Leben, ein Soldat und ein Dorfschützer wurden verletzt.
Bei den nachfolgenden Gefechten in der Nähe des Dorfes Bokan kam der Genosse Sipan Amara (Güven Öcalan) ums Leben.
Am 4.11. kam es morgens um 8.00 Uhr zu Gefechten in der Region Dersim bei dem Dorf Çalkiran in Zerguit. Dabei kamen Soldaten ums Leben, die genaue Zahl ist nicht bekannt.
Am 3.11. legte die Guerilla zwischen Bedlês (Bitlis) und Êlih (Batman) einen Hinterhalt gegen einen Militärkonvoi der Besatzerarmee. Dabei kamen 10 Besatzersoldaten ums Leben, es gab auch zahlreiche Verletzte. Zwei Transporter wurden zerstört, vier weitere Fahrzeuge beschädigt.
Am 2.11. unternahm die türkische Besatzerarmee eine Militäroperation im Gebiet Zagros in den Medya-Verteidigungsgebieten. Zuvor schon hatten sie

Rheinmetall AG besetzt

Am 08. November besetzten gegen 15:00 Uhr rund 30 deutsche, türkische und kurdische AntimilitaristInnen die zentrale Geschäftsstelle des Düsseldorfer Rüstungskonzerns Rheinmetall. Währenddessen demonstrierten vor der Tür einige weitere AktivistInnen mit Fahnen und Transparenten und machten auf das Geschehen aufmerksam.

Viele der deutschen Waffen stammen aus der Produktion von Rheinmetall, wie etwa die Panzer Leopard 1 und 2 sowie das Maschinengewehr MG3. Rheinmetall erzielt durch den Verkauf von Gewalt und Mord milliardenschwere Profite.

Drinnen und draußen skandierten die Protestierenden Slogans wie: "Rheinmetall produziert, Türkei bombardiert!", "Für die Macht der Reichen gehen sie über Leichen!" oder "Deutsche Panzer raus aus Kurdistan!". Wutentbrannt und eilig riefen die Verantwortlichen Rheinmetalls die Polizei, während sie die DemonstrantInnen als "Gewalttäter" und "Verbrecher" beschimpften.

Auf den Vorwurf durch die Waffenproduktion mitverantwortlich für den Tot von tausenden Menschen zu sein, antwortete man "Ja wir produzieren solche Geräte, aber wir benutzen sie nicht." Durch die Empörung über diese zynischen Kommentare, stieg der Lärmpägel um ein vielfaches.

Nach nur wenigen Minuten begann die Düsseldorfer Polizei die Besetzung rabiat zu räumen. Dabei stürzte eine Aktivistin und eine weitere verlor durch den Einsatz der Polizei das Bewusstsein. Die Polizei verweigerte zunächst ärztliche Hilfe und war nur darauf bedacht die Personalien der verletzten Personen sicher zu stellen. Erst nach dem lautstarken Intervenieren der anderen AktivistInnen wurde eine Übersetzerin zu ihr gelassen und ein Krankenwagen gerufen.

Ein Aktivist wurde vorläufig festgenommen, wurde aber wieder frei gelassen, als die übrigen AktivistInnen deutlich machten, dass sie nicht eher gehen, bevor alle frei sind und sie notfalls noch eine Kundgebung anmelden würden.

(ran, 9.11., ISKU)

Am Ende der Worte

von Serdar Akinan,
Kommentator der Zeitung Akşam

Die Schwelle, an der sich die sogenannten KCK-Operationen nun befinden, zeigt uns nur eins auf: dass den Worten ein Ende bereitet werden soll, um Blut vergießen zu können. Wie viele Gräber müssen wir noch für die jungen Menschen unserer Heimat schaufeln? Die Regierung besitzt in Bezug auf die kurdische Frage eine erkennbare Haltung, die uns an ein unverzeihbares Ziel führen soll.

Die Verhaftungen von Ragip Zarakolu und Prof. Dr. Büşra Ersanlıs im Zuge der KCK-Operationen markieren eine wichtige Schwelle. Denn dies stellt eine schwere Niederlage für diejenigen dar, die in der kurdischen Frage stets betont haben, dass die Waffen zu ruhen haben und eine Lösung auf politischem Wege gesucht werden müsse. Sie können sich sicher sein, dass diese Verhaftungen weitreichende negative Folgen haben werden. Ich betrachte in diesem Zusammenhang die Äußerungen von Fetullah Gülen, dass die PKK „eine Handvoll Banditen" sind und sie nichts „als Schläge verdienen würden" aus vielerlei Sicht als sehr wichtig. Die kriegerische und harte Rhetorik des Ministerpräsidenten Erdoğans, der Racheschwur Güls und die Haltung der Gülen-Bewegung sind nun sehr deutlich ersichtlich. Dies sind Positionen, die diese Phase blockieren und zur Stagnation führen. Die kurdische Bewegung und ihre bewaffneten Einheiten in den Bergen, die ihr als eine „Handvoll von Banditen" bezeichnet, haben eine ernsthafte politische Struktur namens KCK aufgebaut. Finden sie die Tatsache nicht besonders interessant, dass die KCK-Operationen nicht auf den Südosten begrenzt sind und gar mittlerweile die gesamte Türkei erfasst haben? Hat etwa die BDP – trotz der 10%-Hürde – so viele Abgeordnete in der Lotterie gewonnen und diese ins Parlament entsandt? Diejenigen, die behaupten, dass die politisch-kurdische Bewegung nicht die Mehrheit der Kurden vertreten würde, lotsen die Türkei in eine große Falle.

Wenn Banner mit dem Slogan „Die PKK ist das Volk" auf BDP-Veranstaltungen gezeigt werden und andere dies als kurdischen Faschismus betiteln, dann ist das nichts anderes als ein Beleg für die Beschränktheit derer, die zu so einem Urteil kommen.

Es ist ganz klar, wer im Namen der Kurden Politik betreibt. Man kann es PKK, Öcalan, KCK oder BDP nennen. Fakt ist, dass diese Bewegung eine ernsthafte Struktur hat und diese auf einer ernst zu nehmenden Basis fußt. Trotz all der Repressionen verankert sie sich immer weiter.

Statt sich von der Politik zu verabschieden, hätte man die Bedingungen dafür schaffen sollen, dass die Politik vom Aspekt der Gewalt befreit wird.

Diese Feststellung hatte sogar die Zeitung Zaman gedruckt.

Ich versuche zu verstehen, warum die Regierung (damit sind alle Mitglieder der Regierung gemeint) am angelangten Punkt Kriegsgeschrei von sich gibt. Ich frage mich, was diese machen werden, wenn sich ein anderes „Mavi Marmara" Boot sich der Küste von Mersin nähert. Seid ihr wirklich bereit mit Israel, dass ihr so sehr kritisiert, in dieselbe Kategorie eingeordneten zu werden?

Was wird passieren, wenn Al Jazeera damit beginnt, aus Amed vom kurdischen Frühling zu berichten? Ist das etwa unmöglich?

(Ak, 2.11., ISKU)

PKK-Warnung an den Gülen-Orden:

Keine falschen Kalkulationen!

Das Exekutivkomitee der PKK veröffentliche eine Erklärung zum Opferfest, in der sie der islamischen Gemeinde, vor allem dem kurdischen Volk, dem PKK-Vorsitzenden und den Völkern des Mittleren Osten, den Anfang einer friedlichen Zeit wünscht.

In der Erklärung wurden auch die Worte Fetullah Gülens thematisiert: „Die AKP-Regierung und der Gülen-Orden, die die Regierung auf den Beinen hält, haben auch an diesen Tagen des Opferfests unsere Freiheitskrieger mit nationalistischen und faschistischen Gedankengut angegriffen und Massaker an ihnen über die Presse offen erklärt. Auf der einen Seite wird der Vorsitzende Abdullah Öcalan stark isoliert, gefoltert und letztendlich ideologisch angegriffen. Unsere Freiheitskämpfer werden mit Waffen, die nach internationalem Recht verboten sind, angegriffen. So wurde wieder ein Massaker durchgeführt und ein Verbrechen gegen die Menschheit verübt. Der politische Genozide, bei dem PolitikerInnen, AkademikerInnen, JournalistInnen, BürgermeisterInnen und Freunde und Freundinnen des kurdischen Volkes verhaftet werden sowie Bombenangriffe finden parallel nahezu jeden Tag statt. Die AKP-Regierung, die so das Opferfest zu Tagen der Trauer machen will, sollte wissen, dass die PKK und ihr Vorsitzender für Gleichheit, Frieden und Geschwisterlichkeit stehen, was auch der Geist des Islams ist. Diese Bewegung ist im kurdischen Volk, das bis zu 90% aus Muslimen besteht, fest verankert. Alle sollten wissen, dass auf dieser Grundlage diese Bewegung entschlossen ist, ihren Widerstand zum Erfolg zu führen. In diesem Sinne sollte niemand falsche Kalkulationen aufstellen."

(ANF, 6.11., ISKU)

mit Kobra-Helikoptern die Gegend bombardiert. Bei den nachfolgenden Gefechten, die in den frühen Morgenstunden stattfanden, wurden drei Soldaten getötet. In der Folge bombardierte die Armee weiter das Gebiet. *(hpg, 1.-4.11., ISKU)*

Angehörige gefallener Guerillas gehen nach Malatya

Mit einer Delegation von BDP VertreterInnen und VertreterInnen des DTK, MeyaDer, dem IHD und TUHAD-FED sind am Donnerstag die Familienmitglieder von 26 Guerillas, deren Körper noch nicht identifiziert wurden, nach Malatya gefahren, um die Körper ihrer Kinder zu fordern und erneut bei der Staatsanwaltschaft vorzusprechen.

Unter den 36 Guerillas, die im Kazan Tal gestorben sind, wo die türkische Armee am 22.10. chemische Waffen und Napalmbomben eingesetzt hatte, konnten 26 Körper immer noch nicht identifiziert werden. In der vergangenen Woche hatten die Familien Blutproben für die DNA-Analyse eingereicht. Nur 10 Körper wurden bisher identifiziert und wurden abgeholt und von ihren Familien begraben, während die anderen 26, die alle stark verbrannt und teilweise zerfetzt sind, seit dem 24. 10. noch immer im Forensischen Institut in Malatya sind.

(ANF, 9.11., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
hpg	hezenparastin.com
ran	Rote Antifa NRW
Ra	Radikal
Ak	Akşam

Termin:

Lesung aus dem Buch *Jenseits von Staat, Macht und Gewalt* von Abdullah Öcalan

mit Reimar Heider, Übersetzer und Mitarbeiter der Internationalen Initiative – Freiheit für Öcalan

Veranstaltet von:
Kurdistan Solidaritätskomittee - www.kskgoe.blogsport.de
Samstag den, 12.11.2011 18:00 - 20:00 Uhr, Ort: VG 0.110 (Zentralcampus Uni Goetingen)

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 542
18. November 2011

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Kurdischer Aktivist von Spezialeinheiten hingerichtet

In den internationalen Medien war am 11.11.2011 einiges über die „Entführung" eines Passagierschiffs durch HPG-Guerillas zu lesen. Das HPG-Mitglied Mensur Güzel hatte anscheinend den Kapitän des Passagierschiffes dazu gebracht, Kurs auf die Gefängnisinsel Imralı zu nehmen, um gegen die Isolationsbedingungen des dort inhaftierten Vorsitzenden der Arbeiterpartei PKK Abdullah Öcalan zu protestieren. Öcalan wird seit mehreren Monaten jeglicher Kontakt zu seinen AnwältInnen verweigert. Mittlerweile ist offensichtlich geworden, dass der Aktivist weder bewaffnet war, noch im Besitz von Sprengstoff war. Er hatte offensichtlich nicht vor, der Besatzung oder den Passagieren Schaden zuzufügen.

Die vermeintliche Entführung endete in der extralegalen Hinrichtung des unbewaffneten Mensur Güzel durch Spezialeinheiten. Den Verdacht einer Hinrichtung erhärtet auch die Erklärung des Provinzgouverneurs, es habe keinerlei Kampf bei der Operation stattgefunden.

Auch die Volksverteidigungskräfte HPG bestätigten, dass der Guerilla Sinan Azad (Mensur Güzel) auf die Isolationshaftbedingungen von Abdullah Öcalan aufmerksam machen wollte und dass er alle Maßnahmen ergriffen habe, für die Unversehrtheit der InsassInnen des Schiffes zu sorgen. Das Hauptquartier der HPG erklärte Folgendes: „Unser Genosse hatte nicht vor, irgendjemanden zu verletzen oder zu töten. Dass den ZivilistInnen bei dem Angriff der Spezialeinheiten nichts zugestoßen ist, hängt mit der Umsicht, der Hingabe und Opferbereitschaft unseres Genossen Sinan zusammen. Die Nachricht, die der türkische Staat mit diesem Mord sendet, muss gut verstanden werden. Schon in den ersten Minuten stellten Verantwortliche der Regierung große Anstrengungen an, das Ziel der Aktion zu verschleiern und zu verbergen. Schließlich wurde behauptet, man habe ihn getötet, weil man ihn nicht zur Aufgabe habe überreden können. Die AKP hat damit mal wieder ihr mörderisches Gesicht deutlich gezeigt. Eine unbewaffnete Person, die keinerlei Bedrohung darstellt, auch wenn sie Mitglied

→

Geballter Widerstand

von Eren Keskin, Rechtsanwältin und Menschenrechtlerin

Es gibt so viele Probleme in unserer Region (gemeint ist Türkei-Kurdistan), dass eine stetige Debatte von Nöten ist.

Aber was wollt ihr mit wem debattieren?

Die Mehrheit ist von Unwahrheiten geblendet! [Wahrheit ist], dass das sogenannte „Kurdische Problem" in seiner Gesamtheit ein „Türkisches Problem" ist. Auch, dass die scheinbare Definition mitsamt der begriffliche Zuschreibung „Armenisches Problem", im eigentlichen Sinne ein VÖLKERMORD ist!

Dazu gehört außerdem, dass in dieser Region hinter jeder Form der Unterdrückung, hinter jeder Auslöschungspolitik, die als „Regimewächter" betrachteten Militaristen stehen. Zudem, dass die in der Türkei allgegenwärtige „Große Befürchtung" einer antilaizistischen Entwicklung sich insgesamt unter Kontrolle der Armee befindet. Die meisten Imam-Hatip Schulen wurden von Seiten der Putschisten des Staatsstreichs vom 12. September eröffnet. Die Aufnahme des Religionsunterrichts als Pflichtfach in den Lehrplan ist ebenfalls durch die 12. September-Putschisten erfolgt. Sie kennen nicht ein Körnchen Wahrheit …

Die größte Unwahrheit unter diesen ist vielleicht jene über die PKK. Die PKK ist nicht plötzlich vom Himmel gefallen. Die PKK ist eine an die Nation gerichtete und gegen die Auslöschungspolitik gewandte Reaktion. „Zwischen der Gewalt und uns liegt ein schmaler Grat". Jeder kann plötzlich sowohl zum Täter oder aber zum Opfer von Gewalt werden. Bedeutung trägt nur, die gewaltproduzierenden Mechanismen und deren Anwendung aufzuheben. Sämtliche Bestrebungen müssen darauf ausgerichtet werden.

Wir haben bei Van/Catak ein Massengrab aufgesucht. Uns haben eine Gruppe deutscher Politiker, Menschenrechtsverteidiger, Mitglieder des IHD und Friedensmütter begleitet. Auch die Gebeine der Kinder der uns begleitenden Friedensmütter sind verschollen. Sie sind seit Jahren auf der Suche nach ihren Kindern, deren Gebeinen.

Im Massengrab auf der Bergspitze haben wir mit Steinen bedeckte menschliche Knochen und Schädel vorgefunden. Es war ein unfassbarer Anblick. Auf der einen Seite lagen die von den Staatskräften benutzen Geschossreste, auf der anderen Seite das Kochgeschirr der Guerilla, Kleidungsstücke und die Überreste der zerfetzten Körper, nämlich Knochen und Schädel. Dass die Mütter die Knochen in die Hände nahmen und weinend streichelten, berührte alle Beteiligten über alle Maße. Alle mussten weinen, ob Mann oder Frau. In diesem Moment ist uns allen der Gedanke gekommen, uns umzuwenden und in Richtung der Berge zu gehen. Das hat sich tatsächlich so ereignet. Alles zurücklassen und in die Berge ziehen!

Nun werden einige Leser meinen Bericht kritisieren, in der Art „Wie können einem Menschenrechtsverteidiger solche Dinge in den Sinn kommen?" Aber der Gedanke tritt nun mal auf!

Im Moment des Schmerzes, in einer Region, in der Rachekriege geführt werden, in der sämtliche Leiden der Mütter eines Volkes nichts zählen, entstehen solche Gedanken. Später sind wir alle selbstverständlich in die Realität zurückgekehrt.

Wir sind zurückgekehrt, aber einem 15 bis 16ährigen Jugendlichen kann dies nicht begreiflich gemacht werden. Heute gibt es einzig einen Weg der Lösung, in der die PKK nicht ignoriert wird. Der Kampf wird gegen die PKK geführt. Sie ist eine Beteiligte des Krieges. Wir erleben momentan, dass sich die AKP, in Allianz mit der Armee, für eine „allumfassende Auslöschung" entschieden hat. Aber diese Entscheidungen werden keine Lösung sein.

Unsere Liebe und Verbundenheit zu Ragip, Prof. Ersanli, Hatip Dicle, Muharrem Erbey [politische Gefangene der sogenannten KCK-Operationen] erlegt uns nun die Aufgabe eines „allumfassenden, geballten Widerstands" auf. Wir haben einen größeren Glauben und größeren Mut!

(ÖG, 9.11., ISKU)

Meldungen:

Der NATO-Code in Çukurca

Es sind neue Informationen zu den eingesetzten Waffen des türkischen Militärs bei dem Luftangriff in Çelê (Çukurca), bei dem 36 Guerillakräfte der HPG ums Leben kamen, ans Tageslicht gekommen. Wie der Leiter des Berliner Informationszentrums für transatlantische Sicherheit (BITS) Otfried Nassauer gegenüber der Nachrichtenagentur Firat mitteilte, handelt es sich bei den Bomben um GPS gesteuerte Bomben der NATO.

Nassauer, dem die Codes von den Überresten der Bomben vorgelegt wurden, konnte damit die Bomben näher spezifizieren. Aus dem Code (Nsn 1325-01) werde ersichtliche, dass es sich um eine NATO Bombe (NSN = NATO Stock Number) handele, die in den USA hergestellt worden sei, was durch die am Ende stehende Nummer ‚01', die innerhalb der NATO für die USA steht, ersichtlich werde.

Bei den Bomben selbst handele es sich um die 227 kg schwere Mk-82 Bombe, die zwar nicht neu sei, aber aus der Aufschrift „Wing assembly" auf der Bombe werde ersichtlich, dass diese modernisiert und mit GPS-Technik ausgestattet worden sind. Dadurch lassen sich die Bomben zielgenau steuern.

Auf telefonische Anfrage bei der NATO-Zentrale in Brüssel, erklärte der Verantwortliche für die NATO-Logistik (NAMSA) John Bosmans, dass sie den Code auf der Bombe untersuchen würden. Weitere Informationen wurden von Bosmans allerdings nicht gegeben.

(ANF, 10.11., ISKU)

Abgeordnete im US-Repräsentantenhaus gegen Verkauf von Kriegshubschraubern an die Türkei

Im US-Repräsentantenhaus haben sich neun Abgeordnete für einen Stopp des Verkaufs von 3 Cobra-Kriegshubschraubern des Typs Super stark gemacht. Es handelt sich hierbei um einen Deal in Höhe von 111 Millionen Dollar.

Die Abgeordneten Shelley Berkley, Eliot Engel, Gus Bilirakis, Carolyn Maloney, Michael Grimm, Frank Pallone, Ed Royce, Steve Israel und Jim McGovern forderten zudem in einem Brief US-Präsidenten Barack Obama auf, die diplomatischen Beziehungen zur Türkei zu überdenken und neu zu bewerten.

Aufruf zur Demonstration anlässlich des Internationalen Tags gegen jegliche Form von Gewalt an Frauen am 19.11. – 13:30 Uhr – Ebertplatz, Köln

Stoppt den Feminizid!

Am 25. November 1960 wurden die Schwestern Patria, Minerva und Maria Teresa Mirabel in der Dominikanischen Republik durch Geheimdienstmitarbeiter vergewaltigt und ermordet. Im Gedenken an die drei Schwestern, die entschlossen gegen die Diktatur in ihrem Land Widerstand geleistet und für die Rechte von Frauen gekämpft hatten, erklärten Frauenbewegungen den 25.11. zum „Internationalen Tag gegen jegliche Form von Gewalt gegen Frauen". Jedoch dauert die Gewalt gegen Frauen unvermindert an, und genauso wie die Schwestern Mirabel kämpfen auch heute Frauen weiterhin in allen Teilen der Welt um ein Leben in Würde und Freiheit.

Die geschlechtspezifische Gewalt gegen Frauen ist grenzen-, klassen-, nationen- und religionsübergreifend und ihre Auswirkungen sind tödlich. Seit mehr als 5000 Jahren wird weltweit ein regelrechter Krieg gegen Frauen geführt, der in seiner Dauer und seinem zerstörerischen Ausmaß alle „offiziellen" Kriege übertrifft. Im Kapitalismus wurde der Feminizid unter dem Schein angeblicher „individueller Freiheiten" verschleiert und perfektioniert. Weltweit sterben mehr Frauen im Alter zwischen 14 und 44 Jahren durch Männergewalt als durch Unfälle, Krankheiten oder Kriege. Dabei werden 70 % aller ermordeten Frauen durch ihre Partner, bzw. Ex-Partner ermordet.

Einige Fakten dieses unbenannten Krieges, der auch als Feminizid bezeichnet werden kann:

- Jede dritte Frau wird in ihrem Leben einmal vergewaltigt, geschlagen, oder auf andere Weise misshandelt.
- Weltweit wurden schätzungsweise 130 Millionen Frauen genital verstümmelt. Jedes Jahr erleiden weitere 2 Millionen Frauen dieses Schicksal.
- Mehr als 60 Millionen Frauen „fehlen" auf der Welt als Folge von geschlechtsselektiven Abtreibungen und Mädchenmorden.
- Jährlich werden schätzungsweise 5.000 Frauen im Namen der „Ehre" ermordet.
- 4 Millionen Frauen und Mädchen werden weltweit jährlich zum Zweck der Heirat, Prostitution oder Sklaverei verkauft.
- Vergewaltigung wird in allen Kriegen systematisch als Waffe eingesetzt. Vergewaltigung geht mit Ausbeutung, Vereinnahmung, Beschlagnahmung, Fremdbestimmung und Kolonialisierung auf der Grundlage sexistischer und militaristischer Ideologien einher.

Ziel aller dieser Formen von Gewalt gegen Frauen ist, unseren Freiheitswillen zu brechen und uns zum Schweigen zu bringen. Doch wir wehren uns laut und deutlich!

Deshalb arbeiten wir als Frauen daran, unsere Organisierung, den Kampf und die Solidarität international weiter zu stärken!

Deshalb initiierte die kurdische Frauenbewegung die Kampagne „Stoppt den Feminizid!", denn die Frauenbefreiung ist das Fundament der gesellschaftlichen Befreiung und des Aufbaus der Demokratischen Autonomie, der sich derzeit trotz pausenloser Bombenangriffe, Giftgaseinsatz, Militäroperationen und Massenverhaftungen in Kurdistan vollzieht!

Deshalb organisieren Frauen den Widerstand gegen imperialistische Kriege, autoritäre Regime und Besatzung!

Deshalb wehren sich Frauen, wie die Triumph-Arbeiterinnen auf den Philippinen gegen illegale Entlassungen und verteidigen mit Streiks und Fabrikbesetzungen ihre Arbeitsplätze!

Deshalb sind in diesen Tagen Frauen im Widerstand gegen das kapitalistische System an aller Orten der Welt auf der Straße und sagen: „Occupy Wall Street – Besetzt die Zentren der Macht!"

Wir wollen eine Welt ohne Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg, in der Frauen ihr Recht auf ein freies und selbstbestimmtes Leben verwirklichen können!

Gegen Sexismus, Rassismus und das Kapital kämpfen Frauen international!

Kurdisches Frauenbüro für Frieden – Ceni e.V.
Kurdische Fraueninitiativen und Frauenräte in NRW

Unterstützerinnen: frauen streiken (Düsseldorf); LAG Lesben in NRW; Redaktion WIR FRAUEN; Landesarbeitsgemeinschaft Migration, Integration, Antirassismus der Partei DIE LINKE NRW; Hamide Akbayir MdL Fraktion DIE LINKE NRW; Monika Schierenberg (ecomujer); YXK – Verband der Studierenden aus Kurdistan

→

Kurdischer Aktivist von Spezialeinheiten hingerichtet

einer vom Staat bekriegten Kraft ist, umzubringen, bedeutet eine erneute Erklärung, dass alle, die Verantwortung für das Anliegen der KurdInnen und ihre Rechte übernehmen, vernichtet werden sollen. Mit den Morden, welche die AKP-Regierung begeht, versucht sie uns dazu zu bringen, die gleichen Mittel anzuwenden, aber diese Pläne werden nicht aufgehen."

Auch der Vorsitzende des Istanbuler Büros des Menschenrechtsvereins IHD Abdulbaki Boğa erklärte, dass die Tötung von Mensur Güzel, der ohne weiteres hätte lebend festgenommen werden können, eine Verletzung des Rechts auf Lebens darstellt: „Bezüglich der Entführung des Passagierschiffs möchten wir folgendes erklären: Es ist die Aufgabe der Sicherheitskräfte, wen auch immer, der eine Straftat begeht, lebend festzunehmen und der Justiz zu übergeben. Auch wenn wir alle Fakten noch nicht kennen, einen Aktivisten, der abgesehen von der Entführung gegenüber der Besatzung oder den Passagieren des Schiffes keinerlei aggressive Haltung zeigte, diese auch keiner Lebensgefahr aussetzte, zu töten und damit auch die Sicherheit der Passagiere in Gefahr zu bringen, statt durch Überredung oder andere Maßnahmen eine Lösung zu finden, ist zu hinterfragen."

Der IHD wies darauf hin, dass 1996 gegen schwer bewaffnete tschetschenische Rebellen, die in Trabzon ein Passagierschiff entführt hatten, eine äußerst geduldige und deeskalierende Haltung an den Tag gelegt wurde. Die Behandlung HPG-Aktivisten wird daher als Ausdruck eines „doppelten Standards" gesehen: „Zu dieser Zeit sahen die Verantwortlichen des Staates und der Regierung die tschetschenischen Widerstandskämpfer als ‚ungezogene Jungs, Helden oder mutige Kinder'. Wohin sie auch kamen wurden sie umarmt und geküsst. Die gleiche Toleranz wurde Güzel gegenüber nicht zuteil. Dass einige Fernsehkanäle bezüglich der Operation erklärt hatten, dass fünf Personen das Feuer eröffnet hätten, aber letzten Endes nur ein Aktivist anwesend war, ist ein anderer bedenkenswerter Punkt."

Mittlerweile haben sich Hunderte vor der Gerichtsmedizin in Yenibosna versammelt, um die Leiche des Aktivisten entgegenzunehmen. Unter Ihnen waren neben der Familie des Getöteten auch Abgeordnete der BDP wie Sebahat Tuncel und die Kreisvorsitzende der BDP von Istanbul Asiye Kolçak. Sinan Azad (Mensur Güzel) soll in Amed (Diyarbakır) beigesetzt werden.

(ANF, 13.11., ISKU)

Gleichzeitig geht die an Senator John Kerry, der Sprecher der Außenbeziehungskommission im Senat ist, gerichtete Online-Petition zum Stopp des Waffendeals weiter. In dem Aufruf zur Petition heißt es unter anderem: „Die Kurden in der Türkei brauchen dringend eine friedliche Lösung für die kurdische Frage, und nicht weitere hochtechnologische Waffen". Die Petition, die bis zum Samstag noch fortgeführt werden soll, kann unter folgendem Link erreicht werden: http://www.change.org/petitions/chairman-us-senate-foreign-relations-committee-stop-us-cobra-sales-to-turkey

(ANF, 10.11., ISKU)

Guerillakräfte stürmen Baustelle des Silvan-Staudamms

Im Bezirk Farqîn (Silvan) haben in der Nacht vom 9. auf den 10. November Guerillakräfte der HPG die Baustellenarbeiten zum Staudamm in Farqîn (Silvan) gestürmt. Hierbei wurden neun Maschinen der Baustelle in Brand gesetzt.

Der im Bau befindliche Staudamm ist nur eines von etlichen Staudammprojekten der türkischen Regierung in Nordkurdistan, durch die sowohl für die Geographie irreparabelle Schäden zugefügt werden, als auch die Menschen aus der Region zum Verlassen ihrer Heimat gezwungen werden.

(ANF, 10.11., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
ÖG	Özgür Gündem

Termin:

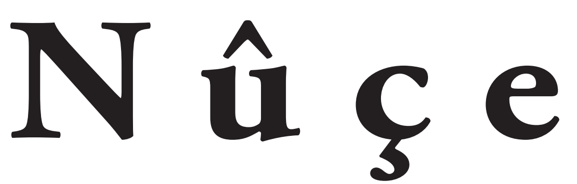
26. November – 11:00 Uhr – U-Bhf Hallesches Tor (Berlin)
Großdemonstration: PKK-Verbot aufheben! – Demokratie stärken!
anläßlich des 18. Jahrestages des „PKK-Verbots" in der BRD
Aufrufer: Yek Kom – Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland

Nährere Informationen, der Aufruf und weitere UnterstützerInnen unter: *kurdistan.blogsport.de*

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 543
25. November 2011



.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Neu Repressionswelle ist vor allem Angriff auf AnwältInnen

Mehr als 100 neue Festnahmen

Nachdem Ministerpräsident Erdoğan JournalistInnen, Oppositionelle und die AnwältInnen von Abdullah Öcalan als Zielscheibe präsentiert hat, wurden in 16 Regionen 100 Personen festgenommen. Unter ihnen befinden sich ein Journalist und 70 Anwälte und Anwältinnen.
Die speziell beauftragte Republikanwaltschaft [etwa wie hier die Bundesanwaltschaft] in Istanbul gab bekannt, dass im Rahmen der „KCK-Operation" 47 Anwälte allein in Istanbul festgenommen wurden. Während der Durchsuchungen in der „Asrin" Anwaltskanzlei, hielt der Anwalt Özcan Kilic eine Pressekonferenz ab. Kilic erwähnte, dass die Verhafteten aus den anderen 15 Regionen wahrscheinlich nach Istanbul transportiert werden würden. Er führt weiter aus, dass die Gesamtanzahl der Verhafteten mit den Regionen zusammen sogar mehr als 100 betragen wird, denn allein in Istanbul, Amed und Kocaeli seien bereits 102 Festgenommene gezählt worden.
Außerdem seien all die festgenommenen Anwälte mit der Verteidigung Abdullah Öcalans beauftragt. Da aber die Akte für 24 Stunden als „Geheim" vorenthalten wird, könne noch nicht gesagt werden, was den AnwältInnen vorgeworfen wird. Alle PCs und Unterlagen würden noch durchsucht werden, was sich bis in die späten Abendstunden ziehen könnte.

38 Festnahmen in Amed
Mit gepanzerten Fahrzeugen holte die Polizei in den frühen Morgenstunden in Amed (Diyarbakir) 38 Personen ab. Die Anzahl der Verhafteten kann größer sein. Unter den Festgenommenen in Amed befinden sich: der Co-Vorsitzende der BDP-Diyarbakir Ömer Önen, der BDP-Vorsitzende des Stadtteils Bağlar Ali Yüce, das ständiges DTK-Ratsmitglied Bedia Akkaya, die stellvertretende Bürgermeisterin von Bağlar Derya Tamris, BDP-Bağlar-Vorstandsmitglied Erdal Senadam, BDP-Bağlar-Vorstandsmitglied Abdulhamit Durmaz, Mitglied im Generalrat in Diyarbakir Safi Hayme, Mitglied im Generalrat in Diyarbakir Fatma Kizilkaya, Mitglied im Stadtrat Bağlar Kadri Göktimur, Friedensmutter Yüksel Barut, die BDP MitarbeiterInnen İrfan Çelik, Gülşen Çelik, M. Cevat Aydın, Tahir Baran, İbrahim Mercan, Abdullah Yalçın, Mehmet Okur, Recep Gümüş, Canan Güler, Şahin Seyyar, Nurettin Karataş. Ömer Gölcü, Latif İpek, Bilal Aranta, Şefik Yıldırım, M. Ali Adsız, M. Seydoş İçer, Mitglied in der Gewerkschaft Eğitim Sen Yusuf Eminoğlu, sowie eine Person, von der lediglich der Vorname Felemez bekannt ist.

Razzia auf den Arbeitsplätzen in Gever
In der Stadt Gever (Yüksekova) hat ein Spezialteam der Polizei in der Kanzlei der Anwälte Ergün Canan und Erdal Sefali eine Razzia durchgeführt. Die beiden Anwälte wurden weder in ihren Wohnungen, noch in der Kanzlei aufgefunden. NGOs und BDP-VertreterInnen haben angekündigt, anlässlich der Verhaftungswellen Proteste zu organisieren.

In Kocaeli 17 Verhaftungen
In den Stadtteilen Izmit, Derince, Körfez und Basiskele in der Provinz Kocaeli wurden bei gezielten Hausdurchsuchungen neben SGD-Mitglied (Sozialistischer Jugend Verein) Ilke Basak Baydar, ESP-Mitglied Emre Genc, Volkshaus Mitglied Metin Kaya noch weitere 17 Personen verhaftet. Die Verhaftungen wurden mit den Begründungen der „Mitgliedschaft einer terroristischen Organisation", „Propaganda" für solche eine gemacht zu haben und finanzieller und personeller Unterstützung dieser, am frühen Morgen durchgeführt. Außerdem

→

Versammlungsfreiheit auch für Kurdinnen und Kurden!

Das Berliner Verwaltungsgericht hat am Dienstagnachmittag das polizeiliche Verbot der für den 26. November in Berlin geplanten Großdemonstration „PKK-Verbot aufheben – Demokratie stärken" bestätigt.
Im Dezember berät der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages über eine Petition zur Aufhebung des PKK-Verbots. Erst im Sommer haben über 50.000 Menschen erneut diese Forderung im Rahmen der Kampagne zur „Anerkennung der kurdischen Identität in Deutschland" unterzeichnet. Mit unserer Demonstration zum 18. Jahrestag des PKK-Verbots wollen wir noch einmal unsere Stimme für diese Forderung erheben.
Für die von uns langfristig geplante und nunmehr verbotene Demonstration läuft eine bundesweite Mobilisierung. Busse und Bühnen wurden bereits angemietet. Es wurden bis zu zehntausend TeilnehmerInnen erwartet. Unterstützt wurde die Demonstration von einem Dutzend Europa-, Bundestags- und Landtagsabgeordneten der Partei DIE LINKE, deren Demonstrationsrecht so ebenfalls ausgehebelt wird.
Als Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland Yek-Kom werden wir auf juristischem Wege weiter für unser Grundrecht eintreten. Nun muss das Oberverwaltungsgericht entscheiden.
Mit diesem Verbot unseres Grundrechts auf Demonstrationsfreiheit positioniert sich die Bundesrepublik Deutschland auf der Linie der AKP-Regierung der Türkei, die am selben Tag in einer beispiellosen Aktion rund 50 RechtsanwältInnen sowie Dutzende JournalistInnen und politische AktivistInnen unter fingierten Terrorvorwürfen hat festnehmen lassen.
Mit dem PKK-Verbot in Deutschland und dem Verbot unserer Demonstration werden solche seit 2,5 Jahren laufende Massenverhaftungen prokurdischer PolitikerInnen und AktivistInnen in der Türkei regelrecht ermutigt. Ermutigt werden so auch Überfälle türkischer Faschisten auf kurdische Vereine in Deutschland. So griffen Graue Wölfe am Samstag im Anschluss an eine Polizeirazzia das Deutsch-Mesopotamische Bildungszentrum Berlin an.
Wir fordern den Berliner Innensenator und die Polizeiführung auf, unverzüglich das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit sicherzustellen – auch für Kurdinnen und Kurden. *YEK-KOM*
Düsseldorf, den 23.11.2011

Meldungen:

Şirnex: Innerhalb von 7 Monaten 53 Kinder verhaftet
In der Region Şirnex in Nordkurdistan/Türkei sind innerhalb von sieben Monaten 53 Kinder im Rahmen der „Gesetze zur Bekämpfung des Terrorismus" verhaftet worden.
Von 13 Kindern, die in Sirnex festgenommen wurden, befinden sich noch 5 in Haft, von 41 Kindern, die in Cizîrê festgenommen wurden, sind es 29, in Silopî sind es 11 von 18 und in Hezex befinden sich alle 8 Kinder, die festgenommen wurden, ebenfalls weiter in Haft.
Die Gründe, die bei der Festnahme von 85 Kindern genannt werden, sind, dass sie gegen „das Gesetze zum Verbot öffentlicher Versammlungen und Demonstrationen " protestiert haben, dass sie angeblich für die Organisierung der Menschen geworben haben, dass sie Steine auf Polizisten und deren Fahrzeuge geworfen haben sollen und, dass sie selbst an Demonstrationen in der Stadt teilgenommen haben sollen. Von den 85 festgenommen Kindern wurde gegen 53 ein Haftbefehl ausgestellt.
Obwohl im Jahr 2010 am Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus Änderungen vorgenommen worden sind, werden seither immer noch genauso viele kurdische Kinder wie zuvor festgenommen und befinden sich noch immer in Haft. *(ANF, 22.11., ISKU)*

Polizeirazzia bei kurdischer Trauerfeier
Ausgerechnet am heutigen Totensonntag hat die Berliner Polizei eine Gedenk- und Trauerfeier für gefallene kurdische Freiheitskämpfer gestürmt. Eine Hundertschaft der Polizei hatte am Nachmittag die Räume des Deutsch-Mesopotamischen Bildungszentrums in Berlin-Kreuzberg abgeriegelt. Die über Hundert Anwesenden – darunter Angehörige von getöteten Freiheitskämpfern – wurden durchsucht. Dabei wurden alle mitgeführten Bargeldmittel, die 50 Euro überstiegen, beschlagnahmt. Offenbar wollte die Polizei so mögliche Spendensammlungen für den kurdischen Freiheitskampf verhindern. Eine Spendensammlung fand in der Tat an diesem Tag im Verein statt: für Erdbebenopfer in der kurdischen Stadt Van.
Die türkische Armee ging in den letzten Wochen erneut mit international geächteten chemi-

KCK: Die Phase eskaliert zu einem strategischen Krieg

Der KCK-Exekutivrat hat nach den jüngsten Verhaftungswellen im Rahmen der sog. KCK-Verfahren eine Erklärung abgegeben, die wir im Wortlaut dokumentieren:

„Der türkische Staat hat seine kolonialfaschistischen Handlungen in Kurdistan auf eine neue Spitze getrieben. Das AKP-Regime setzt unseren Vorsitzenden seit nunmehr vier Monaten einer verschärften Isolation und psychologischer Folter aus und verletzt damit sowohl universelles Recht als auch seine eigenen Gesetze. Es versucht mit dieser Verschärfung, die keinerlei moralische Haltung besitzt, sowie mit der Ausweitung des Krieges Ergebnisse zu erlangen.

Nachdem die Isolation und die psychologische Folter gegen unseren Vorsitzenden nicht das gewünschte Ergebnis gebracht haben, setzt die AKP nun ihre Kriegserklärung gegen den Vorsitzenden Apo [Abdullah Öcalan] in die Tat um. So sind die KCK-Verhaftungen, die Angriffe gegen die Akademien usw. als Angriffe gegen die Linie und das System unseres Vorsitzenden zu verstehen. Nachdem das kurdische Volk sich dem AKP-Kolonialismus nicht ergeben hat, konzentrieren diese sich nun auf den Vorsitzenden Apo, durch den das kurdische Volk Kraft schöpft. Ziel ist es, die Verbindung zwischen dem Vorsitzenden und dem Volk zu kappen, um so zu einem Erfolg zu gelangen.

Die Operationen am Dienstag Morgen in 16 Städten, bei denen das Rechtsbüro Asrin und die Anwälte und Anwältinnen des Vorsitzenden festgenommen worden sind, zeigen die wahren Absichten der AKP. Hieraus erschließt sich auch, weshalb sich der türkische Ministerpräsident gestern dringlich mit seinen Ministern getroffen hat.

Es wird gegen unseren Vorsitzenden, sein System und seine Linie und somit gegen das gesamte kurdische Volk Krieg geführt. Dieser Krieg hat keinerlei rechtliche Grundlage, und wenn doch, dann unter den Gesetzen der herrschenden Kolonialisten.

DAS IST DIE ESKALATION DES KRIEGES

Sowohl alle PolitikerInnen in Kurdistan, die für die Freiheit stehen, als auch die Anwälte und Anwältinnen des Vorsitzenden werden zur Zielscheibe. Das ist Beweis genug dafür, welche Furcht die AKP-Regierung vor dem Vorsitzenden Apo, der Freiheitsbewegung und dem kurdischen Volk hat. Daher versuchen sie mit allen möglichen Mittel und unter Missachtung jeglichen Rechts das kurdische Volk zu schwächen und zur Aufgabe zu zwingen. Und dies bedeutet schließlich nichts anderes als die Eskalation des Krieges.

Der Urheber dieser faschistischen Praxis, Ministerpräsident Erdoğan, schämt sich nicht, seine Nachbarländer zu mahnen, sie sollen doch die Stimme ihres Volkes erhören. Das ist nichts als eine hinterlistige Doppelmoral. Dass ein Ministerpräsident, welcher endlose Polizeigewalt gegen das kurdische Volk einsetzt, welcher seine eigenen Gesetze permanent übertritt, welcher gegen internationales Recht verstößt, indem er verbotene Waffen gegen unsere Guerillakräfte einsetzt, sich anmaßt, nach links und rechts Belehrungen von sich zugeben, ist eine Schande für die Menschheit.

Der heutige Vertreter eines türkischen Staates, der in seiner Vergangenheit die Unterschrift unter zahlreiche Massaker gegenüber den Kurden gesetzt hat, setzt zum einen eine aktualisierte Form des Dersim-Genozids in der heutigen Zeit um und spricht zum anderen davon, dass der türkische Staat sich seiner Geschichte in Dersim stellen müsse. Dies ist der beste Beweis dafür, welche schmutzigen Interessen die AKP verfolgt. Es ist offensichtlich, dass nicht nur die AKP als Partei, sondern das gesamte System des türkischen Staates sich seiner Geschichte stellen muss und sich die Genozide an den Völkern Kurdistans aufarbeiten und sich dafür bei den Betroffenen entschuldigen muss. Ohne diesen Schritt können in der Türkei die dringlichsten Probleme nicht gelöst und der Übergang zu einer wirklichen Demokratie nicht begangen werden. Aber diejenigen, die diese Ereignisse für kurzfristige Interessen missbrauchen und für ihre begangenen Taten andere beschuldigen, werden sich früher oder später der Geschichte stellen müssen.

Alle demokratischen Kreise der Türkei, die für eine gemeinsame Zukunft der Völker eintreten, die auf der Seite von Frieden und Demokratie stehen, müssen gegenüber den faschistischen Handlungen der AKP, die in die Phase eines strategischen Krieg manövriert, ‚Stopp' rufen. Es muss auch bewusst gemacht werden, dass der Vorsitzende Apo die einzige Kraft ist, welche eine gemeinsame Zukunft des türkischen und kurdischen Volkes gewährleisten kann. Daher sind die Angriffe auf unseren Vorsitzenden sowie auf seine Anwälte als Angriffe auf die türkisch-kurdische Einheit zu werten. Die Angriffe der AKP-Regierung – die heutigen mit eingeschlossen – haben ein Niveau erreicht, an dem sie unsere Geduld überstrapazieren. Daher rufen wir alle Kräfte, die auf der Seite der Demokratie und des Friedens stehen, dazu auf, gegenüber den Angriffen der AKP-Regierung nicht zu schweigen.

Wer nach dem heutigen Zeitpunkt noch daran glaubt, dass eine ‚neue Phase beginnt', in der alles besser wird, der betrügt sich nicht nur selbst, sondern ebnet zugleich auch den Weg für weitere faschistische Angriffe der AKP." *(ANF, 22.11., ISKU)*

Mehr als 100 neue Festnahmen

wurden einige Dokumente, Flyer, Notizhefter und PCs beschlagnahmt. Die Verhafteten befinden sich im Revier in Kocaeli.

Die Anordnung kommt von Erdoğan persönlich

Es ist auffällig, dass die aktuellen Verhaftungen von mehr als 100 Personen erfolgten, nachdem Ministerpräsident Erdoğan die Asrin-Kanzlei als Zielscheibe wegen „terroristischer Unterstützung" diffamiert hatte. In seiner Rede vor einem Monat sagte er: „Es gibt eine Kanzlei, die nennt sich Asrin-Kanzlei. Die Anwälte von Imrali (also für Öcalan) gehören zu diesem Büro. Ständig wechseln sie die Anwälte. Ein einziger Anwalt geht nicht nach Imrali. Die Anwälte, die nach Imrali gehen, bauen irgendwie eine Verbindung zwischen Öcalan und dem Kandil auf. In letzter Zeit gibt es keine Anwaltsgespräche. Das ist der Grund, warum der Kontakt seit Monaten abgebrochen wurde."

Am 7. November drohte Erdoğan: „... Niemand sollte von uns erwarten, dass die wir die KCK-Operationen stoppen werden (…) Die Unterstützer der KCK warne ich ein weiteres Mal: Ihr müsst die KCK besser kennen lernen. Wenn ihr sie nicht kennt, dann lernt von den Erfahrenen."

Im Verstoß gegen die Menschenrechte ist die Türkei Weltmeister!

Die AKP-Regierung hat ihre Armee, Justiz, Polizei und Glaubenssekten mobilisiert, um gegen die Stimme der Opposition anzugehen.

Wegen der „totalen" Bekämpfung der Opposition ist die AKP-Regierung zum Weltmeister in Sachen Verstoß gegen die Menschenrechte aufgestiegen. Derzeit sind nämlich im größten Gefängnis der Welt die meisten MenschenrechtsverteidigerInnen, AnwältInnen, Studierende, LehrerInnen, GewerkschaftlerInnen, Gewählte, Kinder und JournalistInnen inhaftiert.

(ANF, 22.11., ISKU)

schen Waffen gegen Freiheitskämpfer vor. Gleichzeitig wurden die seit rund 2 ½ Jahren laufenden Massenverhaftungen prokurdischer Politiker fortgesetzt. Auch renommierte Persönlichkeiten wie der türkische Menschenrechtsaktivist und Verleger Ragip Zarakolu und die Universitätsdozentin und Verfassungsrechtlerin Büsra Ersanli wurden unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung verhaftet. Parallel zu diesem repressiven Vorgehen in der Türkei hat der türkische Ministerpräsident Erdogan vor drei Woche bei seinem Staatsbesuch in Berlin von der Bundesregierung ein schärferes Vorgehen gegen die kurdische Freiheitsbewegung in Deutschland eingefordert. Mit dem Verbot der Großdemonstration und der heutigen Razzia im kurdischen Kulturverein in Berlin scheint der deutsche Staat diesem Wunsch von „Sultan Erdogan" nachzukommen.

Umso mehr werden wir jetzt für die Aufhebung des undemokratischen PKK-Verbots als Hindernis für eine Integration von Kurden in Deutschland und als Hindernis einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage in der Türkei/Kurdistan eintreten.

Berlin 20.11.11
Deutsches-Mesopotamisches Bildungszentrum e.V.
Volksrat der Kurden in Berlin

US-Drohnen in der Türkei getestet

Mit den aus den USA stammenden unbemannten Predator-Drohnen, die die Türkei gegen die PKK einsetzen will, sind am Dienstag erste Testflüge auf dem Militärflughafen in Incirlik durchgeführt worden. Die Drohnen wurden von US-Personal gestartet; auch die Steuerung erfolgt von einem US-Stützpunkt in Nevada aus. Dorthin werden auch die während der Flüge aufgenommenen Bilder übermittelt, bevor sie dann nach Ankara übertragen werden. *(Za, 24.11., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
Za	Zaman

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 544
2. Dezember 2011

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Keine Demokratie ohne die KCK

von Selahattin Erdem

Ohne Zweifel ist die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK - Koma Civakên Kurdistan) eines der grundlegendsten Themen, die in der Türkei diskutiert werden. Justiz, Intelektuelle, Polizei und PolitikerInnen – sie alle analysieren aus dem eigenen Blickwinkel. Alle versuchen aus ihrer eigenen Sicht die KCK zu definieren und zu erklären, „wie gefährlich" sie doch eigentlich sei. Es gleicht der Teufelssteinigung in Mekka! Das merkwürdige an der ganzen Sache ist, dass es nur eine Person gibt, die die KCK öffentlich unterstützt. Alle anderen kritisieren, bekommen nicht genug zu fragen „wieso kritisieren die Kurden nicht". Es scheint wie ein Griff ins Leere zu sein.

Natürlich entspricht das nicht der Wahrheit. Die KCK bedeutet nicht „das Leere". Aus diesem Grunde ist die Kritik auch kein „Griff" ins Leere. Im Gegenteil, diejenigen, die die KCK kritisieren, wissen ganz genau, was sie tun! Die KCK verkörpert das Hauptthema und die Suche nach einer Lösung in der Türkei. An den letzten Diskussionen beteiligte sich auch Premier Erdoğan. Er erwähnte, dass „die KCK Operationen richtig seien und weiter gehen werden". Er beschuldigte auch jene, die die KCK nicht kritisieren, dass sie „die KCK-Realität nicht begreifen" würden und dass ein paralleler Staat zur türkischen Republik, nämlich die KCK, nicht akzeptiert werden könne.

Ob man dies befürwortet oder nicht – eine positive Sache haben diese Worte. Er versteckt sich nicht mehr hinter der Justiz in Sachen KCK-Operationen. Somit beweist sich auch, dass diese Operationen nicht im Rahmen von „juristischen Straftaten" gemacht werden, sondern komplett politisch motiviert sind. Das ist ganz klar ein Geständnis, nämlich dass die Justiz für eigene politische Interessen ausgenutzt wird. Ein Gruß an jene die sagen, die AKP bringe Demokratie und sei besser als ihre Vorgänger ...

Wir teilen die Meinung des Premiers wenn er davon redet, dass die KCK nicht ganz verstanden wird. Aber wir sind auch der Meinung, dass er sie eben so wenig verstanden hat. Denn er nennt sie „paralleler Staat zur Türkei".

Die KCK erklärt sich am besten als „demokratische Volksverwaltung". Sie legt ganz offen dar, dass sie „kein Staat" bzw. „gegen den Staat" ist und auch keiner werden will. Aber für den Blickwinkel, die jede Verwaltung als „Staat" ansieht, ist sie natürlich ein „alternativer" bzw. „paralleler" Staat.

Während Tayyip Erdoğan die KCK so beschreibt, setzen andere die PKK und KCK gleich. Das ist von Anfang bis Ende falsch. Jeder, der sich ansatzweise mit dem kurdischen Widerstand auskennt, sieht sofort, dass das nicht so ist. Die PKK ist ein philosophisch-ideologisches, auf Ausbildung basierendes, militantes Kader-Kollektiv; die KCK hingegen ist eine organisierte (demokratische) Gesellschaftsform. Die beste Übersetzung für KCK wäre „Demokratisches Kollektiv der Gesellschaft aus Kurdistan". Hier liegt das Augenmerk auf „Kollektiv der Gesellschaft", während bei der PKK das „Kollektiv von militanten Kadern" im Vordergrund ist. Die PKK nimmt zwar an der KCK teil, aber organisatorisch kann die KCK nicht an der PKK teilnehmen bzw. würde dies den Rahmen der PKK sprengen.

Auch die Vergangenheit bestätigt, dass die PKK und KCK nicht ein und dasselbe sind. In der Vergangenheit gab es die ERNK(Eniya Rizgariya Netewîya - Nationale Befreiungsfront Kurdistans) zusammen mit der PKK. Während die PKK die kurdische Frage in Rahmen eines Staates lösen wollte, war die ERNK die Volksorganisation. Sie entsprach dem Volk, das von der PKK beeinflusst wurde. Jedoch war die PKK nicht dasselbe wie die ERNK. Damals gab es auch Leute die behaupteten, dass diese beiden dasselbe wären wie bspw. verschiedene türkische Regierungen. Doch haben sie sich nirgends (z.B. in Europa) mit dieser Behauptung durchsetzen können.

Auch wenn es nicht ein und dasselbe ist, kann man die KCK mit der ERNK vergleichen. Während die ERNK sich auf den Staat stützte, stützt sich die KCK auf die demokratische Gesellschaft. Während die ERNK nur jenes Volk repräsentierte, das sich zur PKK bekannte, ist die KCK hier viel breiter orientiert. Sie verbindet das organisierte Volk aus Kurdistan, egal ob es sich der PKK zugehörig fühlt oder nicht.

Ob es einem gefällt oder nicht, die KCK ist als Lösungsmodell vorgeschlagen von der PKK. Aus Sicht der PKK ist es das demokratischste Modell. Es fußt nicht auf der Teilung nach [Staats-]Grenzen, sondern auf die Bindung der Gesellschaft.

Sie setzt sich auch nicht als Ziel, den Staat zu zerstören, sondern nimmt die „Staat + Demokratie"-Formel wahr. So nimmt sie die Gesellschaftsorganisation wahr.

Die KCK ist also nicht, so wie Premier Erdoğan behauptet, „ein paralleler Staat", sondern beschreibt sich als „Staat + Demokratie" bzw. als „Demokratie parallel zum Staat". Wenn es in dem Land eine Demokratie geben soll bzw. wenn es eine organisierte demokratische Gesellschaft in einem Staat geben soll, dann wird das die KCK sein. Das bedeutet, wenn es die KCK nicht gibt, dann gibt es auch keine Demokratie. Also wird es keine richtige Demokratie geben, wenn der Premier sein Vorhaben, nämlich „die KCK zu vernichten", durchsetzt.

Manche sagen, „wir haben das Programm der KCK gelesen, sie ist nicht demokratisch". Das kann sein, es gibt sicherlich antidemokratische Seiten an der KCK. Sie behauptet von sich, dass sie das „demokratische Gesellschaftssystem" ist, jedoch können Inkonsistenzen vorherrschen. Solche Sachen können diskutiert und kritisiert werden. Die KCK wurde nicht von göttlichen Kräften erstellt und kann Fehler aufweisen! Diese können aber korrigiert werden. Darüber hinaus ist die KCK theoretisch und praktisch nicht vollkommen vollendet. Deswegen ist sie bereit für Veränderungen in der praktischen Phase.

Weiterhin wird behauptet, dass die PKK mittels der KCK einen Teil der Türkei regieren will. Die KCK und auch die „Demokratische Autonomie" dürfen so nicht verstanden werden. Die PKK hat in keiner Erklärung gesagt, dass sie „diesen und jenen Teil regieren" will. Jedoch vertritt sie die These, dass das kurdische Volk sich selbst regieren soll. Dies ist auch nicht begrenzt auf das kurdische Volk. Die Forderung kann vielmehr so formuliert werden: „zivilgesellschaftliche Organisationen sollen mehr Einfluss haben, die demokratische Gesellschaft soll sich organisieren und alle Schichten der Gesellschaft sollen sich selbst regieren". So werden auch echte Demokratie und Freiheit beschrieben, oder?

Die Zeit, in der alles von Ankara aus regiert wurde, sollte vorbei sein. In der modernen Zeit sollte sich jeder an der Regierung beteiligen (können). Aus diesem Grunde werden alle Teile der Gesellschaft, alle Völker und auch das kurdische Volk sich organisieren und ihre demokratische „Regierung" bilden. Ob das nun

→

Meldungen:

Kandil: Zwei Zivilisten bei Bombardierungen der türkischen Luftwaffe verletzt

Kandil - Erneut wurden am Dienstagabend zivile Einrichtungen zum Ziel der türkischen Luftwaffe. Bei der Bombardierung des Kandilgebietes wurden zwei Zivilisten verletzt.

Die Dörfer Enzê, Meredor, Silê, Kontan und Sûredê wurden bei dem Luftangriff, der etwa eine Stunde andauerte, beschossen. Durch die Angriffe wurden Ismail B. und sein Vater auf dem Feld der Familie schwer verletzt. Zudem wurden viele Tiere der Familie getötet.

Das türkische Militär bombardiert seit dem 17. August die Meder-Verteidigungsgebiete. Dort befindet sich auch eine Vielzahl von Dörfern. Am 21. August wurde bei Luftangriffen ein Zivilfahrzeug zum Ziel. Sieben Zivilisten, darunter vier Kinder, wurden dabei ermordet.

(ANF, 23.11., ISKU)

1.838 Verhaftungen in den letzten sieben Monaten

Die Verhaftungswelle gegen Mitglieder der Partei für Frieden und Demokratie BDP sowie weitere politische AktivistInnen hält weiter an. In den letzten sieben Monaten von März bis Oktober wurden bei den sogenannten „KCK-Operationen" 4 547 Personen festgenommen, gegen 1 838 von ihnen wurde ein Haftbefehl ausgestellt. Laut Rechtskommission der BDP wurden im März 383 Personen festgenommen, 117 verhaftet, im April wurden 906 festgenommen und 406 verhaftet. Im Mai wurden 969 Festnahmen und 501 Verhaftungen gezählt, der Juni verlief mit 534 Festnahmen und 120 Verhaftungen, im Juli wurden 65 festgenommen und 44 verhaftet, im August stieg die Zahl der Festnahmen wieder auf 331, 74 wurden verhaftet, im September waren es 636 Festnahmen und 237 Verhaftungen und schließlich im Oktober wurden 717 Personen festgenommen und 332 Verhaftet.

(ANF, 24.11., ISKU)

BewohnerInnen des Dorfes Guzareş: Die Soldaten warnten uns vor giftigem Wasser

Bei militärischen Auseinandersetzungen zwischen der Guerilla der PKK und dem türkischen Militär waren zwischen dem 22. und dem 24.Oktober 37 Guerillakräfte durch den Einsatz chemischer Waffen ums Leben gekommen. Nun wurde bekannt, dass das türkische Mili-

Deutscher Staat setzt antikurdischen Terror fort

Am 26.11.11 zeigt sich erneut die Komplizenschaft zwischen dem deutschen und dem türkischen Staat. Demonstrationen in Berlin gegen das PKK Verbot wurden unter fadenscheinigen Begründungen untersagt. Zugleich wurde versucht, KurdInnen generell das Demonstrationsrecht an diesem Tag zu bestreiten. Das PKK-Verbot wurde zudem als Begründung für massive Angriffe auf eine antifaschistische Demonstration herangezogen. Einmal mehr zeigte sich, dass es sich beim PKK-Verbot nicht nur um eine Maßnahme gegen eine Partei handelt, sondern um ein Repressionsinstrument, dass gegen eine ganze Bevölkerungsgruppe und darüber hinaus generell beim Abbau demokratischer Rechte zum Einsatz kommt.

Internationalistische Demonstration gegen Staatsterrorismus

Am 26.11.11 fand eine antifaschistische Demonstration unter dem Motto „Staat und Nazis Hand in Hand – Gegen Faschismus und Polizeistaat" statt, die aufgrund der staatlichen Verquickung der neofaschistischen Terrororganisation NSU mit deutsche Behörden und Geheimdiensten auch eine Demonstration gegen Staatsterrorismus im allgemeinen – insbesondere der sog. Gladio Strukturen in Italien, Spanien, der Türkei und Kurdistan darstellte. Auch kurdische Vereinigungen hatten dazu aufgerufen, sich an dieser Demonstration zu beteiligen.

Kein Demonstrationsrecht für KurdInnen

Die Polizei versuchte von Anfang an, die antifaschistische Demonstration, zu behindern. Hierbei wurde unter den TeilnehmerInnen rassistisch selektiert. Den aus dem ganzen Bundesgebiet anreisenden kurdischen AktivistInnen wurde unterstellt, sie wollten gar nicht gegen Faschismus protestieren. Über 80 Busse wurden so an der Stadtgrenze von der deutschen Polizei abgefangen und trotz juristischer Intervention zurückgeschickt. Den InssassInnen dieser Busse wurde so systematisch das Recht auf öffentliche Meinungsäußerung nach rassistischen Kriterien verweigert. Vor dem Auftaktort fanden massive Polizeikontrollen statt, viele Betroffene berichteten hier schon vom schikanösen und beleidigenden Auftraten der Polizei. Neben der Tatsache, dass die Personalien vieler potentielle DemonstrationsteilnehmerInnen kontrolliert worden sind, wurden sie von der Polizei an die Wand gestellt und duchsucht, dabei wurden ihnen oft sogar die Schuhe ausgezogen. Beleidigende Polizeibeamte spielten sich als Politkomissare auf, indem sie durch Fragen zu beurteilen versuchten, ob die kontrollieten Personen denn auch das Demonstrationsziel verstanden hätten. Transparente wie „Gegen die Repression gegen kurdische Organisationen" wurden beschlagnahmt, da diese Forderung nicht der Demonstrationzielstellung entsprächen. Die Polizei spielte sich hier als Zensurinstanz auf. Dies stellt eine absolut inakzeptable Einmischung des Staates in das Demonstrationsrecht und die Meinungsfreiheit dar.

Trotz alledem nahmen mindestens 4000 AnhängerInnen kurdischer Vereinigungen, sozialistischer Gruppierungen und AntifaschistInnenen an der Demonstration teil. Schon zu Beginn der Demonstration versuchte die Polizei, diese wegen kurdischsprachiger Parolen nicht loslaufen zu lassen und setzte damit die Eskalationslinie fort.

Schließlich setzte sich die Demonstration unter Parolen wie „Hoch die internationale Solidarität" und „Antifaşist Gençlik Enternasyonal" in Bewegung. Viele TeilnehmerInnen solidarisierten sich mit der kurdischen Freiheitsbewegung und riefen auch Parolen gegen den Krieg in Kurdistan, gegen die Repression gegen KurdInnen und das PKK-Verbot. Bereits nach ersten Provokationen türkischer Faschisten, die aus Fenstern mit Flaschen u.ä. auf die Demonstration warfen, Fahnen und den Gruß der Grauen Wölfe zeigten, ging die Polizei massiv mit Pfefferspray gegen wütende Demonstranten vor. Stellenweise griffen türkische Faschisten und deutsche Polizisten die Demonstration in Tateinheit an. Mehrfach griff die Polizei die Demonstranten wegen gezeigter Symbole der kurdischen Befreiungsbewegung an. Die DemonstrantInnen wehrten sich mit Böllern und Flaschen gegen die Polizeiangriffe. Insbesondere jugendliche TeilnehmerInnen waren erschüttert und wütend, als sie mit ansehen mussten, wie die deutsche Polizei auf alte Menschen und Kinder prügelte und große Mengen Pfefferspray einsetzte. Dabei kam es zu einer mindestens in den Dutzenden liegenden Anzahl von Verletzten. Über hundert wurden von der den etwa 2000 eingesetzten Beamten fest- oder in Gewahrsam genommen.

Nach Ende der Demonstration kam es zu einem weiteren schweren Übergriff türkischer Faschisten. Sie verletzten einen kurdischen Jugendlichen mit einem Messer, so dass dieser zur Behandlung ins Krankenhaus musste. Ein Dutzend junger Kurdinnen und Kurden besetzten daraufhin einen Verein der faschistischen „Grauen Wölfe" in der Oranienstrasse. Die jungen Männer und Frauen wurden von Spezialeinheiten der Polizei mit gezogenen Waffen festgenommen. Menschen die sich vor dem Verein mit den KurdInnen solidarisierten und antifaschistische Parolen riefen, wurden von der Polizei mit Pfefferspray und Schlägen misshandelt. Dabei kollabierte ein festgenommener Antifaschist und musste ärztlich versorgt werden.

Der Tag war geprägt von massiver Polizeigewalt. Dennoch bewerten wir diesen Tag als Erfolg, denn es ist uns gelungen, trotz aller Verhinderungsversuche der Polizei und Justiz ein kraft- und wirkungsvolles Zeichen internationaler Solidarität zu setzen. Wir solidarisieren uns mit den TeilnehmerInnen der Demonstration und mit den Forderungen der verbotenen Demonstration „PKK-Verbot abschaffen – Demokratie stärken" – denn die kurdische Freiheitsbewegung ist eine emanzipatorische, antifaschistische Kraft im mittleren Osten, wie auch in Europa und es ist unsere Aufgabe als Linke, diese Werte gemeinsam entschlossen zu verteidigen. *(Kurdistan Solidaritätskomitee Berlin, 26.11.2011)*

tär nach dem Angriff mit Chemiewaffen die DorfbewohnerInnen in der Nähe des Operationsgebietes im Kazan-Tal davor warnte, aus dem Fluss des Tales zu trinken, da das Wasser vergiftet worden sei. Eine weitere Guerillagruppe, die drei Tage nach den Angriffen das Operationsgebiet besichtigt hatte sprach davon, dass die Spuren eines chemischen Waffeneinsatzes offensichtlich gewesen sind.

Sidar, Mitglied der Gruppe, die das Gebiet nach den Angriffen besuchte, berichtete der Nachrichtenagentur ANF: „Wir beobachteten die Bombardierung von unserer Stellung aus. Aber wir wussten nicht, dass sich in dem Gebiet auch unsere Freunde aufhielten. Nach der Bombardierung sind wir zu fünft in das Kazan-Tal gegangen." Er wies darauf hin, dass die Wirkungen der Chemiewaffen weiterhin zu spüren waren, obwohl mittlerweile drei Tage seit der Bombardierung vergangen waren. „Die Leichname der Freunde waren an einem Punkt versammelt. Einige lagen auch in der Gegend verteilt herum. Es waren dort 13 Leichname. Das Gebiet wurde so stark bombardiert, dass die Felsen die Freunde getroffen hatten. Die Leichname von vielen Freunden waren völlig zerstükkelt. Das war ein grausames Bild."

Von den Dorfbewohnern des Dorfes Guzareş erfuhren Sidar und seine Freunde: „Wir sprachen mit den Menschen des Dorfes Guzareş. Sie sagten uns, dass sie von den Soldaten gewarnt worden seien, dass sie das Wasser des Flusses weder trinken noch anrühren sollten, denn es sei vergiftet."

(ANF, 24.11., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
YÖP	Yeni Özgür Politika

Termine:

In den nächsten Wochen finden bundesweit zahlreiche Veranstaltungen statt, die wir hier aus Platzgründen nicht alle veröffentlichen können. Wir verweisen daher auf die Termin-Seite unter: *www.isku.org*

Keine Demokratie ohne die KCK

KCK heißt oder anders, ist nicht wichtig. Wichtig ist der demokratische Kern.

Gut oder schlecht: Die PKK schlägt ein Modell zur Lösung der kurdischen Frage vor. Dieses heißt KCK oder Demokratische Autonomie. Aber jene, die dieses kritisieren, denen das nicht gefällt, alle politischen Parteien und JournalistInnen haben keinen eigenen Vorschlag. Selbst keinen Vorschlag haben, aber andere kritisieren! Nun, da kann man doch fragen: „Wo ist euer Projekt?!" Die AKP behauptet, dass sie eine neue Verfassung ausarbeitet. Wie wird sie die kurdische Frage lösen wollen? Wie werden demokratische Rechte und Freiheit aussehen? Die AKP sollte diese Fragen einmal beantworten!

Alles in allem kann gesagt werden, dass es keine demokratische Lösung der kurdischen Frage geben kann, wenn es keine KCK gibt! Das bedeutet also, dass es keine Demokratie und Einheit in der Türkei geben wird! Eine Türkei ohne KCK wird eine geteilte, faschistische Türkei sein! Jetzt ist es an der Zeit, diese Fakten zu sehen und einige Tabus zu brechen! *(YÖP, 21.11, ISKU)*

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 545
9. Dezember 2011

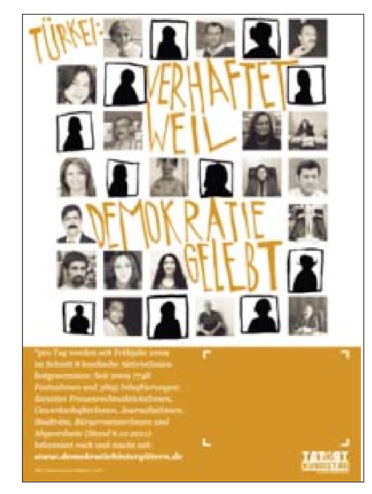
Nûçe

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

Kampagne gegen die Massenverhaftungen in der Türkei

Als Reaktion auf die andauernden Massenverhaftungen von prokurdischen PolitikerInnen und AktivistInnen in der Türkei wurde am 6.12. auf einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung der Beginn der Kampagne Demokratie hinter Gittern bekannt gegeben.
Die Kampagne kritisiert die seit Frühjahr 2009 andauernden Massenverhaftungen als demokratiefeindlich. Bis heute kam es zu mehr als 8000 Festnahmen, Tendenz steigend. Täglich kommt es im Schnitt zu acht Festnahmen. Ein Ausmaß, das es so nur zur Zeit nach dem Militärputsch von 1980 gegeben hat. Im internationalen Vergleich hinsichtlich der Zahl an unter Terrorverdacht Verurteilten belegt die Türkei für den Zeitraum seit 9/11 mit 12000 von weltweit 35000 Platz eins. Platz zwei belegt China.
Verhaftet werden demokratisch gewählte BürgermeisterInnen, Parlamentsabgeordnete und MitarbeiterInnen der Kommunalverwaltung, ebenso wie JournalistInnen, Anwälte, AkademikerInnen und Aktive aus Gewerkschaften, Menschenrechtsvereinen sowie der Frauen- und Ökologiebewegung.
Grundlage der Verhaftungen ist das Antiterrorgesetz. Dabei wird keiner der Verhafteten beschuldigt, sich an Gewalttaten beteiligt oder auch nur eine Waffe in der Hand gehalten zu haben. Zur Last gelegt werden ihnen vielmehr ihre kommunalpolitische Betätigung in basisdemokratischen Stadtviertelräten, ihr Eintreten für eine Friedenslösung der kurdischen Frage durch einen Dialog aller Beteiligten,



die Forderung nach muttersprachlichem Schulunterricht, das Engagement für Frauenrechte oder gegen zerstörerische Staudammbauten. Da auch die Arbeiterpartei Kurdistans PKK für diese Ziele eintritt, wird jede legale politische Betätigung in diesem Sinn als Terrorunterstützung ausgelegt.
Obwohl die Türkei nach wie vor den Beitritt in die EU anstrebt, gibt es aktuell keine offizielle Kritik an den zunehmend undemokratischen Zuständen. Zu wichtig scheint die der Türkei zugedachte geostrategische Rolle vor allem im Bezug auf den Umbruch in der arabischen Welt.

Die Kampagne beteiligt sich auch an Aktionen zum Menschenrechtstag diesen Samstag.

Initiiert wurde Demokratie hinter Gittern von der Kampagne TATORT Kurdistan.

Demokratie hinter Gittern fordert:
Die Freilassung aller politischen Gefangenen in der Türkei!

Schluss mit der Repression gegen das Engagement für kommunale Selbstverwaltung, Frauen- und Menschenrechte und eine ökologische Gesellschaft!

Eine politische Lösung der kurdischen Frage!

demokratiehintergittern@riseup.net
http://demokratiehintergittern.blogsport.de/

„Wir sind alle KCKler" – Kundgebung in Amed

Am Samstag sind bei einer Kundgebung unter dem Motto „Ich bin hier und stehe hinter meinem politischen Willen" zehntausende Demonstranten in Amed/Diyarbakir zusammengekommen. Die BDP hatte aus Protest gegen die fortdauernden Festnahmewellen unter dem Vorwurf der KCK-Mitgliedschaft zur Teilnahme an der Kundgebung aufgerufen.
Bei der Kundgebung wurden immer wieder Parolen wie „Wir sind alle KCKler" oder „Die PKK ist das Volk, und das Volk ist hier" gerufen. Unter den zahlreichen TeilnehmerInnen befanden sich die Abgeordneten der BDP, sowie VertreterInnen der HAKPAR, KADEP, ÖSP, TŞDK, EMEP, ESP sowie der DTK.
Nach einer Begrüßung der KundgebungsteilnehmerInnen, sprach die Co-Vorsitzende der BDP Amed Zübeyde Zümrüt zu den DemonstrantInnen. Mit klaren Worten protestierte sie gegen die KCK-Operationen. Sie schloss ihre Rede mit den Worten:
„Sie übersehen eine Sache, den demokratischen Widerstand des kurdischen Volkes. Die AKP soll sich folgendes hinter die Ohren schreiben: Selbst durch den Tod vieler haben wir uns von unserem gerechtfertigtem Kampf nicht abgewendet. Auch der politische Genozid der AKP-Regierung wird weder das kurdische Volk noch ihre PolitikerInnen dazu verleiten, auch nur einen Schritt zurückzutreten. Ganz im Gegenteil, das kurdische Volk wir seinen Widerstand und seinen demokratischen Kampf weiter verstärken. Das Volk von Amed wird die Statuslosigkeit und Unfreiheit nicht weiter akzeptieren."

Tod durch Polizeikugel in Amed
Der 21-jährige Murat Eliboz hatte zuvor an der Kundgebung unter dem Motto „Ich bin hier und stehe hinter meinem politischen Willen" in Amed teilgenommen. Nach der Kundgebung setzte sich ein Teil der TeilnehmerInnen mit einem Demonstrationszug Richtung des Stadtviertels Bağlar in Bewegung. Die Polizei griff die Demonstranten unter Einsatz von Gasbomben gewalttätig an. Die Polizei schreckte auch nicht davor zurück, scharf auf die DemonstrantInnen zu schießen. Eliboz wurde hierbei in den Rücken getroffen. Der Obduktionsbericht bestätigte die Todesursache durch eine Polizeikugel.

Murat Eliboz, der an der Universität Wan/Van studierte, war erst vor kurzem wegen des schweren Erdbebens in Wan dazu gezwungen nach Amed umzusiedeln.

ANF, 3.12., ISKU

Meldungen:

Hezex/Idil: Zwölf Jugendliche festgenommen
In der vergangenen Nacht gegen 2.30 Uhr wurden mehrere Häuser in verschiedenen Stadtteilen von Hezex/Idil von türkischen Sicherheitskräften durchsucht. 12 Personen wurden festgenommen, darunter zehn Jugendliche und zwei Heranwachsende. Als Grund für die Festnahme von G. K. (19), S. O. (19), F. M. (16), Ş. K. (16), H. M. (16), M. E. (14), M. H. A. (16), A. B. (15), M. Y. (16), V. İ. (17), G. G. (14) wurde die Teilnahme an Demonstrationen genannt. Bei einer Person konnte bisher nicht ihre Identität festgestellt werden. Die Festgenommenen wurden auf die Polizeiwache von Şirnex/Şırnak gebracht.
ANF, 8.12., ISKU

Türkei: Prozeß gegen Kurden
Von Nick Brauns
Nach längerer Unterbrechung wurde am Dienstag in Diyarbakir der seit über einem Jahr laufende Prozeß gegen 151 kurdische Politiker mit dem 28. Verhandlungstag fortgesetzt. Die Angeklagten, darunter ein Dutzend Bürgermeister und zahlreiche Vorstandsmitglieder prokurdischer Parteien, werden beschuldigt, der Union der Gemeinschaften Kurdistans KCK anzugehören. Für die Staatsanwaltschaft handelt es sich dabei um eine Frontorganisation der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans PKK. Keinem der Angeklagten wird eine Gewalttat vorgeworfen. Vielmehr werden sie beschuldigt, mit ihrem Eintreten für eine politische Lösung der kurdischen Frage im Auftrag der PKK zu handeln.
Bei landesweiten Razzien waren in den letzten Tagen erneut Dutzende Funktionäre der prokurdischen Partei für Frieden und Demokratie BDP inhaftiert worden. Am Dienstag wurden zudem 13 Personen in Istanbul unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft in einer Stadtguerilla festgenommen. Unter dem Motto »Ich zeige mich selbst an« haben sich unterdessen Hunderte BDP-Politiker mit den Verhafteten solidarisiert. *jW, 7.12., ISKU*

Überbelegung und Todesfälle im Gefängnis
In einem Artikel von Bianet vom 16.11.2011 wurde der Generalsekretär der TIHV, Metin Bakkalci mit Kommentaren zur Lage in den Gefäng-

»Der KCK-Prozeß ist eine Terrormaßnahme«

Verhaftungswellen in der Türkei: Eine politische Lösung der kurdischen Frage ist vorläufig in die Ferne gerückt. Ein Gespräch mit Yildirim Türker, Interview: Corinna Trogisch

Yildirim Türker ist Szenarist, Übersetzer und Journalist. Seit 16 Jahren schreibt er Kommentare für die liberale türkische Tageszeitung Radikal

Zur Zeit folgt in der Türkei eine Verhaftungswelle auf die andere. Am 28.Oktober wurden unter anderem der Verleger Ragip Zarakolu und die Professorin Büsra Ersanli mit dem Vorwurf der Zugehörigkeit zur KCK, der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans, inhaftiert. Vor wenigen Tagen 100 weitere Personen, darunter viele Anwälte, dann in Izmir 33 weitere. Was ist Sinn und Zweck dieser Maßnahmen?
Der KCK-Prozeß ist eine Terrormaßnahme der AKP-Regierung, die zeigt, daß die 2009 begonnene Öffnungspolitik gegenüber den Kurden nichts als ein politisches Manöver war. Unterstützt von den USA, hat sich die Regierung zu einer radikalen Lösung des kurdischen Problems entschlossen. Sie versucht, kurdischer Politik jeden Raum zu nehmen. Sämtliche Funktionäre der prokurdischen Partei für Frieden und Demokratie (BDP), Intellektuelle und Journalisten werden mit dem Vorwurf der Mitgliedschaft in der illegalen KCK in Haft genommen. Jeder Bürger, dem die Kurdenpolitik der Regierung nicht gefällt, kann als KCK-Mitglied inhaftiert werden. Damit, daß sogar Anwälte gefangengenommen werden, erklärt der Staat faktisch auch die lang andauernden Verhandlungen mit dem eingekerkerten Gründer der Arbeiterpartei Kurdistans, Abdullah Öcalan, für gescheitert. Es wird klar, daß die Regierung nur die Guerilla als Gegenüber ernst nimmt.

Während das Militär im Irak gegen die Arbeiterpartei Kurdistans, die PKK vorging, haben Ende Oktober fünf Presseagenturen eine Erklärung zur Selbstzensur verabschiedet. Wie ist die Lage auf dem Medienmarkt?
Die Medien tun sich seit längerem schwer, von der vorgegebenen Linie abzuweichen. Viele sind faktisch in Händen der Regierung; sie wurden gemäß der Kriegsstrategie ausgerichtet. Es gab ernste Warnungen an Journalisten. Sie sollten sich einer oppositionellen Wortwahl enthalten. Der Ministerpräsident hat dies offen zur Sprache gebracht. Es gab nie wirklich Pressefreiheit in der Türkei, aber heute sind wir davon besonders weit entfernt.

Etliche Akademiker haben angekündigt, wie Büsra Ersanli in der Politischen Akademie der BDP zu unterrichten. Wie beurteilen Sie die Aussichten solcher Initiativen?
Es sind notwendige Schritte, um Öffentlichkeit zu schaffen. Die Bevölkerung fragt aus Angst, der Unterstützung des Terrorismus bezichtigt zu werden, nicht weiter nach diesen Verhaftungen. Um gegen diese Angst anzugehen, muß man leider den Helden spielen. Oder sagen wir eher, die natürlichste Haltung erscheint in solchen Zeiten als Heldentum.

Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan, der im Westen als Demokratisierer angesehen wird, hat sich nun auch als Vergangenheitsbewältiger hervorgetan und für die Massaker an Zehntausenden alevitisch-kurdischen Zivilisten in der Provinz Dersim 1937 und 1938 entschuldigt. Wie kommt das an?
Daß ein Ministerpräsident die Massaker von Dersim eingesteht, ist für die Türkei eine bedeutende Entwicklung. Das müssen wir einräumen. Doch es drängt sich leider auf, daß dieser Vorstoß ein Manöver gegen die Hauptoppositionspartei war. Der da um Entschuldigung bittet, instrumentalisiert die Feindseligkeit gegen Armenier in der Gesellschaft und setzt kurdische Politiker als Anhänger des Zarathustra-Kults in religiöser Hinsicht herab. Angesichts dieser Sprache, die Pogromen den Weg bereitet, verliert die Entschuldigung für Dersim ihre Glaubwürdigkeit. Was die Sicht westlicher Staaten angeht – die Ereignisse im Nahen Osten lassen die Regierungen dieser Länder vor den antidemokratischen Entwicklungen in der Türkei die Augen verschließen. Die AKP ist begierig darauf, die Rolle der Führungsmacht in der Region zu übernehmen, sie erteilt dem syrischen Präsidenten Assad Lektionen in Demokratie und erhöht derweil munter den Druck auf die eigene Opposition.

Seit der Parlamentswahl im Sommer steht in der Türkei die Verabschiedung einer neuen Verfassung an, die von verschiedenen gesellschaftlichen Kräften erarbeitet werden soll.
Ich glaube nicht, daß die AKP sich jenseits ihrer eigenen Prioritäten auch nur um die Änderung eines einzigen Artikels den Kopf zerbricht. Es wird noch schlimmere Tage geben. Kurden und Demokraten in der Türkei werden noch einiges zu ertragen haben.

jW, 7.12., ISKU

Mit Waffengewalt gegen Molotowcocktails?

Kadir C. und Yunus I. wurden im Rahmen der „KCK-Operationen“ observiert und als „gefährliche Personen“ eingestuft. Die Telefongespräche von C. und I. wurden abgehört und nach „Straftaten“ durchsucht. In einem der abgehörten Telefongespräche sollen folgende Sätze erwähnt worden sein, die dann als Grund für die polizeilichen Operationen genommen wurden:

• „Soll ich etwas Süßes mitbringen?“
• „Hallo Yunus, wir haben Obstsaft fertig gemacht. Er schmeckt sehr gut, zwei sind für dich reserviert.“

Dann sollen zwei Molotowcocktails und verschiedene Feuerwerkskörper sicher gestellt worden sein. Außerdem sollen beide Personen angeblich die Molotowcocktails zum 15. Februar, dem Tag der Verschleppung von Abdullah Öcalan, benutzen wollen.
Inzwischen wurden beide Personen vor Gericht geführt und verurteilt. Laut dem Urteil sind sie „Mitglieder einer terroristischen Organisation“. Sie sollen „einer terroristischen Organisation Waffen beschafft haben“. In dem Verfahren wurden beide Personen zu 12 Jahren und 5 Monaten verurteilt.
Das Urteil, nach dem beide Personen „Waffen für terroristische Organisationen“ beschafft haben sollen, birgt trotzdem noch eine merkwürdige Seite. So werden vom Gesetz aus Molotowcocktails nicht offen als Waffe bezeichnet. Dieses Urteil, nach dem Molotowcocktails als Waffe gehandelt werden, kam nach dem Interview von Mehmet Avci, dem Polizeikommissar von Adana, zu stande. In den vergangenen Tagen sprach Avci zur Presse und erklärte, dass ein Molotowcocktail wie eine Bombe gehandelt werden müsse.
Avci sagte u. a.: „Ein Molotowcocktail ist kein Fruchtcocktail. Er muss im Gesetz mit einem bestimmten Begriff auftauchen. Dagegen müssen wir als Polizei Waffengewalt anwenden können, ansonsten werden noch viele Menschen verletzt oder umgebracht.“
Dieses Interview führte zur Sorge, dass die vorhandene „Lynchjustiz“ in der Türkei noch weiter ausgedehnt werden könne. Türkische Sicherheitskräfte haben schon bei kleinsten vorkommen Waffengewalt benutzt und mehrere Personen umgebracht. Unter den Opfern befinden sich auch minderjährige Kinder.

ANF, 28.11., ISKU

nissen zitiert. Bezogen auf die Daten vom April 2011 stieg lauf dem Justizministerium die Zahl der Häftling von 55.000 im Jahre 2005 auf 124.000 im Jahre 2011. Die zurzeit existierenden 384 Gefängnisse haben demgegenüber eine Kapazität von 114.000. Der Justizminister möchte bis zum Jahr 2014 die Kapazität auf 142.000 erhöhen.
Mit dem Tod des Geheimdienstlers Kaşif Kozinoğlu im L-Typ Gefängnis von Silivri kamen die Todesfälle in Haft erneut auf die Tagesordnung. Metin Bakkalci erinnerte daran, dass Gefangene das gleiche Recht auf gesundheitliche Versorgung wie alle anderen Bürger haben. Dazu gehöre der Zugang zu einem Arzt, wobei die Privatsphäre geschützt sein müsse. Im Jahr 2010 seien 413 Gefangene in der Haft verstorben. In 162 Fällen habe eine Krankheit zum Tode geführt. In 38 Fällen sei von Selbstmord gesprochen worden und in 213 habe es sich um einen natürlichen Tod gehandelt.

tuerkeiforum.net

Im Bundestag notiert: türkische Rechtsextreme in der Bundesrepublik
Berlin: (hib/STO) Die „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.“ (ADÜTDF) gilt laut Bundesregierung „als das Sammelbecken extrem nationalistischer Türken in Deutschland“. Wie die Regierung in ihrer Antwort (17/7624) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (17/7406) über „türkische Rechtsextreme in der Bundesrepublik“ schreibt, werden der ADÜTDF derzeit circa 7.000 Mitglieder zugerechnet.

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
jW	junge Welt

Termine:
In den nächsten Wochen finden bundesweit zahlreiche Veranstaltungen statt, die wir hier aus Platzgründen nicht alle veröffentlichen können. Wir verweisen daher auf die Termin-Seite unter: *www.isku.org*

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 546
16. Dezember 2011

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Staatsterrorismus in der Türkei – Handlangerarbeit in Deutschland

Am 8. Dezember wurde der 41-jährige kurdische Exilpolitiker Vezir T. von Beamten des Landeskriminalamtes in Hanau verhaftet. Er soll laut Generalbundesanwalt (GBA) von Juni 2008 bis Juli 2009 als „Kader der PKK" das Gebiet Sachsen, Sachsen-Anhalt und teilweise Thüringen sowie Brandenburg geleitet haben. In dieser Funktion habe er Veranstaltungen und Demonstrationen organisiert und für die Beschaffung von Propagandamaterial gesorgt.

Der Beschuldigte stand schon einmal vor einem bundesdeutschen Oberlandesgericht, das ihn im Jahre 2000 wegen politischer Betätigung nach § 129 StGB zu einer Freiheitsstrafe verurteilt hatte.

Während die türkische AKP-Regierung plant, Sondereinsatzkommandos einzusetzen, die – wie die Süddeutsche Zeitung vom 9. Dezember berichtet – mit der Ermordung von 300 führenden PKK-Leuten beauftragt werden sollen, und während allein in den vergangenen Monaten mehr als 4500 Menschen wegen angeblicher Terrorismusunterstützung festgenommen worden sind, demonstrieren deutsche Behörden ihre Gefolgschaft mit dem türkischen Regime. Mit seiner Entscheidung vom 28. Oktober 2010 hat der Bundesgerichtshof deutschen Strafverfolgern die Möglichkeit geschaffen, politisch aktive Kurdinnen und Kurden in Deutschland künftig als „mutmaßliche Mitglieder einer ausländischen terroristischen Vereinigung PKK" (§ 129b StGB) zu verfolgen. Nachdem das „liberal" geführte Bundesjustizministerium zu Beginn „lediglich" Einzelermächtigungen zur Strafverfolgung nach dem im Jahre 2002 eingeführten § 129b erteilte, hat es am 6. September hierzu die Behörden generell ermächtigt. Das bedeutet, politische AktivistInnen sind für vogelfrei erklärt worden. Treffen kann es danach Verantwortliche für bestimmte Sektoren, Regionen und Gebiete der PKK und ihrer Teilorganisation in Europa, CDK (Kurdische Demokratische Koordination), und zwar „für zurückliegende und künftige Taten".

Vezir T. ist seit Juli nun der vierte kurdische Aktivist, der wegen mutmaßlicher Mitgliedschaft in einer „ausländischen terroristischen Vereinigung" verhaftet wurde und sich in Untersuchungshaft befindet. In der Schweiz ist ein weiterer Kurde aufgrund eines Ersuchens der Bundesanwaltschaft in Auslieferungshaft; das seit mehreren Monaten laufende Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Seit dem 23. August wird in einem Revisionsverfahren vor dem Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt/M. gegen den kurdischen Exilpolitiker Vakuf M. nach § 129b StGB verhandelt. Sein Verfahren war praktisch die Grundlage für die weitreichende Entscheidung des BGH vom Oktober 2010.

Die Begründung des GBA für die Verfolgung nach § 129b StGB lautet bei allen unisono, dass die PKK einen „staatenähnlichen Verbund der kurdischen Siedlungsgebiete" anstrebe, über „militärisch strukturierte Guerillaeinheiten" verfüge und „Attentate auf türkische Polizisten und Soldaten" verübe.

In Deutschland und „anderen Ländern Westeuropas" sei es Aufgabe der Mitglieder, „Finanzmittel für die Organisation zu beschaffen und Nachwuchs für den Guerillakampf zu rekrutieren."

Wie die Verteidiger von Vakuf M. zum Auftakt des Prozesses deutlich machten, würden die Gerichte bei diesen Vorwürfen nicht umhin können, sich mit dem Hintergrund des türkisch-kurdischen Konflikts zu befassen und „weitere Ermittlungen über dessen Genese und Dynamik" anzustellen. Es handele sich fraglos um einen bewaffneten Konflikt im Sinne des Völkerrechts. Es habe sich ferner mit der massiven Verletzung des Kriegsvölkerrechts durch die türkischen Streitkräfte auseinanderzusetzen und damit, dass der Konflikt vom Militär u. a. durch den „Einsatz von chemischen Kampfstoffen" geführt werde.

Das Verfahren ist bis zum Jahresende terminiert.

(AZADÎ e.V., 12.12, ISKU)

Angehörige fordern die Aushändigung der Leichname ihrer Kinder

Die Familien der im Kazan-Tal in Colemêrg/Hakkari mit chemischen Waffen ermordeten HPG-Mitglieder haben sich auf den Weg nach Ankara gemacht. Sie starten damit einen neuen Versuch, die Leichname ihrer Kinder zu erhalten. Die Familien warten nun seit mittlerweile 49 Tagen auf die Aushändigung der sterblichen Überreste ihrer Angehörigen. Die Familien werden in Ankara mit Vertretern der Menschenrechtsvereine IHD und Mazlum-Der sowie Abgeordneten der BDP und CHP zusammenkommen, um ihr Ziel zu erreichen.

Die Bemühungen der Familien der Gefallenen aus Ostkurdistan (Iran), die Leichname aus der Gerichtsmedizinischen Fakultät in Meletî/Malatya zu erhalten, hatten zuvor zu keinen Ergebnissen geführt. Daraufhin sind die Familien nach Amed/Diyarbakir gereist, um ihre Bemühungen vor Ort fortsetzen zu können. In Amed sind die Familien mit den Vertretern der BDP, von Meya-Der (Verein der Angehörigen der Gefallenen) und den Friedensmüttern zusammengekommen, woraufhin sie den gemeinsamen Beschluss gefasst haben, vor Ort beim Justizministerium in Ankara die Aushändigung der Leichname zu beantragen. Der Vater des ermordeten HPG-Guerilleros Kemal Muhammedi erklärte, dass die Familien nicht gewillt sind, ohne die Leichname ihrer Kinder zurückzukehren.

(ANF, 11.12., ISKU)

Meldungen:

Öcalan Anwälten erneut verweigert, ihren Mandanten zu treffen

Erneut wurde den AnwältInnen von Abdullah Öcalan eine Erlaubnis verweigert ihren Mandanten zu treffen. Der Staatsanwalt in Bursa sagte, es sei nicht möglich, da die Fähre nach Imrali nicht funktioniere. Öcalan konnte seit 140 Tagen nicht mit seinen AnwältInnen zusammentreffen.

Die meisten seiner AnwältInnen sind in den letzten Tagen unter dem Vorwurf "Mitgliedschaft des KCK" festgenommen worden, von dem die Anklage behauptet, er sei der "urbane Flügel" der PKK.

(ANF, 14.12. ISKU)

Weibliche Gefangene seit 2. Dezember im Hungerstreik

Aus Protest gegen die Isolation von Abdullah Öcalan und die zunehmenden Verhaftungen im Rahmen der KCK-Operationen der letzten Zeit haben politische Gefangene im Frauengefängnis von Karataş bei Adana am 2. Dezember einen rotierenden unbefristeten Hungerstreik begonnen.

Über eine Nachricht an ihre Familien fordern sie von der Regierung die sofortigen Beendigung der aktuellen Politik und rufen Menschenrechtsorganisationen und alle demokratischen Kräfte dazu auf, nicht zu den zunehmenden Operationen und der von der AKP-Regierung verhängten Isolation des PKK-Führers Abdullah Öcalans zu schweigen.

Der Hungerstreik von Gefangenen der PKK (ArbeiterInnen Partei Kurdistans) und PJAK (Partei für ein Freies Leben in Kurdistan) wird kommende Woche in vielen anderen Gefängnissen fortgesetzt. Die jetzige unbefristete Hungerstreikaktion startete im M-Typ-Gefängnis von Êlih/Batman.

(ANF, 9.12., ISKU)

Mêrdîn: 15-Jähriger verbrennt sich wegen Totalisolation Abdullah Öcalans

In dem Dorf Bahwar (Gülveren) bei Mêrdîn (Mardin) hat sich in den Morgenstunden des 13. Dezember der 15jährige Fırat Izgin auf dem Dach seines Hauses aus Protest gegen die verschärfte Isolation des PKK Gründers und Vorsitzenden Abdullah Öcalan selbst verbrannt. Seit nunmehr 139 Tagen wurde Abdullah Öcalan der Besuch seiner AnwältInnen und Familienangehörigen verwehrt.

Situation für Erdbebenopfer in Wan weiterhin dramatisch

Die Situation für die Erdbebenopfer von Wan bleibt weiterhin dramatisch. Die Wetterbedingungen machen vielen BewohnerInnen der Stadt, die in Folge des Bebens in unzureichenden Zelten untergebracht worden sind, zu schaffen. Außerdem ist immer wieder von Bränden in den Zelten zu hören, durch die es zu Verletzten und auch zu Todesfällen kommt. Die Zelte sind leicht entzündlich. Oft reicht ein kleiner Funke aus, um einen Brand zu verursachen. Zuletzt wurde ein Brand am Samstag vermeldet, durch welches das Zelt einer siebenköpfigen Familie sowie ihr weniges Hab und Gut unbrauchbar geworden ist. Die Mutter der Familie beklagte sich darüber, dass sie mit ihren fünf Kindern auf der Straße leben müssen und sie bisher kein Ersatzzelt von den Behörden erhalten haben. Zuletzt waren am 2. Dezember bei einem Zeltbrand der vierjährige Ekrem Y. und am 18. November die drei Geschwister Ismail T. (vier Jahre), Bahar T. (acht Jahre) und Mikail T. (12 Jahre) ums Leben gekommen.
In der dieser Woche sind die Temperaturen in Wan auf minus sechs Grad gesunken. Für die Erdbebenopfer, die nur unzureichend mit Decken versorgt und in schlecht ausgestatteten Zelten untergebracht sind, stellen die Wetterbedingungen eine zusätzliche Tortur dar. Während aktuell das Wetter frostig und nebelig ist, kam es in den Tagen zuvor immer wieder zu starken Schneefällen.
Anfang Dezember machten der türkische Ärzteverband (TTB) und die Gewerkschaft der Gesundheitskräfte (SES), die vor Ort die Lage der Erdbebenopfer untersucht und die gesundheitliche Lage hunderter Menschen überprüft hatten, auf die widrigen Ernährungs- und Hygieneumstände aufmerksam. Insbesondere wurde davor gewarnt, dass, falls die Lage sich nicht bessern sollte, in Zukunft eine Vielzahl an Kindern an den Folgen der Umstände sterben könnte.
Am 23. Oktober war es in Wan zu einem Erdbeben der Stärke 7,2 auf der Richterskala mit über 600 Toten gekommen. Mehr als 6000 Menschen erlitten zum Teil schwere Verletzungen. Während eine große Anzahl der Erdbebenopfer aufgrund des Einsturzes bzw. drohenden Einsturzes ihrer Häuser und Wohnungen unter widrigen Umständen in Zelten untergebracht wurde, haben sich zehntausende BewohnerInnen von Wan auch dazu entschieden, ihren Heimatort in Richtung Westen zu verlassen, wo sie sich zumeist in Armutsvierteln in Vororten von Metropolen ansiedeln. Allein nach Mersin seien bis Ende November über 10.000 Erdbebenopfer ausgewandert. Nach dem ersten Erdbeben kam es immer wieder zu Nachbeben, die auf der Richterskala Stärken zwischen vier und fünf erreichten. *(ANF, 11./12.12., ISKU)*

Anonymous: Für Gülen ist „Opposition“ gleich „Terrorist“

Die subversive Gruppe „Anonymous“, die mit ihren Internetauftritten weltweit für Aufmerksamkeit sorgt, weist dieses Mal auf die Situation der JournalistInnen in der Türkei hin und ruft zur näheren Betrachtung des umstrittenen Gülen-Ordens auf. Die Videobotschaft stellen wir hier in Textform vor:

Schönen Gruß,
dies ist ein offener Brief an alle JournalistInnen der freien Welt. Wir rufen euch zur Solidarität mit euren ArbeitskollegInnen in der Türkei auf. Derzeit befinden sich dort 117 Menschen aus Presse und Mainstream-Medien in Haft. Dies ist nicht nur ein Angriff auf die Meinungsfreiheit und die Demokratie in der Türkei, sondern auch ein Verbrechen an allen anderen Weltbürgern.
Wir rufen alle Medien und PressemitarbeiterInnen der Welt auf, sich intensiver mit dem Sektenführer Fethullah Gülen und seinen Anhängern, die überall auf der Welt zahlreiche Schulen und Wirtschaftsunternehmen gründen, zu beschäftigen und diese somit zu hinterfragen. Gülen und seine Sektenmitglieder versuchen, das Bildungssystem der Welt zu dominieren und verdienen in den infiltrierten Ländern ungeachtet der dortigen Gesetze Millionen von Dollar. Es ist Zeit, diese ominöse Organisation zur Rechenschaft zu ziehen. Gülen hat in der Türkei einen erheblichen Einfluss im politischen Geschehen, während durch seine Anhänger alle Personen und Organisationen, die ihnen im Wege stehen oder die gegen sie schreiben, als Terroristen deklariert und dann verhaftet werden. Zudem belügen sie die Bevölkerung, indem verbreitet wird, dass diese Maßnahmen zum Schutz der Öffentlichkeit dienen.
Mit vorgefertigten, fragwürdigen Vorwürfen klagte Gülen gegen mehr als 1000 Personen, die ihn oder seine Praxis „beleidigt“ hätten. Sie nutzen die Demokratie taktisch als ein bedrohendes und unterdrückendes Instrument. Davor sollten wir alle nicht die Augen verschließen, sondern Widerstand leisten.
Nur in einem freien und wirklich demokratischen Land kann der Gülen Orden keinen Einfluss haben. Wir werden nicht schweigen. Wir sind mit den Protestierenden in der Türkei und den JournalistInnen auf der Welt zusammen.

Die Internetzensur ist ein Werk von Gülen
Fethullah Gülen selbst hatte sich vor kurzem noch an seine Anhänger per Videobotschaft gewandt und dabei die Untergrabung der Pressefreiheit verteidigt. Die Zensur, Filterung des Internets sowie die staatliche Überwachung von normalen BürgerInnen werden von Gülen unterstützt. Wir rufen also nochmals alle JournalistInnen dieser Welt dazu auf, mehr über die Gülen-Sekte zu recherchieren und über deren Ziele zu berichten. Außerdem fordern wir die Freilassung aller verhafteten JournalistInnen. Wir rufen Radio- und Fernsehsender, Zeitungen, Blogs und Twitterer auf, sich hinter uns zu stellen und diese Botschaft an alle Medien zu verbreiten.

Lasst uns die Gülen-Bewegung demaskieren
Anonymous wird sich stets auf der ganzen Welt auf die Seite der Informationsfreiheit, Menschenrechte, Meinungsfreiheit und Demokratie stellen. Es ist Zeit zu demonstrieren, dass die Spitze eines Stiftes schärfer sein kann als die eines Schwertes.
JournalistInnen und InternetnutzerInnen dieser Welt, wir sind auf eurer Seite. Wir fordern euch auf, mit uns gegen die korrupte Gülen-Bewegung zu protestieren und Position zu beziehen. Wir wollen, dass das globale Bewusstsein gestärkt wird. Wir wollen unsere Kinder vor Desinformation schützen. Die, die die Korruption und Desinformation der Öffentlichkeit vorantreiben, müssen zur Verantwortung gezogen werden. Mitgieder von Anonymous werden diese Nachricht so weit wie möglich in der Weltöffentlichkeit verbreiten.

Wir sind Anonymous.
Wir sind Legion.
Wir vergeben nicht.
Wir vergessen nicht.
Rechnet mit uns.
http://youtu.be/-66c_H9BVRc

Fırat Izgin wurde zunächst in die Midyat-Staatsklinik gebracht und später in das Mardin-Park-Spezialkrankenhaus eingeliefert, wo er in den späten Abendstunden sein Leben verlor. Der Leichnam des 15jährigen wurde zur Autopsie zurück in die Staatsklinik Midyat gebracht, wo seine Familienangehörigen sowie BDP-VertreterInnen auf ihn warteten. Nach der Autopsie wurde er in seinem Dorf unter Anteilnahme der Bevölkerung beerdigt. *(ANF, 13.12., ISKU)*

Erneut Erbeben in Wan
Am Montag um 12.28 Uhr bebte erneut die Erde in Wan mit einer Stärke von 4.1 auf der Richterskala. Bei den schweren Erdbeben im Oktober und November in Wan kamen 672 Menschen ums Leben. Mehr als 6000 Menschen erlitten zum Teil schwere Verletzungen. *(ANF, 12.12., ISKU)*

Occupy Europe: KurdInnen protestieren in vielen Städten
Am 14.12 haben KurdInnen in vielen europäischen Städten protestiert. Die KurdInnen wollen die Isolation des PKK Vertreters Abdullah Öcalan und die Nachrichtensperre über die politischen Aktionen in der Türkei die Tausende kurdischer PolitikerInnen, Menschenrechtsaktivistinnen, AkademikerInnen und Mitglieder von Zivilgesellschaftlichen Organisationen hinter Gitter gebracht hat , durchbrechen. Die Aktionen fanden in der Schweiz, Frankreich, England, Italien, Holland und der BRD statt.
Die Aktionsform war die Besetzung von Medienbüros oder politischen Einrichtungen. So besetzten in Basel Kurdische Frauen das Kantonsparlament. In Marseilles besetzten junge KurdInnen ein Gemeinderatsgebäude. In Paris wurde eine Fernsehanstalt besetzt. In Arnheim wurden sowohl das Parlament als auch der Fernsehsender Channel4 besetzt. In Italien fand eine Aktion im Vatikan statt. In Hamburg wurde das Spiegel Gebäude besetzt. *(ANF, 15.12, ISKU)*

Quellen:

ANF Firat Nachrichtenagentur

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 547
23. Dezember 2011



.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Türkei/Nordkurdistan: Schlag gegen kurdische Presse

42 JournalistInnen festgenommen

Im Rahmen der laufenden KCK-Operationen in der Türkei sind am Dienstag Morgen JournalistInnen der Tageszeitung Özgür Gündem, der Nachrichtenagentur DIHA, der Nachrichtenagentur Etik Ajans, des Verlags Gün Maatbasi und der Zeitschrift Demokratik Modernite zur Zielscheibe der AKP-Polizei geworden. Unter den Gefangengenommenen befindet sich auch ein Reporter von AFP und der Tageszeitung Vatan.
Zeitgleich wurden in den Räumlichkeiten und Büros dieser Medien-Organe in Istanbul, Ankara, Amed (Diyarbakir), Wan (Van), Adana, Mersin und Izmir Razzien durchgeführt und 42 Journalistinnen und Journalisten festgenommen. Dabei wurden Festplatten, Nachrichtenmaterialien und Nachrichtenarchive von der Polizei beschlagnahmt. Die Razzien wurden auf Befehl der 9. Strafkammer von Istanbul durchgeführt.
Nachdem ParlamentarierInnen, BürgermeisterInnen, PublizistInnen, Intellektuelle, AkademikerInnen, MenschenrechtsaktivistInnen, GewerkschafterInnen, StudentInnen und RechtsanwältInnen im Rahmen der KCK-Operationen festgenommen und verhaftet worden sind, waren nun JournalistInnen an der Reihe.
Aus Protest gegen ihre Verhaftung traten am Mittwoch 20 der Inhaftierten JournalistInnen in einen Hungerstreik.

Die Angst vor der Opposition und den Medien

von Ragıp Duran, Schriftsteller und Journalist

Die Staatsanwälte der Sondergerichte haben mit Bezug auf die Antiterrorgesetze am 20. Dezember auf Landesebene die Festnahme unserer KollegInnen befohlen und über 40 JournalistInnen inhaftiert. Diese Festnahmen wurden in ihren systemtreuen Medien als eine KCK-Operation dargestellt. Diese Medien haben über ihre Fernsehsender unsere KollegInnen, obwohl diese lediglich als Verdächtige gelten und noch keine Anklage bekannt ist, ohne jeglichen Respekt vor dem Recht in einer detaillierten Weise für schuldig gesprochen. Ein weiteres Mal werden wir ZeugInnen davon, dass zuerst ein Täter ermittelt und dann nach seiner Schuld gesucht wird.
Unsere inhaftierten KollegInnen haben sich zum größten Teil der kurdischen Frage gewidmet und sind in dieser Frage als Fachkräfte zu sehen, so dass das Motiv der Verhaftungen offensichtlich die Unterdrückung der Opposition und allen voran der kurdischen Oppositionellen ist.
JournalistInnen sind Mitglieder einer Berufsgruppe, die die Vorkommnisse und Entwicklungen in der Gesellschaft in Text-, Bild-, Video- und Audio-Form einfangen und mit der Öffentlichkeit teilen. Das heißt, JournalistInnen zu verhaften bedeutet nicht nur die Entwicklungen und Geschehnisse aus der Gesellschaft zu verbannen. Auch wenn eben diese Geschehnisse in den Medien nicht die nötige Aufmerksamkeit bekommen, so haben sie einen Sturm verursacht, der an Kraft zunimmt. Es ist in unserer heutigen Zeit aufgrund des Internets nicht mehr möglich, auf ewig Informationen zu unterdrücken oder zu manipulieren. Wir können auch darauf hinweisen, dass die Reaktionen im In- und Ausland sich gegen diese Verhaftungswelle, entgegen der gewünschten Wirkung seitens der Verantwortlichen, entfalten. Dieses Regime, welches mit Aussagen wie „fortschrittliche Demokratie" oder „Türkei: Eine der 17. größten Volkswirtschaften" wirbt, ist zugleich auch das Regime, das die meisten JournalistInnen weltweit inhaftiert hält.
Unsere inhaftierten KollegInnen arbeiten alle ausnahmslos bei Medien, die die Hegemonie der AKP über die Medien ablehnen. Dieser Aspekt drückt eine der Grundprinzipien des Journalismus aus.
In der Geschichte haben alle antidemokratischen Regime stets versucht, die freie Presse zu unterdrücken oder zum Schweigen zu bringen. Als Ergebnis dieser Vorgehensweise können wir festhalten, dass all diese Regime verloren haben und überwunden wurden. Der Journalismus dagegen verrichtet seine Mission trotz aller Hindernisse und Repression weiter hin aus. *apoletlimedya.blogspot.com*
(ANF, 20.12., ISKU)

Türkischer Innenminister stellt klar: KCK-Operationen sind politische Operationen

Der türkische Innenminister Beşir Atalay hat in einem Fernsehinterview am Sonntag offengelegt, dass es sich bei den Festnahmewellen im Rahmen der KCK-Operationen um politische Operationen der Regierung handele. Zuvor schob die AKP-Regierung die Verantwortung für die Festnahmewellen auf die türkische Justiz, die unabhängig ihre Aufgaben verfolge. Jedoch hat Atalay mit folgenden Worten in einem Interview bei einem Privatsender dem vorher gesagten widersprochen und die eigene Regierung als Urheber der Operationen benannt:
„Für die PKK und ihre terroristischen Einheiten sind das Inland, das Ausland, die Berge und all das zur gefährlichen Zone geworden. Wir werden unsere Arbeiten genau in diesem Rahmen fortsetzen. [...] Unsere Sicherheitsvorkehrungen werden fortgesetzt. Auch im Winter laufen unsere Operationen pausenlos. Manche reden von irgendwelchen Gesprächen und so weiter, aber von so etwas kann nicht die Rede sein. Die grenzüberschreitenden Operationen, genauso wie die KCK-Operationen laufen alle koordiniert, sie wurden abgesprochen, beschlossen und werden umgesetzt."
Der Fraktionssprecher der BDP Hasip Kaplan hat bezüglich des Interviews von Atalay vom Sonntag am 19.12.2011 eine Anfrage im Parlament gestellt, in der er eine Antwort auf folgende Fragen vom Innenminister verlangt: „Worum geht es bei der von ihnen einseitig geführten Strategie? Warum wurde diese nicht dem Parlament erklärt? Innerhalb welcher Koordination haben Sie die KCK-Operationen beschlossen und umgesetzt? Wurden bei der Umsetzung Sondereinsatzkräfte der Polizei, die der (Gülen-)Gemeinde nahestehen, eingesetzt? Welche Entscheidungen hat der Nationale Sicherheitsrat getroffen? Warum haben sie in die Unabhängigkeit der Justiz eingegriffen?"
Auch Erdoğan hatte zuvor erklärt, dass er die KCK-Operationen als Premierminister begrüße und unterstütze.
(ANF, 19.-21.12., ISKU)

Meldungen:

Stellvertretenden Bürgermeister von Dersim seines Amtes enthoben

Die AKP-Regierung hat die Türkei aufgrund der Massenverhaftungen von BürgermeisterInnen, PolitikerInnen, JournalistInnen und anderen politischen AktivistInnen in eines der größten Gefängnisse der Welt verwandelt. Jetzt wurde der sich seit zwei Monaten in Untersuchungshaft befindende stellvertretende Bürgermeister von Dersim Alican Önlü und das Mitglied des Stadtrates Nuray Atmaca seines Amtes enthoben.
In einer Nachricht an die Stadtverwaltung wurde diese Entscheidung damit begründet, dass A. Önlü und N. Atmaca eine Opposition gegen das Grundgesetz befürworten würden und „Mitglieder oder Unterstützer einer terroristischen Organisation" seien.
Die Türkei ist, seit die AKP an der Regierung ist, zu einem der weltweit größten Gefängnisse geworden. Gegenwärtig befinden sich 18 BürgermeisterInnen und zusammen mit Hatip Dicle insgesamt 6 BDP Abgeordnete, Hunderte von PolitikerInnen und tausende AktivistInnen im Gefängnis.
(ANF, 17.12., ISKU)

Todesurteil von Zeyneb Celaliyan aufgehoben

Das Todesurteil der im Iran inhaftierten kurdischen Frauenaktivistin Zeyneb Celaliyan wurde aufgehoben. Wie ihr Anwalt am Samstag mitteilte, haben die iranischen Behörden ihr Schweigen bezüglich der Situation von Celaliyan gebrochen und mitgeteilt, dass ihr Todesurteil in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt worden ist. Dass bedeutest aber leider noch keine Entwarnung, denn am 4. Oktober wurde der 29-jährige kurdische Häftling Eziz Xakzad, bei dem die iranischen Behörden auch eine Umwandlung der Todesstrafe in eine fünfjährige Haftstrafe verkündet hatten, ohne Wissen seiner Familie und seines Anwalts hingerichtet. Damit stieg die Anzahl der hingerichteten kurdischen Aktivisten im Iran seit 2007 auf zehn an. Weitere 17 kurdische politische Aktivisten sind zum Tode verurteilt und befinden sich in den Todestrakten des iranischen Regimes.
Zeyneb Celaliyan wurde Mitte 2008 in der ostkurdischen Stadt Kermänshäh mit dem Vorwurf der PJAK-Mitgliedschaft festgenommen und in einem sieben-

Abdullah Öcalan: 143 Tage totale Isolation

Die AnwältInnen des Vorsitzenden der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) Abdullah Öcalan konnten ihren Mandaten nun bereits seit 143 Tagen nicht konsultieren. Die Begründung ist immer dieselbe: Das Boot sei defekt.
Die AnwältInnen Öcalans hatten am 16. Dezember bei der Staatsanwaltschaft in Bursa einen Antrag auf Besuch bei ihrem Mandaten gestellt. Allerdings hat sich die Antwort der Staatsanwaltschaft nicht geändert: „Das Boot sei defekt. Sie könnten nicht nach Imrali." Die AnwältInnen konnten letzten Mittwoch mit der gleichen Begründung nicht nach Imrali. Seit dem 27. Juli hatten sie keine Gelegenheit, mit ihrem Mandanten zusammengekommen und haben dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und der Antifolterkommission des Europarats Dossiers und Anfragen zur schweren Isolationshaft über Öcalan ausgehändigt.

Menschenrechtsverein İHD: İmralı sollte geschlossen werden
Der Vorsitzende des IHD Öztürk Türkdoğan hat im Rahmen der Menschenrechtswoche in Ankara erklärt: „Die Isolationshaft Öcalans muss beendet werden. Imrali gehört geschlossen. Man muss die schweren Isolationsbedingungen in den Gefängnissen beenden. Da Imrali eine Isolationsanstalt ist gehört sie geschlossen. Der seit 4 Monaten unter schwerer Isolation inhaftierte Öcalan muss seine Anwälte und Besuch empfangen dürfen. Man muss die Verhandlungen bzgl. der kurdischen Frage neu aufnehmen. Schwerkranke müssen aus der Haft entlassen werden, damit sie behandelt werden können."
(YÖP, 17.12., ISKU)

IHD: 6800 Festnahmen in 2011, davon 3.800 Verhaftungen

Die Istanbuler Sektion des Menschenrechtsvereins (IHD) hat im Rahmen der Woche für Menschenrechte eine Demonstration mit dem Motto „Wir wollen nicht aussagen. Wir wollen berichten" veranstaltet.
Hierbei hat Meral Cildir, die Vorstandsmitglied des IHD ist, eine Erklärung zu den Rechtsverletzungen im Jahre 2011 verlesen: „Im Zuge kriegerischer Auseinandersetzungen wurden 330 Menschen getötet. 19 Menschen wurden extralegal hingerichtet. In 812 Fällen haben Personen, die in Polizei-/Militärgewahrsam Folter oder schlechte Behandlung erfahren haben bei uns Anzeige erstattet. 2011 gab es eine starke Zunahme bei rechtswidrigen Eingriffen in das Demonstrations- und Versammlungsrecht. Im Zuge der Eingriffe kamen 6 Personen ums Leben, 271 wurden verletzt. 6800 Personen wurden festgenommen, davon 3800 inhaftiert. Eingriffe in das Organisationrecht haben stark zugenommen, so dass vor allem tausende PolitikerInnen und Mitglieder der Partei für Frieden und Demokratie (BDP), der Sozialistischen Partei der Unterdrückten(ESP) und der Sozialistischen Demokratie Partei (SDP) inhaftiert wurden. Die Zahl der inhaftierten Journalisten liegt bei 120."

Auch Menschenrechtler befinden sich in den Gefängnissen
Meral Cildir hat weiterhin angeführt, dass auch die Repression gegen MenschenrechtlerInnen zugenommen hat. Dazu zählen unter anderem auch: Ragıp Zarakolu (Ehrenvorsitzender des İHD), Muharrem Erbey (Ko-Vorsitzender des IHD-Türkei und Vorsitzender der Sektion Diyarbakir), Roza Erdede und Aslan Özdemir (Vorstandsmitglieder des IHD-Diyarbakır).
Die kurdische Frage muss auf friedlichem Wege gelöst werden
Meral Cildir hat auch darauf hingewiesen, dass aus der Perspektive der kurdischen Frage das Jahr 2011, ähnlich den Jahren des Putsches von 1980, tödlich verlief und Verhaftungen und Inhaftierungen auf der Tagesordnung standen und stehen. Der Glaube an Demokratie und eine unabhängige Justiz wurde im Zuge der sogenannten KCK-Operationen, da tausende Menschen verhaftet und ein Großteil dieser auf Befehl Erdoğans inhaftiert wurden, vernichtet.
Zuletzt hat Cildir auch auf die Verhaftung von 38 Anwälten hingewiesen und betont, dass die kurdische Frage auf Grundlage gesellschaftlicher Rechte gelöst werden muss.
(ANF, 17.12., ISKU)

Hunderte demonstrieren im militärischen Operationsgebiet

Am Montag versuchten hunderte DemonstrantInnenen aus Amed (Diyarbakir), darunter auch Abgeordnete der BDP, in ein militärisches Operationsgebiet im Bezirk Pîran (Dicle) zu gelangen. Bereits seit vier Tagen wurden von dort schwere Gefechte zwischen den Volksverteidigungskräften (HPG) und dem türkischen Militär vermeldet.
Die Sicherheitskräfte des Staates versuchten bereits die Anfahrt der DemonstrantInnen mit ihren Autos zu verhindern. Dutzende AutofahrerInnen wurden mit Geldbußen belegt. Dennoch versammelten sich hunderte Menschen vor dem BDP-Büro in Pîran (Dicle) und setzten von dort aus ihre Demonstration in Richtung Operationsgebiet zu Fuß fort. Der Großteil der DemonstrantInnen wurde allerdings von Polizei- und Spezialeinsatzkräften auf Anweisung des Gouverneurs, die Demonstration zu unterbinden, am Stadtausgang gestoppt. Nach langen Verhandlungen konnte lediglich eine Gruppe aus 15 Menschen, darunter auch die BDPler, ihre Demo fortsetzen.
Aysel Tuğluk, die mit ins Operationsgebiet gegangen war, vermeldete gegenüber Roj TV, dass sie die Nachricht über einen abgestürzten Militärhubschrauber im Operationsgebiet erhalten haben. Nursel Aydoğan, ebenfalls im Operationsgebiet, teilte mit, dass die DemonstrantInnen, die am Betreten des Operationsgebiets gehindert worden waren, auf den Straßen Feuer gemacht und Straßenblockaden errichtet haben. Damit wollten sie verhindern, dass weitere Militärfahrzeuge in das Operationsgebiet gelangen können. *(ANF, 19.12., ISKU)*

minütigem Gerichtsverfahren zum Tode verurteilt. Sie befindet sich aktuell weiterhin in der Haftanstalt in Kermânshâh.
(ANF, 17.12., ISKU)

Izmir: Kurdischer junger Mann umgebracht, weil er kurdische Musik hören wollte
Nachdem Gazi Akbayır in einer Bar in Izmir um kurdische Musik bat, wurde er von Faschisten zunächst mit Messern angegriffen und dann erschossen.
Der aus Dersim stammende Gazi Akbayır hatte in einer Bar in Izmir um ein Lied in seiner Muttersprache Dimilî gebeten. Als das Lied dann tatsächlich gespielt wurde, griff ihn eine Gruppe junger Faschisten mit Messern an. Gazi Akbayır versuchte blutüberströmt aus der Bar zu seinem Wagen zu flüchten, wo dann er in einen Kugelhagel getötet wurde. Von 8 Kugeln getroffen, erlag er auf dem Weg zum Krankenhaus seinen Verletzungen.
Die Polizei konnte drei der Angreifer, die direkt nach der Tat zu fliehen versuchten, festnehmen. Während einer noch gesucht wird, konnte die Polizei bei den anderen zwei Waffen mit Kaliber 7.65 mm und 9 mm konfiszieren.
Der Mord an Gazi Akbayır erinnert an das Verbrechen an Emrah Gezer. Der junge Kurde wollte im Dezember2009 ein kurdisches Lied in einer Bar singen, woraufhin ein Polizist ihn erschossen hat. Der angeklagte Polizist kam mit einer lapidaren Rüge und Degradierung davon.
(ANF, 18.12., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
YÖP	Yeni Özgür Politika

Kampagne:

Anlässlich der andauernden Angriffe auf die demokratische Opposition in der Türkei hat sich die Kampagne **Demokratie hinter Gittern** gegründet, die für die Freilassung der politischen Gefangenen und die politische Lösung der kurdischen Frage eintritt. Informationen und Materialen unter: *http://demokratiehintergittern.blogsport.de/*

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 548
30. Dezember 2011

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Massaker an kurdischen Zivilisten

Mit großer Bestürzung haben wir erfahren, dass die türkische Luftwaffe am 28. Dezember 2011 zwischen 21:37 Uhr und 22:24 Uhr in der Nähe des Dorfes Roboskî im Kreis Uludere (Provinz Şırnak) eine Gruppe von Dorfbewohnern bombardiert und rund 40 Menschen, darunter zahlreiche Kinder ermordet hat. Alleine 24 Mitglieder der Familie Encü kamen bei dem Angriff ums Leben.

Dieses Massaker an kurdischen Zivilisten fand einen Tag nach der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates statt und verdeutlicht, dass die Machthaber in der Türkei einen unheilvollen Weg zur Lösung der kurdischen Frage eingeschlagen haben. Wenn die Aussagen eines Dorfbewohners, der den Angriff überlebt hat, stimmen, dass „die abgeworfenen Bomben einen bitteren Geruch verströmten", dann muss davon ausgegangen werden, dass die türkische Armee zum wiederholten Male Giftgas eingesetzt hat. Erst vor kurzem war bewiesen worden, dass die Armee gegen kurdische Guerillakämpfer Giftgas eingesetzt hatte.

Eine am heutigen Morgen verbreitete Presseerklärung des Generalstabschefs der türkischen Armee zeigt, dass die Bombardierung von kurdischen Zivilisten von höchster Stelle befehligt wurde. Der Chef des Generalstabs erklärt in einer unglaublich zynischen Weise, dass „am 28. Dezember 2011 um 18:39 Uhr in der Grenzregion eine Terroristengruppe gesichtet und ein Angriffsbefehl erteilt wurde." Den Sicherheitsbehörden muss demgegenüber bekannt gewesen sein, dass es sich um Dorfbewohner handelte, die ihren Lebensunterhalt durch Warenschmuggel bestreiten. Die Nachrichtenagentur ANF zitiert Zeugen die berichten, dass die betroffenen Dorfbewohner von örtlichen Sicherheitskräften auf ihrem Weg kontrolliert und zurück in ihr Dorf geschickt wurden.

Dieses Vorgehen, ein Massaker an Zivilisten, verletzt Völkerrecht und Kriegsrecht. Es ist mehr als überfällig, dass die internationale Staatengemeinschaft den ständigen Verletzungen der Menschenrechte sowie Kriegsverbrechen des türkischen Staates Einhalt gebietet und den notwendigen politischen Druck entfaltet.

Wir, die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieser Presseerklärung fordern die Bundesregierung auf, die Rüstungsexporte an die Türkei zu beenden und die militärische Zusammenarbeit sofort einzustellen. Die Bundesregierung muss auf eine sofortige Aufklärung der Vorfälle in Şırnak insbesondere auch in Zusammenhang mit der Nutzung von unerlaubten Waffen drängen. Der Deutsche Bundestag, das Europäische Parlament und Institutionen der internationalen Staatengemeinschaft werden aufgefordert, eine internationale Delegation nach Şırnak zu schicken und zur Aufklärung beizutragen. Die türkische Regierung fordern wir eindringlich auf, die Bombardierungen sofort einzustellen, Giftgasvorwürfe und dieses Massaker aufzuklären und endlich Maßnahmen für eine Befriedung des kurdisch/türkischen Konflikts zu ergreifen. Die internationale Staatengemeinschaft ist in der Verantwortung, das Vorgehen des türkischen Staates zu ächten.

UnterzeichnerInnen:

Andrej Hunko, MdB,
DIE LINKE
Heidrun Dittrich, MdB,
DIE LINKE
Harald Weinberg, MdB,
DIE LINKE
Cansu Özdemir, MdHBü Hamburg, DIE LINKE
Hamide Akbayir, MdL NRW,
DIE LINKE
Ali Atalan, MdL NRW,
DIE LINKE
Barbara Cárdenas, MdL Hessen,
DIE LINKE
Yilmaz Kaba, Landesvorstand Niedersachsen, DIE LINKE
Murat Çakýr, Kolumnist der Tageszeitungen Özgür Gündem und Yeni Özgür Politika
Martin Dolzer; Soziologe
Marion Padua, Stadträtin Nürnberg, Linke Liste
Dr. Peter Strutynski,
Friedenratschlag
Dr. med Gisela Penteker,
IPPNW

Erklärung der BDP

An die Öffentlichkeit:

Durch einen Angriff der türkischen Luftwaffe in der Umgebung der Dörfer der Stadt Şırnak / Uludere wurden 38 Jugendliche und Kinder massakriert. Die Bewohner dieser Dörfer verdienen ihren Lebensunterhalt durch kleinen Grenzhandel. Der kleine Grenzhandel dieser Dörfer wird mit Wissen und Legitimation der dort vorhandenen „Sicherheitskräfte" und der dortigen Zuständigen durchgeführt.

Die Verantwortlichen dieses Massakers an den Zivilisten sind die AKP und die Staatsorgane, die sich bemühen, dieses Verbrechen an der Menschheit zu vertuschen. Die Haltung der türkischen Presse gegenüber dieser Tat ist erschütternd.

• Aus diesem Grund rufen wir als BDP erst die Europäische Union (EU), den Europäischen Rat, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und alle europäischen Institutionen auf, dieses Massaker auf ihre Tagesordnung zu nehmen und die nötige Reaktion zu zeigen.

• Wir rufen die Vereinigten Nationen und den UN-Menschenrechtsrat in Genf zur Untersuchung dieses Massakers auf.

• Wir rufen alle Menschenrechtsorganisationen auf, eine Delegation in dieses Gebiet zu schikken, um dieses Massaker zu untersuchen und zu dokumentieren.

• Wir rufen die internationale Öffentlichkeit auf, sich mit dem kurdischen Volk zu solidarisieren und gegenüber diesem Massaker eine Reaktion zu zeigen.

Partei für Frieden und Demokratie (BDP)

Nazmi Gür
Abgeordneter aus Van
Vorsitzender der Kommission für Außenbeziehungen

Die Partei für Frieden und Demokratie (BDP) ruft zu einer internationalen Menschenrechtsdelegation auf, die die Geschehnisse vor Ort untersuchen soll. Interessierte Delegationsteilnehmerinnen und -teilnehmer sollten sich schnellstmöglich bei der ISKU melden, damit die Delegation schnell vor Ort eintreffen kann.

Meldungen:

Türkische Polizei unterdrückt Proteste gegen Massaker

In zahlreichen türkischen und kurdischen Städten versammeln sich zur Stunde Menschen, um gegen den mörderischen Luftangriff der türkischen Armee zu protestieren. In Istanbul wird dem BDP-Abgeordneten Ertuğrul Kürkçü die Anmeldung einer öffentlichen Pressekonferenz am Taksim-Platz verweigert, starke Polizeikräfte stehen bereit, um DemonstrantInnen zu vertreiben. Es gibt auch Berichte über Angriffe mit Tränengasgranaten auf protestierende Menschen; bislang soll es zu mehreren Festnahmen gekommen sein. In Amed (Diyarbakir) sollen sich mindestens 10.000 Menschen versammelt haben; hier wird ebenfalls von Polizeiangriffen mit Gasgranaten und von zahlreichen Verletzten berichtet.

In Yüksekova blieben am Donnerstag Vormittag zahlreiche Geschäfte geschlossen und StudentInnen boykotierten ihre Vorlesungen, um an einer Demonstration gegen das Massaker teilzunehmen, die aus mehreren tausend Menschen bestand. Auch hier berichten örtliche Quellen von Ausschreitungen der Polizei.

(ANF, 30.12., ISKU)

Kriegsdienstverweigerer Inan Süver in Freiheit

Aufgrund der geplanten Einführung eines Rechts auf Kriegsdienstverweigerung (KDV) wurde der Verweigerer aus Gewissensgründen Inan Süver am 9. Dezember 2011 aus der Haft entlassen. Er war seit dem 5. August 2010 in Haft gewesen. Jedoch wurde die 25 Monate der Reststrafe, die gegen ihn besteht, nicht aufgehoben.

(tflbia, 16.12., ISKU)

Grundsatzurteil zu "verehrter" Öcalan

Laut einer Meldung in Radikal hat die 8. Strafkammer am Kassationshof den Freispruch des Strafgerichts Tunceli von Esra Çiftçi bestätigt. Sie hatte am Weltfrauentag Abdullah Öcalan als "verehrter Öcalan" (sayın) bezeichnet. In der Vergangenheit waren deswegen viele Menschen verurteilt worden, weil darin das Loben einer Straftat oder Straftäters gesehen wurde. Die Entscheidung des Kassationshofs verwies auf den sozialen Status einer Person und die Vorschriften des Artikels 10 der Europäischen Konvention für Menschenrechte (Meinungsfreiheit).

(tflra, 23.12., ISKU)

Verhaftungen nach Europa ausgeweitet

BDP-Vertreter in Deutschland verhaftetet

Der Europa-Vertreter der BDP, Eyüpp Doru, ist auf Grund eines internationalen Haftbefehls, der 2007 von Interpol ausgeschrieben wurde, festgenommen worden.
Nach Informationen von ANF teilte die BDP-Europavertretung zu der Verhaftung mit: „Nachdem sein Auto in der Münchner Innenstadt von der Polizei gestoppt wurde, ist Herr Doru, der an einem Treffen der BDP-Delegation mit Leyla Zana, der Parlamentsabgeordenenten von Diyarbakir, teilnehmen sollte, am 15. Dezember verhaftetet worden.“
„Unser Vertreter Eyyüp Doru ist ein kurdischer Politiker, der seit über 25 Jahren in Europa lebt und seitdem nicht mehr in der Türkei gewesen ist", sagte die Europa-Vertretung der BDP und kommentierte die Interpol-Fahndung als „Sachverhalt, den man nach den Gesetzen der Logik nicht erklären kann“.
„Die AKP-Regierung beabsichtigt, unseren Vertreter, der seit vielen Jahren in verschiedenen Institutionen und Einrichtungen legal politisch aktiv ist, zu kriminalisieren. Während die AKP-Regierung die Türkei im Rahmen der sogenannten KCK-Operationen, bei denen mehr als 5000 Menschen verhaftet wurden, zu einem offenen Gefängnis für Kurden gemacht hat, zeigt die Verhaftung von Herrn Doru, dass sie beabsichtigt, auch im Ausland die Möglichkeiten kurdischer Politik zu versperren und die Arbeit unserer Partei in Europa zu behindern“, erklärte die Vertretung der BDP in Brüssel.
Die BDP-Vertretung erinnert daran, dass Doru aus dem gleichen Grund 2009 in Spanien verhaftet wurde und die spanischen Gerichte zu dem Schluss kamen, dass der Fall ein politischer und nicht juristischer ist. Die Vertretung verurteilt die Entscheidung der deutschen Justiz und fordert die deutschen Behörden dazu auf, sich nicht an dieser Unrechtmäßigkeit zu beteiligen.

(ANF, 24.12., ISKU)

Wenn 35 Menschen verhaftet werden, werden 35.000 nachfolgen

Angehörige von in der Vergangenheit ermordeten JournalistInnen haben auf einer Pressekonferenz in Amed (Diyarbakir) die jüngsten Operationen gegen die Presse mit der Phase der 90er Jahre verglichen. Die Mentalität, mit der in den 90ern kritische JournalistInnen auf offener Straße ermordet wurden sei dieselbe, die der heutigen Verhaftungswelle zu Grunde liegt.
Eşref Karaağar, Bruder des am 19. Dezember 1993 in Wan (Van) ermordeten Özgür-Gündem-Reporters Orhan Karaağar sagte: „Orhan wurde auf offener Straße ermordet. Zu dieser Zeit wurden JournalistInnen entführt und waren dann ‘verschwunden’. Heute werden sie auf offener Straße verhaftet und ins Gefängnis gesteckt. Sie haben ihre Methoden angepasst, aber die Mentalität ist dieselbe geblieben.“
Auch Dicle Anter, Sohn des 1992 entführten und ermordeten Schriftstellers Musa Anter, zog diesen Vergleich: „Früher wurden Menschen wegen dem was sie sagten und schrieben ermordet, heute werden sie aus denselben Gründen verhaftet. (...) Es ist beschämend, dieses Verhalten auch in diesem Jahrhundert beobachten zu müssen. Wir hoffen, das dies eingesehen und geändert wird. Die einzige Waffe, die JournalistInnen benutzen, ist ihr Stift.
In der Vergangenheit, als unsere Nachrichtenagenturen bombardiert und JournalistInnen ermordet wurden, haben wir unsere Sache nicht aufgegeben. Und wenn sie heute 35 Menschen verhaften, werden morgen 35.000 Menschen nachfolgen. Das sollte allen klar sein.“

Am 20. Dezember hatte die Türkei ihren als „KCK-Operationen“ bezeichneten Angriff auf die demokratische Opposition, dem schon zahlreiche PolitikerInnen, GewerkschafterInnen und demokratisch gewählte Abgeordnete zum Opfer gefallen sind, auf die Medien ausgedehnt und bei landesweiten Razzien 49 JournalistInnen festgenommen, von denen noch immer mindestens 35 inhaftiert sind.

(DIHA, 28.12., ISKU)

Brandanschlag auf kurdischen Verein in Berlin

In der Nacht zum 10.12. versuchten Unbekannte den kurdischen Verein Mala Kurda in der Friedrichstrasse in Brand zu setzen. Eine Scheibe wurde zunächst mit einem Steinwurf zerstört. Vermutlich sollte der Brandsatz durch die zerstörte Scheibe den Verein in Brand setzen, er prallte jedoch an der Aussenwand ab und hinterließ lediglich Rußspuren.
Polizei und Feuerwehr wurden von einer Anwohnerin gerufen. Das Feuer erlosch von selbst. Der Vereinsvorstand wurde von der Polizei über den Anschlag nicht informiert. Vereinsmitglieder entdeckten den Schaden erst einen Tag später. Mittlerweile wurde Anzeige erstattet.
Der Brandanschlag könnte möglicherweise in Verbindung stehen mit vorangegangenen Übergriffen türkischer Faschisten auf linke kurdische Jugendliche am Abend des 26.11. Auf dem Rückweg von einer antifaschistische Demonstration wurden kurdische Jugendliche auf der Oranienstrasse in Kreuzberg mit Messern angegriffen und verletzt. Der Angriff erfolgte in unmittelbarer Nähe zu einem Verein der faschistischen „Grauen Wölfe“, der daraufhin von den kurdischen Jugendlichen besetzt wurde.
Bereits in der Nacht des 20.11. wurde mit Steinenwürfen eine Scheibe des Vereins zerstört. Am gleichen Tag hatte es ein groß angelegte Razzia im Verein gegeben, wodurch die anwohnende Öffentlichkeit – vermutlich auch jene, die einem linken kurdischen Verein feindlich gegenüberstehen – auf den Verein aufmerksam geworden ist.

Kurdistan Solidaritätskomitee
Berlin, 19.12.2011

Überbelegung der Gefängnisse
Laut einer Meldung in Bianet vom 28.12.2011 bezifferte das Justizministerium die Gesamtzahl der Gefangenen Ende November 2011 auf 127.831. In einem Jahr hat sich damit die Zahl der Gefangenen um 6.733 erhöht. Für den Verein der zivilen Gesellschaft im System des Strafvollzugs sagte Zafer Kıraç, dass eine solche Zahl angesichts einer Kapazität von 80-85.000 Gefangenen nicht akzeptabel sei. Als einen Grund nannte er die lange Dauer der Verfahren und der damit einhergehenden U-Haft. Oft würden Prozesse um je 3 Monate vertagt. Außerdem habe die hohe Anzahl an Gefangenen auch Auswirkungen auf die Qualität des Essens. Derzeit werde pro Gefangenen für drei Mahlzeiten mit 4,50 Lira gerechnet. Der Verein halte demgegenüber 8 Lira für angemessen.
Von den knapp 128.000 Gefangenen waren 121.000 Männer, ca. 4500 Frauen und etwas mehr als 2.300 Kinder. Die Zahl der Untersuchungshäftlinge betrug 36.462. Unter den Gefangenen sind 8.190 Personen wegen terroristischer Vorwüfe und 2.322 Personen wegen krimineller Vereinigung in Haft.

(tf/bia, 28.12., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
tf	tuerkeiforum.net
bia	bianet.org
Ra	Radikal

Termine:

Kundgebungen anläßlich des jüngsten Massakers an kurdischen ZivilistInnen:

Köln/Hürth: Freitag, 30.12., 14:00 Uhr vor dem Generalkonsulat der Türkei (Kölnstraße/ Ecke Hans-Böckler Str. in Hürth)
Hamburg: Freitag, 30.12., 14:00 Uhr vor dem Generalkonsulat der Türkei (Tesdorpfstraße 18, Hamburg-Dammtor)

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org